

Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie 21, 2003

Siedlungsforschung

Archäologie - Geschichte - Geographie

Band 21



VERLAG SIEDLUNGSFORSCHUNG BONN 2003

Die Umwandlung der ursprünglichen Naturlandschaft in unsere heutige, nahezu überall vom Menschen geformte Umwelt mit all ihren positiven und negativen Elementen ist ein wechselvoller Prozeß, der viele Jahrtausende von der Altsteinzeit bis zur Gegenwart gedauert hat.

Obwohl das Interesse an der Entwicklung der Kulturlandschaft schon seit einiger Zeit immer größer geworden ist, fehlten bis jetzt für das deutschsprachige Mitteleuropa spezielle Publikationsorgane, worin die historisch-genetisch orientierte Siedlungsforschung in ihrer ganzen zeitlichen und sachlichen Breite zu Wort kommen konnte.

Mit der Zeitschrift »Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie« steht nun ein eigenes interdisziplinäres und internationales Publikationsorgan für diesen wichtigen Bereich zwischen den Fächern zur Verfügung. Im Untertitel sind die hauptsächlich beteiligten Fächer genannt, was aber keinesfalls als Abschließung gegenüber anderen Wissenschaftsbereichen, die einen Beitrag zur historisch-genetischen Siedlungsforschung leisten können, zu verstehen ist. Räumlich liegt der Schwerpunkt auf dem deutschsprachigen Mitteleuropa; andere europäische Siedlungsräume, vor allem die Nachbargebiete, werden ergänzend und vergleichend berücksichtigt.

Die Zeitschrift »Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie« enthält Aufsätze, Miszellen, Rezensionen, Berichte und Bibliographien.

1. Aufsätze

- a) Aufsätze zu einem Schwerpunktthema: In der Regel die Beiträge der wissenschaftlichen Jahrestagung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa«
- b) Weitere Aufsätze zu anderen Themenbereichen

2. Miszellen und Rezensionen

- a) Miszellen
- b) Rezensionen

3. Berichte

- a) Tagungsberichte
- b) Forschungsberichte
- c) Gelegentlich Literaturberichte

4. Bibliographien

- a) Gelegentlich zusammenfassende Bibliographien zu speziellen Themen

Siedlungsforschung

Archäologie – Geschichte – Geographie

Band 21

in Verbindung
mit dem

Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung
in Mitteleuropa

herausgegeben
von

Klaus Fehn,
Dietrich Denecke, Hans-Rudolf Egli, Eike Gringmuth-Dallmer,
Franz Irsigler, Winfried Schenk

VERLAG SIEDLUNGSFORSCHUNG BONN 2003

SCHRIFTLEITUNG

Geschäftsführende Herausgabe sowie Schriftleitung für Berichte

Prof. Dr. Klaus Fehn: Geographisches Institut der Universität Bonn – Historische Geographie, Meckenheimer Allee 166, 53115 Bonn. Tel.: 02 28 / 73 58 71, Email: K.Fehn@uni-bonn.de

Schriftleitung für Aufsätze

Prof. Dr. Franz Irsigler: Fachbereich III der Universität Trier, Geschichtliche Landeskunde, Postf. 3825, 54296 Trier. Tel.: 06 51 / 2 01 33 16, Email: irsigler@uni-trier.de

Schriftleitung für Miszellen, Rezensionenartikel und Bibliographien

Prof. Dr. Dietrich Denecke: Geographisches Institut der Universität Göttingen, Goldschmidtstr. 5, 37077 Göttingen. Tel.: 05 51 / 39 80 74

REDAKTION

Drs. Peter Burggraaff: Büro für historische Stadt- und Landschaftsforschung, % Geographisches Institut der Universität Koblenz, Universitätsstraße 1, D-56070 Koblenz, Tel.: 02 61 / 287 22 86, Email: burggra@uni-koblenz.de

Die Zeitschrift erscheint in einem Band von ca. 300 Seiten im Verlag »Siedlungsforschung« in Bonn. Bei den persönlichen Mitgliedern des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« ist der Bezugspreis im Jahresbeitrag enthalten (Anmeldungen an die Geschäftsstelle: Meckenheimer Allee 166, 53115 Bonn).

Der Nachdruck von Beiträgen ohne Genehmigung des Verlages ist auch bei Quellenangabe nicht gestattet. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der photomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung bleiben vorbehalten. Der Bezug erfolgt unmittelbar bei der Geschäftsstelle (% Geographisches Institut der Universität, Historische Geographie – Meckenheimer Allee 166, D-53115 Bonn, Tel.: 02 28 / 73 58 71) oder über den Buchhandel.

Herstellung: Hartmann Satz + Druck / Mignon-Verlag, Graf-Galen-Str. 1b–c,
53129 Bonn

ISSN: 0175–0046

INHALT

SchwerpunkttHEMA: Singuläre und periodische Großveranstaltungen in ihrer Auswirkung auf die historische Kulturlandschaft

<i>Klaus Fehn</i>	
Singuläre und periodische Großveranstaltungen in ihrer Auswirkung auf die historische Kulturlandschaft	7
<i>Karl-Heinz Willroth</i>	
Auswirkungen von singulären und periodischen Großveranstaltungen auf vor- und frühgeschichtliche Standorte Mit 6 Abbildungen	27
<i>Hans-Wilhelm Heine</i>	
Frühmittelalterliche Fluchtburgen Mit 7 Abbildungen	43
<i>Hauke Jöns</i>	
Frühmittelalterliche Handelsplätze im Ostseeraum als Großveranstaltungen und ihre Auswirkungen auf historische Kulturlandschaften Mit 4 Abbildungen	65
<i>Caspar Ehlers</i>	
Die Auswirkungen des mittelalterlichen Reisekönigtums auf die historische Kulturlandschaft Mit 5 Abbildungen	83
<i>Christoph Bartels</i>	
Die Entwicklung des Bergbaus im nordwestlichen Harz bis zum Beginn der Industrialisierung: Bergbau – eine »Großveranstaltung«?	97
<i>Monika Meyer-Künzel</i>	
Auswirkungen von Olympischen Spielen auf die Austragungsorte – Eine Typologie möglicher Risiken und Chancen für die Stadtentwicklung Mit 18 Abbildungen	113
<i>Dieter Rödel unter Mitarbeit von Franz Kümmerle</i>	
Die Passionsspiele von Oberammergau Mit 26 Abbildungen	125
<i>Klaus Fesche</i>	
Räumliche Effekte von Weltausstellungen	145
<i>Olaf Mußmann</i>	
Truppenübungsplätze als Großveranstaltungen: das Beispiel Bergen-Hohne Mit 6 Abbildungen	159

Siegfried Zehnhefer

- Die Reichsparteitage der NSDAP.
Ihre Bedeutung und die Auswirkungen auf die Stadt Nürnberg . . . 173

Axel Prieb

- Die EXPO 2000 und der Kulturlandschaftswandel
in der Region Hannover 195
Mit 8 Abbildungen

Rezensionsartikel und Berichte

Ernst-Rainer Hönes

- Rechtsfragen zur Kulturlandschaft 217

Klaus Fehn

- Tagungen und Veröffentlichungen des »Arbeitskreises für genetische
Siedlungsforschung in Mitteleuropa« 1974–2004 und der Arbeitsgruppe
»Angewandte Historische Geographie« im »Arbeitskreis für genetische
Siedlungsforschung in Mitteleuropa« 1991–2004 243

Klaus Fehn

- »Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie«
1983–2002. Register für die Bände 1–20 der Zeitschrift
»Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie« und
den Sonderband »Genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa
und seinen Nachbarräumen« (1988) 267

Peter Welke

- Die Wasserwirtschaft des Oberharzer Erzbergbaus – ihre Entwicklung
und Möglichkeiten der zukünftigen Nutzung 303
Mit 5 Abbildungen

Udo Recker

- Kulturlandschaft: Wahrnehmung – Inventarisierung –
Regionale Beispiele. Bericht über die 10. Tagung der »Arbeitsgruppe
für Angewandte Historische Geographie« im »Arbeitskreis für genetische
Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 17. bis 20. März 2004
in Frankfurt a.M. 313

Carl-Hans Hauptmeyer

- Singuläre und periodische Großveranstaltungen in ihrer Auswirkung
auf die historische Kulturlandschaft.
Bericht über die 29. Tagung des »Arbeitskreises für genetische
Siedlungsforschung in Mitteleuropa« vom 22. bis 25. September 2002
in Hannover 319

Anschriften der Autoren, Herausgeber

- und Vorstandsmitglieder des Arbeitskreises 327

- Contents 329

Klaus Fehn

Singuläre und periodische Großveranstaltungen in ihrer Auswirkung auf die historische Kulturlandschaft¹

Die zentrale Frage des Schwerpunktthemas »Singuläre und periodische Großveranstaltungen in ihrer Auswirkung auf die historische Kulturlandschaft« zielt auf die unterschiedliche Prägung der menschlichen Umwelt durch dauerhafte, periodische und episodische Aktivitäten. Besonders wichtig sind in diesem Zusammenhang die sog. Großveranstaltungen wie z.B. die EXPO 2000 in Hannover, die einen wesentlichen Ansatz für die Durchführung der 29. Tagung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« 2002 in Hannover darstellte. Wenn auch bei den folgenden Beiträgen die Großveranstaltungen im Mittelpunkt stehen, dürfen doch nicht die vielen kleineren Veranstaltungen vergessen werden, die kontinuierlich die Kulturlandschaft mehr oder minder intensiv gestaltet haben. Diese periodischen Veranstaltungen prägten oft in viel stärkerem Maße die Kulturlandschaft als die singulären Großveranstaltungen. Hier lässt sich meist sehr gut das weite Spektrum von konstanten und temporären Einrichtungen und Elementen erfassen, das nötig war, um das periodische Zusammentreffen vieler Menschen erfolgreich durchführen zu können. Zwischen den Veranstaltungen wurden die Räume entweder gar nicht oder für andere Zwecke genutzt, wofür gewisse Veränderungen an den konkreten Gegebenheiten nötig waren. Diese reichten von der Erstellung von nur kurzfristig zu gegebenem Anlass genutzten Bauten und der Reservierung von Flächen bis zur regelmäßigen Verfügungsgewalt über Standorte wie z.B. Marktplätze und Lokalitäten, die in der übrigen Zeit für anderweitige Zwecke genutzt wurden. Normalerweise war also eine Vor- und Nachbereitung und eine genaue Planung der Veranstaltung selbst in Hinblick auf seinen Standort nötig.

Erst in der jüngsten Vergangenheit wurde eine Verbindung zwischen der Raumplanung und der Durchführung von besonderen Veranstaltungen hergestellt. Dies schließt nicht aus, dass auch in früheren Zeiten die Infrastruktur der zu schützenden Räume überprüft und gelegentlich auch verändert wurde. Für eine Koordinierung der Vorstellungen auf der höchsten Ebene fehlten durchwegs die Macht und häufig auch das Interesse. Nach der Zurverfügungstellung bestimmter Gebäude, Plätze und Flächen kam es durchwegs zur Wiederherstellung der früheren Verhältnisse. Nachnutzungen in anderen Lebensbereichen erfolgten nur selten und dann meist nur mehr zufällig, vor allem dann, wenn sich der Abbau verzögerte. Wenn die reale

1 Dem Beitrag liegt der Vortrag zugrunde, der auf der 29. Tagung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« (Hannover 25.–28. September 2002) gehalten wurde. Vergleiche dazu auch den Tagungsbericht von *Carl-Hans Hauptmeyer* in diesem Band!

Bedeutung des Standortes bereits erloschen war, konnten sich gelegentlich ideelle Bezüge erhalten, die wiederum Ansatzpunkte für spätere Aktivitäten bilden konnten.

Die Veränderungen durch temporäre Großveranstaltungen und vor allem durch Großereignisse wirkten sich auf das Relief, die Wasserläufe und die Vegetation aus. Hinzu kamen Beeinflussungen der natürlichen Prozesse und vor allem von Bauten und Anlagen. In den Schwerpunktbeiträgen werden zahlreiche unterschiedliche Typen erwähnt und Verbindungslinien zwischen Großveranstaltungen und Anlagen hergestellt. In der bisherigen Literatur finden sich nur sehr wenige Ausführungen zu dem Thema. Relevante raumgestaltende Veranstaltungen kommen in allen Lebensbereichen, also im kultisch-religiösen, politisch-herrschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich vor. Während es sich hier um anthropogene Kräfte handelt, gibt es auch Ereignisse, die naturbedingt sind. Auch diese müssen hier berücksichtigt werden, da sie zu Umgestaltungen der Kulturlandschaft führten, die ohne diesen Hintergrund nicht verständlich würden. Als Beispiele können Maßnahmen gegen die Auswirkungen von Vulkanausbrüchen, Erdbeben, Hochwässern und Lawinenabgängen genannt werden. Es handelt sich hier um vorbeugende Schutzmaßnahmen gegen Bedrohungen ähnlich den umfangreichen Defensivbemühungen gegen militärische Gefährdungen.

Die Zuordnung der einzelnen Neuanlagen und Kulturlandschaftsveränderungen zu den verschiedenen Lebensbereichen ist durchwegs möglich; es gibt aber zahlreiche Überlappungen wie z.B. zwischen dem Wallfahrts- und dem Marktwesen. Auch zwischen einer permanenten und einer periodischen Nutzung bestehen manche Übergänge, wobei der Stellenwert der einzelnen Aktivitäten dann meist nicht ohne weiteres festzulegen ist. Als Beispiel seien hier Plätze genannt, die sowohl durch Wochenmärkte als auch durch Jahrmärkte genutzt werden. Ein wichtiges Faktum ist auch die ideelle Aufladung eines Standortes durch eine Großveranstaltung, was wiederum für die zukünftige Nutzung des Platzes von großer Bedeutung werden konnte.

In den Beiträgen zum Schwerpunktthema werden ganz unterschiedliche Großveranstaltungen aus verschiedenen Lebensbereichen behandelt. Bei der ersten Weltausstellung auf deutschen Boden, der EXPO 2000 in Hannover, gilt es, die Planung mit der Durchführung und vor allem die kurzfristige mit der langfristigen Perspektive in Hinblick auf Recycling und Nachnutzung zu verbinden.² Weiterhin sind die dezentralen Projekte und die Nachhaltigkeitskomponente zu berücksichtigen. Eingebettet sind die gegenwarts- und zukunftsorientierten Ausführungen in die Darstellung der Entstehung und Entwicklung des Großraums Hannover unter spezieller Berücksichtigung des Verhältnisses von endogenen und exogenen Kräften.³ Alles in allem besteht die gute Gelegenheit, an einem Beispiel nachzuprüfen,

2 Süddeutsche Zeitung, 24. März 2000; *Kaiser, Claudia*: Konzeption und regionale Auswirkungen der universellen Weltausstellung EXPO 2000. – In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 22–23, 2000, S. 11–22.

3 *Großraum Hannover. Eine Region mit Vergangenheit und Zukunft* (Beiträge zur regionalen Entwicklung, 96). – Hannover 2001; *Hannover und sein Umland* (Jahrbuch der Geographischen Gesellschaft zu Hannover). – Hannover 1978; *Hauptmeyer, Carl-Hans*: Die Residenzstadt Han-

wie eine Großveranstaltung die Strukturen einer städtischen Kulturlandschaft verändert hat.

In der Nachbarschaft der beiden dem Tagungsort Hannover gewidmeten Beiträge stehen die Aufsätze über die Weltausstellungen⁴ und die Olympischen Spiele.⁵ Deutlich werden hier die großen Unterschiede in Hinblick auf die Ausgangssituation der betroffenen Städte und die Hauptgedanken der Planung sowie auf den sich wandelnden Charakter der Großveranstaltungen. Mit der neuesten Zeit beschäftigen sich auch die Ausführungen zu den Truppenübungsplätzen⁶ und dem Reichsparteitagsgelände.⁷ In beiden Fällen handelt es sich um ausgedehnte Räume, die mit der modernen Herrschaftsausübung in Zusammenhang stehen. Nicht leicht zu trennen sind hier die Auswirkungen permanenter Aktivitäten von denjenigen periodischer Großveranstaltungen. Sehr aufschlussreich ist die Untersuchung der Einflussnahme auf ein weiteres Umfeld, sei es real oder zumindest ideell.

Ein sehr facettenreiches Phänomen im Zusammenhang des Schwerpunktthemas ist das sog. Reisekönigtum der deutschen Könige, das in Ausläufern bis zum Ende des

nover im Rahmen der frühneuzeitlichen Stadtentwicklung. – In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 61, 1989, S. 61–85.

- 4 *Kalb, Christine*: Weltausstellungen im Wandel der Zeit und ihre infrastrukturellen Auswirkungen auf Stadt und Region (Europäische Hochschulschriften V, 1970). – Berlin 1994; *Kaiser, Wolfram*: Die Welt im Dorf. Weltausstellungen von London 1851 bis Hannover 2000. – In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 22–23, 2000, S. 3–10; *Wörner, Martin*: Die Welt an einem anderen Ort. Illustrierte Geschichte der Weltausstellungen. – Berlin 2000; *Cramer, Johannes u. a.*: Bauausstellungen. Eine Architekturgeschichte des 20. Jahrhunderts. – Stuttgart 1984; *Möller, Holger*: Das deutsche Messe- und Ausstellungswesen. Standortstruktur und räumliche Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert (Forschungen zur deutschen Landeskunde, 231). – Trier 1989; *Pemsel, Jutta*: Die Wiener Weltausstellung von 1873. Das gründerzeitliche Wien am Wendepunkt. – Wien u. Köln 1989; Die verhinderte Weltausstellung. Beiträge zur Berliner Gewerbeausstellung 1896. – Berlin 1996.
- 5 *Meyer-Künzel, Monika*: Der planbare Nutzen. Stadtentwicklung durch Weltausstellungen und Olympische Spiele. – Hamburg 2001; *Schmidt, Thomas*: Olympische Stadien von 1896 bis 1988. Landschaftsentwicklung und Umweltforschung (Schriftenreihe des Fachbereichs Umwelt und Gesellschaft der TU Berlin, Sonderheft S 11). – Berlin 1994.
- 6 *Röser, Wolfgang*: Geographische Aspekte der Auswirkung von Truppenübungsplätzen auf ihre Standorte. Dargestellt an Beispielen aus Süddeutschland: Baumholder, Grafenwöhr, Hammelburg, Hohenfels und Münsingen. Diss. – Erlangen 1973; *Heinrich, Gerd*: Hauptstadtraum und Militärstaat. Grundzüge der Militärlokation in der Berliner Zentrallandschaft seit der Roonschen Heeresreform. – In: Stadt und militärische Anlagen. Historische und raumplanerische Aspekte (Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Forschungs- und Sitzungsberichte, 114). Hannover 1977, S. 237–249; *Fehn, Klaus*: Erhalt von historischen Kulturlandschaften sowie Natur- und Landschaftsschutz als Ergebnis der Konversion. – In: Konversion in Mecklenburg-Vorpommern (Beiträge des Innovations- und Bildungszentrums Hohen Luckow, 3, H. 1). Hohen Luckow 1995, S. 55–74.
- 7 *Hilgemann, Werner*: Atlas zur deutschen Zeitgeschichte (Serie Piper, 328). – München 1984; Bauen im Nationalsozialismus. Bayern 1933–1945. Hrsg. von *Wilfried Nerdinger* (Ausstellungskataloge des Architekturmuseums der Technischen Universität München und des Münchner Stadtmuseums, 9). – München 1993; *Wunder, Thomas*: Das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg (Schriften des Kunstpädagogischen Zentrums im Germanischen Nationalmuseum). – Nürnberg 1984; *Zehnhefer, Siegfried*: Die Reichsparteitage der NSDAP in Nürnberg (Schriftenreihe des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände, 2). – Nürnberg 2002.

Alten Reiches wirksam blieb.⁸ Beim Übergang der Würde von einem Amtsträger zum nächsten wurden in einem genau festgelegten Ablauf von Festakten verschiedene Städte aufgesucht. Hierbei handelte es sich dann eindeutig um Großveranstaltungen. Schwieriger zu bestimmen sind die Auswirkungen des Reisekönigtums im Mittelalter auf die besuchten Orte mit Königspfalzen bzw. Königshöfen. Gab es hier überhaupt eine Gestaltungsmöglichkeit? Was mussten die Verantwortlichen in den Orten vorhalten? Während es über die permanente Besiedlung der Königshöfe keine Zweifel gibt, prägten tiefgreifende wissenschaftliche Kontroversen die Beschäftigung sowohl mit den sog. Fluchtburgen⁹ als auch mit den so genannten Emporien.¹⁰ In beiden Fällen wurde lange Zeit der temporäre Charakter vieler der dortigen Aktivitäten besonders betont. Heute schreibt man der Permanenz einen höheren Stellenwert zu. Gerade in einer derartigen Forschungssituation erscheint es wichtig, das Verhältnis von permanenten und temporären Aspekten nochmals einer genauen Überprüfung zu unterziehen. Ebenso umstritten ist es, welche Rolle in der

-
- 8 *Peyer, Hans Conrad*: Das Reisekönigtum des Mittelalters. – In: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 51, 1964, S. 1–21; *Patze, Hans u. Streich, Gerhard*: Die landesherrlichen Residenzen im spätmittelalterlichen Deutschen Reich. – In: Blätter für deutsche Landesgeschichte 188, 1982, S. 205–220; *Fehn, Klaus*: Hauptstadt in Prozenten. Hauptstadtfunktionen in der Mitte Europas. Politische, kulturelle und wirtschaftliche Standortveränderungen zwischen 1254 und der Gegenwart. – In: Hauptstadt. Zentren, Residenzen, Metropolen in der deutschen Geschichte. Köln 1989, S. 474–491; Die Hauptstädte der Deutschen. Von der Kaiserpfalz in Aachen zum Regierungssitz Berlin. – München 1993; *Brachmann, Hansjürgen*: Markt und Pfalz. Überlegungen zu ihrem Wechselverhältnis an ostsächsischen Beispielen. – In: Sachsen und Anhalt 20, 1997, S. 11–28; Die deutschen Königspfalzen. Repertorium der Pfalzen, Königshöfe und übrigen Aufenthaltsorte der Könige im deutschen Reich des Mittelalters. Hrsg. vom Max-Planck-Institut für Geschichte. Göttingen 1983ff. (noch nicht abgeschlossen).
- 9 *Ebner, Herwig*: Die Burg als Forschungsproblem mittelalterlicher Verfassungsgeschichte. – In: Die Burgen im deutschen Sprachraum. Ihre rechts- und verfassungsgeschichtliche Bedeutung (Vorträge und Forschungen, 19/1). Sigmaringen 1976, S. 11–82; *Mildenberger, Gerhard*: Germanische Burgen. – Münster 1978; Burgen der Salierzeit. 2 Teile (Monographien des Römisch-Germanischen Zentralmuseums, 25). – Sigmaringen 1991; *Brachmann, Hansjürgen*: Der frühmittelalterliche Befestigungsbau in Mitteleuropa. Untersuchungen zu seiner Entwicklung und Funktion im germanisch-deutschen Gebiet. – Berlin 1993; Frühmittelalterlicher Burgenbau in Mittel- und Osteuropa. – Bonn 1998; *Ehlers, Joachim*: »Burgen« bei Widukind von Corvey und Thietmar von Merseburg. – In: Architektur – Struktur – Symbol. Streifzüge durch die Architekturgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart. Petersberg 1999, S. 27–32; Burgen in Mitteleuropa. Ein Handbuch. 2 Bände. – Stuttgart 1999; *Fehn, Klaus*: Burgen und zentrale Funktionen. – In: Zentrale Funktionen der Burg (Veröffentlichungen der Deutschen Burgenvereinigung, B 6). Braubach 2001, S. 7–11.
- 10 Archäologische und naturwissenschaftliche Untersuchungen an Siedlungen im deutschen Küstengebiet Band 2: Handelsplätze des frühen und hohen Mittelalters. – Weinheim 1984; *Capelle, Torsten*: Zur Existenzgrundlage und Dauer städtischer Siedlungen der Wikingerzeit. – In: Die Stadt. 2. Aufl. Köln 1985; *Schich, Winfried*: Der Ostseeraum aus der Sicht der mittelalterlichen Siedlungsgeschichte – mit besonderer Berücksichtigung der »Seestädte« an der südwestlichen Ostseeküste. – In: Siedlungsforschung 15, 1997, S. 53–79; Haithabu und die frühe Stadtentwicklung im nördlichen Europa (Schriften des Archäologischen Landesmuseums, 8). – Neumünster 2002.

Frühzeit mobile Bergbausiedlungen gespielt haben.¹¹ Gab es in Mitteleuropa über das häufig belegte »Berggeschrei« hinaus auch dem kalifornischen Goldrausch vergleichbare Perioden? Kann man die Silbereuphorie im Erzgebirge mit der Entstehung zahlreicher »Bergstädte« in diesen Zusammenhang stellen?

Schon sehr früh bildeten sich Plätze mit einer überregionalen kultischen Bedeutung heraus.¹² Vermutlich fiel die Entscheidung über die Zukunft dieser Orte oft im Zusammenhang mit einer Begräbniszeremonie für eine überragende Person. Derartige Standorte wurden kultische Zentren und Ansatzpunkte auch für Aktivitäten in den anderen Lebensbereichen der Herrschaft, der Wirtschaft und der Kultur. In manchem vergleichbar ist das christliche Wallfahrtswesen, das bestimmten Orten durch die periodische Wiederkehr der religiösen Aktivitäten eine herausragende Bedeutung vermittelte.¹³ Während viele Wallfahrten mit Wirtschaftsmessen oder Märkten verbunden waren, konzentrierten sich die Aktivitäten bei den geistlichen Spielen wie z. B. den Oberammergauer Festspielen ganz auf den religiösen Sektor.¹⁴ Trotzdem kam es zu einer tiefgreifenden Beeinflussung der Ortsentwicklung. Bei den neueren Wallfahrten war dies ganz ähnlich.

-
- 11 *Steuer, Heiko*: Die Entwicklung des Bergbaus in den deutschen Mittelgebirgen seit der Römerzeit und ihr Zusammenhang mit der Besiedlung. – In: *Siedlungsforschung* 10, 1992, 121–144; *Denecke, Dietrich*: Die Besiedlung des Westharzes – ein Bericht über jüngere Forschungen zum Bergbau. – In: *Siedlungsforschung* 10, 1992, S. 163–171; *Montanwirtschaft Mitteleuropas vom 12. bis 17. Jahrhundert. Forschungsprobleme.* – Bochum 1984; *Europäische Montanregion Harz (Montanregion Harz, Bd. 1).* – Bochum 2001; *Plöger, Rolf*: Die maritime Kulturlandschaft der Kieler Förde in historisch-geographischer Sicht. – In: *Siedlungsforschung* 15, 1997, S. 153–191; *Fehn, Klaus*: Historisch-geographische Kulturlandschaftsforschungen in Industrie- und Bergbaulandschaften mit besonderer Berücksichtigung des Ruhrgebiets. – In: *Koblenzer Geographisches Kolloquium Sonderheft 1999/2*, S. 16–27; *Bartels, Christoph*: Die Geschichte des Bergbaus am Rammelsberg, ein Überblick. – In: *Der Rammelsberg. Tausend Jahre Natur – Mensch – Technik.* Goslar 2001, S. 44–83.
- 12 *Rinschede, Gisbert*: Religionsgeographie (Das Geographische Seminar). – Braunschweig 1999; *Schenk, Winfried*: Religion und Kulturlandschaft. – In: *Siedlungsforschung* 20, 2002, S. 9–24; *Willroth, Karlheinz*: Landwege auf der cimbrischen Halbinsel aus der Sicht der Archäologie. – In: *Siedlungsforschung* 4, 1986, S. 9–44; *Willroth, Karlheinz*: Untersuchungen zur Besiedlungsgeschichte der Landschaften Angeln und Schwansen von der älteren Bronzezeit bis zum frühen Mittelalter (Offa-Bücher, 72). – Neumünster 1992; *Willroth, Karl-Heinz*: Haus, Acker und Grabhügel. Variable Konstanten im Siedlungsgefüge der älteren nordischen Bronzezeit. – In: »trans Albim fluvium«. Forschungen zur vorrömischen, kaiserzeitlichen und mittelalterlichen Archäologie. Festschrift Achim Leube (Internationale Archäologie. Studia honorica, 10). Rahden 2001, S. 113–124.
- 13 *Hahn, Maria Anna*: Siedlungs- und wirtschaftsgeographische Untersuchung der Wallfahrtsstätten in den Bistümern Aachen, Essen, Köln, Limburg, Münster, Paderborn und Trier. – Düsseldorf 1969; *Ennen, Edith*: Stadt und Wallfahrt in Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Deutschland. – In: Festschrift Matthias Zender. Bonn 1972, S. 1057–1075; *Irsigler, Franz*: Die Bedeutung von Pilgerwegen für die mittelalterliche Siedlungsentwicklung. – In: *Siedlungsforschung* 4, 1986, S. 81–102.
- 14 *Passionsspiele im alpenländischen Raum (Veröffentlichen zur Bayerischen Geschichte und Kultur, 20).* – München 1990; *Wallfahrt und Alltag im Mittelalter und der frühen Neuzeit (Veröffentlichungen des Instituts für Realienkunde des Mittelalters und der frühen Neuzeit, 44).* – Wien 1992.

Ein entscheidender Ansatzpunkt für die Entstehung von temporären Siedlungen war der Fernhandel.¹⁵ Auf das Zusammentreffen von Interessenten an einem Platz ohne jegliche Infrastruktur folgten idealtypisch Standorte mit Einzelelementen kleinerer Siedlungen und größere Orte mit Spezialeinrichtungen. Die Entwicklung im einzelnen ist schwer nachzuvollziehen, nicht zuletzt deshalb, weil sich derartige Aktivitäten auch mit religiösen und herrschaftlichen Zentren verbanden. Die Prioritäten sind häufig nur schwer festzustellen, vor allem, wenn es um die Nutzung von Gebäuden und Plätzen ging.

Für die EXPO 2000 in Hannover lässt sich scheinbar lückenlos zeigen, wie eine singuläre Großveranstaltung die Kulturlandschaft geprägt hat. In dem Spezialbeitrag über dieses Thema hat sich jedoch ergeben, dass sogar für diese Großveranstaltungen, die sich unter unseren Augen abspielen, die nötigen genauen Kenntnisse der Vorgänge und der betroffenen Kulturlandschaft nicht ohne weiteres zu erlangen sind. Umso weniger überrascht es, dass die Quellenlage für die Beantwortung unserer zentralen Frage immer dürftiger wird, je weiter wir in die Vergangenheit zurückgreifen. Hier kommt es deshalb vor allem an, zumindest ein umfassendes problemorientiertes Frageraster zu entwickeln, was bisher nur gelegentlich versucht worden ist.

Es gibt zwar eine Fülle von Veröffentlichungen, die sich mit den Großveranstaltungen im Laufe der Geschichte beschäftigen oder die städtebauliche Entwicklung in denjenigen Räumen untersuchen, wo Großveranstaltungen stattgefunden haben. Was aber durchwegs fehlt, ist die Verbindung der beiden Forschungsrichtungen im Sinne der Hauptfragestellung des Schwerpunktthemas. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet die Dissertation von *Monika Meyer-Künzel*, die in einer vergleichenden Untersuchung Einflüsse, Chancen und Probleme für die Stadtentwicklung herausarbeitet, die mit der Durchführung von Großveranstaltungen einhergehen.¹⁶ Unter Großereignissen versteht die Autorin Weltausstellungen und Olympische Spiele. *Meyer-Künzel* stellte folgende Hauptfragen: »1. Welche städtebaulichen Auswirkungen hatte das Großereignis auf die gastgebende Stadt? 2. Ob und wann wurden Großereignisse bewusst als Mittel der Stadtentwicklung eingesetzt? 3. Können die städtebaulichen Ansätze und Projekte typisiert werden? 4. Welche Entwicklungs-

15 Europäische Messen und Marktsysteme in Mittelalter und Neuzeit (Städteforschung, A39). – Köln u. Wien 1996; *Irsigler, Franz*: Jahrmärkte und Messen im oberrheinischen Raum vom 14. bis 16. Jahrhundert. – In: *Zwischen Habsburg und Burgund. Der Oberrhein als europäische Landschaft im 15. Jahrhundert* (Oberrheinische Studien, 21). Ostfildern 2003, S. 229–254; *Mitterauer, Michael*: Jahrmärkte als Nachfolge antiker Zentralorte. – In: *Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung* 75, 1967, S. 237–321; *Jaeck, Horst-Joachim*: Der Markt im Wandel der Jahrtausende. Entwicklungsgeschichte städtischer Geschäftszentren. Erster Band. Urzeit und Antike. – Berlin 1979; *Störmer, Wilhelm*: Präurbane Siedlungen und zentrale Orte im früh- und hochmittelalterlichen Bayern. – In: *Vom Ursprung der Städte in Mitteleuropa. Jubiläumsschrift zur 1200. Wiederkehr der Erstnennung von Linz*. Linz 1999, S. 103–125; *Stadtstrukturen an alten Handelswegen im Funktionswandel bis zur Gegenwart* (Schriftenreihe des Zentralinstituts für fränkische Landeskunde und allgemeine Regionalforschung an der Universität Erlangen-Nürnberg, 25). – Erlangen 1984.

16 *Meyer-Künzel, Monika*: Der planbare Nutzen. Stadtentwicklung durch Weltausstellungen und Olympische Spiele. – Hamburg 2001.

chancen und -probleme ergaben sich aus der Veranstaltung eines Großereignisses, welche waren für die austragende Stadt erfolgreich, welche abträglich? 5. Welche Chancen haben bisher angewandte Konzepte der Weltausstellungen und Olympischen Spiele für gegenwärtige und zukünftige Planungen?»

Wie schon erwähnt, wurden in den bisherigen Veröffentlichungen durchwegs die direkten Beziehungen zwischen den Großveranstaltungen und der Kulturlandschaftsentwicklung nicht thematisiert. Es müssen deshalb mühsam die einzelnen Teilelemente zusammengetragen werden, um ein Gesamtbild von den Großveranstaltungen und der Kulturlandschaftsentwicklung in der betreffenden Zeit entwerfen zu können. Dabei zeigen sich immer wieder einerseits die beschränkte Aussagekraft bestimmter Quellengruppen und Methoden und andererseits die Notwendigkeit der interdisziplinären Zusammenarbeit gerade bei derartigen komplexen Fragestellungen aus dem Bereich der Genetischen Siedlungsforschung. Während in früheren Jahrzehnten innerhalb der Geographie und vor allem der Historischen Geographie die formal-funktionale Typisierung von Siedlungen eine große Rolle spielte, was z. B. in dem bekannten Lehrbuch der Allgemeinen Siedlungsgeographie von Gabriele Schwarz zu detaillierten einschlägigen Ausführungen über die »zwischen Land und Stadt stehenden Siedlungen« (z. B. Verkehrssiedlungen, Schutz- und Herrschaftssiedlungen, Kultsiedlungen) führte,¹⁷ interessierten später mehr räumliche Standortentscheidungen raumwirksamer Flächenansprüche und Distanzüberwindungen in ihrer Bedeutung für die Entstehung neuer Raumstrukturen wie z. B. in der Einführung in die Wirtschaftsgeographie von *Horst-Günter Wagner*.¹⁸ Die Übergangsfelder der Historischen Geographie zur Geschichtswissenschaft und zur Archäologie spricht besonders häufig *Dietrich Denecke*¹⁹ an. Dabei wird die spezifische Schwierigkeit für den Historischen Geographen deutlich, die hinter den Veränderungen stehenden Kräfte und Prozesse adäquat zu erkennen.²⁰ Der Historiker hat dagegen

17 Schwarz, Gabriele: Allgemeine Siedlungsgeographie (Lehrbuch der Allgemeinen Geographie, VI). – 4. Aufl. Berlin 1988.

18 Wagner, Horst-Günter: Wirtschaftsgeographie (Das Geographische Seminar). – 2. Aufl. Braunschweig 1994.

19 Denecke, Dietrich: Der geographische Stadtbegriff und die räumlich-funktionale Betrachtungsweise bei Siedlungstypen mit zentraler Bedeutung in Anwendung auf historische Siedlungsepochen. – In: Vor- und Frühformen der europäischen Stadt im Mittelalter (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften Göttingen, philologisch-historische Klasse, 3,83). Göttingen 1973, S. 33–55; Denecke, Dietrich: Stadtkern und Stadtkernforschung. Ein Beitrag zur Terminologie und Fragestellung. – In: Stadtkernforschung (Städteforschung, A27). Köln u. Wien 1987, S. 11–21; Denecke, Dietrich: Siedlungsentwicklung und wirtschaftliche Erschließung der hohen Mittelgebirge. – In: Siedlungsforschung 10, 1992, S. 9–47; Denecke, Dietrich: Zur Entstehung des Verkehrs. – In: Strom-Straße-Schiene. Die Bedeutung des Verkehrs für die Genese der mitteleuropäischen Städtelandschaft (Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas, 16). Linz/Donau 2001, S. 1–25.

20 Jäger, Helmut: Entwicklungsprobleme europäischer Kulturlandschaften (Die Geographie. Einführungen). – Darmstadt 1987; Fehn, Klaus: Historische Geographie. – In: Geschichte. Ein Grundkurs (rowohlts enzyklopädie). Reinbek 1998, S. 394–407; Schenk, Winfried: Aufgaben der genetischen Siedlungsforschung in Mitteleuropa aus der Sicht der Geographie. – In: Siedlungsforschung 18, 2000, S. 29–50.

einen ganz anderen Zugriff auf die historischen Ereignisse; was ihm jedoch fehlt, ist nicht selten die Raumorientierung und noch häufiger der Landschaftsbezug.²¹

Wie schwierig es ist, hier zu genauen Aussagen zu kommen, zeigt z. B. die Studie von Herwig Ebner über die Burg in historiographischen Werken des Mittelalters.²² Die Stadthistorikerin *Martina Stercken* hat vor kurzem eine bemerkenswerte Untersuchung zu den Begrenzungen des Marktgebietes in der mittelalterlichen Stadt vorgelegt.²³ Sie wertete dafür vor allem bildliche und schriftliche Quellen aus und bedauerte, dass häufig ausgedehntere archäologische Stadtkernuntersuchungen fehlten. Zu den Möglichkeiten und Problemen der archäologischen Stadtkernuntersuchungen hat sich *Walter Janssen* mehrfach geäußert.²⁴ Er sah umfassende Möglichkeiten für die Erforschung der Stadttopographie wie z. B. der von Permanenz und Wandel in Grundstücksgrenzen, Baufluchten und Straßenführungen, warnte aber davor, zu schnell historische Zusammenhänge postulieren zu wollen. *Eike Gringmuth-Dallmer* ist in seinem einleitenden Beitrag zum Schwerpunktthema »Kulturlandschaftsmuster und Siedlungssysteme«, das auf der Tagung des »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« 1995 in Leeuwarden behandelt wurde, ebenfalls sehr vorsichtig.²⁵ Er weist auf die großen Schwierigkeiten hin, mit archäologischen Methoden den Besiedlungsstand eines größeren Areals in Hinblick auf Topographie, Gebäudetypen und Infrastrukturen zu erfassen, einzelne Plätze funktional zu klassifizieren und sie damit bestimmten Siedlungssystemen zuzuordnen. Besonders schwierig sei die Feststellung einer periodischen oder episodischen Nutzung.

Im Bereich der genetischen Siedlungsforschung für weit zurückliegende Zeiten Beziehungen zwischen zwei Faktoren herstellen zu wollen, ist immer ein schwieriges

-
- 21 *Fehn, Klaus*: Zentrale Aufgaben der Landesgeschichte aus der Sicht der Nachbarfaches »Historische Geographie« und des interdisziplinären Arbeitsfeldes »Genetische Siedlungsforschung«. – In: *Landesgeschichte in Deutschland. Bestandsaufnahme-Analyse-Perspektiven*. Paderborn 1998, S. 61–74; *Fehn, Klaus*: Historische Geographie. – In: *Geschichte. Ein Grundkurs* (rowohlts enzyklopädie). Reinbek 1998, S. 394–407; *Rückert, Peter*: Aufgaben der genetischen Siedlungsforschung in Mitteleuropa aus der Sicht der Geschichtswissenschaft. – In: *Siedlungsforschung* 18, 2000, S. 51–69.
- 22 *Ebner, Herwig*: Die Burg in historiographischen Werken des Mittelalters. – In: *Festschrift Friedrich Hausmann*. Graz 1977, S. 119–151.
- 23 *Stercken, Martina*: Begrenzungen des Marktgebietes in der mittelalterlichen Stadt. – In: *Stadt- und Landmauern Band 3: Abgrenzungen – Ausgrenzungen in der Stadt und um die Stadt* (Veröffentlichungen des Instituts für Denkmalpflege an der ETH Zürich, 15.3). Zürich 1999, S. 71–84.
- 24 *Janssen, Walter*: Die mittelalterliche Stadt als Problem der Archäologie. – In: *Stadtkernforschung (Städteforschung, A27)*. Köln u. Wien 1987, S. 3–10; *Janssen, Walter*: Genetische Siedlungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland aus der Sicht der Siedlungsarchäologie. – In: *Genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa und seinen Nachbarräumen*. Bonn 1988, S. 25–66; *Jankuhn, Herbert*: Einführung in die Siedlungsarchäologie (de Gruyter Studienbuch). – Berlin u. New York 1977; *Steuer, Heiko*: Der Beitrag der Archäologie zur Stadtgeschichtsforschung. – In: *Stadtgeschichtsforschung*. Wien 1993, S. 173–196; *Fehring, Günter P.*: Einführung in die Archäologie des Mittelalters (Die Archäologie. Einführungen). – 3. Aufl. Darmstadt 2000.
- 25 *Gringmuth-Dallmer, Eike*: Kulturlandschaftsmuster und Siedlungssysteme. – In: *Siedlungsforschung* 14, 1996, S. 9–31.

Unterfangen. Es müssen ja nicht nur die beiden Faktoren genau bestimmt werden, sondern auch die kausalen Verbindungen nachgewiesen werden. So sollte sich die Forschung zunächst darauf konzentrieren, Ansatzpunkte sowohl bei der Behandlung der Großveranstaltungen als auch bei der Beschäftigung mit den Kulturlandschaftsveränderungen herauszuarbeiten. Die Historische Geographie hat in diesem Zusammenhang die Hauptaufgabe historische Kulturlandschaftsmuster herauszuarbeiten und sie in eine Beziehung zu räumlichen Standortentscheidungen, dem Flächenbedarf bestimmter Nutzungen, Funktions- und Strukturwandlungen in Räumen unterschiedlicher Maßstabebene, persistenten Strukturen etc. zu bringen. Von dem Siedlungshistoriker erhofft sich die genetische Siedlungsforschung Auskünfte über die Intentionen der agierenden Einzelpersonen und Personengruppen, den konkreten Ablauf der Großereignisse im Hinblick auf die temporären Installationen und vorübergehenden Nutzungen etc. Gerade diese temporären Aktivitäten, die mit den Stichworten Buden, Zelte, Bänke, Tische kurz charakterisiert werden können, sind von den Siedlungsarchäologen nur schwer nachzuweisen, von denen ansonsten wichtige Auskünfte über dauerhaftere Elemente bis hin zu Veränderungen der naturräumlichen Gegebenheiten zu verdanken sind.

Was wird durch die Quellenforschung erfasst, was ist erfassbar? Diese zentralen Fragen müssen gerade auch bei unserem anspruchsvollem Rahmenthema gestellt werden, da es nur wenige direkte Zeugnisse für die Auswirkungen der Großveranstaltungen auf die Kulturlandschaft gibt. Wenn schon die Einzelbereiche nur selten erfasst sind, so ist ein Vergleich quer über die verschiedenen Großveranstaltungen hinweg noch niemals versucht worden.

Bei einem umfassenden Raum-Zeit-Vergleich haben wir es mit sehr unterschiedlichen Großveranstaltungen zu tun. In den Schwerpunktbeiträgen werden kultische Zusammenkünfte, Fernhändlertreffen, Verteidigungsmaßnahmen, ambulantes Herrschertum, Wirtschaftsmessen, Bergbaustandorte, Rohstoffgewinnung, Wallfahrten, Manöver, Parteitage, Olympische Spiele und Weltausstellungen behandelt. Jedes mal werden Fragen zu beantworten sein, wie temporäre oder dauerhafte Veränderungen in der Kulturlandschaft hervorgerufen wurden, wie die bestehenden Strukturen berücksichtigt wurden, ob es zu einer bewussten oder unbewussten Nachnutzung gekommen ist etc. Die Großveranstaltungen müssen so weit als möglich im Hinblick auf ihre kulturlandschaftsprägende Kraft klassifiziert werden: nach der Dauer und der Regelmäßigkeit, also singulär, episodisch, periodisch, mehrjährlich, jährlich, monatlich, wöchentlich, saisonal; nach der Bedeutung im Hinblick auf die teilnehmenden Personen, aber noch mehr auf die Größe des betroffenen Raumes; nach den betroffenen Lebensbereichen: kultisch-kirchlich, politisch-militärisch, kulturell-sportlich, wirtschaftlich.

Ganz bewusst wurde im Thema des Schwerpunkts der Begriff »Kulturlandschaft« und nicht »Siedlung« gewählt, da es nicht nur um den bebauten Bereich geht, sondern auch um die Wirtschaftsflächen und um das oft nur sehr extensiv genutzte Umland der Siedlungen. So betrachtet kann man Auswirkungen auf die Gebäude, die Freiflächen zwischen den Gebäuden, die Fluren und die anschließenden Wälder und Ödländer unterscheiden. Neben Neuanlagen und erstmaligen Veränderungen der natürlichen Gegebenheiten stehen Umnutzungen von bereits in Anspruch genommenen Flächen. Bei den größeren Siedlungen empfiehlt es sich, zwischen den

Siedlungskernen, den Siedlungsrändern und dem Siedlungsumland zu unterscheiden, und hierfür jeweils gesondert die Veränderungen des Gefüges, also von Grund- und Aufriss zu untersuchen. Man kann auch mit unterschiedlichen räumlichen Bezugsebenen operieren also mit der Mikroebene der Häuser, Betriebe und Haushalte, der Mesoebene der Viertel und Bezirke und der Makroebene der Gesamtsiedlung und eventuell darüber hinausgehend noch mit den um und zwischen den Siedlungen liegenden Räumen. Gewisse singuläre und periodische Großveranstaltungen haben sogar regionale, nationale und übernationale Auswirkungen.

Die typologische Abfolge möglicher raumwirksamer Aktivitäten reicht von kurzfristigen Versammlungen von Menschengruppen ohne längerwirkende Auswirkungen auf die Landschaft über die Beeinflussung natürlicher Gegebenheiten und Prozesse und die Schaffung naturnaher Kulturlandschaften bis zur Etablierung neuer naturfremder Elemente im Sinne von Zivilisationslandschaften. Von entscheidender Bedeutung sind dabei jeweils auch die geplante Dauer der primären Nutzung und gegebenenfalls auch das Vorhandensein von Nachnutzungsüberlegungen.

In einem umfassenden Raum-Zeit-Vergleich lassen sich verschiedene Arten von Siedlungen bestimmen. *Wilhelm Müller-Wille* unterschied dementsprechend die flüchtige, ephemere Siedlung, die zeitweilige, temporäre Siedlung, die entweder unregelmäßig/episodisch oder geregelt/periodisch ist, die jahreszeitliche/saisonale Siedlung, die halb feste/semipermanente Siedlung und die feste/permanente Siedlung, deren Nutzungsdauer mehrere Generationen umfasst.²⁶ Dieses Gliederungsschema ist an sich für die ländliche Siedlung entworfen worden, gibt aber zweifellos auch Anregungen für das Schwerpunktthema. Es handelt sich ja bei den singulären oder periodischen Großveranstaltungen auch um temporäre Nutzungen von Gebäuden, Infrastrukturen oder zumindest Verfügungsflächen und Standorten. Dabei wird man davon ausgehen können, dass man in früheren Zeiten normalerweise sich immer in ein und derselben Nutzungsebene bewegte und auf eine spätere Konversion zielende Überlegungen fremd waren. Faktisch kam es trotzdem häufig zu Nachnutzungen. Hier handelt es sich aber nur um eine indirekte Auswirkung von singulären oder periodischen Großveranstaltungen.

Es fällt für frühere Zeiten meist schwer, den Kulturlandschaftszustand insgesamt vor der Großveranstaltung bzw. dem Großereignis flächig zu rekonstruieren und davon die Veränderungen in der Folgezeit abzuheben. Aber auch wenn dies einigermaßen gelänge, sind die Kausalitäten oft nicht zweifelsfrei nachzuweisen. Das Spektrum von Möglichkeiten reicht dabei von der direkten Verbindung über die Ergänzung schon laufender Vorhaben bis zur Beschleunigung von in der Realisierungsphase befindlichen Maßnahmen. Was die Nachnutzung betrifft, entstanden bestimmte Überlegungen bzw. Wünsche oft erst während und nach der Großveranstaltung, was häufig zu erheblichen Auseinandersetzungen über Prioritäten führte. Bei der Beschäftigung mit der Schwerpunktthematik muss man grundsätzlich immer die Ausnahmesituation berücksichtigen, in der sich der betreffende Kulturland-

²⁶ *Müller-Wille, Wilhelm*: Arten der menschlichen Siedlung. Versuch einer Begriffsbestimmung durch Klassifikation. – In: Erfassung und Probleme moderner geographischer Forschung. Bremen-Horn 1954, S. 141–163.

schaftsausschnitt während der Großveranstaltung befand. Dieser Ausnahmezustand war nur durch Provisorien zu bewältigen, wobei die Qualität der provisorisch errichteten Bauten, Anlagen und gestalteten Räume nicht automatisch minderwertig sein musste, sondern häufig sogar ein erstaunlich hohes Niveau aufwies. Es sind zahlreiche Typen von transportablen Bauten und Gerätschaften nachgewiesen, die für die Nutzung von Freiflächen verwendet wurden. Ebenso wichtig waren aber auch die vorübergehende Umnutzung von Gebäuden und der Aufbau einer temporären Infrastruktur vor allem im Beherbergungs-, Gaststätten- und Verkehrswesen. Nachdem so lange Zeit sich sowohl positive als auch negative Auswirkungen auf Siedlung und Kulturlandschaft durch die verschiedenen Großveranstaltungen ergaben, wurden mit dem Aufkommen von Stadtplanung und Raumordnung auch zunehmend Großveranstaltungen dafür verwendet, gewünschte Entwicklungen anzustoßen oder voranzutreiben.

Im folgenden soll an einigen konkreten Beispielen aufgezeigt werden, in welchen Feldern noch über die in den Beiträgen behandelten Bereiche hinaus gearbeitet werden könnte. Zunächst wäre als Unterbau zu der Erforschung der Auswirkungen der Großveranstaltungen auch noch intensiver über diejenigen nichtpermanenten Veranstaltungen nachzudenken, die zwar absolut gesehen keine große Bedeutung haben, die aber für eine kleinere Region von eminenter Wichtigkeit sind. Hier liegen z.B. umfassende Forschungen über die Jahrmärkte und das Wallfahrtswesen in Niederbayern von *Hans Fehn* vor, die ausdrücklich auf die Schwerpunktthematik eingehen und viele Kulturlandschaftsveränderungen nachweisen.²⁷ Dabei sollten auch exotische Ereignisse wie die Sonnwendfeiern an den Externsteinen im Teutoburger Wald nicht ausgeklammert werden. Dass hier noch Forschungsbedarf besteht, beweist die Schlagzeile in der Presse: »*Sonnenwende an den Externsteinen. Happening vor dem Machtzentrum der Natur. Die unterschiedlichsten Mystiker feiern den längsten Tag des Jahres am Fuß der Kultstätte, die schon Steinzeitmenschen angezogen haben soll*«. ²⁸

Das Phänomen des Reisekönigtums setzte sich bekanntlich noch bis zum Ende des Alten Reichs fort, soweit es sich um besondere Anlässe wie z.B. Krönungen handelte.²⁹ Diese Orte wie Frankfurt, Aachen, Nürnberg, Speyer, Wetzlar und

27 *Fehn, Hans*: Ausgewählte Beiträge zur Siedlungsforschung in Bayern. Hrsg. von Klaus Fehn. Bonn 1978; *Kilian, Ruth u. Gilch, Eva*: Märkte und Messen im Ries. Mit Beiträgen von *Hans Frei* und *Rolf Kießling* (Schriftenreihe der Museen des Bezirks Schwaben, 4). – Gessertshausen 1990; *Fehn, Klaus*: Entstehung und Entwicklung kleinerer Städte. – In: *Siedlungsforschung* 11, 1993, S. 9–40; *Schaab, Meinrad*: Städtlein, Burg-, Amts- und Marktstellen Südwestdeutschlands in Spätmittelalter und früher Neuzeit. – In: *Zentralität als Problem der mittelalterlichen Stadtgeschichtsforschung* (Städteforschung, A8). – Köln 1979, S. 219–271; *Schaab, Meinrad*: Markttorte des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit 1250–1828. – In: *Historischer Atlas von Baden-Württemberg*. Karte XI, 2 (mit Beiwort). – Stuttgart 1982.

28 *Süddeutsche Zeitung*, 24. Juni 2002.

29 *Die Hauptstädte der Deutschen. Von der Kaiserpfalz in Aachen zum Regierungssitz Berlin*. – München 1993; *Fehn, Klaus*: Hauptstadt in Prozenten. Hauptstadtfunktionen in der Mitte Europas. Politische, kulturelle und wirtschaftliche Standortveränderungen zwischen 1254 und der Gegenwart. – In: *Hauptstadt. Zentren, Residenzen, Metropolen in der deutschen Geschichte*. Köln 1989, S. 474–491.

Regensburg wurden in spezifischer Weise durch diese Aufgaben geprägt, da ein bestimmter charakteristischer Raumbedarf befriedigt werden musste. Sehr interessant ist es im Detail zu verfolgen, mit welchen unterschiedlichen Provisorien wie z.B. auch der Unterbringung in Privathäusern gearbeitet wurde. In diesem Zusammenhang sind auch die Reichstage und Friedenskongresse zu nennen, die in erheblichem Maße auf die vorhandene Infrastruktur zurückgriffen, aber auch Veränderungen bewirkten.³⁰ Die Residenzen und die umgebende Residenzlandschaft profitierten durchaus auch von festlichen Ereignissen wie Hochzeiten.³¹

Bei der Bewertung dieser Großveranstaltungen darf aber nicht übersehen werden, dass der Großteil der aufgewendeten Summen keine dauerhaften Werte hervorbrachte, sondern dem eigentlichen prunkvollen Fest gewidmet war. Die bekannte Landshuter Fürstenhochzeit von 1475 verschlang mehr Geld als die reine Regierungstätigkeit in einem Jahr, ohne die Infrastruktur der Stadt wesentlich zu verändern. Auch die prunkvollen Kanäle in der Nähe von München wurden zwar für die Hochzeit des bayerischen Kurfürstensohns mit der Kaisertochter 1722 wesentlich ausgebaut, aber nicht ausdrücklich dafür angelegt.³² Im Zusammenhang mit der Behandlung des Bereichs Herrschaft muss auch noch kurz auf die Auswirkungen von militärischen Bedrohungen wie z.B. der Belagerung Wiens durch die Türken 1683 eingegangen werden, da diese Großereignisse grundlegende Veränderungen in der Kulturlandschaft nach sich zogen.³³ Wie so oft stellt sich auch hier die Frage, ob die Veränderungen an einem Großereignis festgemacht werden können. Einen wichtigen Schub in der Entwicklung von Kurorten stellte der Entschluss eines regierenden Fürsten dar. Ein Beispiel ist Bad Ischl im Salzkammergut, das der österreichische Kaiser Franz Joseph zu seinem Sommerdomizil bestimmte.³⁴ Diese Entscheidung zog den Bau zahlreicher Schlösser und Villen sowie die Installation von Kuranlagen und Boulevards nach sich. Auch das erste deutsche Ostseebad Heiligendamm, das in den letzten Jahren mit großem Aufwand unter Erhaltung des historischen Ensembles zum modernen Luxusbad umgestaltet worden ist, verdankt seine Entstehung und seinen Aufschwung der herrschaftlichen Initiative und zwar derjenigen der mecklenburgischen Herzöge.³⁵ Nach der Gründung 1793 wurde dort

30 Städte und Friedenskongresse (Städteforschung, A49). – Köln 1999; Städte und Friedenskongresse (Tagungsbericht). – In: AHF-Information Nr. 23 vom 8.6.1998; *Krings, Wilfried*: Städtisches Wohnen. – In: Siedlungsforschung 5, 1987, S. 9–30.

31 *Blaschke, Karlheinz*: Die Umlandbeziehungen Dresdens als Residenzstadt. – In: Stadt – Land – Beziehungen und Zentralität als Problem der historischen Raumforschung (Historische Raumforschung, 11). Hannover 1974, S. 139–160.

32 *Fehn, Klaus*: Wasserbauliche Anlagen für die Schlossparks in den Wittelsbachischen Territorien Kurköln (Raum Köln-Bonn) und Kurbayern (Raum München) während des 17. und 18. Jahrhunderts. – In: Alltag und Umwelt im Rheinland des 18. Jahrhunderts (Der Riß im Himmel. Clemens August und seine Epoche, III). Köln 1999, S. 177–189.

33 Österreichischer Städteatlas, Blatt Wien. Bearbeitet von *Ferdinand Oppl*. – Wien 1982.

34 *Jeschke, Hanspeter*: Vorschläge für die Struktur eines Pflegewerkes für historische Kulturlandschaften bzw. cultural heritage landscapes von internationaler, europäischer oder nationaler Bedeutung. – In: Die Zukunft der Kulturlandschaft zwischen Verlust, Bewahrung und Gestaltung. Hannover 2001, S. 152–181.

35 Süddeutsche Zeitung, 20. Dezember 2002.

Schritt für Schritt eine umfassende Infrastruktur geschaffen, wozu eine Pferderennbahn, ein Theater, ein Spielcasino und ein Golfplatz gehörten. Aus der Chronik ist zu entnehmen, wie wichtig hierfür jeweils die besonderen Ereignisse waren wie z. B. der Besuch der Königin von Bayern, das Kaisermanöver von 1875 und der erste deutsche »Wasserflugmaschinen-Wettbewerb« 1912. Noch umfassender und eingreifender waren die Veränderungen durch die modernen Großsportveranstaltungen wie z. B. das Autorennen auf dem Nürburgring in der Eifel, wozu nach dem Ersten Weltkrieg eine ganze Landschaft verändert wurde.³⁶ Die großen Investitionen haben sich für die Eifel ohne Zweifel gelohnt; noch heute profitiert die Region von den sportlichen Großveranstaltungen. Von neueren Projekten ist der Bau der Autorennstrecke »Lausitzer Ring« zu nennen, die 2000 eingeweiht wurde, bis jetzt aber die hohen Erwartungen in Hinsicht auf den damit verbundenen wirtschaftlichen Aufschwung nicht erfüllt hat.³⁷ Interessenkonflikte mit dem Natur- und Landschaftsschutz entstanden beim Bau der Autorennstrecken ebenso wie bei der Anlage des Reichsparteitagsgeländes in der waldreichen Umgebung der Stadt Nürnberg. Auch die großen Ausstellungen wurden von ihren Zielen her breiter angelegt. Ein gutes Beispiel ist die Internationale Bauausstellung Emscher Park.³⁸ Sie wurde als »Werkstatt für die Zukunft alter Industriegebiete« konzipiert und sollte »*alte Industrieanlagen umbauen, Landschaft erneuern und neue Standorte für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region aufbereiten*«. Der Name »Park« solle die Vorstellung von Natur und gestalteter Umwelt als Naturpark, Freizeitpark oder Industriepark verbinden. Hier gibt es eindeutig Verbindungen zum Motto der EXPO Hannover »Mensch-Natur-Technik«, das ebenfalls stark umwelt- und kulturlandschaftsbezogen ist. Etwas anders orientiert war die Schweizer EXPO im Seengebiet des Berner Mittellandes,³⁹ wo eindrucksvolle futuristische Bauten in den Seen installiert worden waren, die alle wieder beseitigt wurden. Erhalten blieben wichtige Verbesserungen der Infrastruktur wie z. B. die bessere Verbindung des Stadtbereichs von Biel mit dem durch ein ausgedehntes Industriegebiet des 19. Jahrhunderts getrennten See. Stärker regional orientiert sind die »Landes- und Städteschauen« in Nordrhein-Westfalen, die unter der Überschrift »Regionalen« besondere »Industriestätten, Ausflugsziele und Stadtteile« vorstellen will.⁴⁰ Die erste Ausstellung am Niederrhein 2002 konzentrierte sich hauptsächlich auf die Inwertsetzung des Potentials der vielen

36 Roth, Tuya: Die Fotografie als Quelle der Historischen Geografie. Mit einer Analyse und Auswertung baugeschichtlicher Fotografien des Nürburgringes. Ungedruckte Magisterarbeit Phil. Fak. Univ. – Bonn 2001; Süddeutsche Zeitung, 15./16. Juni 2002.

37 Die Zeit, 19. September 2002.

38 Plöger, Rolf: Die maritime Kulturlandschaft der Kieler Förde in historisch-geographischer Sicht. – In: Siedlungsforschung 15, 1997, S. 153–191; Fehn, Klaus: Historisch-geographische Kulturlandschaftsforschungen in Industrie- und Bergbaulandschaften mit besonderer Berücksichtigung des Ruhrgebiets. – In: Koblenzer Geographisches Kolloquium Sonderheft 1999/2, S. 16–27; Ruhrstadt. Visionen für das Ruhrgebiet. Vier Diskussionsrunden. Hrsg. von Klaus Tenfelde (Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets, Schriften 9). – Bochum 2002; Ganser, Karl: Endlich Heimat bauen. – In: Die Zeit, 27. März 2003.

39 Süddeutsche Zeitung, 11./12. Mai 2002.

40 Süddeutsche Zeitung, 18. März 2002.

Parkanlagen. Im Zusammenhang damit konnten aber auch manche anderen älteren Pläne realisiert werden.

Bestimmte städtebauliche Ziele profitierten gelegentlich auch von einer Folge unterschiedlicher Großveranstaltungen, wie das Beispiel Rom gut aufzeigen lässt.⁴¹ 1937 wurde mit der Planung, 1939 mit dem Bau von Anlagen für die für 1942 vorgesehene Weltausstellung begonnen. 1950 wurden die Arbeiten anlässlich des Heiligen Jahrs wieder aufgenommen und 1960 im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen vollendet. Zum Gelände der geplanten Esposizione Universale di Roma (E.U.R.), das im Faschismus geplant worden war, kamen einige moderne Elemente hinzu, ohne das Gesamtkonzept zu ändern. Die Planung für die Fußballweltmeisterschaft 1990 endete in einem Desaster; viele geplante Bauten sind bis heute nicht fertig. Besser funktionierte es zum Heiligen Jahr 2000; es wurde das U-Bahn-Netz erweitert und die Engelsburg untertunnelt.

Im ersten Heft des Jahrgangs 2002 der »Berichte zur deutschen Landeskunde« ist ein für das Schwerpunktthema sehr relevanter Aufsatz erschienen. Sein Titel lautet: Die Welt zu Gast in Hannover. Eine Bilanz der ersten deutschen Weltausstellung EXPO 2000.⁴² Die Verfasserin, *Claudia Kaiser*, beschäftigt sich einleitend mit den Gemeinsamkeiten und den Unterschieden der Hannoveraner Ausstellung zu früheren Weltausstellungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Besonders wichtig erscheint die Feststellung, dass bei der Hannoveraner Planung von Anfang an strukturpolitische Überlegungen angestellt worden seien, »wie man mit Hilfe eines derartigen Großereignisses und der damit verbundenen Investitionen den Messestandort Hannover und die in Folge des Süd-Nord-Gefälles zunehmend strukturschwache niedersächsische Region stärken wollte«. Es seien Konzepte für die Nachnutzung von Flächen und Gebäuden im Sinne einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung entstanden. Die »Planung durch Projekte« bzw. die »Festivalisierung der Stadtentwicklung« hätten zu Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur, zur Steigerung des Images und der wirtschaftlichen Attraktivität geführt. Erstmals in der Geschichte der Weltausstellungen sei auf die Totalerschließung eines neuen Geländes verzichtet und ein älteres Gelände für den Ausstellungszweck hergerichtet worden. Zu diesen städtebaulichen und verkehrstechnischen Maßnahmen im engeren Hannoveraner Bereich sei schließlich noch die Sanierung eines Korrespondenzstandortes nämlich des durch Braunkohlenbergbau, Energiewirtschaft und Chemieproduktion ökologisch stark belasteten und durch den Übergang in ein anderes Wirtschaftssystem sehr unter Druck geratenen Gebietes von Dessau, Bitterfeld und Wittenberg gekommen.⁴³ Trotzdem habe sich nach Ende der Expo auch in Hannover die grundlegende Frage gestellt, welche Rolle Abriss, Recycling und Erhaltung spielen sollten.

41 *Meyer-Künzel, Monika*: Der planbare Nutzen. Stadtentwicklung durch Weltausstellungen und Olympische Spiele. – Hamburg 2001.

42 *Kaiser, Claudia*: Die Welt zu Gast in Hannover: Eine Bilanz der ersten deutschen Weltausstellung EXPO 2000. – In: Berichte zur deutschen Landeskunde 76, 2002, S. 31–52.

43 Süddeutsche Zeitung, 30. Mai 2000.

Im Jahre 2002 überraschte eine Nachricht aus Paris, die besagte, dass der französische Staat die Weltausstellung 2004 in Paris St. Germain absage.⁴⁴ Die Hinweise auf das finanzielle Desaster der EXPO 2000 in Hannover, das allgemeine internationale Desinteresse und die schlechte finanzielle Situation in Frankreich wogen schwerer als die Wünsche, die Welt zu Gast zu haben und gleichzeitig eine strukturschwache Region zu stärken. Möglicherweise haben sich Großveranstaltungen dieser Art überlebt!⁴⁵ Es gibt Kritiker, die sich hierzu sehr deutlich äußern: »Die Weltausstellung ist im Zeitalter einer globalen digitalen Kultur, in der sich alle nationalen kulturellen Unterschiede zunehmend verwischen, zum anachronistischen Rummelplatz herabgesunken«. Dieser Meinung kann man entgegenhalten, dass sich immerhin die Stadt Breslau für die EXPO 2010 beworben hat.⁴⁶

Räumliche Standortentscheidungen und die damit verbundenen Wandlungen der Funktionen erzeugen über kurz oder lang neue Raumstrukturen. Flächen für neue Aktivitäten sind aber meist nicht in beliebigem Umfang am optimalen Standort verfügbar. Wie kompliziert in dicht besiedelten Gebieten diese Umstrukturierungen ablaufen, soll am Beispiel der sog. Stadtrandphänomene vorgeführt werden.⁴⁷

Für die erfolgreiche Durchführung der Olympischen Spiele in München war es sicherlich ein Glücksfall, dass das Gelände des Oberwiesenfeldes zur Verfügung stand und umfassend genutzt werden konnte. Beim Münchner Oberwiesenfeld handelt es sich eindeutig um eines der so genannten Stadtrandphänomene, die in der Entwicklung der größeren europäischen Städte eine bedeutende Rolle gespielt haben. Unter Stadtrand wird meist die Grenze der geschlossenen städtischen Bebauung verstanden; es ist aber durchaus möglich, auch der einschlägigen Bedeutung einer Verwaltungsgrenze nachzuspüren. Zu beachten ist der Unterschied zwischen dem physiognomisch fassbaren Verbauungsbereich und der funktionellen Stadregion. Der Stadtrand ist in unserem Zusammenhang nun kein beliebiger Wachstumsring, sondern nach der Definition von *Busso von der Dollen* »die Zone, in der sich Elemente angesammelt haben, die der Stadtkörper aufgrund innerer Differenzierung und Umstrukturierung an seinen Rand geschoben hat«. Diese Zone wird bei der Entwicklung der Stadt, bei der Entstehung neuer Wachstumsringe vor allem in Gestalt von neuen Wohngebieten meist übersprungen oder doch zumindest nicht flächig verändert. Es ergeben sich Sperrlinien und Sperrflächen für die Entwicklung, Wachstumshemmnisse vor allem für die Wohnbebauung. Zu einem späteren Zeitpunkt können die aus der sog. normalen Entwicklung ausgeklammer-

44 Süddeutsche Zeitung, 9. August 2002; *George, Pierre*: Paris als Weltstadt. – In: Zum Problem der Weltstadt. Berlin 1959, S. 17–32.

45 *Meyer-Künzel, Monika*: Der planbare Nutzen. Stadtentwicklung durch Weltausstellungen und Olympische Spiele. – Hamburg 2001.

46 Süddeutsche Zeitung, 18. Juni 2002. – Breslau (Historischer Atlas Polnischer Städte, Teil IV: Schlesien, H. 1). – Breslau 2001.

47 *von der Dollen, Busso*: Stadtrandphänomene in historisch-geographischer Sicht. – In: Siedlungsforschung 1, 1983, S. 15–37; *Fehn, Klaus*: Die Entwicklung der Stadtrandphänomene im Berliner Raum vom Mittelalter bis ins 21. Jahrhundert. – In: Zentrum und Peripherie in der Germanica Slavica (Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropas). – Leipzig 2004 (erscheint demnächst).

ten Flächen aber ein bedeutendes Potential für Neunutzungen bilden, die sich wegen der Ausdehnung der funktional anders strukturierten Nachbarbereiche als notwendig erweisen. Der Druck auf die innerste Stadtrandzone geht durchweg von der Cityerweiterung aus. Die alte Stadtrandzone wird zu einem funktionalen Ergänzungsraum der City und aus einem in erheblichem Umfang negativ beurteilten Bereich zu einem Gebiet gesteigerten städtischen Lebens mit hoher Akzeptanz. Der Grund für die Inanspruchnahme von Stadtrandphänomenen kann jedoch auch bei singulären oder periodischen Großereignissen liegen.

Um welche Phänomene handelt es sich bei den Stadtrandphänomenen? Es können hochrangige Anlagen der Herrschaft, der Zentralverwaltung und des Militärs wie z. B. Burgen und Schlösser, öffentliche Großbauten, Kasernen und Truppenübungsplatz sein. Weiterhin sind zu nennen raumbeanspruchende Infrastrukturelemente wie z. B. Bahnhöfe, Flugplätze, Erholungsparks, Krankenhäuser oder Friedhöfe. Zu den die Stadt belastenden Einrichtungen, die aus ästhetischen oder hygienischen Gründen außerhalb der Bebauungsgrenze ihren Standort finden, gehören Kläranlagen, umweltschädliche Industriebetriebe, Anlagen der Materialentnahme wie Ziegeleien, aber auch Versorgungsbetriebe wie Gasanstalten, Großmarkthallen oder Lagerplätze verschiedenster Art. Auch im Bereich der Landwirtschaft gibt es randorientierte Nutzungsformen wie die Intensivwirtschaftszonen. Schließlich können bestimmte Formen der Wohnbebauung am Stadtrand entstehen, die durchweg nur eine geringe Qualität aufweisen, oft nur vorübergehend bestehen und meist nicht geplant angelegt werden. Ganz allgemein ist die Bebauung an den Stadtrandzonen heterogen, sowohl was die Gebäudetypen als auch was Parzellengröße und -zuschnitt betrifft. Das Werden und Vorgehen einer Stadtrandzone spielt sich häufig idealtypisch gesehen folgendermaßen ab:

1. Einzelne Elemente werden an den Stadtrand verlegt.
2. Durch die zunehmende Ansammlung von Stadtrandelementen verschiedener Art dehnt sich die Zone nach außen aus und verdichtet sich.
3. Die vorhandenen Stadtrandelemente füllen sich im Zuge intensiver Nutzung mit zusätzlichen Gebäuden und Anlagen auf.
4. Die Stadtrandelemente gruppieren sich zu spezialisierten Funktionsektoren.
5. Die Stadtrandzone wird durch das Wachstum der Stadt zunehmend eingeengt und im Inneren verändert. Es bleiben aber fossile Überreste, durchscheinende Altmuster und viele für den jeweiligen Standort ungewöhnliche Nutzungen.
6. Es folgen immer häufiger unterschiedliche Stadtrandelemente auf ein und derselben Parzelle.
7. Nach der vollständigen Einbeziehung der Stadtrandzone in die städtischen Entwicklungsprozesse verschwinden viele Stadtrandelemente. Die oft großflächigen Sondernutzungen durch Stadtrandelemente und die Blockierung von vielen Einzelstandorten in den Wachstumszonen behindern sehr häufig die Stadt- und Raumplanung.

Auf der anderen Seite ermöglichten aber diese Flächen zu einer späteren Zeit oft Nutzungen, die bei einer dichteren Bebauung aber auch bei einer intensiven Zersiedlung nicht hätten realisiert werden können. Gelegentlich blockierte auch das eine Stadtrandelement ein anderes Stadtrandelement z. B. die Militäranutzung die Nutzung durch Industrie oder Verkehr.

Die Neunutzung von Standorten ist eine Erscheinung, die nicht nur bei Metropolen, also in der Spitzengruppe der Großstädte vorkommt. Da die Entwicklung sich in diesem Stadttypus aber vor allem im 19. und 20. Jahrhundert besonders rasch vollzog, war die Verfügbarkeit über geeignete Standorte für die Verortung neuer Funktionen dort aber besonders wichtig. Die Metropolen bauten sich einerseits in erheblichem Umfang immer wieder selbst an den jeweiligen Stadträndern große Hindernisse für die weitere Entwicklung auf. Andererseits erwiesen sich diese – im Hinblick auf die spätere Situation – unfreiwilligen Sperrungen bzw. Blockierungen von Standorten paradoxerweise nicht selten als Chancen für spätere höherrangige Nutzungen. Auch die besten Stadtplaner waren nicht in der Lage, die Entwicklung der Folgezeit derartig genau vorauszusehen, dass kein Bedarf nach Flächenumnutzung entstehen würde.⁴⁸

Am Beispiel von München können verschiedene Großveranstaltungen genannt werden, die sich auf die städtische Kulturlandschaft ausgewirkt haben.⁴⁹ Das bekannte Münchner Olympiagelände war vor seiner Umnutzung im Zusammenhang mit den Olympischen Sommerspielen 1972 nacheinander ein militärischer Übungsplatz, ein militärischer Flugplatz und ein ziviler Flugplatz. Bereits für das 17. und 18. Jahrhundert, als München eine starke Barockfestung war, sind erste Ansätze zur militärischen Nutzung der ertragsarmen Heide- und Ödlandflächen im Norden der Stadt zu belegen. Mitte des 19. Jahrhunderts begann eine kontinuierliche Verlegung militärischer Einrichtungen aus dem zentralen Bereich der Stadt vorwiegend in nördliche Richtung, wobei einerseits immer wieder neue Flächen vom Militär beansprucht wurden, andererseits aber auch Möglichkeiten für Nachnutzungen von aufgegebenen Flächen entstanden. Schon seit 1890 hatte auf dem Nordteil des Exerzierplatzes auf dem Oberwiesenfeld die mit Fesselballons ausgerüstete Luftschiffer-Lehrabteilung geübt; noch vor dem Ersten Weltkrieg war die Nutzung als Start- und Landebahn für Motorflugzeuge hinzugekommen. 1927–1930 wurde hier Münchens erster Verkehrsflughafen angelegt, der nach der Anlage des Flughafens Riem kurz vor dem Zweiten Weltkrieg noch bis in die 50er Jahre als Sportflughafen weiterdiente. Im Süden und Westen des rund 3 Millionen Quadratmeter großen Geländes entstanden eine Reihe militärischer Bauten, am nördlichen Rand siedelten sich heterogen strukturierte Industriebetriebe an. Mehrere Millionen Kubikmeter Bombenschutt machten aus dem ehemals brettebenen Gebiet ein hügeliges Gelän-

48 *Breitling, Peter*: Historische Wandlungen von Stadtraum und Stadtstruktur und ihre Konsequenzen für Städtebau und Stadtplanung. – In: *Stadt und Stadtraum*. Hannover 1974, S. 127–149; *Priebs, Axel*: Postsuburbia – Herausforderungen für stadregionales Management: In: *Beiträge zur regionalen Entwicklung* (Hannover) 90, 2001, S. 7–11.

49 *Geschichte der Stadt München*. München 1992; *Meyer-Künzel, Monika*: Der planbare Nutzen. Stadtentwicklung durch Weltausstellungen und Olympische Spiele. – Hamburg 2001; *Fehn, Klaus*: Erhalt von historischen Kulturlandschaften sowie Natur- und Landschaftsschutz als Ergebnis der Konversion. – In: *Konversion in Mecklenburg-Vorpommern* (Beiträge des Innovations- und Bildungszentrums Hohen Luckow, 3, H. 1). Hohen Luckow 1995, S. 55–74; *Becker, Walter*: Messen und Ausstellungen: eine sozialgeographische Untersuchung am Beispiel München (Münchner Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeographie, 31). – Kallmünz 1986; *Fehn, Hans*: Zeitbedingte Wachstumserscheinungen an den Großstadträndern der Gegenwart. – In: *Berichte zur deutschen Landeskunde* 8, 1950, S. 296–300.

de. Der Bauboom der Nachkriegsjahre ließ das Oberwiesenfeld, das nur 4 km vom Stadtzentrum entfernt war, geradezu citynah werden. Diese Funktion erhielt durch die Wahl des Oberwiesenfeldes als Austragungsort von zwei Drittel aller Wettkämpfe der Olympischen Spiele eine enorme Aufwertung. Es entstanden nicht nur die Sportstätten und andere Bauten, sondern auch die Landschaft wurde durch die Modellierung eines Aussichtsberges und die Anlage eines Sees umgestaltet. Bei der Planung hatte man sich entschlossen, das innerstädtische Freizeitangebot hier sehr konzentriert zu erweitern und nicht den Olympischen Sportstättenbau als dezentralen regionalen Entwicklungsfaktor einzusetzen. Unabhängig davon wurde die Verkehrsinfrastruktur der gesamten Stadt, insbesondere bei den öffentlichen Verkehrsmitteln grundlegend verbessert sowie hohe Investitionen im Beherbergungs-, Gaststätten- und Vergnügungsgewerbe getätigt.

Für die erste internationale Industrieausstellung in München 1854 wurde der legendäre Glaspalast im Alten Botanischen Garten gebaut, der erhalten blieb und erst 1934 abbrannte. Schon im frühen 19. Jahrhundert wurde anlässlich der Hochzeit des Thronfolgers das Freigelände der Theresienwiese dauerhaft für das größte Volksfest der Welt, das Oktoberfest, festgeschrieben. Zum Eucharistischen Kongress 1960 wurde die Autobahneinfahrt von Norden her sehr großzügig ausgebaut, 1983 wurde anlässlich der internationalen Gartenbauausstellung der Westpark angelegt. In den Jahren 2005 und 2006 werden zwei Großveranstaltungen genutzt werden: die Bundesgartenschau und die Fußballweltmeisterschaft.⁵⁰ Die Hauptprojekte sind das neue Fußballstadion in Fröttmaning und die Messestadt Riem auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens, wozu ein Landschaftspark für die Bundesgartenschau und ein Medienzentrum für die Fußballweltmeisterschaft gehören werden. Weiterhin sind attraktive Verkehrsanbindungen geplant. Interessant ist, dass die Geschäftsführer der Bundesgartenschau 2005 den Bewohnern der Riemer Messestadt schon ausdrücklich versprochen haben, den Landschaftspark unmittelbar nach Ende der Bundesgartenschau wieder zurückzubauen und alle temporären Gebäude abzubauen. Zur Bundesgartenschau werden auch umfangreiche Veränderungen der Landschaft vor allem im Münchner Norden durchgeführt, der in den vergangenen beiden Jahrhunderten ziemlich vernachlässigt worden ist. Dabei werden sowohl verschiedene Gewässer renaturiert als auch wasserbauliche Anlagen wie vor allem das berühmte kurfürstliche Kanalsystem um das Schloss Schleißheim kulturlandschaftspflegerisch saniert.

Das Schwerpunktthema ist noch niemals in dieser raumzeitlichen Weite vergleichend behandelt worden. So waren manche definitorische Unschärfen nicht zu vermeiden, z. B. bei der Abgrenzung von Großveranstaltungen und Großereignissen gegenüber anderen ebenfalls singulären oder periodischen Veranstaltungen sowie bei der Bestimmung von singulär und periodisch. Es erwies sich als umso schwieriger,

50 Süddeutsche Zeitung, 4. Oktober 2002; Süddeutsche Zeitung, 25. Juni 2003; Süddeutsche Zeitung, 13./14. April 2002; *Fehn, Klaus*: Wasserbauliche Anlagen für die Schlossparks in den Wittelsbachischen Territorien Kurköln (Raum Köln-Bonn) und Kurbayern (Raum München) während des 17. und 18. Jahrhunderts. – In: *Alltag und Umwelt im Rheinland des 18. Jahrhunderts* (Der Riß im Himmel. Clemens August und seine Epoche, III). Köln 1999, S. 177–189.

die Auswirkungen der Großveranstaltungen auf die historische Kulturlandschaft genauer festzustellen, je weiter zurück das Ereignis lag und je dürftiger die Quellenlage war. Die zentralen Fragen lauteten: Wie wurden temporäre oder dauerhafte Veränderungen in der Kulturlandschaft hervorgerufen, wie die bestehenden Strukturen berücksichtigt, wie die Nachnutzungen geregelt? Die Großveranstaltungen mussten so weit als möglich in Hinblick auf ihre kulturlandschaftsprägende Kraft klassifiziert werden: nach der Dauer und der Regelmäßigkeit, nach der Bedeutung gemessen an der Zahl und an der Stellung der teilnehmenden Personen, nach der Größe des betroffenen Raumes und der Art der betroffenen Lebensbereiche. Es ging nicht nur um den bebauten Bereich, also die Siedlung, sondern auch um die Wirtschaftsflächen und um das oft nur sehr extensiv genutzte Umland der Siedlungen. Die typologische Abfolge möglicher raumwirksamer Aktivitäten reichte von kurzfristigen Versammlungen von Menschengruppen ohne länger wirkende Auswirkungen auf die Landschaft über die Beeinflussung natürlicher Gegebenheiten und Prozesse und die Schaffung naturnaher Kulturlandschaften bis zur Etablierung naturfremder Elemente im Sinne von Zivilisationslandschaften. Von entscheidender Bedeutung waren dabei jeweils auch die geplante Dauer der primären Nutzung und gegebenenfalls auch das Vorhandensein von Nachnutzungsüberlegungen. Insgesamt gesehen fällt es für frühere Zeiten schwer, den Kulturlandschaftszustand vor der Großveranstaltung bzw. vor dem Großereignis flächig zu rekonstruieren und davon die Veränderungen in der Folgezeit abzuheben. Aber auch wenn dies einigermaßen gelingt, sind die Kausalitäten oft nicht zweifelsfrei nachzuweisen. Der betreffende Kulturlandschaftsausschnitt befand sich während der Großveranstaltung in einer Ausnahmesituation. Dieser war nur durch Provisorien zu bewältigen, wobei die Qualität der provisorisch errichteten Bauten, Anlagen und gestalteten Räume nicht automatisch minderwertig sein musste, sondern häufig sogar ein erstaunlich hohes Niveau aufwies. Es sind zahlreiche Typen von transportablen Bauten und Gerätschaften nachgewiesen, die für die Nutzung von Freiflächen verwendet wurden. Ebenso wichtig waren aber auch die vorübergehende Umnutzung von Gebäuden und der Aufbau einer temporären Infrastruktur, vor allem im Beherbergungs-, Gaststätten- und Verkehrswesen. Nachdem so längere Zeit sich sowohl positive als auch negative Auswirkungen auf Siedlung und Kulturlandschaft durch die verschiedenen Großveranstaltungen ergaben, wurden mit dem Aufkommen von Stadtplanung und Raumordnung auch zunehmend Großveranstaltungen dafür verwendet, gewünschte Entwicklungen anzustoßen oder voranzutreiben.

Summary

Singular and periodical events and their impact on the historical cultural landscape

The introductory contribution to the main theme is fundamentally orientated. It is pointed out that this has so far never been comparably treated in the time/ space expanse of the subject. Therefore, it is important to mark areas where definitions are unclear, for example in the differentiation between large events and important occurrences, the determining of single and periodically recurring and the quantitative and qualitative importance of large events etc.

Depending on how long ago such large events took place, it becomes very difficult to define the impact they will have had on the cultural landscape. There are some fundamental questions which can be asked in connection with the different types of large events, for example how temporary or permanent changes to the cultural landscape occur, in how far existing structures are taken into account, if use is made of the area, consciously or unconsciously, after such an event etc. Such large events must be classified as far as possible, taking into account how strong their influence was on the change of the cultural landscape in which they took place, for how long and how regularly they took place, the importance of such an event judged by the amount of people taking part and their social status but most importantly, how large the effected area was and which areas of every day life were effected. Not only are built up areas effected but also the agricultural areas of a settlement with their often extensively used surrounding countryside. The typological order of activities which may have an impact on a given area reaches from short-term gatherings of people without a permanent effect on the landscape to the influence on natural situations or processes and from the responsibility for cultural landscapes close to nature to the establishment of elements foreign to that area. Of great importance are also how long it is intended to use the area and if there are plans to make use of the area after the event.

All in all, when we go back in history it is very difficult to reconstruct a cultural landscape to the state it will have been before a large event and to tell what differences were caused by the event. Even if this is achieved more or less successfully, the causalities cannot be pinpointed.

During a large event the effected cultural landscape is in a state of emergency. This situation is usually only to be managed by erecting provisional buildings, whereby the quality of such buildings, grounds and decorated rooms is often astonishingly high. Many types of transportable buildings and equipment intended solely for the temporary use of open areas are known. Just as important is the temporary use of existing buildings as make-shift solutions and the implementation of an infrastructure for the duration of the event, especially concerning accomodation, food and transportation. Over a long period of time both positive and negative temporary effects on settlements and the cultural landscape through the different single and periodically recurring large events became apparant. With the birth of town planning and development, large events were used as an opportunity to spur on developments intended for permanent use.

Karl-Heinz Willroth

Auswirkungen von singulären und periodischen Großveranstaltungen auf vor- und frühgeschichtliche Standorte¹

Mit 6 Abbildungen

Es liegt in der Natur der archäologischen Quellen, mit ihnen nur in Ausnahmefällen historische Ereignisse direkt fassen oder zumindest erschließen zu können. Bei Ausgrabungen freigelegte Strukturen und die in solchen Zusammenhängen geborgenen Funde bezeugen die Aktivitäten von Menschen. Aber die freigelegten Befunde eines Gebäudes geben nur selten über den Vorgang der Errichtung selbst Aufschluss, sondern spiegeln in der Regel den baulichen Zustand nach der Auflassung wider.

Das in einem bronzezeitlichen Grabhügel freigelegte Grab, bei dem der Tote in einem Baumsarg niedergelegt worden ist und die Leiche sich unter besonderen Bedingungen so gut erhalten hat, dass die Ausgräber sich dem Toten direkt gegenüber wähen, dokumentiert letztlich nur das Ergebnis der Bestattungszeremonie. Den Vorgang selbst gilt es zu rekonstruieren. Erschwerend kommt hinzu, dass der Bestattete mit seinen Beigaben ebenso wie die gesamte Grabanlage rezenten Einwirkungen unterworfen sind, die das Gesamtbild mitunter erheblich verändern können.

In diesem Zusammenhang sei auf die Ausgrabungen in Kalkriese in der Nähe von Bramsche hingewiesen. Mittlerweile dürfte der Zusammenhang der dort gemachten Entdeckungen mit der »Varus-Schlacht« 9 n. Chr. unstrittig sein (*Schlüter u. Wiegels* 1999). Aber wie sähe unsere Deutung aus, wenn uns nicht die historischen Quellen das Geschehen selbst, aber auch seine direkten und indirekten Auswirkungen vor Augen führten? Freilich weisen die geborgenen Militaria auf kriegerische Auseinandersetzungen hin, mit Hilfe der Münzfunde dürfte auch eine zeitliche Einengung auf das Jahr gelingen. Aber eine Schlacht von solchen Dimensionen und Wirkungen, also eine Großveranstaltung besonderer Art, ist aus dem bisherigen Fund- und Befundspektrum kaum zu erschließen, ganz zu schweigen von den weiteren Folgen,

1 Dem Beitrag liegt der Vortrag zugrunde, der auf der 29. Tagung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« (Hannover 25.–28. September 2002) gehalten, der leicht geändert und um die wichtigsten Literaturhinweise ergänzt wurde. Vergleiche dazu auch den Tagungsbericht von *Carl-Hans Hauptmeyer* in diesem Band!

die die Niederlage für die Germanien-Politik Roms hatte. Wie viel mehr muss diese Einschränkung für Epochen gelten, für die uns keine schriftlichen Hinweise zur Verfügung stehen.

Trotz dieser Schwierigkeiten sei im Folgenden der Versuch unternommen, anhand ausgewählter archäologischer Befunde aus ur- und frühgeschichtlichen Epochen Auswirkungen von Großveranstaltungen auf die Kulturlandschaft darzustellen. Ich möchte hierbei von frühgeschichtlichen Beispielen ausgehen, da sich hier auch noch historische Quellen hinzuziehen lassen.

Wikingerzeitliche Großhügel des europäischen Nordens werden mit der Bestattung hochrangiger Persönlichkeiten in Verbindung gebracht. Häufig wurden Männer oder Frauen in einem Boot oder Schiff beigesezt, wobei ihnen aufwändige Beigaben mitgegeben wurden. Das Beigabenspektrum solch reich ausgestatteter Gräber (z. B. Oseberg und Gokstad in Norwegen) reicht von Möbeln, Wagen, Schlitten bis hin zu Gerät und Werkzeug. Oft folgten Tiere, besonders Hunde und Pferde, aber auch abhängige Menschen ihren Herren. Der arabische Reisende Ahmed Ibn Fadlan gibt in seinem 932 verfassten Bericht eine anschauliche Darstellung der Bestattung eines Häuptlings bzw. Königs der Rus im Gebiet der Bulgaren an der Wolga (*Müller-Wille* 1970, S. 131 ff.). Detailliert berichtet er über den Ablauf der Begräbnisvorbereitungen, die Gelage, die Bestimmung der Sklavin, die dem Toten folgen soll, wie das Schiff an Land geholt und reich ausgestattet wird, über die Bettung des Toten und die Tötung der Sklavin. Fast alles spielt sich in Anwesenheit einer größeren Gemeinschaft ab; erwähnt werden vor allem Männer. Viele dieser Handlungen blieben den Beobachtern jedoch verborgen und vollzogen sich im Schutz von Zelten innerhalb der Siedlung und einem zeltähnlichen Bau auf dem Schiff. Schließlich wurde das Schiff entzündet und alles war bereits nach nicht einmal einer Stunde verbrannt. Anschließend wurde über den Resten ein Hügel aufgeschüttet und auf dessen Kuppe ein Pfahl mit dem Namen des Toten gestellt. Das Begräbnis eines Häuptlings oder Kleinkönigs mag zumindest eine vage Vorstellung vom Ablauf der Bestattung eines skandinavischen Herrschers zu geben.

Mit dieser mehrtägigen Bestattungszeremonie ist die Errichtung eines gewaltigen Monuments verbunden. Am Beispiel des mitteljütischen Jelling mit den beiden Großhügeln lassen sich der Aufwand und die direkten Auswirkungen auf die Kulturlandschaft zeigen (Abb. 1). In dem Nordhügel wurden der dänische König Gorm und möglicherweise auch seine Frau Thyra von ihrem Sohn Harald Blauzahn bestattet. Die Errichtung dieser und ähnlicher Hügel war eine gewaltige Gemeinschaftsleistung, die nach bestimmten Regeln erfolgte (*Roesdahl* 1980, S. 194 ff.). Die Jellinger Hügel sind aus gestochenen Gras- oder Heidesoden in Segmenten aufgeschichtet worden. Bei der Teiluntersuchung des Jellinger Südhügels wurden allein 135.000 Schubkarrenladungen bewegt. Das Volumen des heutigen Kegelstumpfes von 11 m Höhe und 77 m Durchmesser an der Basis beträgt noch 22.752 m³. Bei einer angenommenen Plaggenstärke von etwa 20 cm mussten fast 114.000 m², also über 11 ha abgeplaggt werden. Dies dürfte eine nachhaltige Zerstörung der Wirtschaftsflächen im Umkreis der Grabanlage mit sich gebracht haben.

Nur erwähnt seien in diesem Zusammenhang die zu Tausenden erhaltenen jungstein- und vor allem bronzezeitlichen Grabhügel, in denen sehr oft die Plaggenstruktur noch gut erkennbar ist. Bis auf wenige Ausnahmen sind sie zwar nicht so

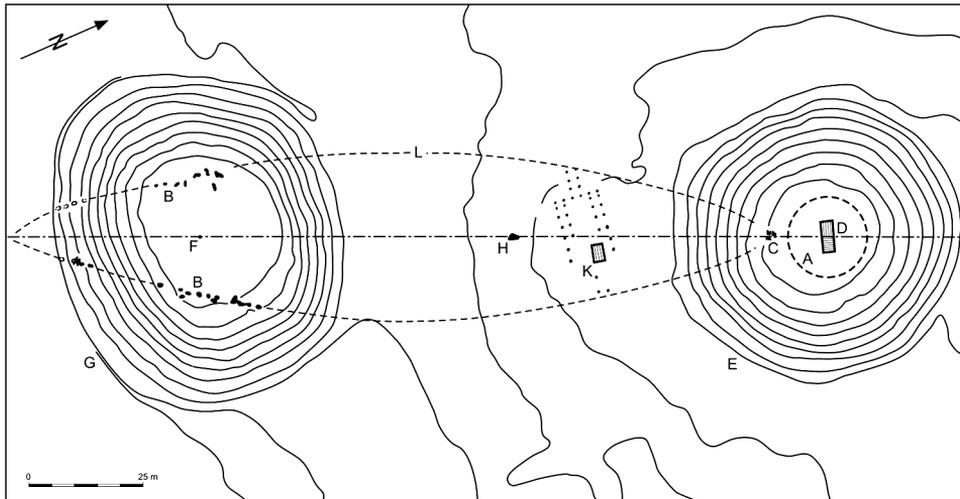


Abb. 1: Plan der Monumente von Jelling, Vejle Amt, Jütland. A bronzezeitlicher Grabhügel; B-C Steinsetzung; D Grabkammer; E Nordhügel; F zentraler Pfosten; G Südhügel; H König Haralds Runenstein, K vermutliche Kirche Haralds mit Grabkammer
Nach Krogh u. Olsen 1993, S. 235

gewaltig wie die Jellingener Hügel, aber der Landverbrauch war nicht gering. Für einen älterbronzezeitlichen Grabhügel mittlerer Größe von 20 m Durchmesser und 3 m Höhe mussten immer noch auf etwa 1,4 ha Plaggen gestochen werden. In einem Hügel dieser Größe sind dann oft nur Einzelpersonen, mitunter aber auch zwei bis drei Personen begraben. Bei einer Übertragung dieser Kalkulation auf eine Familie oder eine Siedlungsgemeinschaft werden schon beachtliche Werte innerhalb einer relativ kurzen Zeitspanne von einer Generation erreicht.

Die Errichtung von derartigen Monumenten im Zusammenhang mit aufwändigen Begräbnisfeierlichkeiten stellt also an sich bereits einen gewaltigen Eingriff in die damalige Landschaft dar. Sie demonstrierte zugleich aber die soziale Position des Bestatteten. Im Falle der königlichen Bestattung in Jelling war die Ausrichtung des Begräbnisses sicherlich auch Legitimation und Bekräftigung des Machtanspruchs des Thronfolgers Harald.

In der Frage nach der Wirkung und weiteren Bedeutung solcher Monumente bzw. der mit ihrer Errichtung verbundenen Aktivitäten, die durchaus den Charakter einer Großveranstaltung haben können, lassen sich ähnliche Beispiele für das Neolithikum nennen. Die jungsteinzeitlichen Megalithgräber stellen in ihren großen Ausprägungen (z.B. Ganggräber, Steinkisten) Anlagen dar, in denen die Toten einer Gemeinschaft gebettet wurden. Von der Gemeinschaft wurden mächtige steinerne Kammern errichtet, die vielfach noch überhögt waren und meist nur über einen Kriechgang zu betreten waren. Zum Aufwand zur Errichtung größerer norddeutscher Megalithgräber liegen sehr fundierte Kalkulationen vor (Müller 1990; 1991). Für die Errichtung des 70 m langen Großsteingrabes 1 von Kleinenkneten, Landkreis Oldenburg, werden nahezu 110.000 Arbeitstunden geschätzt. Diese Aufgabe konnte von 100 Mitgliedern bei täglich zehnstündiger Arbeit binnen 3,5 Monaten bewältigt werden

sein. In dieser Leistung spiegelt sich nicht nur der Aufwand, sondern auch die gesellschaftliche Entwicklung der Gemeinschaft. Dabei ist zu vermuten, dass die Errichtung dieser Anlagen oder einzelne Abschnitte von bestimmten Ritualen begleitet gewesen sein dürfte. In der Ethnographie gibt es verschiedene Belege hierfür. Von der indonesischen Insel Nias sind diese für den Transport mächtiger Monolithen, die für den Bau von Häuptlingshäusern und großen Steinsetzungen verwandt wurden, noch bis in die 20er Jahre des letzten Jahrhunderts belegt (*Cipoletti* 1989, S. 66).

Der Errichtung des Grabes dürfte ebenso wie den Bestattungsfeierlichkeiten eine besondere soziale Relevanz beizumessen sein. Die Arbeiten trugen im hohen Maße zur Bildung und Erhaltung der Gruppenidentität bei. Auch wenn die entsprechenden Befunde immer noch recht spärlich sind, dürften die Ganggräber im Zentrum des Siedlungsgebietes der Bestattungsgemeinschaft gestanden haben. Da die Bauten oft auf kleinen Kuppen oder Anhöhen liegen, sind sie in der schon aufgelichteten Landschaft von weitem zu sehen. Untersuchungen zum Umfeld verschiedener irischer Grabanlagen zeigen, dass die Grenzen der Sichtbarkeit sich kaum überschneiden (Abb. 2; *Bergh* 1995). Möglicherweise wurden dadurch die Grenzen des Siedlungsareals einer Gemeinschaft markiert. Die Angehörigen dieser Gruppe wohnten zwar in verschiedenen Weilern und Einzelgehöften, formierten sich aber, an den Grabanlagen sichtbar, als eine Gemeinschaft.

Zudem weist das Grab aber auch als Zeichen über die eigene Gemeinschaft hinaus. Dies gilt sowohl im räumlichen als auch zeitlichen Sinne. Es trägt sichtbar zur Abgrenzung von anderen Gemeinschaften bei. Gleichzeitig ist es ein Ort des Gedächtnisses an frühere Generation und ein Zeichen für die zukünftigen Generationen einer Gemeinschaft. Damit scheint sich an diesen Anlagen auch ein historisches Bewusstsein zu dokumentieren. Die Formierung einer Gesellschaft durch Handlungen größerer Gemeinschaften, in deren Zusammenhang auch die Errichtung der Grabmonumente einzureihen wäre, ist gewissermaßen die sekundäre Wirkung einer solchen prähistorischen Großveranstaltung.

Eine ähnliche Rolle dürfte den so genannten Erdwerken des mitteleuropäischen Neolithikums zukommen, die in den letzten Jahren verstärkt in den Mittelpunkt der Forschung gerückt sind (*Petrasch* 1998). Sie stellen ein System aus Gräben, Palisaden und Wällen dar, zeigen aber zeitlich, räumlich und funktional große Unterschiede. So können sie einen weitgehend freien Platz, aber auch eine Siedlung umhegt haben. Ihre Deutung schwankt von Befestigungen über Versammlungsplätze bis hin zu Viehpferchen.

Am Beispiel der großflächigen siedlungsarchäologischen Arbeiten im Merzbachtal im rheinischen Braunkohlenrevier sei die Stellung dieser Anlagen im dortigen Siedlungsverband erläutert. Nach der Aufsiedlung der Region durch die Träger der bandkeramischen Kultur entwickelten sich binnen weniger Generationen komplexere Siedlungsstrukturen (*Stehli* 1989, S. 68ff., Abb. 8–11). Während die ersten zwölf Siedlungsphasen noch durch ein Gefüge aus Weilern und Einzelhöfen geprägt waren, wurde später neben jeweils einer Siedlung ein Erdwerk angelegt. Diese Siedlung war offensichtlich Hauptort des größeren Siedlungsverbandes, wobei dem umhegten Platz, der keine Innenbebauung aufwies, eine zentrale Funktion zukam. Der Platz und die dort ausgeführten Aktivitäten waren vom Geschehen in der

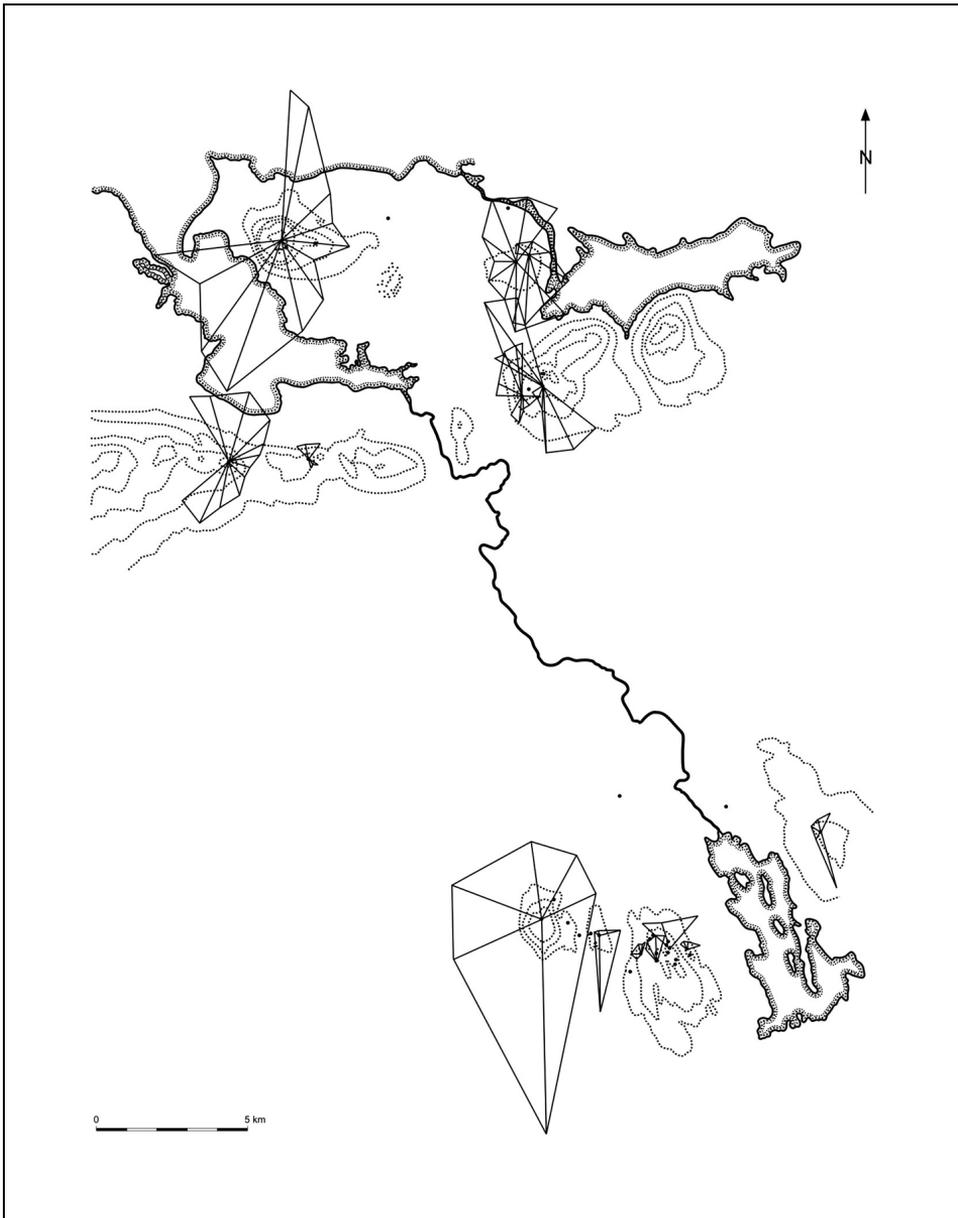


Abb. 2: Sichtbarkeit der auf Höhen gelegenen Megalithgräber in der Region Cúil Irra (oberer Teil) und im Carrowkeel-Keashcorran-Komplex (unterer Teil), Irland. Nach Bergh 1955, Abb. 7:19

Siedlung abgegrenzt. Möglicherweise wurde er als heiliger Ort angesehen, an dem besondere Zusammenkünfte stattfanden. Diese mögen kultischen, sozialen oder auch politischen Charakter gehabt haben, auch eine wirtschaftliche Funktion wird für möglich gehalten (Petrasch 2002, S. 144). Auf alle Fälle dürften dort regelmäßig

größere Veranstaltungen durchgeführt worden sein, die für die Gemeinschaft und ihren Zusammenhalt von besonderer Bedeutung waren. Damit wird ansatzweise deutlich, wie bereits in dieser frühen Phase die sozialen, religiösen und wirtschaftlichen Ansprüche und Organisationsformen die Landschaft geprägt haben.

Gerade solche Plätze mit zentralörtlichen Funktionen sind auch in anderen Zeiten Schauplatz größerer Veranstaltungen. Das nächste Beispiel stammt aus der jüngeren römischen Kaiserzeit im westlichen Ostseegebiet. Im östlichen Teil der jütischen Halbinsel, auf den dänischen Inseln und in Südschweden sind vor allem in Mooren umfangreiche Deponierungen von Schutz- und Angriffswaffen entdeckt worden (*Müller-Wille* 1999, S. 41 ff.; *Jørgensen, Storgaard u. Thomsen* 2003). Am bekanntesten sind die Deponierungen von Ejsbøl, Illerup und Nydam in Jütland und von Thorsberg im östlichen Schleswig. Die dort geborgenen Waffen zeigen deutliche Kampfspuren. Schwerter und Lanzen spitzen weisen Scharten auf, die Schildbuckel deutliche Hiebsspuren. Darüber hinaus gibt es aber auch Belege, dass die Waffen absichtlich zerstört worden sind. Lanzen und Speere sind verbogen, hölzerne Schilde zerhackt, Schildbuckel abgerissen worden. Solche Deponierungen werden heute als Opferungen von Kriegsbeute gedeutet (*Ilkjaer* 2003). So finden sich die Deponierungen des späten 2. Jahrhunderts n. Chr. vor allem im südlichen Jütland (Thorsberg) und auf Fünen (*Hansen* 2003, S. 88; Abb. 4). Nach der Provenienz bestimmter Stücke, vor allem der Fibeln zu urteilen, dürften die besiegten Gegner in diesem Fall aus einem Gebiet südlich der Elbe stammen. Bei den späteren Deponierungen des 3. und 4. Jahrhunderts stammen die Unterlegenen dann auch aus Norwegen und Mittelschweden. Anhand des Waffenspektrums lassen sich aus einigen Deponierungen bestimmte Ausrüstungsgruppen herausarbeiten, die auf eine Gliederung des Heeres in Heerführer, Offiziere und Fußvolk weisen. Den Vorgang der endgültigen Zerstörung der Waffen und deren anschließenden Opferung durch die siegreichen Kämpfer können wir uns nur ausmalen (*Jørgensen* 2003, S. 15; Abb. 4). Das Geschehen dürfte weit mehr als eine Siegesfeier oder ein Dankopfer gewesen sein. Es diente im gleichen Maße der Bekräftigung des Gemeinschaftsgefühls und vor allem der Bestätigung der Gefolgschaft um den Heerführer.

Damit unterscheiden sich die Kriegsbeuteopfer der nachchristlichen Zeit deutlich von den älteren Deponierungen, die vornehmlich Speiseopfer gewesen und in der Regel Niederlegungen einzelner Personen oder kleinerer Gruppen waren. Die großen Kriegsbeuteopfer fanden offensichtlich an heiligen Orten statt, die wiederholt aufgesucht wurden. Vor allem im östlichen Jütland erscheinen die Opferplätze mit einer solchen Regelmäßigkeit verteilt, die jeweils die Zuweisung zu einem bestimmten Territorium nahe legt, das vielleicht als Stammesgebiet angesehen werden kann. Der südlichste Platz dieser Art ist das Thorsberger Moor bei Süderbrarup im Zentrum der Landschaft Angeln. Die Siedlungsregion um Thorsberg und Süderbrarup war offensichtlich Mittelpunkt einer Region, die mit guten Gründen als Stammesgebiet des historisch bezeugten Stammes der Angeln angesehen werden kann (*Jankuhn u. Raddatz* 1973, S. 297). Zu diesem gehörte vor allem der Raum zwischen Flensburger Förde und Eckernförder Bucht mit den Landschaften Angeln und Schwansen. Im Thorsberger Moor wurden jedoch nicht nur Kriegsbeuteopfer niedergelegt; es kann auf eine ältere Opfertradition zurückblicken. Vereinzelt Niederlegungen der Bronze- und frühen Eisenzeit folgen dann in den beiden letzten

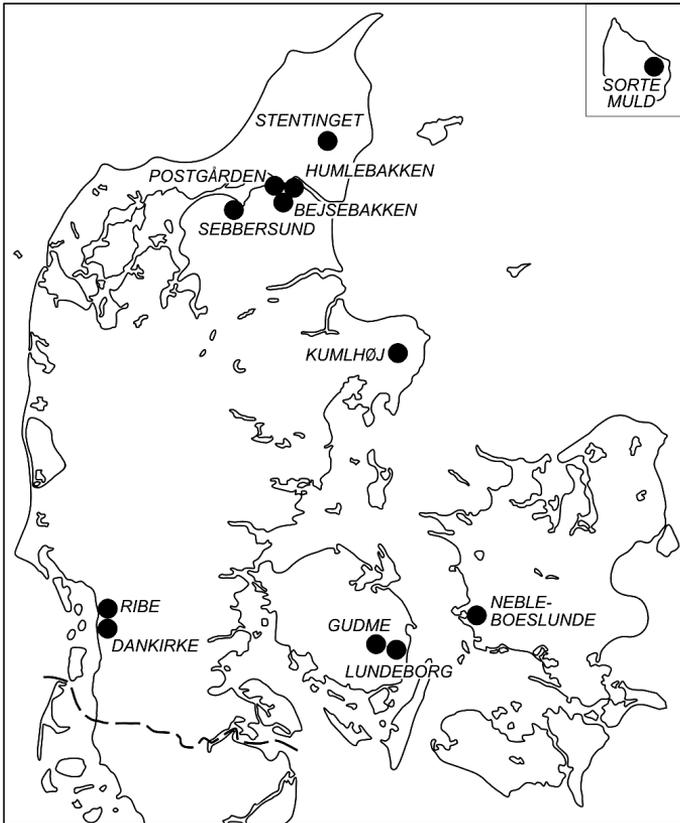


Abb. 3:
Wichtige eisenzeitliche Handelsplätze und Zentralorte in Dänemark.
Nach Jensen u. Watt 1993

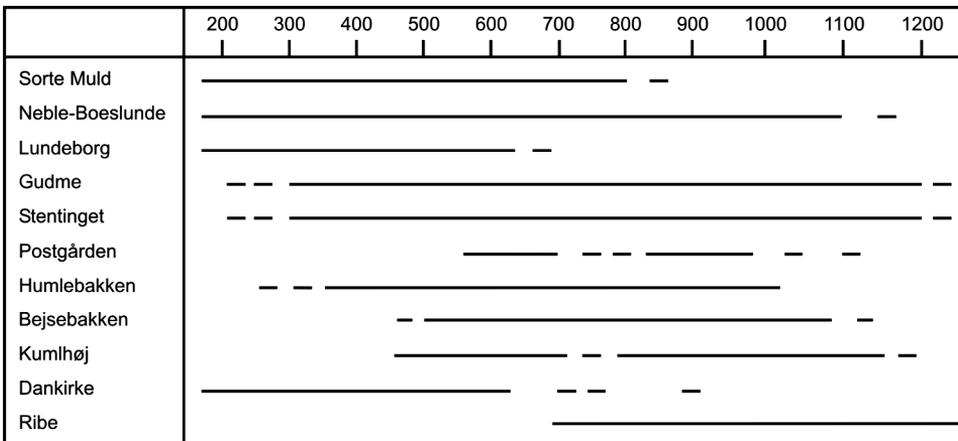


Abb. 4: Kontinuität eisenzeitlicher Zentralorte Dänemarks
Nach Jensen u. Watt 1993

vorchristlichen Jahrhunderten zahlreiche bäuerliche Opfer von Gefäßen mit Speisen, aber auch von landwirtschaftlichen Geräten (Willroth 1992, S. 414ff.). Diese fallen in eine Phase des Landesausbaus, der verstärkten Bildung von dörflichen Gemeinschaften im Norden, während die großen Waffendeponierungen hier erst im späten 2. Jahrhundert einsetzen.

Das Umfeld des Thorsberger Moors weist eine besondere Dichte an archäologischen Fundstellen auf (Bantelmann 1988, S. 82ff.). Siedlungen sind bislang kaum bekannt, aber einige Gräberfelder zeichnen sich durch eine besonders lange Belegungsdauer aus. Das große Gräberfeld auf dem Markplatz von Süderbrarup, das größte in der Landschaft Angeln, ist nach dem derzeitigen Kenntnisstand die einzige Nekropole der Region, die noch weit bis in das 6. Jahrhundert genutzt wurde. Offensichtlich haben die Gräberfelder und damit wahrscheinlich auch die Siedlungen in der Nähe des zentralen Kultplatzes wohl am längsten Bestand gehabt, während die meisten Plätze im Zuge der Abwanderung der Angeln schon im 5. Jahrhundert aufgelassen wurden (Willroth 1992, S. 443).

Diese zentralörtliche Funktion, die sich für den engeren Raum um das Thorsberger Moor bislang nur durch die regelmäßig wiederkehrenden Deponierungen, also periodische Großveranstaltungen erschließen lässt, wird auch durch den Ortsnamen unterstrichen. Thorsberg gehört in eine ganze Reihe von Plätzen im westlichen Ostseegebiet mit sakralen Ortsnamen (Müller-Wille 1999, S. 72f.). Hier ist der Bezug zum Gott Thor evident. Häufig sind Verbindungen mit dem Namen des Gottes Odin, so in Odense (= Odensvi, Heiligtum des Odin). Wichtig sind aber auch Zusammensetzungen mit Vi = Heiligtum, geweihter Bezirk (z. B. in Viborg, Vium) oder Gud = Gott (z. B. Gudum). Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der Ort Gudme im südöstlichen Fünen, dessen Name auf Gudhjem (= Gottesheim) zurückgeführt werden kann. Er bezeichnet die Stelle, an der sich Götter aufhalten und Gegenstand der Verehrung waren.

Auch Gudme nimmt ähnlich wie Thorsberg im Siedlungsgeschehen des ersten nachchristlichen Jahrtausends eine besondere Rolle ein. Aufgrund intensiver Forschungen lassen sich hier bereits sehr fundierte Überlegungen zur Struktur und Funktion des Platzes anstellen (Nielsen, Randsborg u. Thrane 1994). Dort wurden auf engstem Raum umfangreiche Metalldeponierungen entdeckt, die anzeigen, dass dort in einem ungewöhnlichen Umfang wertvolles Metall verarbeitet und vor allem auch thesauriert werden konnte (Jørgensen, Storgaard u. Thomsen 2003, S. 428ff.). Aufgrund dieser Funde wird Gudme einer Reihe von Siedlungsplätzen des Ostseeraums zugerechnet, die als Reichtumszentren bezeichnet werden. Dieser Reichtum ist zunächst Spiegel einer besonderen Konzentration von Handwerk und Handel, die eine außerordentliche Wertschöpfung ermöglichten. Es liegt auf der Hand, sich hier Märkte von überregionaler Bedeutung vorzustellen. So besaß Gudme mit Lundeberg auch einen entsprechenden Hafen an der Küste (Thomsen, Blæsild, Hardt u. Michaelsen 1993). Schließlich zeigen verschiedene Großbauten, dass Gudme auch Sitz einer gesellschaftlichen Elite war (Sørensen 1994). Unter den an sich schon reichen Deponierungen auf solchen Plätzen stechen kleine aus Goldblech gefertigte Figürchen (dänisch guldgubber, d. h. Goldmännchen) hervor, bei denen es sich offensichtlich um Götterdarstellungen handelt (Müller-Wille 1999, S. 65ff.). Die paarigen Personendarstellungen werden als Bilder der göttlichen Geschwister Freyr

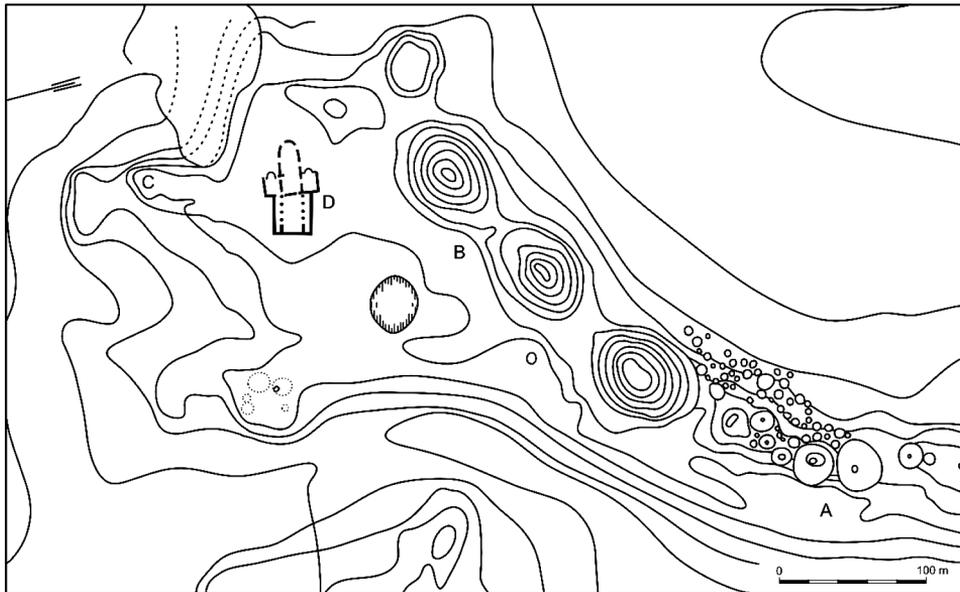


Abb. 5: Archäologische Denkmäler in Gamla Uppsala (Alt Uppsala)
Nach Müller-Wille 1999, S. 76

und Freia gedeutet, die u.a. mit Fruchtbarkeitskulten in Verbindung gebracht werden. Diese Goldfigürchen fanden sich zu Hunderten und Tausenden und sind für Kulthandlungen, wohl als Opfergaben gefertigt worden.

Aber auch noch in anderer Hinsicht zeichnen sich diese Macht- bzw. Reichtumszentren aus. Im ersten nachchristlichen Jahrtausend ist das Siedelgeschehen noch durch eine sehr hohe Mobilität geprägt. Dörfer, Weiler und Einzelgehöfte standen meist nur für wenige Generationen an einem Platz und wurden dann oft nur in einigen Hundert Metern Entfernung neu errichtet. Die kultischen, politischen, sozialen und ökonomischen Zentren weisen hingegen eine außergewöhnliche Kontinuität in ihrer Bestandsdauer auf (Abb. 3–4; *Jensen u. Watt* 1993, S. 196). Eine solche Stabilität ist für ländliche Siedlungen nur in Ausnahmefällen zu verzeichnen (z.B. Vorbasse in Jütland). Neben dieser Platzkontinuität über mehrere Jahrhunderte ist besonders bemerkenswert, dass diese vielfach von der jüngeren römischen Kaiserzeit bis in die Wikingerzeit andauert. Die Orte überbrücken damit auch den Abschnitt des 6. und 7. Jahrhunderts, der in einigen Regionen Südkanindiens und Norddeutschlands von Diskontinuität bis hin zum großräumigen Siedlungsabbruch geprägt ist. Bezeichnenderweise sind in vielen dieser Orte auch die erwähnten Goldblechfigürchen gefunden worden, so in Gudme und Lundeborg auf Fünen, Neble auf Seeland, Sorte Muld auf Bornholm und Stentinget in Nordjütland. Besonders erwähnt sei hier noch Ribe, das sich von einem Handelsplatz zu einer frühstädtischen Siedlung entwickelte (*Jensen* 1993). Das unweit südlich gelegene Dankirke wird hier als Vorläufersiedlung angesehen.

Begründete sich die Bedeutung der genannten dänischen Zentralorte vornehmlich durch ihre ökonomische Stärke, treten im schwedischen Gamla Uppsala religiöse und soziale Aspekte in den Vordergrund (Müller-Wille 1999, S. 75f.). Auf einem Geländerrücken wurden im 5. Jahrhundert erste große Grabhügel zur Beisetzung einer Elite angelegt (Abb. 5, A). Im 6. Jahrhundert folgten dann die drei Königshügel (B). Dass eine solche Interpretation nicht ganz von der Hand zu weisen ist, zeigen die Reste von großen Hallenbauten (C), die wahrscheinlich zu einer königlichen Residenz gehört haben dürften. Für das ausgehende 11. Jahrhundert berichtet Adam von Bremen über einen goldgedeckten Tempel, in dessen Nähe sich eine Quelle befunden habe, an der Opfer dargebracht wurden. Alle neun Jahre fand dort ein gemeinsames Fest aller schwedischen Stämme mit Opferungen von Menschen und Tieren männlichen Geschlechts statt; neun von jeder Art wurden im nahen heiligen Hain aufgehängt. Über dem heidnischen Tempel ist dann möglicherweise eine hölzerne Kirche errichtet worden, die im 12. Jahrhundert von einer Steinkirche (D) abgelöst wurde. Anscheinend dokumentiert sich hier eine Kultkontinuität zumindest von der Wikinger- bis in die christliche Zeit, nachdem der Ort bereits im 5. und 6. Jahrhundert Bestattungsplatz und wohl auch Sitz einer Elite gewesen war.

Für alle diese Orte ist unverkennbar, dass zentralörtliche Funktionen für diese Entwicklung und Stabilität entscheidend waren. Hier konzentrierten sich Handwerk und Handel. Zumindest an einigen dieser Plätze sind zentrale Kultanlagen zu vermuten. Mit diesen Funktionen hingen zwangsläufig größere singuläre oder periodische Veranstaltungen wie Märkte und Versammlungen unterschiedlichster Art zusammen. So konzentrierte sich an diesen Orten die frühgeschichtliche Macht im politischen, sozialen, ökonomischen und religiösen Bereich. Für Südsandinavien wird etlichen dieser Machtzentren wie z.B. Gudme in der Herausbildung von Königreichen eine besondere Rolle zugebilligt (Jensen u. Watt 1993). Deshalb dürfen wir hier auch Zusammenkünfte des Stammes zu gemeinschaftlichen kultischen und politischen Handlungen annehmen, die die Formierung und Stabilisierung solcher Gemeinschaften entscheidend gefördert haben.

Aber Großveranstaltungen haben nicht nur für die Beteiligten und das unmittelbare räumliche Umfeld des Veranstaltungsortes ihre Bedeutung gehabt. Etliche haben darüber hinaus eine beträchtliche indirekte Wirkung entfaltet; dies sei am Beispiel der bereits erwähnten Varus-Schlacht erläutert. Die Niederlage des Varus hatte eine entscheidende Wende in der Germanien-Politik Roms zur Folge (von Schnurbein 2002). Wie weit die Bestrebungen zur Einrichtung einer rechtsrheinischen Provinz schon gediehen waren, zeigen die Ausgrabungen in Waldgirmes im Lahntal bei Wetzlar (Becker u. Rasbach 2003). Während man dort zunächst ein Militärlager vermutete, zeigen die Bauten jetzt deutlich die Züge einer Polis. Im Zentrum steht ein mit Apsiden versehenes Forumsgebäude. Auch das Fundmaterial spricht für eine Zivilsiedlung mit beachtlichem Handwerk. Hervorzuheben sind ferner die Reste eines monumentalen vergoldeten Reiterstandbildes aus Bronze, möglicherweise des Augustus.

Mit diesen Entdeckungen wird erst der Bericht des Cassius Dio zur Situation in Germanien vor 9 nach Chr. verständlich: So schreibt er: »Die Römer besaßen zwar einige Teile des Landes, doch kein zusammenhängendes Gebiet [...] Ihre Soldaten bezogen hier ihre Winterquartiere, Städte wurden gegründet, und die Barbaren passten

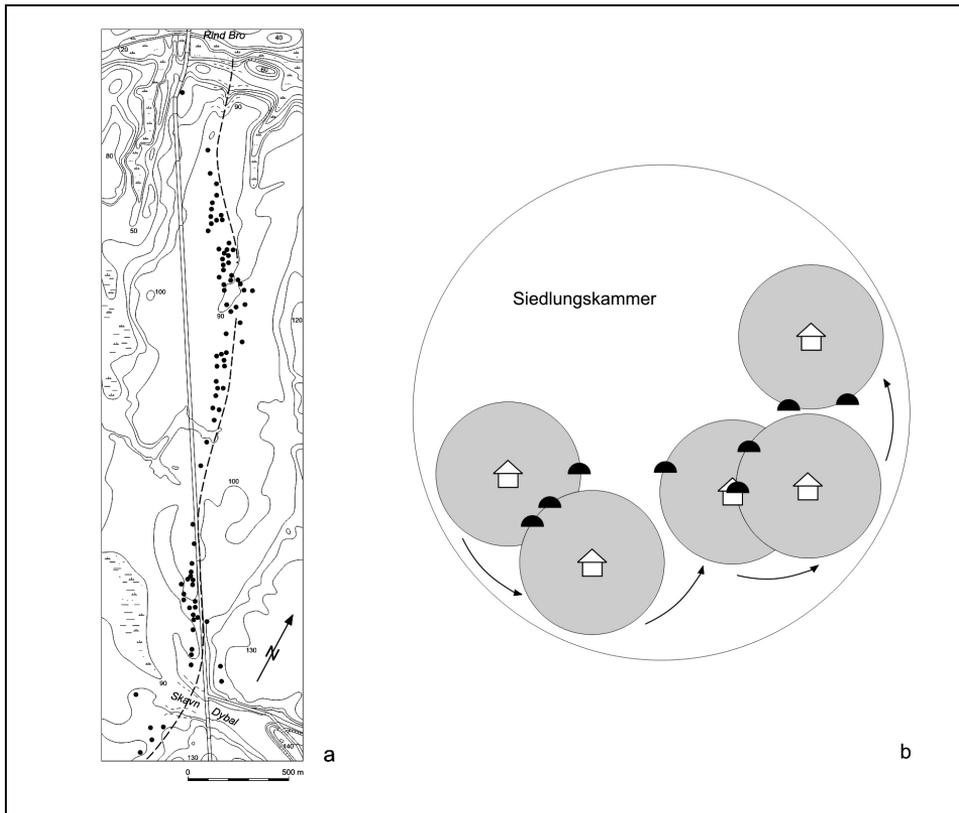


Abb. 6a: Vermuteter Weg entlang einer Grabhügelkette bei Rind, Viborg Amt
Nach Müller 1904, S 20

Abb. 6b: Entstehung einer Grabhügelkette durch die regelmäßige Verlagerung der Hof- und Wirtschaftsflächen innerhalb einer Siedlungskammer

sich ihrer (d.h. der römischen) Lebensweise an, besuchten die Märkte und hielten friedliche Zusammenkünfte ab« (von Schnurbein 2002, S. 8).

In der Tat fällt der hohe Anteil nicht-römischer Keramik in Waldgirmes auf. Das Abbrechen der Münzfunde zeigt, dass Waldgirmes wie andere rechtsrheinische Plätze im Jahre 9 n. Chr. aufgegeben wurde. Die Niederlage des Varus verhinderte damit, dass sich in Waldgirmes die Keimzelle für eine römische Provinz weiter aufbaute. Mit der Gründung des Ortes sollte das Fundament für die Einrichtung einer Provinz gelegt werden. Der Ort hätte die Entwicklung von Mainz, Köln oder Trier nehmen können, die rechtsrheinischen Gebiete die der Rheinlande und weiter Teile Süddeutschlands, wäre die Auseinandersetzung ausgegangen. Im Übrigen wird die Stadtgründung im Lahntal sicherlich eine organisierte große Veranstaltung gewesen sein; in den antiken Quellen wird ausführlich über den Vorgang der Coloniegründung berichtet (Wissowa 1970, S. 567ff.).

Welche Bedeutung hatten nun prähistorische Monumente, die mit Großveranstaltungen in Verbindung zu bringen sind oder im Zuge von solchen Ereignissen entstanden sind, in der sich verändernden Kulturlandschaft. Hier sei an die Über-

legungen zur Funktion der Megalithgräber und Grabhügel angeknüpft, die im Rahmen von größeren Gemeinschaftsaktionen errichtet, auch als Zeichen an die folgenden Generationen einer Gemeinschaft verstanden werden können.

So finden sich Grabhügel häufig in größeren Gruppierungen, oft auch in langen Reihen bevorzugt auf Geländekuppen oder -rücken (Abb. 6a). Dabei spricht vieles für die Überlegung, in den einzelnen Hügeln Bestattungsplätze für die Toten einer Hausgemeinschaft zu sehen. In Folge der mobilen Siedelweise, der Verlegung der Gebäude, aber auch Wirtschaftsflächen, verlagerte sich zwar der engere Lebensbereich, die Grabhügel der Vorfahren blieben jedoch im Gesichtsfeld der folgenden Generationen (Abb. 6b; Willroth 2001). Mit der Anlage eines jeden neuen Hügels wurde das Grabhügelfeld erweitert.

Aber auch in jüngeren Zeiten waren die großen älterbronzezeitlichen Hügel oft Nukleus für jüngere Nekropolen. So lehnten sich z.B. an den Brautberg genannten Hügel bei Bordesholm, Kr. Rendsburg-Eckernförde, mehrere kleinere Grabhügel wohl der jüngeren Bronze- und älteren vorrömischen Eisenzeit an (Saggau 1986, S. 13ff.; 1996). Funde der letzten Jahrhunderte vor Christi Geburt fehlen, aber bereits um Christi Geburt wurde hier ein großes Urnengräberfeld angelegt, das durchgehend bis in das 6. Jahrhundert belegt war. Diese räumliche Nähe lässt – bis auf den Hiatus – eine Kontinuität der Bestattungs-, vielleicht auch Siedelgemeinschaft vermuten.

Grabhügelreihen wie auch die Megalithen waren schließlich als deutlich sichtbare Landmarken auch Fixpunkte für die Orientierung im Gelände. Wege führten an den Hügeln entlang (Abb. 6a; Willroth 1986). Häufig wurden die Hügel in die Parzellierung vorgeschichtlicher Fluren einbezogen, indem die Schnittpunkte der Ackerwälle auf sie gelegt wurden (Müller-Wille 1965, S. 158, S. 160, S. 167, S. 177).

Vollends gebrochen ist die Tradition dieser obertägigen Monumente mit dem Schicksal, das sie vor allem in der Neuzeit fanden. Die Großsteingräber wurden als Steinbrüche benutzt. Steinschläger zerstörten die Blöcke für die Gewinnung von Baumaterial, das vor allem für den Straßenbau, aber auch für andere Bauwerke genutzt wurde. Die stein- und bronzezeitlichen Grabhügel wurden als Hindernisse der Landwirtschaft überpflügt und schließlich eingeebnet.

Abschließend möchte ich nochmals den Blick auf das jütische Jelling lenken (Abb. 1). Der Nordhügel (E) wurde über einem kleinen bronzezeitlichen Grabhügel (A) errichtet. Die erhaltenen Hölzer der Grabkammer (D) datieren um 958/59, in dieser wurde Gorm, möglicherweise auch seine Frau Thyra beigesetzt. Wohl etwas später wurde auch noch der Südhügel (G) von König Harald gebaut. Beide Hügel überdecken eine ältere schiffsförmige Steinsetzung (B-C-L), die ursprünglich wohl auf den bronzezeitlichen Grabhügel ausgerichtet war, selbst aber in die Wikingerzeit datiert. Auf der Hälfte zwischen beiden steht der von König Harald gesetzte große Stein (H), auf dem u. a. der gekreuzigte Christus in nordischer Tradition dargestellt ist. Auf diesem Stein wird berichtet, dass Harald den Stein im Gedenken an seine Eltern Gorm und Thyra errichtet hat, er ganz Dänemark und Norwegen gewann und die Dänen zu Christen machte. Dies wird erst nach der Beisetzung Gorms im Nordhügel erfolgt sein.

Von Harald wurde dann der älteste der hölzernen Vorläuferbauten K der heutigen Kirche gebaut. Unter dieser Kirche ist eine Grabkammer entdeckt worden,

die noch die Reste eines männlichen Skeletts barg. Es wird angenommen, dass es sich hier um die sterblichen Reste Gorms handelt, der von seinem Sohn in die Kirche überführt wurde. Die Bestattung der Eltern, die Errichtung der beiden Hügel und der Kirche wie auch die Überführung des Toten werden wir uns als große Veranstaltungen vorzustellen haben, die der Selbstdarstellung des Herrschers und seines Geschlechts dienten. Harald, der 985 starb, wurde in Roskilde beigesetzt, dessen Dom noch heute die Begräbnisstätte des dänischen Königshauses ist. Auf diese frühen Herrscher Gorm und Harald führt das dänische Königshaus seine Wurzeln zurück, mit Harald wird die Einigung des altdänischen Reiches verbunden. Deshalb nimmt Jelling im Verständnis der Dänen als Ort des nationalen Gedächtnisses eine hervorragende Position ein. Aus diesem Grund ist der Ort auch ein besonderer touristischer Anziehungspunkt.

Diese wenigen Beispiele mögen zeigen, wie singuläre und periodische vor- und frühgeschichtliche Großveranstaltungen die Kulturlandschaft prägten. Hierbei spielen die Plätze mit zentralörtlicher Funktion eine besondere Rolle. Die Stellung von Hauptsiedlungen, Handelsplätzen, Machtzentren, besonderen Opfer- und Begräbnisstätten wurde durch solche Veranstaltungen begründet oder gefestigt. Auch bei der Formierung frühgeschichtlicher Gemeinschaften ist die Bedeutung solcher Veranstaltungen kaum zu überschätzen. Es liegt allerdings in der Natur der archäologischen Quellen, wenn sich diese Ereignisse vielfach nur über besondere Bauten erschließen lassen.

Besonders wichtig erscheint die mehrschichtige Wirkung solcher Veranstaltungen. Sie veränderten nicht nur die Landschaft selbst, sondern waren zugleich Ausdruck einer wirtschaftlichen, religiösen und sozialen Prägung des Raumes. Dabei lassen sich die einzelnen Momente vielfach überhaupt nicht trennen. Schließlich können solche Ereignisse über ihren jeweiligen zeitlichen und räumlichen Kontext hinaus gewirkt haben.

Summary

Effects of singular and periodical large events on prehistorical and early historical sites

The author discusses effects by giving examples from special settlement places, burial-grounds and places of sacrifice from which we have archaeological or other indications of such events. The examples are from neolithic up to medieval times. Especially places with central functions show the importance of big events for their particular position in the pre- and protohistoric settlement pattern. The mentioned events had not only direct influence on the cultural landscape but also on the political, economical, social and religious formation of the pre- and protohistoric society.

Literatur

- Bantelmann, Niels*: Süderbrarup. Ein Gräberfeld der römischen Kaiserzeit und Völkerwanderungszeit in Angeln. 1: Archäologische Untersuchungen. – Neumünster 1988 (Offa-Bücher, 63).
- Bergh, Stefan*: Landscape of the Monuments. A Study of the Passage Tombs in the Cúil Irra region, Co. Sligo, Ireland. – Stockholm 1995 (Riksantikvarieämbetet Arkeologiska undersökningar Skrifter, 6).
- Cipoletti, Maria Susanna*: Langsamer Abschied. Tod und Jenseits im Kulturvergleich. – Frankfurt a.M. 1989 (Roter Faden zur Ausstellung, 17).
- Hansen, Ulla Lund*: 150 Jahre Waffenopferfunde – Forschung und Interpretation. – In: Jørgensen; Storgaard; Thomsen 2003, S. 84–89.
- Hvass, Steen u. Storgaard, Birger*: Digging into the past. 25 years of archaeology in Denmark. – Aarhus 1993.
- Ilkjær, Jørgen*: Dänische Kriegsbeuteopfer. – In: Jørgensen; Storgaard; Thomsen 2003, S. 44–65.
- Jankuhn, Herbert u. Raddatz, Klaus*: Angeln III. Archäologie. – In: Reallexikon der germanischen Altertumskunde 1. Berlin, New York 1973, S. 292–303.
- Jensen, Stig*: Early towns. – In: Hvass; Storgaard 1993, S. 205.
- Jensen, Stig u. Watt, Margrethe*: Trading Sites and Central Places. – In: Hvass; Storgaard 1993, S. 195–201.
- Jørgensen, Lars*: Sieg und Triumph. Der Norden im Schatten des Römischen Reichs. – In: Jørgensen; Storgaard; Thomsen 2003, S. 12–17.
- Jørgensen, Lars; Storgaard, Birger u. Thomsen, Lone Gebauer [Hrsg.]*: Sieg und Triumph. Der Norden im Schatten des Römischen Reichs. – København 2003.
- Krogh, Knud J. u. Olsen, Olaf*: From paganism to christianity. – In: Hvass; Storgaard 1993, S. 233–236.
- Müller, Johannes*: Die Arbeitsleistung für das Großsteingrab von Kleinenkneten 1. – In: Experimentelle Archäologie in Deutschland. Archäologische Mitteilungen Nordwestdeutschland Beiheft 4, 1990, 210–219.
- Müller, Johannes*: Fürsten oder Häuptlinge. Experimente mit Hallstatthügeln. – In: Experimentelle Archäologie in Deutschland. Archäologische Mitteilungen Nordwestdeutschland Beiheft 6, 1991, S. 215–225.
- Müller, Sophus*: Vej og bygd i Sten- og Bronzealderen. – In: Aarbøger for nordisk oldkyndighed og historie 19, 1904, S. 1–64.
- Müller-Wille, Michael*: Eisenzeitliche Fluren in den festländischen Nordseegebieten. – Münster 1965 (Siedlung und Landschaft in Westfalen, 5).
- Müller-Wille, Michael*: Bestattung im Boot. Studien zu einer nordeuropäischen Grabsitte. – In: Offa 25/26, 1968/69 (1970), S. 1–203.
- Müller-Wille, Michael*: Opferkulte der Germanen und Slawen. – Stuttgart 1999.
- Nielsen, Poul-Otto; Randsborg, Klavs u. Thrane, Henrik [Red.]*: The archaeology of Gudme and Lundeberg. – København 1994 (Arkæologiske Studier, 10).
- Petrasch, Jörg*: Graben- und Palisadenanlagen (Erdwerke). – In: Preuß, Joachim [Hrsg.]: Das Neolithikum in Mitteleuropa. Kulturen, Wirtschaft und Umwelt vom 6. bis 3. Jahrtausend v. u. Z. Band 1,1. Weissbach 1998, S. 187–199.
- Petrasch, Jörg*: Religion in der Steinzeit. – In: Menghin, Wilfried u. Planck, Dieter [Hrsg.]: Menschen, Zeiten, Räume. Archäologie in Deutschland. Stuttgart 2002, S. 142–145.
- Roesdahl, Else*: Danmarks vikingetid. – Viborg 1980.
- Saggau, Hilke Elisabeth*: Bordeshom. Der Urnenfriedhof am Brautberg bei Bordeshom in Holstein. 1 Text und Karten. – Neumünster 1986 (Offa-Bücher, 60).
- Saggau, Hilke Elisabeth*: Der Brautberg in Bordesholm, Kreis Rendsburg-Eckernförde. – Schleswig 1996.

- Schlüter, Wolfgang u. Wiegels, Rainer [Hrsg.]*: Rom, Germanien und die Ausgrabungen von Kalkriese. Internationaler Kongress Osnabrück 1996. – Osnabrück 1999 (Kulturregion Osnabrück, 10).
- von Schnurbein, Sigmar*: August in Germanien. Neue archäologische Forschungen. – Amsterdam 2002 (Kroon-Voordracht, 24).
- Sørensen, Palle Østergard*: Gudmehallerne. Kongeligt byggeri fra jernalderen. – In: Nationalmuseums Arbejdsmark 1994, S. 25–38.
- Stehli, Petar*: Merzbachtal – Umwelt und Geschichte einer bandkeramischen Siedlungskammer. – In: Germania 67, 1989, S. 51–76.
- Thomsen, P. O.; Blæsild, B.; Hardt, N. u. Michaelsen, K.K.*: Lundeberg. En handelsplads fra jernalderen. – Svendborg 1993 (Skrifter fra Svendborg og Omegns Museum, 32).
- Willroth, Karl-Heinz*: Landwege auf der cimbrischen Halbinsel aus der Sicht der Archäologie. – In: Siedlungsforschung 4, 1986, S. 9–44.
- Willroth, Karl-Heinz*: Untersuchungen zur Besiedlungsgeschichte der Landschaften Angeln und Schwansen von der älteren Bronzezeit bis zum frühen Mittelalter. Eine Studie zur Chronologie, Chorologie und Siedlungskunde. – Neumünster 1992 (Offa-Bücher, 72).
- Willroth, Karl-Heinz*: Haus, Acker und Grabhügel. Variable Konstanten im Siedlungsgefüge der älteren nordischen Bronzezeit. – In: Meyer, Michael [Hrsg.]: » ... trans Albim fluvium«. Forschungen zur vorrömischen, kaiserzeitlichen und mittelalterlichen Archäologie. Festschrift Achim Leube. – Rahden/Westf. 2001 (Internationale Archäologie. Studia honoraria, 10), S. 113–124.
- Wissowa, Georg*: Paulys Reallexikon der classischen Altertumskunde. Halbband 7. – Stuttgart 1970.

Hans-Wilhelm Heine

Frühmittelalterliche Fluchtburgen¹

Mit 7 Abbildungen

*»Jeder verteidigt seine Fluchtburg, seinen Ort,
sicher vor Nachstellungen der Wirklichkeit«
Ulla Hahn (2001, S. 288)*

Fluchtburgen sind im wahren Sinne des Wortes eine flüchtige Angelegenheit. Stellen sie wie Dorf oder Stadt, Adels- oder Territorialburg des Mittelalters einen bestimmten Siedlungstyp dar? Oder was verbirgt sich hinter dem Begriff? Das Hineinflüchten einer Bevölkerung oder Bevölkerungsgruppe anlässlich einer bestimmten, meist bedrohlichen Situation in den Raum einer sicheren Befestigung für einen in der Regel kurzen Zeitraum lässt die »Fluchtburg« als temporäre bzw. optional temporäre Siedlung erscheinen. In den folgenden Ausführungen wird sich zeitlich auf das frühe Mittelalter, räumlich mehr auf das westliche Mitteleuropa konzentriert.² Die archäologische, aber auch historische Forschung verwendet den Begriff »Fluchtburg« häufig für Burganlagen dieser Epoche, die auf Grund meist spärlicher schriftlicher Quellen gewissen Grundherrschaften oder Siedlungskomplexen zugeordnet werden. »Fluchtburgen dienten als Zufluchtsort in Zeiten der Gefahr«, wie *Fehring* (2000, S. 118f.) formulierte. Da auf Grund fehlender oder nur stichprobenhafter archäologischer Untersuchungen viele frühmittelalterliche Burgen befundarm und fundleer erscheinen, liegt der Schluss nahe, sie in der Masse als Fluchtburgen zu betrachten. Die Wirklichkeit, die wir auf Grund neuerer Grabungen immer besser kennen lernen, ist durchaus komplexer. Anhand wohlbekannter, aber auch neuer archäologischer Ausgrabungen und der Betrachtung von Schriftquellen soll versucht werden, den Stand der Forschung zur betrachten. In schärferer Weise hat *Werner Meyer* (1994, S. 302ff.) Kritik am Umgang mit dem Begriff »Fluchtburg« bzw. »Refugium« geübt. Insbesondere für die frühmittelalterlichen Wallburgen oder »Erdwerke«, die gerne als »Fluchtburgen« angesprochen würden, schwingt oft der Gedanke mit, aus ihnen seien die nachmaligen Adelsburgen hervorgegangen. Zurecht fordert er die Überprüfung in jedem Einzelfall, z.B. welche Wirkung von den

1 Dem Beitrag liegt der Vortrag zugrunde, der auf der 29. Tagung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« (Hannover 25.–28. September 2002) gehalten wurde. Vergleiche dazu auch den Tagungsbericht von *Carl-Hans Hauptmeyer* in diesem Band!

2 Allgemein zu frühmittelalterlichen Burgen in Nordwestdeutschland u. a. *Böhme* 1999; 2000a u. b; *Brachmann* 1993; 1999; *Heine* 1997; 1998; 2004; *Hömberg* 1997)

Fluchtburgen ausgegangen ist, wie der Schutz, den die Bevölkerung benötigte, wirklich funktionierte (vgl. auch die methodischen Anmerkungen in Meyer 1995).

Schauen wir in die Forschungsgeschichte, so fällt auf, dass beispielsweise Carl Schuchhardt in seinem bekannten »Atlas vorgeschichtlicher Befestigungen in Niedersachsen« eine Reihe von Burgwällen als Fluchtburgen »zum Schutze der Landbevölkerung« bezeichnet, die auf eine Siedlung am Fuße der Befestigungen Bezug nehmen. In Anlehnung an die bekannte Burgenbauordnung Heinrichs I. konnte ihnen auch andere Funktionen zuwachsen (Versammlungs- und Gerichtsort, Speicher für Getreide, Sitz einer kleinen Besatzung). In seinem berühmten Burgenbuch von 1931 hält sich Schuchhardt zum Thema frühmittelalterliche Fluchtburgen auffallend zurück. Er unterscheidet schließlich »Altgermanische« bzw. »Sächsische Volksburg«, »Fränkische Curtis«, »Sächsischer Rundwall« und »Adelige Wohnburg« (C. Schuchhardt, in: Oppermann, Schuchhardt 1887–1916, S. 4* ff.; 1924; 1931; vgl. auch Last 1976, S. 393ff.). In späterer Zeit ist der Begriff der germanischen »Volksburg« mit dem der »Fluchtburg« im wesentlichen gleichgesetzt worden (Grimm 1958, S. 24; 26). Auch für die merowingisch-karolingische Periode und die ottonische Zeit werden zahlreiche Burgen als Fluchtburgen gedeutet (z.B. Grimm 1958, S. 47; 117).

Einen großen Einfluss auf die Deutung frühmittelalterlicher Burgen hatten neben Paul Grimm, Rafael von Uslar (1964; 1979) und Konrad Weidemann (siehe Literaturverzeichnis) gehabt, die seit den 60er Jahren in verschiedenen Arbeiten auf das Bezugspaar Burg – Hof, Grundherrschaft (oder den Sonderfall Burg – Kloster) eingingen und zu einer für damalige Zeiten plausible Erklärung kamen. Weidemann (1966, S. 51 ff.) erkannte im Weserbergland eine größere Gruppe kleiner Burgwälle auf geschützten Bergeshöhen, die »*offensichtlich nicht ständig besiedelt gewesen sind*«. Damit schieden sie als Sitze vornehmer Herren aus. Andererseits aber spräche die vorübergehende seltene Nutzung am ehesten für »*den Gebrauch als Fluchtburg*«. »*Als Erbauer muß man die Besitzer größerer Grundherrschaften ansehen, die ihr Eigentum auf diese Weise in unruhigen Zeiten besonders sichern wollten. Bei drohender Gefahr werden sich in diese Burgwälle die Bauern der Grundherrschaft mit ihrem Besitz, ihrem Vieh und ihrer Ernte zurückgezogen haben. Zu einer wirksamen Verteidigung sind wohl nicht mehr als 30–40 Leute notwendig gewesen.*« Zu zahlreichen Burgen sucht und findet Weidemann aus urkundlichen Überlieferungen Besitzkomplexe (»*Grundherrschaften*«), die er topographisch mit nahem Burgwällen, die man meist zurecht dem frühen oder beginnenden hohen Mittelalter zurechnet, in Beziehung setzt (Weidemann 1966, S. 51 ff.). Bekannte Beispiele sind Heister- und Wirkesburg bei Rodenberg, Ldkr. Schaumburg, in deren Nähe reicher Grundbesitz der Billunger überliefert ist (vgl. auch Heine 2000, S. 52). Weidemann fand in vielen Landschaften des westlichen Deutschlands dieses Muster wieder, z.B. im Taunusgebiet (Weidemann 1972) oder in Franken (Weidemann 1975 a u. b; vgl. auch Fehring 2000, S. 118f. mit weiteren Nachweisen), wo er an vielen Orten und Marken Fluchtburgen, mitunter auch als »*Mittelpunkt*«, kleinen Siedlungsräumen, Höfen oder Hofgruppen zuordnete (Abb. 1). Bisweilen konnte er auf schriftliche Quellen verweisen, so z.B. bei der Eiringsburg bei Bad Kissingen, die oberhalb des Ortes Eiringshausen liegt und in dessen Nähe ein gewisser Iring 822 eine »*Hofgruppe*« dem Kloster Fulda schenkt (Weidemann 1975 a, S. 64). Gleiche Gedankengänge finden

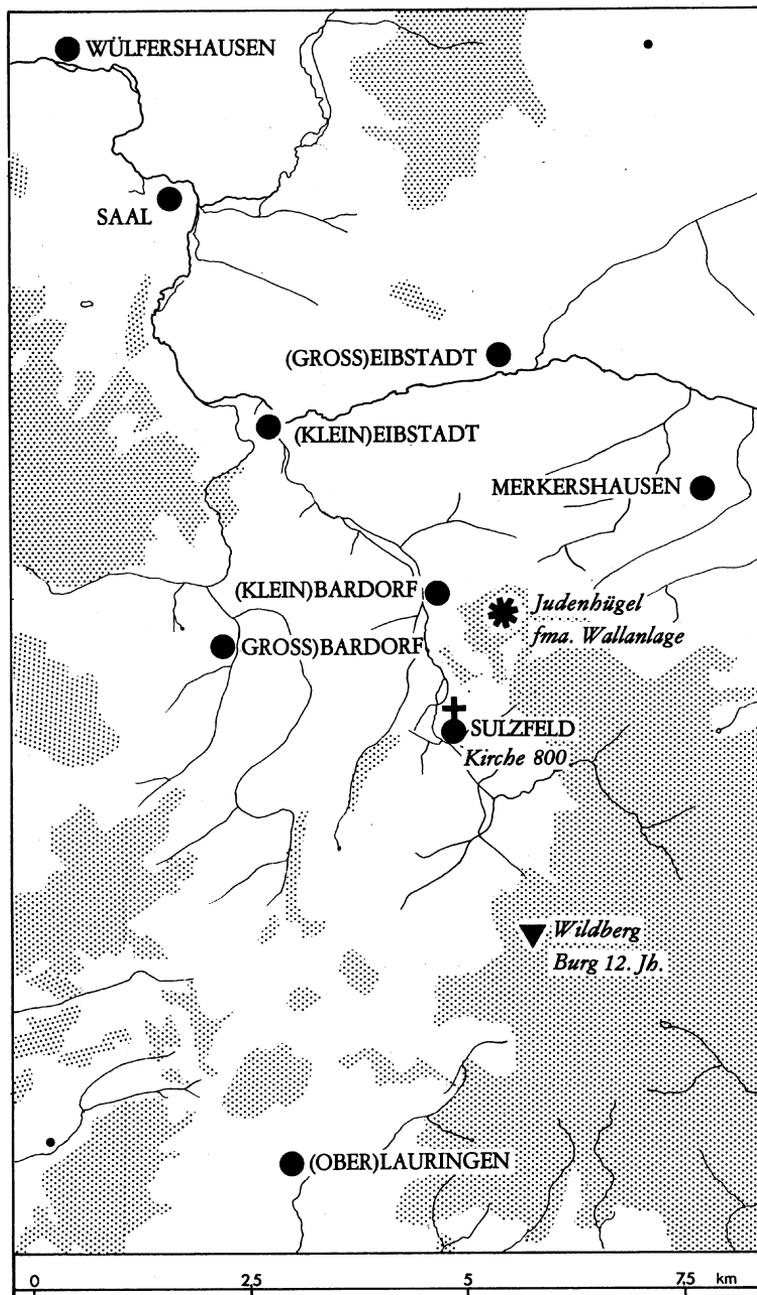


Abb. 1: Frühmittelalterliche Burg Judenhügel bei Kleinbardorf (Unterfranken).
 »Grundherrschaft« (Besitzkomplex) um 800 im Besitz der Amalbrig,
 zu dem der Burgwall Judenhügel gehört haben soll
 nach Weidemann 1975b, S. 87–89, Abb.

sich auch bei Paul Grimm, der bei der Betrachtung der Burgen der Ekkehardiner eine Entwicklungslinie von der Fluchtburg über dem Dorf mit Adelshof zur größeren strategischen Burg, verbunden mit Talsiedlungen des 9./10. Jahrhunderts, und schließlich zur Herrenburg mit frühstädtischem Suburbium des 11./12. Jahrhunderts sieht (zusammenfassend Grimm 1970, S. 290f.; 1971, S. 76ff.). Hans-Günter Peters untersuchte in seiner Dissertation 1970 die Funktion frühmittelalterlicher Burgen des 9. bis 11. Jahrhunderts im Umfeld der Pfalzen Grone und Werla. Während er den späteren ottonischen Pfalzen und Burgen Werla und Grone eine Sonderrolle als Zentren in ihren Siedlungsräumen oder als Orte an wichtigen Verkehrswegen zuordnete, deutete er besonders frühmittelalterliche Burgen »in unzugänglichem Gelände auf der Grenze zwischen zwei Siedlungsräumen« als Fluchtburgen (Peters 1970, S. 144). Letztlich unterschied er bei den Burgen des frühen Mittelalters: Befestigungen im Zentrum eines Siedlungsgebietes, Sperrburgen, Burgen als Beobachtungsposten in schwer zugänglichem Gelände, aber innerhalb eines Siedlungsraumes und Fluchtburgen und zugleich Beobachtungspunkte in unzugänglichem Gelände auf der Grenze zwischen zwei Siedlungsräumen (Peters 1970, S. 144).

Dass diese Burgen zweifelsohne herrschaftlichen, d. h. liudolfingischen Ursprungs waren, war klar. Aber man wisse nicht, trotz der Burgenbauordnung Heinrichs I., wie sie funktionsfähig gehalten und in eine Wehrorganisation eingebunden waren (Peters 1970, S. 164). Hierzu lassen sich m. E. z. B. über die schriftlichen erzählenden Quellen, wie Widukind von Corvey oder Thietmar von Merseburg durchaus Aussagen machen, wie diese Burgen funktionierten, welche symbolische, welche taktische oder strategische Bedeutung ihnen in Kriegen und Konflikten zukamen.

Im Rahmen seiner Forschungen zum frühmittelalterlichen Landesausbau unterschied Klaus Schwarz (1975, S. 393) frühe Mittelpunktsburgen, herzoglich-königliche Nebenanlagen, frühe Adelsburgen und Sitze freier Herren. Dabei stellte er bei vielen Anlagen auf Grund bekannter Beurkundungen oder wegen des Einbaus von Kirchen durchaus fest, »dass diese Plätze alles andere als ›Fliehburgen‹ waren«. In seinen »Studien zu den Wehranlagen zwischen junger Donau und westlichem Bodensee« nahm Heine (1978, bes. S. 31 mit Anm. 77 u. 78) die Fluchtburg bzw. das »Refugium« als Erklärungsmuster zahlreicher von ihm als frühmittelalterlich datierter Burganlagen auf, zumal sich topographisch vielfach das Bezugspaar Hofgruppe/Kloster – Burg abzeichnete. Dazu kam, dass auf Grund fehlender Grabungen kaum Funde vorhanden waren, die eine andere Deutung zuließen. Zu entsprechenden Aussagen war Helmut Maurer (1976, S. 200f.) im Bodenseegebiet gekommen, der für die frühmittelalterlichen Burgen, die mutmaßlich auf Initiative des Adels errichtet wurden, nicht mehr als Wehr- und Schutzbauten für Notzeiten vermutete. Von großer Bedeutung waren in den 70er Jahren die Forschungen um das Kloster und den Herrnsitz Unterregenbach in Baden-Württemberg. Die oberhalb des Siedlungskomplexes gelegene »Alte Burg« wurde damals mit wenigen Wallschnitten untersucht. Fehlende Funde, auch im nicht untersuchten überackerten Innenraum, gaben Anlass zur Aussage, »dass es sich bei der Gesamtanlage von 1,5 ha Größe um eine Fluchtburg handelt, die nur in Fällen äußerer Bedrohung aufgesucht und verteidigt werden sollte.« Ein mögliches Schutzbedürfnis schien bald nach 955 (Schlacht auf dem Lechfeld) erloschen (Schäfer u. Stachel 1989, S. 78). Zur »Alten Burg« merkte Werner Meyer (1994, S. 303, Anm. 36) an, dass bei der Weitläufigkeit

sich »das Problem der Verteidigungsfähigkeit vor allem aus Sicht des erforderlichen Mannschaftsbestands« stelle, erstaunlicherweise immer wieder Mehrphasigkeit oder über längere Zeiten verteilte Fundspektren vorhanden seien (vgl. schon *Jankuhn* 1965; 1976). In seinem Beitrag zu *Hoops* Reallexikon beschäftigte sich *von Uslar* (1979, S. 191f.) ausführlich mit dem Erklärungsmuster Fluchtburg als Fluchtort für die zugehörigen Höfe, Hauptburg mit einer als Refugium verwendeter Vorburg, Fluchtort vor unbefestigten Herrenhöfen für die umwohnende Bevölkerung und den von *Konrad Weidemann* postulierten Bezugspaaren Fluchtburg – Hof bzw. Grundherrschaft/Kloster (vgl. auch *Brachmann* 1993, S. 189–196; *Böhme* 1999, S. 55f.; *Fehring* 2000, S. 118ff.). Auch in der neueren Forschung wird gerne auf dieses Grundmuster bei der Deutung von frühmittelalterlichen Burganlagen zurückgegriffen, wenngleich wir seit langem ein sehr viel differenzierteres Bild der Nutzung von Burgen und Befestigungen besitzen.

Von Uslar (1979, S. 189) merkt in *Hoops* Reallexikon, 2. Aufl., an, dass der »Verwendungsbereich der Burgen breiter und vielfältiger« angelegt sei. »Die Burgen können vom König, vom Herzog, von Adelsgeschlechtern, auch von Klöstern errichtet sein bzw. verwendet werden.« *Uslar* unterscheidet »dementsprechend Mittelpunktburgen oder nur Nebenburgen eines Gebietes, eines Gaues, als Sitz der Verwaltung, als Orte von Rechtshandlungen« usw. In Notfällen seien sie auch Fluchtburgen für die umwohnende Bevölkerung, z. T. könnten sich – vor allem in Großburgen – kirchliche Zentren entwickeln. Wichtig sei in Anlehnung an *Peters* (1970), *Jankuhn* (1976) und *Schwarz* (1975) die günstige Lage zu Verkehrswegen und Fernstraßen.

H. W. Böhme stellte 1999 fest, dass man im 8. bis 10. Jahrhundert nur in wenigen Fällen von reinen Fluchtburgen (Refugien) sprechen könne, die »selten oder nie« genutzt wurden (*Böhme* 1999, S. 55f.; 2000a, S. 695ff.; 2000b, S. 53ff.). Vielmehr gäbe es zahlreiche größere Mittelpunktburgen, die Verwaltungsfunktionen gehabt hätten oder mit der Rechtsprechung und der kirchlichen Organisation zu tun gehabt hätten. Manche von ihnen dienten womöglich als Militärstützpunkte oder Sammelplätze für Heeresaufgebote, »durchaus einmal als Refugium [...], waren aber nicht primär eine Fluchtburg.« Bisweilen ist umfangreiches Handwerk und Gewerbe vorhanden. Das Bezugspaar Burg – Hof stellt auch für *Böhme* eine bestimmende Größe dar, wobei auf eine Anzahl durchaus bebauter Anlagen (Höfe bei Dreihausen, Grone, Werla, Tilleda, Gebesse) hinzuweisen ist. *Heiko Steuer* (2001, S. 105) schloss sich hingegen der Deutung des Verfassers an, der für Niedersachsen anmerkte: »Die Mehrzahl der sächsischen Burgen des 9. bis 11. Jahrhunderts diente als Fluchtburgen oder Stützpunkte bei kriegerischen Auseinandersetzungen des Adels untereinander oder gegen äußere Feinde« (*Heine* 1995, S. 38). Nicht zu unterschätzen ist die Rolle auch schon der frühmittelalterlichen Burg beim Landesausbau im frühen Mittelalter (vgl. *Grote* 1993, S. 178ff.; *Meyer* 1995, S. 32f.; *Ettel* 2001, S. 146), als Schutz für Neusiedler bzw. deren Herren gegen andere Interessenten.

In seiner Habilitationsschrift über den Burgenbau Nordostbayerns (und seiner Nachbarräume!) beschäftigte sich *Peter Ettel* (2001, ins.S. 206ff.) ausführlich mit der Funktion frühmittelalterlicher Burgen, wobei er sich auch mit den Fluchtburgen auseinandersetzte. Die Interpretation beruht auf einer großen Materialbasis und kann auf ausgewertete Grabungen zurückgreifen. Er legt zurecht dar, dass die Frage, »inwieweit die Burgen als Fluchtburgen oder ständig genutzte Befestigungen zu werten

sind«, nur durch flächenhafte Ausgrabungen zu klären ist. Für die fränkischen Burgen des 7./8. Jahrhunderts formulierte *Gerhard Streich* (1984, S. 72 ff.; 75) ähnlich. Denn man habe bei der Frage nach Charakter und Funktion vor allem das Problem, ob sie dauernd von einer »*Wachmannschaft*« besetzt waren, als »*Herrschaftsmittelpunkte*« dienten oder »*nur vorübergehend in Gefahrenzeiten als Fluchtburgen fungierten*«. Aus allen Abschnitten des Frühmittelalters (7.–11. Jahrhundert) kennen wir inzwischen Burgen mit intensiver Bebauung und Nutzung. Einmal sei auf die frühkarolingischen Großburgen Christenberg oder Büraburg in Hessen verwiesen. Würzburg gehört sicher dazu. Oberammerthal, Karlburg und Roßtal sind ebenfalls besiedelt und um 1000 in der Hand der bedeutenden Familie der Schweinfurter Grafen. Auf Werla und Tilleda als befestigte Pfalzen und präurbane Siedlung sei schon einmal hingewiesen. Aber auch in Nordostbayern sind archäologisch untersuchte Burgen ohne greifbare Nutzungsspuren bekannt, die am ehesten als Fluchtburgen zu deuten sind. Hier hält sich Ettel aber durchaus zurück, da noch mit Überraschungen durch weitere Forschungsgrabungen zu rechnen ist.

Gerne wird in der Literatur auf das Beispiel des Kloster St. Gallen verwiesen (vgl. u. a. *Uslar* 1964, S. 165; *Brachmann* 1993, S. 191; *Schulze* 1984, S. 495, Abb. 24; *Meyer* 1994, S. 303 f.; *Sennhauser* 1996, S. 207; *Kellner* 1997, 149 ff.; *Porsche* 2000, S. 231 f.; *Ettel* 2001, S. 206; *Schulze-Dörrlamm* 2002, S. 114). Hier zeigt sich im frühen 10. Jahrhundert deutlich der Zusammenhang von dem Bau einer Fluchtburg, dem Funktionieren eines, wenn auch nicht weit voraus geplanten Verteidigungskonzept und des Schutzes einer – in diesem Falle klösterlichen Herrschaftsorganisation. Im Jahre 926 bedrängten die Ungarn das Kloster. Gemäß der Überlieferung des Chronisten Ekkehard IV. von St. Gallen ließ 926 Abt Engelbert auf einem schwer zugänglichen Geländesporn in einer Fluss Schleife über der Sitter eine Fluchtburg (»*castellum*«) bauen (*Ekkehard* cas. S. Galli c. 51–56) (Abb. 2). Vermutlich handelt es sich um die heute noch erhaltene Waldburg bei Bernhardzell 6 km vom Kloster entfernt. Der Abt ließ den Zugang mit Wall und Verhau sperren. Eilig errichtete man eine Kapelle als Bethaus und zur Aufbewahrung der Kirchenschätze. Später grub man noch einen Brunnen und verstärkte die Befestigung mit Palisaden und Gräben. Ein ausgeklügeltes Spähersystem sorgte dafür, dass rechtzeitig bei Anrücken der Ungarn Alarm gegeben werden konnte und die Klosterleute (bis auf einen) Schutz in der Burg fanden. Obgleich die Ungarn trotz der versteckten Lage die Burg entdeckten, sahen sie von der Belagerung und Erstürmung ab. Die Waldburg ist Beispiel für ein kurzfristig geplantes Refugium, das schnell mit allen nötigen Einrichtungen (Befestigung, Brunnen und Kapelle) versehen wurde, jedoch keine langen Bestand hatte (*Meyer* 1994, S. 302 ff.; *Ettel* 2001, S. 206). In Süddeutschland, vor allem in Bayern, hat man schon seit über 80 Jahren eine Gruppe von Wallanlagen mit u. a. stark erhöhtem, schnell aufgeschüttetem Wall, tiefen, gelegentlich verdoppelten Gräben und fehlenden Torlücken als »Ungarnwälle« zusammengefasst (vgl. *Schulze* 1984, S. 487 ff.; *Schneider* 1989; *Heine* 2000, S. 18 f.; *Ettel* 2001, S. 206 f.; *Schulze-Dörrlamm* 2002, S. 114), denen ähnliche Funktion als »*Fluchtburgen*« zugeschrieben wurden.

Kehren wir in das nordwestdeutsche Tiefland zurück. Denn dort gilt schon seit langem die Beobachtung, dass die meisten Rundwälle nahezu fundleer sind. Daher wird in der Regel die Funktion als Fluchtburgen favorisiert, eingedenk auch der

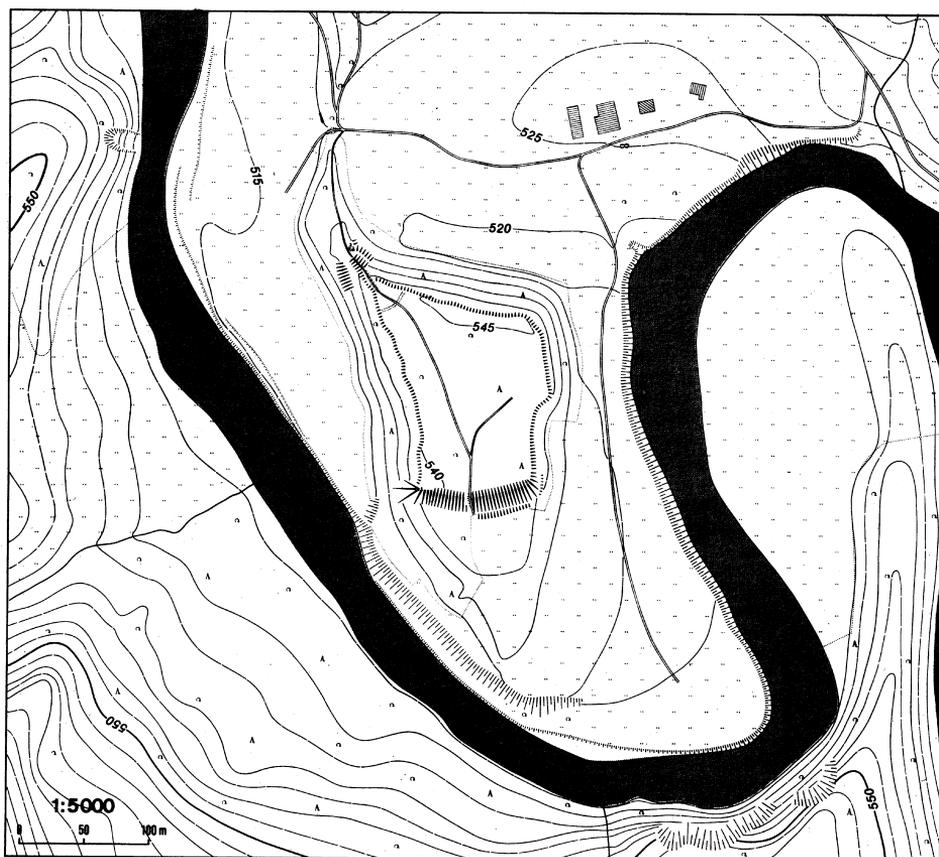
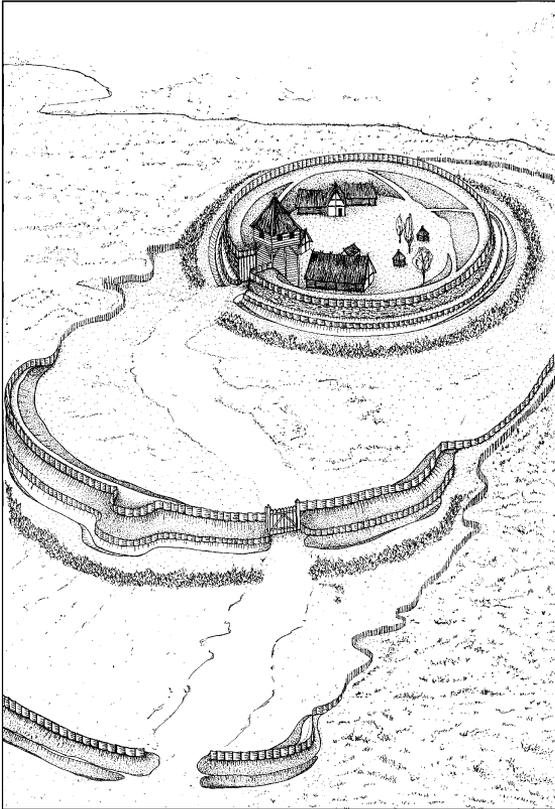


Abb. 2: Waldburg bei Bernhardzell (Kt. St. Gallen). »Fluchtburg« der St. Galler Mönche während des Ungarneinfalls im Jahre 926
nach Schwarz 1975, Beil. 40,6

Tatsache, dass einige von ihnen mehrperiodig sind und offensichtlich periodisch oder dauernd instand gehalten wurden (vgl. z.B. die Lüningsburg bei Neustadt am Rübenberge, Hünenburg bei Stöttinghausen, Isenburg bei Landringhausen). Auch im südniedersächsischen Bergland lassen sich eine Reihe von Anlagen auf Grund ihrer historisch-topographischen Situation wie auch auf Grund der Ausgrabungsergebnisse als Fluchtburgen ansprechen, als siedlungsleere Anlagen, die aber längere Zeit nutzungsfähig waren: die Fluchtburg bei Bernshausen beim Gut der Immendinger am Seeburger See im Landkreis Göttingen und die Hünsche Burg im Gartetal im gleichen Landkreis. Über die Innenbebauung ist durch Ausgrabungen einiges bekannt geworden. Bei den Ringwällen im Tiefland finden sich locker um den Innenhof gruppierte Gebäude, Wohnspuren und Brunnen aber kaum. Man nimmt daher zurecht an, dass es sich in diesen Fällen um Fluchtburgen gehandelt hat. Die unscharfe Datierung der wenigen Keramikfunde macht eine historische Einordnung schwierig.



*Abb. 3:
Hünenburg bei Stöttinghausen,
Ldkr. Diepholz. Rekonstruktion
einer typischen frühmittelalterlichen
Burganlage im niedersächsischen
Tiefland
nach Heine 1995, S. 39, Abb. 23,
Umzeichnung: W. Piontek*

Das bekannteste Beispiel ist die Hünenburg bei Stöttinghausen südlich von Bremen im Landkreis Diepholz, ein Ringwall mit 0,4 ha Innenraum (Abb. 3). Die Fronten der Befestigung bestanden aus Plaggenschichtungen. Quer zum Wall liegende Holzlagen gaben Festigkeit. Außen befand sich ein umlaufender Spitzgraben, dessen Sohle mit Plaggen ausgekleidet war. Die beiden Vorburgwälle sind im 19. Jahrhundert abgetragen worden. Aus ihrem Bereich, eine Fläche von über 5 ha, liegen nur spärliche Lesefunde vor, die eine Dauernutzung auszuschließen scheinen (Heine 2000, S. 87 ff.). Die Isenburg bei Landringhausen, Ldkr. Hannover, zeigt eine ähnliche Lagedisposition. Die Hauptburg, am Ende einer Geländezunge gelegen, ist nur wenig größer. Die Befestigung bestand aus einer Holzkastenkonstruktion mit senkrecht stehenden Bohlen, Ankerhölzern und Wallhinterschüttung, so der Grabungsbefund von 1982/83. Davor lag ein 6 m breiter und 2,5 m tiefer Graben. Die sackförmige Vorburg mit einer Fläche von 0,82 ha war etwas leichter befestigt. Keramik und ¹⁴C-Daten lassen auf eine Errichtung um 1000 schließen (Heine 2000, S. 98 f.). Der Innenraum bleibt noch zu untersuchen, doch spricht vieles, wie auch bei der Stöttinghausener Hünenburg für eine Fluchtburg mit kurzzeitiger Nutzung. Dagegen war es möglich, nicht nur die Wälle, sondern auch große Teile des Innenraums der, im übrigen vorburglosen, Lüningsburg bei Neustadt am Rübenberge, ebenfalls Ldkr. Hannover, archäologisch zu untersuchen (zuletzt 1981/82).

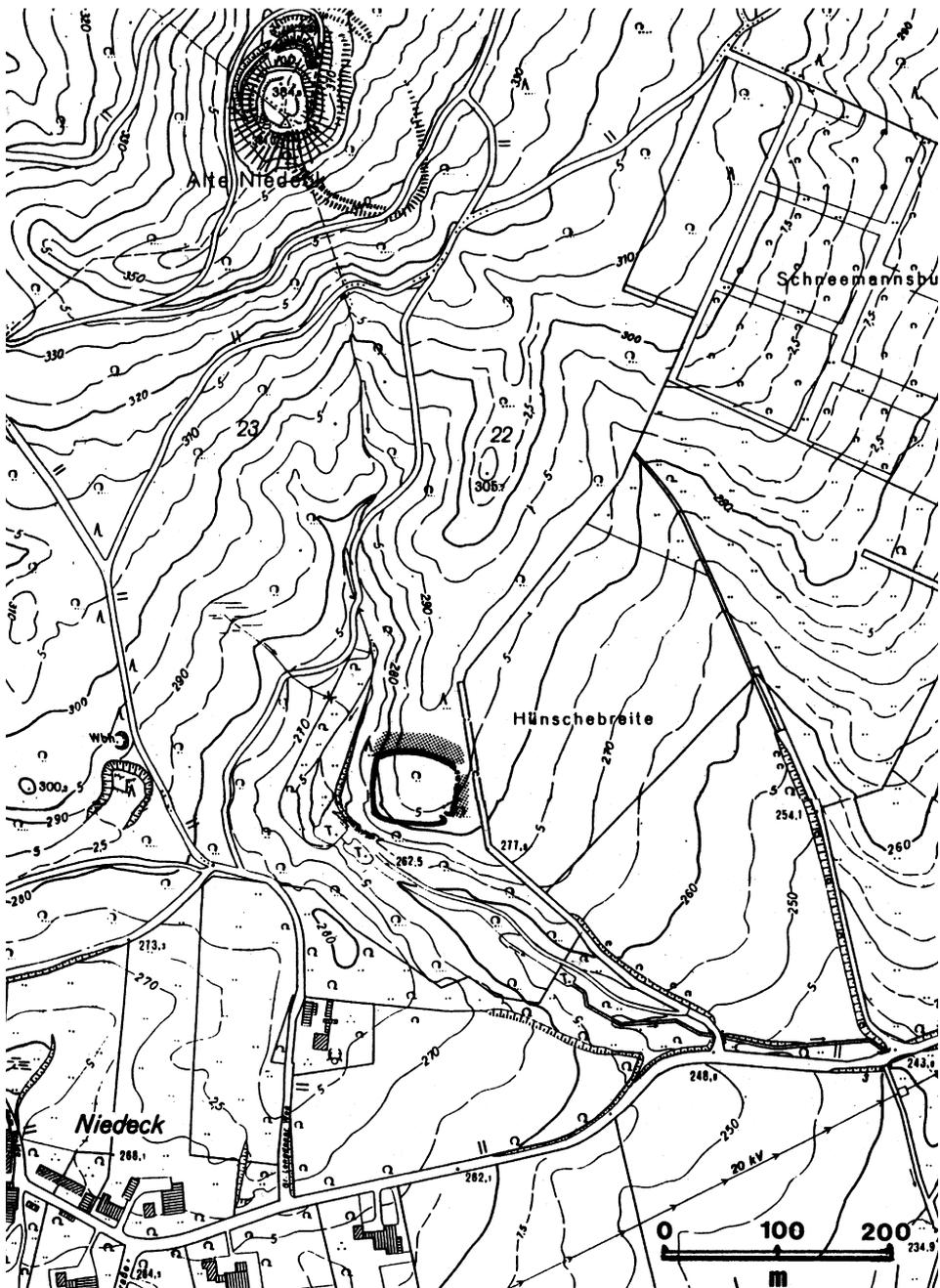


Abb. 4: Lage und Umgebung der Hünscen Burg im Gartetal. Im Norden die »Alte Niedeck«, eine spätmittelalterliche Burg, in der Mitte die frühmittelalterliche Hünscen Burg, im Süden im Bereich des Wohnplatzes Niedeck die Wüstung »Auf dem Rode« / »Elfinkerode«. Die Hünscen Burg entstand mutmaßlich im Zuge des frühmittelalterlichen Landesausbaues.

nach Grote 1993, S. 171, Abb. 1

Während sich im Wall eine mindestens zweiperiodige Befestigung nachweisen ließ, blieben die Befunde und Funde im Inneren spärlich. Doch lässt sich eine wiederholte Nutzung und Pflege der ca. 1,5 ha großen Anlage zwischen dem späten 9. und 11. Jahrhundert feststellen (Heine 2000, S. 101 ff.). Wie auch die Isenburg liegen die Lüningsburg und die Hünenburg bei Stöttinghausen am Rande kleinerer Siedlungsräume, z.T. an der Grenze eines frühmittelalterlichen Gaues.

Siedlungsgeschichtliche Fragen lassen sich gut verfolgen, wenn Grabungen an einzelnen Burgen mit einer archäologisch-historischen Landesaufnahme und siedlungsarchäologischen Untersuchungen des Umlandes verbunden sind (Abb. 4). Ein Beispiel dafür ist die frühmittelalterliche Hünsche Burg im Gartetal südlich von Göttingen, die erst 1992 aufgrund systematischer Flurnamenanalyse und Geländeprospektion im Rahmen der Archäologischen Landesaufnahme entdeckt wurde. Die unbesiedelte Hünsche Burg liegt auf einem Ecksporn oberhalb eines Bachtälchens. Ihre Größe beträgt ca. 60 auf 80 m. Die Befestigung bestand aus einer gemörtelten Mauer. An der Südostecke lag ein einfaches Zangentor. Auffällig ist die Lage der Hünschen Burg in einem engräumigen Netz von -ingerode-Orten, deren Entstehung allgemein in das 10./11. Jahrhundert gesetzt wird und die im Rahmen des inneren Landesausbaus als Ausbausiedlungen benachbarter -hausen-Orte im Altsiedelland gelten. Es besteht Grund zur Annahme, dass die Fluchtburg zur nahen Wüstung +Elfkerode gehörte, auf deren Grund später der Wirtschaftshof für die nahe seit Anfang des 14. Jahrhunderts bezeugte Burg Niedeck entstand. Wie sich nun Siedlungs- und Herrschaftsbild vom hohen bis zum späten Mittelalter veränderten, ist noch unklar. Doch zeigen sich schon jetzt Anzeichen dynamischer Prozesse, die erst nach den Wüstungsperioden des späten Mittelalters ein wenig zur Ruhe kamen (Grote 1993).

Ein wichtiges interdisziplinäres Projekt der Burgen- und Siedlungsforschung im östlichen Landkreis Göttingen steht kurz vor dem Abschluss. Hier untersucht Klaus Grote und sein Team nicht nur die Entwicklung, Kontinuität und Ablösung von früh- und hochmittelalterlichen Burgen, sondern auch unter Einbeziehung der Naturwissenschaften die Siedlungs- und Landesgeschichte mit Methoden der Archäologischen Landesaufnahme, Prospektion und Siedlungsarchäologie. Weit südlich der heutigen Ortschaft Bernshausen entdeckte Grote am Ufer des Seeburger Sees eine frühmittelalterliche Burgranlage, bei der zwei Phasen unterschieden werden konnten (Grote 2003). Die erste Burg bestand aus einer Holz-Erde-Befestigung mit einfachem Gassentor und vorgelegtem Graben. Aufgrund von ¹⁴C-Daten und Keramik wird sie bereits in das 7. Jahrhundert datiert. Nach Einebnung im 10. Jahrhundert entstand eine mauer- und bastionsumwehrte Befestigung mit annähernd rechteckigem Grundriss von ca. 70 auf 110 m, wobei besonders die südliche Ecke eine deutliche Abrundung zeigt. An der Ostecke stand eine größere repräsentative Rundbastion. Das Tor im Südosten war von zwei weiteren Rundbastionen flankiert. Die Torgasse war zangenförmig ausgebildet. Vom Grundriss, der Toranlage und den Eckbastionen her zeigen sich Ähnlichkeiten mit Burgen der Karolinger- und Ottonenzeit in Westfalen, Hessen und Niedersachsen. Die Fundarmut scheint auch hier für eine Fluchtburg zu sprechen. Nur wenige 100 m nordwestlich lag ein Siedlungsbereich des frühen Mittelalters, über dessen Resten im Hochmittelalter eine Burg vom Typ Motte entstand und im Spätmittelalter ein Gerichtsplatz bezeugt ist. Die

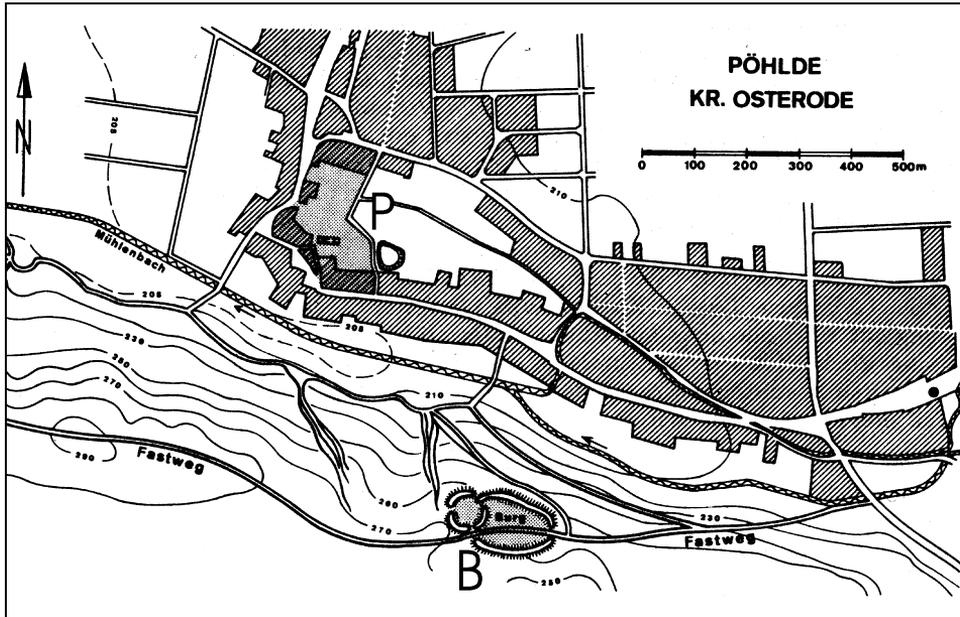


Abb. 5: Pöhlde, Ldkr. Osterode am Harz. Historische Topographie.
 P = Bereich der frühmittelalterlichen Pfalz und des Klosters (Kirche).
 B = Burgwall »König Heinrichs Vogelherd« (9. Jahrhundert)
 nach Claus 1992, S. 4, Abb. 3

alte Fluchtburg verlor an Bedeutung und wurde verlassen. Für das 9. und 10. Jahrhundert ist hier das reiche Geschlecht der Immendinger bezeugt, aus dem u.a. Bischof Meinwerk von Paderborn und Erzbischof Unwan von Bremen hervorgingen.

Im Jahr 926 tritt die spätere Königspfalz Werla erstmals ins Licht der Geschichte, als König Heinrich I. hier Schutz gegen die wiederholt das Reich verheerenden Ungarn sucht (Widukind I, 32). Durch glücklichen Umstand gelang ein vornehmer Ungar in seine Hände. Die Ungarn boten reichlich Lösegeld. Der König forderte mehr, nämlich den Frieden, erreichte aber nur einen neunjährigen Waffenstillstand. Dafür musste er auch noch einen hohen Tribut an die Ungarn entrichten. Immerhin gab dies Gelegenheit ein Reiterheer aufzustellen und gegen die Ungarn Burgen auszubauen. Mit dem Sieg bei Riade 933 schien die Gefahr fürs erste gebannt. Schon bald wurde die Werla zu einer Pfalz ausgebaut. Sie entwickelte sich zu einem zentralen Pfalzort und hatte auch als Versammlungs- und Gerichtsplatz der Sachsen ihre Bedeutung. Insgesamt 19 Königsaufenthalte sind für die Werla überliefert. Ähnlich wie die Pfalz Tilleda könnte die Pfalz Werla in ihrer Frühphase die Hauptfunktion »Fluchtburg« gehabt haben (vgl. Grimm 1982, S. 203).

Das ehemalige Pfalz- und spätere Kloster Gelände zu Pöhlde (Ldkr. Osterode am Harz) liegt am Westrand des Ortes (Claus u. Fansa 1983) (Abb. 5). Nördlich des heutigen Kirchhofes, im Pfarrgarten, wurden Fundamente von sechs Baulichkeiten ausgegraben, von denen die älteren in das 10. Jahrhundert datieren. Bei dem großen, etwas jüngeren Gebäude von 9,5 auf 22 m Größe dürfte es sich um das

repräsentative Hauptgebäude (Aula) der Pfalz gehandelt haben. An der Nordseite der Kirche sind die Grundmauern vom Kreuzgang des um 950 von Königin Mathilde gegründeten Stiftes und späteren Klosters freigelegt worden. Vom Portal des nördlichen Seitenschiffs der Kirche führte ein Verbindungsgang zu dem nördlichen Gebäudekomplex, ähnlich wie es von frühmittelalterlichen Pfalzen wie in Aachen oder Frankfurt bekannt ist. Nördlich des Pfalzkomplexes ist ein schwacher Graben angeschnitten worden, der noch im späten Mittelalter offen lag. Eine starke Befestigung gab es offenkundig nicht.

Auf die Pfalz bezogen liegt aber südlich oberhalb des Ortes auf dem langgezogenen Bergrücken des Rotenberges eine zweiteilige Befestigung, »König Heinrichs Vogelherd« (Claus 1992) (Abb. 6). Der Sage nach soll Heinrich I. im Jahre 919 hier die Nachricht seiner Königserhebung erhalten haben. 929 ist die Burg in einer Schenkungsurkunde für Königin Mathilde als zum Hof Pöhlde gehörige »civitas« bezeugt. Die ältere Unterburg bildet ein Oval von 220 auf 122 m. Im Westen schließt mit 97 bis 100 m Durchmesser die fast kreisrunde, später eingebaute Oberburg an. ¹⁴C-Analysen und Keramikfunde stützen die Datierung vom 9. bis ins frühe 10. Jahrhundert. Erstaunlicherweise setzen die Funde im Pfalz- und Klosterbereich erst im beginnenden 10. Jahrhundert ein. Die Burganlage wurde demnach aufgegeben, als die Pfalzgebäude entstanden. Wo aber die zur Burg gehörige gleichzeitige Siedlung mit liudolfingischem Herrensitz gelegen hat, ist noch unbekannt. Auf Grund der Fundarmut, die sich durch den Sturm Lothar in den letzten Jahren bestätigt hat, kommt nur die Funktion als »Fluchtburg« für den liudolfingische Hof in Frage (Claus 1992). Pöhlde gehört nach allem Bekannten also zu den unbefestigten bzw. nur schwach befestigten Pfalzen (vgl. Helfta, Mühlhausen, Memleben in Thüringen) (Donat 1996, S. 144). Ein nördlich des Pfalzgeländes gefundener Graben gehört erst ins späte Mittelalter. Die Liudolfinger hatten wie *Streich* (1984, S. 147 ff.) und *Brachmann* (1993, S. 165–176) nochmals dargelegt hatten, ähnlich wie die Konradiner und Babenberger, seit dem späten 9. Jahrhundert eine Reihe von Burgen, die entweder verfielen (Pöhlde), in die Klöster gebaut wurden (Quedlinburg) oder sich zu befestigten Pfalzen mit präurbanen Vorburgen entwickelten (Tilleda, Werla, Dahlum?).

Ins gleiche Jahr wie die erste Erwähnung der Werla (926) datiert die bekannte Burgenbauordnung Heinrichs I., die als Abwehr gegen die Ungarn gedacht war. Der König befahl, dass neun »milites agrarii« (bäuerliche Krieger, Aufgebotspflichtige großer Grundherrschaften), eine Burg bauen sollten. Einer von ihnen sollte darauf wohnen und für die anderen Vorräte sowie Unterkunft bereithalten. Auch Versammlungen und Gerichtstage sollten hier stattfinden. In der historischen und archäologischen Forschung ist die so genannte Burgenbauordnung seit Jahrzehnten diskutiert worden. Die archäologische Forschung versuchte sie auch dinglich greifbar zu machen, ohne Erfolg. Man ist sich inzwischen einig, dass ein Großteil der Burgen schon vor Erlass der Burgenbauordnung vorhanden war. Dies bezeugt indirekt auch Widukind von Corvey. Es ist weniger mit zentral gelenkten Neubauten zu rechnen, sondern mit Wiederherstellung älterer Anlagen, wohl auch der Belebung älterer und Gründung neuer Burgbezirke (*Streich* 1984, S. 146; *Springer* 1994, S. 160 f.). Auch die Reichsabteien wie Corvey, Hersfeld und St. Gallen errichteten Befestigungen, die wie im Fall Hersfeld direkt auf königliche Anordnung zurückgehen konnten.

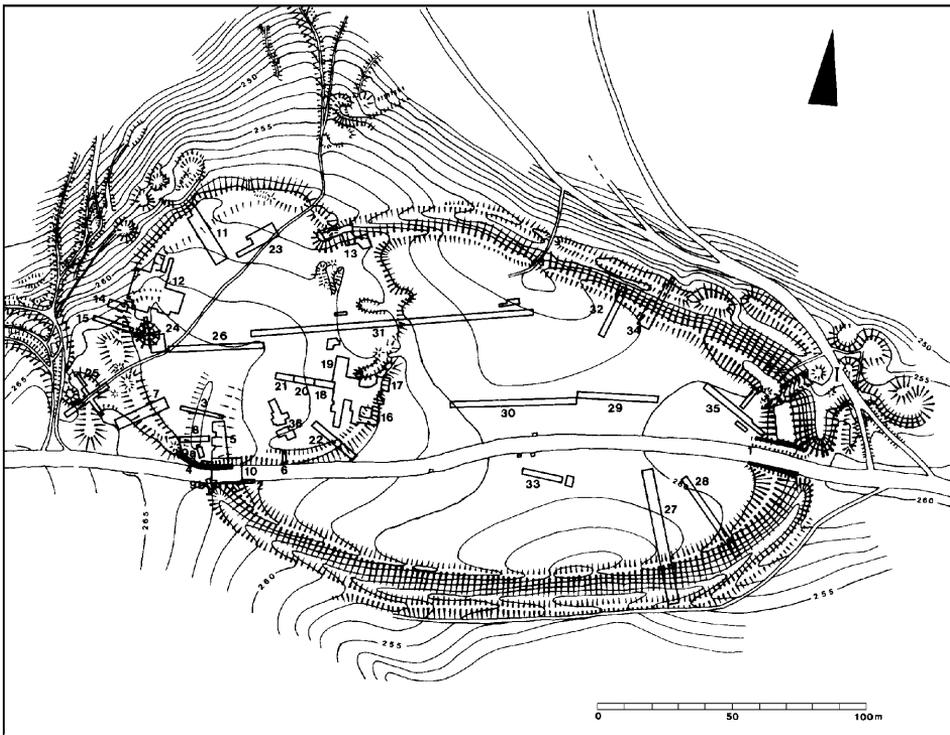


Abb. 6: Pöhlde, Ldkr. Osterode am Harz. Frühmittelalterlicher Burgwall »Königs Heinrichs Vogelherd«
nach Claus 1992, S. 17 Abb. 8

Die Gleichung Heinrichsburgen – »sächsische Rundwälle« im niedersächsischen Tiefland, wie sie die ältere archäologische und historische Forschung in den 30er Jahren formuliert hat, ist spätestens seit den Ausführungen von Herbert Jankuhn nicht mehr haltbar (Jankuhn 1965; 1976, S. 369; vgl. auch Streich 1984, S. 145f. Schulze 1984, S. 493; Brachmann 1993, S. 152ff.; Springer 1994, S. 160–165; Kellner 1997, S. 146ff.). Ein Beweis ist die Mehrphasigkeit verschiedener Anlagen sowie unterschiedliche archäologische Datierungen zwischen dem 9. und 11. Jahrhundert. Zudem dürften die meisten Anlagen gemäß der Burgenbauordnung Heinrichs I. mehr im Osten und Südosten des sächsisch-thüringischen Raumes zu suchen sein. Sicher knüpfte Heinrich I. aber an ältere Formen der Aufgebotsstellung und Wehrverfassung an (Heine 2000, S. 50 mit der älteren Literatur).

Kriegerische Anlässe, Burgen zu bauen oder zu nutzen gab es seit spätkarolingischer und ottonischer Zeit genügend, ob es sich um Wikinger/Normannen, Slawen, Ungarn oder den adeligen Nachbarn handelte. Die Schwäche des Königtums im ausgehenden 9. Jahrhundert ließ Klöster und adelige Herren zur Selbsthilfe greifen. Binding (1968, S. 22ff.) und Fournier (1978, S. 40ff.; S. 266ff.) haben dies z.B. für das westfränkische Gebiet dargestellt. So hat z.B. Karl der Kahle seit 862 Befestigungen

an der Seine gegen die Normannen anlegen lassen, die wohl häufiger den Kriegersleuten Schutz bieten sollten oder Flüsse und Wege sperren zu hatten (vgl. auch die Aktivitäten Ludwigs III. und Karls III.), als dass sie dem Schutz der Bevölkerung dienten. Aber es gab auch eine Reihe echter Fluchtanlagen: so die 891 von Normannen angegriffene Befestigung auf der Höhe mit der Kirche St. Omer oberhalb der Abtei St. Bertin, in der sich Klosterfamilie und Landbevölkerung verschantzt hatten (*Fournier* 1978, S. 47; S. 267ff. mit weit. Beispielen). 892 flüchte eine große Volksmenge in eine »castrum« genannte Befestigung im Ardennerwald, die auf einem hervorragenden Berg gebaut war (*Binding* 1968, S. 23). Auch gegen die Ungarn wurden vor allem im deutschen Südwesten Burgen angelegt, die in der Masse Kriegersleuten oder einer bedrohten Bevölkerung Zuflucht bieten konnten. Hierzu nur einige Beispiele: 908 erhielt der Bischof von Eichstätt die Erlaubnis, Befestigungen gegen die Heiden zu errichten. Um die gleiche Zeit erlaubte Arnulf von Kärnten einem gewissen Heimo, für sich und die Umwohner eine »urbs« zu bauen (*Uslar* 1964, S. 66f.). 904 gab König Berengar allen Bauwilligen das Recht, Befestigungen in Hinblick auf die Ungarngefahr anzulegen (*Sennhauser* 1996, S. 206). Der Burgenbau wird aber weiterhin vom Interesse des Königs, der Kirche und des Adels bestimmt. *Kellner* (1997, S. 149ff. Anm. 204ff.) nennt aus den Schriftquellen eine Reihe von Beispielen, die nicht nur die Befestigung von Klöster und Städten gegen die Ungarn bezeugen, sondern auch ausdrücklich den Ausbau von Burgen.

Über die Art und Weise, wie Burgen in kriegerischen Auseinandersetzung genutzt wurden, ist offenbar wenig geschrieben worden oder mir zu wenig bekannt. *Ehlers* (1999; 2001) hat sich in seinen jüngsten Arbeiten zu den Burgen Widukinds von Corvey mehr auf Verbreitungsbilder genannter Anlagen und die Wortbedeutung konzentriert, während *D. Rödel* (in *Ettel* 2001, S. 283) mehr auf die Eigenart der Befestigungen und *Kellner* (1997, S. 152ff.) auf einige taktische Gegebenheiten eingeht, insbesondere der Taktik des Gegenstoßes oder des Nachsetzens, wobei man als Basis Burgen nutzen konnte. So vertrieben die Mönche von St. Gallen 926 in einem Gegenangriff von ihrer Fluchtburg aus die plündernden Ungarn aus St. Gallen (*Ekkehard cas. S. Galli c. 55*). Als weiteres Beispiel seien hier die Ereignisse um die Steterburg 938 angeführt. Die Ungarn sind in Sachsen eingefallen. ein Teil von ihnen zog vor die Steterburg (heute Salzgitter). In der Burg lag eine Besatzung, welche die Gelegenheit ergriff, aus dem Tor auf die vom Regen durchnässten Ungarn stürmte und die Feinde schlug. Widukind (II, 14) schreibt weiter, dass die sich zurückziehenden Ungarn Bedrängungen aus den Burgen ausgeliefert sahen, die am Weg lagen. Offensichtlich hatten sich zahlreiche Bewaffnete in Burgen geflüchtet, die nun die Befestigungen als Basis für ihre Ausfälle und gezielte Angriffe benutzten. Diese Art und Weise, Burgen im Kampf zu gebrauchen, kommt bei Widukind häufiger vor und scheint nicht untypisch für die 1. Hälfte des 10. Jahrhunderts zu sein. Betrachtet man die vielfach bei Widukind erwähnten Kämpfe um Burgen, so fällt auf, dass sich häufig Besatzungen unter Führung hoher Adeliger, bisweilen Angehörige des Königshauses, in Burgen zum Schutz vor ihren ebenfalls hochadeligen Rivalen zurückziehen. Dabei verhielten sich die Burgbesatzungen nicht passiv. So zog z. B. Eberhard, Bruder König Konrads I., vor den Obermarsberg und spottete, dass sich die Sachsen nicht vor die Mauern wagen würden. Gegen

dessen Erwartung zogen sie, sich auf die sichere Basis der Burg stützend, eine Meile Eberhard entgegen und schlugen ihn in die Flucht (Widukind I, 23 zu 915). Für den König und andere hohe Herren gehörte es zum Prestige, Burgen zu besitzen und als Stützpunkte gegen innere und äußere Feinde vorzuhalten (vgl. Widukind I, 25; I, 27; passim), auch als »Symbole der Macht« (Zeune 1996; vgl. Meyer 1995, S. 33). Hier ordnet sich nun wieder die Burgenbauordnung Heinrichs I. gut ein, die m.E. die beschriebene Kampftaktik zur Voraussetzung hat, nämlich sich nicht nur vor dem angreifenden, durch- oder abziehenden Feind in den Burgen zu verschanzen, sondern vielmehr von ihnen aus ihn zu bekämpfen.

Im Gegensatz zu den fundarmen nordwestdeutschen Ringwällen und vielen frühmittelalterlichen Burgen des Berglandes mit verschwindend geringem Fundanfall ist die Situation bei den Domburgen und Königspfalzen eine andere. Die Domburgen sind die Kerne früher Städte, auch die Pfalzen zeigen präurbane Strukturen mit Spuren von Besiedlung, Handwerk und Handel. In vieler Hinsicht sind diese schließlich ein Vorbild für den späteren hoch- und spätmittelalterlichen Burgenbau.

Doch auch außerhalb des königlichen und kirchlichen Machtbereichs hat es im mittleren und südlichen Niedersachsen schon längere Zeit mehr oder weniger besiedelte Anlagen gegeben, die – soweit bekannt – in Hand mächtiger Adelsfamilien lagen (Brachmann 1993, S. 165ff.; Heine 1995d, S. 138; Böhme 1999, S. 55ff.). So seien als Beispiele die Hünenburg bei Dransfeld, Ldkr. Göttingen, mit einem erheblichen Fundanfall des 10. Jahrhunderts auf kleiner Fläche (Peters 1970, S. 93f.; S. 108ff.; S. 124ff. Jünemann 1982, S. 11f.; S. 21; S. 36; Taf. 8), oder die Heisterburg bei Bad Nenndorf, Ldkr. Schaumburg, mit ihren deutlichen Bebauungsspuren und Zeugnissen der Eisenverhüttung und Schmiedetätigkeit, aber leider nur schlecht dokumentierten Funden, aufgeführt (Abb. 7). Die Bebauung mit eingetieften Steingebäuden (Keller) in der Hauptburg und die Existenz von Grubenhäusern in der Vorburg legen Zeugnis von der Bedeutung einer zur Besiedlung vorgesehenen und wohl auch genutzten Burganlage ab, die nur von einer damals bestimmenden Kraft (hier wohl des hohen Adels) errichtet worden sein kann. Ihre Anfänge liegen im 10. Jahrhundert, sie wurde wahrscheinlich noch bis ins 11., vielleicht 12. Jahrhundert benutzt bzw. ausgebaut (Heine 2000, S. 42ff.; S. 144ff.).

In der Asselburg bei Burgdorf, Ldkr. Wolfenbüttel, traf sich 984 eine namhafte Gruppe adeliger Getreuer des unmündigen König Otto III., darunter auch der spätere Bischof Bernward von Hildesheim. Die Burg war offensichtlich zu derartigen Treffen, sicherlich auch baulich, geeignet und verfügte über eine entsprechende Infrastruktur, wie man sie bei den königlichen befestigten Pfalzen sowieso voraussetzte. Die nur 18 km östlich von Hildesheim gelegene Asselburg gehörte auch in der Folgezeit nie dem König, sondern war stets in Hand des hohen Adels (Winzenburger, Welfen). Leider ist baulich aus dem Innenraum ebenfalls nichts aus dem frühen Mittelalter bekannt (Heine 2000, S. 43, Abb. 5). Historisch als frühe Adelsburg gut belegt ist die Steterburg in Salzgitter-Thiede (Streich 1984, S. 341f.; 1986, S. 121f.; Heine 2000, S. 44). Die Ausgrabungen der Bezirksarchäologie Braunschweig erbrachten zur Topographie der Anlage überraschende Ergebnisse. In der 938 erstmals anlässlich eines abgeschlagenen Ungarnvorstoßes genannten Burg (s.o.) wurde kurz vor 1002 ein Stift gegründet, das nach den Ergebnissen der Grabungen nicht in der

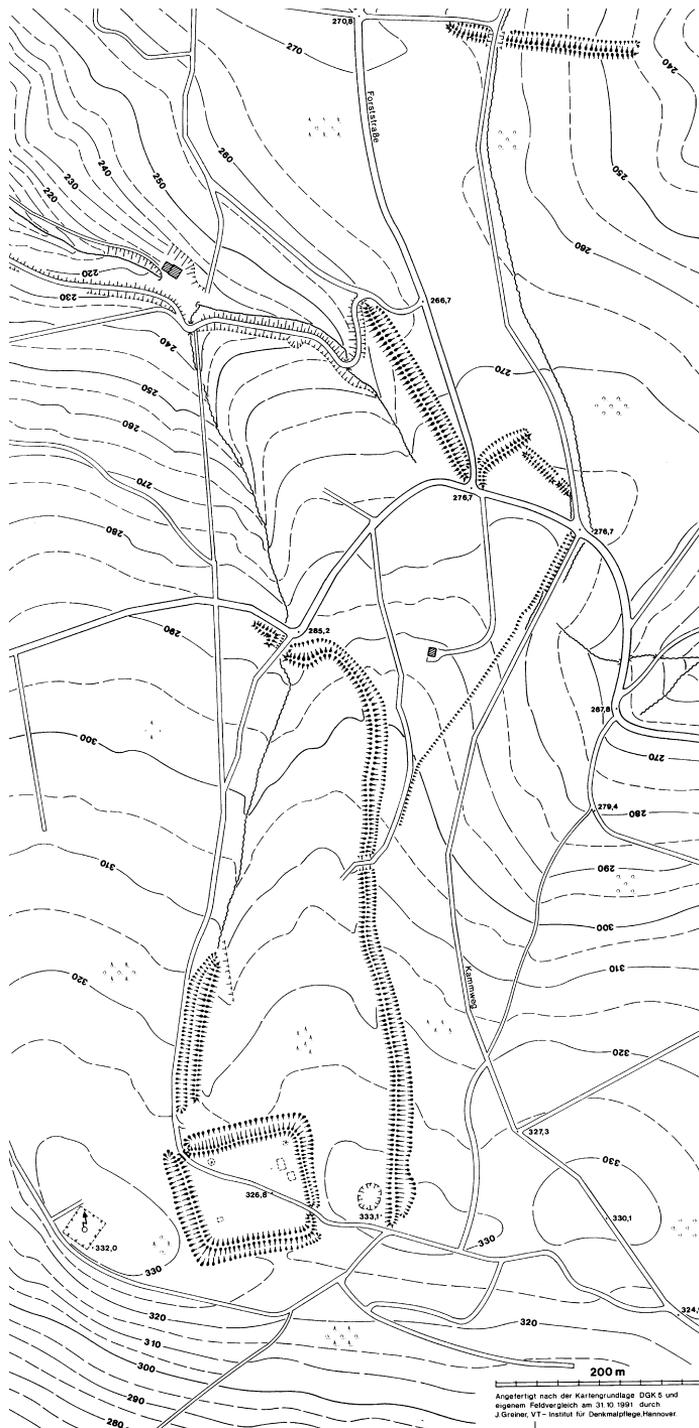


Abb. 7: Heisterburg bei Bad Nenndorf, Ldkr. Schaumburg. Plan der früh- bis hochmittelalterlichen Burgenanlage nach Heine 2000, Plan 19

Hauptburg errichtet wurde, sondern in der Vorburg (*Geschwinde, Oppermann* 1999; *Grunwald* 1999; 2000). Südlich der 1,4 ha großen ovalen Hauptburg, die durch einen großen Spitzgraben und einen Wall mit vorgeblendeter Steinmauer befestigt war, wurden u. a. Reste eines Grubenhauses im ehemaligen Suburbium ergraben. Leider liegen aus dem weitgehend gestörten Innenbereich der Hauptburg keine Bebauungsspuren vor. Bestätigt sich bei weiteren Untersuchungen eine dichtere Besiedlung des Suburbiums vor der Stiftsgründung, dann wäre die Steterburg Anlagen, wie z. B. der Burg Elten am Niederrhein an die Seite zu stellen, die ihrerseits den Grundrissdispositionen königlicher Pfalzen verpflichtet sind (*Heine* 2000, S. 44; zu Elten vgl. *Binding* 1996, S. 191 ff. mit weiterführender Literatur).

Offensichtlich gibt es neben kaum wahrnehmbarer Nutzung, wofür die Forschung den Terminus bzw. die Funktionsbezeichnung »Fluchtburg« gebraucht, schon früh kleine Befestigungsanlagen, die sich im hohen Mittelalter zu Turmburgen oder Burgen vom Typ Motte entwickeln konnten. Im Regierungsbezirk Hannover ist der Schloßplatz bei Husum anzuführen, der alle Anzeichen einer frühen kleinen Burg in einem Gebiet des Landesausbaues zeigt (*Heine* 2000, S. 44). Diese befestigte und besiedelte Hofanlage hätte sich, wie auch die beiden rheinischen Flachsiedlungen Haus Meer und Husterknupp, zur Burg vom Typ Motte weiterentwickeln können. Der Unterschied zu den älteren Flachsiedlungen von Haus Meer und Husterknupp ist, dass der Schlossplatz zwar auch in einem Niederungsgebiet liegt, jedoch das Ende eines flachen Sandrückens einnimmt und damit keine echte Insellage besitzt.

Die Entstehung der mittelalterlichen Adelsburg schließlich hat ihre Ursache in den politischen, wirtschaftlichen und verfassungsgeschichtlichen Umbrüchen am Ende der Karolingerzeit. Gemeinsam mit den äußeren Unruhen, Normannen- und Ungarneinfällen, waren die gesellschaftlichen Wandlungen die Ursache für die Anlage von Befestigungen (vgl. u. a. *Streich* 1984, S. 138 ff.; passim; *Heine* 1991 b, S. 10 f.; 2000, S. 51 Anm. 245 m. weit. Lit.; *Brachmann* 1993, S. 165 ff.). Der nach größerer Unabhängigkeit und Macht strebende Adel fand hier seine Anknüpfungspunkte zur Ausgestaltung der Burgen. Die Wehranlagen werden zunehmend in Stein errichtet, mit Türmen und festen Toren. Schon im 10. Jahrhundert finden sich in den Pfalzen Elemente, wie sie für den mittelalterlichen Burgenbau typisch sind, nämlich Burgkapelle, Palas und Wirtschaftsgebäude, die ständig genutzt werden konnten. Im 11. Jahrhundert bilden sich die vom Volk abgehobenen monumentalen Höhenburgen aus. Im Tiefland scheinen an ihre Stelle massive Holz-Erde-Befestigungen mit – noch unbekannter – Innenbebauung zu treten (»Neue Burg« in Hamburg, Burg in Itzehoe, Hünenburg bei Achim, sog. Ertheneburg u. a.) (*Heine* 1991 b, S. 14 ff.; 2003; 2004). Daneben finden sich mächtige Wohntürme, Burgen vom Typ Motte, Turmburgen Eingang, wobei man in der Folgezeit durchaus Klein- und Großtypen unterscheiden kann. Das alles hat mit der »Fluchtburg« im reinen Sinne nun nichts mehr zu tun. Und doch findet sich die Funktion »Flüchten« im Kleinen. Der Wirtschaftshof liegt in der Vorburg, man kann sich auf die Motte in den Turm flüchten. Auch bei Turmburgen oder in Großanlagen bei Bergfrieden findet sich die Funktion »Fluchtort« (Refugium) wieder. Aber nun wären die hoch- und spätmittelalterlichen Burgen in ihrer inneren Funktion zu betrachten. Das ist hier nicht mehr Thema. Ebenso gehören »Fluchtburgen« im modernen Sinne nicht mehr dazu: Hier gibt es im Internet anschauliche Beispiele, vom Refugium für die Reichen oder

ihrem Geld bis hin zur »*Fluchtburg eines Grenzgängers*« (Reinhold Messners Schloss Juval (www.country-style.de/1999/h499/fluchtburg.htm, Download 28.06.03).

Fluchtburgen im frühen Mittelalter sind weit verbreitet. Die Bezeichnung kann aber zu Missverständnissen führen, wenn man die Burgen dieser Zeit allein auf diese Funktion beschränkt. Man sollte an dieser Stelle noch auf die neueren Forschungen zu den Burgen der vorrömischen Eisenszeit eingehen (vgl. z.B. *Bérenger* 1997; *Jockenhövel* 1999). Denn auch dort rückt die Forschung vom alleinigen Erklärungsmuster »Fluchtburg« ab. Jede ur- und frühgeschichtliche Anlage ist ein Individuum. Erst auf einer größeren Basis können wir zu allgemeinen Aussagen kommen. Dafür sind schon eine Reihe von Grundlagen aus Geschichtswissenschaft und Archäologie gelegt.

Summary

Early medieval refuge castles

The term “Fluchtburg” as used in the German-speaking world for a fortified place of refuge, often a ringwork, from the early Middle Ages is examined. Information obtained in earlier research and published in the 1960s and 70s offers a very simple and feasible explanation of the function of most of the early medieval ringworks. Several well documented examples served as a basis for interpreting many of these early medieval structures as private refuges constructed for the local lord, a local community, country house, monastery, or king’s residence. However, this appears to be only one of the possible explanations. Early medieval ringworks often had other functions apart from a refuge: guarding a control point on a road or as a stronghold in times of war, for example, and these ringworks were probably maintained, used for storage and/or inhabited permanently.

In this connection, the “Hungarian rampart” and the edict on the construction of forts issued by King Heinrich I in 926 are discussed. Documentary sources dealing with these structures provide particularly good descriptions of the strategy of fighting from a fortress, as well as the mode of combat, since in the 10th century feuds between the various lords were common. Several of the early medieval ringworks developed, particularly in the 10th century, into fortified royal palaces or lords’ fortresses, which incorporated many architectural features characteristic of later castles belonging to the aristocracy (curtain wall, gatehouse, towers, residence, domestic buildings, stables, craftsmen’s workshops, storehouses, chapel, etc.). In summary it must be pointed out that the term “Fluchtburg” often refers to only one aspect of a ringwork, which in fact was commonly a multifunctional structure.³

3 Bei der Übersetzung der Zusammenfassung half dankenswerterweise H. Toms, Celle.

Literatur

- Binding, G.:* Die spätkarolinigische Burg Broich in Mülheim an der Ruhr. (Rheinische Ausgrabungen, 4). – Düsseldorf 1968.
- Bérenger, D.:* Die eisenzeitlichen Burgen in Westfalen. – In: Hinter Schloss und Riegel. Burgen und Befestigungen in Westfalen. Münster 1997, 51–76.
- Binding, G.:* Deutsche Königspfalzen von Karl dem Großen bis Friedrich II. (765–1240). – Darmstadt 1996.
- Böhme, H. W.:* Der hochmittelalterliche Burgenbau. Burgen vom 10. bis Mitte 12. Jahrhunderts. – In Burgen 1, S. 54–77.
- Böhme, H.W.:* Burgenbau und Befestigungstechnik des 10. Jahrhunderts im deutschen Altsiedelland und in den Marken. – In: Europas Mitte um 1000. Handbuch der Ausstellung 2. Hrsg. v. A. Wiczorek u. H.-M. Hinz. – Stuttgart 2000, S. 694–700 (2000a).
- Böhme, H.W.:* Frühe Burgen in Norddeutschland. – In: Das Mittelalter in Hamburg. Kunstförderer, Burgen, Kirchen und Kunstwerke. Vorträge der Stiftung Denkmalpflege Hamburg, Bd. 1. Hrsg. v. V. Plagemann. Hamburg 2000, S. 53–69 (2000b).
- Brachmann, H.:* Der frühmittelalterliche Befestigungsbau in Mitteleuropa. Untersuchungen zu seiner Entwicklung und Funktion im germanisch-deutschen Gebiet. (Schriften zur Ur- und Frühgeschichte, 45). – Berlin 1993.
- Brachmann, H.:* Der frühmittelalterliche Burgenbau. 6.–10. Jahrhundert. – In: Burgen 1, S. 38–44.
- Burgen 1 bzw. 2: Burgen in Mitteleuropa. Ein Handbuch. 1. bzw. 2. Hrsg. v. d. Deutschen Burgenvereinigung e.V. durch *H. W. Böhme, B. von der Dollen, D. Kerber, C. Meckseper, B. Schock-Werner u. J. Zeune.* – Stuttgart 1999.
- Claus, M.:* Palithi. Die Ausgrabungen an der Wallburg König Heinrichs Vogelherd bei Pöhlde (Stadt Herzberg am Harz, Landkreis Osterode am Harz). (Materialhefte zur Ur- und Frühgeschichte Niedersachsens, 23). – Stuttgart 1992.
- Claus, M. u. Fansa, M.:* Die Keramik der jüngeren Eisenzeit, der römischen Kaiserzeit und des Mittelalters aus dem Pfalzbereich Pöhlde. Kr. Osterode am Harz. (Materialhefte zur Ur- und Frühgeschichte Niedersachsens, 18). – Hildesheim 1983.
- Donat, P.:* Gebesee – Zur Problematik ottonischer Königspfalzen. – In: Deutsche Königspfalzen. (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 11/4). Göttingen 1996, S. 110–148.
- Ehlers, J.:* »Burgen« bei Widukind vorn Corvey und Thietmar von Merseburg. – In: Architektur – Struktur – Symbol. Streifzüge durch die Architekturgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart. Festschrift für Cord Meckseper zum 65. Geburtstag. Hrsg. M. Kozok. Petersberg 1999, S. 27–32.
- Ehlers, J.:* Sachsen. Raumbewußtsein und Raumerfahrung in einer neuen Zentrallandschaft des Reiches. – In: Ottonische Neuanfänge. Symposium zur Ausstellung »Otto der große, Magdeburg und Europa. Hrsg. v. B. Schneidmüller. Mainz 2001, S. 37–57.
- Ekkehard:* Ekkehardi IV. Casus Sancti Galli. (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters; 10). – Darmstadt 1980.
- Ettel, P.:* Karlburg – Roßtal – Oberammerthal. Studien zum frühmittelalterlichen Burgenbau in Nordbayern. 3. Bde. (Frühgeschichtliche und Provinzialrömische Archäologie, 5). – Rhaden/Westf. 2001.
- Fehring, G. P.:* Die Archäologie des Mittelalters. Eine Einführung. – 3. verb. u. akt. Aufl. Darmstadt 2000.
- Fournier, G.:* Le château dans la France médiévale. Essai de sociologie monumentale. – Paris 1978.
- Grimm, P.:* Die vor- und frühgeschichtlichen Burgwälle der Bezirke Halle und Magdeburg. – Handbuch vor- und frühgeschichtlicher Wall- und Wehranlagen. (Deutsche

- Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Schriften der Sektion für Vor- und Frühgeschichte, 6). – Berlin 1958.
- Grimm, P.*: Der Burghagen bei Reifenstein. Zur Funktion frühgeschichtlicher Befestigungen. – In: Ausgrabungen und Funde 15, 1970, H. 6, S. 285–291.
- Grimm, P.*: Drei Befestigungen der Ekkehardiner – Archäologische Beiträge zum Problem Graf und Burg im 10. Jahrhundert. – In: Zeitschrift für Archäologie 5, 1971, S. 60–80.
- Grimm, P.*: Zu Burgenproblemen des 8.–10. Jahrhundert westlich der mittleren Saale. – In: Zeitschrift für Archäologie 16, 1982, S. 203–210.
- Grote, K.*: Die Hünsche Burg im mittleren Gartetal bei Göttingen. – In: Nachrichten aus Niedersachsens Urgeschichte 63, 1993, S. 169–181.
- Grote, K.*: Bernshausen. Archäologie und Geschichte eines mittelalterlichen Zentralortes am Seeburger See. (Zeitschrift für Archäologie des Mittelalters, Beih. 16). – Köln u. Bonn 2003.
- Grunwald, L.*: Anmerkungen zur Steterburg bei Salzgitter-Thiede. Die historischen, geographischen und archäologischen Grundlagen nach den Ausgrabungen des Jahres 1998. – In: Nachrichten aus Niedersachsens Urgeschichte 68, 1999, S. 89–104.
- Grunwald, L.*: Die Ausgrabungen des Jahres 1998 in der Steterburg bei Salzgitter-Thiede. Ein Vorbericht. – In: Studia Antiquaria. Festschrift für Niels Bantelmann. (Universitätsforschungen zur prähistorischen Archäologie, 63). Bonn 2000, S. 243–247.
- Hahn, U.*: Das verborgene Wort. Roman. – Stuttgart u. München 2001.
- Heine, H.-W.*: Studien zu Wehranlagen zwischen junger Donau und westlichem Bodensee. (Forschungen und Berichte der Archäologie des Mittelalters in Baden-Württemberg, 5). – Stuttgart 1978.
- Heine, H.-W.*: Burgen der salischen Zeit in Niedersachsen – Ein Überblick. – In: H. W. Böhme [Hrsg.]: Burgen der Salierzeit. Teil 1. In den nördlichen Landschaften des Reiches. (Monographien Römisch-Germanisches Zentralmuseum, 25). Sigmaringen 1991, S. 9–84.
- Heine, H.-W.*: Archäologische Burgenforschung in Südniedersachsen. – In: Nachrichten aus Niedersachsens Urgeschichte 66, 1997, H. 1, S. 259–276.
- Heine, H.-W.*: Frühmittelalterliche Burgen in Niedersachsen. – In: J. Henning; A. J. Ruttkay [Hrsg.]: Frühmittelalterlicher Burgenbau in Mittel- und Osteuropa. Tagung Nitra vom 7. bis 10. Oktober 1996. Bonn 1998, S. 137–149.
- Heine, H.-W.*: Niedersachsen. Frühe Burgen. – In: Burgen 2, S. 126–131.
- Heine, H.-W.*: Zur Archäologie mittelalterlicher Burgen aus Holz und Erde zwischen Ems und Ostsee – eine Forschungsübersicht –. – In: Nachrichten aus Niedersachsens Urgeschichte 72, 2003 (im Druck).
- Heine, H.-W.*: Frühe Burgen an Ems, Elbe und Werra (10. bis 12. Jahrhundert). – In: Archäologische Berichte des Landkreises Rothenburg (Wümme) 11, 2004 (im Druck).
- Hömburg, Ph.R.*: Burgen des frühen Mittelalters in Westfalen. – In: Hinter Schloss und Riegel. Burgen und Befestigungen in Westfalen. Münster 1997, S. 120–159.
- Jankuhn, H.*: »Heinrichsburgen« und Königspfalzen. – In: Deutsche Königspfalzen. (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 11/2). Göttingen 1965, S. 61–69.
- Jankuhn, H.*: Die sächsischen Burgen der Karolingerzeit. – In: H. Patze [Hrsg.]: Die Burgen im deutschen Sprachraum. (Vorträge und Forschungen, 19/1). Sigmaringen 1976, 359–382.
- Jockenhövel, A.* [Hrsg.]: Ältereisenzeitliches Befestigungswesen zwischen Maas/Mosel und Elbe. Internationales Kolloquium am 8. November in Münster anlässlich des hundertjährigen Bestehens der Altertumskommission für Westfalen. (Veröffentlichungen der Altertumskommission für Westfalen, 11). – Münster 1999.
- Jünemann, J.*: Erkenntnisse zur Hünenburg am Ossenberge bei Dransfeld. – Dransfeld 1982.

- Kellner, M. G.*: Die Ungarneinfälle im Bild der Quellen bis 1150. Von der »Gens detestanda« zur »Gens ad fidem Christi conversa«. (Studia Hungarica, 46). – München 1997.
- Last, M.*: Burgen des 11. und frühen 12. Jahrhunderts in Niedersachsen. – In: Die Burgen im deutschen Sprachraum I. Hrsg. v. H. Patze. (Vorträge und Forschungen, 19/1). Sigmaringen 1976, S. 383–513.
- Maurer, H.*: Die Rolle der Burg in der hochmittelalterlichen Verfassungsgeschichte der Landschaften zwischen Bodensee und Schwarzwald. – In: Die Burgen im deutschen Sprachraum II. Hrsg. von H. Patze. (Vorträge und Forschungen, 19/2). Sigmaringen 1976, S. 191–228.
- Meyer, W.*: Frühe Burgen im Lichte der schriftlichen Quellen und der archäologischen Befunde. – In: Château Gaillard 16, 1992. Caen 1994, S. 299–307.
- Meyer, W.*: Burgen, Pfalzen, Herrnsitze. – In: G. P. Fehring, W. Sage [Hrsg.]: Mittelalterarchäologie in Zentraleuropa. Zum Wandel der Aufgaben und Zielsetzungen. (Zeitschrift für Archäologie des Mittelalters, Beiheft 9). Köln, Bonn 1995, S. 27–36.
- Oppermann, A. von u. Schuchhardt, C.*: Atlas vorgeschichtlicher Befestigungen in Niedersachsen. – Hannover 1887–1916.
- Peters, H.-G.*: Ur- und frühgeschichtliche Befestigungen zwischen Oberweser und Leine. – In: Neue Ausgrabungen und Forschungen in Niedersachsen 5, 1970, S. 63–183.
- Porsche, M.*: Stadtmauer und Stadtentstehung. Untersuchungen zur frühen Stadtbefestigung im mittelalterlichen Deutschen Reich. – Hertingen 2000.
- Schäfer, H. u. Stachel, G.*: Unterregenbach. Archäologische Forschungen 1966–1988. (Archäologische Informationen aus Baden-Württemberg, 9). – Stuttgart 1989.
- Schneider, W.*: Die südwestdeutschen Ungarnwälle und ihre Erbauer. (Arbeiten zur Alamannischen Frühgeschichte, 16). – Tübingen 1989.
- Schwarz, K.*: Der frühmittelalterliche Landesausbau in Nordost-Bayern archäologisch gesehen. – In: Ausgrabungen in Deutschland, Teil 2. (Römisch-Germanisches Zentralmuseum zu Mainz. Monographien, 1,2). Mainz 1975, S. 338–409.
- Sennhauser, H. R.*: Klostermauern und Klostertürme. – In: Wohn- und Wirtschaftsbauten frühmittelalterlicher Klöster. (Veröffentlichungen des Instituts für Denkmalpflege an der ETH Zürich). Zürich 1996, S. 195–218.
- Schuchhardt, C.*: Die frühgeschichtlichen Befestigungen in Niedersachsen. (Niedersächsische Heimatbücher, 2,3). – Bad Salzuflen 1924.
- Schuchhardt, C.*: Die Burg im Wandel der Weltgeschichte. – Wildpark/Potsdam 1931.
- Schulze, M.*: Das ungarische Reitergrab von Aspres-Lès-Corps. Untersuchungen zu den Ungarneinfällen nach Mittel-, West- und Südeuropa (899–955 n. Chr.). – In: Jahrbuch des Römisch-Germanischen Zentralmuseums Mainz 31, 1984, S. 473–514.
- Schulze-Dörrlamm, M.*: Die Ungarneinfälle des 10. Jahrhunderts im Spiegel archäologische Funde. – In: Europa im 10. Jahrhundert. Archäologie einer Aufbruchzeit. Hrsg. v. J. Henning. Mainz 2002, S. 109–122.
- Springer, M.*: Agrarii milites. – In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 66, 1994, S. 129–166.
- Steuer, H.*: Das Leben in Sachsen zur Zeit der Ottonen. – In: Otto der Große. Magdeburg und Europa, Bd. 1. Hrsg. v. M. Puhle. Mainz 2001, S. 89–107.
- Streich, G.*: Burg und Kirche während des deutschen Mittelalters. Untersuchungen zur Sakraltopographie von Pfalzen, Burgen und Herrnsitzen. (Vorträge und Forschungen, Sonderband 29/1 u. 2). – Sigmaringen 1984.
- Uslar, R. von*: Studien zu frühgeschichtlichen Befestigungen zwischen Nordsee und Alpen. (Beihefte der Bonner Jahrbücher, 11). – Köln u. Graz 1964.
- Uslar, R. von*: Burg. III. Archäologisches. – In: J. Hoops: Reallexikon der Germanischen Altertumskunde, 4. Berlin u. New York ²1979, S. 124–197.
- Weidemann, K.*: Frühgeschichtliche Befestigungen zwischen Weser und Leine. – In: Führer zu vor- und frühgeschichtlichen Denkmälern 4. Mainz 1966, S. 47–67.

- Weidemann, K.*: Ausgewählte Beispiele zur Siedlungsgeschichte des frühen und hohen Mittelalters im Hochtaunus und seinem Vorland. – In: Führer zu vor- und frühgeschichtlichen Denkmälern 21. Mainz 1972, S. 60–120.
- Weidemann, K.*: Frühmittelalterliche Burgen als Zentren der Königsherrschaft in den Mainlanden. – In: Führer zu vor- und frühgeschichtlichen Denkmälern 27. Mainz 1975, S. 134–165 (1975 a).
- Weidemann, K.*: Frühmittelalterliche Burgen als Zentren der Königsherrschaft an der Fränkischen Saale und im Grabfeld. – In: Führer zu vor- und frühgeschichtlichen Denkmälern 28. Mainz 1975, S. 52–93 (1975 b).
- Weidemann, K.*: Frühmittelalterliche Burgen im Land zwischen Elbe und Wesermündung. – In: Führer zu vor- und frühgeschichtlichen Denkmälern 30. Mainz 1976, S. 165–211.
- Weidemann, K.*: Zur historischen Topographie der Landschaft um Nienburg. – In: Führer zu vor- und frühgeschichtlichen Denkmälern 49. Mainz 1981, S. 85–89 (1981 a).
- Weidemann, K.*: Königshöfe und bischöfliche Gründungsstädte im Nordteil des mittleren Leinetales. – In: Führer zu vor- und frühgeschichtlichen Denkmälern 49. Mainz 1981, S. 253–261 (1981 b).
- Widukind: *Widukindi res gestae Saxonicae*. – In: Quellen zur Geschichte der sächsischen Kaiserzeit. (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte, 8). Darmstadt ²1977, S. 16–183.
- Zeune, J.*: *Burgen. Symbole der Macht. Ein neues Bild der mittelalterlichen Burg*. – Regensburg 1996.

Hauke Jöns

Frühmittelalterliche Handelsplätze im Ostseeraum als Großveranstaltungen und ihre Auswirkungen auf historische Kulturlandschaften¹

Mit 4 Abbildungen

Die starke Verbreitung qualitätvoller Hohlgläser oder bronzener Gefäße römischer bzw. fränkischer Provenienz im südlichen Norwegen, an der Westküste Jütlands und den dänischen Inseln lässt während der Eisenzeit und der Völkerwanderungszeit bzw. der Merowingerzeit auf einen Ferntransport dieser Güter über Flusssysteme oder im Rahmen der küstennahen Seefahrt schließen (*Näsmann* 1986). Wie dieser Transport im nördlichen Mitteleuropa und im südlichen Skandinavien organisiert war, konnte erst in den vergangenen zehn Jahren in Ansätzen geklärt werden, seit es durch intensive Prospektionsarbeiten gelungen ist, kleine Landeplätze und saisonal betriebene Marktplätze dieses Zeitraums nachzuweisen (*Ulriksen* 1998; *Segschneider* 2002), zumal keine Schriftquellen über diese Form des Handels überliefert sind.

Dagegen stehen für die Karolinger- und Wikingerzeit, also für die Zeit vom Beginn des 8. bis zur Mitte des 12. Jahrhunderts nach Chr. zahlreiche historische und archäologische Quellen zur Verfügung, die zeigen, dass es in diesem Zeitraum im gesamten Ostseeraum zur Etablierung eines umfangreichen und gut organisierten Warenaustausches gekommen ist. Für einige der dünn besiedelten Gebiete im nördlichen Skandinavien könnten in dieser Zeit die in den altisländischen Gesetzestexten, den Grágás, festgeschriebenen Regelungen zur Durchführung von Märkten in ähnlicher oder abgewandelter Form gegolten haben. Hier fanden Märkte häufig zeitgleich mit den zeitlich fixierten Thingversammlungen (Grágás Abschnitte 19 u. 56; nach *Jóhannsson* 1974, S. 81 ff.), statt, zu denen ein großer Teil der in der Region lebenden Menschen zusammenkamen. Die jeweiligen Preise wurden auf dem Thing festgesetzt, variierten jedoch von Jahr zu Jahr und von Region zu Region.

In den stärker besiedelten Gebieten Südschwedens und an der südlichen Ostseeküste kam es hingegen in dieser Zeit erstmals zur Gründung von Siedlungen, deren Bewohner mehrheitlich nicht mehr unmittelbar von der Landwirtschaft lebten, sondern sich als spezialisierte Handwerker und Händler mit der Herstellung, bzw. dem Transport und Vertrieb unterschiedlicher Waren ihr Brot verdienten (zusammenfassend: *Callmer* 1994). Das archäologische Fundgut dieser Plätze ist

¹ Dem Beitrag liegt der Vortrag zugrunde, der auf der 29. Tagung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« (Hannover 25.–28. September 2002) gehalten wurde. Vergleiche dazu auch den Tagungsbericht von *Carl-Hans Hauptmeyer* in diesem Band!

entsprechend stets durch Konzentrationen von Handwerksabfällen und qualitativollen Fremdgütern (Keramik, Glas, Mühlsteinbasalt etc.) gekennzeichnet, die zeigen, dass ihre Bewohner nicht nur am überregionalen Warenaustausch teilgenommen haben, sondern dass vor Ort Märkte abgehalten wurden (Abb. 1). Die Auswertung der bereits vorliegenden umfangreichen archäologischen und besiedlungsgeschichtlichen Untersuchungen an zahlreichen dieser allgemein als Markt- und Handelsplätze bezeichneten Fundplätze hat gezeigt, dass sie meist im Bereich von Flussläufen oder Buchten in unmittelbarer Küstenähe angelegt worden sind und so zum einen den flachbodigen Transportschiffen dieser Zeit optimale Landbedingungen boten (Bill 2000, S. 198ff.) und zum anderen einen gut kontrollierbaren Zugang zum offenen Meer besaßen (Callmer 1994).

Charakteristisch für diese frühen Handelsplätze war es auch, dass hier Menschen aus verschiedenen Teilen der damals bekannten Welt zusammenkamen; dies belegen in erster Linie Grabfunde, die über den erkennbaren Bestattungsritus am ehesten Aussagen über die kulturelle Zugehörigkeit der bestatteten Personen zulassen aber auch zahlreiche zeitgenössische Schriftquellen (Steuer 1984). Struktur und Organisation der Handelszentren sowie Dauer und Zeitpunkt der abgehaltenen Märkte waren dabei in hohem Maße von den regionalen bzw. lokalen Begebenheiten abhängig. Auch wenn diese Orte meist in Abhängigkeit von Stammesfürsten oder Königen gegründet wurden, galten doch für ihre Bewohner zahlreiche Sonderregelungen und Privilegien (Herrmann 1980, S. 206ff.).

Da die frühgeschichtlichen Handelsplätze nach sehr unterschiedlichen Nutzungszeiten, überwiegend in Folge politischer, militärischer oder auch wirtschaftlicher Veränderungen aufgegeben wurden, ist trotz der häufig zu beobachtenden räumlichen Nähe zu mittelalterlichen Handelsstädten nur in Ausnahmefällen eine Siedlungskontinuität belegbar. Eine Lokalisierung durch Schriftquellen belegter Handelszentren kann deshalb meist nur mit Hilfe archäologischer Untersuchungen erfolgen.

Im folgenden soll am Beispiel von drei, interdisziplinär erforschten frühgeschichtlichen Handels- und Marktplätzen untersucht werden, welche Auswirkungen sie auf ihre jeweilige, überwiegend landwirtschaftlich geprägte Umgebung hatten. Es handelt sich dabei um das im mittelschwedischen Mälarseegebiet gelegene Birka, um Sliasthorp/Haithabu (bei Schleswig), das an der Schlei im Grenzgebiet zwischen Sachsen, Dänen und Slawen angelegt worden war und um den im obodritischen Siedlungsgebiet gelegenen Handelsplatz von Groß Strömkendorf (bei Wismar).

Das Handelszentrum Birka lag auf der Insel Björko im Bereich des westlichen Abschlusses des Mälarsees. Birka wird allgemein als Nachfolgesiedlung der vom 4. bis 8. Jahrhundert nachgewiesenen Siedlung Helgö angesehen, die nur wenige Kilometer entfernt von Birka lag (Holmqvist 1979). Die Spuren des frühmittelalterlichen Handelsplatzes Birka sind auch heute noch deutlich im Gelände zu erkennen. Sie bestehen aus dem Burgberg – einer auf einem felsigen Plateau gelegenen Befestigungsanlage – den als »schwarze Erde« bezeichneten Kulturschichten des Handelszentrums selbst, und mehreren, insgesamt mehr als 1300 Grabhügel umfassenden Nekropolen sowie insgesamt drei, z. T. befestigten Häfen (zusammenfassend Ambrosiani u. Clarke 1995; 1998). Erste archäologische Forschungen haben in Birka bereits in den 1870er bis 1890er Jahren stattgefunden, weitere folgten in großen

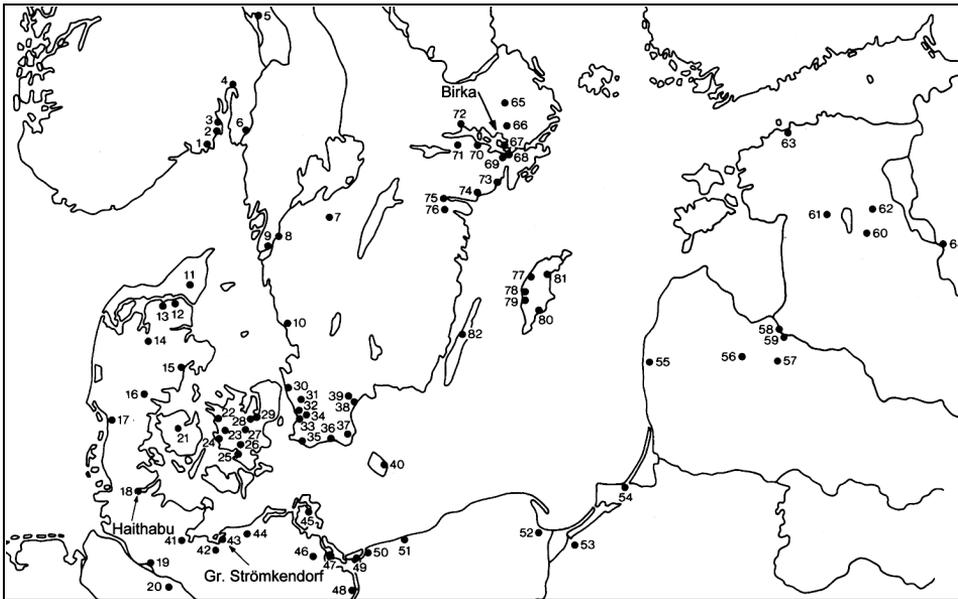


Abb. 1: Handelsplätze des 8. bis 12. Jh. im Ostseeraum
nach Callmer 1994, S. 54f. Abb. 1

- 1 Kaupang, 2 Tönsberg, 3 Borre, 4 Oslo, 5 Hamar, 6 Sarpsborg, 7 Skara, 8 Lödöse,
- 9 Kungahälla, 10 Bergagården, 11 Stentinget, 12 Bejsebakken/Ålborg, 13 Sebbærnsund,
- 14 Viborg, 15 Århus, 16 Jelling, 17 Ribe, 18 Halthabu/Schleswig, 19 Hamburg,
- 20 Bardowick, 21 Odense, 22 Kalmargården, 23 Slagelse, 24 Boeslunde, 25 Dybsø Fjord,
- 26 Naestved, 27 Ringsted, 28 Lejre, 29 Roskilde, 30 Helsingborg, 31 Västra Karaby,
- 32 Löddeköpinge, 33 Lomma, 34 Lund/Uppåkra, 35 Trelleborg, 36 Ystad,
- 37 Järrestad/Tommarp, 38 Åhus, 39 Vä, 40 Sorte Muld, 41 Alt-Lübeck, 42 Mecklenburg,
- 43 Groß Strömkendorf, 44 Rostock-Dierkow/Priemelberg, 45 Ralswiek,
- 46 Menzlin/Görke, 47 Usedom, 48 Szczecin, 49 Wolin, 50 Kamień Pomorski,
- 51 Kołobrzeg/Świelubie, 52 Gdańsk, 53 Janowo/Elbląg (Truso),
- 54 Wiskiauten (Višnevo), 55 Grobiõa, 56 Tervete, 57 Mežotne, 58 Martynsala,
- 59 Daugmale, 60 Otepää, 61 Viljandi, 62 Tartu, 63 Tallinn, 64 Pskov, 65 Gamla Uppsala,
- 66 Sigtuna, 67 Helgö/Birka/Adelsö, 68 Norsborg, 69 Södertälje, 70 Strängnäs,
- 71 Eskilstuna, 72 Västerås/Badelunda, 73 Trosa, 74 Nyköping, 75 Herrebro,
- 76 Söderköping, 77 Visby, 78 Paviken/Västergarn, 79 Fröjel, 80 Bandlundeviken,
- 81 Bogeiviken, 82 Köpingsvik (nach Jöns u. a. 1997, Abb. 1)

zeitlichen Abständen im 1. und 3. Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts sowie in den 1970er, 1980 und 1990er Jahren (zusammenfassend *Ambrosiani u. Erikson* 1991, S. 21 ff.). Ergänzend haben umfangreiche geophysikalische Prospektionsarbeiten sowie begleitende geowissenschaftliche Untersuchungen stattgefunden (*Miller u. a.* 1997), so dass trotz der insgesamt nur relativ kleinen, vollständig freigelegten Ausgrabungsfläche von weniger als 0,5 % der ursprünglich besiedelten Fläche, eine Rekonstruktion der Besiedlungsgeschichte und eine Einschätzung der wirtschaftlichen Bedeutung möglich ist. Birka wurde um die Mitte des 8. Jh. zunächst als kleine Handelsniederlassung unmittelbar am Strand einer kleinen Bucht im Westen der Insel Björkö gegründet. Die Siedlung wuchs schnell und wurde im Verlaufe des 9. Jahrhunderts das Tor zum Handel mit der Kiewer Rus und dem Byzantinischen Reich (*Noonan* 2000; *Ambrosiani* 2002, S. 324 ff.) sowie die zentrale Drehscheibe für die Versorgung Zentralschwedens, wo in Gamla Uppsala das politische und religiöse Zentrum des schwedischen Reiches lag (zusammenfassend *Ambrosiani u. Erikson* 1996, S. 64 ff.). Um die Mitte des 9. Jahrhunderts erhielt das nun ca. 3 ha große Handelszentrum erstmals eine Befestigung, die sowohl den Marktbereich als auch den Hafen absicherte und aus heutiger Sicht eine enorme infrastrukturelle Leistung darstellte (Abb. 2). Den von Rimbert überlieferten Berichten des Missionars Ansgar, der Birka zweimal – um die Jahre 830 und 850 herum – besuchte und hier eine Kirche errichtete, sind einige Details über die Frühstadt und seine wirtschaftliche Bedeutung zu entnehmen. So heißt es bei Rimbert: »[...] gelangten sie (Ansgar und seine Begleiter) zuletzt nach einer Hafenstadt des schwedischen Reiches, namens Byrca. Hier wurden sie von dem Könige Bern, [...], gütig empfangen« (Rimbert Kapitel 12; Zitat nach *Bogon u. a.* 1998). Der schwedische König war demnach für die Organisation des Handelsplatzes Birka verantwortlich. Vermutlich deshalb unterhielt er auf der benachbarten Insel Adelsö einen königlichen Hof (zusammenfassend *Ambrosiani u. Erikson* 1993, S. 38 ff.).

Aus der gleichen Quelle erfahren wir, dass die Stadt in den 830er Jahren gegen Angreifer mit guten Ortskenntnissen wenig Verteidigungsmöglichkeiten besaß. So wird berichtet, dass ein vertriebener König der Schweden mit Namen Anound, mit einem dänischen Heer die Stadt heimsuchen konnte, ohne auf große Gegenwehr zu treffen. Nach Rimbert (Kapitel 19, Zitat nach *Bogon u. a.* 1998) hatte jener Anound die Dänen zu dem Beutezug überreden können, in dem er ihnen sagte, »dort (in Birka) seien viele reiche Kaufleute und Ueberfluß an allen Gütern und Geld im Uebermaß. Nach diesem Orte versprach er sie hinführen zu wollen: dort könnten sie, ohne daß ihr Heer Schaden nähme, gar manches finden, was sie brauchten.« Weiterhin erfahren wir, dass der schwedische König offensichtlich während seiner Abwesenheit in Birka von einem Vorsteher vertreten wurde, der in seinem Namen Verhandlungen zu führen, autorisiert war. Rimbert (Kapitel 19, Zitat nach *Bogon u. a.* 1998): »Der König war gerade weit von da entfernt, und die Fürsten und das Volk waren nicht zusammenzubringen. Herigar allein, der Vorsteher des Ortes, war mit den Kaufleuten, die sich dort aufhielten, und den Bewohnern der Stadt anwesend. In ihrer großen Bedrängniß entflohen sie zur Burg, welche daneben lag, [...].« Offensichtlich waren die Bewohner von Birka in der Burg jedoch nur unzureichend geschützt, so dass sie bereit waren, der Forderung des Anoud nachzukommen, »für die Auslösung des Fleckens hundert Pfund Silber erlegen, dann sollten sie Frieden haben, [...]« (Rimbert

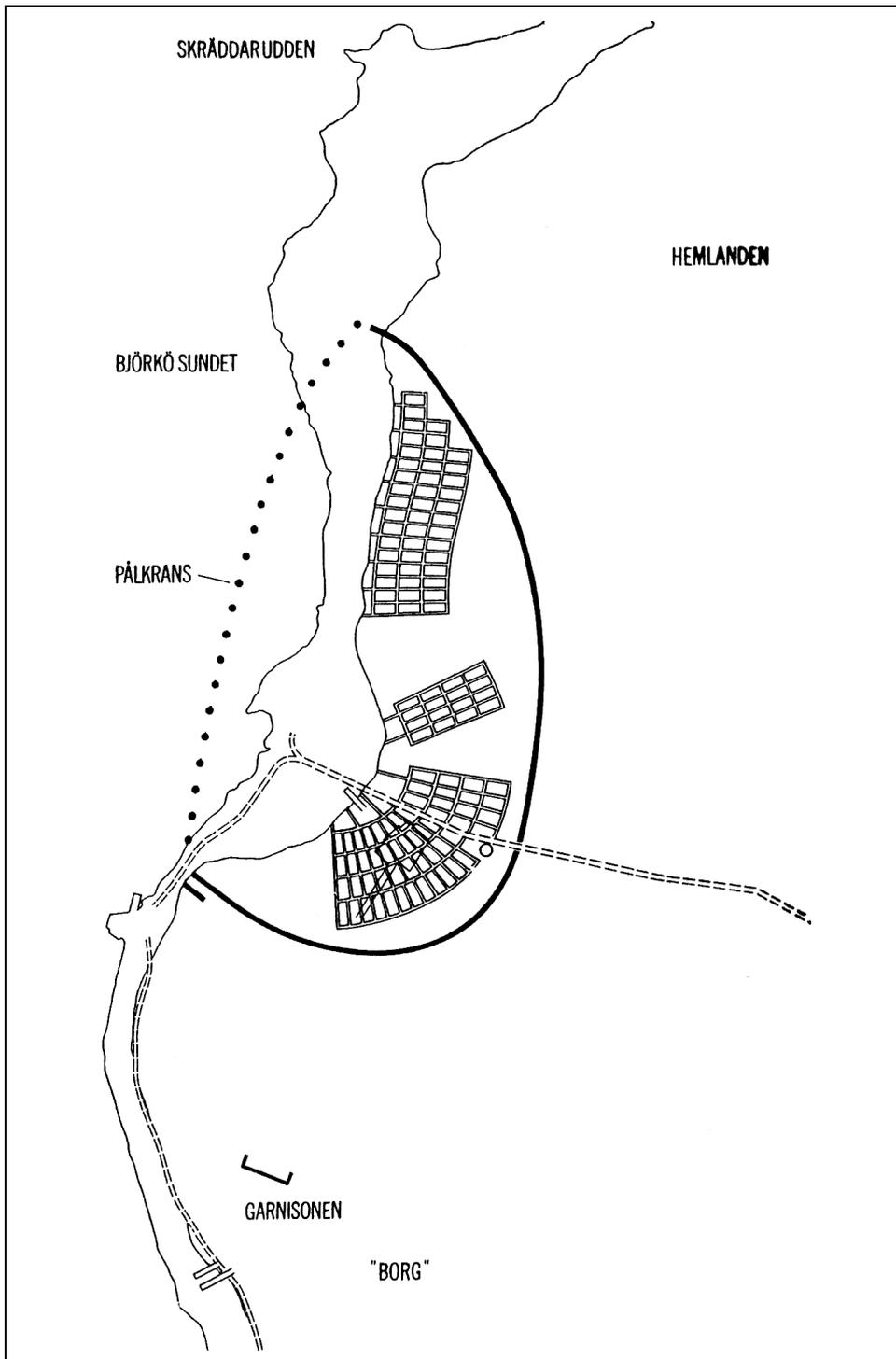


Abb. 2: Birka während des 9. Jahrhunderts nach Chr.
nach Ambrosiani 2002, Abb. 5

Kapitel 19, Zitat nach *Bogon u. a.* 1998). Die Zahlungsfähigkeit der Händler von Birka wurde jedoch von den dänischen Verbündeten Anouuds als sehr viel höher eingestuft, so dass die Stadt nur aufgrund des Verhandlungsgeschicks ihres bereits genannten Vorstehers Herigar der Zerstörung entgehen konnte.

Auch bei seiner 2. Reise nach Birka wurde Ansgar um das Jahr 850 vom schwedischen König freundlich aufgenommen. »Diesem (Erimbert, Begleiter Ansgars und Priester von Birka) verlieh der König denn auch an dem vorerwähnten Orte einen Platz, um daselbst ein Bethaus zu erbauen« (Rimbert Kapitel 28, Zitat nach *Bogon u. a.* 1998).

In der zweiten Hälfte des 9. und in der 1. Hälfte des 10. Jahrhunderts wuchs Birka kontinuierlich an, so dass die Stadtbefestigung erheblich erweitert werden musste und nunmehr eine, zum großen Teil eng bebaute Fläche von mehr als 19 ha umfasste. Die bereits von Rimbert erwähnte Burg erhielt nun eine zusätzliche Befestigungsmauer. Auch über diese Phase der Stadt stehen Schriftquellen zur Verfügung. Adam von Bremen (1. Buch, Kapitel 62, Zitat nach *Bogon u. a.* 1998) schreibt in seinem Bericht über die Reise von Erzbischof Unni nach Birka in den 930er Jahren, dass die Bewohner von Birka über einen Hafen verfügten, der an einer »Bucht desjenigen Meeres, welches man das baltische oder barbarische nennt, bei der Biegung desselben nach Norden [...]« lag und der »den Barbarenvölkern, welche an diesem Meere hin zerstreut hausen, erwünscht, für Unvorsichtige jedoch und jener Gegenden Unkundige sehr gefährlich ist.« Weiterhin schreibt Adam über die Befestigung des Hafens: »Sie (die Bewohner von Birka) verbauten nämlich die Bucht dieses friedelosen Meeres hundert und mehr Stadien weit mit verborgenen Steinmassen, und machten so für die Ihrigen gleichwie für die Räuber die Fahrstraße gefährlich.« Nach Ansicht von Adam schufen sich die Bewohner von Birka durch diese Sicherungsmaßnahme gleichzeitig einen Wettbewerbsvorteil, denn »an diesem Standorte [...] pflegen, weil er unter allen Küstengegenden Schwedens am sichersten ist, alle Schiffe der Dänen oder Nortmannen und ebenso der Slaven und Semben und andere Völker Scythiens wegen verschiedener Handelsbedürfnisse gewöhnlich zusammenzukommen.«

Während der Blütezeit haben in Birka nach der Analyse der Gräberfelder vermutlich permanent zwischen 500 und 1000 Menschen gelebt (*Ambrosiani u. Clarke* 1995; 1998). Nach Ausweis der Grabbeigaben und der Bestattungssitten bestand die Bevölkerung sowohl aus Personen, die im Mälarseegebiet aufgewachsen waren, als auch aus unterschiedlichen Regionen des nördlichen und östlichen Europas zugereisten Personen (*Gräslund* 1980; *Hägg* 2002, S. 200ff.). Im Sommerhalbjahr dürfte die Zahl der Bewohner erheblich größer gewesen sein, da in dieser Zeit die günstigen Bedingungen für Handelsfahrten vorherrschten und der größte Teil der von Adam von Bremen genannten Schiffe in dieser Jahreszeit unterwegs gewesen sein dürften. Aber auch in den Wintermonaten ist mit einem regen Warenaustausch zu rechnen, da dann die von den Jägern erbeuteten Felle aber auch die für den überregionalen Handel vorgesehenen landwirtschaftlichen Produkte mit Hilfe von Schlitten für den Frühjahrsmarkt nach Birka gebracht werden konnten (*Sawyer u. Sawyer* 1993, S. 149ff.).

Die Existenz Birkas endete – nach Ausweis der archäologischen Funde – in den letzten Jahrzehnten des 10. Jahrhunderts. Auch die Schriftquellen bestätigen, dass Birka im 11. Jahrhundert nicht mehr existierte. So schreibt Adam von Bremen

(4. Buch, Schol. 138, Zitat nach *Bogon u. a.* 1998), dass Bischof Adalward auf einer Reise nach Sigtuna »[...] auch unterwegs in Birca ein(kehrte), welches jetzt zur Einöde geworden ist, so daß kaum noch Spuren der Stadt sichtbar sind [...]«. Die Gründe für das Ende Birkas sind nicht bekannt. Ob die Stadt gewaltsam zerstört wurde oder die Stadt mit der Verlagerung des überregionalen Handels nach Gotland ihre wirtschaftliche Funktion verlor oder ob die Häfen von Birka aufgrund des permanent fallenden Wasserspiegels nicht mehr nutzbar waren, sind in der Forschung noch umstritten (zusammenfassend *Ambrosiani u. Clarke* 1998).

Während der Blütezeit Birkas war die Insel Björko nach dem Ergebnis palynologischer Untersuchungen offensichtlich weitgehend entwaldet. An mehreren Stellen hatten sich Pflanzengesellschaften angesiedelt, die auf stickstoffreiche Böden spezialisiert sind, so dass mit der Anlage von Mülldeponien gerechnet werden muss (*Ambrosiani u. Erikson* 1994, S. 36ff.). Im näheren Umfeld Birkas kam es in der Zeit vom 5. bis 10. Jahrhunderts auf den umliegenden Inseln und dem nahen Festland nach dem archäologisch fassbaren Fundniederschlag zu einer deutlichen Bevölkerungszunahme. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Wikingerzeit mit insgesamt mehr als 1000 bekannten Siedlungsstellen (*Ambrosiani u. Erikson* 1991, S. 30ff.). Vermutlich wurde außerdem eine Reihe von unter königlicher Kontrolle stehende Höfen im Umfeld von Birka gegründet, um die Versorgung und den Schutz Birkas abzusichern (*Arrhenius* 2002, S. 354ff.). Es steht somit außer Zweifel, dass die »Großveranstaltung Birka« deutliche Spuren in der Kulturlandschaft hinterlassen hat.

Durch den bereits mehrfach zitierten Bericht Rimberts über Ansgars Missionsreisen ist Birka mit Haithabu an der Schlei bei Schleswig verbunden, das in der schriftlichen Überlieferung ebenfalls eine herausragende Stellung innehat. So wird der Handelsplatz sowohl in angelsächsischen meist als »Heithabyr« (Ort an der Heide) als auch in fränkischen und sächsischen Quellen, überwiegend als »Sliethorp« bzw. »Sliaswich« (Ort an der Schlei) in unterschiedlichen Zusammenhängen genannt (*Laur* 1992, S. 316; S. 575). Hier hatte sich vor allem im 9. und 10. Jahrhundert ein Marktzentrum zur Verbindung des Nordsee- und des Ostseehandels im Grenzgebiet dänisch/schwedischer und fränkisch/deutscher Herrschaftsbereiche entwickelt. Das heutige Erscheinungsbild des Handelsplatzes wird vor allem durch die so genannte Hochburg – einer nördlich des Handelsplatzes auf einer diluvialen Kuppe gelegenen unregelmäßig rechteckigen, bislang undatierten Befestigungsanlage – und durch den im 10. Jahrhundert angelegten Halbkreiswall geprägt, der mit einer Länge von mehr als 1300 m und einer Höhe von bis zu 10 m, den ca. 24 ha großen zentralen Bereich des Handelsplatzes absicherte (*Jankuhn* 1986, S. 65ff.).

Im Ergebnis umfangreichen archäologischer Untersuchungen, die in Haithabu schwerpunktmäßig in den ersten vier Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts und von 1959 bis 1969 sowie schließlich 1979 und 1980 stattgefunden haben und sowohl den Bereich innerhalb als auch außerhalb des Walles und das vorgelagerte Hafenbecken umfassten (zusammenfassend: *Jankuhn* 1986; *Elsner* 1989), lässt sich die Entwicklung Haithabus nach *Schietzel* (1984, S. 135ff.) stark vereinfacht so darstellen: Bereits zu Beginn des 8. Jahrhunderts sind erste Bauaktivitäten am Haddebyer Noor erfassbar (Abb. 3). So wurde nach dendrochronologischen Untersuchungen von Hölzern aus dem ufernahen Bereich des Hafenbeckens bereits in der Zeit nach 725

mit dem Bau einer ersten Landebrücke begonnen (*Crumlin-Pedersen* 1997, S. 63 ff.; *Müller-Wille* 2002, S. 331 ff. Abb. 7). Der wirtschaftliche Charakter und die Struktur der daraus zu erschließenden Siedlung ist jedoch aufgrund der wenigen bekannten Befunde und Funde dieser Zeit nicht klar erkennbar (*Steuer* 1974, S. 157 ff.; *Vierck* 1984). Etwa ab der Mitte des 8. Jahrhunderts entstand dann im südlichen Teil des Fundplatzes eine Ansiedlung mit Gräberfeld, die so genannte Südsiedlung. Das hier geborgene Fundgut ist durch Werkabfälle (Bernstein-, Eisen-, Knochen- und Beinverarbeitung, Bronzeguss) und Fremdgüter (Scetta, Eifelbasalt, Muschelgruskera-
mik, Badorfer Ware, Millefioriperlen) geprägt und belegt deutlich eine Funktion als Handwerker- und Handels-siedlung (*Steuer* 1974, S. 28 ff.; *Jankuhn* 1986, S. 85 ff.). In der Zeit um 800 erfolgte dann die Gründung von mindestens zwei weiteren Siedlungskernen im mittleren und nördlichen Teil des Fundplatzes; für beide sind benachbart gelegene Gräberfelder bekannt. Aus dem Beginn des 9. Jahrhunderts stammen auch die ersten überlieferten schriftlichen Nachrichten über Haithbabu. So ist in den fränkischen Reichsannalen für das Jahr 804 (Zitat nach *Bogon u. a.* 1998) zu lesen, dass »*Godofrid der Dänenkönig mit seiner Flotte und der ganzen Ritterschaft seines Reichs nach Sliethorp auf der Grenze seines Gebiets und Sachsens*« kam, da »*er nemlich versprochen (hatte), zu einer Unterredung mit dem Kaiser (Karl der Große) zu kommen, [...]*«

Ebenfalls in den Reichsannalen wird für das Jahr 808 berichtet, dass der Dänenkönig Godofrid während eines Feldzuges gegen die Obodriten »[...] *noch vor seinem Abzug den an der Seeküste gelegenen Handelsplatz, der in der Dänen Sprache Reric hieß und durch Entrichtung von Steuern seinem Reiche großen Vortheil brachte (zerstörte). Er führte die Kaufleute mit sich fort und fuhr mit dem ganzen Heere zu Schiff hinüber nach dem Hafen, der Sliethorp heißt. Hier blieb er mehrere Tage und beschloß, die Grenze seines Reichs nach Sachsen zu mit einem Wall zu schirmen, in der Weise, daß von dem östlichen Meerbusen, den jene Ostarsalt nennen, bis zum westlichen Meere, dem ganzen nördlichen Ufer des Flusses Aegidora entlang, ein Bollwerk reichte, nur von einem einzigen Thor unterbrochen, durch das Wagen und Reiter hinaus und wieder herein kommen könnten.*«

Die dargestellte Umsiedlung der Händler und Handwerker aus *Reric* nach Haithabu fällt zeitlich mit einem archäologisch deutlich fassbaren Ausbau Haithabus zusammen. Es ist deshalb von mehreren Autoren angenommen worden, dass durch diese Intervention Godofrids nicht nur ein vermutlich bedeutender Konkurrent im Ostseehandel ausgeschaltet wurde – dessen Funktion weitgehend von Haithabu übernommen werden konnte – sondern sich gleichzeitig auch die Zahl der in Haithabu ansässigen Händler und Handwerker erheblich vergrößert wurde (*Steuer* 1974, S. 154 ff.; *Herrmann* 1982, S. 85; S. 304 ff.; *Jankuhn* 1986, S. 140; *Elsner* 1989, S. 14). Die Zerstörung des Konkurrenten *Reric* hätte sich dann in doppeltem Sinne positiv auf die Entwicklung Haithabus ausgewirkt, so dass der Wegfall der in den Schriftquellen erwähnten Steuern aus *Reric* an den Dänenkönig schnell durch den »Aufschwung« in Haithabu kompensiert werden konnte.

Bei der ebenfalls beschriebenen Errichtung eines Walles gegen das sächsische Gebiet, kann es sich nur um einen Ausbau des Danewerks handeln, das jedoch nach dendrochronologischen Datierungen von Bauhölzern aus dem Wall bereits spätestens im Jahre 737 erbaut worden ist (*Jankuhn* 1986, S. 62 ff.; *Andersen* 1998).

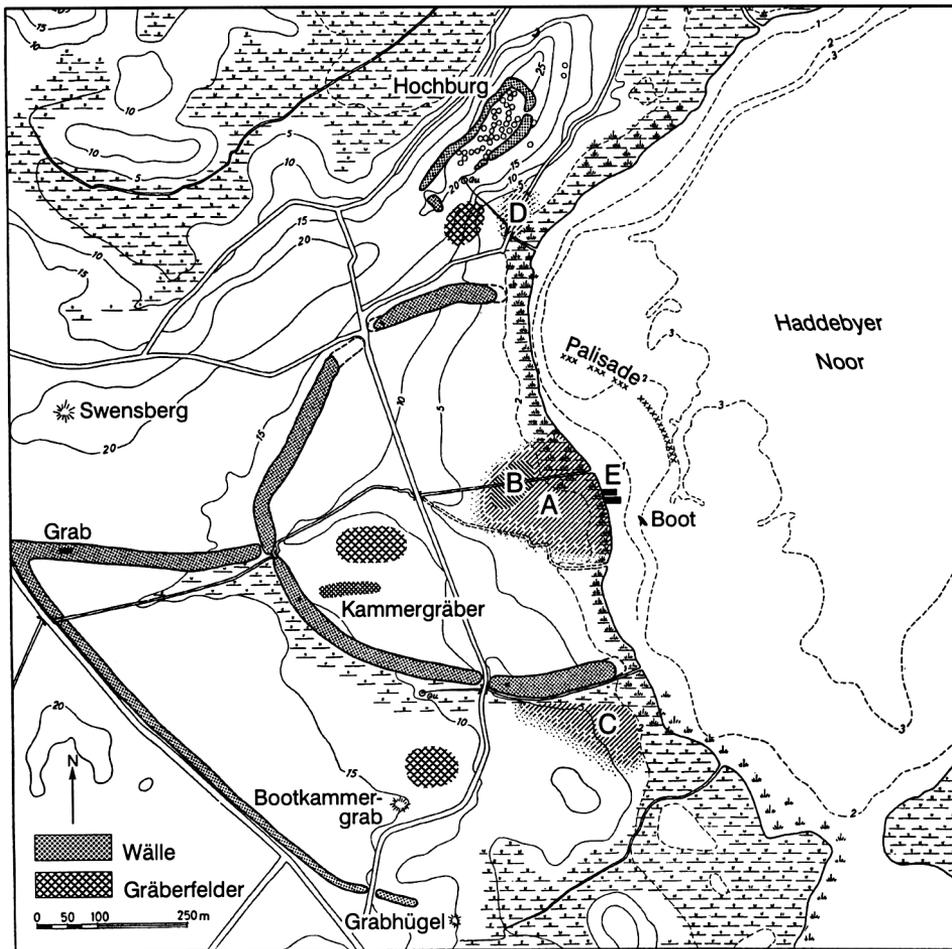


Abb. 3: *Haithabu und die Denkmäler in seiner Umgebung. A, C, D alte Siedlungskerne (C = »Südsiedlung«), B Handwerkerviertel, E Pieranlage nach 725 n. Chr. nach Jöns 1999, Abb. 1*

Der schon zitierte Bericht Rimberts über das Leben Ansgars berichtet, dass Ansgar vom dänischen König Horich I um das Jahr 850 herum die Erlaubnis erhielt »[...] in einer dazu am besten geeigneten und unserem Lande zunächst gelegenen Hafenstadt, Namens Sliaswich, wo aus allen Gegenden Kaufleute zusammenkamen, dem Herrn eine Kirche zu bauen. Ueberdies wies er selbst eine Wohnung für den Priester an, und stellte zugleich jedem seiner Unterthanen frei, Christ zu werden.« Offensichtlich führte diese Entscheidung des Königs erneut zu einer Belebung der wirtschaftlichen Entwicklung, denn Rimbert (Rimbert, Kap. 24, Zitat nach Bogon u. a. 1998) berichtet weiter: »So entstand große Freude an dem Orte, und die Folge war, daß auch die Leute aus unseren Gegenden und Kaufleute sowohl von hier als von Dorstad aus nunmehr, was sie früher nicht gewagt hatten, ohne Furcht nach Sliaswich kamen, was wieder die Veranlassung wurde, daß sich dort Güter und Vorräthe aller Art im Ueberfluß anhäuften.«

Dass auch Haithabu genauso wie Birka einen Vorsteher hatte, der in Abwesenheit des Königs die Ordnung in der Stadt aufrecht hielt, erfahren wir ebenfalls aus der Vita Anskari. So berichtet Rimbert (Rimbert, Kap. 31, Zitat nach Bogon u.a. 1998), dass die tolerante Haltung gegenüber dem Christentum bereits wenige Jahre später mit dem Tode Horiks I erloschen war und dass »*Hovi, der Graf des genannten Ortes, ich meine Sliaswich, welcher der neuen Religion am meisten widerstrebte und den König zur Ausrottung des Christenthumes anreizte, die dort erbaute Kirche schließen, und verbot christlichen Gottesdienst zu halten. Darum verließ auch der Priester, der zu Sliaswich wohnte, durch die harte Verfolgung gezwungen, den Ort.*«

Archäologische Untersuchungen haben ergeben, dass spätestens am Ende des 9. Jahrhunderts die nördliche und die südliche Siedlung aufgegeben und die Zentralsiedlung erheblich ausgeweitet wurde. Dabei kam es zur systematischen Anlage eines Wege- und Parzellensystems (Schietzel 1981, S. 31 ff.). Um diese Zeit wurde Haithabu offensichtlich von unzähligen Handelsschiffen angelaufen. Dies zeigen zum einen die ausgebauten Anlegesysteme, die in das Haddebyer Noor hinausgebaut worden sind (Crumlin-Pedersen 1997, S. 63 ff.) und zum anderen die zahlreichen Fremdgüter, die bei den Ausgrabungen in Haithabu geborgen werden konnten.

Auch zwei, in der von König Alfred von Wessex um das Jahr 900 aufgezeichneten Übersetzung des Orosius Reiseberichte der Kaufleute Wulfstan und Ottar nennen Haithabu als Ziel bzw. Ausgangshafen und unterstreichen damit die zentrale Bedeutung Haithabus am Übergang vom 9. zum 10. Jahrhundert. So berichtet Alfred (Ohthere's Account, Zitat nach Wilson 1984): »*From Sciringes heal (Kaupang/Norwegen) he said that he sailed in five days to the trading-town called Hedeby, which is situated among Wends, Saxons and Angles and belongs to the Danes*«. Und Wulfstan sagte nach König Alfred (Wulfstan's Account, Zitat nach Wilson 1984), »*that he travelled from Hedeby, arriving in Truso (bei Elbing/Polen) after seven days and nights, the boat running under sail the whole way.*«

Auch im 10. Jahrhundert wuchs die wirtschaftliche Bedeutung Haithabus weiter an. In den 960er Jahren kam es unter dem Dänenkönig Harald Blauzahn außerdem zur Errichtung des Halbkreiswalles und der Befestigung des Hafens, so dass Haithabu vollständig in das Befestigungssystem des Danewerks eingebunden war (Jahnkuhn 1986, S. 55 ff.). In dieser Zeit besuchte der arabische Reisende At-Tartuschi aus Tortosa Haithabu und berichtete u.a. dass »*Schleswig eine sehr große Stadt am äußersten Ende des Weltmeeres (ist). In ihrem Innern gibt es Quellen süßen Wassers. Ihre Bewohner sind Siriusanbeter, außer einer kleinen Zahl, die Christen sind*« (Zitat nach Jacob 1927). Damit bestätigt At-Tartuschi, die Ergebnisse der Auswertung der in Haithabu untersuchten 1500 Gräber, in denen sich über die aufgefundenen Beigaben, aber auch über die festgestellten unterschiedlichen Bestattungssitten die Anwesenheit von Menschen sehr unterschiedlicher Herkunft hat nachweisen lassen (Steuer 1984). Insgesamt ist von ca. 12.000 Gräbern in Haithabu auszugehen. Dies lässt den Schluss zu, dass im 9. und 10. Jahrhundert permanent 1000 Menschen in Haithabu lebten, die zeitweilig durch eine kaum zu kalkulierende Anzahl von Kaufwilligen und reisenden Händlern ergänzt wurde.

Haithabu wurde offensichtlich nach Zerstörungen durch ein norwegisches Heer im Jahre 1050 und nach Slawenüberfällen im Jahre 1066 nicht wieder aufgebaut. Stattdessen wurde seine Funktion von dem nur wenige Kilometer entfernt gelegenen

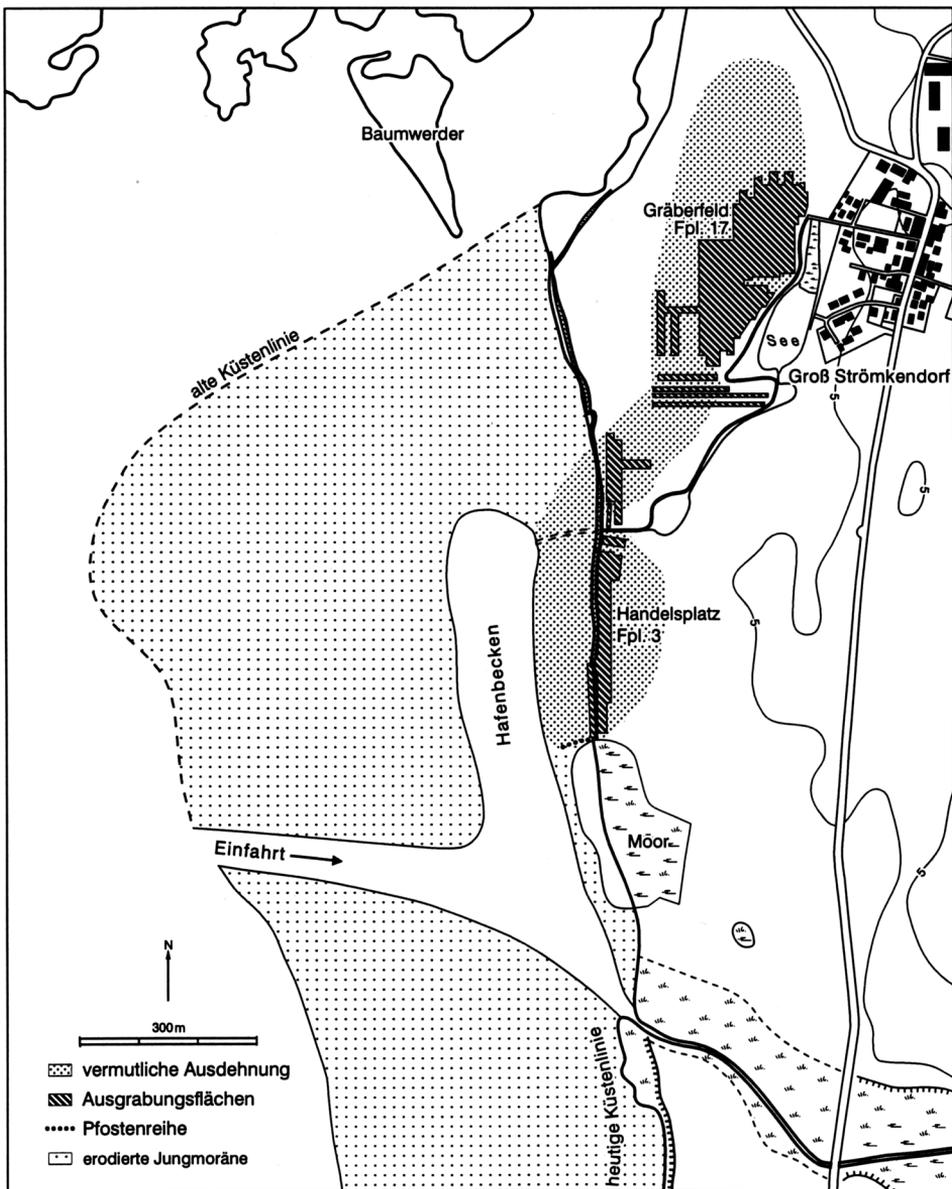


Abb. 4: *Rekonstruktion des Handelsplatzes von Groß Strömkendorf nach Jöns 1999, Abb. 2*

Schleswig übernommen, das um die Mitte des 11. Jahrhunderts systematisch aufgebaut wurde (Vogel 1989).

Der Handelsplatz Haithabu führte auch zu erheblichen Veränderungen der ökologischen Voraussetzungen in seiner Umgebung. So war die Vegetation in seinem Nahbereich in erheblichem Umfang durch die langwierige und intensive Besiedlung

geprägt. Palynologische Untersuchungen konnten belegen, dass der Wald um den Handelsplatz herum stark aufgelockert war und das hier offene Gebiete vorherrschten, die von Heiden, Grünland und Äckern bedeckt waren (*Behre* 1984, S. 75).

Außerdem kam es während der Blütezeit Haithabus vor allem in den nördlich des Danewerks gelegenen benachbarten Regionen zu einer deutlichen Zunahme der Besiedlungsintensität. Besonders deutlich herausgearbeitet werden konnte dies für die Landschaften Angeln und Schwansen, wo während der Wikingerzeit zahlreiche Siedlungen neu angelegt bzw. ausgebaut worden sind (*Willroth* 1992; *Meier* 1994) und nach Ausweis der vor allem in Thumby-Bienebek und Kosel freigelegten Grabfunde offensichtlich verstärkt wohlhabende Familien skandinavischer Herkunft angesiedelt wurden (*Müller-Wille* 1976; 1987; *Meier* 1998). Auch die mehr als 300 Jahre währende »Großveranstaltung Haithabu« hat somit deutliche Auswirkungen auf die Kulturlandschaft in ihrem Umfeld gehabt.

Der dritte hier zu diskutierende Handelsplatz von Groß Strömkendorf lag an der Wismar Bucht und befand sich somit im Siedlungsgebiet der Obodriten. Dieser slawische Stamm war als unmittelbarer Nachbar der in Schleswig-Holstein und Niedersachsen ansässigen Sachsen bzw. des fränkisch/karolingischen Reiches und des die westliche Ostsee beherrschenden dänischen Reiches in extremem Maß äußeren Einflüssen ausgesetzt. Dies zeigt sich deutlich, in den aus in den Schriftquellen dokumentierten Bemühungen der obodritischen Fürsten durch eine geschickte Bündnispolitik die Eigenständigkeit zu bewahren (*Gringmuth-Dallmer* 2002).

Zahlreiche Oberflächenfunde aus dem östlich der Wismar Bucht gelegenen Raum belegen, dass hier vom späten 7. bis zum Ende des 12. Jahrhunderts eine slawische Siedlungskammer bestanden hat, die im Osten durch die von Helmold von Bosau (1. Buch, Kapitel 87) um die Mitte des 12. Jahrhunderts erwähnte obodritischen Fürstenburg Ilow und im Süden durch die ebenfalls mehrfach historisch erwähnte Mecklenburg (*Donat* 1984) begrenzt wurde und in deren Zentrum der Handelsplatz von Groß Strömkendorf lag (*Jöns u. a.* 1997, S. 198ff., Abb. 3).

Die Geschichte der Erforschung dieses Handelsplatzes ist sehr kurz und jung. Nachdem Sammler verstärkt in den 1960ziger bis 1980ziger Jahren Oberflächenfunde (z.B. Glas, Basalt, Keramikscherben u. a. Badorfer Ware, Muschelgrusware) und Handwerksabfälle (z.B. Glasschmelzreste, Schlacken, und Kammproduktionsabfälle) auf einem unmittelbar an die Wismarer Bucht angrenzenden Acker gefunden hatten, wurden von 1988 bis 1991 erste Sondagen durchgeführt (*Witrichowski* 1993). Dabei konnten u. a. mehrere Brunnenreste mit hölzernen Konstruktionselementen entdeckt werden, die mit Hilfe der Dendrochronologie in die erste Hälfte des 8. Jahrhunderts datiert wurden. Aufbauend auf diesen Ergebnissen wurden von 1995 bis 1999 umfangreiche Ausgrabungen und Prospektionsarbeiten im Bereich des Handelsplatzes selbst, im westlich vorgelagerten Hafen und an einem nördlich anschließenden Gräberfeld durchgeführt.

Im Ergebnis dieser Untersuchungen kann festgestellt werden, dass der Handelsplatz ursprünglich eine Ausdehnung von mindestens 18 Hektar besaß (Abb. 4). Aufgrund des kontinuierlichen Meeresspiegelanstiegs, der an der Wismar Bucht in den vergangenen 1000 Jahren etwa 100 cm betragen haben muss, wurde der unmittelbar dem Hafen vorgelagerte Teil des Handelsplatzes bereits Opfer der ständig fortschreitenden Erosion. Luft- und Satellitenbilder sowie die Ergebnisse von Sonar-

messungen haben jedoch gezeigt, dass der Hafen des Handelsplatzes in einer, zur offenen Wismar Bucht hin abgeriegelten, langschmalen Bucht angelegt worden ist. Vermutlich war es diese topographisch optimale Situation, die den Ausschlag zur Gründung des Handelsplatzes an dieser Stelle gab.

Bei den in Groß Strömkendorf durchgeführten archäologischen Ausgrabungen konnten zahlreiche Bebauungsreste nachgewiesen werden, die teilweise mit Hilfe der Dendrochronologie zu datieren waren und somit die Basis für Rekonstruktion der Entwicklung des Handelsplatzes bilden (*Tummascheit* 2003). Hinweise auf eine Befestigung wurden hingegen nicht entdeckt.

Es konnte nachgewiesen werden, dass die Siedlung spätestens in den 730er Jahren angelegt wurde. Sie bestand zu diesem Zeitpunkt im wesentlichen aus einzelnen Grubenhäusern mit Nebenanlagen, die ohne erkennbare Ordnung sowohl unmittelbar am Ufer der Bucht als auch auf einem nördlich anschließenden flachen Hügel errichtet wurden. Zu Beginn der 760er Jahre wurden dann zahlreiche Grubenhäuser mit dazugehörigen Brunnen unmittelbar am Strand der Wismar Bucht in reihiger Anordnung erbaut, so dass anzunehmen, dass sie beidseits eines zuvor eingerichteten Wegesystem lagen, während auf dem erwähnten nördlich benachbartem Hügel ein Grabhügelfeld entstand. Eine erhebliche Ausweitung des bebauten Areals ist für die 770er Jahre nachzuweisen, als der unmittelbar südlich angrenzende Bereich, ebenfalls eine offensichtlich auf das Wegesystem ausgerichtete Grubenhäuserbebauung erhielt. Im letzten Drittel des 8. Jahrhunderts dürfte der Handelsplatz von Groß Strömkendorf seine Blütezeit erlebt haben. Letzte Bauaktivitäten sind für das Jahr 811 belegt. Da auch unter den in Groß Strömkendorf geborgenen zahlreichen Funden, keine Belege für eine längere Siedlungstätigkeit zu erkennen ist, kann davon ausgegangen werden, dass der Handelsplatz bereits 80–90 Jahre nach seiner Gründung aufhörte zu existieren.

Die Belegung des nördlich des Handelsplatzes gelegenen Gräberfeldes endete ebenfalls bereits zu Beginn des 9. Jahrhunderts, nur 4 bzw. 5 Jahrzehnte nach seiner Gründung (vgl. *Jöns u.a.* 1997, S. 207ff.; *Jöns* 1998). In dieser Zeit hatte man zahlreiche Grabhügel angelegt, in denen insgesamt mehr als 300 Grablegen, sowohl als Körper- als auch Brandbestattungen, erfolgt waren. Anthropologische Analysen haben ergeben, dass hier zwar überwiegend Männer bestattet worden sind, aber auch zahlreiche Frauen- und Kindergräber wurden entdeckt. Von besonderer Bedeutung ist der Nachweis von 14 Tiergräbern (Pferde und Hunde) und 6 Bestattungen mit Boot, die als deutliche Hinweise auf friesisch-sächsische bzw. skandinavische Anteile an der Bevölkerung von Groß Strömkendorf gewertet werden müssen.

Fasst man die hier nur kurz referierten Erkenntnisse über den Handelsplatz von Groß Strömkendorf zusammen, so kann festgestellt werden, dass an der Wismar Bucht im 8. Jahrhundert eine durch Handel- und Handwerk geprägte Ansiedlung ungewöhnlich großer Ausdehnung bestanden hat, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenlebten. Die regelhaft geordnete Bebauungsstruktur zeigt, dass die Gründung geplant erfolgte, was auf eine allgemein anerkannte Ordnungsmacht schließen lässt.

Aus dem näheren Umfeld des Handelsplatzes von Groß Strömkendorf sind eine Reihe von Siedlungsstellen des 8. und frühen 9. Jahrhunderts bekannt, die bislang jedoch nur in sehr geringem Umfang untersucht worden sind. Durch geophysikali-

sche Messungen konnte ca. 1 km südlich des Handelsplatzes von Groß Strömkendorf ein weiterer in Küstennähe gelegener Siedlungsplatz nachgewiesen werden, der wahrscheinlich ebenfalls eine Grubenhausbebauung besaß. Eine weitere frühslawische Siedlung wurde ca. 1 km nordöstlich des Gräberfeldes im Rahmen einer Notbergung untersucht (*Wietrzichowski* 1991). Dabei konnten Hinweise auf eine Bernsteinwerkstatt gewonnen werden, deren Produkte vermutlich für den Markt im nahe gelegenen Handelszentrum bestimmt waren. Es ist somit davon auszugehen, dass auch der Handelsplatz von Groß Strömkendorf während der kurzen Zeit seines Bestehens das Leben in der umrissenen Siedlungskammer zwischen den Burgen Ilow und Mecklenburg in erheblichem Maße prägte.

Da der Handelsplatz bereits zu Beginn des 9. Jahrhunderts aufgegeben wurde, fällt sein Ende zeitlich mit der bereits erwähnten, in den fränkischen Reichsannalen des Jahres 808 überlieferten Zerstörung eines Handelsplatzes an der obodritischen Meeresküste mit dem dänischen Namen *Reric* und der Umsiedlung der dort ansässigen Händler nach *Sliesthorp*/Haithabu zusammen. Der Handelsplatz von Groß Strömkendorf wurde deshalb wiederholt mit *Reric* gleichgesetzt (*Wietrzichowski* 1993, S. 43 ff., *Jöns* 1999). Dabei spielte stets die Datierung Groß Strömkendorfs und seine Lage an der Wismar Bucht im obodritischen Kerngebiet eine herausragende Rolle, zumal bislang kein anderer Fundplatz bekannt geworden ist, der eine vergleichbare Struktur und Datierung aufweist.

Besonders bemerkenswert ist es, dass der aus den fränkischen Reichsannalen zu erschließende Überfall auf den Handelsplatz nicht zur völligen Zerstörung des Ortes geführt haben kann, denn *Reric* wird in den Annalen erneut für das Jahr 809 (Zitat nach *Bogon* u. a. 1998) erwähnt. Hier wird berichtet, dass weitere obodritisch-dänische Auseinandersetzung im slawischen Siedlungsgebiet ausgetragen wurden: »[...] *Godofrid der Dänenkönig ließ durch etliche Handelsleute sagen, er habe gehört, daß der König böse auf ihn geworden sei, weil er im vergangenen Jahre ein Heer gegen die Abodriten geführt und sich für die ihm angethanen Beleidigungen gerächt habe.*« Auch die mit den Dänen verbündeten Wiltzen waren in diesen Konflikt involviert. So wird berichtet, dass »[...] *Thrasko jedoch, der Herzog der Abodriten, [...], seine Landsleute auf(bot) und zog [...] gegen seine Nachbarn die Wiltzen, verheerte ihr Gebiet mit Feuer und Schwert und kehrte dann mit großer Beute nach Hause zurück.* An gleicher Stelle wird schließlich berichtet, dass »[...] *Thrasko der Herzog der Abodriten in dem Handelsplatz Reric von Godofrids Leuten hinterlistig umgebracht (wurde).*«

Da diese Ereignisse in und um *Reric* in den fränkischen Reichsannalen beschrieben wurden – also einer Schriftquelle, deren Ziel es war, die Aktivitäten des fränkischen Staates zu dokumentieren – kann angenommen werden, dass *Reric* für das fränkische Reich von großer Bedeutung war. Dass *Reric* jedoch das fränkische Tor zum Ostseehandel war, wie es *J. Herrmann* (1982, S. 304 ff.) angenommen hat, erscheint vor dem Hintergrund der Forschungen in Groß Strömkendorf wenig wahrscheinlich. Die hier nachgewiesene starke Präsenz skandinavischer Bevölkerungsteile lässt eher den Schluss zu, dass es vor dem fränkisch-obodritischen Bündnis während der Sachsenkriege, gute Kontakte zwischen dem dänischen König und den obodritischen Fürsten gegeben hat. Das der Handelsplatz *Reric* in den fränkischen Reichsannalen des Jahres 808 unter seinem dänischen Namen *Reric* genannt wurde

mag hierfür ebenso ein Indiz sein, wie die Mitteilung, dass das emporium »*Reric* [...] durch Entrichtung von Steuern seinem (Godofrids) Reiche großen Vortheil brachte« (Zitat nach *Bogon u. a.* 1998).

Summary

Early medieval commercial sites in the Baltic Sea area as large events and their effects on the cultural landscapes

In this article three examples of premedieval maritime trade centres are presented: Birka in the Mälars-Lake-District in the middle of Sweden, Haithabu near Schleswig on the Schlei and Groß Strömkendorf in the Wismar bay. They were all of great economical importance for the surrounding regions as they supplied them with goods which were otherwise not available.

These sites centres were well situated, so that loading and unloading of cargo ships was possible. Usually natural ports, which had been artificially reinforced in parts, were used. Originally all three sites were not made secure. It seems that the traders themselves felt quite secure. Road systems had obviously already been planned before the three trade centres were built and these plans were taken into consideration during development. It appears that the maritime trade centres were a focal point for political and economical interests, particularly those of kings or princes, who either enforced the interests themselves or had them enforced by authorized representatives. Within the trade centres the population consisted of persons of different origins. They settled down with their families and made a living with handiwork and interregional trade. The trading places influenced the immediate and further surroundings to a great extent. Therefore, several settlements developed nearby, which on the one hand lived off the exchange of goods between the settlers and on the other hand made a variety of products for the trade market. Also, the plant and animal world was influenced to a great extent by the change in ecological conditions.

Literatur

- Ambrosiani, Björn*: Osten und Westen im Ostseehandel zur Wikingerzeit. – In: Brandt, Klaus; Müller-Wille, Michael u. Radtke, Christian [Hrsg.]: Haithabu und die frühe Stadtentwicklung im nördlichen Europa. Schriften des Archäologischen Landesmuseums 8. – Neumünster 2002, S. 339–348.
- Ambrosiani, Björn u. Clarke, Helen* [Hrsg.]: Excavations in the Black Earth. (Birka Studies, 2). – Stockholm 1995.
- Ambrosiani, Björn u. Clarke, Helen* [Hrsg.]: Birka and the Beginning of the Viking Age. – In: Wesse, Anke [Hrsg.]: Studien zur Archäologie des Ostseeraums von der Eisenzeit bis zum Mittelalter [Festschrift M. Müller-Wille]. Neumünster 1998, S. 33–38.
- Ambrosiani, Björn u. Erikson, B. G.*: Birka vikingastaden 1. – Stockholm 1991.
- Ambrosiani, Björn u. Erikson, B. G.*: Birka vikingastaden 3: Askan i svarta jorden: Avslöjar: de första husen!. – Stockholm 1993.

- Ambrosiani, Björn u. Erikson, B. G.*: Birka vikingastaden 4: smycken och djurben Bland 40 000 fynd – vattensållet avslöjar livet för 1200 år sedan!. – Stockholm 1994.
- Ambrosiani, Björn u. Erikson, B. G.*: Birka vikingastaden 5: Vikingastaden lever upp igen i tv:s modell av 800-talets Birka. – Stockholm 1996.
- Andersen, Hans Helmut*: Danevirke og Kovirke. Arkæologiske undersøgelser 1861–1993. – Århus 1998.
- Arrhenius, Birgit*: Die ländlichen Siedlungen von Birka. – In: Brandt, Klaus, Müller-Wille, Michael u. Radkte, Christian [Hrsg.]: Haithabu und die frühe Stadtentwicklung im nördlichen Europa. (Schriften des Archäologischen Landesmuseums, 8). Neumünster 2002, S. 349–357.
- Behre, Karl-Ernst*: Landschaft und Umwelt im Bereich von Haithabu. – In: Jankuhn, Herbert; Schietzel, Kurt u. Reichstein, Hans [Hrsg.]: Archäologische und naturwissenschaftliche Untersuchungen an ländlichen und frühstädtischen Siedlungen im deutschen Küstengebiet vom 5. Jahrhundert v. Chr. bis zum 11. Jahrhundert n. Chr. 2 Handelsplätze des frühen und hohen Mittelalters. Weinheim 1984, S. 71–78.
- Bogon, Müller u. Pentzel [Hrsg.]*: Quellensammlung zur mittelalterlichen Geschichte. – Berlin 1998.
- Bill, Jan*: Schiffe und Seemannschaft. – In: Sawyer, Peter [Hrsg.]: Die Wikinger. Geschichte und Kultur eines Seefahrervolkes. Darmstadt 2000, S. 192–211.
- Callmer, Johan*: Urbanization in Scandinavia and the Baltic Region ca. AD 700–1100: Trading places, centres and early urban sites. – In: Ambrosiani, Björn u. Clarke, Helen [Hrsg.]: Developments around the Baltic Sea in the Viking Age. Birka Studies 3 [The Twelfth Viking Congress]. Stockholm 1994, S. 50–90.
- Crumlin-Pedersen, Ole*: Viking-Age ships and shipbuilding in Hedeby/Haithabu and Schleswig. (Ships & boats of the North, 2). – Schleswig-Roskilde 1997.
- Donat, Peter*: Die Mecklenburg – eine Hauptburg der Obodriten. (Schriften zur Ur- und Frühgeschichte, 37). – Berlin 1984.
- Elsner, Hildegard*: Wikingermuseum Haithabu: Schaufenster einer frühen Stadt. – Neumünster 1989.
- Gräslund, Ann-Sofie*: The Burial Customs: A Study of the Graves on Björkö. Birka 4. Stockholm: Kungl. Vitterhets Historie och Antikvitets Akademien. 1980.
- Gringmuth-Dallmer, Eicke*: Die Slawen, Nachbarn des fränkischen Reiches. – In: von Freedon, Uta u. von Schnurbein, Siegmund [Hrsg.]: Spuren der Jahrtausende. Archäologie und Geschichte in Deutschland. Stuttgart 2002, S. 343–367.
- Hägg, Inga*: Aussagen der Textilfunde zu den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen frühstädtischer Zentren in Nordeuropa – die Beispiele Haithabu und Birka. – In: Brandt, Klaus; Müller-Wille, Michael u. Radkte, Christian [Hrsg.]: Haithabu und die frühe Stadtentwicklung im nördlichen Europa. (Schriften des Archäologischen Landesmuseums, 8). Neumünster 2002, S. 181–218.
- Herrmann, Joachim*: Über das historische und siedlungsgeschichtliche Umfeld des Seehandelsplatzes Reric zu Beginn des 9. Jahrhunderts. – In: Offa 37, 1980, S. 201–207.
- Herrmann, Joachim*: Wikinger und Slawen. – Neumünster 1982.
- Holmqvist, W.*: Swedish vikings on Helgö and Birka. – Stockholm 1979.
- Jacob, G.*: Arabische Berichte von Gesandten an germanische Fürstenhöfe aus dem 9. und 10. Jahrhundert. – Berlin u. Leipzig 1927.
- Jankuhn, Herbert*: Haithabu, ein Handelsplatz der Wikingerzeit. – Neumünster 1986.
- Jóhannson, Jon*: A history of the old icelandic commonwealth. – Minetoba 1974.
- Jöns, Hauke*: Der frühgeschichtliche Seehandelsplatz von Groß Strömkendorf. – In: Lübke, Christian [Hrsg.]: Struktur und Wandel im Früh- und Hochmittelalter. Eine Bestandsaufnahme der Forschungen zur Germania Slavica I [Tagung Leipzig 1996]. Leipzig 1998, S. 127–143.

- Jöns, Hauke*: War das »emporium Reric« der Vorläufer von Haithabu? – In: Jahrbuch Bodendenkmalpflege in Mecklenburg-Vorpommern 47, 1999, S. 201–213.
- Jöns, Hauke; Lüth, Friedrich u. Müller-Wille, Michael*: Ausgrabungen auf dem frühgeschichtlichen Seehandelsplatz von Groß Strömkendorf, Kr. Nordwestmecklenburg. – In: *Germania* 75, 1997, S. 201–221.
- Laur, Wolfgang*: Historisches Ortsnamenlexikon von Schleswig-Holstein. (Veröffentlichungen des schleswig-holsteinischen Landesarchivs, 28). – Neumünster 1992.
- Meier, Dietrich*: Die wikingerzeitliche Siedlung von Kosel (Kosel-West), Kreis Rendsburg-Eckernförde. (Offa-Bücher, 76). – Neumünster 1994.
- Meier, Dietrich*: Die wikingerzeitliche Siedlung mit zugehörigem Gräberfeld von Kosel-Ost. Ein Beispiel aus dem Umland von Haithabu. – In: Larsson, Lars u. Hårdh, Birgitta [Hrsg.]: Centrala platsen, centrala frågor. Samhällsstrukturen under järnåldern. En Vänbok till Berta Stjernquist. (Uppåkra stud. 1 = Acta Arch. Lund Ser. in 8°, 28). Stockholm 1998, S. 263–279.
- Miller, Urs; Hansson, A.-M.; Johansson, B. M.; Karlsson, S. u. Risberg, J.*: The early historic environment of Björkö and its hinterland. – In: Ambrosiani, Björn u. Clarke, Helen [Hrsg.]: Excavations in the Black Earth. (Birka Studies, 2). Stockholm 1995, S. 107–134.
- Müller-Wille, Michael*: Das wikingerzeitliche Gräberfeld von Thumby-Bienebek (Kr. Rendsburg-Eckernförde) I. (Offa-Bücher, 36). – Neumünster 1976.
- Müller-Wille, Michael*: Das wikingerzeitliche Gräberfeld von Thumby-Bienebek (Kr. Rendsburg-Eckernförde) II. (Offa-Bücher, 62). – Neumünster 1987.
- Müller-Wille, Michael*: Ribe – Reric – Haithabu. Zur frühen Urbanisierung im südsandinavischen und westslawischen Gebiet. – In: Brandt, Klaus; Müller-Wille, Michael u. Radtke, Christian [Hrsg.]: Haithabu und die frühe Stadtentwicklung im nördlichen Europa. (Schriften des Archäologischen Landesmuseums, 8). Neumünster 2002, S. 321–337.
- Näsmann, Ulf*: Vendel Period glass from Eketorp-II, Öland, Sweden. On glass and trade from the late 6th to the late 8th centuries A. D. – In: *Acta Arch* 55, 1986, S. 56–116.
- Noonan, Thomas S.*: Skandinavien im Europäischen Teil Rußlands. – In: Sawyer, Peter [Hrsg.]: Die Wikinger. Geschichte und Kultur eines Seefahrervolkes. Darmstadt 2000, S. 144–165.
- Sawyer, Birgit u. Sawyer, Peter*: Medieval Scandinavia. From conversion to Reformation circa 800–1500. (The Nordic Series, 17). – Minneapolis u. London 1993.
- Schietzel, Kurt*: Stand der siedlungsarchäologischen Forschung in Haithabu. Ergebnisse und Probleme. (Ber. Ausgr. Haithabu, 16). – Neumünster 1981.
- Schietzel, Kurt*: Hafenanlagen von Haithabu. – In: Jankuhn, Herbert; Schietzel, Kurt u. Reichstein, Hans [Hrsg.]: Archäologische und naturwissenschaftliche Untersuchungen an ländlichen und frühstädtischen Siedlungen im deutschen Küstengebiet vom 5. Jahrhundert v. Chr. bis zum 11. Jahrhundert n. Chr. 2: Handelsplätze des frühen und hohen Mittelalters. – Weinheim 1984, S. 184–191.
- Segschneider, Martin*: Fernglas im Dünensand – ein Strandmarkt des 5. Jahrhunderts auf der nordfriesischen Insel Amrum und die völkerwanderungszeitliche Handelsroute zwischen Rhein und Limfjord. – In: *Archäologisches Korrespondenzblatt* 32, 2002, S. 117–136.
- Steuer, Heiko*: Die Südsiedlung von Haithabu. Studien zur frühmittelalterlichen Keramik im Nordseeküstenbereich und in Schleswig-Holstein. (Ausgr. Haithabu, 6). – Neumünster 1974.
- Steuer, Heiko*: Zur ethnischen Gliederung der Bevölkerung von Haithabu anhand der Gräberfelder. – In: *Offa* 41, 1984, S. 189–212.
- Tummuscheit, Astrid*: Groß Strömkendorf – a market site of the eighth century on the Baltic Sea coast. – In: Tim Pestell u. Katharina Ulmschneider [Hrsg.]: Markets in Early Medieval Europe. Trading and ›productive‹ sites, 650–850. – Macclesfield 2003.

- Ulriksen, Jens*: Anløbspladser. Besejling og bebyggelse i Danmark mellem 200 og 1100 e.Kr. – Roskilde 1998.
- Mittel- und Westeuropäische Einwirkungen auf die Sachkultur von Haithabu/Schleswig. – In: Jankuhn, Herbert; Schietzel, Kurt u. Reichstein, Hans [Hrsg.]: Archäologische und naturwissenschaftliche Untersuchungen an ländlichen und frühstädtischen Siedlungen im deutschen Küstengebiet vom 5. Jahrhundert v. Chr. bis zum 11. Jahrhundert n. Chr. 2 Handelsplätze des frühen und hohen Mittelalters. Weinheim 1984, S. 366–422.
- Vogel, Volker*: Schleswig im Mittelalter. Archäologie einer Stadt. – Neumünster 1989.
- Wietrzichowski, Frank*: Eine frühslawische Siedlungsgrube mit Bernsteinperlenproduktion von Groß Strömkendorf, Kr. Wismar. – In: Jahrbuch der Bodendenkmalpflege Mecklenburg 1991, S. 153–171.
- Wietrzichowski, Frank*: Untersuchungen zu den Anfängen des frühmittelalterlichen Seehandels im südlichen Ostseeraum unter besonderer Berücksichtigung der Grabungsergebnisse von Groß Strömkendorf. (Wismarer Studien zur Archäologie und Geschichte, 3). – Wismar 1993.
- Willroth, Karl-Heinz*: Untersuchungen zur Besiedlungsgeschichte der Landschaften Angeln und Schwansen von der älteren Bronzezeit bis zum frühen Mittelalter. Eine Studie zur Chronologie, Chorologie und Siedlungskunde. Siedlungsarchäologische Untersuchungen in Angeln und Schwansen 1. (Offa-Bücher, 72). – Neumünster 1992.
- Wilson, David [Hrsg.]*: Othere & Wulfstan two voyagers at the court of king Alfred. 1984, S. 22–25.

Caspar Ehlers

Die Auswirkungen des mittelalterlichen Reisekönigtums auf die historische Kulturlandschaft¹

Mit 5 Abbildungen

Dass der mittelalterliche König – zumal im ostfränkisch-deutschen Reich – sein »hohes Gewerbe im Umherziehen« ausübte, ist spätestens seit jener Formulierung *Aloys Schultes* ein Gemeinplatz der Mediävistik. Inwieweit diese Herrschaftspraxis jedoch die Kulturlandschaft beeinflusste, beziehungsweise inwieweit diese auf den König wirkte, ist ein zumeist regional begrenzten Studien vorbehaltenes Thema, wenn im Rahmen von Stadt- oder Regionengeschichte deren königlicher Ursprung oder Nutzung durch das Reisekönigtum erörtert werden. Das mir gestellte Thema habe ich folgendermaßen als Frage verstanden: Prägte das mittelalterliche Reisekönigtum die historische Kulturlandschaft oder wirkte sich diese vielmehr auf das Reisekönigtum aus – wäre sie also ein dem Königtum weitestgehend entzogener Faktor?

Nicht Fahnen und Gesänge, Ritual oder Routine, Holz- und Fleischverbrauch werden im Mittelpunkt der Ausführungen stehen, sondern die weniger pittoreske Problematik der wechselseitigen Beeinflussung von Herrschaftspraxis und Raum. Das Repertorium der deutschen Königspfalzen am Max-Planck-Institut für Geschichte beispielsweise legt seinen Schwerpunkt auf das Verhältnis von Königtum und Ort, nicht unbedingt auf die geographischen oder topographischen Zusammenhänge in Großräumen. Wohl aber sind Verkehrslage und Topographie Gegenstände jeweils eigener Abschnitte in jedem Artikel, so dass Bereiche der uns interessierenden Fragestellung selbstverständlich angeschnitten werden. Es soll im Folgenden jedoch versucht werden, den lokalen Horizont zu erweitern und tatsächlich auf den größeren Raum zu blicken.

1 Königliche Aufenthaltsorte bis etwa 1250

Insgesamt wird das Repertorium der deutschen Königspfalzen etwa 350 Orte innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik bearbeiten, von denen sich 74 in Bayern befinden, 52 in Baden-Württemberg, je 40 in Niedersachsen und Nordrhein-West-

1 Dem Beitrag liegt der Vortrag zugrunde, der auf der 29. Tagung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« (Hannover 25.–28. September 2002) gehalten wurde. Vergleiche dazu auch den Tagungsbericht von *Carl-Hans Hauptmeyer* in diesem Band!

falen, 39 in Rheinland-Pfalz und dem Saarland, 37 in Sachsen-Anhalt, 35 in Hessen sowie zusammengenommen elf in Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, vgl. dazu Abb. 1). Unter Aufenthaltsorten verstehen wir Königspfalzen, Königshöfe und andere Plätze, die der König zum Zwecke der Regierungsausübung besucht hat. Darunter fallen also solche Stätten, die dem Reichsgut zugehörig waren ebenso, wie solche in kirchlichem oder weltlichen Besitz. Eine erste und sofort erkennbare Konsequenz dieser Differenzierung ist, dass unterschiedliche Bearbeitungsschemata zur Anwendung kommen. Innerhalb der Aufenthaltsorte in königlichem Besitz ist ferner zu unterscheiden, ob eine Königspfalz im Wortsinne nachgewiesen werden kann, was beileibe nicht für alle zutrifft, sondern eher einer Minderheit vorbehalten bleibt.

Die den Publikationen zu Grunde liegenden heutigen Bundesländer, obschon meist mit historisch gewachsenen Gentil- oder Landschaftsnamen versehen, decken sich freilich nicht mit der Einteilung des ostfränkisch-deutschen Reiches in *regna* beziehungsweise Herzogtümer. Wie also diese kaum mit den Bundesländern der Gegenwart gleichzusetzen sind, so können auch kleinere Territorien, Gaue und Grafschaften des früheren Mittelalters nur schwer auf einer Karte verzeichnet werden. Ihre genauen Grenzen bleiben meist unbekannt, da oft nur einzelne Orte ihnen zuzuordnen sind. Etwas besser unterrichtet ist die Forschung hingegen über die kirchliche Struktur. Hier gibt es einige Grenzbeschreibungen und mehr überlieferte Zugehörigkeiten, so dass die Ausdehnung der Bistümer annähernd zutreffend rekonstruiert werden kann.

Insgesamt gilt, dass die mittelalterliche Einteilung des Raumes noch viele offene Fragen aufwirft. Deren Beantwortung ist jedoch für die Untersuchung der Reisewege und Aufenthalte von Bedeutung. Nicht nur die Pfalzenforschung widmet sich diesem Gegenstand, sondern auch andere geschichtswissenschaftliche Unternehmen. Zusammenfassend kann also festgestellt werden, dass der Begriff der »historischen Kulturlandschaft« sich entweder an vom Menschen gemachten und gedachten Grenzen orientiert oder am so genannten Naturraum, der allerdings seinerseits anthropogenen Vorstellungen beziehungsweise den durchaus entwicklungsfähigen Möglichkeiten und Grenzen menschlicher Erkenntnis und technischen Vermögens unterworfen ist.

2 Kirchliche Gründungen im nördlicheren Reich bis etwa 1024

Um die Ausbreitung kirchlicher Strukturen jenseits der räumlichen Einteilung in Diözesen darzustellen, bietet sich an, auf die fortschreitende Zahl von Klosterbeziehungsweise Stiftsgründungen für Frauen und Männer bis 1024 zu schauen, die auf Abb. 2 dargestellt ist, ohne dass hier jedoch der Faktor »Zeit« berücksichtigt werden konnte.

Die Abb. 1 und 2 haben selbstverständlich eine Schnittmenge, nämlich die Klöster oder Stifte, die von den Königen bis Heinrich II. besucht worden sind. Mir geht es aber eher um die Ähnlichkeiten in der räumlich Verteilung, die sich am gewählten Beispiel deutlich machen lässt, denn nördlich von Hannover sind sowohl Aufenthaltsorte als auch Klostergründungen dünner gesät. Auch trifft diese Beob-



Abb. 2: Klostergründungen bis 1024 nördlich des Mains

achtung für die Gebiete ostwärts der Elbe zu, was bezogen auf die Herrscheritinerare insofern bemerkenswert ist, als dass hier auch die besuchten Plätze des 12. und 13. Jahrhunderts erfasst sind; man kann also nicht – wie bei den verzeichneten Klostergründungen – auf die Slawengrenze der Karolinger- und Ottonenzeit verweisen.

Ein Teilergebnis wäre vielleicht schon jetzt zu gewinnen: Es scheint einen Zusammenhang zu geben zwischen der Erfassung des Raumes durch das Königtum und der Erschließung desselben mittels Klostergründungen. Auf den soeben gebrauchten terminologischen Unterschied zwischen Erfassung und Erschließung wird später noch einmal zurückzukommen sein.

3 Ein Versuch der diachronen Analyse

Auf Abb. 3, welche die heutige Bevölkerungsdichte auf Regionen umlegt, sind die königlichen Aufenthaltsorte bis 1250 eingetragen. Frappierend ist hier die sofort zu erkennende Übereinstimmung mit dem soeben am mittelalterlichen Befund gewonnenen Zwischenergebnis im Norden und Osten. Ausnahmen sind der Südosten, das Gebiet um Regensburg, wo in heute dünner besiedeltem Gebiet zahlreiche dokumentierte Aufenthaltsorte der ostfränkisch-deutschen Könige liegen, und der Nordwesten zwischen Osnabrück und Oldenburg, wo ein umgekehrter Befund zu bemerken ist.

Wegen des bereits angesprochenen Nachlassens von Aufenthaltsorten beziehungsweise Klostergründungen nördlich von Hannover soll der Blick auf die südlich davon gelegenen Gebiete verengt werden. Auf Grund einer fehlenden Datenbasis und aus Gründen der Darstellbarkeit, ist keine Quantifizierung der Aufenthaltszahlen am Ort und auch keine chronologische Dynamik unternommen worden. Gleichwohl scheint aber auch bei näherem Hinsehen erkennbar zu werden, dass die heutige Bevölkerungsdichte und die Itinerarstationen des Reisekönigtums in einem gewissen Zusammenhang stehen, der selbstverständlich nicht direkt kausal verstanden werden kann.

Abb. 4 zeigt auf dem beschriebenen Gebiet die Gründungen von Klöstern und Stiften für Frauen oder Männer sowie die königlichen Aufenthaltsorte bis 1024 nördlich des Maines. Sowohl die Beobachtungen zum Zusammenhang zwischen heutiger Population und mittelalterlichen Itinerarstationen als auch die zum Verhältnis von Klöstern und Königsaufenthalten bestätigen sich.

Ein Erklärungsversuch, gar die Formulierung eines Befundes erscheinen schwierig. Sicherlich ist nicht das Reisekönigtum alleiniger Grund für die heutigen Zustände. Zieht man jedoch den Befund der Klostergründungen hinzu, könnte man weiter kommen. Aufenthaltsorte waren wie Klöster und Stifte meist wirtschaftliche Zentren, wie noch auszuführen sein wird. Sie prägten somit den Raum auch längerfristig und schufen so die Grundlagen der späteren Entwicklung oder förderten den Ausbau bereits vorgefundener Infrastruktur. Die Nutzung der Verkehrswege durch den reisenden Hof mag ihre Attraktivität auch für andere Gruppen erhöht und zu ihrer häufigen Nutzung beigetragen haben.

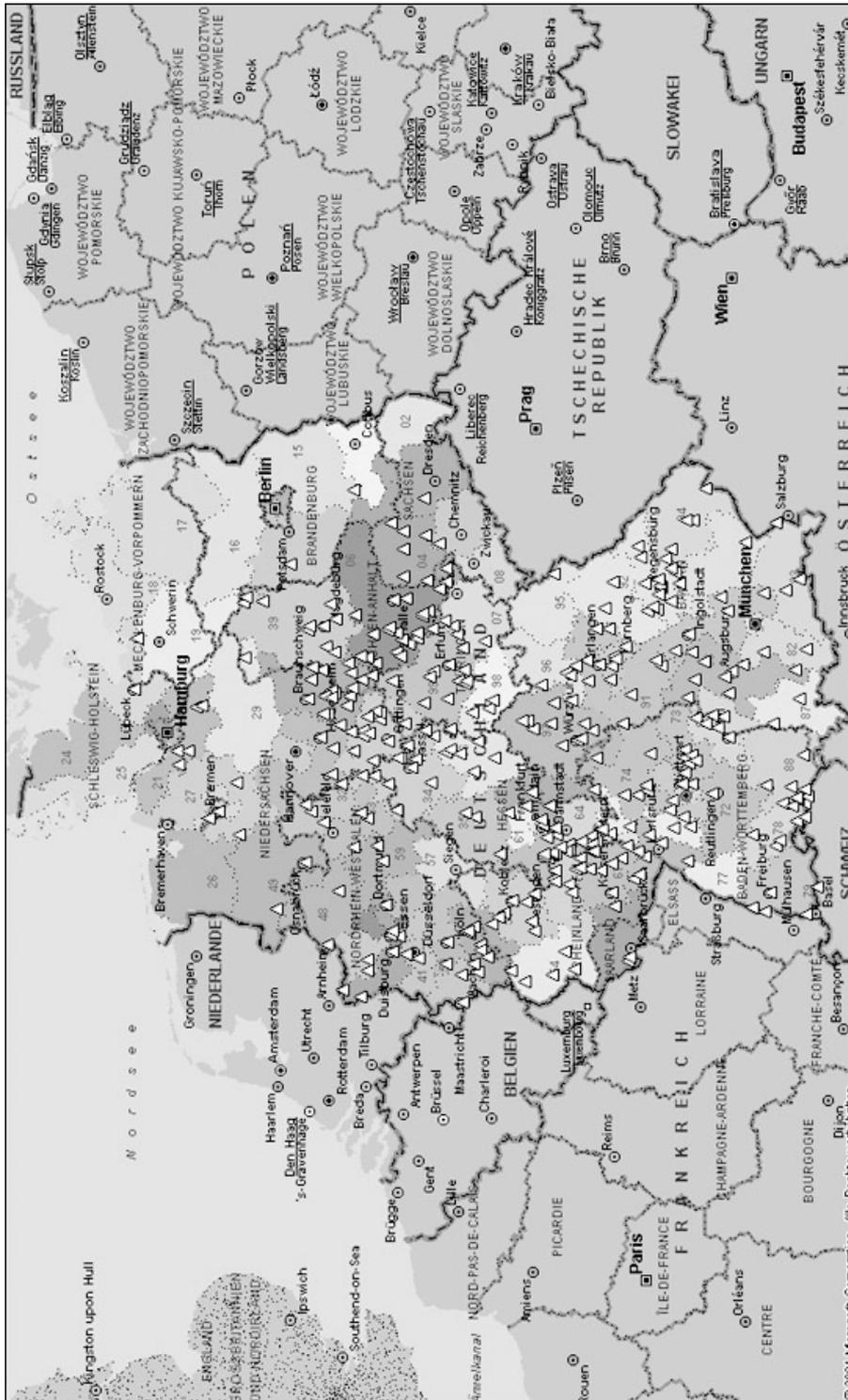


Abb. 3: Heutige Bevölkerungsdichte der Bundesrepublik und Aufenthaltsorte

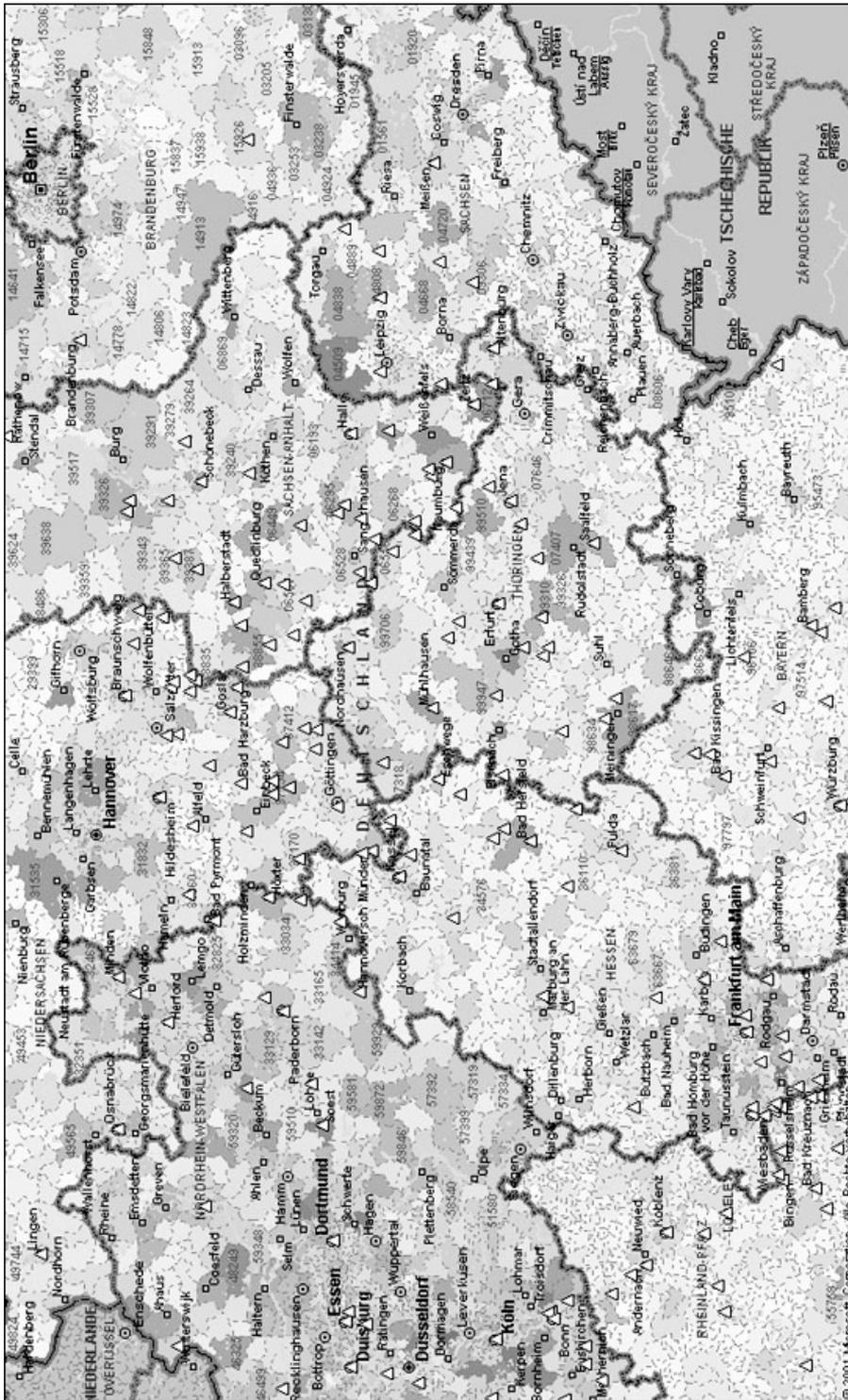


Abb. 4: *Heutige Bevölkerungsdichte und Aufenthaltsorte zwischen Frankfurt und Hannover*

Auf Abb. 5, sind nochmals die in das Repertorium zur Bearbeitung aufgenommenen Orte verzeichnet, allerdings mit den heutigen Verkehrswegen unterlegt. Ein Vergleich mit der Streckennetzkarte der Deutschen Bundesbahn würde übrigens ebenso zeigen, dass schon der mittelalterliche König die heutigen Eisenbahntrassen oder die Autobahnen hätte nutzen können, ähnliches gilt für die großen Bundesstraßen. Der Zusammenhang der alten und der neuen Verkehrswege ist natürlich keine erschütternde Neuigkeit, dass hier auf beides aufmerksam gemacht wird, dient der Ergründung der Grundlagen des Reisekönigtums, das eo ipso auf die Straßen und Wege angewiesen war.

Der Verkehrsweg also kristallisiert sich als eine naheliegende Möglichkeit heraus, mittels derer das Reisekönigtum die Kulturlandschaft hätte prägen können. Allerdings ist hier festzustellen, wie *Thomas Szabó* zusammenfasste (Lexikon des Mittelalters Bd. 8, Sp. 221–224), dass das Straßennetz weitestgehend sich selbst überlassen blieb beziehungsweise von lokalen Interessenten gepflegt wurde, was »*vereinzelte Maßnahmen* [der Zentralgewalt] *nicht ausschloss, aber im ganzen auf einen Zustand der Improvisation hinauslief, in dem sporadische Eingriffe von der Notwendigkeit der Situation diktiert wurden*»; zu militärischen Zwecken etwa.

Da bei dem vom Reisekönigtum genutzten Straßennetz bemerkenswerter Weise kaum festzustellen ist, dass es königliche Pflege erfuhr, bleibt es zwar ein Wirtschaftsfaktor aber ohne gekrönten Bauherren – die »Königsstraße« heißt eher so, weil der König sie benutzte, nicht weil sie ihm gehörte. Allerdings sollten Zollstellen nicht vergessen werden, die als Einnahmequelle für das Reich, die Kirche und den Adel eine Rolle spielten, deren tatsächliche Relevanz aber nicht leicht zu erforschen ist.

Welche anderen Möglichkeiten, so bleibt nun zu fragen, hatte das Königtum darüber hinaus, um sich auf die Landschaft auszuwirken?

Eine Handhabe, die im Vortrag von Herrn *Heine* schon anklang, wäre eine so genannte Burgenpolitik. Griff der Herrscher auf bereits bestehende Befestigungen zurück oder organisierte er gar ein neues System? Seit in der mediävistischen Forschung die »Burgenordnung Heinrichs I.« weitestgehend als ein historiographisches Konstrukt Widukinds von Corvey verdächtigt wurde (*Gerhard Streich*: Burg und Kirche 1, S. 145f.), bleibt es bei den anderweitig nachweisbaren Pfalzen und Reichsburgen, die daher als der wesentliche Aspekt unseres Themas einzustufen wären, wenn sich ein innerer Zusammenhang zwischen ambulanter Herrschaftspraxis und der Einrichtung solcher Plätze nachweisen lässt.

Dies leitet schon in die Salier- und Stauferzeit, als sich in der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts eine Reichsministerialität herauszubilden begann beziehungsweise die Staufer ab der Mitte des 12. Jahrhunderts dazu übergingen, sich wieder mehr in Pfalzen und Burgen aufzuhalten, so dass zahlreiche neue befestigte Plätze im Reichsbesitz entstanden beziehungsweise ausgebaut wurden, wie etwa Gelnhausen, Wimpfen oder Eger.

Die Loireschlösser des französischen Königs und seiner engeren Umgebung wären ein schönes Beispiel, das sich nur schwer auf das deutsche Reich unter dem ihm eigenen Reisekönigtum übertragen lässt. Auch ist kaum ein »Netz« von Reichsburgen auszumachen, das als kontinuierliche Kette von Aufenthaltsorten in Erscheinung tritt, denn viel zu oft war der Herrscher Gast bei anderen Großen des Reiches. Vor allem aber lässt sich kaum nachweisen, dass der Verlauf der Hauptstra-



Abb. 5: Heutiges Straßennetz und Aufenthaltsorte

ßen sich nach den Burgen oder Pfalzen richtete, vielmehr ist es meist umgekehrt. Größeren Einfluss dürften wirtschaftliche Faktoren gehabt haben, wie etwa der Ausbau Goslars im 11. Jahrhundert zu einer Veränderung der Route entlang des nördlichen Harzrandes geführt hat. Dies natürlich nicht wegen der eindrucksvollen Pfalz sondern wegen der Erzvorkommen am Rammelsberg, die, wie es scheint, auch einer der Gründe für die Inbesitznahme des Ortes durch Heinrich II. waren.

4 Zwei Antworten auf eine Fragestellung

Gerade die diachrone Darstellung zeigt, dass es zwar Zusammenhänge zwischen der mittelalterlichen und der heutigen Situation gibt, dass aber Ursache und Wirkung sauber getrennt werden müssen. Vermutlich dürften die Kriterien für die Routenwahl und die dauerhafte Besiedelung durch Menschen damals wie in unseren Tagen insoweit vergleichbar gewesen sein, dass das Ergebnis einer solchen Gegenüberstellung nicht voneinander abweichen kann, weshalb die Gefahr eines Zirkelschlusses besteht, weil die Faktoren dieselben und nur die Phänomene verschieden sind.

Die einleitend gestellte Frage: Prägte das mittelalterliche Reisekönigtum die historische Kulturlandschaft oder wirkte sich diese vielmehr auf das Reisekönigtum aus, sollte also zweigeteilt beantwortet werden: Zuerst unter dem Aspekt des Unterwegsseins des Königtums als integraler Bestandteil einer Herrschaftsform und auf die Person beschränkt, nicht also auf die wirtschaftlichen oder sozialen Bedingungen, die der ambulante König vorfand. Diese wären Gegenstand der zweiten Erwiderung, die sich auf die ortsfesten Bestandteile des Reisekönigtums beziehen wird, die Aufenthaltsstätten sowie die dahinter verborgenen ökonomischen Notwendigkeiten und Rahmenbedingungen.

Zum ersten Punkt: Kultivierende oder bauliche, die Struktur verändernde, zentrale Großvorhaben des mittelalterlichen Königtums sind mit Ausnahme der gescheiterten *fossa Carolina* für das ostfränkisch-deutsche Reich im Gegensatz zu römischen Projekten, wie etwa der Wasserversorgung oder dem Limes, kaum bekannt, sofern eine gewisse Überregionalität zum Kriterium erhoben wird. Vielmehr gab der König die Erschließung des Landes in andere Hände, indem er vor allem kirchliche Institutionen mit der Urbarmachung betraute. Ähnliches Vorgehen ist auf der Ebene des regional wirkenden und hier besonders aktiven Adels zu beobachten, dem es um die Schaffung von Herrschaftsbereichen, den späteren Territorien, ging. Auf die weitestgehende Überschneidung zwischen beiden Sphären muss nicht intensiv hingewiesen werden, dem Königtum kommt oftmals die Rolle als Impulsgeber und Unterstützer dieser Initiativen zu. Dass man dabei von einer Koordinierung auf höchster Ebene auszugehen hat, müsste noch bewiesen werden. Vielleicht ließe sich dies im Zusammenhang mit militärischen Expansionsunternehmen oder der gezielten Förderung regionaler Potentaten am ehesten feststellen, wengleich auch hier die lokalen und ökonomischen Interessen des Adels nicht unterschätzt werden dürfen – der Bergbau wäre ebenfalls ein interessantes Beobachtungsfeld, wie auch die Entwicklung der kirchlichen Topographie. Gerade hier lässt sich feststellen, dass neben pastoralen auch ökonomische Zentren geschaffen werden.

Insgesamt gesehen, ergibt sich ein strukturelles Problem, das abschließend noch angesprochen werden muss. Das Reisekönigtum als prägenden Faktor einer Großlandschaft zu untersuchen, könnte bedeuten, ihm eine institutionelle und somit transpersonale Kraft zu unterstellen, die es möglicherweise nicht besessen hat. Die Fragestellung also birgt selbst die Gefahr, Phänomene zu verwischen, Ursachen und Wirkungen monokausal zu reduzieren. Ein dies unterstreichendes Beispiel wäre die Einrichtung einer festen Hauptstadt, die es im ostfränkisch-deutschen Raum bekanntlich im Gegensatz etwa zu Frankreich oder England nicht gegeben hat. Hauptstadt wohlgemerkt nicht als langfristige Dauerresidenz eines Herrschers verstanden, sondern als Sitz der wichtigsten Administrationen mit einer zentralisierenden Funktion für das Reich. Dass es kaum Versuche im Alten Reich gegeben hat, eine solche zu etablieren, liegt eben genau an jener fehlenden Kraft, partikuläre Einflüsse und territoriale Traditionen zu überwinden. Selbst wenn es einem Herrscher gelang, in gewissem Rahmen sesshaft zu werden (Aachen, Palermo, Prag oder Wien), so waren diese Anläufe von vergleichsweise kurzer Dauer und sind daher kaum als auf das transpersonale Königtum zurückgehende Prägungen der historischen Kulturlandschaft zu verstehen. Vielmehr dürfte es meistens so gewesen sein, dass ein König an einem Ort ihn Faszinierendes vorfand, sei es eine bestehende Infrastruktur oder im weitesten Sinne geographische oder topographische Vorgaben.

Das ostfränkische Reisekönigtum baut wie das karolingische auf römische Landeserschließung; allein für die außerhalb des (spät-)antiken Römischen Reiches gelegenen Gebiete – allen voran natürlich das alte Sachsen – kann dies ausgeschlossen werden. Aber auch hier gilt, dass ältere Straßen- und Wegenetze, die zumeist den naturräumlichen Bedingungen unterworfen waren, sowie die Bodenschätze, also gleichfalls vorgefundene Terminanten, mehr geprägt haben dürften, als die reisenden Könige.

Diese Bemerkungen leiten schon über zum zweiten Teil der Antwort. Unter dem Aspekt des Arbeitskreises bringt die *»Erforschung der Genese der gegenwärtigen und historischen Siedlungsräume sowie der ländlichen und städtischen Siedlungen einschließlich ihrer Wirtschafts- und Verkehrsflächen«* einen ortsfesten Aspekt in das gestellte Thema. Ein Reisekönigtum ist natürlich nur möglich, wenn es Bedingungen vorfindet oder erzeugt, die den Herrscher und seine oftmals personenstarke Begleitung, den Hof, versorgen und seine Bewegungen sicherstellen kann. Von daher gesehen, können unter dem Schlagwort *»Nachfrage und Angebot«* die Auswirkungen des ambulanten Königtums ungleich höher bewertet werden, als unter dem zuerst erörterten Gesichtspunkt.

Allein schon weil der König reist, prägt er die ökonomische Landschaft. Pfalzen werden errichtet und unterhalten, die zu ihnen gehörenden Reichsgutbezirke geschaffen, die unter anderem der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Aufenthaltsortes dienen. Dies trägt zur Erschließung des Raumes dar, wie natürlich auch die Gründung von Klöstern und Stiften, Dörfern und Städten. Der König erfindet kein neues Vorgehen, sondern bedient sich allgemeiner Wirtschaftsformen. Nur ist das Reichsgut auf ihn ausgerichtet, es dient dem Reisekönigtum als eine wirtschaftliche Grundlage neben dem Königsdienst von Klerus und Adel. Die Wirtschaftskraft solcher Zonen sowie die notwendige menschliche Arbeitskraft, die für ihre Erhaltung und Steigerung notwendig ist, prägen die Kulturlandschaft. Theoretisch muss

am Ende jeden Tages ein Quartier für den königlichen Reisenden vorhanden gewesen sein, an dem er und der Hof versorgt und – nicht zu vergessen – auch die Pferde und andere Tiere gepflegt werden konnten.

Jene Plätze waren also entweder selbst Zentren eines Grundbesitzes oder doch zumindest so angeschlossen, dass das Notwendige herbeigeschafft werden konnte. Selbstverständlich handelt es sich dabei nicht immer um Königspfalzen im Wortsinne. Wie bereits angedeutet, konnte der König auf eigenem Gut Aufenthalt nehmen oder als Gast kirchlicher und weltlicher Großer Station machen. Unter den Orten im Reichsgut sind nur wenige als »Pfalzen« bezeugt, andere als »Königshöfe« oder einfach als *locus*. Der besondere Reiz liegt darin, dass – erstens – Unterschiede in der Rangstellung einzelner Plätze zu erkennen sind und – zweitens – dass die Erforschung von Art und Umfang des Reichsgutes sich nicht nur auf die Beobachtung der Itinerare stützen kann. Schenkungen, also die Vergabe aus dem königlichen Besitz, sind weitaus häufiger quellengestütztes Indiz als eigene Nutzung durch den Herrscher.

Wenn der König Markt-, Münz- oder Zollprivilegien verleiht, verändert dies die Stellung des Empfängers, sei es eines Platzes oder einer gleichfalls reisenden Personengruppe, der Fernhändler. An florierenden Marktflecken oder um Städte verändert sich die Infrastruktur; nicht selten ist herrscherliche Gunst Ausgangspunkt einer solchen Entwicklung. Dass die Könige mit solchen Förderungen nicht leichtfertig umgingen, braucht nicht weiter erläutert zu werden. Schwieriger ist, ein Programm hinter jenen Diplomen zu erkennen.

Dass es einen Zusammenhang von Zeit und Raum gibt, ist vor allem der modernen Physik vertraut, wird aber auch anhand des Reisekönigtums deutlich. Denn eine auf Mobilität ausgerichtete Herrschaftspraxis wird selbstverständlich von diesen beiden Faktoren stark beeinflusst, die die Grundlage jeder Itinerarplanung bildeten, und vermutlich prägte Zeit auch die Vorstellung vom Raum. Die Organisation des Itinerars setzt die Kenntnis der wirtschaftlichen und logistischen Leistungsfähigkeit der Orte sowie der für das Reisen größerer Verbände notwendigen Infrastruktur voraus, etwa der Begehrbarkeit von Wegen und Straßen zu jeder Jahreszeit und jedem Wetter. Auf deren Nutzung zu militärischen Zwecken wurde schon kurz hingewiesen. Ergänzend ist hier anzumerken, dass es für operative Zwecke offenbar Gewohnheiten gab, die sowohl die Sammelgebiete des Heeres als auch die Marschstraßen betrafen. Dies kann an den karolingischen Vorstößen nach Sachsen, denen der Ottonen über die Elbe gegen die Slawen oder den Italienzügen gezeigt werden. Die Passage über die Alpen beziehungsweise das Überwinden fließender Gewässer diktierten hier die Planung und dürften über einmalige Nutzung hinausgehende Verbesserungen der Infrastruktur voraussetzen.

Dies leitet über zu dem letzten Punkt, dem Unterschied zwischen Erfassung und Erschließung des Raumes. Die Abbildung der Aufenthaltsorte zeigt zunächst einmal nur die Wirkungsbreite des Reisekönigtums in fünfhundert Jahren, ohne dass der Faktor Zeit dargestellt wird. Dass Randzonen existieren, die von den Itineraren in dem ganzen Zeitraum kaum berührt worden sind, gibt demnach einen Hinweis auf die Erfassung des Großraumes, nicht unbedingt jedoch auf dessen Erschließung. Erst die Untersuchung der Qualität der einzelnen Aufenthaltsorte vermag Erkenntnisse über deren erschließende Funktion zu erbringen. Insofern ist die geographische

Übersicht der Klostergründungen der Karolinger- und Ottonenzeit in Sachsen hier aussagekräftiger, denn hinter jedem Punkt auf der Abbildung stehen die Urbarmachung und zivilisierende Anstrengungen des Umlandes. Sinngemäß gilt dies auch für diejenigen Plätze im Itinerar, die Zentren oder Teile von Reichsgutbezirken waren. So gesehen, könnte man sagen, dass Erfassung die mobile und personenbezogene Seite der Medaille des Reisekönigtums ist, Erschließung hingegen ihre stationäre und von der Anwesenheit des Herrschers unabhängige.

Summary

The effects of the medieval traveling kingship on the cultural landscape

The main question of how itinerant kingship influenced the cultural landscape should not be answered through examples of places, but of areas that may have been influenced. There is a noticeable correlation between the presence of kings in a given area and the development of ecclesiastical structures, i. e. the founding of monasteries and convents. One figure shows places visited by medieval kings on a map of contemporary Germany. Another shows places visited by itinerant kings in the region north of the Main river. The increasing number of places where kings and their court travelled to, along with the number of cloisters founded, indicates the genesis of cultural landscapes and can be understood as being related to the itineraries. A brief diachronic analysis shows the relation between the medieval routes of itinerant kings and modern infrastructures. This leads to the question if there are timeless factors and of which kind they are.

In addition, the study stresses that there is a lack of contemporary information on whether medieval kings actually commissioned infrastructural development themselves. One has to assume that the kings depended upon third parties for tasks of this kind as medieval kingships in general lacked the institutional and transpersonal power to do that. However, through his travels and all that they entailed, the king certainly put his mark on and influenced the cultural landscape by this unique practice of rule.

Literatur

- Die deutschen Königspfalzen. Repertorium der Pfalzen, Königshöfe und übrigen Aufenthaltsorte der Könige im deutschen Reich des Mittelalters, herausgegeben vom Max-Planck-Institut für Geschichte. Redaktion: *Caspar Ehlers, Lutz Fenske u. Thomas Zotz*. Bd. 1 ff. – Göttingen 1983ff.
- Ehlers, Caspar*: Bayern und Sachsen im Itinerar Heinrichs II. -In: *Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte* 65, 2002, S. 799–838.
- Ehlers, Caspar*: Having the king – loosing the king. – In: *Viator: Medieval and Renaissance Studies* 33, 2002, S. 1–42.
- Ehlers, Caspar*: Könige, Klöster und der Raum. Die Entwicklung der kirchlichen Topographie Westfalens und Ostsachsens in karolingischer und ottonischer Zeit. – In: *Westfälische Zeitschrift* 153, 2003, S. 189–216.
- Ehlers, Caspar [Hrsg.]*: Orte der Herrschaft. Mittelalterliche Königspfalzen. – Göttingen 2002.
- Zotz, Thomas*: Präsenz und Repräsentation. Beobachtungen zur königlichen Herrschaftspraxis im hohen und späten Mittelalter. -In: *Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien*, hrsg. von Alf Lüdtke. (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 91) Göttingen 1991, S. 168–194.
- Zotz, Thomas*: Vorbemerkungen zum »Repertorium der deutschen Königspfalzen«. – In: *BDLG* 118, 1982, S. 177–203.

Christoph Bartels

Die Entwicklung des Bergbaus im nordwestlichen Harz bis zum Beginn der Industrialisierung: Bergbau – eine »Großveranstaltung«?¹

Nachfolgend werden die Grundzüge der bergbaulichen Entwicklung im nordwestlichen Harz während des Mittelalters und in der frühen Neuzeit bis zum Beginn der Industrialisierung umrissen. Die Entwicklungen in diesem Revier der Gewinnung von Buntmetallen bilden ein Beispiel, das in wesentlichen Grundzügen generalisiert werden kann. Abschließend wird erläutert, weshalb nach Ansicht des Verfassers vergleichende Erörterung von Bergbau zusammen mit Ereignissen von Wallfahrten über Messen bis hin zu Reichsparteitagen und Weltausstellungen unter den Aspekt »Großveranstaltung« nur sehr beschränkt Erkenntnis leitend sein kann.

Einleitung

Aufgrund der geologischen Entstehungsbedingungen sind Lagerstätten kaum je singuläre, punktuelle Erscheinungen, sondern sie treten entweder unter ausgedehnten Flächen auf, – Beispiele sind Steinkohle und Kupferschiefer –, oder sie sind als Ganglagerstätten an Bruchstrukturen der Erdkruste geknüpft, die in Cluster artiger Bündelung auftreten, so die Gangerzlagerstätten wie im Harz (*Mohr 1978*, S. 2001–214; *Sperling u. Stoppel 1979*, passim) oder im sächsischen und böhmischen Erzgebirge und im Alpenraum. Als Resultat der Dynamik der Erdrinde sind die Lagerstätten vielfach steil gestellt und sie reichen in große Tiefe. Nur ausnahmsweise befinden sie sich in so geringer Tiefe, dass im Mittelalter und der frühen Neuzeit Tagebau von Bedeutung möglich war. Die geologischen Grundstrukturen favorisierten die Entstehung von Bergbaurevieren als montanistische Gewerbelandschaften (*Stromer 1976*; *Ebeling u. Mager 1997*).

In sehr vielen europäischen Revieren reichen die Bergbauaktivitäten in Zeiträume zurück, die durch Schriftquellen nicht belegt sind. War man hinsichtlich des Harzraums noch vor etwa 20 Jahren der Meinung, der Bergbau habe um 970 am Rammelsberg bei Goslar begonnen, so hat die Archäologie inzwischen geklärt, dass die Montanaktivität wohl schon in der Bronzezeit begann (*Klappauf 2003*, S. 100; *Grunwald 2000*, S. 59f.).

1 Dem Beitrag liegt der Vortrag zugrunde, der auf der 29. Tagung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« (Hannover 25.–28. September 2002) gehalten wurde. Vergleiche dazu auch den Tagungsbericht von *Carl-Hans Hauptmeyer* in diesem Band!

Das Bergbaurevier nordwestlicher Harz

Im nordwestlichen Harz konzentrieren sich polysulfidische Lagerstätten mit den Hauptbestandteilen Blei, Zink, Kupfer und Silber am Rammelsberg bei Goslar und um die sieben frühneuzeitlichen Bergstädte Clausthal, Zellerfeld, Lautenthal, Wildemann, Grund, St. Andreasberg und Altenau. Ferner gibt es ausgedehnte Eisenerzvorkommen. Schon zur späten römischen Kaiserzeit ist eine Nutzung der Eisenerze, der Oberharzer Metallerze und der Lagerstätte Rammelsberg belegt. Es ist davon auszugehen, dass kontinuierliche Ausbeutung in zunächst geringem Umfang stattfand. Schon vor der karolingischen Eroberung des Sachsenlandes im ausgehenden 8. Jahrhundert war im Harz ein Montanrevier etabliert, wie die archäologischen Funde und Befunde belegen. Die Ergebnisse naturwissenschaftlicher Analysen verdeutlichen, dass Bergbau und Verhüttung schon im 8. Jahrhundert merklich die Waldvegetation veränderten. Die festen Siedlungsplätze befanden sich zu dieser Zeit offenbar noch am Harzrand; ansonsten wissen wir noch sehr wenig über die Strukturen des frühmittelalterlichen Montanwesens (*Steuer 2000*, S. 113–115).

Als im 10. Jahrhundert ein erheblicher Aufschwung in der Ausbeutung einsetzte, waren die Lagerstätten und Wälder des Harzes königliches Eigentum. Die massenhafte Prägung der Otto-Adelheid Pfennige als wichtiges Zahlungsmittel des ausgehenden 10 und des 11. Jahrhunderts basierte wesentlich auf dem Silber des Harzes (*Kluge 2001*, S. 419). Daneben spielte das Kupfer aus dem Rammelsberg bei Goslar eine wachsende wirtschaftliche Rolle. Seine Ausbeutung erreichte erhebliche Dimensionen. Davon zeugen Hunderte von Schmelzplätzen. Sie sind über große Areale verteilt, wobei Schwerpunkte der Verhüttung von Erz aus dem Rammelsberg und aus den Oberharzer Erzgängen zu beobachten sind. In der Zusammenschau belegen Funde und Befunde, dass hinter dem Bergwerks- und Hüttenbetrieb jedenfalls eine leitende und organisierende Kraft gestanden hat, die in der königlichen Pfalzverwaltung (zunächst in Werla, dann in Goslar) gesehen wird (*Fessner, Friedrich u. Bartels 2002*, S. 33–36).

Im 10. und frühen 11. Jahrhundert entwickelten sich verschiedene Siedlungskerne Goslars, das zum Zentralort des mittelalterlichen Montanwesens im nordwestlichen Harz wurde, und auf dieser Basis rasch zu einem der bedeutenden Zentren königlich-kaiserlicher Macht avancierte. Freilich sind viele Entwicklungen der frühen Stadtgeschichte Goslars höchst unklar (*Bartels 2001 a*, S. 44–48).

Goslar als Zentrum des mittelalterlichen Montanreviers im nordwestlichen Harz

Im Zusammenhang mit dem Bergbau am Rammelsberg entstand als eigene Siedlung mit Wall, Toren, einer großen Kirche (St. Johannes) und im 13. Jahrhundert nachweisbarem, eigenem Siegel das »Bergdorf« als eine Siedlung mit Stadtcharakter und entsprechenden Rechten (*Ziechmann 2001*, passim; *Bartels 2004a*, Kap. »Die Frühzeit«). Deren Bewohner waren mit dem Bergbau am Rammelsberg und im Oberharz eng verknüpft. Sie gerieten im ausgehenden 13. Jahrhundert in heftigen Gegensatz zur übrigen Stadt Goslar bzw. deren Kaufmannschaft und Gilden. Die Berg- und Hüttenleute (»montani et silvani«) Goslars und des Harzwaldes waren genossen-

schaftlich organisiert und besaßen weitreichende Freiheiten, die ihnen König Friedrich II. am 13. Juli 1219 im Rahmen eines umfassenden Freiheitsbriefs für Goslar schriftlich bestätigte.² Aufbauend auf diesem Privileg schrieben 1271 die seinerzeit im Harz berechtigten Fürsten, Goslarer Stadtbürger, Angehörige des Niederen Adels aus dem Harzraum sowie die Genossenschaft der Bergbautreibenden, die im Montanwesen zu beachtenden Rechtsgrundsätze in einem Vertrag mit 30 Paragraphen fest (Abdruck in *Frölich* 1953, S. 16–24). Die Genossenschaft der Montanen und Silvanen betrieb, wie auch in anderen europäischen Revieren, den Bergbau und das Hüttenwesen damals wohl schon seit langer Zeit gegen Entrichtung von Abgaben zunächst an den König als Besitzer des Grundes und der Waldungen, später an verschiedene Fürsten und Klöster, an die das königliche Eigentum übertragen worden war. Von 1073 an war ein Reichsvogt in Goslar zur Wahrung der königlichen Interessen eingesetzt, der etwa ein Jahrhundert später wohl eigene Beteiligungen am Bergbau erlangt hatte (*Fessner, Friedrich u. Bartels* 2002 S. 35).

Um 1180 entwickelten sich die bekannten Konflikte zwischen Kaiser Friedrich Barbarossa und dem Welfenherzog Heinrich dem Löwen, der unter anderem Ansprüche am Montanwesen und auf Goslar durchsetzen wollte und in diesem Zusammenhang 1181 Gruben und Hütten zerstört haben soll. Der Bergbau war bis zum Ende des 12. Jahrhunderts in jeder Hinsicht zu einem bedeutenden Faktor geworden, wobei dies nicht, wie in der älteren Literatur oft angenommen, nur für den Rammelsberg bei Goslar zutrifft, sondern für den ganzen Komplex des Montanwesens im nordwestlichen Harz. Er war der entscheidende wirtschaftliche Faktor für die Harzregion und die Stadt und wohl ausschlaggebend für die Gründung Goslars und seine Ausgestaltung zu einem Zentrum königlicher bzw. kaiserlicher Macht (*Fessner, Friedrich u. Bartels* 2002, S. 36). Zahlreiche Kaiseraufenthalte, Fürstenversammlungen und Treffen geistlicher und weltlicher Repräsentanten der Macht im mittelalterlichen Reich waren Großveranstaltungen im Gefolge dieser auf das Montanwesen gestützten Entwicklung.

Wohl 1157 waren unter nicht ganz geklärten Umständen die Anrechte der königlichen/kaiserlichen Zentralgewalt am Montanwesen anderen übertragen worden, darunter Heinrich dem Löwen und dem Kloster Walkenried. Wohl als Konsequenz aus den Übertragungen wurde ein Jahr später das Bergregal auf dem Reichstag von Roncaglia formuliert. Um diese Zeit zog sich die Zentralgewalt aus ihrer aktiven Rolle im Montanwesen zurück, und regionale Kräfte erlangten rasch Gewicht.³

Im Hüttenwesen setzten nach 1200 bedeutende Wandlungen ein, indem neue Schmelztechniken eingeführt und die Anlagen bedeutend verändert wurden. Man begann nun, die Blasebälge der Hütten mit Wasserkraft anzutreiben und die Öfen erheblich zu vergrößern. Die Hütten wurden in die Täler an die größeren Wasser-

2 Abdruck in *Bode*: Urkundenbuch Goslar, Bd. 1, Nr. 401, S. 408–412 (lateinischer Text) und ebd., Nr. 401 a, S. 412–418 (mittelniederdeutscher Text).

3 Diese Vorgänge werden eingehend diskutiert in: *Christoph Bartels*: Die Stadt Goslar und der Bergbau im nordwestlichen Harz von den Anfängen bis zum Riechenberger Vertrag von 1552. – In: Karl Heinrich Kaufhold u. Wilfried Reininghaus: Tagungsband »Stadt und Bergbau«. – Münster 2004 (im Druck).

läufe verlegt. Zu Beginn des 14. Jahrhunderts bestanden im Nordwestharz um 50 derartige Talhütten (*Rosenhainer* 1968, S. 56–77).⁴

1235 wurde das im Gefolge der Konflikte mit Heinrich dem Löwen von der Krone eingezogene Welfenherzogtum an Herzog Otto (gen. das Kind) neu verliehen, und zwar unter Einschluss des Rammelsbergs⁵ und der Reichszehnten aus dem Bergbau. Es gab zu dieser Zeit bedeutenden Bergbau auch im Oberharz. Als dessen Beteiligte sind Klöster, Angehörige des Niederadels und Goslarer Bürger auszumachen. Die Welfenherzöge verpfändeten bald ihre Regalrechte am Bergbau gegen Darlehen, wobei einflussreiche Vertreter der Genossenschaft der Montanen und Silvanen sowie der Rat der Stadt Goslar den Herzögen immer wieder Geld liehen und dafür Berechtigungen an Bergwerken und Waldungen pfandweise erwarben. Vom Ende des 13. Jahrhunderts an, verstärkt nach 1310, bemühte sich der Goslarer Rat systematisch und erfolgreich darum, Einfluss und Besitz im Montanbereich an sich zu ziehen. Eine wichtige Rolle spielte in diesem Zusammenhang das um 1186 durch den Reichsvogt Volkmar von Goslar und seine Frau Helene gegründete Kloster Neuwerk. Dieses Damenstift entwickelte sich rasch zu einer Institution, in der zahlreiche weibliche Mitglieder der Goslarer Patrizierfamilien untergebracht waren, und das von etwa 1220 an umfangreiche Güter, nicht zuletzt an Bergwerken und Hütten, erwarb und übereignet bekam. Von 1304 an standen seiner Güterverwaltung stets zwei Provisoren aus den Reihen des Goslarer Rates vor. Bald bildete das Kloster eine Art städtischer Liegenschaftsverwaltung. Im Jahr 1355 hatte es maßgeblichen Anteil an rd. 30 größeren Bergwerksarealen im Nordwestharz, an mehr als einem Dutzend Hüttenanlagen und an zahlreichen Gruben des Rammelsbergs (*Bartels* 2001 b, S. 65f.). Der Goslarer Rat ließ um 1360 als Teil seiner systematischen Bemühungen um das Montanwesen die geltenden Bergrechte in einem Kodex mit über 200 Paragraphen niederschreiben (Textedition: *Frölich* 1953, S. 28–94; vgl. *Bornhardt* 1931, S. 56–69 u. 311–347).

Mittelalterliche Strukturkrise und neuer Aufschwung im 15. Jahrhundert

Um diese Zeit kulminierte eine vom Beginn des 14. Jahrhundert zu beobachtende negative Entwicklung zu einer schweren Krise des Montanwesens; es ist nicht möglich, hier auf die Einzelheiten einzugehen. Als Faktoren sind zu nennen:

1. Erschöpfung reicher Erze
2. Eine Klimaverschlechterung um 1320
3. Die große Pestpandemie nach 1347 und ihre einschneidenden Folgen
4. Die allgemeine Verteuerung der Arbeitskraft im Gefolge der Pest

4 Zur Entwicklung des Hüttenwesens auf der Basis der Erze des Rammelsbergs ist eine Monographie in Vorbereitung (Erscheinen für 2004 im Rahmen der »Veröffentlichungen aus dem Deutschen Bergbau-Museum Bochum, Schriftenreihe »Montanregion Harz« geplant): *Christoph Bartels, Michael Fessner, Lothar Klappauf u. Friedrich A. Linke: Metallhütten und Verhüttungsverfahren des Goslarer Montanwesens vom Mittelalter bis zum 17. Jahrhundert nach Schriftquellen und archäologischen Befunden.*

5 Zum Bergbau am Rammelsberg ist noch immer maßgeblich: *Bornhardt* 1931.

5. Der Zwang zu Investitionen größeren Stils zur Lösung technischer Probleme
6. Die Besitz- und Rechtsstruktur des mittelalterlichen Montanwesens.

Zusammengenommen führte dies zu einer umfassenden Strukturkrise des Montanwesens im Harzraum, die um 1360 in einen fast gänzlichen Stillstand der Aktivität sowohl in Goslar als auch im Oberharz mündete (*Bartels 1997 a*, S. 42–51).

Um 1400 begann sich im Montanwesen des Nordwestharzes neue Aktivität zu regen. Zwei Kräfte ergriffen die Initiative: Zum einen die Stadt Goslar und ihr Rat, zum anderen die Welfenfürsten als Herren des umgebenden Territoriums, die zunächst vor allem das Eisenhüttenwesen und den Eisensteinbergbau förderten (*Uhde 1965*, S. 349–351). Die Stadt Goslar konzentrierte sich zunächst vor allem auf den Rammelsberg vor ihren Toren. Dort hatten sich in den vorausgegangenen zehn Jahrhunderten des Betriebs die Reserven stark kupferhaltiger Erze weitgehend erschöpft; noch verfügbar waren erhebliche Massen schwach silberhaltiger Bleierze. Eine nach 1450 einsetzende und sich rasch steigernde Nachfrage nach Blei wurde, zusammen mit technischen Verbesserungen in der Verhüttung, zum Motor eines neuen Booms. Als höchst wichtig sollte sich erweisen, dass die Betriebsperiode vor 1360 die Erzvorkommen durch Stollen von bis über 1000 m Länge und Schächte schon weiträumig bis in Tiefen zwischen 150 und 200 m erschlossen hatte (*Bartels 1997 a*, S. 42–49; *Ders. 2004 b*, S. 24–35). Eine insgesamt stark sich belebende Wirtschaft in Mitteleuropa verlangte im Übrigen auf allen Ebenen nach dem Münzmetall Silber, das im Harzraum schon im Mittelalter in erheblichem Umfang abgebaut worden war. Hatte sich die Erzeugung von Silber bis ins Spätmittelalter hauptsächlich auf regelrechte Silbererze stützen können, so waren solche Vorkommen zwar immer noch wichtig, aber sie reichten bei weitem nicht mehr zur Deckung des Bedarfs. Die mittelalterliche Wirtschaft hatte sie weitgehend aufgebraucht. Kupfererze, insbesondere des Thüringer Raumes und Tirols, enthielten beträchtliche Anteile an Silber, und bis um 1460 waren großtechnische Verfahren entwickelt, die eine effektive Extraktion des Silbers aus dem Kupfer ermöglichten, der so genannte Seigerhüttenprozess. Zwecks Entsilberung des Kupfers wurde ein Vielfaches an Blei als Hilfsstoff benötigt. Obgleich es zu über 80 % recycelt und wieder eingesetzt werden konnte, war der Bleihunger der Seigerhütten enorm, Zehntausende Zentner wurden jährlich verbraucht, die mitteleuropäische Produktion an Blei reichte nicht hin, weshalb die Thüringer Seigerhütten Tausende Zentner Blei aus Polen und England importierten. Die Hüttenanlagen wuchsen zu regelrechten Fabriken heran, ihr Bedarf an Holzkohle war fast unbegrenzt und führte zur Abholzung gewaltiger Areale, ähnlich wie der Betrieb der Salinen wie etwa Lüneburg (*Suhling 1976*, passim; *Stromer 1995*, passim; vgl. auch *Kraschewski 1990*, S. 1–33).

Bei St. Andreasberg wird um 1480 erste Aktivität in den dortigen Silbererzlagern fassbar, es sollte aber bis in die 1520er Jahre dauern, bis sich ein Bergbauboom entfaltete und in seinem Gefolge die Stadt gegründet wurde (*Niemann u. Niemann-Witter 1992*, S. 152f.). Hier wie insgesamt im Oberharz, zunächst bei Grund und Wildemann, wenig später bei Zellerfeld und Clausthal, dann bei Lautenthal und Altenau engagierten sich die Welfenfürsten; mit besonderer Energie wurde Heinrich der Jüngere von Braunschweig-Wolfenbüttel (1489–1568, regierend seit 1514) tätig. Die systematische Gründung bzw. Privilegierung der Städte gehörte zu seinem montanistischen Förderprogramm (*Henschke 1974*, S. 24–30; *Jäger 1972*, S. 73–75).

Parallel dazu baute die Stadt Goslar den Bergbau am Rammelsberg aus, der seit den 1470er Jahren aufgrund der Bleinachfrage einen enormen Boom erlebte; das im Blei enthaltene Silber stellte ein höchst willkommenes Nebenprodukt dar und wurde der städtischen Münze zugeführt. Allerdings hatte die Stadt bzw. ihr Rat die Berechtigungen am Bergbau und an ausgedehnten Waldarealen zur Holz- und Holzkohleversorgung nur pfandweise von den Welfenherzögen erworben, wie erwähnt. Seit den 1470er Jahren sind Bestrebungen der Herzöge zu verzeichnen, die Pfänder wieder einzulösen. Der erwähnte Heinrich der Jüngere erlangte bald nach seinem Regierungsantritt die Mittel, um das in umfassender Weise zu realisieren und darüber hinaus in den Auf- und Ausbau des Bergbaus zu investieren. Es kam in diesem Zusammenhang zu heftigen Konflikten mit der Stadt Goslar, die 1527 zu militärischer Konfrontation führten; Kaiser, Reichstag und Reichskammergericht wurden bald involviert. Die Religionskämpfe, insbesondere der Schmalkaldische Krieg 1546/47, verschärfen und vertieften die Konfrontation zwischen aufstrebender Reichsstadt und frühmodernem Territorialstaat außerordentlich. Die politischen und militärischen Konstellationen nach dem Ende des Krieges erlaubten es dem Herzog, die Stadt 1552 seinen Bedingungen zu unterwerfen und damit den Bergbau im Nordwestharz ganz unter seinen Einfluss zu bringen (*Bartels* 2003 a, S. 23–28).

Die Welfenherzöge übernehmen die Initiative

Der Herzog betätigte sich – wie, noch verstärkt, dann auch sein Sohn und Nachfolger Julius (1528–1589, regierend seit 1568) – als fürstlicher Unternehmer, der das Montanwesen nutzte, um seine Staatsfinanzen auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Insbesondere Herzog Julius war hier sehr erfolgreich. Das Montanwesen stellte mit rd. 40 % aller Einnahmen der fürstlichen Kammer einen höchst bedeutenden Posten dar, 1579/80 flossen z. B. rd. 140.800 Gulden in die Kammerkasse (*Henschke* 1974, S. 342).

Das fürstliche Engagement führte dazu, dass die Landesverwaltung die Leitung und Organisation des Montanwesens an sich zog und den Einfluss der Grubenbesitzer bzw. –Teilhaber weitgehend zurückdrängte. Bergordnungen schrieben die Strukturen fest, eine hierarchisch gegliederte Bergbeamtenschaft setzte die staatliche Leitung in die Praxis um. Von besonderer und stetig anwachsender Bedeutung war die Teilhabe am Energielieferanten Wasser, der zum Betrieb von Pumpen und Fördereinrichtungen der Bergwerke, der Pochwerke zur Erzaufbereitung und der Blasebälge an den Schmelzöfen, aber auch der Sägewerke und verschiedener Mühlen mit Hilfe großer Wasserräder benötigt wurde. Weitreichende technische Entwicklungen während des 17. Jahrhunderts bewirkten, dass das Montanwesen irreversibel von immer aufwendigeren und immer stärker vernetzten Maschinenanlagen und damit von der Wasserkraft abhängig wurde (*Bartels* 1992 a, S. 107–117; 1988, passim).

Gegen Ende des 16. Jahrhunderts geriet das Montanwesen in einen Abschwung und dies nicht nur im Harzraum. Erneut kam es zur fortschreitenden Erschöpfung der Lagerstätten, die den Boom der Jahrzehnte zuvor getragen hatten. Die technischen Schwierigkeiten wuchsen an, die Kosten stiegen, viele Geldgeber zogen sich zurück. Als 1618 der Dreißigjährige Krieg begann, wurde der Abwärtstrend vielerorts zur Krise und führte bald zu völligem Stillstand.

Der nordwestliche Harz:
ein europäisches Montanzentrum des 17. bis 19. Jahrhunderts

Nicht so im Harz.⁶ Zwar war auch hier der Betrieb erheblich eingeschränkt, nicht zuletzt litt er unter dem »Verlaufen« der Bergleute, die sich zum Kriegsdienst anwerben ließen oder bei den zahllosen »Kipper und Wipper« Münzstätten mit ihrem minderwertigen Massenausstoß raschen Verdienst erhofften. Auch hier waren die lohnenden Erzvorräte stark im Schwinden begriffen. Aber 1632/33 erreichte ein neues technisches Verfahren den Harz, das Sprengen mit Schwarzpulver im Bergwerksbetrieb. Erstmals 1617 im Vogesenraum nachweisbar, hatte es zögernd Eingang in den Bergbau der Slowakei und Böhmens gefunden, ohne dort zunächst besondere Bedeutung zu erlangen.⁷ Im Harz traf die neue Technik auf Lagerstätten, die optimale Bedingungen für ihre Anwendung boten: mächtige Bleiglanzvorkommen mit mittleren bis guten Silbergehalten von oft erheblicher Härte, deren Gewinnung in Handarbeit sehr schwierig und aufwendig und daher kostspielig war. Die Sprengarbeit erlaubte den Zugriff auf diese massenhaft vorhandenen Erze (*Bartels* 1992 a, S. 170–186).

Es gelang so, die Gewinnungsleistung ganz erheblich zu steigern und den Rückgang des durchschnittlichen Silbergehalts im Erz durch Fördersteigerung mehr als zu kompensieren. Damit begann der Aufstieg des Harzes zu einem europäischen Montanzentrum. Die Fördermengen stiegen in der Folge rasant an, damit die Ausdehnung von Anlagen zur Förderung, Aufbereitung und Verhüttung. Die Hohlrumschaffung unter Tage beschleunigte sich. All das ließ den Bedarf an Wasserkraft gewaltig ansteigen: Pumpen und Fördermaschinen, Pochwerke und Blasebälge der Hütten waren in rasch wachsender Zahl zu installieren. Lagerstättengestalt und Geländebeschaffenheit machten weiträumige Vernetzungen dieser Anlagen nötig. Der ununterbrochene Lauf der Maschinen im Bergwerk, insbesondere der Pumpen, wurde zur unverzichtbaren Bedingung des Bergbaubetriebs. Gewaltige Wasserbauaktivitäten zwischen 1640 und 1680 waren die Folge der neuen Entwicklungen, mit denen tiefe soziale Umschichtungen einhergingen (*Bartels* 1992, S. 180–219; 1988, passim). Die Gewinnung war bald so gut wie ganz auf das Sprengen umgestellt. Das zog die rasche Entstehung der Arbeiterkategorie der Bohrhauer nach sich: Schicht für Schicht hatten sie Löcher für die Sprengungen zu bohren, eine einfache, ja fast stumpfsinnige Beschäftigung, die vor allem Körperkraft verlangte, sonst nicht viel.

6 Die nachfolgenden Ausführungen basieren weitgehend auf einer umfangreichen Studie des Verfassers zur Entwicklung des Oberharzer Bergbaus zwischen 1635 und 1866 (*Bartels* 1992). Dort wird ein breites Belegmaterial dargeboten und im Detail diskutiert. Es wird im Folgenden auf entsprechende Abschnitte dieser Untersuchung verwiesen.

7 Obgleich *Francis Pierre* schon 1993 nachwies, dass schon 1617 in Le Thillot in den Vogesen die Bohr- und Schießarbeit eingesetzt wurde (*Pierre* 1993), wird immer wieder Schemnitz 1627 als erster Beleg für diese Technik angeführt. Es ist damit zu rechnen, dass auch der Beleg für die Vogesen nicht die ersten Anfänge dieser Technik dokumentiert. Man gewinnt vielmehr den Eindruck, auch dort sei die Kenntnis von der Anwendung des Schießpulvers zum Sprengen eventuell von einem von Auswärts kommenden Kundigen bekannt gemacht worden.

Es wurde möglich, die Lücken in den Belegschaften durch Bauernsöhne aus dem Umland aufzufüllen.

Die Landesherrschaft gab im Zug der neuen Entwicklungen dem Drängen ihrer Bergbeamten nach, sich am Bergbau beteiligen zu dürfen, um auch auf diesem Weg am Montanwesen profitieren zu können; die Beamten wurden zu Mitunternehmern. In den 1680er Jahren sanktionierten die Landesherren ein Verfahren der »Austeilung«, das jedem Beamten – in nach seiner Position in der Hierarchie gestaffeltem Umfang – Anteile an jeder neu aufgenommenen Grube seines Arbeitsbereichs zuwies (*Bartels* 1992 a, S. 217f.). Die im neuen Abbauverfahren gewinnbaren Vorräte wurden wieder schmaler, man wünschte seinerzeit dringend, neue Reserven zu erschließen und bemühte sich verstärkt um Kapitalbereitstellung zu diesem Zweck.

Dies gelang zunehmend. Die unternehmerische Mitbeteiligung der Beamten-schaft hatte einen doppelten Effekt: Wer den Aufschluss von neuen Lagerstättenbe-reichen herbeiführen konnte, dem winkten erhebliche Einnahmen, dasselbe galt für Maßnahmen zur Verringerung der Kosten. Es entfaltete sich eine Phase intensiver Erkundung und Prospektion einerseits und technischen Experimentierens anderer-seits. Schließlich gelangte der Bergbau im Hannoverschen Oberharz unter die Leitung eines besonders befähigten Montanisten, des Berghauptmanns Heinrich Albert von dem Busch (1664–1731, 1689 Bergamtsauditor, 1692 Vizeberghaupt-mann, 1695 Berghauptmann, 1713 zusätzlich Minister in Hannover). Als sehr befähigter Organisator erkannte er die Notwendigkeit von grundlegenden Umstruk-turierungen in der Bergbauverwaltung und setzte sie durch. Er erreichte die Schaf-fung besonderer, bankartiger Bergbaukassen, die zunächst aus einer Besteuerung von Bier und Branntwein ihre Einlagen erhielten. Sie standen uneingeschränkt in der Verfügungsgewalt des Bergamtes. Ihre Mittel wurden eingesetzt, um u. a. Pro-spektionsarbeiten zu finanzieren. Hatten diese Arbeiten Erfolg, waren die Kassen nunmehr zum Empfang erzielter Gewinne berechtigt. Kurz gesagt, vom Busch mobilisierte Risikokapital, übrigens bei nicht unerheblicher eigener Beteiligung. Seinen Zeitgenossen galt er als bedeutendster »Entrepreneur« des Harzbergbaus (*Bartels* 1992 a, S. 285–290; 295–300). Die Bemühungen, die um 1695 in Gang gesetzt wurden, führten bis 1708/09 zu spektakulären Erfolgen. Man erschloss unter der Clausthaler Hochfläche Erzvorkommen, die sich in den Jahrhunderten zuvor unter einer sumpfigen Oberfläche dem Zugriff entzogen hatten. In deren oberen Berei-chen waren noch reiche Silbererze vorhanden, die sich anderswo schon im Mittel-alter durch den Abbau erschöpft hatten (*Bartels* 1992 a, S. 300–306).

Soziale Konsequenzen

Die Beteiligung der Bergbeamten motivierte diese zu höchsten Anstrengungen, um aus dem Fund maximalen Gewinn zu ziehen; die Landesherren und ihre Beamten-schaft profitierten in diesem Zusammenhang gleichermaßen. Einzelheiten können hier nicht erläutert werden. Es waren Millionen Taler, die an Gewinnen flossen. Als besonders glücklich erwies sich der Umstand, dass die genannten Kassen an den neuen, prosperierenden Gruben erheblich beteiligt waren, weil sie die Sucharbeiten finanziert hatten. Nunmehr flossen ihnen Mittel zu, die eine enorme Steigerung der Aktivitäten zuließen, Investitionen großen Stils, die einen Modernisierungsschub zur

Folge hatten. Der Harzbergbau erreichte wirtschaftlich seine »goldenen Jahre«. Allerdings verschlechterte sich die Lage seiner Beschäftigten, um 3500 Berg- und Hüttenleute und ihrer Familien, bedingt durch Rationalisierung, Bevölkerungswachstum und einen allgemeinen Anstieg der Preise kontinuierlich. Schon in den letzten Jahren des 17. Jahrhunderts kam es daher zu sozialen Spannungen, die sich 1738 in Streiks, Protestmärschen, Eingaben usw. äußerten, all dies illegal und von der Obrigkeit als »Aufstand« qualifiziert. Die Proteste waren eng verbunden mit religiösen Auseinandersetzungen, die sich aus einer Zuwendung der Bergleute zum Pietismus und damit verbundenen Abwendung von der Amtskirche ergaben. Die Stimmung war gereizt und feindselig und in den Auseinandersetzungen von 1738 verhinderten nur glückliche Umstände ein blutiges Ende der Konfrontation (*Wisotzky* 1987, passim; *Bartels* 1992a, Kap. 6 und 9; *Bartels* 1994, passim).

Die Obrigkeit ließ eine umfangreiche und penible Untersuchung anstellen, annähernd 700 Bergleute (von rd. 3500) wurden teils stundenlangen Einzelverhören unterworfen. Die Behörden waren durch die Entdeckung verunsichert, dass es sich um eine von langer Hand geplante Aktion der Bergarbeiterschaft gehandelt hatte, und dass es eine Gruppe von Leitern und Organisatoren des Protestes gab, von denen nur wenige zufällig enttarnt werden konnten. Besonders beunruhigt waren Regierung und Bergamt, dass während der laufenden Untersuchung massenhaft Protestunterschriften zur Unterstützung von angeblichen »Rädelsführern« gesammelt und präsentiert werden konnten, ohne dass man diese Aktivität irgendwie bemerkte bzw. der Organisatoren habhaft werden konnte. In bemerkenswerter Geschlossenheit gaben die Bergleute nichts preis, was nicht offenkundig ohnehin bekannt war. Nach außen wurde den Aktionen der Bergleute seitens der Obrigkeit in scharfen Worten alle Berechtigung abgesprochen. Aber intern konnten Regierung wie Bergamt nicht umhin, eine tatsächliche Pauperisierung der Bergarbeiterschaft zu konstatieren, de facto kam man zu dem Schluss, nicht nur bestimmte Forderungen mindestens teilweise erfüllen, sondern den »herrschaftlichen Bergarbeitern«, wie sie sich selbst bald nannten (vgl. *Lauffer* 1998; *Bartels* 1992a, S. 350–353), auch bestimmte Mindestrechte ihres Standes zugestehen zu müssen, darunter auch das grundlegende Recht auf einen auskömmlichen Verdienst, der jedenfalls Notzustände nicht aufkommen ließ. Von da an war es stets befolgte Praxis, in Konfliktfällen ein Krisenmanagement in Gang zu setzen, das Kompromisse suchte und in aller Regel fand. Die Obrigkeit hatte gehörigen Respekt vor ihren Bergleuten. Als 1769 in Hannover gesetzliche Feiertage abgeschafft wurden, galt das im ganzen Land – nur nicht im Oberharz, wo man das Edikt auf Empfehlung der Bergbauleitung gar nicht erst bekannt machte. Dies wurde ausdrücklich mit der Furcht vor sozialem Aufruhr begründet (*Bartels* 1992a, S. 342–353; 1994, passim).

Neue Technologien im Übergang zur Industrialisierung

Im Zuge des Auf- und Ausbaus der Gruben in den neu erschlossenen Erzvorkommen wurden die Wasserkraft – Potentiale bis an ihre Grenzen ausgenutzt, dies wurde bald als Fessel für eine Weiterentwicklung des Bergbaus erkannt. Gelände und Klima setzten hier Grenzen, die nicht mehr überschritten werden konnten. Schon frühzeitig hatte daher die Suche nach Motoren eingesetzt, die das Wasserrad zu

ersetzen vermochten. »Feuermaschinen«, also Dampfmaschinen, schieden aus, denn sie würden eine Konkurrenz um die Nutzung des ohnehin knappen Brennstoffes Holz heraufbeschwören, wie man früh feststellte. Aber man befasste sich seit Beginn des 18. Jahrhunderts in Kontakt mit bedeutenden Technikern des In- und Auslands mit der Entwicklung durch Kolben getriebener Motoren, bis 1747/48 Georg Winterschmidt mit der Konstruktion einer funktionsfähigen Wassersäulenmaschine der Durchbruch gelang. Begleitet von unendlichen Querelen gelang es ihm und seinen Förderern in der Bergbauverwaltung, ein Großprojekt durchzusetzen: 1752 bis 1756 wurden nach diversen Prototypen 11 große Maschinen gebaut und als vernetzte Großanlage installiert, um mit ihrer Hilfe eine vor Jahrzehnten ersoffene aber bekanntermaßen sehr hoffnungsvolle Lagerstätte auszupumpen, den sog. Bockswieser Gangzug. Das gewaltige Unternehmen war nach mehreren Anläufen zu mehr als 85 % durchgeführt, als 1761 neuerdings die Versorgung mit Antriebswasser nicht hinreichte, um die Gruben vollends auszupumpen. Man arbeitete die Pläne noch aus, um auch dieses letzte Problem zu bewältigen. Aber die Politik beendete das Projekt – vermutlich kurz vor seinem endgültigen Erfolg. Die Kammer in Hannover bewilligte 6 000 Taler nicht, die zur Behebung der Knappheit an Aufschlagwasser noch benötigt worden wären. Fünfzig Jahre später wurden groß dimensionierte Wassersäulenmaschinen zum technischen Fundament eines europaweit bewunderten frühindustriellen Harzer Montanwesens (*Bartels 1997b, passim*).

Mit den knapp umrissenen sozialen und technischen Entwicklungen bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts war die Entwicklung des Harzer Montanwesens am Fuße des Industrialisierungsprozesses angelangt, der dann zwischen etwa 1760 und 1830 den Harzbergbau in eine frühe Montanindustrie verwandeln sollte. Diese wiederum gab das Fundament dafür ab, dass die Lagerstätten der Region noch bis Ende des 20. Jahrhunderts unter Weltmarktbedingungen einen rentablen und hochmodernen Bergbau gestatteten (vgl. *Bartels 1988 b; 1992b*). Im Frühmittelalter wurde der Nordwestharz montanistische Gewerbezone, bis ins 20. Jahrhundert behielt die Region diesen Charakter bei. (*Bartels 2002, passim*).

Bergbau – eine »Großveranstaltung«?

Kann man die hier angerissenen Entwicklungen mit der Begrifflichkeit »Großveranstaltung« näher fassen und aus dem Vergleich mit Wallfahrten oder Reichsparteitagen, Wanderkönigtum oder Weltausstellung, Messen, frühen Marktorten und Olympiaden besser verstehen und einordnen? In meinen Augen ist das nicht der Fall, die Unterschiede überwiegen doch.

Lagerstätten sind Anteile geologischer Strukturen der Erdkruste und in ihrem Verhältnis zu historischen Zeitdimensionen stationär, womit auch die Aktivitäten zu ihrer Untersuchung, Erschließung, Gewinnung, Förderung und Aufbereitung notwendig sowohl stationär als auch über zumeist lange Zeiträume gespannt sind. Der Bergbau erzeugt aus Mineralstoffen unterschiedlichster Art Rohstoffe, aus denen in vielfältigen Schritten der Weiterverarbeitung Güter der verschiedensten Art entstehen und in die Waren- und Wirtschaftskreisläufe eingespeist werden, von Hosenkнопf bis Kanone, von Geldstück bis Eisenbahnschiene, von Königskrone bis Salz

auf dem Frühstücksei, von Teerbelag auf der Straße bis Treibstoff für Flugzeuge, von Plastikflasche bis Strom aus dem Kohlekraftwerk.

Es ist ferner kennzeichnend, dass Bergbau Kontinente und Epochen übergreifend unverzichtbare Grundlage jedweder irgend Technik basierten Zivilisation ist. Von seinen Anfängen bis heute sind ihm immer gleiche Grundrichtungen eigen: Zertrümmerndes Eindringen in den Untergrund, Transport des Stückguts zur Oberfläche, Zerkleinerung, Sortierung in Brauchbares und Unbrauchbares, Konzentrieren der Wertstoffe, Abtransport zur Weiterverarbeitung. Als Voraussetzungen sine qua non sind ferner zu bewältigen: Die Entwässerung der geschaffenen Grubenbaue und deren Versorgung mit Frischluft, ihre Beleuchtung, ihre Stabilisierung und die kontinuierliche Pflege und Erhaltung der vielfach umfangreichen Einbauten und Einrichtungen für diese Zwecke. Bergbau ist zwar häufig (aber nicht notwendiger Weise) Großoperation. Es gibt Beispiele von jahrhundertelanger Bearbeitung von Lagerstätten bis in die Neuzeit hinein mit nicht mehr als 20 oder 30 Bergleuten. Das Resultat sind dennoch sehr erhebliche, prägende Eingriffe in die Kulturlandschaft (*Bartels* 2003b, passim; vgl. auch *Bartels* 1986, passim).

Ein besonderer Aspekt des Bergbaus ist oftmals gerade seine Kontinuität über Epochen hinweg (*Segers-Glocke* 2000; *Segers-Glocke u. Witthöft*, 2000, jeweils passim; *Fessner, Friedrich u. Bartels* 2002, S. 33–62). Er hat nicht im Vorhinein definierten Anfang und Ende wie eine Messe, ein Parteitag, eine Sportveranstaltung. Am Nordhang des Rammelsbergs vor den Toren Goslars z.B. fand von der späten römischen Kaiserzeit bis 1988 auf und vor allem unter einem Gelände von noch nicht einmal 500 m Breite, 1.000 m Länge und bis in 600 m Tiefe Bergbau statt, der zwischen etwa 950 und 1988 nur einmal, ca. 1360 bis 1400 für längere Zeit unterbrochen wurde. Über gesellschaftliche Umbrüche von größter Tragweite hinweg entwickelte sich hier die Grundoperation Bergbau von Handarbeit mit einfachsten Mitteln zu modernster Großtechnologie des Industriezeitalters, indem jede Generation von Bergleuten der nächsten die Gruben, Anlagen, Geräte, Arbeitsregeln, Erfahrungen, Gewohnheiten, wissenschaftliche Erkenntnisse des Arbeitsfeldes, Mythen und Legenden weiter reichte, ein Faden, ausgesponnen längs der Berührungslinie von menschlicher Gesellschaft und ihren geogenen Grundlagen von Tausenden von Händen über weit mehr als ein Jahrtausend hinweg (*Bartels* 2001), geplagt auch von den Unbilden des politischen Alltags, wie sie Herrscher von Otto dem Großen bis Gerhard Schröder ihren Untertanen so zumuten. Man mag dies eine »singuläre Großveranstaltung« nennen. Mit frühen Handelszentren, mittelalterlichen Fluchtburgen, Reisekönigtum, Wallfahrten, Märkten und Messen, Truppenübungsplätzen, Reichsparteitagen, Olympischen Spielen sowie Weltausstellungen im allgemeinen und Besonderen hat Bergbau in unterschiedlichster Weise zu tun, indem er eine der Grundlagen eines kunterbunten Treibens ist, das ohne die bergbaulich gewonnenen Materialien und ihre gesellschaftliche Verwertung jeweils gar nicht möglich gewesen wäre: Wallfahrt, Reichsparteitag, Reisekönigtum Olympiade, oder was immer sonst es sein mag: Ohne Bergbau funktioniert spätestens seit der Bronzezeit keine Verrichtung (und damit auch keine Großveranstaltung) mehr, die irgend auf Geräte und Gebäude angewiesen ist.

Die abschließende These lautet, dass Bergbau in seinen bestimmenden Faktoren etwas fundamental anderes ist, als Reisekönigtum, olympische Spiele, Fluchtburgen

oder Truppenübungsplätze, auch wenn er mit all dem durchaus (verschieden geartete) Berührungsfelder hat. Aber er ist auf einem anderen Niveau angesiedelt: Er ist eine der unverzichtbaren Grundlage all dessen – und übrigens ein Feld, das selbst Großveranstaltungen episodischer wie periodischer Art hervorbringt. Hinzuweisen ist auf Zu- und Abwanderungen von Bergleuten, Goldrush-Phänomene, Massenversammlungen aus diversen Anlässen, Bergfeste usw. Indessen dürfen Begleiterscheinungen nicht mit den Grundlagen verwechselt werden: Sie begleiten den Bergbau, machen ihn aber nicht aus

Summary

The development of mining in the Northwestern Harz region at the beginning of industrialization: “Mining as a large event?”

Mining of metals and other useful minerals belongs to the fundamental operations of human civilisation since thousands of years. The Harz-mountains in north-western Germany are a good example for the long-time developments of this branch in its economical, technical, organisational, social and ecological dimensions. Between the beginnings in the bronze-age and the closure of the last two mines in 1988 and 1992 the mines, installations, tools, rules of work, experience, habits, scientific knowledge on metals, myths and legends of the Harz mining-district were handed over from one generation to the next in a never ending chain of activities. What happened in the field of mining and metal production did base mass events as different as Olympics, trade-fairs, party-conferences pilgrimages and so on. At least since the bronze-age no human activity demanding equipment and buildings – including large-scale events – was possible without using products of mining. But being the base of those (and a plenty of other) activities mining is not on one scale with those events. It is characterized by long duration, continuity, has no defined beginning and end – in a word it has no event-character. It does include and is accompanied by large-scale events like mass meetings, special mining celebration days or gold-rush phenomena. But mining it is not sufficiently characterized by the topics of mass events. The conclusion is, therefore, that mining in its basic characteristics is fundamentally different from mass-events like Olympics, trade-fairs or large conferences.

Bibliographie

- Bartels, Christoph* (1986): Schieferdörfer. Dachschieferbergbau im Linksrheingebiet vom Ende des Feudalzeitalters bis zur Weltwirtschaftskrise (1790 bis 1929). – Pfaffenweiler.
- Bartels, Christoph* (1988a): Das Wasserkraft-Netz des historischen Erzbergbaus im Oberharz. Seine Schaffung und Verdichtung zu großtechnischen Systemen als Voraussetzung der Industrialisierung. – In: Technikgeschichte 56, S. 177–192.
- Bartels, Christoph* (1988b): Das Erzbergwerk Rammelsberg. Die Betriebsgeschichte von 1924 bis 1988 mit einer lagerstättenkundlichen Einführung sowie einem Abriss der älteren Bergbaugeschichte. – Goslar.
- Bartels, Christoph* (1992a): Vom frühneuzeitlichen Montangewerbe zur Bergbauindustrie. Erzbergbau im Oberharz 1635–1866. – Bochum (Veröffentlichungen aus dem Deutschen Bergbau-Museum Bochum, 54).
- Bartels, Christoph* (1992b): Das Erzbergwerk Grund. Die Betriebsgeschichte des Werkes und seiner Vorläufergruben Hilfe Gottes und Bergwerkswohlfahrt von den Anfängen im 16. Jahrhundert bis zur Einstellung 1992. – Goslar: Preussag AG Metall.
- Bartels, Christoph* (1994): Soziale und religiöse Konflikte im Oberharzer Bergbau des 18. Jahrhunderts: Ursachen, Hintergründe, Zusammenhänge. – In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 66, S. 79–104.
- Bartels, Christoph* (1997a): Strukturwandel in Montanbereichen des Mittelalters und der frühen Neuzeit in Abhängigkeit von Lagerstättenstrukturen und Technologie. – In: Gerhard, Hans-Jürgen [Hrsg.]: Struktur und Dimensionen. Festschrift für Karl Heinrich Kaufhold. Band 1: Mittelalter und Frühe Neuzeit. Stuttgart, S. 24–70.
- Bartels, Christoph* (1997b): Georg Winterschmidt's Water Pressure Engines in the Upper Harz Mining District, 1747–1763: Plans, Experiments, Problems, results. – In: ICON. Journal of the International Committee for the History of Technology 3, S. 23–43.
- Bartels, Christoph* (2001a): Die Geschichte des Bergbaus am Rammelsberg, ein Überblick. – In: Roseneck, Reinhard [Hrsg.]: Der Rammelsberg. Tausend Jahre Natur-Mensch-Technik. Goslar, S. 44–83.
- Bartels, Christoph* (2001b): Die Zisterzienser im Montanwesen des Mittelalters. Die Bedeutung ihrer Klöster für den Bergbau und das Hüttenwesen des Harzes. – In: Der Anschnitt 53, H. 2–3, S. 58–70.
- Bartels, Christoph* (2002): Industrialisierung im Oberharzer Bergbau 1750 bis 1913. – In: Pierenkemper, Toni [Hrsg.]: Die Industrialisierung europäischer Montanregionen im 19. Jahrhundert. Stuttgart, S. 19–58.
- Bartels, Christoph* (2003a): Der Erzbergbau im nordwestlichen Harz an der Wende zwischen Mittelalter und Neuzeit. – In: Ingenhaeff, Wolfgang u. Bair, Johann [Hrsg.]: Schwazer Silber – vergeudeter Reichtum? Verschwenderische Habsburger in Abhängigkeit vom oberdeutschen Kapital an der Zeitenwende vom Mittelalter zur Neuzeit. Innsbruck, S. 11–34.
- Bartels, Christoph* (2004a): Die Stadt Goslar und der Bergbau im nordwestlichen Harz von den Anfängen bis zum Riechenberger Vertrag von 1552. – In: Kaufhold, Karl Heinrich u. Reininghaus, Wilfried [Hrsg.]: Tagungsband »Stadt und Bergbau«. – Münster (im Druck).
- Bartels, Christoph* (2004b): Der Bergbau des nordwestlichen Harzes im 14. und 15. Jahrhundert. – In: Tasser, Rudolf u. Westermann, Ekkehard: Der Tiroler Bergbau und die Depression der europäischen Montanwirtschaft im 14. und 15. Jahrhundert. Innsbruck/Wien/München/Bozen 2004, S. 19–44.
- Bode, Georg* [Hrsg.] (1893–1905): Urkundenbuch der Stadt Goslar und der geistlichen Stiftungen daselbst. Teile 1–4. – Halle.
- Bornhardt, Wilhelm* (1931): Geschichte des Rammelsberger Bergbaues von seiner Aufnahme bis zur Neuzeit. – Berlin (Archiv für Lagerstättenforschung, 52).

- Ebeling, Dietrich u. Mager, Wolfgang [Hrsg.]* (1997): Protoindustrie in der Region. Europäische Gewerblandschaften vom 16. bis zum 19. Jahrhundert. – Bielefeld.
- Fessner, Michael; Friedrich, Angelika u. Bartels, Christoph* (2002): »gründliche Abbildung des uralten Bergwerks«. Eine virtuelle Reise durch den historischen Harzbergbau. CD und Textband. – Bochum (Veröffentlichungen aus dem Deutschen Bergbau-Museum Bochum, Nr. 107, Montanregion Harz, 3).
- Frölich, Karl* (1953): Goslarer Bergrechtsquellen des früheren Mittelalters, insbesondere das Bergrecht des Rammelsberges aus der Mitte des 14. Jahrhunderts. – Gießen.
- Grunwald, Lutz* (2000): Der Oberharz und sein unmittelbares Vorland. Ein Abriss der Siedlungsgeschichte vor dem Einsetzen der schriftlichen Überlieferung im 8. Jahrhundert n. Chr.. – In: Segers-Glocke, Christiane [Hrsg.]: Spuren einer frühen Industrielandschaft. Hannover, S. 55–63.
- Henschke, Ekkehard* (1974): Landesherrschaft und Bergbauwirtschaft. Zur Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte des Oberharzer Bergbaugesbietes im 16. und 17. Jahrhundert. – Berlin.
- Jäger, Friedrich* (1972): Entwicklung und Wandlung der Oberharzer Bergstädte. Ein siedlungsgeographischer Vergleich. Diss. – Clausthal-Zellerfeld (Gießener Geographische Schriften, 25).
- Kaufhold, Karl Heinrich u. Reininghaus, Wilfried [Hrsg.]* (2004): Tagungsband »Stadt und Bergbau«. – Münster (im Druck).
- Klappauf, Lothar* (2003): Von der Altlast zum Denkmal – oder umgekehrt? In: Fansa, Mamoun u. Wolfram, Sabine [Hrsg.]: Müll – Facetten von der Steinzeit bis zum Gelben Sack, Begleitschrift zur Sonderausstellung Müll – Facetten von der Steinzeit bis zum Gelben Sack, vom 06. September bis 30. November 2003 in Oldenburg, anschließend in Hanau. – Mainz, S. 99–111.
- Kraschewski, Hans-Joachim* (1990): Quellen zum Goslarer Bleihandel (1525–1625). – Hildesheim.
- Kluge, Bernd* (2001): Sachsenpfennige und Otto-Adelheid-Pfennige. Anfänge und Dimensionen der Münzprägung in Magdeburg und Sachsen zur Zeit der Ottonen. – In: Puhle, Matthias [Hrsg.]: Otto der Grosse, Magdeburg und Europa, Bd. I, Essays, S. 417–426.
- Mohr, Kurt* (1978): Geologie und Minerallagerstätten des Harzes. – Stuttgart.
- Niemann, Hans-Werner u. Niemann-Witter, Dagmar* (1992): Die Geschichte des St. Andreasberger Bergbaus – ein Überblick. – In: Kaufhold, Karl Heinrich [Hrsg.]: Bergbau und Hüttenwesen im und am Harz. Hannover, S. 153–173.
- Pierre, Francis* (1993): Les mines de cuivre et d'argent de la Haute Moselle. Apparition et évolution des techniques de percement à ... poudre noire. Le Thillot (vosges). – In: Lotharingia V, S. 91–159.
- Rosenhainer, Franz* (1968): Die Geschichte des Unterharzer Hüttenwesens von seinen Anfängen bis zur Gründung der Kommunionverwaltung im Jahre 1635. Bearb. v. Werner Hillebrand u. Emil Kraume. – Goslar (Beiträge zur Geschichte der Stadt Goslar, 4).
- Segers-Glocke, Christiane [Hrsg.]* (2000): Auf den Spuren einer frühen Industrielandschaft. Naturraum – Mensch – Umwelt im Harz. – Hannover (Arbeitshefte zur Denkmalpflege in Niedersachsen, 21).
- Segers-Glocke, Christiane u. Witthöft, Harald [Hrsg.]* (2000): Aspects of mining and smelting in the Upper Harz Mountains (up to the 13th/14th century) – in the early times of a developing European culture and economy. – In: Sachüberlieferung und Geschichte. St. Katharinen (Siegener Abhandlungen zur Entwicklung der materiellen Kultur, 32 – Arbeitshefte zur Denkmalpflege in Niedersachsen, 22).
- Sperling, Herbert u. Stoppel, Dieter* (1979): Monographien der deutschen Blei-Zink-Erzlagerstätten 3: Die Blei-Zink-Erzgänge des Oberharzes, Lieferung 3: Beschreibung der Oberharzer Erzgänge. – Hannover (Geologisches Jahrbuch, Reihe D, 34).

- Steuer, Heiko* (2000): Die Ursprünge des Silber-Bergbaus im Mittelalter: Wirtschaft und Münzgeld. – In: Segers-Glocke, Christiane [Hrsg.]: Auf den Spuren einer frühen Industrielandschaft. Naturraum-Mensch-Umwelt im Harz. Hannover (Arbeitshefte zur Denkmalpflege in Niedersachsen, 21), S. 112–118.
- Stromer, Wolfgang von* (1976): Gewerbezviere und Protoindustrien im Spätmittelalter und Frühneuzeit. – In: Pohl, Hans [Hrsg.]: Gewerbe- und Industrielandschaften vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert. – Stuttgart 1986 (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 78), S. 39–111.
- Stromer, Wolfgang von* (1995): Die Saigerhütten-Industrie des Spätmittelalters. Entwicklung der Kupfer-Silber-Scheidkunst zur »ars conflatoria separantia argentum a cupro cum plumbuo«. – In: Technikgeschichte 62, S. 187–219.
- Suhling, Lothar* (1976): Der Seigerhüttenprozeß. Die Technologie des Kupferseigerns nach dem frühen metallurgischen Schrifttum. – Stuttgart.
- Uhde, Heinrich* (1965): Die Gutswirtschaft Immedeshausen (1225–1445) und der Besitz des Klosters Walkenried am Westharz. Als Msk. Gedruckt. – Oldenburg.
- Wisotzky, Klaus* (1987): Protestaktionen im Oberharzzer Bergbau 1600–1738, oder: »Von dem bösen principio, so unter denen bergleuthen herschet, dass nemlich keiner den anderen verraten müße«. – In: Der Anschnitt 39, S. 86–105.
- Ziechmann, Elga* (2001): Das Bergdorf. Goslars erste Bergmannssiedlung und ihre Kirche. – In: Roseneck, Reinhard [Hrsg.]: Der Rammelsberg. Tausend Jahre Mensch-Natur-Technik. Goslar Bd. 1, S. 146–165.

Monika Meyer-Künzel

Auswirkungen von Olympischen Spielen auf die Austragungsorte – Eine Typologie möglicher Risiken und Chancen für die Stadtentwicklung¹

Mit 18 Abbildungen

Deutschland bewirbt sich mit großen Hoffnungen und Erwartungen um die Olympischen Spiele 2012! Leipzig ist im März 2003 vom Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland aus insgesamt fünf Städten als nationale Bewerberstadt ausgewählt worden und wird sich nun in einer weiteren Runde der internationalen Konkurrenz stellen. Im frenetischen Jubel der Menschen in und um Leipzig spiegelten sich alle Verheißungen, die mit der Austragung der Spiele verbunden werden: wirtschaftliche Prosperität, ein glänzendes Image, Verbesserung des Stadtbildes und der Bauten. Diese Hoffnungen und Erwartungen veranlasste schon in der ersten Bewerbungsphase jede einzelne Stadt im Kandidatenfeld zu außergewöhnlichem Einsatz an finanziellen, personellen und planerischen Leistungen. Olympische Spiele sind etwas ganz Besonderes und ihre Planung unterliegt daher auch besonderen Vorzeichen.

Die Spiele für sich sind gemessen am betriebenen Aufwand (mit zwei Wochen) ein sehr kurzes Ereignis. Und doch gehören viele für Olympische Spiele errichtete Bauten zu den spektakulärsten und auch kostspieligsten der Architekturgeschichte. Zu nennen wäre das Zeltdach in München (1972), die Großstadion in Montreal (1976) und Berlin (1936), die konstruktiven Meisterleistungen der Hallen in Barcelona (1992) und Sydney (2000). Seit den ersten Spielen der Neuzeit 1896 in Athen gingen die Bilder und Berichterstattungen der Ereignisse um die Welt: Zuerst in den Zeitungen, in Filmen und Wochenschauen, dann im Fernsehen und nicht zuletzt im Internet wurden außer Stadien und Sporthallen auch das Bild der Stadt gezeigt. Dabei standen nicht immer nur um die sportlichen Wettkämpfe, sondern auch die Atmosphäre, die politische Stimmung und die organisatorischen Leistungen im Fokus des Interesses. Auf dieser Bühne wollen sich die Städte würdig präsentieren, ihr Image mit modernen Bauten und guter Organisation aufpolieren. Im Ergebnis erhofften sie sich Standortvorteile im international geführten Ringen um Investoren und Arbeitskräfte.

¹ Dem Beitrag liegt der Vortrag zugrunde, der auf der 29. Tagung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« (Hannover 25.–28. September 2002) gehalten wurde. Vergleiche dazu auch den Tagungsbericht von *Carl-Hans Hauptmeyer* in diesem Band!

Planungen für Großereignisse sind und waren stets Schlüsselprojekte der Stadtentwicklung. Doch politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen und Zwänge erhöhen den Rechtfertigungsdruck auf die Veranstalter. Die Frage, wie die gastgebenden Orte ihren Nutzen aus dem immensen Aufwand ziehen können, der für die Durchführung dieses Ereignisses mit internationaler Bedeutung betrieben wird, hat zunehmend an Bedeutung gewonnen.

Zuerst stehen die direkt im Zusammenhang mit dem Großereignis errichteten Bauten im Blickfeld des Interesses. Ein wichtiges Kriterium für eine nachhaltige erfolgreiche Durchführung ist eine rentable langfristige Nutzung der Sportstätten. Teilweise haben Austragungsorte von der Durchführung der Spiele mit Stadien für Spitzen- und Breitensport sowie Großveranstaltungen wie Konzerte profitiert, andere wiederum leiden noch heute an den negativen Folgen ihres Geltungsbedürfnisses, indem sie nicht ausgelastete Anlagen unterhalten, umbauen oder entfernen müssen.

Darüber hinaus dienen Projekte wie Olympische Spiele auch als Motoren für einen umfassenden Stadtumbau. Die Veranstaltungsorte versuchen, mit dem Schub des Großereignisses ihre städtische Entwicklung anzukurbeln und in allen Bereichen der Stadt große städtebauliche Veränderungen einzuleiten. Das Projekt genießt politische Priorität in der Stadt, der Region und der Nation. Dadurch können Kräfte auf verschiedenen Feldern mobilisiert und gebündelt werden: Die Planungs- und Entscheidungsprozesse werden verkürzt, interkommunale und -regionale Kooperationen werden bereitwilliger und effizienter eingelöst, außergewöhnliche finanzielle Mittel können eingeworben und planerische Absichten gebündelt werden. Auf der anderen Seite gehen die Städte planerische, politische und vor allem finanzielle Risiken ein. Aus diesem Grunde stellen sich die Verantwortlichen in den möglichen Olympiastädten die Frage, wie der Nutzen der Ausrichtung von Olympischen Spielen vorhergesagt, gesteuert und sogar berechnet werden kann.

Auf der Grundlage vergleichender historischer Forschung kann die These aufgestellt werden, dass die städtebaulichen und baulichen Konzepte von Großereignissen einer evolutionären Entwicklung unterliegen. Die Zahl, Größe und Ausstattung der Anlagen für Olympische Spiele hat mit der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akzeptanz von Sportveranstaltungen zugenommen. Damit wurde im Verlauf der Geschichte in immer stärkerem Maß eine die gesamte Stadt – sogar die Region – umfassende Planung notwendig. Wie bereits erwähnt, korrelierte vor allem im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit die Bedeutung der Spiele mit dem Nachweis eines langfristigen Nutzens für die Stadt.

Konzeptionen vergangener Großereignisse bieten Anhaltspunkte für eine Abschätzung der Risiken und Chancen, die Großereignisse für die Entwicklung ihrer Austragungsorte beinhalten. Daraus können zwar keine Rezepte, aber Denkansätze formuliert werden, mit denen eben diese Risiken minimiert und Chancen ergriffen werden können, die die Ausrichtung von Olympischen Spielen für die Stadt versprechen.

Dazu werden im Folgenden an einigen Beispielen die Risiken und Chancen der Planungen für Olympische Spiele für die städtebaulichen Entwicklungen aufgezeigt.

Das große Projekt – Unmaßstäblichkeit

In der Begeisterung über den Vorzug, vor anderen Städten Austragungsort zu werden, unterlagen viele Städte der Verführung der großen Projekte. Übersteigerte Ansprüche standen manchmal in starkem Kontrast zu langjährig entwickelten Planungskonzepten in den Städten.

In Montreal waren der Einfluss des Bürgermeisters *Drapeau* und dessen persönliches Wollen bestimmend für die Gestaltung der Nachnutzung der Expo'67 und die Planung der Olympischen Spiele 1976. Dabei fehlte es jedoch an einer konzeptionellen Planung für das gesamte Stadtgebiet.

Bereits vor dem 2. Welt-Krieg war an der Stelle des Olympiastadions von 1976 ein Sportpark vorgesehen, der nicht realisiert wurde. Doch eine dem Ort angemessene Umsetzung dieses Sportparkkonzepts im Parc Maisonneuve scheiterte an der ins Gigantische gesteigerten Architektur der Bauten für die Olympischen Spiele 1976. Die erforderlichen Dimensionen für die Sportanlagen erzeugten Baukörper, die den Maßstab der Umgebung sprengten. Und vor allem der Wunsch, mit einer spektakulären Architektur internationales Ansehen zu erlangen, ließ die Kosten explodieren. Die enormen Baukosten von 1,2 Mrd. Canada-Dollar sind bis heute nicht bezahlt. Ebenso ist es bis heute nicht gelungen, das Veranstaltungsgelände maßstäblich und funktional in die Stadt zu integrieren.



Abb. 1: *Montreal: Stadion der Olympischen Spiele 1976*
Beauregard 1972

Der individuelle Erfolg – Ungeregelte Stadtentwicklung

In denjenigen Städten, die nur über wenig Steuerungsmöglichkeiten der Stadtentwicklung und der privaten Investitionen verfügten, konnte die langfristige, sinnvolle, stadtverträgliche und wirtschaftliche Nachnutzung der Veranstaltungsgelände nicht immer sichergestellt werden.



Abb. 2: *London: Ausstellungshallen der Franco-British-Exhibition*
Luckhurst 1951

London war im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts wiederholt Schauplatz international bedeutender Großereignisse. Beginnend mit der ersten Weltausstellung 1851 fand hier eine weitere Weltausstellung 1862, verschiedene internationale und nationale Ausstellungen sowie zwei Olympische Spiele 1908 und 1948 statt. Die Ausrichtung der Events – und damit auch die Errichtung und Weiternutzung der Baulichkeiten – lag in der Verantwortung privater Gesellschaften. Aus den Faszilitäten der World Exhibition 1862, der Franco-British Exhibition, die zugleich die Olympischen Spiele des Jahres 1908 beherbergte, der British-Empire-Exhibition 1924/25 mit dem Wembley-Stadion (Austragungsort der Olympischen Spiele 1948) sowie einem weiteren Gelände in Kensington entwickelten sich in kurzem Abstand vier Messestandorte in London. Die Standorte machten sich gegenseitig Konkurrenz, ergänzten sich auch zeitweilig. Dennoch war jeweils aus wirtschaftlichen Gründen die Lebensdauer der Gelände begrenzt. Kommunale Stellen konnten auf die langfristige Nutzung der Flächen nur wenig Einfluss ausüben.

Der große Schritt – Schnelligkeit

In München waren die Olympischen Spiele 1972 Katalysator für eine beschleunigte Umsetzung bereits formulierter Entwicklungsmaßnahmen. Den Anstoß zur Bewerbung in die Austragung der Olympischen Sommerspiele gab im Oktober 1965 der damalige Präsident *Willi Daume*. Zunächst reagierte die Stadt verhalten: Zum einen wurden angesichts der deutschen Vergangenheit und des Standes der deutsch-deutschen Beziehungen wenig Erfolgsaussichten gesehen. Auf der anderen Seite erkannte vor allem der Oberbürgermeister *Hans-Joachim Vogel* schnell, welche Chancen sich mit der Durchführung eines Ereignisses dieser Größenordnung für Stadt und Region boten. Die Spiele waren der Beginn einer neuen Ära mit weit reichenden Maßnahmen. Der Flächennutzungsplan von 1963 formulierte ein monozentristisches Leitbild für die weitere Entwicklung der Stadt, das auch die Basis für den Ausbau der Verkehrswege bildete.

Alle Verkehrsbeziehungen führten sternförmig auf die Stadtmitte zu. Hier konzentrierten sich Dienstleistungseinrichtungen, kulturelle Institutionen und der Einzelhandel.

Der große Anstieg der Mobilität und veränderte Lebens- und Einkaufsgewohnheiten führten seit Mitte der 1970er Jahre dazu, dass verstärkt die Stadtteilzentren

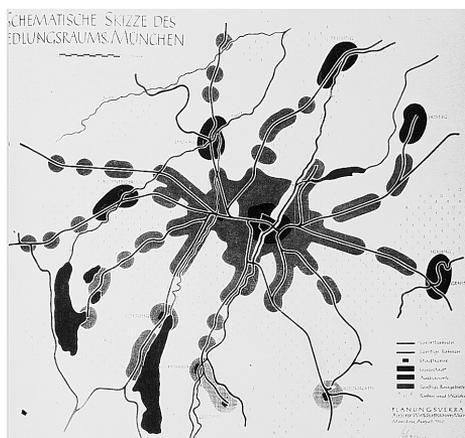


Abb. 3: München: Die schematische Darstellung des Siedlungsraumes zeigt die Konzentration auf den Stadtkern
München plant und baut. (1963)

zur Entlastung der Innenstadt entwickelt wurden. Das auf die Mitte der Stadt ausgerichtete Verkehrssystem und der Ausbau des ÖPNV waren aber schon so weit vorangeschritten, dass das Umsteuern zu einer hierfür besser geeigneten Netzstruktur nur sehr schwer möglich wurde.

München hat mit dem Schub der Spiele eine Entwicklung eingeleitet, die ohne diese so schnell nicht hätte verwirklicht werden können, aber sich auch wenig flexibel gegenüber aktuellen Anforderungen zeigte.

Der Lauf der Zeit – Wertewandel

Der ursprünglich erfolgreiche Betrieb der olympischen Sportparks wird mit der zunehmenden Kommerzialisierung des Sports immer schwieriger. Vor allem die Forderung nach Spezialanlagen bedroht in jüngster Zeit die vielseitig verwendbaren Stadien und stellt somit dieses Nachnutzungskonzept in Frage.

Ende der 1990er Jahre verlangten die in München ansässigen Fußballvereine nach einer modernen Fußballarena nach dem Vorbild der Spielstätten englischer, niederländischer oder italienischer Vereine. Nach einer mehrere Jahre andauernden Diskussion entschied man sich dafür, an der Peripherie Münchens eine neue Großarena zu bauen. Die Anlagen der Olympischen Spiele 1972 wurden unter Denkmalschutz gestellt. Mit dem Abzug des Fußballs entfällt die wichtigste wirtschaftliche Grundlage für den Betrieb des Olympiaparks. Die grandiose aber wenig veränderbare Architektur droht zu veröden.

Dem Stadion in Berlin stand vorerst ein ähnliches Schicksal bevor. Ende der 1990er Jahre wurde aus wirtschaftlichen Gründen eine radikale Überformung des Geländes mit Freizeiteinrichtungen und ähnlichem diskutiert. Nun aber wird das Gebäude denkmalgerecht saniert und für neue Aufgaben fit gemacht. Sport – Fußball und Leichtathletik sowie Großveranstaltungen sollen dort in Zukunft stattfinden.

Die bisher vorgestellten Beispiele zeigen mögliche riskante Planungsentscheidungen. Angesichts dessen stellt sich die Frage, welche Strategien in Zukunft erfolgreich sein können.



Abb. 4: München: Olympiastadion der Spiele 1972
Verfasserin



Abb. 5: Berlin: Stadion, Zustand 1994
Verfasserin

Der Stadtentwicklung angepasste Konzepte

Diejenigen Städte, die bei der Planung der Olympischen Spiele nicht über ein verbindliches und aktuelles Stadtentwicklungskonzept verfügten, liefen leichter Gefahr, mit ihren Planungen zu scheitern.

Ein Generalplan ist zwingend notwendig, um die großen Flächen zu integrieren, die langfristige Nutzung sicherzustellen und die verkehrlichen Probleme zu bewältigen. Konzepte, die langfristige Tendenzen der Stadtentwicklung und Weiterentwicklung unterstützen, zeigen sich in der Nachnutzung erfolgreich. Dagegen sind diejenigen, die eine Stadtentwicklung neu initiieren, ungleich riskanter.

Dezentrale Konzepte

Mit dezentralen Konzepten wird das Planungsrisiko über ein größeres Stadtgebiet verteilt und die Integration der Anlagen fällt leichter. Sollten Planungsvorstellungen scheitern, so bleiben die Auswirkungen räumlich begrenzt und haben wenig Wirkung auf die gesamte Stadt. Auf differenzierte Entwicklungen kann schneller und flexibler reagiert werden.

Wesentlicher Bestandteil dieser Konzepte muss eine leistungsfähige verkehrliche Verbindung sein. Dabei kann eine weitsichtige Wahl der Standorte und der Verkehrsmittel Defizite in der Verkehrsstruktur der Stadt beheben.

Ein Beispiel für ein dezentrales Konzept sind die Spiele in Rom 1960. Hier wurden zwei vorhandene mit Sportstätten ausgestattete Stadtquartiere genutzt (das Foro Italico und das Gelände der geplanten Weltausstellung 1942 E.U.R.), dazu mit dem Olympischen Dorf ein weiteres neu entwickelt. Die Via Olimpica – eine Schnellstrasse – verband die olympischen Zentren. In der Bewerbung um die Spiele 2004 griff man in Rom dieses Konzept wieder auf und ergänzte es durch ein weiteres Sportzentrum und die Vervollständigung des Autobahnringes um die Stadt.

Barcelona nutzte im Zuge der Olympischen Spiele 1992 die veränderte politische und gesellschaftliche Situation in Spanien nach dem Ende der Franco-Diktatur für tief greifende strukturelle Veränderungen in der Stadtentwicklung. Die Probleme der Stadt lagen in der maroden und sanierungsbedürftigen Bausubstanz – hauptsächlich in den älteren Vierteln –, während es an der Peripherie an technischer und sozialer Infrastruktur mangelte. In einem Plan wurden 12 Arees de Nova Centralitat – Gebiete neuer Zentralität – ausgewiesen, in denen die problematischen Bereiche in der Stadt nachverdichtet und saniert wurden.

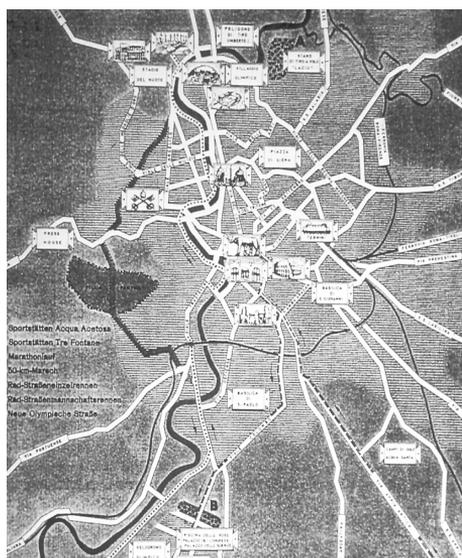


Abb. 6: Rom: Schematische Darstellung der Erschließung der Olympischen Spiele 1960
The Games of the XVII. Olympiad.

Das städtebauliche Konzept für die Olympischen Spiele nutzte die Strategien für die Gesamtstadt, indem in vier der 12 Zonen Wettkampfstätten und das Olympische Dorf entstanden.

Zentraler Ort der Wettkämpfe war der Montjuic mit dem repräsentativen und medienwirksamen Sportpark auf der Bergkuppe. Das Stadion wurde im Zuge der Weltausstellung 1929 gebaut, für 1992 umgebaut und mit Palau Sant Jordi und der Sporthochschule zum Sportpark ergänzt. Gleichzeitig wurden auch die Parkanlagen und Gebäude der Weltausstellung restauriert, sogar der berühmte Deutsche Pavillon von Mies van der Rohe detailgenau rekonstruiert.

In dem Stadtteil Vall d'Hebron mit Geschosswohnungsbau aus den 1960er und 1970er Jahren entstand die spektakuläre Bogenschießanlage, die nach den Spielen als quartierbezogene Sportanlage weitergenutzt wird.

Mit der Gestaltung des öffentlichen Raumes u. a. mit Kunstprojekten, sollte die Aufwertung des Quartiers erreicht werden.

Die dritte Zone befindet sich im Bereich der Universität an der Diagonale. Hier wurden vorhandene Universitäts-sportstätten erneuert und aufgewertet.

Das vierte spektakuläre, wenn gleich in der Fachwelt kontrovers diskutierte Projekt ist das Olympische Dorf östlich der Altstadt am Meeresufer. Für die Neubauten des Dorfes wurde zunächst ein Teil des Example des 19. Jahrhunderts mit alten Industrieanlagen und Wohngebäuden vollständig abgerissen. Die wichtigsten Ziele des städtebaulichen Konzeptes waren die Orientierung des Gebietes zum Meer, damit verbunden die Anlage einer attraktiven Strandzone, die gestalterische Integration der Autobahn – Cinturió de Litoral – und die Vernetzung mit den benach-



Abb. 7: *Barcelona: Stadion der Olympischen Spiele 1992 auf dem Montjuïc. Im Hintergrund sind die Anlagen der Weltausstellung 1929 zu erkennen*
Berlinische Galerie (1991)



Abb. 8: *Barcelona: Im Zuge der Olympischen Spiele 1992 wurde der öffentliche Raum im Stadtteil Vall d'Hebron mit Kunstprojekten (Claes Oldenburg) aufgewertet*
Verfasserin



Abb. 9: *Barcelona: Luftbild des Olympischen Dorfes 1992 mit Uferpromenade und olympischen Yachthafen*
Berlinische Galerie (1991)

barten Standorten. Damit wurden Visionen für Stadtteile am Meer aufgegriffen, die schon in den 1930er und 1960er Jahren formuliert wurden.

Barcelona verfügt nun über eine attraktive, von Touristen und Einheimischen viel frequentierten Uferzone. Doch Kritiker wandten sich gegen den Abriss historischer Industriebauten und den mit der Errichtung des 2000 Wohnungen umfassenden Stadtteils eingeleiteten sozialen Wandel.

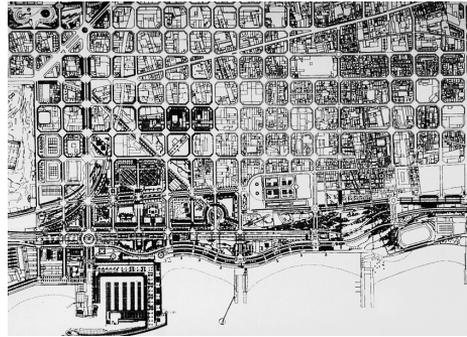


Abb. 10: Barcelona: Plan des Olympischen Dorfes
Ajuntament de Barcelona:
Vila Olimpica 1992. M 1:5.000

Ephemere Konzepte

Das sind Veranstaltungen, die zum größten Teil in bereits vorhandenen Anlagen stattfinden. Los Angeles ist dafür ein gutes Beispiel.

Das Stadion für die Spiele 1932 wurde von einem privaten Verein errichtet, der es sich zum Ziel gesetzt hatte, spanische Feste wiederzubeleben und für Werbezwecke der Stadt einzusetzen. Gleichzeitig – die Gunst der Stunde nutzend – legten Verantwortliche der Stadt dem Internationalen Olympischen Komitee Planungen für Olympische Spiele vor. Noch vor dem Zuschlag für die Spiele 1932 war das Stadion fertig.

Auch für die Olympischen Spiele 1984, die im gleichen Stadion stattfanden, wurden weder nachhaltige Maßnahmen ergriffen noch Bauten errichtet, die den städtischen Haushalt mit Folgekosten belasteten. Angesichts des finanziellen Debakels von 1976 in Montreal ist diese Vorgehensweise verständlich. Das Ergebnis waren »Ephemeral Olympics«, die mit einem minimalen Aufwand (470 Mio. \$, zum Vergleich Montreal mit 9 Mrd. \$) eine erfolgreiche Veranstaltung waren.

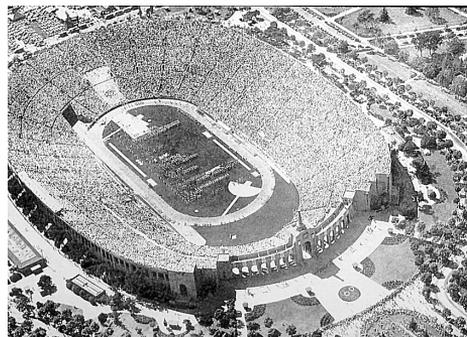


Abb. 11: Los Angeles: Stadion der Olympischen Spiele 1932 und 1984
Wimmer 1976

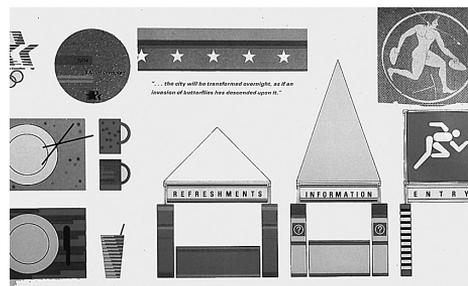


Abb. 12: Los Angeles: Darstellung temporärer Architekturen und Piktogramme der Olympischen Spiele 1984
Walker 1984

Messe, Sport und Freizeit

Weiterhin bleiben die kontinuierlichen Nutzungen, wie sie auch heute immer noch angewendet werden, mögliche Leitbilder. Wichtig für diesen Aspekt ist die Entwicklung der Olympischen Bauten.

In Folge der ersten olympischen Spiele in Athen 1896 fanden Sportwettkämpfe in der Regel als Randprogramm von Weltausstellungen oder im Rahmen von anderen großen Ausstellungen statt. So waren olympische Wettkämpfe Teil der Exhibitionen von Paris 1900, St. Louis 1904 und London 1908. Damit wurde zwar schon die damalige Weltöffentlichkeit erreicht, aber noch waren Akzeptanz und Publikumswirksamkeit des Sports nicht so hoch, als dass eine eigene olympische Veranstaltung durchgeführt und spezielle Bauten errichtet wurden. In London wurde nun erstmals ein spezielles Stadion erbaut und in das städtebauliche Konzept der Ausstellung eingebunden. Diese Konzeption ist sowohl für die Entwicklung des Sportstättenbaus als auch von dauerhaften Messegeländen als Nachnutzung von Weltausstellungen bedeutsam. Erst danach begann sich 1912 mit dem Sportpark in Stockholm ein eigenständiges städtebauliches Konzept für Olympische Spiele auszubilden. Leitbild und Katalysator für diese Entwicklung dürfte unter anderem die Formulierung einer städtebaulichen Leitidee *Pierre Coubertins* für Sportanlagen sein, die sich sehr stark an dem antiken Vorbild orientierte.

Mit dem Bau des Stadions in Stockholm neben bereits vorhandenen Sportplätzen, die auch für die Wettkämpfe genutzt wurden, begann die Genese des Konzepts des reinen Sportparks. Seit Mitte der 1920er Jahre etablierte sich der Sportpark als das verbindliche städtebauliche Schema für die olympischen Anlagen. Stadien und Sportplätze sind in einer mehr oder weniger parkartig ausgebildeten Fläche einander zugeordnet. Die Vorteile waren kurze Wege für die Zuschauer und Athleten zwischen den einzelnen Wettkampfstätten und eine bessere Kontrolle der Zugänge.

In Amsterdam 1928 erreichte das Konzept des Sportparks mit der Anlage von *Jan Wils* und *Cornelis van Eesteren* seinen ersten Höhepunkt. Nun erfolgte die Umsetzung der modernen Sportbewegung in funktionalistischen Städtebau und repräsentative moderne Architektur. Die Stadien und Sportplätze standen nicht – wie in Stockholm – in



Abb. 13: London: Stadion der Olympischen Spiele 1908
Umminger 1976

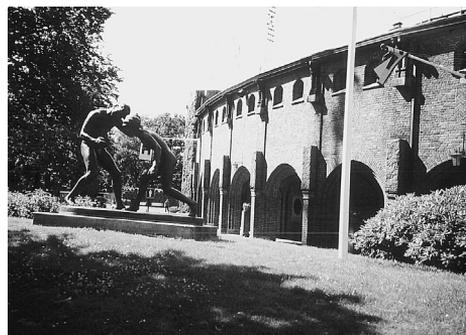


Abb. 14: Stockholm: Stadion der Olympischen Spiele 1912
Verfasserin

einem landschaftlichen Raum, sondern im städtischen Umfeld des von *Hendrik Petrus Berlage* geplanten Stadterweiterungsgebietes. Heute hat das Stadion neben der neuen Großarena in Amsterdam seine Bedeutung als Fußballarena und Ort für Großveranstaltungen verloren.

Sowohl typologisch als auch in Bezug auf Größe und Repräsentationsabsicht bildet das Olympiagelände in Berlin den Höhepunkt der Sportparkentwicklung.

Die städtebauliche Leistung *Werner Marchs* ist auch heute noch anzuerkennen: Er fügte die 400.000 Menschen fassende Anlage harmonisch in die Landschaft des Grunewalds ein und nutzte die geschickte Topographie, um differenzierte Außenräume herzustellen. Die Infrastruktur entwickelte er zur Bewältigung des entstehenden Zu- und Abgangverkehrs erfolgreich weiter. Die gigantischen Ausmaße begründen sich in der Absicht Hitlers, hier den Prototyp einer nationalsozialistischen Versammlungsstätte zu schaffen.

In der Nachnutzung ist dem Gelände – wie bereits erwähnt – ein glückliches Schicksal widerfahren. Landesdenkmalamt, Baubehörde, das Architekturbüro Gerkan, Marg und Partner GMP, der Fußballverein Hertha als Nutzer, Vertreter der Leichtathleten und die ausführende Firma stimmten ihre jeweiligen Ansprüche an das Stadion ab. Heraus kam eine Lösung, die differenziert mit dem baulichen Erbe umgeht.

Trotz der oben geschilderten Probleme ist München einer der erfolgreichsten – und schönsten – Sportparks. Das resultiert auch aus der Tatsache, dass die Planungen für Olympia eng mit dem bestehenden Stadtentwicklungskonzept verknüpft waren und Defizite der Stadt gezielt behoben haben. Der Olympiapark ist ein wichtiger Grünzug im Nordwesten der Stadt. Und es ist zu hoffen, dass weiterhin die Vernetzung zwischen Erholung, Breitensport und auch Spitzensport sowie Kultur an dieser Stelle funktionieren wird. Dabei werden die lange Zeit der erfolgreichen Nutzung und die sehr hohe Akzeptanz und Beliebtheit des Parks bei den Bürgern das ihre dazutun.

Nun steht Deutschland wieder vor der Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees über die Ausrichtung der Olympischen Spiele. Vor dem Hinter-

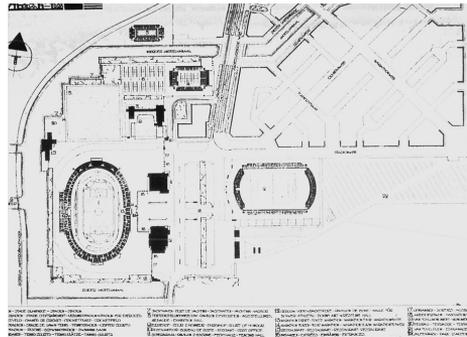


Abb. 15: Amsterdam: Lageplan des olympischen Sportparks 1928
Officiel Gedenboek van de Spelen der IXe. Olympiade



Abb. 16: Berlin: Luftbild des Sportparks 1936
Schmidt 1992

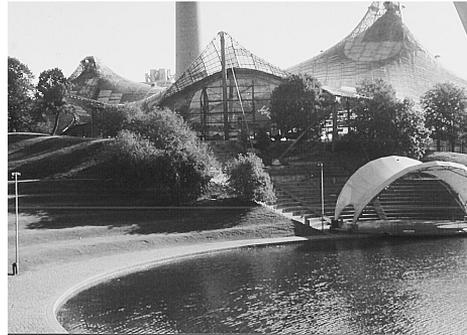
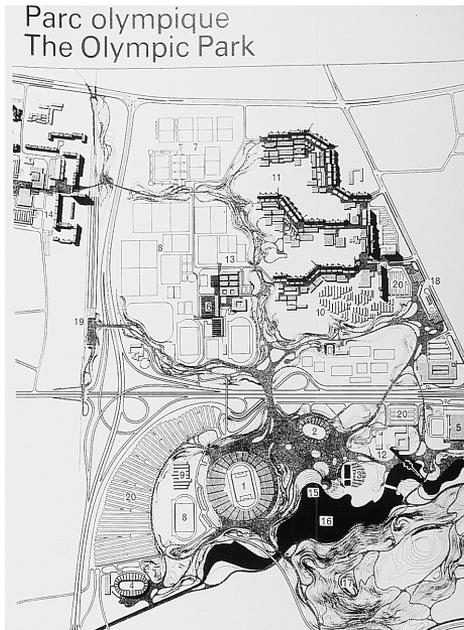


Abb. 18: München: Stadion mit See und
Theatron
Verfasserin

Abb. 17: München: Plan des Olympischen
Sportparks 1972
Olympia in München (1972)

grund aktueller Problemlagen der Städte, vor allem in den neuen Bundesländern, ist Leipzig als Bewerberstadt bestrebt, mit den Maßnahmen für die Spiele auch grundlegende strukturelle Probleme in der Stadt und Region zu beheben. Dabei werden mit den Planungen auch Ziele im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung und ökologischen Aufwertung der Stadtflächen- und -strukturen verfolgt: z. B. Entsiegelung von Flächen, Altlastensanierung, Begrünung, qualitative Aufwertung des Altbaubestandes sowie Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Doch besteht auch die Gefahr, mit den baulichen Maßnahmen für die Spiele 2012 »über das Ziel hinauszuschießen« und Strukturen zu schaffen, die nur schwerlich effizient nachgenutzt werden können. Leipzig würde – wenn es den Zuschlag erhielte – zu den kleinsten Austragungsorten für Olympische Sommerspiele gehören. Atmosphärisch könnte dieses zu einem Gewinn werden, wenn es gelänge, die während der Winterspiele 1994 in Lillehammer so gelobte familiäre Heiterkeit zu schaffen.

Summary

Impacts of Olympic Games on the hosting cities –
a typology of potential risks and prospects

Since the beginning of the Olympic movement host cities always seem to be involved at extremely high costs, in order to glitteringly present themselves in the eyes of the world. At all times it has been questioned if a city could make potential use of that major event.

Planning concepts of Olympic Games are drawn up. In a comparative investigation, the influences on the urban development and the pros and cons of changes in

the urban structure, both caused by major publicised events, are brought to light. The paper documents and evaluates the effects of urbanistic concepts of Olympic Games on the hosting cities urban development. The paper takes into account the political, social, and cultural situation respectively.

After the projects have been viewed as a whole, it is obvious that the aspect of long term use becomes more and more important. By holding major events, cities expect firstly to be able to initiate changes with the aim of making their city more attractive, and secondly, they hope to carry out extensive projects, which will lead the way to further urban development.

The comparative documentation of host cities and planned areas in their different stages of development and the typology of concepts of urban planning may give a basis from which to draw an analogy to assess further planning tasks.

Literatur

- Beauregard, Ludger [Hrsg.]*: Montreal. Field Guide. 22nd International Geographical Congress. – Montreal 1972.
- Berlinische Galerie [Hrsg.]*: Barcelona Olympia Architektur. La Ciutat i el 92. – Berlin 1991.
- Gordon, Barclay F*: Olympic Architecture. Building for the Summer Games. – USA 1983.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter [Hrsg.]*: Festivalisierung der Stadtpolitik – Stadtentwicklung durch große Projekte. – Opladen 1993.
- Luckhurst, Kenneth W.*: The Story of Exhibitions. – London u. New York 1951.
- Meyer-Künzel, Monika*: Der planbare Nutzen – Stadtentwicklung durch Weltausstellungen und Olympische Spiele. – Hamburg/Ebenhausen 2002.
- München plant und baut. – In: Bayernland 65. Jg., Oktober 1963.
- Officiel Gedenkboek van de Spelen der IXe Olympiade. – Amsterdam 1928.
- Olympia in München. Offizielles Sonderheft 1972 der Stadt München. – München 1972.
- Schmidt, Thomas*: Werner March. Architekt des Olympiastadions 1894–1976. – Basel, Berlin u. Boston 1992.
- The Games of the XVII. Olympiad. Rome 1960. The Official Report of the Organising Committee. – Rom 1960.
- Umminger, Walter*: Die Olympischen Spiele der Neuzeit. Eine illustrierte Kulturgeschichte der Olympischen Spiele von Athen bis München. Offizielles Standartwerk des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland. – Dortmund 1976.
- Walker, Derek*: Ephemeral Olympics. – In: Architectural Review, Vol. 76, Nr. 1050, 1984, S. 48–51.
- Wimmer, Martin*: Bauten der Olympischen Spiele. – Leipzig 1976.

Dieter Rödel unter Mitarbeit von Franz Kümmerle

Die Passionsspiele von Oberammergau¹

Mit 26 Abbildungen

Einführung

Oberammergau, ein ursprünglich kleines Bergdorf am Alpenrand, gehört seit vielen Jahren zu den bekanntesten Orten Deutschlands. Der Grund dafür sind die alle zehn Jahre stattfindenden Passionsspiele. Diese haben nicht nur eine historische Komponente, die uns hier interessiert, sondern sie sind auch heute immer noch prägend, und zwar z. T. so stark, dass außen stehende gelegentlich geneigt sind, den Kopf darüber zu schütteln. Nicht nur, dass zu gegebener Zeit langhaarige Bartträger im Ort herumlaufen, alle anderen Veranstaltungen im Passionsjahr blockiert sind und die Schulkinder nach der Passion im Herbst extra Ferien bekommen, nein, sogar die Lokalpolitik wird dadurch bestimmt: Nicht das politische Programm eines Bürgermeisterkandidaten spielt bei der Wahl die wesentliche Rolle, sondern ob man eine traditionelle oder einer moderne Aufführung der Passion befürworten würde, festgemacht an der bei Wahlveranstaltungen häufig gestellten Frage: *Wia daatst jetzt du spuuhn?*

Geographischer Kontext

Das Dorf Oberammergau (zum Folgenden vgl. *Dongus* 1993, *Kuhnert* 1967, *Meyer/Schmidt-Kaler* 1997 und *Uhl Schmid* 1930) liegt in 845 Metern Höhe im oberen Ammertal, direkt an der Grenze von Alpenvorland, der Molassezone, der Flyschzone und den nördlichen Kalkalpen in einem Becken von etwa 5 km² Ausdehnung, das im Süden und im Nordwesten durch den Zu- und den Abfluss der Ammer eröffnet wird. Dieses wird orographisch eingerahmt durch die Aufackergruppe (höchste Erhebung 1.543 m) im Norden, die Labergruppe (1.686 m) im Osten, die Notkarspitze (1.890 m, Kramergruppe) im Südosten und den Ammergebirgshauptkamm mit

1 Dem Beitrag liegt der Vortrag zugrunde, der auf der 29. Tagung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« (Hannover 25.–28. September 2002) gehalten wurde. Vergleiche dazu auch den Tagungsbericht von *Carl-Hans Hauptmeyer* in diesem Band! Für die Überlassung der Fotos danke ich Frau Buchwieser herzlich.

dem montanen Wahrzeichen Oberammergau, dem Kofel (1.342 m), im Südwesten, an den sich die Trauchberge im Nordwesten anschließen.

Die Relikte der letzten Eiszeit, die überall im Alpenvorland anzutreffen sind und letztendlich den touristischen Reiz dieser Landschaft ausmachen, sind auch im Ammertal landschaftsgestaltend. Schließlich wurde das Ammertal durch den Ammergletscher zu einem Becken ausgeräumt.

Die Ammer, die an der deutsch-österreichischen Grenze entspringt und in den Ammersee mündet, entwässerte oberflächlich vor der letzten Eiszeit in die Loisach. Der Loisachgletscher verschloss in der letzten Eiszeit durch einen Moränenwall diesen Abfluss, und so schuf sich die Ammer einen neuen Abfluss Richtung Norden. Die Mündung war aber noch nicht, wie oben angeführt, der Ammersee sondern der Lech. Erst durch Verschüttungen des ursprünglichen Laufes und auch durch eine allmähliche Senkung des Wasserspiegels des Ammersees war es der Ammer nun möglich, in diesen zu entwässern.

Im 20. Jahrhundert wurden übrigens durch schwere Hochwasser immer wieder Regulierungen der Ammer nötig, auf die wir noch zu sprechen kommen werden.

Bedingt durch Relief, Höhenlage, Sonnenscheindauer, Sonnenexposition, Beckenlage, Größe, etc. weist Oberammergau ein Mikroklima auf, mit z.T. großen Unterschieden zur Umgebung. Die mittleren Jahrestemperaturen haben einen Wert von nur 5° Celsius, wobei der wärmste Monat Juli eine Durchschnittstemperatur von 15,5° Celsius aufweist, der kälteste Monat, der Januar, dagegen nur -2,2° Celsius. Frostfreie Monate sind nur Juli und August.



Abb. 1: Ansicht Oberammergaus (vor 1900)

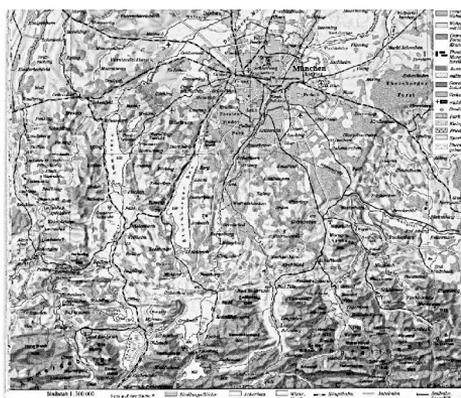


Abb. 2: Das Münchner Oberland

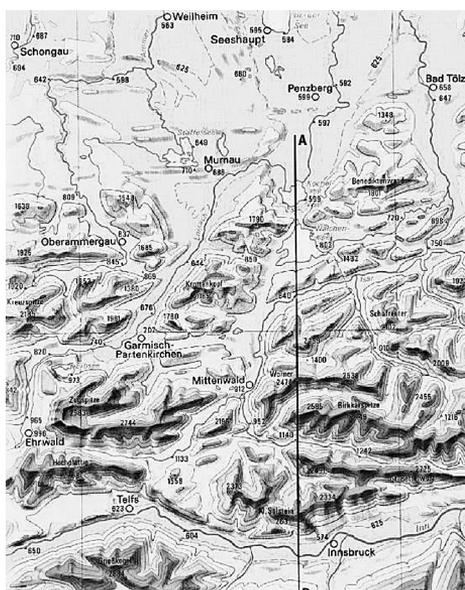


Abb. 3: Das Werdenfeller Land

Inversionswetterlagen, die hauptsächlich im Winter vorkommen, und Föhnwetterlagen, die ganzjährig auftreten können, sind ebenfalls noch zu berücksichtigen.

Das langjährige Mittel der Niederschläge beträgt 1527,6 mm.² Die niederschlagreichsten Monate sind Juni (205 mm) und Juli (197,8 mm), der niederschlagärmste Monat ist der November (77,5 mm).³ An den Bergen liegen die Werte durch den Steigungsregen⁴ noch höher. Höhenlage und Temperatur bewirken zudem, dass acht Monate im Jahr Neuschneeniederschlag bis in die Tallagen möglich ist.

Durch Höhenlage sowie klimatische und hydrographische Gegebenheiten bedingt sind die landwirtschaftlichen Möglichkeiten im Ammertal auf extensive Vieh- und Almwirtschaft beschränkt gewesen, wenn man einmal von den wenigen Belegen für Ackerbau in Form von wohl ins Spätmittelalter zu datierenden Terrassenäckern absieht.

Historischer Kontext

Der Ammergau (grundlegend für das Folgende: *Daisenberger* 1859/61), die Gegend in der unser Ort liegt, ist im 9. Jahrhundert erstbelegt, später als in der Hand der Welfen befindlich. Deren Besitz ging im 12. Jahrhundert an die Staufer und das Stift Kempten über, die staufischen Besitzungen dann 1269 an die Wittelsbacher. Zwischen 1295 und 1362 wurde der Kemptener Besitz zusammen mit dem Patronatsrecht – eine Pfarrei in Oberammergau ist 1316 belegt – an das 20 km nördlich gelegene Kloster Rottenbuch übertragen.

Mit der Gründung des nur vier Kilometer entfernten Klosters Ettal durch Ludwig den Bayern im Jahre 1330 erhielt dieses auch die wittelsbachischen Güter zusammen mit Jagdrecht und Vogtei in Oberammergau. Wirtschaftlich bedeutend war in dieser und auch für die Folgezeit 1332 die Übertragung des Niederlagsrecht an den Ort. Von da an wird der Handel über die Rottstraße zwischen Partenkirchen und Schongau durch Oberammergauer übernommen.

Anfang des 17. Jahrhunderts nahm dieser Handelsverkehr ab. Gleichzeitig gibt es Belege für eine Überbevölkerung, die zu einer starken Aufsplitterung des Grundbesitzes führte.⁵ In diese Zeit führen auch die ersten Belege zur Schnitzkunst, welche sehr bedeutend für den Ort werden sollte.

Die Anfänge der Passion

1632 breitete sich die Pest im Oberland, d.h. im Alpenvorland, aus (grundlegend für das Folgende: *Kümmerle* 1982, S. 7–27). Oberammergau blieb zunächst verschont. Als die benachbarten Orte erfasst wurden, stellte man einen Wachring auf. Das klappte auch, bis 1633 ein einheimischer Tagelöhner, der zu dieser Zeit in Eschen-

2 Zum Vergleich: München zwischen 600 und 800 mm.

3 Diese Klimadaten sind mangels Daten für Oberammergau aus einem Klimadiagramm des Nachbarortes Bad Kohlgrub entnommen worden, erstellt vom Deutschen Wetteramt in München für die Jahre 1951–1970.

4 Aufgrund des Staueffekts; am Laberjoch gibt es z.B. schon bis zu 2000 mm Jahresniederschlag.

5 50 % der Bevölkerung sind sogar ohne Grundbesitz gewesen. Vgl. *Daisenberger*, 1859/61, S. 75f.

lohe arbeitete, die Wachen umging und damit die Pest nach Oberammergau einschleppte. Er selbst war das erste Opfer, 87 weitere folgten.

In dieser Notlage gelobten die Ortsvorsteher, die Passionstragödie alle zehn Jahre aufzuführen – und von diesem Zeitpunkt an ist niemand mehr gestorben. Schon im Folgejahr, also 1634, fanden die ersten Spiele auf dem Friedhof neben der Pfarrkirche statt, und zwar, bedingt durch die geographische Lage, an Pfingsten, im Gegensatz zu anderen Spielen, die in der Karwoche aufgeführt wurden. Von den ersten Aufführungen ist nur bekannt, dass sie regelmäßig stattfanden. 1680 wechselte man, vermutlich um eine Gedächtnisstütze zu haben, auf die Zehnerjahreszahl.

Im Zuge der Aufklärung kam es 1770 in Bayern zu einem Verbot aller Passionsspiele. Der Grund hierfür waren Klagen über Exzesse bei den Aufführungen (*Wilz* 1929, S. 101). Oberammergau reichte ein Bittgesuch ein, in dem die Entstehung und der Gelübdegedanke geschildert, aber auch wirtschaftliche Gründe für eine Ausnahmegenehmigung, nämlich der finanzielle Schaden, benannt wurden: 4 000 Exemplare des Textbuches seien schon gedruckt, 200 Gulden für die Fertigung bzw. Restaurierung der Kostüme ausgegeben und die Einladungen an entfernte Orte schon verschickt worden (*Trautmann* 1890, S. 69). Das Bittgesuch wurde abgelehnt, worauf man ein neues direkt beim Kurfürsten einreichte, mit dem Hinweis, dass Besucher aus »Bayern, Tyroll, Schwaben und dem Reich, item aus den Stätten München, Freysing, Landtshut, Insspruckh, Augspurg vnd anderen Orten, nicht nur einfältige burger und paurs leuthe, sondern auch in adelichen caracteurs stehende und gelehrte persohnen« nach Oberammergau kommen und dadurch einige Tausend, auch ausländische Personen vergeblich anreisen würden, was »zu viellen Murren« Anlass geben würde (*Trautmann* 1890, S. 70ff.). Auch dieses Gesuch wurde abgelehnt und die Spiele fielen aus.

1780 reichte man ein erneutes Gesuch ein und war diesmal erfolgreich, so dass die Spiele 1780 und 1790 normal stattfinden konnten. Als 1791 das Verbot der Passionsspiele in einem neuen Erlass wiederholt wurde, erhielt Oberammergau eine Sondergenehmigung (modum Privilegii mit verändertem Titel: Das alte und neue Testament) für die Spiele von 1800 (*Deutinger* 1850, S. 35), welches aber zehn Jahre später unter Montgelas außer Kraft gesetzt wurde, weshalb die Passion 1810 ausfiel. Man ließ aber nicht locker, schickte eine vom geistlichen Rat Sambuga, dem Erzieher des Kronprinzen, verfasste Bittschrift direkt an den König und hatte damit Erfolg (*Trautmann* 1890, S. 77). Im Soge dieser Entscheidung erhielten auch einige andere Gemeinden Sondergenehmigungen. Dort hielten sich die Spiele aber nicht lange. Der Grund war sicher der finanzielle Aufwand. In Oberammergau hingegen kam man im Laufe des 19. Jahrhunderts betriebswirtschaftlich ausgedrückt »in die Gewinnzone«. Das lag sicher daran, dass jetzt das Interesse einer breiten Öffentlichkeit zunahm. Im Zuge der ausklingenden Romantik wurden die Spiele künstlerisch und volkscundlich gewürdigt, die Zahl der Publikationen über die Passionsspiele vergrößerte sich rasch. Auch Reisejournalisten wurden aktiv und gegen Ende des Jahrhunderts lenkten die ersten Touristikmanager den Strom der Besucher ins Ammertal. V.a. das Engagement des Reiseveranstalters Thomas Cook brachte seit 1880 verstärkt internationalen Reiseverkehr nach Oberammergau.

Durch die zunehmende Resonanz war man ständig gezwungen, die Zahl der Aufführungen zu erhöhen, um die Nachfrage bedienen zu können. Schon 1830

verlegte man, auch aus Sicherheitsgründen, die Aufführungen vom Friedhof auf eine Wiese außerhalb des Ortes (*Deutinger* 1850, S. 359).

Bevor nun näher auf die Auswirkungen der Passion eingegangen wird, soll noch ein kurzer Überblick über die weitere Entwicklung der Spiele bis in die Gegenwart erfolgen, auch um die Verhältnisse dann besser einordnen zu können (grundlegend für das Folgende: *Rädlinger* 2002, S. 25–38).

1870 wurden die Spiele wegen des deutsch-französischen Krieges abgebrochen, jedoch 1871 fortgesetzt und dabei von nationaler und internationaler Prominenz wie König Ludwig II. von Bayern, einem Zarensohn und dem späteren Edward VII. besucht (*Günzler u. Zwink* 1950, S. 17ff.). 1920 fielen die Spiele wegen der Kriegsfolgen aus, zum einen fehlten die Darsteller und zum anderen wäre aufgrund der wirtschaftlichen Lage die Versorgung der Zuschauer problematisch gewesen. Dafür wurden sie 1922 als Versöhnungsspiel nachgeholt, ziemlich erfolgreich sogar, aber die Inflation fraß die gesamten Gewinne

auf. 1930 erweiterte man die Kapazitäten noch einmal, was angesichts der weltwirtschaftlichen Lage ein großes Wagnis bedeutete. Dieses wurde aber durch eine sehr gute Resonanz belohnt. Die Jubiläumsspiele von 1934 brachten weniger Ausländer, dafür aber Hitler und Goebbels nach Oberammergau. Dieser Besuch und die Spiele insgesamt wurden von den Nazis werbewirksam ausgenutzt (*Utschneider* 2000, S. 100–110, sowie *Rädlinger* 2002, S. 134–147). 1940 fielen die Spiele kriegsbedingt aus. Die Friedensspiele von 1950 wurden dann wieder ein voller Erfolg. Alles war frisch gestrichen, man vermittelte den Eindruck einer heilen Welt. Und die Journalisten verkauften Oberammergau als Künstlerdorf voller Schnitzer, Musiker und Maler. So kamen, wie es die bayerische Staatsregierung erhofft hatte, wieder viele Ausländer nach Oberammergau und auch Prominenz wie Adenauer, Heus und Eisenhower ließ sich sehen (*Rädlinger* 2002, S. 225–229). Die folgenden Spiele waren geprägt durch eine zunehmende Kritik jüdischer Organisationen an antisemitischen Stellen im Passionstext, welche mit der Zeit zumindest z.T. korrigiert wurden, und Reformbestrebungen, die zum Ziel hatten, einen anderen Text zu benutzen. Letztere führten dazu, dass 1977 Probespiele mit dem so genannten Rosner-Text stattfanden. Dieser wurde aber schließlich von der Mehrheit der Bevölkerung in einem Bürgerentscheid abgelehnt. Auch heute noch ist der Gegensatz zwischen Reformern und



Abb. 4: *Anbetung der ehernen Schlange*
(*Lebendes Bild aus der Passion*
1900)



Abb. 5: *Anbetung der ehernen Schlange*
(*Lebendes Bild aus der Passion*
2000)

Traditionalisten im Ort vorhanden. Seit Ende der siebziger Jahre wurde das eingeschränkte Mitwirkungsrecht von Frauen – es durften nur unverheiratete bis zum Alter von 35 Jahren mitwirken, die verheirateten hatten zu Hause für die Passionsgäste zu sorgen – und das nicht vorhandene Wahlrecht für das Passionskomitee heftig umkämpft (*Rädlinger* 2002, S. 251–263). Erst 1990 wurden nach einem langen Gang durch die Institutionen die alten Bestimmungen abgeschafft. Die letzten Spiele von 2000 standen dann im Zeichen einer erneuten Revision des so genannten Daisenberger-Textes, einer Umgestaltung des Bühnenbildes und einer vorsichtigen Vervollständigung der Musik (*Rädlinger* 2002, S. 265–268).

Die Auswirkungen der Passion

Erst ab der Mitte des 19. Jahrhunderts ermöglichten die Einnahmen aus der Passion ein von Haus aus armes Gebirgsdorf, Projekte anzugreifen, die seine normalen finanziellen Möglichkeiten deutlich überstiegen hätten. Viele der großen Baumaßnahmen wurden durch die sich während der Passion im Ort befindlichen Menschenmassen aber auch durch den steten Zuzug erst notwendig, v.a. der Bau bzw. die Vergrößerung von gemeindlichen Einrichtungen wie Kanalisation, Leichenhaus, Krankenhaus und Schlachthaus.

Tab. 1: Häuserbestand in Oberammergau um 1900 und Bevölkerungsentwicklung insgesamt⁶

Jahr	1840	1873	1880	1890	1900	1910	1919
Einwohner	1155		1349	1366	1559		1897
Häuser		236		266	289	336	
Jahr	1939	1950	1961	1970	1987	1991	1995
Einwohner	3640	5325	4603	4661	4944	5339	5293

Auffallend ist, dass alle großen Bauprojekte der Gemeinde entweder kurz vor einer Passion abgeschlossen oder direkt nach einer begonnen wurden (*Kümmerle* 1982, S. 28f.): Alpenbad 1934/35, Liftanlagen am Kolben 1951, Laberbergbahn 1957, Kindergarten 1960, Sessellift 1969, Wellenberg 1974, Ammergauer Haus 1984, Ortsumgehung (Planung 1985 – Fertigstellung nach nur vier Jahren!) 1989, Sportanlagen 1988, Rutschenhaus 1990, Friedhofskapelle 1992, Ortskernsanierung 1999.

⁶ Alle Tabellen erstellt aus *Kümmerle* 1982 und *Rädlinger* 2002.

Tab. 2: Die Entwicklung der Oberammergauer Passionsspiele

Jahr	Aufführungen	Zuschauerzahl	Einnahmen
1720	2		73 Gulden Verlust
1730	2		83 Gulden Verlust
1740	2		39 Gulden Verlust
1750	2	11000	88 Gulden Verlust
1760	2	14000 (s. o.)	156 Gulden Verlust
1770	keine Aufführung		
1780	3	keine Angaben	keine Verluste
1790	5	11000	600 Gulden Gewinn
1800 + 1801	5 + 4	3000 + 7500	138 Gulden Gewinn
1811	8	21000	8260 Gulden
1815	11	8666	keine Angaben
1820	8 + 2	19000	6283 Gulden
1830	10	13000	5087 Gulden
1840	11 + 2	35000	15644 Gulden 9158 Gulden Gewinn
1850	14	45000	22728 Gulden
1860	21	100000	52651 Gulden 26900 Gulden Gewinn
1870/71	17 + 17	30000 + 40000	44225 Gulden + 58732 G
1880	40	120000	330978 Mark
1890	40	124000	665719 Mark
1900	47	174000	1041174 Mark
1910	56	223548	1545287. Mark
1922	67	311127	21640471 Mark
1930	81	420000	4993844 Mark
1934	84	440000	3300000 Mark
1950	87	450000	6318466 DM
1960	93	500000	9 Mio. DM
1970	102	530000	14 Mio. DM
1980	97	460000	21 Mio. DM
1984	101	480000,	
1990	110	520000	15 Mio. DM
2000	110		noch nicht vorliegend

Für die Einnahmen und Ausgaben war eine eigene Passionskasse zuständig (*Rädlinger* 2002, S. 13 ff.). Diese Gelder tauchten in den Gemeinderechnungen nicht auf. Verantwortlich war eine privatrechtliche Theatergesellschaft, später das Passionskomitee. Diese Konstruktion, die aus dem Beginn des 19. Jahrhunderts stammte, sollte anfangs einer Überschuldung der Gemeinde durch die Spiele entgegenwirken. Später stellte sie dann sicher, dass die staatlichen Behörden nicht über die Verwendung der Einnahmen bestimmen konnten. Die ersten nennenswerten Gewinne sind übrigens für 1790 belegt und wurden für gemeindliche Aufgaben verwendet wie auch die Gewinne des Jahres 1840, die zur Erbauung eines Armenhauses und eines Gemeindestadels benutzt wurden. Das Verhältnis von Gemeindehaushalt zu Passionshaushalt betrug z. B. 1950 eins zu zehn.⁷

In der Nachkriegszeit beantragte die Gemeinde jeweils eine Staatsbürgschaft, die nach der Passion zurückgezahlt werden musste (1950: 1 Million DM, 1960: 3 Millionen DM, 1970: 5 Millionen DM, 1980:⁸ 7 Millionen DM). Mit ihrer Hilfe konnten die Passion vorbereitet und geplante Projekte vorfinanziert werden.

Die Maßnahmen, die direkt mit der Passion in Verbindung gebracht werden können, lassen sich in die Bereiche Hochwasserschutz, Verkehrserschließung, Veränderung bzw. Ausdehnung des Ortsbildes, Großprojekte und private Bauten untergliedern.

Hochwasserschutz

Durchgeführt wurden seit der Mitte des 19. Jahrhunderts mehrere Maßnahmen, die die Gemeinde vor den Hochwassern der Ammer schützen sollten (*Rädlinger* 2002, S. 52–58, sowie S. 271–274), die jedoch bis in die achtziger Jahre des folgenden Jahrhunderts nicht die gewünschte Sicherheit brachten.

Während der Passion 1970 richtete ein so genanntes Jahrhunderthochwasser große Schäden an und erzwang einen Spielabbruch der Passionsspiele für zwei Tage, da der halbe Ort und das Passionsspielhaus unter Wasser standen.

Deshalb führte man 1972 eine »endgültige« Ammerkorrektur durch. Aber auch diese Verbauungen und die folgenden Maßnahmen hielten dem Pfingsthochwasser von 1999 nur noch knapp stand, denn nur durch die Erhöhung des Dammes mit Sandsäcken wurde eine erneute Überschwemmung des Ortes gerade noch verhindert. Mit einer erneuten Dammerhöhung im Jahre 2001 wurde dem Rechnung getragen.

Verkehrerschließung

Seit 1851 (*Rädlinger* 2002, S. 39 f.) führte die Bahn bis München, welches als Stützpunkt bei der Anreise fungierte.⁹ Seit 1860 fuhr sie bis zum Starnberger See, seit 1879 bis Murnau und seit 1890 bis Kohlgrub. Für die Passion 1900 finanzierte die Gemeinde den Weiterbau bis Oberammergau, übrigens die erste elektrifizierte Linie in Bayern, was die Anreise deutlich erleichterte.

7 678.000 DM zu 7.150.000 DM, vgl. *Rädlinger* 2002, S. 229.

8 Danach gab es vom Staat keine Bürgschaften mehr.

9 Die dortigen Hotels hatten Übernachtungsspitzen in den Passionsjahren, vgl. *Kümmerle* 1982, S. 30 f.



Abb. 6: Das Hochwasser 1910



Abb. 7: Das Hochwasser 1970



Abb. 8: Bau des Hochwasser-Rückhaltebeckens

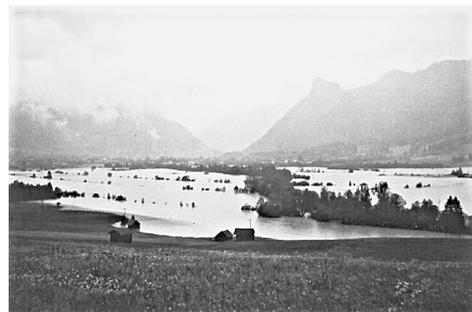


Abb. 9: Das Hochwasser 1999



Abb. 10: Das Hochwasser 1999



Abb. 11: Der Oberammergauer Bahnhof (1903/1905)

Denn bis 1890 war der Weg auch von der anderen Seite aus beschwerlich. Den so genannten Ettaler Berg musste man wegen seiner Steilheit zu Fuß hinauf (Dussler 1987, S. 57, 98 u. 100). Allerdings war diese Route sehr attraktiv, weil auf dem Weg das in einer eindrucksvollen, wildromantischen Landschaft gelegene Kloster Ettal¹⁰ und natürlich auch sein Biergarten besucht werden konnten. Mit dem Bau der Straße 1889/90 wurde das gefürchtete Steilstück umgangen, so dass auch Kutschen fahren konnten. Zur Passion 1910 wurde auf dieser Strecke eine Postautolinie eingerichtet. Auch der Ausbau der Straße Ettal-Linderhof im Passionsjahr 1934 erleichterte die Anreise und das Rahmenprogramm bei einem Passionsbesuch. Der Verkehr im Ort war in der Nachkriegszeit von Haus aus sehr hoch, bedingt durch die B 23 von Garmisch-Partenkirchen nach Augsburg und den Touristenverkehr zwischen bzw. nach dem Kloster Ettal, dem Schloss Linderhof und Oberammergau. Zu Passionszeiten jedoch herrschte das blanke Chaos im Ort: Alle zwei Tage reisen 5000 Gäste ab und zugleich reisen 5000 Gäste neu an. Deswegen wurde die Umgehungsstraße mit zwei Tunnelbauten vor 1990 sehr schnell durchgeführt.

Zusätzlich führte man zur Passion 2000 Verkehrsberuhigungsmaßnahmen im Ortskern durch.

Ortsbild – neue Siedlungen

Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist die Bevölkerung in Oberammergau ständig größer geworden.

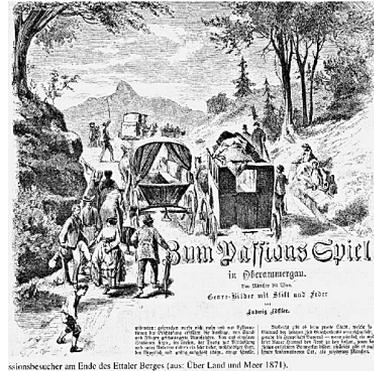


Abb. 12: Der Ettaler Berg (aus: *Über Land und Meer*, 1871)



Abb. 13: Bau der Umgehungsstraße



Abb. 14: Lage der Umgehungsstraße

¹⁰ Vgl. als ein Beispiel von vielen den Reisebericht des Matthäus Störath aus dem Jahr 1890 (Alzheimer [Hrsg.] 2001).

Dies führte nach 1900 zu einem regelrechten Bauboom, der den Ort in die Höhe und in die Breite wachsen ließ (vgl. Tab. 1).

V.a. in den Passionsjahren gab es Wohnungsprobleme, weil die Mieter im Passionsjahr immer ausziehen oder eine höhere Miete zahlen mussten. Deswegen wurde der Wohnungsbau von der Gemeinde durch günstige Darlehen, Bauplätze und Gemeinde-Bauholz gefördert, ebenso die Sanierungsmaßnahmen an Altbauten (Rädlinger 2002, S. 109–112, 159ff. und 209f.).

So entstanden neue Siedlungen bzw. Häusergruppen in St. Gregor, auf der linken Ammerseite und entlang der Bahnhofstraße.

Allerdings waren die Möglichkeiten wegen der bestehenden Hochwassergefahr eingeschränkt. Aber da das Bauland knapp war, wurden Ausnahmegenehmigungen erteilt, ein nicht nur in Oberammergau auch heute noch bekanntes und verbreitetes Phänomen.

1934 werden erstmals Straßennamen vergeben, was ebenfalls das Wachstum des Ortes zeigt. Der stete Zuzug führte zu einer gewissen Angst vor Überfremdung, so dass man in den dreißiger Jahren und noch einmal Ende der 40er Jahre die Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Passion einschränkte: Ledige mussten mindestens 20 und Verheiratete mindestens zehn Jahre im Ort wohnen (Rädlinger 2002, S. 134f., 224).

Nach dem 2. Weltkrieg kamen Flüchtlinge und amerikanische Soldaten hinzu, die das Wohnungsproblem v.a. im Passionsjahr weiter vergrößerten.

Privater Wohnungsbau

Oberammergau wurde lange vom »normalen« Tourismus nicht berührt. Und auch der Passionstourismus entstand erst Mitte des 19. Jahrhunderts (grundlegend: Rädlinger 2002, S. 25–39). Vorher kamen hauptsächlich die Bauern der Umgebung zu den Spielen, der Besuch wurde als Wallfahrt betrachtet. Für die ersten Touristen war zunächst das Leben unter den Schauspielern, also den Personen aus der Bibel, wichtig. Daher wurden die bescheidenen Unterkünfte in Kauf genommen.

Bis 1880 gab es nur drei einfache Gasthäuser. Danach passte man sich sehr schnell den gestiegenen Bedürfnissen und Nachfragen an. 1890 waren es schon acht Gast-

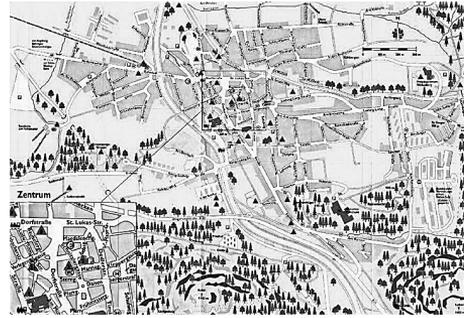


Abb. 15: Moderner Ortsplan



Abb. 16: Die Siedlung St. Gregor

häuser und 1900 dann 13, ein Hotel, der Wittelsbacher Hof, der damals schon in seiner heutigen Größe entstand, und zwei Pensionen.

Um die Nachfrage in den Griff zu bekommen, hat man 1900 ein »offizielles Wohnungsbüro« der Gemeinde eingerichtet und Passionsarrangements (Kümmerle 1982, S. 30)¹¹ eingeführt.

Sehr häufig wurden bauliche Veränderungen an Gasthäusern und an Privathäusern zu den Passionsjahren durchgeführt, mit dem Ziel, mehr oder bessere Übernachtungsmöglichkeiten für die Passionsbesucher zu schaffen.

Sehr gut sind diese Veränderung am Hotel Lang zu sehen. Die Baupläne aus den Jahren vor den Passionsspielen von 1940, 1950, 1960, 1970 und 1989 belegen einen terminorientierten Ausbau.



Abb. 17: Das Hotel Lang

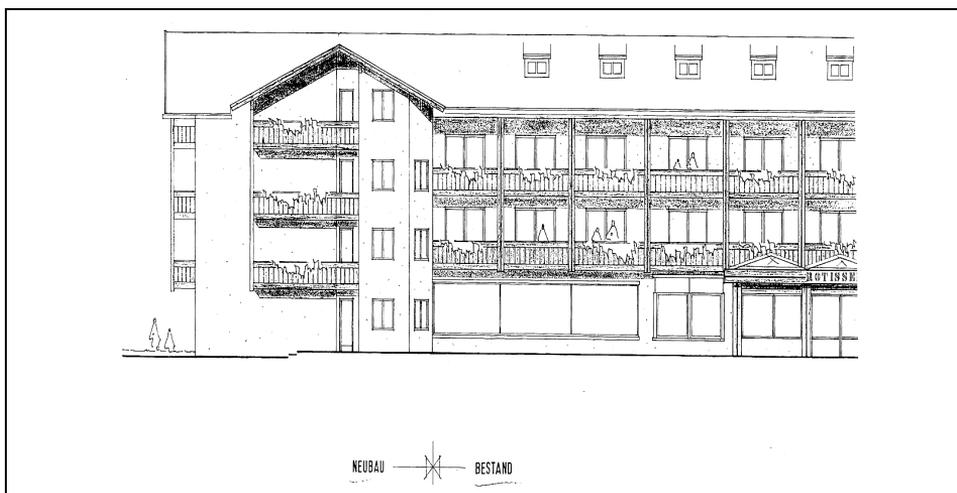


Abb. 18: Hotel Lang: Umbau-Plan von 1989

11 Karte mit Übernachtung im Paket.

Großbauten der Gemeinde¹²

1830 wurde auf Wunsch des Königs der bisherige Spielstandort, der Friedhofsplatz vor der Dorfkirche, auf eine Wiese am nordwestlichen Dorfrand verlegt, die heute noch Standort des *Passionstheaters* ist. Die Bühne wurde nun hier aufgebaut. Neu errichtet wurde eine Zuschauertribüne für etwa 5 000 Zuschauer. 1880 wurden die Logen der Tribüne überdacht und ein Orchestergraben konstruiert. 1890 wurde wiederum ein größerer Umbau getätigt, die Bühne wurde völlig neu konzipiert und 2 000 Plätze wurden überdacht. 1900 wurde das Theater für 180.000 Mark völlig neu errichtet. Seit 1830 handelte es sich bei dem Theater ja um eine zunächst nicht, später dann überdachte Holzkonstruktion. Der Neubau von 1900 war jetzt eine aus sechs Bögen bestehende Eisenkonstruktion mit Anklängen an den Eiffelturm, komplett überdacht und hatte feste Sitze, was allerdings die Kapazität von vorher 5 000 auf jetzt 4 200 Plätze reduzierte.

Zudem wurde die Bühne mit allen technischen Neuerungen versehen, die es zu dieser Zeit gab. Man versuchte den Ansprüchen eines städtischen Publikums gerecht zu werden. 1930 wurde das Theater erneut umgebaut und auch erweitert. Der Zuschauerraum wurde durch Einziehen eines weiteren Bogens vergrößert, so dass jetzt 5 280 Sitzplätze vorhanden waren, und das Bühnenbild komplett umgestaltet. Das erforderte mit 950.000 Reichsmark sehr hohe Investitionen und bedeutete, wie oben schon erwähnt, ein großes Wagnis angesichts der Wirtschaftslage (*Kümmerle* 1982, S. 24f.). Die letzte große und umfangreiche Sanierung erfolgte zum Spieljahr 2000. Die Kosten betragen etwa 13 Millionen DM .

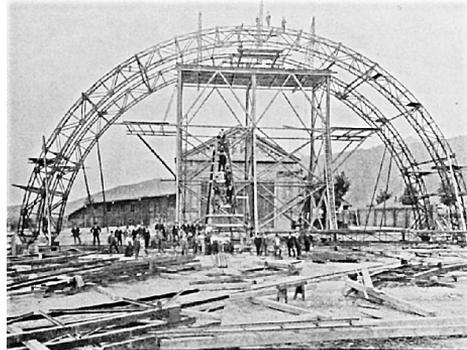


Abb. 19: Der Bau des Passionstheaters (1900)

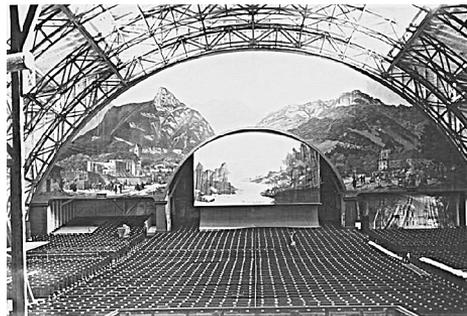


Abb. 20: Das Passionstheater von innen (1900)



Abb. 21: Das Passionstheater heute

¹² Hier sollen nur einige ausgewählte und bedeutende Bauten vorgestellt werden.



Abb. 22: Die Schnitzschule (1910)

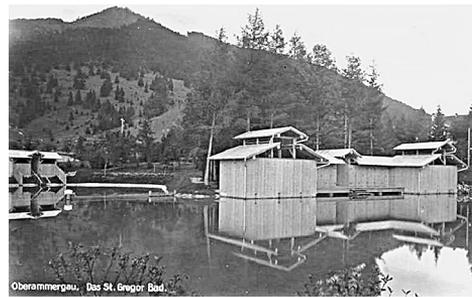


Abb. 23: Das Bad St. Gregor (vor 1934)



Abb. 24: Das Alpenschwimmbad (1934)



Abb. 25: Der Wellenberg

Ein weiteres größeres Projekt war die Einrichtung der Schnitzschule in einem eigenen Gebäude und dem folgenden Neubau an der heutigen Stelle im Jahre 1910 (Rädlinger 2002, S. 72f.).

Dies zeigt zum einen die Bedeutung dieses Berufszweiges für das Dorf und zum anderen, ab wann die Passion Erträge in einer entsprechenden Dimension abwarf.

Mit den Einnahmen der Jubiläumspassion 1934 wurde ein modernes und großes *Alpenschwimmbad* mit zwei Fünfzig-Meter-Becken und einem extra Frauen-Becken gebaut, welches seine »natürlichen« Vorläufer, bei denen es sich um aufgestaute Bäche oder Weiher handelte, ablöste (Rädlinger 2002, S. 171f. u. 290f.).

Nach der Passion 1970 errichtete man, dem Trend der Zeit folgend, in der Umgebung aber zunächst einzigartig, den so genannten Wellenberg, ein Erlebnisbad mit allem was dazugehört, dessen Baukosten 12,5 Millionen DM verschlangen.

Weitere Nachkriegsbauten

Für 1950 hatte man zunächst mit der Instandsetzung des Theaters und der Reparatur beschädigter Straßen und gemeindlicher Gebäude genügend zu tun.

Für die Passion von 1960 war man dann schon wieder zu Größerem in der Lage, d. h. man nahm eine ganze Menge von Baumaßnahmen in Angriff:

Umbau bzw. Erweiterung von Kindergarten, Feuerwehrgerätehaus, Rat- und Krankenhaus, sowie Neubau von Klärwerk und Volksschule (*Rädlinger* 2002, S. 232–241). Der Unterricht fand vorher übrigens im Schichtbetrieb statt!

Die Flüchtlinge, die amerikanischen Soldaten und die Menschenmassen der Passion haben viele dieser Maßnahmen geradezu erzwungen.

1970 lag der Investitionsschwerpunkt, wie oben erwähnt, auf der Beseitigung der Hochwasserschäden und der endgültigen Ammerkorrektur. Dabei übernahm die Gemeinde 2,5 Millionen von den 17 Millionen Gesamtkosten.

Mit den Erträgen der Spiele von 1980 und denen der Jubiläumspassion von 1984 wurden das so genannte Ammergauer Haus, ein Kurhaus für den Fremdenverkehr, 1984 fertig gestellt und das Schulhaus erweitert. In den Neubau der Sportanlagen wurden von 1988 bis 1990 sieben Millionen DM investiert und der Wellenberg 1990 um ein modernes Rutschenhaus erweitert.

1992 wurde die Friedhofskapelle für 1,38 Millionen DM errichtet, die Generalsanierung des Wellenbergs und die Auskleidung des Sportbeckens mit Edelstahl erforderten bis 1998 18 Millionen DM (siehe dazu Investitionen der Gemeinde Oberammergau 1996–2001).

Als weitere große Aufgaben warten in den nächsten Jahren der Ausbau der Kläranlage mit der biologischen Klärstufe 3 (etwa 18 Millionen DM), Einrichtung von künstlichen Beschneigungsanlagen, Überdachung der Freilichtbühne, Errichtung von Photovoltaikanlagen auf dem Ammergauer Haus und der Grund- und Hauptschule, um der Mitgliedschaft im Klimabündnis gerecht zu werden, die eine Halbierung der CO²-Emissionen der Gemeinde bis 2010 erfordert, weitere Sanierung und Erneuerung des Kanalsystems, der eventuelle Neubau eines Rathauses und die Modernisierung des kleinen Theaters, um nur die wichtigsten und kostenintensivsten Projekte zu nennen.



Abb. 26: Die Volksschule (1959)

Auswirkungen auf die Umgebung

Neben diesen ortsbezogenen Auswirkungen sind natürlich die auf die Umgebung nicht zu unterschätzen. Das reicht in abgestufter Intensität von den unmittelbaren Nachbargemeinden bis nach München und wird durch die Statistiken über den Fremdenverkehr belegt (Grundlegend dazu: *Kümmerle* 1982, S. 32ff.). Dabei ist

zunächst die Förderung des »Ausländer«-Tourismus und die damit verbundene Image-Werbung für Bayern als ideeller Erfolg zu nennen.

Aber auch die reinen Übernachtungszahlen belegen, dass die umliegenden Orte sehr stark von der Passion profitierten.

Tab. 3: Gästeübernachtungen und Ausländeranteil

	Jahr	Insgesamt	Ausländer	Anteil in %
Oberammergau	1949	17214	520	3,0
	1950	339014	175974	51,9
	1951	61154	3009	5,4
	1959	136255	38862	28,5
	1960	454526	387421	85,2
	1961	129996	31504	24,2
	1969	147944	41404	28,0
	1970	513899		
	1979	226837		
	1980	463805		
Werdenfelser Land o. Ogau	1949	498435	5540	1,1
	1950	964883	54817	5,7
	1951	1019963	42687	4,2
	1959	2178477	155873	7,2
	1960	2326035	236567	10,2
	1961	2326914	148273	6,4
	1969	2421123	164343	6,8
München	1949	440327	52659	11,2
	1950	628566	157074	25,0
	1951	816528	211959	26,0
	1959	1685119	618103	36,7
	1960	1754477	670913	38,2
	1961	1676544	604982	36,1
	1969	1911059	805440	44,5

Das liegt daran, dass die Bettenkapazität in Oberammergau nicht ausreichte, aber auch daran, dass v.a. die Ausländer den Besuch der Passion mit einem größerem Besichtigungsprogramm verbanden. 1930 begründete die Stadt München ihre Bewerbung um die deutschen Kampfspiele mit den zu erwartenden Besucherzahlen in Oberammergau.

Tab. 4: Gästeübernachtungen vor und während der Passion

Ort	Jahr	Übernachtungen	Steigerung gegenüber Vorjahr
Garmisch-Partenkirchen	1979	744948	
	1980	780547	4,8 %
Ettal	1979	31462	
	1980	47412	50,0 %
Unterammergau	1979	38187	
	1980	73655	92,9 %
Oberammergau	1979	226837	
	1980	463805	104,5 %

Und auch der Bau der Zahnradbahn auf die Zugspitze wurde ganz deutlich mit dem Hinweis auf die erwarteten, zusätzlichen Gäste der Passionsspiele von Oberammergau projiziert und es wurde sogar spekuliert, die Eintrittskarten mit einem Bergbahnticket der Zugspitzbahn zu kombinieren. Die Zahnradbahn wurde 1930 fertig gestellt.

Probleme durch die Passion

In Oberammergau wird ein geregelter Fremdenverkehr wie in anderen Orten durch die Passion behindert. Denn neun Jahre lang versucht man jeweils Stammgäste zu gewinnen, und im zehnten Jahr sind diese dann nicht erwünscht. Es ist nur zu verständlich, dass sich dann viele Gäste anderswohin orientieren. Deshalb muss sich Oberammergau nach jeder Passion neu bemühen, ein Stamm-Klientel aufzubauen, bis zur nächsten Dekate.

Auch die durchschnittliche Verweildauer des Urlaubsgastes ist deutlich niedriger als in anderen Gemeinden der Umgebung. Dies liegt sicher mit am Image als Passionsort, der (zumindest im Passionsjahr) teuer ist. Ein weiterer Grund ist, dass Oberammergau, wie in der Passionsspielzeit auch, von vielen ausländischen Gästen in Rahmen einer Europareise besucht wird, aber eben im Höchstfall für 2 Tage, da ja schon das nächste Ziel wartet. Die verstärkte Wohnungsnot in Passionsjahren wurde oben schon angesprochen.

Die Hauptbeschäftigung lag früher im holzverarbeitenden Gewerbe, v.a. der Schnitzerei. Die Umsatzspitzen im 10-Jahres-Zyklus bereiteten dabei große Schwierigkeiten. Die Gemeinde sah sich daher gezwungen, die Arbeiten aufzukaufen und für die nächste Passion zu lagern.

Seit einigen Jahren (1980) kommt es zu einer Stagnation bzw. einem Rücklauf bei der Bettenkapazität, denn es werden keine Hotelneubauten mehr in Angriff genommen – vermutlich fürchtet man die fehlende Auslastung in den »normalen« Jahren – und es werden immer weniger eigene Betten von den Einheimischen zur Passion geräumt, was als Ergebnis eines gewissen Wohlstandes interpretiert werden könnte.

Tab. 5: Bettenkapazitäten in Oberammergau

Jahr	1950	1959	1960	1969	1970	1979	1980
Bettenkapazität	1132	2457	4748	2254	4727	2264	2921

Schwierig ist die Anpassung an die veränderte Berufsstruktur des Ortes und damit der Schauspieler. Waren früher die meisten Mitwirkenden Schnitzer, die ihrer Arbeit auch abends nach den Aufführungen nachgehen konnten, so arbeitet heute die Mehrzahl in normalen Berufen, in denen man sich nicht einfach ein Jahr frei nehmen kann.

Ein Blick in die Zukunft

In wirtschaftlicher Hinsicht sind der Ausnutzung der Spiele Grenzen gesetzt. Auch wenn die Nachfrage ungeheuer ist – schon 1960 konnten von drei Kartenwünschen nur einer erfüllt werden –, lässt sich das Angebot nicht uneingeschränkt ausweiten. Zum einen stehen der Vermehrung der Spieltage gewichtige Gründe entgegen: Mit fünf Aufführungen pro Woche ist die Grenze der Leistungsfähigkeit der Schauspieler, die ja Laien sind, erreicht und eine Verlängerung der Spielzeit kommt wegen den Witterungsrisiken und den dann eingeschränkten Lichtverhältnissen nicht in Frage. So kann es z.B. vorkommen, dass im Mai auf die offene Bühne Schnee fällt. Zum andern würde eine Vergrößerung des Theaters akustische Probleme mit sich bringen. Und eine Verkürzung des Zehnjahreszyklus wird von den Traditionalisten im Ort abgelehnt.

Grundsätzlich noch nicht entschieden und in der Diskussion ist die Frage, ob bei den Spielen der religiöse Aspekt, also das Gelübde, oder der schauspielerische im Vordergrund stehen sollten.

Doch egal in welche Richtung dies geht, die Tatsache, dass die Passion für die Gemeinde Oberammergau ein bedeutender wirtschaftlicher Faktor ist, für den und mit dem geplant wird, kann dies nicht beeinflussen.

Summary

The passions plays of Oberammergau

Due to its geographical location on the edge of the Alps at about 800 metres above sea level and its peripheral situation towards the economical and political centres of the Bavarian dukedom, the village of Oberammergau wasn't blessed with special economical or political possibilities. Over centuries, making a living in agriculture and craftsmanship was very limited by its bad natural conditions and geographical border territory situation. Only the special skill of woodcarving, the beginning of the "Rottwesen" (a special kind of transport service) and the closeness to the Benedictine monastery of Ettal made it possible for its inhabitants to make their living in a very modest way.

Only the passion plays, which were performed for the first time in 1634 as a consequence of a plague vow, improved their low income a little but in the course of the centuries the peoples persistence in connection with the awareness of the promise made to their ancestors guaranteed increasing economical success.

Since the 19th century this success has been clearly visible in the public and private life of the Oberammergau community. At that time the plays were recognised by the intellectuals for their uniqueness (the only uninterrupted passion play tradition since its first performance) and consequently they gained international fame, which finally led to a kind of mass tourism. They became the main and dominant source of income for its inhabitants. The effects of the festival, performed every decade, can be seen in the whole village in many ways. Infrastructural and building measures in the local and private sphere have always been made any time before the date of performance in ways which go far beyond the normal scope of a community of this size. These measures and alterations of the village include flood protection, infrastructural improvement, local expansion, private investment for touristic accomodation and communal large-scale projects. However, this exceptional situation happening once every decade has made it difficult to develop a more regular tourism.

Literatur

- Alzheimer, Heidrun [Hrsg.]*: Einmal Oberammergeau und zurück. Reisetagebuch des Bauern Matthäus Storath aus Stockheim/Rhön. – Würzburg 2001 (Der Ammergeau. Schriftenreihe des Historischen Vereins Oberammergeau, 2).
- Daisenberger, Joseph Alois*: Geschichte des Dorfes Oberammergeau. (Nachdruck der Erstveröffentlichung im Oberbayerischen Archiv, 20, 1859–1861). – Oberammergeau 1988.
- Deutinger, Martin*: Das Passionsspiel in Oberammergeau. – München 1850.
- Dussler, Hildebrand*: Geschichte der Ettaler Bergstraße, neu herausgegeben von P. Blitzl, L. Koch u. H. Schelle. – In: Mohr, Löwe, Raute 5, 1997.
- Dongus, H.*: Die naturräumlichen Einheiten auf Blatt 89/195 Tegernsee. – Geographische Landesaufnahme 1:200.000. Naturräumliche Gliederung Deutschlands. Hrsg. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung. – Bonn, Bad Godesberg 1993.
- Günzler, Otto u. Zwinck Alfred*: Oberammergeau. Berühmtes Dorf, berühmte Gäste. – München 1950.
- Kümmerle, Franz*: Die Geschichte des Passionsspiels in Oberammergeau. (Ungedruckte Zulassungsarbeit). – München 1982.
- Kuhnert, Christian [Hrsg.]*: Erläuterungen zur Geologischen Karte von Bayern 1:25.000, Blatt Nr. 8432 Oberammergeau. – München 1967.
- Lang, Gottfried O.*: Die Wechselwirkung wirtschaftlicher und nicht wirtschaftlicher Faktoren im Fortbestand der Oberammergeauer Passionsspiele. – In: Passionsspiele im alpenländischen Raum, S. 203–210. – München 1990 (Veröffentlichungen zur Bayerischen Geschichte und Kultur, 20).
- Meyer, R. K.F. u. Schmidt-Kaler, H.*: Wanderungen in der Erdgeschichte (9). Auf den Spuren der Eiszeit südlich von München, westlicher Teil. – München 1997.
- Rädlinger, Christine*: Zwischen Tradition und Fortschritt. Oberammergeau 1869–2000. – Oberammergeau 2002.
- Trautmann, K.*: Oberammergeau und sein Passionsspiel. – Bamberg 1890.
- Uhlschmid, H. [Hrsg.]*: Oberammergeau und seine Umgebung. Naturkundlicher Führer von Oberammergeau und seiner Umgebung. – Oberammergeau 1930.
- Utschneider, Ludwig*: Oberammergeau im Dritten Reich. 1933–1945. – Oberammergeau 2000 (Der Ammergeau. Schriftenreihe des Historischen Vereins Oberammergeau, 1).
- Utschneider, Ludwig*: Bibliographie zur Geschichte Oberammergeaus und der Passionsspiele. – Oberammergeau 2003 (Der Ammergeau. Schriftenreihe des Historischen Vereins Oberammergeau, 3).
- Wilz, Leo*: Der Kampf gegen die geistlichen Spiele in Bayern. – In: Bayerischer Heimatschutz 25, 1929, S. 99–106, und 27, 1931, S. 81–89.

Klaus Fesche

Räumliche Effekte von Weltausstellungen¹

Über den zur Weltausstellung 1889 in Paris errichteten Eiffelturm schrieb eine Gruppe von Künstlern am 14. Februar in der Zeitung »Le Temps«: »*Der Eiffelturm ist die Schande von Paris. Er wird Paris wie ein riesiger und schwarzer Fabriksschornstein überragen, der mit seiner barbarischen Masse Notre-Dame, die Sainte-Chapelle, die Tour Saint-Jacques, den Louvre, den Invalidendom, den Arc de Triomphe, [...] zugrunde richtet*« (Herre 1999, S. 2).

Solche optisch-ästhetischen Raumwirkungen sind es, die allgemein – negativ oder positiv bewertet – mit Weltausstellungen verbunden werden. Der Eiffelturm, eine der markantesten Bauten in der Geschichte der Weltausstellungen, konnte aufgrund seiner von den zitierten Künstlern negativ bewerteten Eigenschaften, vor allem der zu einer phänomenalen Aussicht einladenden Höhe, jedoch noch andere Formen der Raumwirksamkeit hervorbringen: Der Turm wurde trotz der anfänglichen Anfeindungen bald zum Wahrzeichen von Paris und zum Besucherverkehr hervorgerufenen Tourismusmagneten.

In Bezug auf die Fragestellungen der Historischen Geographie lautet die hinter dem Thema stehende Kernfrage aus meiner Sicht, ob und in welcher Form Weltausstellungen – im Grunde lediglich mehrmonatige Großveranstaltungen – langfristig raumwirksam werden können, konkret, in wie weit neue Siedlungen und Siedlungsstrukturen wie Gewerbestandorte, Wohnsiedlungen, Kultur- und Freizeitzentren, Naherholungsgebiete oder Verkehrsinfrastrukturen etabliert werden können. Bevor näher auf diese Kernfrage eingegangen werden kann, soll zunächst ein kurzer Rückblick auf die historische Entwicklung der Weltausstellungen geworfen werden, die auch gerade hinsichtlich der Raumwirksamkeit durch einen starken Wandel gekennzeichnet ist. Dabei sind universale Weltausstellungen, die so genannten »großen Weltausstellungen« mit übergreifender Thematik, und die kleineren Fachausstellungen mit eng gefasstem Themenschwerpunkt zu unterscheiden (Fesche u. Schröder 2002, S. 25; Fesche u. Schröder auch zu folgendem Rückblick, S. 21–30 mit weiterführender Literatur).

1 Dem Beitrag liegt der Vortrag zugrunde, der auf der 29. Tagung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« (Hannover 25.–28. September 2002) gehalten wurde. Vergleiche dazu auch den Tagungsbericht von *Carl-Hans Hauptmeyer* in diesem Band!

1. Frühe bzw. Freihandelsphase: Londoner und Pariser Weltausstellungen bis 1867

Die frühen Weltausstellungen kennzeichnete ein Geist des Strebens nach Fortschritt im Dienste der gesamten Menschheit. Ein weltweit freier Handel sollte eine friedliche Konkurrenz und sozialen Frieden garantieren. Sie hatten den Charakter von Industriemessen und dienten neben der Präsentation der Industrieprodukte der Kommunikation von Unternehmern, Wissenschaftlern und Ingenieuren, Politikern oder Arbeiterdelegationen. In den ersten beiden Jahrzehnten wechselten London und Paris als Veranstaltungsorte einander ab, also jene beiden Städte, die in Literatur, Publizistik und Geschichtsschreibung oft als die Weltmetropolen des 19. Jahrhunderts bezeichnet werden. Diese beiden Hauptstädte führender Mächte der Zeit konnten auch durch ihre zahlreichen repräsentativen Bauten und ihr städtebauliches Erscheinungsbild beeindrucken, waren allemal eine Reise wert und stellten also den Weltausstellungen schon ohne besondere, über die Bereitstellung eines Ausstellungsraums hinausgehende Baumaßnahmen einen »würdigen« Rahmen zur Verfügung und eine Besucher anziehende Attraktivität zur Seite. Da diese Ausstellungsräume zentral gelegen waren, waren auch keine spektakulären Verkehrsmaßnahmen notwendig. Die räumliche Ausdehnung dieser Weltausstellungen war noch relativ bescheiden: London begnügte sich mit 10–15 ha, Paris 1867 erreichte immerhin schon 68,7 ha.

2. Phase 1873–1900: Trend zu allgemeinen Kulturausstellungen

1873 reihte sich mit Wien eine weitere glanzvolle Metropole unter die Veranstaltungsorte – allerdings eine von imperialer Tradition, weniger eine des industriell-kapitalistischen Fortschritts. Kurz nach Beginn der Wiener Ausstellung und durch das Spekulationsfieber in ihrem Vorfeld mit ausgelöst, kam es allerdings zu dem »Schwarzen Freitag«, dem Börsenkrach von 1873, der die Gründerzeit beenden sollte. In seiner Folge löste eine nationalistische, protektionistische Wirtschaftspolitik die bisherige liberale Handelspolitik ab (*Kretschmer* 1999, S. 96ff.). Auf den Weltausstellungen stand künftig die wirtschaftliche und kulturelle Konkurrenz der einzelnen Nationen im Vordergrund. Zudem wandelten sich die Expos zu allgemeinen, populären Kulturausstellungen, da den Fachleuten die »world fairs« zu allgemein wurden und sie den Erfahrungsaustausch fortan vor allem auf Fachmessen und -kongressen suchten. (*Kretschmer* 1999, S. 119). Vorläufer dieses Wandels war die Wiener Weltausstellung mit ihrem ethnographischen Dorf, der Kunstgewerbeausstellung und den Kunstpavillons (*Pemsel* 1989, S. 97). Die Erscheinungsbilder dieser Weltausstellungen sind geprägt von Kulissenstädten in historisierendem Stil.

3. Phase 1900–1945: Nationalistische Prägung, Konzerne als selbständige Akteure

Die Ausstellungen des 20. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs standen im Zeichen eines weltweiten technikorientierten Fortschrittsglaubens – trotz zahlreicher wirtschaftlicher Krisen in Europa und Nordamerika. Sie präsentierten

unter Mottos wie »a century of progress« (Chicago 1933) futuristische Visionen von einer Zukunft, die der Mensch in jeder Hinsicht souverän beherrscht (*Eisfeld* 1992, S. 42f.). Die teilnehmenden Staaten traten zunehmend ins Rampenlicht und nutzten Weltausstellungen mit ihren Nationenpavillons als Selbstdarstellungsbühne, wenn nicht sogar als Propagandaforum, wie etwa in Paris 1937, wo sich insbesondere der deutsche und der sowjetische Pavillon geradezu antagonistisch gegenüber standen. Die Weltausstellungsgelände dehnten sich durchweg auf mehr als 100 ha aus, im Durchschnitt beträgt die Fläche 200–250 ha.

4. Phase 1945-heute: Menschheit auf Orientierungssuche; aber auch: Sinnkrise

Nach den erschreckenden Erfahrungen der Weltkriegsära stellten die Expos zunehmend den Menschen in den Mittelpunkt, zumindest in ihrer Selbstdarstellung (*Eisfeld* 1992, S. 44): So firmierte Brüssel 1958 unter der Devise »Bilanz für eine menschlichere Welt«. Doch Motto und Umsetzung klappten oftmals weit auseinander. Technische Errungenschaften wie Atomenergie oder Raumfahrt wurden unkritisch präsentiert. (*Eisfeld* 1992, S. 44f.) Zugleich lockten Vergnügungsparks die Menschen: Der von Osaka 1970 war wohl ursächlich für den mit 62 Mio. Eintritten erzielten Besucherrekord und den in der Geschichte der Expos größten Gewinn (*Kretschmer* 1999, S. 287). Diese Weltausstellungen entfernten sich aber von dem propagierten Anspruch, sich ernsthaft mit der zivilisatorischen Entwicklung auseinanderzusetzen (*Eisfeld* 1992, S. 48; *Klenk* 1999, S. 394).

Zudem ließ die wachsende Verbreitung der Medien, insbesondere des Fernsehens, zunehmend die Frage nach dem Sinn von Expos aufkommen. Vor allem die Form der großen, universalen Weltausstellung schien überholt, was die lange Pause zwischen 1970 (Osaka) und 1992 (Sevilla) zu belegen scheint. Zunehmende finanzielle und betriebswirtschaftliche Erwägungen brachten auch eine Anzahl von Absagen hervor, so Paris 1989, so Wien 1995, so wiederum Paris 2004 (HAZ 9.8.2002).

Weltausstellungen erlebten also im Verlauf ihrer Geschichte mehrfache Wandel ihrer Funktionen bzw. konnten und können oder sollen sie verschiedene Funktionen, auch gleichzeitig, erfüllen. Folgende Übersicht fasst diese kurz zusammen:

Übersicht 1: Funktionen von Weltausstellungen

1. Werbeveranstaltung für Produkte

- industrielle Leistungsschau/Produktmesse (z.B. London 1851)
- Tourismusbörse (z.B. Brisbane 1988)

2. Werbeveranstaltung für einen Standort oder Staat

- PR-Event/Imageförderung für veranstaltende Stadt/Region/Nation (alle)
- Propagandainstrument (z.B. Paris 1937)
- Selbstinszenierung einer Stadtgesellschaft/lokale Identitätsbildung (z.B. Expo 2000)

3. Orientierungssuche, Selbstvergewisserung »der Menschheit«

- internationale Kulturausstellung (z.B. Wien 1873, Paris 1900)
- Standortbestimmung des Menschen/der menschlichen Gesellschaft (z.B. Brüssel 1958: »Bilanz für eine bessere Welt«, Montreal 1967: »Der Mensch und seine Welt«)
- Zukunftsmesse und -kongress (z.B. Expo 2000: Global Dialogues, weltweite Projekte)

4. Instrument zur Lenkung von Investitionen in eine Stadt oder Region

- zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Ankurbelung der regionalen Wirtschaft
- zur Stadtbildverschönerung/Stadterneuerung (z.B. Sevilla 1992, Hannover 2000)
- zum Auf- oder Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (z.B. Osaka 1970)
- zur Stadt-/Regionalentwicklung (z.B. Tsukuba 1985, Sevilla 1992, Lissabon 1998, Expo 2000)

Eine langfristige Raumwirksamkeit zu erzielen, war also ursprünglich nicht eine primäre Funktion von Weltausstellungen, sondern eine, die sich erst im Laufe der Entwicklung herausgebildet hat. Im Jargon der Planer von Weltausstellungen wird eine solche Raumwirksamkeit als »Nachnutzung« bezeichnet.

Temporär oder permanent?

Von Anfang an standen die Planungen und baulichen Stätten von Weltausstellungen unter der Fragestellung »Temporär oder Permanent«. Schließlich galt es zunächst einmal nur, einer auf einige Monate begrenzten Schau-, Fest- und Kommunikationsveranstaltung einen baulichen Rahmen bzw. eine Bühne zu geben, also Kulissen mit angegebenem Verfallsdatum, dafür aber ohne Frostschutz bereitzustellen. Eine langfristig angelegte Nachnutzung erfordert hingegen eine Investitionsbereitschaft von Staat, Kommunen oder Unternehmen, die nicht zugunsten von betriebswirtschaftlich und kurzfristig orientierten Geboten langfristige Zielsetzungen verhindern lässt, bzw. das Geschick, solche Investitionen in die entsprechende Region zu locken. Die vor allem mediale Wirkung temporärer Maßnahmen verpufft schnell – ohne deshalb preiswert zu sein (wie das Beispiel Hannover zu zeigen scheint). Zu berücksichtigen ist jedoch, dass die unterschiedlichen Beteiligten an Weltausstellungen auch unterschiedliche Interessen haben. Folgende Übersicht fasst diese z.T. gegensätzlichen Interessen zusammen:

Übersicht 2: Der Gegensatz zwischen temporären und dauerhaften Interessen

Langfristige Interessen (vor allem Interessen der platzgebenden Stadt/Region)

- Verbesserung der Verkehrs-Infrastruktur
- Neuherstellung bzw. Aufwertung von Gewerbe- oder anderer Nutzflächen
- Modernisierung des Stadtbildes
- Stadtmarketing, internationale Aufmerksamkeit
- Insgesamt: Verbesserung der Standortbedingungen

Temporäre Interessen (Interessen der übrigen Beteiligten:
Staat, Teilnehmerländer, Wirtschaft)

- Ausrichtender Staat: internationale Reputation, wirtschaftliche und politische Beziehungen zu anderen Staaten, politisches, wissenschaftlich-technologisches, ökonomisches Image
- Teilnehmerländer: analog zu ausrichtendem Staat
- Wirtschaft: Werbung, Absatz

Der erste Weltausstellungs-Bau, der legendäre Kristallpalast im Londoner Hyde-Park, war nur ein temporäres Gebäude, das aber wegen seines mythosbildenden Erfolges nach der Great Exhibition im Stadtteil Sydenham wiederaufgebaut wurde und dort bis zu seiner Vernichtung durch einen Brand 1936 stand. Ebenso temporär angelegt war die »White City« der Weltausstellung von Chicago 1893: Sie ging als größte Gipsstadt der Welt in die Geschichte ein, bekam aber auch vernichtende Urteile seitens der Architekturkritik (*Kretschmer* 1999, S. 134f.).

Auch die Ausstellungsgelände wurden nach Veranstaltungsende wieder ihren vorherigen Nutzungen zugeführt: So der Hydepark, so der – modernisierte und neugeordnete – Wiener Prater, so auch das Pariser Marsfeld und das Seineufer. Die Einbettung von Weltausstellungen in Parks etablierte sich bald als das übliche Muster, den bebauten Flächen einen optischen Rahmen zu geben und den Besuchern Erholungsmöglichkeiten angesichts von Hektik und Reizüberflutung zu bieten. Bis heute hat diese Form der Einrahmung nicht an Attraktivität verloren. Die Parks blieben zumeist auch nach Expo-Ende erhalten und stellten somit eine sicher kostengünstige Form der Nachnutzung dar. Beispiele wären z. B.

- Barcelona 1888
- der Parc d'Acclimatation in Lüttich 1905
- Expo 2000: Expo-Park Süd

Hinsichtlich der Dauerhaftigkeit von Ausstellungsgebäuden und -flächen gab es bereits Ende des 19. Jahrhunderts Ansätze eines Umdenkens. Schon das Gelände der Londoner Weltausstellung von 1862 wurde langfristig zu einem kulturellen Zentrum entwickelt, allerdings mit Neubauten nach der Exhibition, wie der Royal Albert Hall, der Royal Geographic Society und dem Natural History Museum. Ein Novum war, dass bei der Brüsseler Weltausstellung 1897 alle neu errichteten Bauten dauerhaft genutzt werden sollten (*Kalb* 1994, S. 26). Diese bildeten den Anfang einer neuen Prachtstraße. Die Weltausstellung in Paris 1900 hinterließ das Große und das Kleine Palais und den Bahnhof Gare d'Orsay, der 1986 ebenfalls in ein Kunstmuseum umgewandelt wurde – auf diese Weise entstand, wie in London, langfristig ein kulturelles Zentrum.

Zwischen diesen Beispielen ragt Barcelona 1888 durch das modernste Konzept hervor: Entstanden bei den genannten Beispiele lediglich begrenzte neue Areale bzw. Funktionsräume, unternahm die katalanische Hauptstadt inmitten einer demographisch-wirtschaftlichen Expansionsphase den Versuch, sich in die Reihe der bedeutenden europäischen Großstädte emporzuschwingen. Die Weltausstellung sollte die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sowie Kapital und Industrie in die Stadt ziehen. »Barcelona gewann den Rang einer europäischen Metropole erst

nach der Weltausstellung im Jahre 1888« (*Zimmermann* 1996, S. 141). Stadtplanerisch ist die Umnutzung des Areals der alten, an die Altstadt grenzenden Zitadelle zum Parc de la Ciutadella als Weltausstellungsgelände und anschließend zu rund 60 % als Park, zu rund 40 % für Wohnungen zu beachten. In Barcelona hinterließ auch die »kleine« Weltausstellung 1929 dauerhafte Bauten, so z.B. zahlreiche Nationenpavillons, die anschließend von der Universität oder als diplomatische Vertretungen genutzt wurden, sowie Prachtstraßen.

Wenn es auch möglich wäre, noch viele Beispiele aufzuzeigen, heißt dies nicht, dass der Konflikt »Temporär oder permanent« zugunsten des Letzteren entschieden worden sei. Finanzieller Druck ebenso wie fehlende Weiterverwendungskonzepte brachten immer wieder zeitlich befristete und funktional begrenzte Expo-Bauten und -Anlagen hervor, die also nur ephemere raumwirksam waren.

Übersicht 3: Entwicklungstufen der Raumwirksamkeit von Weltausstellungen

- Wanderung von der Metropole zur Provinz
- Wandel vom Einzelgebäude zur größeren Ausstellungsfläche
- Wandern von der städtischen Zentrumslage an die Peripherie
- (dadurch Auf-/Ausbau der Verkehrsinfrastruktur notwendig)
- Trend vom temporären Gebäude (Pavillon) zur Kombination von befristeten und dauerhaften (z.B. Sevilla 1929, Hannover 2000)
- Wandel von der temporären Nutzung der Ausstellungsfläche (Hydepark, Marsfeld, Prater) zur dauerhaften, also zur Neugestaltung und -nutzung von Arealen
- Ursprüngliche Nachnutzung der Ausstellungsgelände oft Erholungsparks, heute Technologie- oder Wissenschaftsparks

Eine neue Entwicklung, die bestimmend ist für gegenwärtige Ansätze bei der Planung von Weltausstellungen, setzt ein mit der Fachausstellung (Schwerpunkt Technologie) in der japanischen Wissenschaftsstadt Tsukuba 1985: Die von Anfang an geplante Nachnutzungskonzeption war die für einen Technologie- und Industriepark (*Kalb*, S. 42–44). Nach dem Vorbild von Tsukuba (*taz* 19.10.1993) ging auch das südkoreanische Taejon 1993 (Schwerpunkt Umwelt) vor, das auf einem 90 ha großen Gelände einen Wissenschaftspark errichtete. Diese Fachausstellung war übrigens eingebettet in einen wahren Reigen von südkoreanischen Mega-Events, beginnend mit den Olympischen Spielen 1988 in Seoul, und vorläufig endend mit der Fußball-Weltmeisterschaft im Jahre 2002 (zusammen mit Japan).

Die ostasiatischen Expos waren damit Vorreiter einer Entwicklung, die auch in Europa fortgesetzt wird und die geradezu einen Bedeutungswandel von Weltausstellungen markiert, die nun den Charakter der spektakulären Vornutzung einer langfristig angelegten Hauptnutzung bekommen, eines Stadt- oder Regionalentwicklungsprojekts, für das sie gleichzeitig eine grandiose Werbung machen.

Die verschiedenen Phänomene von in den Raum wirkenden Expo-Maßnahmen, die sich während einer 150-jährigen Weltausstellungs-Geschichte entwickelt haben, lassen sich in einer Typologie räumlicher Effekte darstellen:

Übersicht 4: Typologie der Raumwirksamkeit von Weltausstellungen

- Raumwirksamkeit von Einzelgebäuden (z.B. Kristallpalast, Eiffelturm)
- Raumwirksamkeit mehrerer Einzelbauten oder -orte (verstreut über Stadtteile oder Stadt/Region, z.B. Sevilla 1929, dezentrale Projekte Hannover 2000); dabei Entstehung von Verkehrs- oder Sichtbeziehungen zwischen diesen Punkten
- Raumwirksamkeit von Stadterneuerungs-/verschönerungsmaßnahmen (Sevilla 92/Hannover 2000)
- Raumwirksamkeit von Ausstellungsflächen bzw. »Koronarflächen« (Grünflächen, Foyer-Flächen, öffentliche Plätze; Peripherie des Ausstellungsgeländes)
- Raumwirksamkeit in Gestalt neuer Wohnsiedlungen, Gewerbestandorte, Wissenschafts- und Technologiezentren (Tsukuba, Sevilla 1992, Lissabon, Hannover)
- Raumwirksamkeit des Ausbaus oder der Aufwertung der Verkehrsinfrastruktur
- Raumwirksamkeit in abstrakterem Sinne: regionale Wirtschaft, regionaler Arbeitsmarkt

Zwei Fallbeispiele: Sevilla und Lissabon

Etwas ausführlicher sollen die dauerhaften räumlichen Auswirkungen von Weltausstellungen, sprich: die Nachnutzungsprojekte, am Beispiel von zwei der letzten Weltausstellungen betrachtet werden, den Expos in Sevilla und Lissabon. Reizvoll ist dieser Vergleich, weil diese Veranstaltungen in globalem Maßstab wie auch zeitlich ähnliche Ausgangsbedingungen hatten: Beide fanden in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auf der iberischen Halbinsel, in Andalusien und in Portugal, also aus wirtschaftlicher Perspektive in eher randständigen Regionen statt. Bei näherer Betrachtung lassen sich jedoch eine Reihe Unterschiede feststellen, die sicher mitverantwortlich für die unterschiedlichen Erfolge – in Bezug auf eine Raumwirksamkeit – der beiden Weltausstellungen waren.

Der erste Unterschied ist der, dass in Sevilla im Gegensatz zur Fachausstellung in Lissabon eine universale Weltausstellung stattfand. Damit war die Expo '92 in Sevilla die erste universale Weltausstellung, die als Vehikel zur Stadt- und Regionalentwicklung dienen sollte. Die schon seit den 70er Jahren bestehende Idee war, mit Hilfe der Expo die Randständigkeit und die Strukturschwäche Andalusiens zu überwinden und die Expo als Impuls zu einem Aufschwung der Region Andalusien zu nutzen (It. taz vom 20.2.88 waren Ende 1987 34 % der Erwerbsbevölkerung Andalusiens arbeitslos).

Die Weltausstellung selbst, der Kritiker dann »visionäre Auszehrung« bescheinigten (Kretschmer 1999, S. 258f.), und die v.a. als große Fiesta in die Geschichte einging, sollte dabei nur die erste oder Vor-Phase des Stadtentwicklungsprojekts darstellen, deren zweite Phase das Projekt »Cartuja '93« war, benannt nach dem Veranstaltungsgelände, einer durch Flussbegradigung entstandenen Insel im Guadalquivir, die ein einst ein Kartäuser-Kloster beherbergte (Cartuja= nach Kartäuserorden).

Das eigentliche Ausstellungsgelände, die Insel La Cartuja, war vor der Weltausstellung trotz ihrer Nähe zum Zentrum vormals »isoliert«, da sie durch Eisenbahn-

trassen und eine hohe Mauer abgetrennt und dadurch auch dem Blick entzogen war. Überwunden wurde diese Trennung durch sieben neue Brücken über den Fluss; das zuvor verwahrloste Trassengelände wurde durch palmengesäumte Promenaden mit Bootsanlegern ersetzt. Die Grünflächen wurden noch 1992 aufgeforstet und dienen als stadtnaher Erholungspark. Neben dieser Raumnutzung ist von der Expo vor allem die infrastrukturelle Anbindung geblieben: Sevilla bekam einen weltstädtischen Bahnhof, eine Schnellzugtrasse nach Madrid, die die Fahrtzeit zwischen den beiden Städten von zehn auf zweieinhalb Stunden verkürzt, neue Autobahnverbindungen und einen Flughafen.

Zudem entstanden in der Altstadt Fußgängerzonen, wurden zahlreiche Fassaden restauriert und ein Opernhaus gebaut. Die unbestrittene Verschönerung der Stadt war allerdings mit einer massiven Steigerung der Lebenshaltungskosten, insbesondere der Mieten, verbunden.

Plan und Realität

Das 215 ha große ehemalige Weltausstellungsgelände sollte weiterentwickelt werden zu einer Zukunftsstadt für Technologie, Dienstleistungen und Wissenschaft. In der so genannten »Tecnópolis« sollten neben der Regionalverwaltung ein Universitätskomplex mit technischen Studiengängen und Wirtschaftsunternehmen angesiedelt werden. Auf diese Weise sollte Cartuja 93 als ökonomische Referenz und als technologisch hochgerüsteter Ort bekannt werden, von dem aus mit anderen Ländern kooperiert werden konnte. Dafür sollten weiter zu nutzende Pavillons von Unternehmen und Staaten ihr Dach bieten. Allerdings konnten diese Hoffnungen nur schleppend oder gar nicht realisiert werden. Fünf Jahre nach der Expo schrieb die ZEIT (vom 29.8.1997), die Cartuja wirke wie ein längst verlassenes Filmset, auf dem ein paar Kulissen vergessen worden seien.

Die Stadt Sevilla hat inzwischen auf einem Teil des Expo-Geländes den Themenpark »Isla Mágica« angesiedelt, in dem Themen wie die Entdeckung Amerikas mit Hilfe »modernster illusionsfördernder Technik« (Burmester 2000, S. 271) präsentiert werden; mittels einer Touristenattraktion soll nun an vorhandene Potentiale angeknüpft werden.

Gründe für den mangelnden Erfolg des Konzepts (Kalb 1994, S. 157–161, Meyer-Künzel 2001, S. 404f.) waren zum einen Umsetzungsmängel, so die Verzögerung der Demontage temporärer Pavillons und Anlagen, auch dadurch beschränkter Zutritt zum Gelände, dadurch wiederum Verzögerungen bei der Nachnutzung. Manche ursprünglich temporäre Pavillons wurden nicht abgerissen und ließen sich dann günstiger vermarkten als die dauerhaften, was eine Wettbewerbsverzerrung darstellte. Statt 25 % permanenter gab es schließlich 45 % permanente Pavillons, damit wurde das angestrebte Maß an zu vermarktender Fläche überschritten.

Zudem waren Stadt und Betreibergesellschaft unterschiedlicher Auffassung über die verkehrliche Anbindung. So wurde 1992 die Schnellstraße, die vom Flughafen direkt zur Cartuja führt, nur in Leichtbauweise erstellt – sie sollte nach Toresschluss der Expo wieder aufgerissen werden. So weit kam es dann doch nicht, die Autobahn befand sich aber bald in einem üblen Zustand. Temporär oder dauerhaft: Ein typischer Expo-Strukturkonflikt, der immer wieder aus der Abwägung von Kosten

und Nutzen entsteht und den zu lösen eine an den örtlichen Gegebenheiten und der konjunkturellen Situation orientierte Abwägung sein muss.

Überhaupt sahen sich die Mieter bzw. Nachnutzer einer umständlichen und z.T. zerrissenen Bürokratie ausgesetzt. Gleich vier verschiedene Verwaltungen, von der Stadt über die Provinz Sevilla und die Region Andalusien bis zum spanischen Staat, zeigten sich gegenüber den Unternehmen verantwortlich, und dazu trat noch die Betreibergesellschaft. Der Kompetenzwirrwarr verunsicherte die Investoren, etwa hinsichtlich der zeitlichen Verfügbarkeit der Flächen und der Höhe der benötigten Finanzmittel.

Gleichzeitig war Spanien von einer umfassenden Rezession betroffen, die die Arbeitslosenquote in Andalusien im Jahre 1993 schon wieder auf über 30 % ansteigen lassen hatte – auch durch das Ende der Weltausstellung bedingt. Die auf La Cartuja projektierten, auf den High-Tech-Bereich spezialisierten Arbeitsplätze waren wenig geeignet, den regionalen, eher agrarisch-touristisch zugeschnittenen Arbeitsmarkt zu entlasten. Produktionsgewerbe anzusiedeln war von vornherein ausgeschlossen worden, um nicht den ca. 200 km entfernten Gewerbepark von Malaga zu gefährden – auch dies eine hier hemmende Strukturbedingung. Außerdem sollte die Entstehung von Emissionen angesichts der Nähe zur Stadt ausgeschlossen werden.

Fazit: Exprototypische Strukturkonflikte, konzeptionelle Schwächen und exogene Faktoren wie die wirtschaftliche Rezession haben also die projektierte Nachnutzung von Sevilla '92 nicht zum Erfolgsmodell werden lassen. Es erscheint allerdings fraglich, ob Expos geeignete Katalysatoren sind, um randständigen und strukturschwachen Regionen eine ökonomische Entwicklung zu bescheren.

Lissabon 1998

Ganz anders präsentiert sich heute das Gelände der »kleinen« Weltausstellung in Lissabon 1998, die sich dem Thema »Die Ozeane, Erbe für die Zukunft« verschrieben hatte, und die von immerhin 10 Millionen Menschen besucht wurde.

Das gesamte Gelände – Ausstellungs- sowie Verkehrs- und Gewerbeflächen und neue Wohnsiedlung – war ursprünglich eine durch die Ölrückstände einer Raffinerie, durch Munitions-Altlasten und Müll kontaminierte Industriebrache, deren vormalige Nutzung mit der Diktatur und dem Kolonialreich, also Mitte der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, geendet hatte. Für die Herrichtung der Expo entstand mit 340 ha die zeitweise größte Baustelle Europas – übrigens ein für Weltausstellungen übliches Prädikat, das ähnlich auch die Expo 2000 erlangte; hier zeigt sich ein für einige Jahre auch raumwirksamer Effekt mit all seinen Vor- und Nachteilen (z.B. für die Bauwirtschaft einerseits, für Verkehr und Umwelt andererseits).

Erschlossen wurde das Gelände durch eine neue Linie der U-Bahn, deren Netz zur Expo verdoppelt wurde, und vor allem durch den neuen architektonisch ambitionierten Hauptbahnhof Estação do Oriente, der die Verbindung Lissabons zum Osten und Norden Portugals darstellt und im Gegensatz zu den anderen Lissaboner Bahnhöfen kein Kopfbahnhof ist, sondern über eine Verbindung zum alten Hauptbahnhof Santa Apolonia verfügt. Gleichzeitig stellt er einen neuen Verkehrsknotenpunkt dar, der Fernbahn, U-Bahn, Busbahnhof und ein Check-In für den nahegele-

genen Flughafen integriert. Die baulich-ästhetische Verknüpfung zum Expo-Gelände stellt ein Einkaufszentrum dar, mit zahlreichen Einkaufsmöglichkeiten auf mehreren Ebenen und in modernem Design. So präsentiert sich das Ensemble schon selbst als Erlebnis. Eine weitere wichtige Ergänzung der Infrastruktur ist die Brücke Vasco da Gama, die mit 17 km längste Europas, die Lissabon und die jenseits des Tejo gelegenen Gebiete miteinander verbindet und das südliche Ufer als Wohngebiet attraktiv macht (taz v. 19.7.97).

Der Eindruck einer gelungenen, über das Expo-Ende hinaus lebendigen und betriebsamen Anlage verstärkt sich, wenn man das eigentliche Expogelände betritt, wo die Besucher durch einen Informations-Pavillon mit kostenloser Gepäckaufbewahrung empfangen werden und wo Fahrradleiher, die (anders als in Hannover nicht demontierte) Seilbahn und durch gepflegte Grünanlagen und zahlreiche gastronomische Betriebe gesäumte Alleen das Gelände zu »bereisen« ermöglichen. Das Terrain umfasst das Ozeanium, das zweitgrößte Meerwasseraquarium der Welt, den »Atlantik-Pavillon« (eine Großraumarena für Konzerte, Sportveranstaltungen usw.), ein Theater, weitere Freizeit-Einrichtungen wie eine Segelschule am ehemaligen Tejokai, sowie den Nationenpark, der heute das Lissaboner Messegelände beherbergt. Hier finden neben den größeren Messen allsonntags einander abwechselnde kleine Verkaufsmessen bzw. Märkte statt. Den Erfolg der Nachnutzung belegt auch, dass in den ersten vier Jahren seit der Schließung der Expo über zwölf Millionen Besucher gezählt wurden (Tagesspiegel 4.8.2001).

Die angrenzenden Wohnsiedlungen befinden sich im Stadium eines fortgesetzten Ausbaus und erfreuen sich laut Presse (Tagesspiegel 4.8.2001) sowie nach eigenen Erkundigungen offenbar eines großen Interesses bei der Lissabonner Bevölkerung. Hier wird das Projekt Expo-Urbe realisiert, wo bis 2009 25 000 Menschen leben und 18 000 arbeiten sollen (ZEIT 29.8.1997). Die Finanzmittel dafür wurden z. T. durch Immobilienverkauf erwirtschaftet. Die ersten Wohnungen wurden noch vor Beginn der Weltausstellung bezogen. Büros, Einkaufszentren, Kinos und ein Krankenhaus ergänzen die Wohnfunktion.

Unterstützt bzw. getragen wird dieser offenbare Nachnutzungserfolg sicher durch Lissabons Status als Tourismusmagnet und durch die attraktive Lage des Geländes am Tejo. Möglicherweise liegt der Lissaboner Erfolg aber auch darin begründet, dass hier stärker als in Sevilla oder auch Hannover mit einer Hand gesteuert wurde: Es gab nur eine Expo-Gesellschaft, die wiederum anders als 1992 und 2000 nur zwei statt vier Eigentümern gehörte, und zwar in beiden Fällen öffentlichen: Die Lissaboner Expo-Gesellschaft ist zu 91 % Eigentum des portugiesischen Staates und zu 9 % Eigentum der Stadt Lissabon (Beteiligt an der Expo 2000 GmbH waren der Bund, das Land Niedersachsen, die Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft und die lokalen Gebietskörperschaften). Um die Erschließung der Expo Urbe rund um das Kerngebiet der Weltausstellung voranzutreiben, hat die Gesellschaft den Status einer Sonderadministration erhalten: Sie verhandelt mit Kaufinteressenten über die geplante Nutzung und die erlaubte Bauweise, was die Wartezeiten für die Baugenehmigung um Jahre verkürzt hat (Expo-Sprecher *Velez* lt. ZEIT v. 29.8.1997).

Fazit: Neben der Verbesserung der Infrastruktur profitierte Lissabon durch die Rückgewinnung der unbrauchbaren Flächen im Nordosten der Stadt und deren

zukunftsgerichtete Umnutzung für Leben, Arbeiten, für Handel und Tourismus (ZEIT 29.8.97, taz v. 24.7.2000). Schlüssel zum Erfolg war die auf die lokalen Strukturen und Bedürfnisse gut zugeschnittene Nachnutzungskonzeption. Es erscheint zudem plausibel, dass Fachausstellungen, die sich in Thematik, Planung und Realisierung stärker auf einen am Veranstaltungsort der Expo ausgerichteten Schwerpunkt konzentrieren, eher in der Lage sind, langfristige Nachnutzungserfolge zu erzielen.

Ausblick

Neben der Kritik an Großveranstaltungen, die vor allem die Flächenzerstörung, die verkehrlichen Umweltbelastungen oder soziale Folgen zum Thema hat (z.B. *Strobach* 2000), – Argumente die zur Absage von Weltausstellungen in Venedig oder Chicago 1992 geführt haben – gibt es noch eine weitere Kritik-Position: Dass Staaten und Regionen Großereignisse wie Expos immer mehr dazu nutzen, international auf sich aufmerksam zu machen, Standortwerbung zu betreiben und Investitionen in die veranstaltende Region zu locken, bzw. eine Subventionsumlenkung zu bewirken, wird als eine Begleiterscheinung der Globalisierung, als »Festivalisierung« kommunaler Politik angesehen, die zwar aus der Finanznot der Kommunen erklärbar ist, jedoch keinen Ausweg aus dieser Not und der daraus resultierenden Unfähigkeit zu selbstgesteuerter langfristiger Stadt- oder Regionalentwicklung darstellt (so schon *Siebel* 1991). Vor allem international randständige, wenig exponierte Großstädte sehen in Großereignissen ihre Chance; dass Standortförderung das Urmotiv zur Veranstaltung der Expo 2000 war, ist längst kein Geheimnis mehr (z.B. *Selle* 1994, S. 13). Jedoch funktioniert diese Finanzmittelumlenkung nicht immer wie geplant, siehe das Beispiel Sevilla.

Großereignisse wie z.B. eine Expo binden auf Jahre hinaus einen Großteil der Kräfte und der Aufmerksamkeit einer Stadt oder Region selbst wie auch die des Staates für den Veranstaltungsort, doch können mit Hilfe dieses Mega-Events längst nicht alle Aufgaben und Probleme der betreffenden Region gelöst werden. Stattdessen werden sie z.T. verdrängt, teilweise können sie sogar noch verstärkt werden (etwa durch Preissteigerungen oder durch Vernachlässigung anderer Bereiche bzw. Aufgaben).

Eine randständige oder finanzschwache Großstadt oder Region lässt sich also allein durch eine Expo nicht in die Prosperität katapultieren (was auch das Beispiel Hannover zu belegen scheint). Nur wenn bereits vorhandene Ansätze oder Potentiale sich bedarfs- und nachfragegerecht weiterentwickeln lassen, eignen sich Weltausstellungen als Katalysatoren einer räumlichen Entwicklung. Diese gelingt am besten, wenn sich die Interessen des Veranstaltungsortes mit denen der überregionalen Beteiligten sozial- und umweltverträglich zur Deckung bringen lassen.

Summary

Spatial effects of world exhibitions

Are major events like world exhibitions able to induce development such as new or better infrastructure, business-locations, residential quarters, cultural and recreational areas – that's the main question of this article. A short retrospective of the history of world expositions shows their being characterized by a clear change of their functions, and – depending on that – their effects on the environment and the surroundings.

The early world exhibitions didn't evoke permanent development as the later ones did. In the terminology of world exhibition planners, these intended effects are called "Nachnutzungen", in other words further or lasting use.

- In the long term planners and organizers of world expositions aim for:
- Improvement infrastructure
- land planning
- New or improved locations for business use and other purposes
- Communal or regional marketing
- Better conditions applying to the locality.

Sevilla and Lisbon (world exhibitions in 1992 and 1997) as shown in this article, can be taken as differing examples concerning the success in establishing lasting structures of utilization and development: While Sevilla is still trying to find use for major parts of its exhibition ground, Lisbon makes profit out of a long lasting concept.

This leads to the conclusion that it seems to be impossible to launch an insignificant city or region into prosperity only by means of a world exhibition (or a similar major event). But if it is basically possible to develop existing demands, these events are suitable to evoke growth and development. This is accomplished best if the aims of the concerning parties are conform with social and environmental standards.

Literatur

- Burmeister, Hans Peter*: Andalusien. 4. Aufl. – Köln 2000.
- Eisfeld, Dieter*: Commedia dell'Expo. Die Anfänge der universalen Weltausstellung »Expo 2000« in Hannover mit dem Thema »Mensch, Natur, Technik«. – Hannover 1992.
- Fesche, Klaus u. Schröder, Christiane*: Traditionslinien der Expo 2000. – In: Hauptmeyer, Carl-Hans u. Rund, Jürgen [Hrsg.]: Expo 2000 – Die Firma. Geschichte eines Unternehmens. Hameln 2002, S. 21–30.
- Herre, Franz*: Monument des Fortschrittsglaubens. Der Eiffelturm. Manuskript eines Radiofeatures im Bayrischen Rundfunk vom 4.9.1999.
- Institut für Kulturaustausch, Tübingen [Hrsg.]: Einfach gigantisch. Eine Geschichte der Weltausstellungen 1851–2000, Ausstellungskonzept. – Tübingen o.J.
- Kalb, Christine*: Weltausstellungen im Wandel der Zeit und ihre infrastrukturellen Auswirkungen auf Stadt und Region. – Frankfurt a.M. u.a. 1994 (Europäische Hochschulschriften V, 1570).

-
- Klenk, Volker*: Mega-Events als Instrument der Innenpolitik. Eine Mehrmethodenstudie zu Images und Imagewirkungen der universellen Weltausstellung Expo '92. – Berlin 1999 (Öffentlichkeitsarbeit, Public Relations und Kommunikationsmanagement, 8).
- Kretschmer, Winfried*: Geschichte der Weltausstellungen. – Frankfurt a.M. u. New York 1999.
- Meyer-Künzel, Monika*: Der planbare Nutzen: Stadtentwicklung durch Weltausstellungen und Olympischen Spiele. – Hamburg 2001.
- Pemsel, Jutta*: Die Wiener Weltausstellung von 1873. Das gründerzeitliche Wien am Wendepunkt. – Wien u. Köln 1989.
- Selle, Klaus*: Expositionen: eine Weltausstellung als Mittel der Stadtentwicklung? Materialien zur Diskussion um die Expo 2000 in Hannover. – Hannover 1994.
- Siebel, Walter*: Festivalisierung der Politik und die Unsichtbarkeit der Städte. – In: Brandt, Arno; Jüttner, Wolfgang u. Weil, Stephan [Hrsg.]: Das Expo-Projekt: Weltausstellung und Stadtzukunft. Hannover 1991, S. 39–51.
- Strobach, Ralf*: Expo 2000. – Hamburg 2000.
- Zimmermann, Clemens*: Die Zeit der Metropolen. Urbanisierung und Großstadtentwicklung. – Frankfurt a.M. 1996.
- Sowie Presseartikel aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ), Tagesspiegel, taz und ZEIT (Erscheinungsdaten im Text).

Olaf Mußmann

Truppenübungsplätze als Großveranstaltungen: das Beispiel Bergen-Hohne¹

Mit 6 Abbildungen

»Nur vorübergehend sind die Soldaten hier, meist erfordert der Dienst erhöhte körperliche und bei den Offizieren auch noch nebenbei erhöhte geistige Anstrengung, denn hier werden Truppen, Führer und Unterführer besonders auf Herz und Nieren geprüft. Man könnte also den Truppenübungsplatz mit einem Ort vergleichen, in den die Menschen gehen, die eine anstrengende Kur durchzumachen haben.«²

Truppenübungsplätze als Großveranstaltungen

Truppenübungsplätze als Großveranstaltungen? Angesichts einer Bestandsdauer etwa des niedersächsischen Truppenübungsplatzes Bergen-Hohne von ca. 70 Jahren ist dies eine vielleicht überraschende Einordnung. Der Begriff »Großveranstaltung« beinhaltet die Dimensionen »Größe« und »Veranstaltung«, also die organisatorische Umsetzung und die zeitliche Befristung. Die »Größe« kann den Truppenübungsplätzen angesichts ihrer Ausdehnungen und ihrer Bedeutung als regionale Wirtschaftsfaktoren nicht abgesprochen werden. »Veranstalter« der Truppenübungsplätze sind die Militärbehörden, und zwar in Hinblick auf die Einrichtung der Plätze, auf ihren Betrieb und auf ihre Auflösung. Und schließlich hat das Ende zahlreicher militärischer Standorte in Deutschland zu Beginn der 1990er Jahre gezeigt, dass Truppenübungsplätze durchaus befristet existieren. Faktoren, welche die Existenzdauer der Truppenübungsplätze bestimmen, sind einerseits die Bedrohungseinschätzungen der Politik und andererseits der militärische Bedarf, der sich wiederum aus dem Stand der Militärtechnologie ergibt.

1 Dem Beitrag liegt der Vortrag zugrunde, der auf der 29. Tagung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« (Hannover 25.–28. September 2002) gehalten wurde. Vergleiche dazu auch den Tagungsbericht von *Carl-Hans Hauptmeyer* in diesem Band! Der Vortrag basiert auf Untersuchungen des Autors, deren Ergebnisse in der folgenden Publikation veröffentlicht sind: *Mußmann, Olaf*: Geschichte des Truppenübungsplatzes Bergen (Regionale Friedensarbeit und Konversion, 6). – Hamburg u. Münster 1996. Dort finden sich die zugehörigen Quellen- und Literaturnachweise.

2 Aus der Festschrift »Der Truppenübungsplatz Bergen«, hrsg. v. d. Kommandantur des Truppenübungsplatzes Bergen, Hannover 1939, S. 2.

Der militärische Bedarf hat sich im Laufe der Geschichte mehrfach verändert. In einer etwa bis zur Industrialisierung reichenden »personalintensiven Phase« fanden überwiegend »Mann-gegen-Mann«-Kämpfe mit Blank- und Handfeuerwaffen kurzer Reichweite statt. Für Übungszwecke reichten deshalb kleine Exerzierplätze völlig aus.

Diese Situation änderte sich mit dem Aufbau stehender Heere zu Beginn des 19. Jahrhunderts und mit der industriellen Produktion weitreichender Hinterlader und Kanonen. Die damit eingeleitete »materialintensive Phase« fand ihren traurigen Höhepunkt in den Materialschlachten des Ersten Weltkrieges. In dieser Phase benötigte das Militär Übungsplätzen, deren Ausdehnungen weitreichende Kanonenschüsse erlaubten. In der letzten Dekade des 19. Jahrhunderts entstanden deshalb in Deutschland bereits die ersten großen Truppenübungsplätze wie beispielsweise Münster.

Eine enorme Ausweitung der Truppenübungsplätze fand im Nationalsozialismus statt. Mit dem Austritt aus dem Völkerbund kündigte Hitler die rüstungsbegrenzenden Bestimmungen der Versailler Verträge auf und das Deutsche Reich rüstete auf. Die Proklamation der Wehrhoheit und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ließen 1935 eine Streitmacht entstehen, die nach neuen Übungsflächen verlangte. Hinzu kam die Erkenntnis aus dem Ersten Weltkrieg, das künftige Kriege nicht mehr mit der Kavallerie, sondern nur noch mit motorisierten Einheiten, Panzern und Flugzeugen zu gewinnen sein werden. Für die Planung der neuen Übungsplätze ergaben sich daraus völlig neue Größenordnungen.

Noch während des Zweiten Krieges erfolgte mit der Entwicklung der deutschen Fernrakete »V2« oder der amerikanischen Atombombe ein weiterer qualitativer wehrtechnischer Sprung hinein in die »kapitalintensiven Phase«, in der wir uns noch heute befinden. Kriegsentscheidend ist nun die Verfügbarkeit von Hightech-Waffen, die ihre Ziele weitgehend eigenständig finden oder die besonders hohe Zerstörungspotenziale haben. Gemeinsam ist diesen Waffen, dass ihre Entwicklung einen enormen Kostenaufwand verursacht. Für Übungen mit solchen Waffen werden in der Regel nicht länger Truppenübungsplätze, sondern riesige Zielgebiete oder ganze Wüsten und Atolle benötigt. Dies drückt sich auch in der Konversion von Truppenübungsplätzen der letzten Jahren aus.

Das Beispiel: Der Truppenübungsplatz Bergen- Hohne

Heute: Ein Truppenübungsplatz in Gebrauch

Der »NATO-Schießplatz Bergen-Hohne«, gelegen etwa auf halber Strecke zwischen Hannover und Hamburg, ist mit 28.400 ha Fläche der größte Truppenübungsplatz Europas. Er dient seit seiner Inbetriebnahme im Mai 1936 durch die Wehrmacht militärischen Übungszwecken. Nach dem alliierten Sieg über das NS-Regime übernahm 1945 die britische Armee den Platz, und mit der Aufstellung der Bundeswehr ging das Areal schließlich 1958 an die Bundeswehr, die ihn seitdem unter dem Namen »NATO-Schießplatz Bergen-Hohne« verwaltet.

Hier üben aber nicht nur deutsche Soldaten. Hauptnutzerstaaten sind auch Großbritannien, die Niederlande und Belgien. Heer und Luftwaffe nutzen den Platz fast ganzjährig, und sie setzen dabei – mit Ausnahme weitreichender Raketen – alle Waffensysteme ein. Etwa 1.5 Millionen Infanterie-, Panzer- und Artillerieschüsse fallen hier pro Jahr, und es sind jährlich ca. 100.000 Soldaten, die hier mit ihren etwa 10 000 Ketten- und 20 000 Radfahrzeugen den Heidesand durchfurchen.

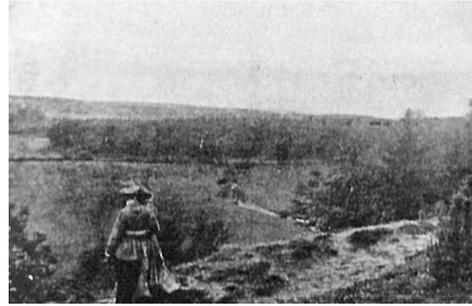


Abb. 1: Blick über den Aussichtspunkt Falkenberg
Foto 1913

Nahezu sieben Jahrzehnte intensivster militärischer Nutzung haben die Landschaft verändert. Fotos des Übungsplatzes lassen eher an eine Mondlandschaft denn an einen Heidelandstrich in Norddeutschland denken. Überdies sind nicht alle Schäden sichtbar. Der beim Schießen entstehende Projektil-Abrieb hat zu schwerwiegender Schwermetallbelastung mit Blei, Cadmium, Kupfer, Nickel, Chrom und Arsen geführt – die Umgebung der Schießbahnen sind hochriskante Belastungszonen. Weitere Kontaminationen ergeben sich durch Mineralölprodukte, Metallabfälle und mineralische Abfälle sowie herumliegende Explosiv- und Kampfstoffe.

Dem stehen mit dem für den öffentlichen und militärischen Verkehr gesperrte Gefahrenzonen Areale gegenüber, die nahezu paradiesisch anmuten. Kein Landwirt greift hier mit Insektiziden oder Unkrautvernichtungsmitteln in die lokale Ökologie ein, kein Landschaftsplaner bestimmt, was wo wachsen darf und kein Wasserbauer begründet Wasserläufe. Das Ergebnis sind Überlebensnischen für unterschiedlichste Tier- und Pflanzenarten. Diese Form von »Naturschutz« macht den Truppenübungsplatz u. a. zu einem bedeutenden Vogelschutzgebiet.

Damals: Kulturlandschaft von archaischer Anmutung

Bevor auf dem Gelände der militärische Übungsbetrieb begann lebten hier mehr als 3 600 Menschen in 24 Dörfern. Sie bauten auf den mageren, regelmäßig nach Dünger verlangenden pleistozänen Sandböden kleinflächig Getreide an, und auf den weiten Heideflächen hielten sie Vieh bei eher knapper Futterlage. Eine zusätzliche Einkommensquelle erschloss sich erst in den 1890er Jahren, nachdem der Landstrich durch den Bau einer Eisenbahnstrecke an das überregionale Eisenbahnnetz angeschlossen worden war und das benachbarte Fallingb. einen Bahnhof erhalten hatte. Die Gegend wurde nun zu einem beliebten touristischen Ziel für Tages- und Dauergäste insbesondere aus den umliegenden Großstädten. Die durch langanhaltenden Holzeinschlag und Viehwirtschaft geformte Kulturlandschaft der Heide entwickelte sich für großstadtmüde Erholungssuchende schnell zum beliebten Urlaubsziel. Die Urlaubsfrischler fanden neben der charakteristischen Heidelandschaft mit ihren weiten, mit Wacholder, Ginster, Nadelbäumen und Birken bestandenen Sandflächen auch Sehenswürdigkeiten wie die »Sieben Steinhäuser« und andere Megalithgräber,

Bade- und Rudermöglichkeiten auf der Böhme, Aussichtspunkte und ein gut ausgebautes Netz von Wanderwegen. Die »Heideblüte« und die Wacholderhaine galten schon damals als touristische Attraktionen. Die lokalen Hotels, Pensionen und Gasthöfe, aber auch verschiedene Anbieter von Dienstleistungen, Waren und Lebensmitteln, waren kurz nach der Jahrhundertwende bereits weitgehend auf den Fremdenverkehr eingestellt.

1933: Aufrüstung und militärischer Übungsplatzbedarf

Diese Urlaubsidylle endete mit der nationalsozialistischen Machtergreifung. Als die Wehrmacht vor dem Hintergrund des längst geplanten Krieges 1933 damit begann, in ganz Deutschland nach geeigneten Flächen für die Einrichtung von Truppenübungsplätzen zu suchen, griff sie zunächst auf Bestandsaufnahmen derartiger Flächen zurück, die schon während des Ersten Weltkriegs angelegt worden waren. Damals hatte sich aufgrund des Bedarfs nach ausgebildeten Soldaten und aufgrund der Entwicklung weitreichender Kanonen ein Bedarf nach neuen Truppenübungsplätzen ergeben. Entsprechende Baumaßnahmen konnten vor Kriegsende zwar kaum noch in Angriff genommen werden, doch es entstanden zahlreiche Studien über in Frage kommende Areale. Wichtige Kriterien waren eine geringe Siedlungsdichte zur Begrenzung des Umsiedlungsaufwandes sowie die Anbindung an das Eisenbahnnetz zur Anlieferung der militärischen Gerätschaften. Ferner war eine möglichst schlechte Bodenbonität gewünscht, um die Ernteauffälle gering zu halten. Entsprechende Bedingungen fanden Militärplaner 1917 in der Heideregion zwischen Fallingbommel und Celle vor.

Auf diese Recherchen stütze sich die Reichswehr 1933/34. Ausschlaggebend für die Entscheidung, hier einen Übungsplatz von besonderer Größe anzulegen war offenbar auch die Tatsache, dass in unmittelbarer Nähe des Geländes inzwischen der Bau einer Autobahn zwischen Hannover und Hamburg vorgesehen war. Ein hier gelegener Truppenübungsplatz würde damit nicht nur über eine Eisenbahnanbindung verfügen, sondern auch über Zugänge zum gerade entstehenden Autobahnnetz. Durch die projektierte Autobahntrasse im Westen und die bestehende Eisenbahnlinie im Osten, die sich im Norden des Areals stark annäherten, standen die maximalen Grenzen des künftigen Übungsplatzes schon in der Vorplanung 1934 weitgehend fest. Lediglich im Süden war der mögliche Grenzverlauf noch offen.

Hier war im Jahr 1885 Erdöl gefunden worden und dies hatte zu einer bescheidenen Fördertätigkeit geführt. Als nun 1935 die Pläne der Reichswehr bekannt wurden, intervenierten die involvierten Firmen im Reichswirtschaftsministerium und verwiesen auf die kriegswichtige Bedeutung der Ölprodukte. Gleichzeitig schlugen sie einen weit nach Norden verschobenen Grenzverlauf vor. Das entsprach in keiner Weise den Vorstellungen der Reichswehr. Dennoch erhielten die Erdölfirmen eine Frist bis 1937, in der sie weitere Erkundungsbohrungen durchführen konnten. Als diese jedoch ergebnislos verliefen, wurde der südliche Grenzverlauf des Übungsplatzes entsprechend der militärischen Wünsche festgelegt.

Umsiedlungspläne, Widerstand und Hermann Löns

Auf dem vorgesehenen Übungsplatzareal wohnten mehrere Tausend Menschen. Einige der Bauernhöfe ließen sich über Jahrhunderte zurückverfolgen, und die Einwohner betrachteten die Heideregion als ihre Heimat. Erste Gerüchte über ihre bevorstehende Vertreibung kamen ihnen im August 1934 zu Ohren. Die zuständigen Lokalbehörden wussten ebenso wie die Bezirksregierung von nichts. Die Reichswehr als Planungsbehörde interessierte sich nicht im geringsten für die Gefühlslage der Bevölkerung. Information über die Planungen wurden nicht herausgegeben, während die Vermessungsoffiziere ihre Arbeit gut sichtbar in Uniform erledigten. Das etwas vorging, war offensichtlich, und doch wusste niemand etwas Genaues. Fieberhafte Aktivität setzte ein, und die Betroffenen versuchten, Informationen zu beschaffen. Die Gestapo dagegen zog Erkundigungen ein, wer das Geheimnis verraten hatte. Unmut machte sich breit und es formierte sich Widerstand.

Dazu griffen die betroffenen Menschen auf die ihnen zur Verfügung stehenden Strukturen zurück und organisierte öffentlichen Protest. Eine geplante öffentliche Kundgebung verboten die Behörden sofort, doch organisierten die Betroffenen dann im Oktober 1934 eine Versammlung bei den »Sieben Steinhäusern«. Der Versuch, den Widerspruch öffentlich zu machen, entsprach den traditionellen Protestformen einer dörflichen Bevölkerung. Die betreffenden Personen, gegen die man sich wehrte, sollten ausgegrenzt und sozial isoliert werden. In einer noch überwiegend auf das Dorf oder einen überschaubaren Raum bezogenen Gesellschaft war das ein wirkungsvolles Abwehrmittel. In der Auseinandersetzung mit den deutschen Reichbehörden musste es jedoch wirkungslos bleiben.

Gleichwohl hatten sich die Bauern mit den »Sieben Steinhäusern« geschickt einen symbolträchtigen Ort gewählt: Die steinzeitliche Begräbnisstätte war längst zum prominenten und überregional bekannten touristischen Ausflugsziel geworden. Eine Kundgebung an diesem Ort versprach also für ein gewisses Aufsehen zu sorgen. Zudem passten die Sieben Steinhäuser wegen ihres von den Nazis als »germanisch« apostrophierten Ursprungs gut in die nationalsozialistische »Blut und Boden«-Ideologie, welche das Bauerntum mit »Werten« wie Heimatverwurzelung und Schollenbindung verband. Die Bauern spielten damit die NS-Ideologie aus und nutzten den

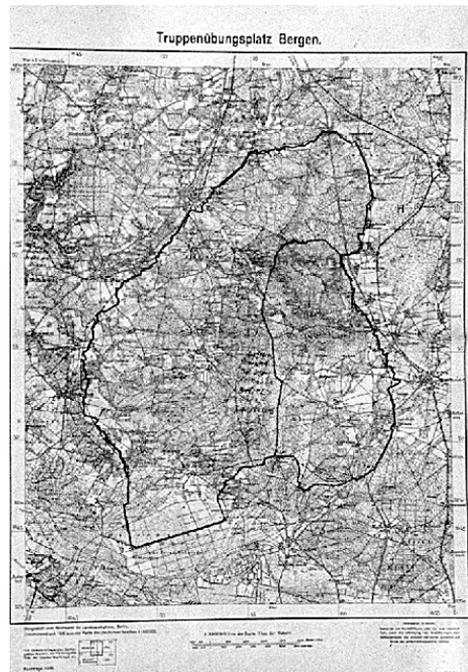


Abb. 2: Planungs-Übersichtskarte, 1936

Konflikt zwischen militärischer Landnahme und der 1933 mit dem Reichserbhofgesetz gegebenen nationalsozialistischen Garantie für den Bestand bäuerlicher Betriebe. Daraus leiteten sie ein moralisches Recht zum dauerhaften Verweilen ab, und sie machten die »Sieben Steinhäuser« zum Symbol des Heimatbewusstseins und des Widerstandes gegen ihre Vertreibung.

Nicht weniger entscheidend für die Wahl dieses Versammlungsortes war aber vermutlich, dass dieses Bodendenkmal bereits im Sommer 1934 reichsweit in die Öffentlichkeit gerückt worden war. Zeitungen und Rundfunk hatten über die Absicht berichtet, den Heimatdichter Hermann Löns, eine Galionsfigur der nationalsozialistischen Propaganda, bei den »Sieben Steinhäusern« zu beerdigen. Dem war die vermeintliche Entdeckung der Gebeine des Dichters vorausgegangen, der im Ersten Weltkrieg gefallen war. Diskussionen, sein Grab bei den »Sieben Steinhäusern« anzulegen, verschafften diesem Ort reichsweit zusätzliche Schlagzeilen.

Gleichwohl wurde den Protagonisten schnell klar, dass ein moralischer Protest auf Dauer nicht zum Ziel führen würde. Sie änderten daraufhin ihre Strategie und versuchten, über gezielte Lobbyarbeit Einfluss zu nehmen. Lokale NS-Funktionäre wurden entsandt, um mit dem Reichsbauernführer Darr zu sprechen; Briefe gingen an Göring, an den Reichswehrminister von Blomberg und an Hitler – alles ohne Erfolg. Wie groß die Verzweiflung vieler Familien inzwischen war, zeigt der von einigen Bauern unternommene Versuch, die Umsiedlung durch Geldzahlungen abzuwenden. Die Landwirte boten dem Wehrministerium »zur Beschaffung des notwendigen Truppenübungsplatzes in anderer Gegend 327.500,- Rmk« an. Die Belastung für die einzelnen Höfe hätte zwischen 1000 und 50000 Reichsmark gelegen und die Höfe auf Jahrzehnte verschuldet. Das Angebot blieb wirkungslos.

Im März 1935 wurde deutlich, dass der Truppenübungsplatz nicht mehr zu verhindern sein würde. Die NS-Funktionäre hatten in den Augen der Bevölkerung versagt. Die Stimmung schlug nun um und der Protest wurde erneut öffentlich. Zahlreiche Hofbesitzer zogen schwarze Fahnen auf, die nach dem Einschreiten von Gendarmen wieder verschwanden. Stattdessen hängten die Landwirte die Hakenkreuzfahne mit Trauerflor heraus, und schwarze Fahnen tauchten an Baumstämmen Feuerwehrtürmen auf. Die Stimmung war bis auf das äußerste gespannt, und eine bei den »Sieben Steinhäusern« angepflanzte »Hitlereiche« und der zugehörige »Hitlerstein« fielen dem Vandalismus zum Opfer. Ermittlungen der Gestapo verliefen ergebnislos.

Aufkauf von Frieden, Land und Kultur

In der Berliner Ministerialbürokratie hielt das Desinteresse für die Nöte der Heidebewohner lange an. Die Beamten überließen es den Landräten und der Gestapo vor Ort, mit der gärenden Stimmung in der Bevölkerung fertig zu werden. Priorität hatte in Berlin vielmehr das Schaffen eines rechtlich abgesicherten Rahmens für die Landnahme. Die NS-Regierung verabschiedete dazu im März 1935 das »Gesetzes über die Landbeschaffung für Zwecke der Wehrmacht«, das als letztes Mittel in den Landbeschaffungsverfahren die Enteignung vorsah. Zur Abwicklung wurde die Reichsumsiedlungsgesellschaft m.b.H. (RUGES) gegründet und mit den

nötigen Mitteln ausgestattet. Im Mai 1935 unterbreiteten Angestellte der RUGES den Bauern dann erste Ankaufsgebote.

Die Angebote beliefen sich auf das fünf- bis siebenfache des Einheitswertes der Anwesen. Dies ließ den Widerstand schnell verlöschen. Den meisten Betroffenen eröffneten die Entschädigungszahlungen die Chance einer völligen Betriebsmodernisierung und eine schuldenfreie Zukunft. Der materiellen Verbesserung stand allerdings ein Gefühl von Heimatverlust und Vertreibung gegenüber, das zuweilen wohl auch traumatische Züge annahm. Besonders hart traf es allerdings eine Gruppe von Bauern, die ausgedehnte Anwesen zu äußerst günstigen Bodenpreisen in Mecklenburg erworben hatten. Nach Kriegsende wurden sie als Großgrundbesitzer von der sowjetischen Besatzungsmacht ein zweites Mal von ihrem Land vertrieben und diesmal entschädigungslos enteignet.

Die Umsiedlungsaktion löste 1935 weitere Begehrlichkeiten aus. Unter dem Vorwand der Sicherung »volkskundlichen Güter« planten die Behörden eine Bestandsaufnahme der Bauernhäuser, des volkskundlich relevanten Inventars und der urgeschichtlichen Bodendenkmale. Die verschiedenen lokalen und regionalen Museen forderten Exponate an. Die Städte Fallingb. und Hannover sowie die Reichsführung SS bestellten sogar ganze Bauernhäuser – letztere, weil sie alte Bauernhäuser als Dekoration für ihren »Sachsenhain« in Verden und für die Externsteine brauchte. Andere Institutionen wollten Hofstellen, Hausinschriften, Kirchenstühle, Grabinschriften und Hausrat in Fotoserien dokumentieren und »rassenkundliche Aufnahmen von Charakterköpfen« anfertigen.

Den zuweilen recht dreist agierenden Volkskundlern und Archäologen schlug schnell eine tiefe Abneigung entgegen. Eine wissenschaftliche Arbeitsgruppe wurde bei der Durchführung einer Bestandsaufnahme der Bauernhäuser im März 1935 von verschiedenen Grundeigentümern mit dem Ausdruck »Hyänen des Schlachtfeldes« belegt. Die Bauern hatten anscheinend das Gefühl, nachdem sie den Kampf um ihr Land schon verloren hatten, nun von den Wissenschaftlern auch noch um ihre Kultur und Identität gebracht zu werden.

Arbeiterbaracken und ihre Nachnutzung

Mit der Klärung der rechtlichen Rahmenbedingungen begannen 1935 die Bauarbeiten. Zu erstellen waren insbesondere Kasernen für die Unterbringung der Soldaten und infrastrukturelle Einrichtungen wie Kantinen, Werkstätten, Garagen, Depots und selbstverständlich ein Lazarett. Geplant waren ursprünglich drei Armeelager, von denen letztlich nur eines bei Bergen und eines bei Fallingb. gebaut wurden. Bei Bergen war das Hauptlager, auch Ostlager genannt, mit der Heeresstandortverwaltung und der Geschäftsstelle des Kommandanten vorgesehen. Das so genannte Westlager bei Fallingb., also in der Nähe zur geplanten Autobahn, sollte ein Lager für motorisierte Verbände werden.

Die für den Bau des Bergener Ostlagers benötigten Arbeiter kamen in einer Barackensiedlung in der Nähe des Dorfes Belsen unter, die am bei Fallingb. gelegenen Westlager arbeitenden Kräfte bewohnen ein Barackenlager in der Nähe des Dorfes Oerbke. Begonnen wurde mit dem Ostlager, das in den Jahren 1935 bis

1938 mit rund 100 Kasernengebäude, 50 Pferdestallungen und 40 Großgaragen entstand. Hinzu kamen ein Lazarett, Depotalagen und der Scheibenhof für die Herstellung von Zielen für den Schießbetrieb. Die ersten Rekruten bezogen im Mai 1936 ihre Unterkünfte im Armeelager Bergen.

Nach Fertigstellung des Militärlagers Bergen wurden die Arbeitskräfte 1938 abgezogen und das Gelände des Barackenlagers zunächst als Waffendepot genutzt, bis dann 1940 kriegsgefangene Belgier und Franzosen hier einquartiert wurden. Es wurde damit zum Kriegsgefangenenlager. 1940/41 ging es in den Besitz der Konzentrationslagerverwaltung des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes über, die hier so genannte »Austauschjuden« unterbrachte, Personen jüdischen Glaubens also, welche dem Deutschen Reich als Austauschgeiseln gegenüber anderen Staaten dienen sollten. Als der Bedarf des Deutschen Reiches nach Konzentrationslagern wuchs, verwendete die SS das Barackenlager ab 1944 als Konzentrationslager. Als KZ Bergen-Belsen erlangte es einen furchtbaren Ruf, nachdem im Frühjahr 1945 Tausende aus andern Konzentrationslagern evakuierte Häftlinge hierher gebracht und ohne Lebensmittel eingepfercht wurden. Zahllose von ihnen verhungerten, infizierten sich tödlich, starben an Schwächeerscheinungen oder wurden ermordet.

Die Arbeiten am Westlager begannen 1937 und dauerten bis 1942. Es entstand eine ähnliche Infrastruktur wie im Ostlager. In unmittelbarer Nachbarschaft dieses Militärlagers entstand ein Häftlingslager für russische Militärgefangene direkt auf dem Gelände des Truppenübungsplatzes. Vorbereitungen zu seiner Einrichtung – in Form einer bloßen Einzäunung – erfolgten im Mai 1941. Auf diese freie Fläche trieb die Wehrmacht seit Juli kriegsgefangene Russen, im September waren es etwa 16.000. Es blieb ihnen selbst überlassen, für ihre Unterkünfte, zumeist Erdlöcher, zu sorgen. Eingesetzt wurden sie in Industriebetrieben der Umgebung. Das Sterben begann im Sommer, Mitte November brach eine Fleckfieberepidemie aus, und im Februar 1942 waren bereits 90 Prozent der hier internierten Kriegsgefangenen tot. Die Zahl der hier Gestorbenen belief sich zum Zeitpunkt der Befreiung 1945 auf mehr als 30.000.

Die rechtliche Seite

Als Rechtsform des Truppenübungsplatzes Bergen wählten die Behörden das des »Gutsbezirks«. Damit griff das Wehrministerium auf ein juristisches Konstrukt zurück, das noch aus der Rechtsordnung des Feudalismus stammte und das eigentlich längst abgeschafft war. Der Kommandant des Platzes fungierte darin als »Gutsherr« mit weitreichenden Rechten über alles, was auf dem Platz stattfand.



Abb. 3: Einmarsch der Soldaten nach Bergen zur Tüpf-Eröffnung
Foto 1936

Die Gutsherrschaft hatte sich aus der mittelalterlichen Grundherrschaft entwickelt und ging insofern über diese hinaus, als Gutsherren nicht nur, wie noch die Grundherren, Besitzer der betreffenden Flächen waren, sondern sie hatten auch die obrigkeitlichen Rechte inne. Ihnen oblag ebenfalls die Führung der kommunalen Kassen und sie hatten das Recht, die Funktion des Gemeindevorstehers auszuüben. Die Möglichkeit, kommunale Gemeinwesen zentralistisch führen zu können, machte dieses Konstrukt im 19. Jahrhundert für Arbeitgeber interessant, die in ländlichen

Gegenden ansässig waren und deren Arbeiterschaft auf dem Grund und Boden ihres Arbeitgebers wohnte. Immerhin gerieten die Arbeitnehmer so in eine Abhängigkeit gegenüber ihrem Arbeitgeber, die Auflehnung und Streiks von vorne herein ausschloss. Dies führte dazu, dass zur Jahrhundertwende im Deutschen Reich schließlich etwa zwei bis drei Millionen Menschen in Gutsbezirken lebten.

Diese Art einer feudalistischen Führung kommunaler Gemeinwesen hielten die demokratischen Kräfte der Weimarer Republik nicht mehr für zeitgemäß. Mit der Verabschiedung des »Gesetzes über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts« wurden Gutsbezirke 1927 abgeschafft, in ordentliche Gemeinden umgewandelt und die dort lebenden Menschen erhielten nun endlich ebenfalls das kommunale Selbstverwaltungsrecht.

Bei der Umwandlung der für Übungsplätze vorgesehenen Areale in Gutsbezirke griffen die Behörden auf eine Gesetzeslücke zurück, die für unbewohnte Flächen weiterhin den Erhalt der Gutsbezirke ermöglichte. Das Wehrministerium ignorierte dabei jedoch die Tatsache, dass auf den Übungsplätzen durchaus Menschen leben würden, und zwar in Gestalt des dauerhaft dort untergebrachten Personals. Damit wurde sehr bewusst in Kauf genommen, dass diesem Personenkreis das kommunale Selbstverwaltungsrecht verwehrt bleiben würde.

Um die rechtliche Absicherung der Truppenübungsplätze bemühte sich der NS-Staat erst nach Lösung der praktischen Probleme, die sich im Zusammenhang mit der Gründung von Truppenübungsplätzen ergeben hatten. Erst 1938, als der ständige Übungsbetrieb bereits in das zweite Jahr gegangen war, erging die »Verordnung über gemeindefreie Grundstücke und Gutsbezirke«, auf die sich die Einrichtung der Truppenübungsplätze und damit auch der »Heeresgutsbezirk Platz Bergen« gründete. Die Bestimmung sicherte der Wehrmacht die alleinige Kontrolle auf dem Platzgebiet zu und schloss die auf dem Platz angesiedelte Arbeiterschaft von jeglicher kommunalpolitischer Mitwirkung aus.

Die Klärung eines weiteren juristischen Problems vermied das Deutsche Reich völlig, und zwar die Regelung der vermögensrechtlichen Fragen in Bezug auf den ehemaligen Besitz der betroffenen Gemeinden. Diesen hatten Straßen, Friedhöfe, Schulen, Feuerwehrhäuser und vieles mehr gehört, die nun samt und sonders im



Abb. 4: Vorrückende Panzer in Winterlandschaft
Foto 1940

Besitz der Wehrmacht standen. Den verwaltungsrechtlichen Vorschriften zufolge hätte der Besitz geschätzt und der Gegenwert den Rechtsnachfolgern übergeben werden müssen, also den Landkreisen Fallingb. und Celle.

Immerhin erfolgte noch eine Inventur und die Bezifferung der Werte, ein Ausgleich fand jedoch nicht statt. Vielmehr vertagte das Reich dieses Problem 1939 mit einem so genannten »Vereinfachungs-erlass«. Dieser sah vor, die vermögensrechtliche Liquidation bis zum Kriegsende ruhen zu lassen und sie erst danach abzuwickeln.

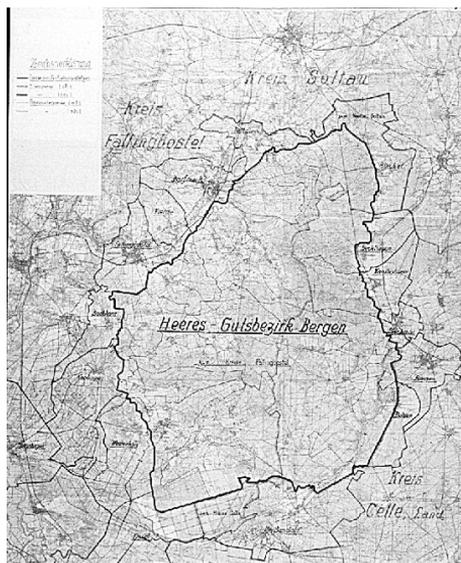


Abb. 5: Karte des Heeresgutbezirks Platz Bergen, 1936

Kriegsende:

Re-Demokratisierung versus Wiederbewaffnung und Westintegration

Im April 1945 übernahmen britische Streitkräfte die Anlage als »Royal Armoured Corps Training Centre«. Damit verbunden war die Befreiung der Überlebenden des Konzentrationslagers Bergen-Belsen und des Kriegsgefangenenlagers Oerbke. Alle auf dem Übungsplatz verfügbaren Gebäude dienten nun zunächst der Unterbringung und Pflege der Überlebenden. Die britischen Soldaten blieben in Biwack-Siedlungen. Erst mit dem Fortschreiten der Repatriierungen siedelten die Soldaten in die Kasernen um. Den Schießbetrieb auf dem Manövergelände setzten sie allerdings nahtlos fort.

Andererseits forderte die britische Militärregierung ganz in englischer Demokratietradition die Wiedereinrichtung der aufgelösten Gemeinden. In Hinblick auf eine Wiederbelebung des kommunalen Lebens auf dem Areal gab sie 1946 in einem ungenutzten Bereich im Südwesten des Truppenübungsplatzes zunächst einmal Flächen zur Besiedlung durch Flüchtlinge frei.

Diese Debatte endete schnell angesichts des aufziehenden »Kalten Krieges«. Bereits 1947 reklamierte die britische Armee einen erweiterten Flächenbedarf über das von ihr bereits in Anspruch genommene Areal hinaus und begann damit, die militärisch genutzte Fläche zu erweitern. Diese militärische Landnahme wurde in den folgenden Jahren immens ausgeweitet. Das hatte in erster Linie zwei Gründe: Es gab inzwischen weitertragende Waffen, für die der 1945 eingerichtete Übungsraum nicht ausreichte. Der zweite Grund lag in der personellen und materiellen Aufstockung der übenden Einheiten, die sich wiederum aus der politischen Bedrohungseinschätzung im sich zuspitzenden Kalten Krieg ergab. Der Übungsbedarf

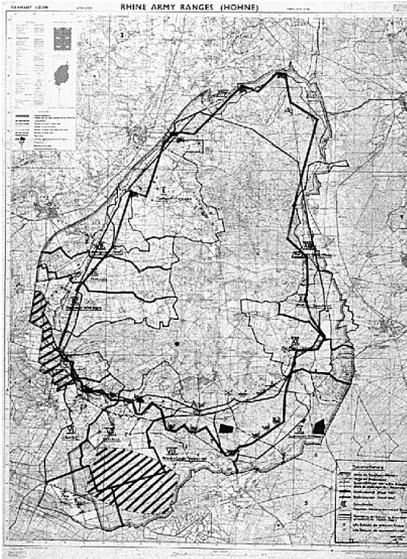


Abb. 6: Karte mit Nachkriegs-Geländeausweitungen, 1955

wuchs dann in den 1950er Jahren nochmals durch die Wiederbewaffnung Westdeutschlands im Rahmen der Westintegration. In dieser Zeit kam es deshalb zu nochmals massiven Ausweitungen des Übungsplatzes, der sich nun weit über die ehemaligen Grenzen des Wehrmuchsplatzes hinaus ausdehnte. Zusätzlich entstanden so genannte Außenfeuerstellungen, von denen aus über zivilen Grund hinweg in den Platz hineingeschossen wurde.

Um dies zu ermöglichen, mussten nicht nur die in der Nachkriegszeit auf dem Übungsplatzgelände angesiedelten Personen wieder ausgesiedelt werden, sondern auch zahlreiche Menschen aus den ehemaligen Platzrandgebieten. Dies fand in der öffentlichen Diskussion nachhaltigen Widerhall. Die Presse kritisierte die Aussiedlungen vor allem, weil die Betroffenen – zumeist Kriegsflüchtlinge – erst wenige Jahre zuvor auf

Flächen des ehemaligen Wehrmuchsübungsplatzes angesiedelt worden waren. Für die meisten von ihnen bedeutete dies die zweite Vertreibung innerhalb von nur zwei Jahrzehnten.

Der militärische Übungsbetrieb brachte es mit sich, dass sich für die Anliegerbevölkerung das Risiko von Fehlschüssen erhöhte, so etwa, als 1973 eine fehlgeleitete Panzerabwehrrakete das Dach eines Wohnhauses durchschlug oder als 1959 Napalm-Fehlwürfe ausgedehnte Waldbrände außerhalb des Truppenübungsplatzes auslösten. Protest gegen die militärische Intensivnutzung regte sich aber auch wegen der damit verbundenen Schäden an der Landschaft und an Bodendenkmälern. Gerade hierum nahm die Diskussionen zuweilen groteske Züge an: So entzündete sich eine in der Öffentlichkeit vehement geführten Debatte daran, dass 1958 mehrere Granaten die Steinsetzungen der Megalithgräber »Sieben Steinhäuser« getroffen hatten. Der Platzkommandant brachte daraufhin den absurden Vorschlag ein, das ganze vorhistorische Ensemble einfach abzubauen und es außerhalb des Truppenübungsplatzes – gewissermaßen als archäologische Inszenierung – wieder aufzustellen. Erst nach energischen Protesten der Presse, des niedersächsischen Landesmuseums, verschiedener Organisationen, des Fallingbosteler Kreistags und einer Anfrage im Bundestag nahm der Kommandant von seinem Gedanken Abstand und schob die Urheberschaft dafür anderen zu.

Inzwischen ist es ruhiger um den Truppenübungsplatz geworden. Panzer rollen hier zwar noch immer, aber seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes sind zahlreiche Soldaten abgezogen worden und der Bedarf der Bundeswehr und der NATO nach militärischen Übungsflächen ist insgesamt gesunken. Out-of-Area-Einsätze, neue

Waffenentwicklungen und der Trend zum »virtuellen« Krieg stellen veränderte Anforderungen an die militärische Ausbildung. Traditionelle Truppenübungsplätze wie der NATO-Schießplatz Bergen-Hohne scheinen entbehrlich zu werden.

Sollte er wie inzwischen verschiedene andere Truppenübungsplätze auch rückgewandelt werden, so werden auf zahlreiche Fragen Antworten gefunden werden müssen. Abgesehen von den riskanten Umweltkontaminationen sind soziale, wirtschaftliche, rechtliche und finanzielle Aspekte zu klären. Was kann mit einem solchen Areal geschehen? Wie soll es künftig genutzt werden? Kann es wiederbesiedelt werden? Gibt es Betriebe, die sich dort ansiedeln wollen? Wird dort wieder Landwirtschaft möglich sein? Nicht zuletzt sind die von den Nationalsozialisten ausgesetzten Liquidationsverfahren zum ehemaligen kommunalen Eigentum immer noch nicht abgeschlossen. Die noch offenen Ansprüche der Landkreise Fallingb. und Celle gegenüber dem Rechtsnachfolger der Wehrmacht, also der Bundeswehr, belaufen sich in heutige Werte umgerechnet auf ca. elf Millionen Euro. Sollten die beiden Landkreise dieses Geld annehmen, hätten sie im Falle einer Wiederbesiedlung mit diesem Geld Straßen, Schulen, Friedhöfe etc. zu bauen. Ob die Mittel ausreichen würden, ist mehr als zweifelhaft. Verweigern die Kreise die Annahme, stände die Bundeswehr in der Pflicht, den Aufbau der Infrastruktur zu bezahlen. Angesichts der damit verbundenen Kostenlawine ist kaum mit einer Bereitschaft des Bundes zur Konversion zurechen. Langfristig macht der Betrieb eines Truppenübungsplatzes, der angesichts neuer Waffenentwicklungen und neuer Ausbildungsanforderungen für Soldaten nicht mehr gebraucht wird, aber auch keinen Sinn. Auf die weiteren Entwicklungen dürfen wir gespannt sein. Gleichwohl ist das Ende der »Großveranstaltung Truppenübungsplatz Bergen-Hohne« aber offensichtlich absehbar.

Summary

Military training areas as large events: the example of Bergen-Hohne

The existence and structure of military training areas are directly linked to the development of weapon technology. The military training areas resulted from the emergence of motorised war vehicles and long distance weapons during industrialisation and replaced the smaller parade grounds, which had been used until then. Nowadays, the meanwhile common “intelligent” high-tech weapons have made military training areas quite superfluous and those are resolved accordingly. So military training areas proved themselves as having been large-scale events with a time limit, whereas their effects concerning socio-culture and landscape are permanent. This is illustrated by the example of the northern German military training area Bergen-Hohne, that developed, preparing for war, in an agriculturally used heath-land in 1934/36.

The dissolution of the farming villages there got the National Socialist state into a dilemma between military and agricultural interests. In their defence the rural population referred to the “Blut-und- Boden”- Ideology of the National Socialists and therefore even included the regional writer *Hermann Löns*. The authorities did not break the resistance by repression but by making offers of purchase for the farms that went exceedingly beyond the market value. The fact that the ground now belonged to the state as well as the military presence made the training area from the National Socialists’ point of view an ideal place for setting up POW- and concentration-camps – Bergen-Belsen being the best-known one.

The dissolution of the military training area, which was originally planned by the Allies after the end of the war, was delayed as by the advent of the “Cold War” and the integration of the Federal Republic of Germany with the West a new need of military training of the NATO troops arose. Delayed as well were the still outstanding financial claims of the dissolved local authority districts.. It is quite the same with the legal integration of the training area. The National Socialists established it as a “manor area”, referring to feudal law, which denied the people living there several personal rights. This legal construction is a so-called military privilege until today. In view of the latest military technological developments, the abandonment of the military training area Bergen-Hohne will take place in the foreseeable future. Then at the latest it will be necessary to ask how the ecological, social, economical, legal and financial problems caused by this large-scale event can be solved and in what manner the deeply affected landscape can be made real use of.

Siegfried Zelnhefer

Die Reichsparteitage der NSDAP. Ihre Bedeutung und die Auswirkungen auf die Stadt Nürnberg¹

Ein förmlicher Erlass schrieb den Nimbus fest. Das Reichsinnenministerium verfügte am 7. Juli 1936, dass Nürnberg fortan den Beinamen »Stadt der Reichsparteitage« zu führen habe.² Der braune Stempel war aufgedruckt. Und damit auch amtlich vollzogen, was Adolf Hitler zum Auftakt des Reichsparteitages 1933 bereits verkündet hatte: »Ich habe mich entschlossen zu bestimmen, dass unsere Parteitage jetzt und für immer in dieser Stadt stattfinden.« Nürnberg wurde zu einem Symbolort der Nazis. Vorgegeben war der Weg zu dem bis heute zweifelhaften Ruf keineswegs.

Gleichwohl: Das Zusammentreffen von mehr oder weniger zufälligen Umständen führte dazu, dass Nürnberg seit über 70 Jahren eng mit der Geschichte des Nationalsozialismus verknüpft ist.

Nürnberg galt in den zwanziger Jahren als »rote« Arbeiterstadt.³ Im Rückblick würde man das Stadtregiment in der Zeit der Weimarer Republik mit dem Begriff sozial-liberal bezeichnen. Oberbürgermeister Dr. Hermann Luppe, weit über die Grenzen Nürnbergs hinaus ein bekanntes Mitglied der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP), und die Sozialdemokraten als stärkste Fraktion im Nürnberger Rathaus stellten ein stabiles Bündnis im republikanischen Geist dar. Auch in den alles andere als »goldenen« zwanziger Jahren brachte die Kommune wegweisende Leistungen in der Sozial- und Wohnungspolitik hervor.

1 Dem Beitrag liegt der Vortrag zugrunde, der auf der 29. Tagung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« (Hannover 25.–28. September 2002) gehalten wurde. Vergleiche dazu auch den Tagungsbericht von *Carl-Hans Hauptmeyer* in diesem Band!

2 *Zelnhefer, Siegfried*: Die Reichsparteitage der NSDAP in Nürnberg. – Nürnberg 2002 (Band 2 der Schriftenreihe des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände, hrsg. von den Museen der Stadt Nürnberg); der Band ist eine vor allem um zahlreiche Fotos ergänzte Neuauflage der längst vergriffenen Dissertation *Zelnhefer, Siegfried*: Die Reichsparteitage der NSDAP. Geschichte, Struktur und Bedeutung der größten Propagandafeste im nationalsozialistischen Feiertag. – Nürnberg 1991 (erschieden als Band 46 der Schriftenreihe des Stadtarchivs Nürnberg »Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte«).

3 Zur Geschichte Nürnbergs: *Diefenbacher, Michael u. Endres, Rudolf* [Hrsg.]: Stadtlexikon Nürnberg. – Nürnberg 1999; *Pfeiffer, Gerhard* [Hrsg.]: Nürnberg. Geschichte einer europäischen Stadt. – München 1971.

Aufstieg der Nationalsozialisten

Trotz der konsequenten demokratischen Stadtführung gewannen die Nationalsozialisten in Nürnberg früh Anhänger. Nordbayerns Industriemetropole avancierte zu einem nationalsozialistischen Zentrum im Deutschen Reich. Bei mehreren Abstimmungen konnten die Hitlergefolgsleute mehr Stimmen verbuchen als andernorts. Bei der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 zum Beispiel bekam die NSDAP in Nürnberg 10,6 % der Stimmen, im Reich lag die Quote bei 2,6 %.

Die Ergebnisse kamen nicht von ungefähr. Der Aufstieg der Nationalsozialisten in Nürnberg und Franken ist eng mit dem Namen des späteren NS-Gauleiters Julius Streicher verknüpft. Der 1885 im schwäbischen Fleinhausen geborene Streicher war nach dem Militärdienst 1909 als Volksschullehrer nach Nürnberg versetzt worden. In den letzten Monaten des Ersten Weltkriegs soll er zum Antisemiten geworden sein. Wie manch andere Zeitgenossen legte auch er den »jüdisch-marxistischen Novemberverbrechern« den Zusammenbruch Deutschlands, das »Diktat von Versailles« und die bittere Not der Nachkriegszeit zur Last. Streicher arbeitete nach 1918 wieder als Lehrer, engagierte sich aber immer mehr in verschiedenen national-völkischen Gruppen, ehe er selbst am 20. Oktober 1922 die erste NSDAP-Ortsgruppe in Nürnberg gründete. Zwölf Tage zuvor hatte er sich dem absoluten Führungsanspruch Hitlers unterstellt. Als treuer Gefolgsmann des »Führers« schlug Streicher in Nürnberg fortan die Propagandatrommel besonders laut für die Nationalsozialisten. Er sorgte dafür, dass es in Nürnberg im Jahr 1927 bereits 2000 eingeschriebene Parteigenossen gab. 1925 bekam er die Aufgabe übertragen, die NSDAP in Mittel-, Ober- und Unterfranken zu organisieren, woraus er das Recht ableitete, sich »Frankenführer« nennen zu dürfen. 1930 wurde er Gauleiter von Mittelfranken, 1936 von »Franken«.

Ab 1923 gab Julius Streicher die Propagandazeitung »Der Stürmer« heraus. Zunächst als Lokalblatt konzipiert, entwickelte es sich zu dem übelsten, in ganz Deutschland verbreiteten antisemitischen Hetzblatt (Untertitel: »Das Deutsche Wochenblatt zum Kampfe um die Wahrheit«) mit einer Millionenauflage. Jede Nummer trug auf der ersten Seite die Hetz-Parole: »Die Juden sind unser Unglück«. Pornographische Karikaturen, manipulierte Fotografien, erfundene Geschichten über angebliche Ritualmorde, Berichte über »Rassenschande« und Denunziationen schilderten eine »Wahrheit«, wie sie nur in der Ideologie der Nationalsozialisten existierte.

Bei der Landtagswahl am 24. April 1932 erwies sich die NSDAP in Nürnberg mit 37,6 % der Stimmen erstmals als stärkste Kraft, noch vor der SPD, die nur noch 30,4 % verbuchen konnte. Gleichwohl hatte die braune Partei in demokratischer Zeit nie eine absolute Mehrheit in Nürnberg. Bei der letzten Reichstagswahl am 5. März 1933 war sogar der Vorsprung von einst – im Vergleich zu anderen Gebieten in Deutschland – dahin. Mit einem Stimmenanteil von 41,7 % blieb die NSDAP nun sogar noch unter dem Reichsdurchschnitt von 43,9 %.

Nach der »Machtergreifung« wurde in der Phase der »Gleichschaltung« bereits im März 1933 der NSDAP-Fraktionsführer im Stadtrat, Willy Liebel, zum Ersten Bürgermeister bestimmt. Oberbürgermeister Dr. Hermann Luppe und Bürgermeister Martin Treu (SPD) wurden verhaftet. Die Sitzverteilung im Stadtrat wurde den

Ergebnissen der Reichstagswahl »angepasst«, Kommunisten von vorneherein ausgeschlossen. Eine der ersten Amtshandlungen Liebels war, den Hauptmarkt im Herzen der Altstadt in »Adolf-Hitler-Platz« umzubenennen. Unter dem Druck der NSDAP lösten sich zunehmend alle Parteien auf, soweit sie ohnehin nicht schon verboten waren. Ende August 1933, wenige Tage vor Beginn des »Reichsparteitags des Sieges«, saßen nur noch Nationalsozialisten im Nürnberger Stadtrat.

Am 12. Februar 1933 hatten SPD und Gewerkschaften mit einer Großdemonstration auf dem Hauptmarkt noch einmal Flagge gezeigt. Die »Fränkische Tagespost« titelte: »Das rote Nürnberg marschiert.« Doch die Nazis eroberten mit Gewalt die Macht in Nürnberg. Der braune Terror hatte es schnell auf Sozialdemokraten und Kommunisten abgesehen. Bald nach der »Machtergreifung« wurden 250 Kommunisten verhaftet und ins Konzentrationslager Dachau verschleppt. Die demokratisch-republikanisch gesonnenen Kräfte waren nicht auf eine Arbeit im Untergrund vorbereitet. Organisationen wurden zerschlagen, Funktionäre verhaftet. Unter dem Einsatz ihres Lebens versuchten einzelne später, mit dem Verteilen von Flugblättern gegen das Regime zu kämpfen. Der NS-Überwachungsstaat hatte sich in der Frankenmetropole besonders gut etabliert.

Diese Einschätzung ist auch zu übertragen auf die Situation der Juden in der Stadt. Sie hatten dort, wo Streicher hemmungslos Hass gesät hatte, oft mehr zu leiden als andernorts. Der reichsweit organisierte Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 war auch in Nürnberg nur ein Vorspiel auf Hetze, Verfolgung und Mord. Am 1. Februar 1933 lebten in Nürnberg 8266 Juden. Bis 1940 sank ihre Zahl auf 2628. Viele Menschen mosaischen Glaubens suchten als Emigranten im Ausland den Schutz, der ihnen in ihrer Heimatstadt verwehrt wurde. Die am 15. September 1935 während des Reichsparteitags verkündeten NS-Rassengesetze sind ein Markstein auf dem Weg der sukzessiven Diskriminierung und Entrechtung der Juden. Bereits Monate vor dem Novemberpogrom 1938 ließen die Nürnberger Nazis die Hauptsynagoge beseitigen. Am 10. August 1938 gaben Streicher und Liebel bei einer Großkundgebung am Hans-Sachs-Platz das Startsignal für den Abbruch des Gotteshauses. In der so genannten Reichskristallnacht vom 9. zum 10. November 1938 setzten Nazis in ganz Deutschland Synagogen und etwa 7000 jüdische Geschäfte in Brand. 30000 Menschen wurden verhaftet und in Konzentrationslager geschafft. In Nürnberg wurde die Synagoge in der Essenweinstraße ein Raub der Flammen. Neun Nürnberger Juden wurden in jener Nacht umgebracht, zehn nahmen sich verzweifelt selbst das Leben. In einem Bericht vor den »Ratsherrn« brüstete sich Nazi-Oberbürgermeister Liebel danach, dass in der »Stadt der Reichsparteitage« 26 Juden den Pogrom nicht überlebt hätten. Die massive und jahrelange Judenhetze war in Nürnberg auf fruchtbaren Boden gefallen. Bei 91 Todesopfern im gesamten Reich war der Anteil in Nürnberg auffallend groß. In mehreren Deportationswellen verschleppten die Nazihäscher zwischen 1941 und 1944 nahezu alle Juden aus der Stadt in die Konzentrations- und Vernichtungslager nach Riga, Izbica, Krasnicyn, Theresienstadt und Auschwitz. 2326 Nürnbergerinnen und Nürnberger wurden Opfer der Schoa. Nur 72 der verschleppten Nürnberger Juden überlebten den Holocaust.

»Stadt der Reichsparteitage«

Die NSDAP veranstaltete in den 20er und 30er Jahren zehn Reichsparteitage. Der erste fand 1923 in München, dem Ausgangsort und Mittelpunkt der »Bewegung«, der zweite 1926 in Weimar statt. 1927 fiel die Wahl erstmals auf Nürnberg. 1929 folgte in der fränkischen Industriemetropole das zweite Treffen dieser Art. Mehrere Gründe trugen dazu bei, dass Nürnberg zur »Stadt der Reichsparteitage« wurde. Die in Deutschland zentral gelegene Stadt war gut mit der Reichsbahn zu erreichen. Mit dem Luitpoldhain – einem zentrumsnahen Park, der von der Stadt im Anschluss an die 1906 dort veranstaltete Bayerische Landesausstellung angelegt worden war – stand eine große Freifläche für Massenversammlungen zur Verfügung. Die fränkische NSDAP verfügte in den 20er Jahren mit Julius Streicher an der Spitze über genügend Kräfte, die in der Lage waren, Kundgebungen mit Zigtausenden von Menschen vor Ort vorzubereiten. Zudem stand die staatliche Polizei der NSDAP wohlwollend gegenüber. Die Parteitage gingen mithin in der »Kampfzeit« der NSDAP unter dem Schutz der Obrigkeit über die Bühne. Und gezielt suchten die Nationalsozialisten in der »roten« Arbeiterstadt auch die Konfrontation mit dem politischen Gegner. Der demokratisch-republikanische Geist, der in Nürnberg unter Oberbürgermeister Luppe herrschte, hat die braunen Bataillone besonders gereizt, ihren dumpfen Marschtritt hier zu proben. Erst nach 1933 stellten die NS-Propagandisten verstärkt die reiche Vergangenheit Nürnbergs in den Dienst der Partei. Die historische Kulisse der Altstadt wurde forciert herausgeputzt. Die Nazis machten sich das Image des »Deutschen Reiches Schatzkästlein« – im 19. Jahrhundert von den Romantikern entdeckt und insbesondere von der Reiseliteratur gepflegt – zunutze und schlugen einen vermeintlichen Traditionsbogen von der »Stadt der Reichstage« zur »Stadt der Reichsparteitage«.

Das Reichsparteitagsgelände

Als »Stadt der Reichsparteitage« gehörte Nürnberg zu den fünf »Führerstädten«, die neben Berlin (»Reichshauptstadt«), München (»Hauptstadt der Bewegung«), Hamburg und Linz an der Donau bei den Neugestaltungsplänen in Deutschland eine herausgehobene Funktion bekamen.⁴ 1927 und 1929 spielten sich die Reichsparteitage vornehmlich im Luitpoldhain, bei Aufmärschen im Zentrum sowie in Saalbauten ab. Die zeitgenössischen Angaben von Partei, Polizei und politischem Gegner zur Teilnehmerzahl differieren. Sie dürften in jenen Jahren etwa bei 30000 gelegen haben.

Nach der »Machtergreifung« veränderten die Reichsparteitage der Nationalsozialisten entscheidend ihren Charakter. Die Selbstdarstellungsshow des Regimes rückte auf in den Rang einer Staatsfeier. Dafür schuf sich die NSDAP entsprechende Feierstätten. In Nürnberg begann für das »Gigantenforum« ein gewaltiges Bauprogramm. Die Propaganda sprach von der größten Baustelle der Welt. Albert Speer erhielt 1934 den Großauftrag, für die Parteitage Aufmarsch- und Versammlungsplätze zu schaffen. Jede Gruppierung bekam »ihren« Feierort zugewiesen. Im

⁴ Vgl. *Dülffer, Jost; Thies, Jochen u. Henke, Josef: Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich.* – Köln u. Wien 1978.

Handstreich bemächtigte sich das Regime für seine Zwecke im Südosten der Stadt einer Fläche von 24,5 km².

Bevor die Nationalsozialisten das Gebiet zum Reichsparteitagsgelände machten, diente es vornehmlich der Naherholung. Auf dem Areal lagen unter anderem der Dutzendteich, ein seit dem Mittelalter gepflegter künstlicher See, der (am 11. Mai 1912 von der Bürgerschaft in einer Privatinitiative gegründete) Tiergarten der Stadt, ein zwischen 1926 und 1928 entstandener, moderner Sport- und Freizeitpark mit Stadion und Freibad, ein großes Forstareal und zum geringeren Teil landwirtschaftlich genutzte Flächen. Als Trägerin sämtlicher Baumaßnahmen fungierte laut Gesetz vom 29. März 1935 der »Zweckverband Reichsparteitag Nürnberg« (ZRN) mit der NSDAP, dem Deutschen Reich, dem Land Bayern und der Stadt Nürnberg als Gesellschaftern.⁵ Die Körperschaft bildete den organisatorischen Rahmen für Planung, Finanzierung und Ausführung der Nürnberger Großbauten. Die Grundstücke, überwiegend in kommunalem und staatlichem Besitz gingen auf den ZRN über. Vorhandene kommunale und private Einrichtungen wurden von der NSDAP für ihre Zwecke einbezogen, beseitigt oder verändert.

Im Herbst 1934 betraute Hitler seinen neuen Lieblingsarchitekten, den damals 29-jährigen Albert Speer, mit der Entwicklung eines Gesamtplans für das Reichsparteitagsgelände. Dabei kam der junge Baumeister nicht umhin, bereits bestehende Einrichtungen und Feierplätze wie etwa die Luitpoldarena oder das städtische Stadion mit einzubeziehen. Für das Konzept von Albert Speer bildete der »traditionelle« Feierort Luitpoldhain, immerhin zwei Mal in Weimarer Zeit Schauplatz der NS-Aufmärsche, den nördlichen Ausgangspunkt der Anlage. Der Park wurde im Wesentlichen zwischen 1933 und 1935 zur Luitpoldarena umgebaut. Sie hatte 50 000 Zuschauerplätze auf eigenen Tribünenanlagen und bot einen Versammlungsraum für bis zu 150.000 Personen. Die Luitpoldarena war während der Reichsparteitage den gemeinsamen Appellen von SA, SS, NSKK und NSFK vorbehalten.

In unmittelbarer Nachbarschaft stand die zur Luitpoldhalle ausgebaute ehemalige Maschinenhalle der Landesausstellung von 1906. Die ursprüngliche Industriehalle mit einer Eisenkonstruktion und viel Glas mit Anklängen an den Jugendstil verkleidete Speer mit monumentalen Vorbauten aus Muschelkalk. Während der Reichsparteitage fand in der Luitpoldhalle mit 16 000 Sitzgelegenheiten der Parteikongress statt. Provisorisch gleichsam. Denn für die Parteiversammlungen im Saal war ein neues Gebäude vorgesehen, gleich nebenan: die Kongresshalle, auch Kongressbau genannt. Dieses Bauwerk in Anlehnung an das römische Colosseum stammt allerdings nicht von Albert Speer. Der Nürnberger Architekt Ludwig Ruff hatte schon 1933 von der Stadt Nürnberg den Auftrag für die große Versammlungshalle erhalten, bevor Speer die Rolle des Chef-Architekten zugewiesen worden war.

Das ehemalige Reichsparteitagsgelände ist gut zu erreichen. Der nördlichste Abschnitt ist nur wenige Kilometer von der Innenstadt entfernt. Die City-nahe Lage des Areals kam den Nazis zupass. Vom Hauptbahnhof beispielsweise ist man heute mit der Straßenbahn in nur zehn Minuten bis zur Haltestelle Luitpoldhain unterwegs. Ein großer Parkplatz bietet dort aber auch die Möglichkeit, das Auto

5 Vgl. Reichsgesetzblatt vom 30.3.1935.

abzustellen. Am Luitpoldhain könnte ein Rundgang über das Reichsparteitagsgelände beginnen.

Luitpoldarena

Spaziergänger schlendern durch den Park. Hunde toben über die Wiese. Manchmal treffen sich ein paar Federballspieler zum Spaß unter freiem Himmel: Der Luitpoldhain ist ein beliebtes Naherholungsgebiet der Nürnberger. Schon seit rund 100 Jahren. 1906 fand an dieser Stelle die Bayerische Jubiläums-Landesausstellung statt. Industrie, Kunst und Gewerbe präsentierten sich. Nach dem Ausstellungsjahr wurde das Gelände in einen Park verwandelt. Der bayerische Prinzregent Luitpold fungierte als Namensgeber für den Luitpoldhain.

Als die Nationalsozialisten vom 19. bis 21. August 1927 ihren ersten Reichsparteitag in Nürnberg veranstalteten, kam ihnen die große Freifläche als Aufmarschgelände gelegen. Außerdem stand eine »Festhalle« zur Verfügung. Es handelte sich dabei um die umgebaute Maschinenhalle der Landesausstellung. Die Nationalsozialisten nutzten die städtische Halle als Massenunterkunft.

Beim zweiten Parteitag der Nationalsozialisten in Nürnberg, vom 1. bis 4. August 1929, diente der Luitpoldhain erneut als zentraler Aufmarsch- und Unterkunftsort. Zum sonntäglichen Abschluss des viertägigen Parteitags versammelten sich etwa 25 000 SA-Männer. Dabei wurde erstmals ein von der Stadt Nürnberg in Auftrag gegebenes, zu jenem Zeitpunkt fast fertiggestelltes Denkmal zu Ehren der nahezu 10 000 Nürnberger Gefallenen des Ersten Weltkriegs von der NSDAP in ihre Parteitagefeiern miteinbezogen. Nach Plänen des Architekten Fritz Mayer war an der nordöstlichen Seite des Parks eine Arkadenhalle geschaffen worden. Zu ihr gelangt man über einen von zwei Pylonenreihen gesäumten steinernen Vorplatz. Offiziell wurde das Denkmal am 20. Juli 1930 eingeweiht. Der monumentale Stil und die Zweckbestimmung gefielen den Nationalsozialisten.

Nach der so genannten Machtergreifung Hitlers am 30. Januar 1933 gab es für die Nationalsozialisten keinen Zweifel mehr, dass sie künftig alljährlich in Nürnberg Parteitage veranstalten wollten. Bei der Eröffnung des »Parteitags des Sieges« am 31. August 1933 erklärte Hitler, welche besondere Rolle er Nürnberg zugedacht hatte: »Ich habe mich entschlossen zu bestimmen, dass unsere Parteitage jetzt und für immer in dieser Stadt stattfinden.«⁶ Angesichts des auf »Ewigkeit« ausgerichteten NS-Staates musste das Forum für die Aufmärsche eine andere Form als die bisherige bekommen.

Am Anfang stand die Umgestaltung des Luitpoldhains zur Luitpoldarena zwischen 1933 und 1935. Unter Federführung der Stadt wurde der Aufmarschplatz neu konzipiert. Wesentliches Kennzeichen waren eine große, im Halbrund angelegte Führer- und Ehrentribüne mit einer Rednerkanzel genau gegenüber des Gefallendenkmals. Die Anlage war von zwei mit bronzenen Reichsadlern bekrönten Sockelbauten abgeschlossen. Eine 18 Meter breite und 240 Meter lange Straße aus Steinplatten verband Haupttribüne und Denkmal. Der »Führer« Adolf Hitler schritt

⁶ Zit. nach *Domarus, Max*: Hitler. Reden und Proklamationen. 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, 2 Bde. Würzburg 1962, S. 297.

diese Strecke, ab 1934 stets begleitet vom »Reichsführer SS« Heinrich Himmler und dem Stabschef der SA Viktor Lutze, feierlich ab, ehe es zu einem wichtigen Ritual kam: dem Totenkult. Am Gefallenendenkmal legte Hitler eine Gedenkminute zu Ehren der »Märtyrer der Bewegung« ein. Einen zweiten Akt des pseudoreligiösen Zeremoniells stellte die »Weihe« neuer Parteizeichen, Fahnen und so genannter Standarten mit der »Blutfahne« durch Hitler dar. Die Fahne war beim gescheiterten Hitler-Putsch am 9. November 1923 in München mitgeführt worden und trug angeblich das Blut der dabei ums Leben gekommenen Nazis.

Rund 120.000 Männer von NS-Verbänden wie SA (Sturmabteilungen), SS (Schutzstaffel), NSKK (Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps) und NSFK (Nationalsozialistisches Fliegerkorps) waren bei dem Appell in der Luitpoldarena versammelt. Die Ziele der Aufmärsche in der Luitpoldarena, aber auch überall sonst im Feiargeschehen waren immer die gleichen: Zwischen »Führer« und »Gefolgschaft« sollte eine innige Beziehung geschaffen werden. Jeder einzelne sollte eingeschworen werden auf den politischen Messias Adolf Hitler. Der Diktator war der Katalysator, ohne den die »Bewegung« nicht zur »Volksgemeinschaft« werden konnte. Und Hitler tat alles dazu, dass der »Führer-Mythos« immer neue Nahrung bekam. Hitler war der absolute, omnipräsente Star, auf den die Massen ausgerichtet wurden. 1936 rief er in der Luitpoldarena den angetretenen Kolonnen entgegen: »Das ist das Wunder unserer Zeit, dass ihr mich gefunden habt, dass ihr mich gefunden habt unter so vielen Millionen! Und dass ich euch gefunden habe, das ist Deutschlands Glück.«⁷

Am Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die Luitpoldhalle bei einem Bombenangriff zerstört. Nach 1945 wurde sie nicht wieder aufgebaut. Auf dem Fundament des Gebäudes befindet sich heute (an der Bayernstraße) ein Parkplatz. Die Stadt baute die Luitpoldarena wieder als Park für die Bürger zum Luitpoldhain um. An die Funktion des Ortes während der Reichsparteitage erinnern noch die sanft ansteigenden Wälle an der westlichen Seite, wo einst die Haupttribüne lag. Am Gefallenendenkmal brachte die Kommune eine neue Inschrift an: »Den Opfern der Kriege 1914 bis 1918 + 1939 bis 1945 und der Gewaltherrschaft 1933 bis 1945. Die Stadt Nürnberg«. An jenem Ort gedenkt das offizielle Nürnberg alljährlich zum Volkstrauertag den Opfern der beiden Weltkriege und des NS-Regimes. Sommers finden im Luitpoldhain seit dem Jahr 2000 Klassik-Konzerte unter freiem Himmel mit über 50 000 Zuhörern statt.

Kongresshalle

Die Kongresshalle ist von weitem sichtbar. Der Kolossalbau erinnert an das Colosseum in Rom. Das NS-Regime wollte mit seinen Bauwerken auch seine gewalttätige Macht symbolisieren. Entsprechend mussten sie – wenn sie schon Anleihen in der Vergangenheit nahmen – die Vorbilder in den Schatten stellen. So auch die Kongresshalle, die in der Länge das Colosseum um das 1,3fache, in der Breite um das 1,7fache übertrifft. Das NS-Reichsparteitagsgelände mit seinen geplanten Bauten ist auch ein deutliches Beispiel der für das Regime typischen »Übertrumpfungsbauarchitektur«.

7 Der Parteitag der Ehre vom 8. bis 14. September 1936. Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Kongressreden. München 1936, S. 246f.

Die Kongresshalle wurde als hufeisenförmiger Rundbau geplant, der von zwei Kopfbauten und einer dazwischen liegenden Eingangshalle abgeschlossen wird. Ein frei tragendes Dach mit Glasoberlicht sollte den Versammlungsraum mit Platz für 50 000 Personen überspannen. Eine bautechnische Lösung gab es für die Deckenkonstruktion noch während der Arbeiten am Gebäude nicht. Im Zentrum der Halle war eine Rednerkanzel für Adolf Hitler vorgesehen.

Die Ursprünge der Halle gehen noch auf einen städtischen Auftrag an den Nürnberger Architekten Ludwig Ruff zurück. Von ihm stammt das Grundkonzept, das nach seinem Tod 1934 sein Sohn Franz Ruff weiterführte. Am 11. September 1935 legte Adolf Hitler während des Parteitags den Grundstein für die Kongresshalle, die in zeitgenössischen Plänen auch Kongressbau genannt wurde. Auf dem Areal des ehemaligen Nürnberger Tiergartens – er wurde wegen der Parteitagspläne 1939 zum heutigen Standort am Schmausenbuck verlegt – sollte gleich neben dem Dutzendteich die Kongresshalle entstehen. Das Gebäude war vorgesehen als Ort des so genannten Parteikongresses während der Parteitage. Es hätte – wie auch die gesamte Parteitagsarchitektur – immer nur zu den Parteitagungen seiner Zweckbestimmung gedient. Provisorisch fanden die Parteikongresse bis zum letzten Parteitag 1938 immer in der Luitpoldhalle statt. Dabei ging es nicht um Meinungs austausch oder Diskussion. Die Spitzen der Partei, zuvorderst der »Führer« Adolf Hitler, nutzten das Forum der kleineren und größeren Parteibonzen, um in stundenlangen Reden Grundsatz erklärungen abzugeben und das Parteivolk auf Linie zu bringen und zu halten.

Der Bau sollte ursprünglich 203 Meter lang, 180 Meter tief und 44 Meter hoch werden. Nach dem Willen Hitlers wurde er wesentlich größer ausgeführt. Die Maße wurden auf eine Länge von 275 Metern, eine Tiefe von 265 Metern und eine Höhe von 60 Metern ausgedehnt. Die Bauarbeiten wurden 1935 begonnen und im Wesentlichen zu Beginn des Zweiten Weltkriegs 1939/1940 eingestellt. Die Kongresshalle wurde nie vollendet. Eine besondere Rolle spielte im »deutschen Bauen« der Einsatz von Naturstein. Die Kongresshalle ist an den Schauseiten mit Granitplatten verkleidet. Im Inneren kam insbesondere in repräsentativen Bauteilen auch Marmor zum Einsatz. Die Nürnberger NS-Bauten sind mit dem nationalsozialistischen Terror verknüpft. Zwischen 1941 und 1943 wurde auch für die Kongresshalle Naturstein aus den KZ-Steinbrüchen Flossenbürg (Oberpfalz), Mauthausen (Niederösterreich), Groß-Rosen (Niederschlesien) und Natzweiler-Stutthof (Elsass) bestellt. Für Arbeiten an den Reichsparteitagsbauten waren 1940 auch 2000 russische Kriegsgefangene zugeteilt worden.

Seit 1945 erlebt der Kongressbau vielfältige, zum Teil notdürftige Nutzungen. 1949 dienten die rohen Räumen als Prasentationsort der Deutschen Bau-Ausstellung. 21 deutsche und acht europäische Städte stellten die Probleme des Wiederaufbaus dar. Moderne Maschinen, Bautechniken, Geräte wurden vorgeführt. Zur 900-Jahr-Feier Nürnbergs 1950 präsentierte die Stadt in dem Bau eine Jubiläumsausstellung. Verschamt-verbrämt nannten viele die NS-Kongresshalle nun »Ausstellungs-Rundbau«. Später kamen Überlegungen zum Ausbau als Fußballstadion oder Einkaufs- und Freizeitzentrum hinzu. Aus finanziellen und politischen Gründen blieben alle Überlegungen ohne Folgen. Die weiten Fluchten der Halle werden seit Jahren unter anderem vom Versandhaus Quelle und der Stadt Nürnberg als Lager

verwendet. Daneben haben im südlichen Kopfbau seit 1960 die Nürnberger Symphoniker ihre Probestätte und betreiben daneben ein Aufnahmestudio mit einem eigenen Label namens »Colosseum«. Die Gesellschaft baute dort auch einen kahlen Innenhof zum »Serenadenhof« als Open-Air-Spielort aus. Der nördliche Kopfbau stand seit Jahrzehnten leer. Eine Halle diente dem Technischen Hilfswerk als Garage. Seit 4. November 2001 hat das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände als Einrichtung der Museen der Stadt Nürnberg hier seinen Sitz. In den ersten zwei Jahren besuchten über 400.000 Personen die dort gezeigte Ausstellung »Faszination und Gewalt«.

Zeppelinfeld

Im Jahr 1909 landete Graf Zeppelin mit einem seiner Luftschiffe auch in Nürnberg. Er hatte sich dafür eine freie Fläche südöstlich des Dutzendteichs ausgesucht. Seither hatte das Stück Land seinen Namen: Zeppelinwiese. Sie sollte mehr als zwei Jahrzehnte später zu dem Teil des Reichsparteitagsgeländes werden, der neu konzipiert, innerhalb kürzester Zeit realisiert *und* tatsächlich auch während der Parteitage »bespielt« worden ist.

1933 und 1934 fanden hier noch Aufmärsche der Parteigliederungen vor Zuschauern auf windigen Holztribünen statt. Dies entsprach nicht dem gewünschten repräsentativen Charakter der Staatsfeiern. Im Frühjahr 1935 begann die intensive Bauphase für das Zeppelinfeld nach Speers Entwürfen. Es wuchs in Rekordzeit empor. Bereits im Herbst 1935 stand die Haupttribüne, allerdings noch ohne Säulenreihe. Fertiggestellt wurde die Anlage bis 1937. Schon beim Reichsparteitag 1935 wurde die unvollendete Anlage einbezogen.

Das Zeppelinfeld ist eine fast quadratische, von Tribünen umschlossene Anlage. Das Aufmarschfeld ist 289 Meter lang und 312 Meter breit. Im Norden wird es von einer dominierenden Haupttribüne begrenzt. Die Wälle mit Standstufen für die Zuschauer werden von 34 Türmen gegliedert. Auf den Tribünen fanden 70 000 Personen Platz. Im Innenraum konnten 100.000 Leute aufmarschieren. Nach übertriebenen zeitgenössischen Zeitungsberichten sollen es sogar bis zu 250.000 gewesen sein. Bei der Gestaltung der Haupttribüne ließ sich Speer vom griechischen Pergamonaltar anregen. In die offene, mit insgesamt 144 Pfeilern konstruierte Halle zum Abschluss der Tribüne hatte der Architekt für seine Kulisse Fahnen als Schmuck vorgesehen. Das Rot der Hakenkreuzbanner sollte einen sichtbaren Kontrast zu dem Weiß des Jurakalksteins bilden. In der Mitte sind eine Ehrentribüne und eine Rednerkanzel deutlich herausgehoben. Links und rechts schlossen wuchtige Flügelbauten mit jeweils einer Feuerschale als Krönung die Haupttribüne ab. Die altartartige Wirkung wurde so noch unterstrichen. (Eine der Schalen steht seit den 80er Jahren im nahen Stadionbad – als Kinderplanschbecken.) Die Säulenhalle und die Seitenbauten wurden ab 1967 gesprengt, abgerissen, beseitigt – wegen Baufälligkeit, wie die offizielle Erklärung hieß.

Das Zeppelinfeld sollte einen wehrhaften Charakter tragen. Im einwöchigen Feierritual der nationalsozialistischen Parteitage traten an dem Ort verschiedene Gliederungen in Massenformationen an, so der Reichsarbeitsdienst (RAD) und die so genannten Amtswalter oder Politischen Leiter der NSDAP, also die kleinen und

mittleren Parteiführer. Mit einem »Lichtdom« illuminierte Speer die abendliche Feierstunde: 130 Flakscheinwerfer schickten auf einen Schlag ihr gleißendes Licht in den Himmel. Viele Menschen, auch ausländische Beobachter, waren von so viel Show beeindruckt. Mit einem »Tag der Gemeinschaft«, erstmals inszeniert im Jahr 1937, sollten die Parteitage eine heitere Note erhalten, auch wenn gleichzeitig »NS-Kampfspiele« den paramilitärischen Charakter der Veranstaltungen noch unterstrichen. Der letzte Tag war stets den Paraden und Vorführungen der Wehrmacht vorbehalten.

Die Zeppelintribüne – und auch die meisten anderen Parteitagsbauten – überstanden die zahlreichen Luftangriffe des Zweiten Weltkriegs nahezu unbeschadet. In einem symbolischen Akt sprengten amerikanische Soldaten am 24. April 1945 – vier Tage nachdem Nürnberg gefallen war – das große, vergoldete Hakenkreuz über der Mitteltribüne. In den Jahrzehnten danach nutzte die US-Armee bis zur Aufgabe des Militärstandorts in Nürnberg 1996 das Zeppelinfeld als »Soldiers Field«, vornehmlich als Sportplatz. Die Haupttribüne kam nach 1945 gleich in den Besitz der Stadt. Fortan diente sie bei wenigen Veranstaltungen als Zuschauertribüne. Am 1. Mai 1947 beging der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hier den »Tag der Arbeit«. Beim alljährlichen Norisringrennen rund um die Zeppelintribüne steht das ehemalige Nazi-Gebäude bis heute im Mittelpunkt des lautstarken Geschehens. 1969 fand auf dem Zeppelinfeld der Weltkongress der Zeugen Jehovas statt. In der Reihe einiger Open-Air-Konzerte stellte der Auftritt von Bob Dylan am 1. Juli 1978 vor 70 000 Zuhörern einen Höhepunkt dar. Seit Jahren findet im benachbarten Franken-Stadion und dem Umfeld samt Zeppelinfeld als Zeltlagerplatz das alljährliche Spektakel »Rock im Park« mit über 100.000 Fans statt. Vor allem junge Leute nützen die Zeppelintribüne und die Flächen darum seit langem als Freizeitareal. Tennisspieler trainieren ihre Schlagkraft mit Schmetterbällen gegen die Wand der Zeppelintribüne an der nördlichen Seite. Inline-Skater genießen die (meist) autofreie Zone vor der Anlage.

Städtisches Stadion (heute: Franken-Stadion)

Das Franken-Stadion neben dem Zeppelinfeld hat seinen Namen erst mit dem Um- und Ausbau Ende der 80er Jahre erhalten (Eröffnung: 1991). Vorher hieß es einfach »städtisches Stadion«. Die ursprüngliche Arena war nach einem Entwurf des Architekten Otto Ernst Schweizer zwischen 1926 und 1928 als Teil eines neu konzipierten Sport- und Freizeitparks südlich des Dutzendteichs entstanden. Dazu gehörten unter anderem auch das Stadionbad und eine Reihe von »Jedermann-Sportplätzen« im Umfeld. Für die gelungene Gesamtanlage erhielt der für die Grünflächenplanung verantwortliche Stadtgartendirektor Alfred Hensel während der IX. Olympischen Spiele 1928 in Amsterdam in einem Wettbewerb für künstlerische Werke eine Goldmedaille. Die Sportstätte mit Platz für 37 000 Zuschauer galt als eines der schönsten Stadien der Welt.

Die Nationalsozialisten bezogen ab 1933 das städtische Stadion in ihre Parteitagveranstaltungen mit ein. Die Arena diente der Hitler-Jugend (HJ) als Aufmarschort. Hier wollte Hitler, wie die NS-Propaganda Glauben machen wollte, »jedem der Jungen ins Auge sehen«. 1935 machte Hitler in seiner Rede beim HJ-Appell

deutlich, wie er sich den Nachwuchs vorstellte: »Unser Volk wird zusehends disziplinierter, straffer und strammer, und die Jugend beginnt damit. [...] In unseren Augen da muss der deutsche Junge der Zukunft schlank und rank sein, flink wie Windhund, zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl.«⁸

Das städtische Stadion wurde nach 1963 mehrfach renoviert, um den Anforderungen in der Fußball-Bundesliga gerecht zu werden. Hier trägt der 1. FC Nürnberg seine Heimspiele aus. Daneben finden (selten) Schulsport- und (internationale) Leichtathletik-Feste statt. In den 60er Jahren auf 56 600 Zuschauerplätze erweitert und mit einer Flutlichtanlage versehen, folgte ab 1987 eine Generalsanierung und Renovierung. Letztlich wurde das städtische Stadion für 68,1 Millionen Mark komplett umgebaut. Die Zuschauerkapazität wurde auf knapp 45 000 reduziert. Von der früheren Bauhaus-Architektur ist nur noch ein Fassadenstück an der Rückseite der Haupttribüne übrig geblieben. Bis zur Fußballweltmeisterschaft 2006 wird das Frankenstadion entsprechend den Anforderungen des Weltfußballverbandes FIFA für 56,2 Millionen Euro modernisiert und technisch aufgerüstet. Nürnberg gehört zu den zwölf WM-Städten in Deutschland.

Gleich gegenüber dem Franken-Stadion liegt die Arena Nürnberg. Der von einer privaten Gesellschaft errichtete, aber mit öffentlichen Mitteln geförderte Neubau aus dem Jahr 2001 ist als Eissport- und Mehrzweckhalle konzipiert mit Platz für rund 10 000 Zuschauer. Pop- und Rockkonzerte finden hier ebenso statt wie WM-Boxkämpfe. Kurz nach Fertigstellung erlebte der Komplex im Frühjahr 2001 seine erste Bewährungsprobe als einer von drei Austragungsorten der Eishockey-Weltmeisterschaft in Deutschland. Mit Franken-Stadion und Arena in unmittelbarer Nachbarschaft bemüht sich die Stadt, ihre Rolle als einstige Sporthochburg wieder mit neuen Akzenten zu versehen.

Große Straße

Wer heute einen Parkplatz sucht, um eine Ausstellung im Nürnberger Messezentrum, das Volksfest am Dutzendteich oder ein Spiel des 1. FC Nürnberg zu besuchen, landet nicht selten auf der Großen Straße. Sie steht unter Denkmalschutz. Nie wurde sie vollendet, nie hat sie das erlebt, wofür sie Albert Speer geplant hatte: als Aufmarschstraße für die Wehrmacht zu ihren Vorführungen auf dem Märzfeld im Süden des Reichsparteitagsgeländes. Speer plante eine zwei Kilometer lange und insgesamt 95 Meter breite Straße mit seitlichen Standstufen für die Zuschauer. Sie sind teilweise im südlichen Abschnitt auch heute noch zu sehen – überwuchert von Gras und Unkraut, gerne genutzt von Familien am Wochenende und Feiertagen als Treffpunkt für Grillmahlzeiten.

Die mit Granitquadern belegte Große Straße war die zentrale Achse des Reichsparteitagsgeländes. Nach Norden hin ist die Straße ausgerichtet auf die Kaiserburg. Damit wollte Speer die Veranstaltungen der NSDAP mit der Tradition des historischen Nürnberg verbinden. Mehr noch: Es wurde eine vermeintliche Verbindungslinie geschaffen von der »Stadt der Reichstage« zur »Stadt der Reichsparteitage«,

8 Zit. nach Der Parteitag der Freiheit vom 10. bis 16. September 1935. Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Reden. München 1935, S. 183.

vom ersten deutschen Reich zum »Dritten Reich«. Bis 1939 wurde die Große Straße im Wesentlichen fertiggestellt. Doch den Marschtritt der Wehrmachtsformationen spürte sie nie. Nach Kriegsende diente die Fahrbahn vorübergehend als Rollfeld für die US-Luftwaffe.

Deutsches Stadion

Vom größten Bauvorhaben der Nationalsozialisten auf dem Reichsparteitagsgelände existiert nicht mehr als ein Teil der Grundwasser gefüllten Baugrube. Schon die Pläne für das gigantische Deutsche Stadion zeigen, dass das NS-Regime auf die Eroberung der Welt aus war. In der Arena wäre der imperialistische Größenwahn der Nazis Stein geworden. Das hufeisenförmige Stadion sollte nach Speers Konzept auf halber Höhe der Großen Straße südwestlich entstehen mit einer zur Straße offenen Seite samt riesigem Vorplatz. Das Stadion mit einer Länge von 540 Metern, einer Breite von 225 Metern und einer Fassadenhöhe von 82 Metern sollte mehr als 400.000 Zuschauern Platz bieten. Hitler hatte die propagandistische Sportstätte zur größten Arena der Welt erklärt. Allein das Spielfeld wäre 380 Meter lang und 150 Meter breit geworden. Dies übertraf internationale Standards um ein Vielfaches. Hingewiesen auf die Diskrepanz erklärte Hitler einmal: »Ganz unwichtig. 1940 finden die Olympischen Spiele noch einmal in Tokio statt. Aber danach, da werden sie für alle Zeiten in Deutschland stattfinden, in diesem Stadion. Und wie das Sportfeld zu bemessen ist, das bestimmen dann wir.«⁹ Tatsächlich sollte das Deutsche Stadion auch zum Austragungsort der seit 1937 in die Parteitage integrierten paramilitärischen NS-Kampfspiele werden. 1937 wurde der Grundstein für das Deutsche Stadion gelegt. In den nachfolgenden Jahren wurde aber nur die Baugrube ausgehoben. Südlich davon liegt der »Silberbuck«. Er besteht überwiegend aus Trümmerschutt des Zweiten Weltkriegs, der aus der Altstadt hierher geschafft wurde. Der Silberbuck wurde als kleiner Aussichtsberg im Volkspark Dutzendteich gestaltet.

Märzfeld, Kriegsgefangenenlager, Valka-Lager (oder: was verschwunden ist)

Am südlichen Ende der Großen Straße war das Märzfeld vorgesehen. Wahrscheinlich benannt nach dem Kriegsgott Mars oder in Anlehnung an den März 1935, als Hitler-Deutschland sich über die Bestimmungen des Versailler Vertrags hinwegsetzte, die allgemeine Wehrpflicht einführte und so laut Propaganda die »Wehrhoheit« wieder erlangte. Auf dem Märzfeld plante Albert Speer ein rechteckiges, von Tribünen umsäumtes Feld von 1000 Metern mal 600 Metern. 24 jeweils 38 Meter große und von Travertin ummantelte massive Türme gliederten – ähnlich der Anlage am Zeppelinfeld – rhythmisch das Areal. Auf dem mit Heidekraut bewachsenem Gelände sollte bei den Reichsparteitagen alljährlich der »Tag der Wehrmacht« mit Kampfvorfürungen stattfinden. Als Ersatz wurde für dieses Spektakel das Zeppelinfeld herangezogen. Elf der 24 Türme waren mit dem Ende der Bauarbeiten zu

⁹ Zit. nach *Speer, Albert: Erinnerungen.* – Frankfurt a.M., Berlin u. Wien 1979 (Paperback der Originalausgabe Frankfurt a.M., Berlin u. Wien 1969), S. 84.

Beginn des Kriegs weit gediehen, manche fast vollständig errichtet. Teile der Tribünen waren im Rohbau fertig. Die »Führertribüne« hätte eine Figurengruppe des Bildhauers Josef Thorak mit einer riesigen Siegesgöttin, mit Waffenträgern und zwei Rosselenkern bekrönt. 1966/67 wurden die Märzfeldtürme gesprengt, weil sie der Wohnbebauung des Geländes in der neuen »Trabantenstadt« Langwasser im Wege standen.

Im Weg standen für eine den Menschen dienende Stadtentwicklung auch die Relikte des südlich des Märzfeldes angelegten Lagergeländes für die Parteitage. SA, SS, HJ und andere NS-Organisationen kampierten hier während der Reichsparteitage. Es gab neben der Vielzahl von Zeltunterkünften auch feste Baracken. Eigene Strom- und Wasserleitungen versorgten die Lagerzone, die im Endausbau 500.000 Parteitagsteilnehmern hätte Unterkunft bieten sollen. Das streng symmetrisch angelegte Areal mit rechtwinklig verlaufenden Lagerstraßen bestimmt im Kern auch heute noch den Grundriss Langwassers, einem neuen Stadtteil, in dem rund 40 000 Menschen leben.

Ab 1939 bekam das ehemalige SA-Lager eine neue Funktion: Es diente als Kriegsgefangenenlager (Stalag XIII D Nürnberg-Langwasser). Im Durchschnitt waren 30 000 Menschen verschiedener Nationen auf engstem Raum zusammengepfercht. Tausende von ihnen kamen wegen mangelhafter Versorgung ums Leben. Die genauen Zahlen sind bis heute nicht bekannt.

Nach dem Krieg wandelten die US-Amerikaner Teile des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers in ein Auffanglager für Displaced Persons der UNRA (United Nation Relief and Rehabilitation Administration) und deren Nachfolgeorganisation IRO (International Refugee Organization) um. In rund 70 Baracken war Platz für etwa 4 000 Flüchtlinge. Die kleine Stadt war benannt nach der estnisch-lettischen Grenzstadt Valka, die durch neue Grenzen nach dem Ersten Weltkrieg geteilt worden war. So sollte das Nürnberger Lager mit seinem Namen ein Zeichen für die friedliche Koexistenz seiner Bewohner setzen. 1951 war das Valka-Lager mit 4 300 Menschen aus 28 Nationen das größte Ausländerlager in Bayern. 1950 übernahmen deutsche Behörden die Unterkünfte für heimatlose Ausländer. 1954 wurde es aufgelöst und als neues Bundessammellager für Ausländer weitergeführt – als Vorläufer des Bundesamts zur Anerkennung ausländischer Flüchtlinge. Nach 1955 wurden immer mehr Bewohner – nicht zuletzt wegen der Baufälligkeit der Baracken und des Baus des neuen Stadtteils Langwasser – umquartiert. Nachdem die Verlegung des Bundesamts nach Zirndorf abgeschlossen war, wurde 1960 das Valka-Lager offiziell aufgelöst.

Die Reichsparteitage

Zeppelinfeld, Große Straße, Märzfeld, Deutsches Stadion, Lagerstätten: Der größte Teil des Milliarden-Projekts – exakte Kalkulationen haben die NS-Baumeister nie angestellt – ist ebensowenig vollendet worden wie der Kongressbau. Die Bauten dienten nur einem Zweck: Sie schufen die Foren und Kulissen für die Reichsparteitage. Zwischen 1933 und 1938 fanden die NS-Parteitage alljährlich im Spätsommer, meist Anfang September, eine Woche lang statt. Sie trugen alle Namen: »Parteitag

des Sieges« (1933), »Parteitag der Einheit und Stärke« (1934), »Parteitag der Freiheit« (1935), »Parteitage der Ehre« (1936), »Parteitag der Arbeit« (1937) und »Parteitag Großdeutschlands« (1938). 1937 wurden die Veranstaltungen um einen »Tag der Gemeinschaft« ausgedehnt. Unterhaltende Elemente gehörten immer mehr zum Geschehen. Deutlich wurde dies ab 1937 mit der neuen KdF (»Kraft-durch-Freude«)-Stadt jenseits der Regensburger Straße unterstrichen. In fünf großen, hölzernen Folklorehallen kam Volksfeststimmung auf bei Spiel, Gesang und Volkstanz. Die Gebäude sind im Krieg nach einem Luftangriff ausgebrannt. Heute liegen an jener Stelle Teile des Trainingsgeländes des 1. FC Nürnberg.

Bei den Reichsparteitagen ging es vor allem um die Inszenierung der »Volksgemeinschaft«, einer politischen Propagandaformel, die im Alltag des »Dritten Reichs« keine Entsprechung fand. So sollten gerade die Parteitage dazu dienen, möglichst viele »Volksgenossen« einmal im Jahr in einem offiziellen Akt »zusammenzuschweißen«. Neben den politischen Leitern der NSDAP, der Sturmabteilung (SA), der Schutzstaffel (SS) und anderen paramilitärischen Verbänden versammelten sich auch Abordnungen des Reichsarbeitsdienstes (RAD), der Hitler-Jugend (HJ) und der Wehrmacht. Speer schuf die megalomanischen Kulissen. Berufsverbände, Parteidienststellen und die Deutsche Arbeitsfront (DAF) – die Zwangsgemeinschaft von Arbeitnehmern und Unternehmern – hielten Tagungen ab. Uniformierte und Zivile, Jungen und Mädchen, Frauen und Männer, aktive Teilnehmer und Zuschauer wurden aus ganz Deutschland nach Nürnberg gekarrt, manchmal nur für wenige Tage. So war Nürnberg eine belagerte Stadt. Zu den rund 420.000 Einwohnern kamen eine Woche lang rund eine Million Parteitagsbesucher hinzu.

In einem seit den zwanziger Jahren nur unwesentlich veränderten, aber immer weiter verfestigten und ausgebauten Ritual liefen die Parteitage ab: Appell, Aufmarsch, Vorbeimarsch, Totenehrung, Reden, Empfang der »Parolen«. Der einzelne ging in der Masse auf. Die Reichsparteitage wurden zu den wichtigsten »Feldgottesdiensten« der Nationalsozialisten und des »politischen Messias« Adolf Hitler. Der »Führer« stand stets im Mittelpunkt. Auf ihn waren die Versammlungen zugeschnitten. Die NS-Parteitage entpuppten sich immer mehr als »Adolf-Hitler-Festspiele«, bei denen sich »Führer« und Gefolgschaft in inszenierten symbolischen Akten aufs neue vereinen sollten. Die höchste Sinnerfüllung bekamen die Parteitage in der Ausrichtung auf das letzte Ziel: die Vorbereitung auf den Krieg. Wie Rituale der Mobilmachung wirkten die permanenten militärischen Übungen der verschiedenen Gliederungen. Letztlich waren die Feiern auch Instrumente der Täuschung. Diesen Zweck hat selbst der »Parteitag des Friedens« erfüllt – obwohl er nie stattfand. Erst wenige Tage vor dem angesetzten Eröffnungstermin, dem 2. September 1939, wurde er ohne Angabe von Gründen abgesagt. Am 1. September 1939 begann mit dem Überfall von Hitler-Deutschland auf Polen der Zweite Weltkrieg.

Nürnberger Prozesse

Es dauerte nicht lange, bis auch die »Volksgenossen« an der »Heimatfront« unter dem Weltherrschaftsanspruch des NS-Regimes zu leiden hatten. Die ersten Fliegeralarme gab es schon im Jahr 1939. Der erste große Luftangriff traf Nürnberg in der

Nacht zum 29. August 1942. 136 Menschen starben. Dies war nur der Auftakt. Die Alliierten flogen zwischen dem 21. Dezember 1940 und dem 11. April 1945 insgesamt 44 Angriffe auf Nürnberg. Vom Sommer 1944 bis zum Ende des Krieges diktierten sie den Tagesablauf der zuletzt noch 200.000 Menschen, die in einer immer größer werdenden Chaoslandschaft hausten. 8076 Personen kamen bei den zahlreichen Angriffen ums Leben. Nach wenigen Tagen des »Endkampfes« war am 20. April 1945 das Ende der »Stadt der Reichsparteitage« gekommen. Bereits in den frühen Morgenstunden hatte Oberbürgermeister Liebel im Bunker des Polizeipräsidiums mit einem Schuss seinem Leben selbst ein Ende gesetzt. Um 18.30 Uhr hielt der Kommandeur der 3. US-Infanteriedivision eine Siegesparade auf dem Hauptmarkt ab. Zwei Tage später sprengten US-Soldaten das Hakenkreuz auf der Zeppelintribüne.

Der Krieg war zu Ende. Nürnberg lag in Trümmern. Der von den Nazis in die Emigration gezwungene Literat Alfred Kerr schrieb damals für die »Neue Zeitung«: »Nürnberg – das war eine Stadt: und ist eine Schutthalde. Das war gemütlich-bürgerlich: und ist ein Grauen. Ein Grauen ohne Tragik: nur noch was Unangenehmes. Eine Ruppigkeit. Eine Häßlichkeit. Eine Trostlosigkeit.«¹⁰

Mitten in dieser Trostlosigkeit gab es ein Zeichen der Hoffnung für die gesamte Menschheit. Die Nazi-Verbrechen blieben nicht ungesühnt. In Nürnberg wurde schon wenige Monate nach dem Ende des verheerenden Krieges, dem 55 Millionen Menschen zum Opfer gefallen waren, Weltgeschichte geschrieben: Die Alliierten hatten die ehemalige Stadt der Reichsparteitage zum Ort des Internationalen Militärtribunals gegen die NS-Hauptkriegsverbrecher bestimmt. Dass die Wahl auf Nürnberg fiel, lag vielleicht auch an der Symbolkraft der Stadt. Am Schauplatz der früheren Selbstinszenierung des Nazi-Regimes, am Ort der Verkündung der »Nürnberger Gesetze« sollten die Täter vor der ganzen Welt zur Rechenschaft gezogen werden. Doch ein praktischer Grund hatte die Alliierten vor allem dazu bewogen, die Verhandlungen in Nürnberg zu führen: Der Justizpalast an der Fürther Straße und das angrenzende Gefängnis hatten den Krieg nahezu unbeschadet überstanden. Es waren mithin die räumlichen Voraussetzungen gegeben.

Am 20. November 1945 begann der Mammutprozess gegen 24 Hauptkriegsverbrecher. Am 30. September/1. Oktober 1946 wurden die Urteile gesprochen. Elf Angeklagte wurden zum Tod durch den Strang verurteilt – unter ihnen auch Julius Streicher. Hermann Göring beging am 16. Oktober 1946, einen Tag vor der angesetzten Hinrichtung, Selbstmord. Nach dem Hauptkriegsverbrecherprozess führten die Amerikaner bis 1949 zwölf Nachfolgeprozesse, darunter gegen Ärzte, Militärs, Wirtschaftsunternehmen und Juristen. Die Nürnberger Prozesse schufen neue Normen für ein modernes Völkerrecht: Erstmals hatten sich Einzelpersonen und Organisationen zu verantworten.

10 Kerr, Alfred: Nürnberg, eine Schutthalde. – In: Neue Zeitung München, 1947, zit nach: Nadler, Fritz: Ich sah, wie Nürnberg unterging. Nürnberg 1955, S. 191.

Auswirkungen – in den 30er Jahren

Nürnberg war während der Reichsparteitage in den 30er Jahren eine belagerte Stadt. Bis zu eine Million Menschen kamen innerhalb einer Woche, um bei den Propagandaspektakeln als Teilnehmer oder Zuschauer, manchmal nur für einen Tag, dabei zu sein. Bis zu 3000 zusätzliche Zugbewegungen waren notwendig, um die Massen zu transportieren. Kein Wunder, dass allein wegen der Reichsparteitage an die verkehrliche Infrastruktur in der Stadt gewaltige Anforderungen gerichtet waren. Doch die Kommune war diesen Anforderungen nicht gewachsen. Die Zahlen stiegen von Jahr zu Jahr kontinuierlich an. Mit der Nürnberger Straßenbahn wurden 1935 während der Parteitage 3,5 Millionen Personen befördert, 1936 waren es 4,5 Millionen, 1937 knapp 5,3 Millionen und 1938 gar 6,3 Millionen. Bereits 1935 notierte Paul Bayer, der Generaldirektor der Städtischen Werke: »Die Straßenbahn musste am Reichsparteitag 1935 versagen, weil man sie durch die Absperrungen nicht fahren ließ. (...) Es wird zu einem zweiten Versagen der Straßenbahn kommen, und es wird dieses Versagen katastrophal werden, wenn die notwendigsten Baumaßnahmen weiterhin zurückgestellt bleiben.«¹¹

Die Reichsparteitage waren Auslöser für eine Reihe von Vorhaben zur Verbesserung der Infrastruktur. Der alte Bahnhof Dutzendteich wurde 1934 bis 1936 auch mit seinen Gleisanlagen ausgebaut. 1938 wurde zwischen den Zeltlagern und dem Märzfeld der neue Bahnhof »Märzfeld« eröffnet. Bis Kriegsbeginn war er nur teilweise fertiggestellt. Als Entlastungsstation kam der Bahnhof Zollhaus hinzu. In ähnlicher Funktion erfuhr der Bahnhof Fischbach 1940 eine entsprechende Erweiterung.

Nürnberg erhielt die erste Unterpflasterstraßenbahn-Strecke Deutschlands – wenige hundert Meter vom Aufmarschgelände entfernt. Die unterirdische Trasse trug dazu bei, dass das Verkehrsmittel nicht wegen marschierender Kolonnen auf der Straße seine Fahrt verzögern musste – ein Hauptproblem über Jahre hinweg. Die Unterpflasterstraßenbahn war erstmals beim Reichsparteitag 1938 im Einsatz.

Vor dem Hintergrund der alljährlichen Parteiversammlungen in Nürnberg bekam auch der Ausbau der Reichsautobahnen einen Schub. Propagandistisch wurden vor den Parteitag jeweils neue Abschnitte eröffnet. So wurde am 4. September 1937 die Strecke Bayreuth-Nürnberg übergeben, am 3. September 1938 die Autobahn Nürnberg-München. Die Anbindung an das Reichsparteitagsgelände und die Stadt erfolgte über eine autobahnähnliche Zubringerstraße. Hinzukam ein 5,5 Kilometer langes Teilstück Nürnberg-Stuttgart. Es diente als Anschlussstrecke zum Reichsparteitagsgelände.

Als mit Abstand größtes Gebäude im Zusammenhang mit den Parteitagen ließen die Nationalsozialisten 1937/38 westlich des Aufmarschareals eine Kaserne für die SS errichten. Mit dem Auftrag wurde Franz Ruff, Sohn des Kongresshallen-Architekten Ludwig Ruff, betraut. Die Baumaßnahme konnte nicht – wie großspurig

11 »Gedanken über die Bewältigung des Straßenbahn-Massenverkehrs an zukünftigen Reichsparteitagen«, Bericht des Generaldirektors der Städtischen Werke Nürnberg, 22.10.1938, Stadtarchiv Nürnberg C 7/961.

angekündigt – bereits beim Parteitag 1939 abgeschlossen sein. Beim Richtfest am 1. Juni 1939 feierte man das Gebäude als »Einfallstor zum Reichsparteitagsgelände«. Während des Kriegs war dort eine Fernmeldeschule der Waffen-SS stationiert. 1946 diente die Kaserne kurzzeitig als Rathaus. Von 1948 bis zum endgültigen Abzug am 14. September 1992 hatte das 2. US-Panzeraufklärungsregiment hier seinen Sitz. Der Bund baute danach den denkmalgeschützten Komplex für eine neue Nutzung um: Seit 1996 hat in dem NS-Bau das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge seinen zentralen Sitz.

Auswirkungen – nach 1945

Die Menschen in Nürnberg gingen mit den steinernen Hinterlassenschaften der Nationalsozialisten zunächst pragmatisch um. Das Gelände – vormals im Besitz des ZRN – ging weitgehend in das Eigentum der Stadt Nürnberg über. Damit trug die Stadt auch lange Zeit allein die Last des ungeliebten Erbes deutscher Geschichte. Weder die Bundesrepublik Deutschland noch das Land Bayern sahen sich in der Verantwortung. Die Stadt Nürnberg baute die Luitpoldarena als Luitpoldhain wieder zu einem Erholungspark um. Weite Teile des großen Areals dienten als neues Siedlungsgebiet. Es entstand der Stadtteil Langwasser mit heute 40 000 Einwohnern.¹² Die Straßen des neuen Wohnquartiers folgten zum Teil den vorhandenen, rechtwinkligen Anordnungen früherer Lagerstraßen.

Der Umgang mit dem Gelände war aber auch lange Zeit gekennzeichnet von Ratlosigkeit und Verlegenheit. Besucher und Touristen fühlten sich beim Spaziergang vorbei an den geschichtsträchtigen Bauten allein gelassen. Niemand brachte die stummen Zeugen der NS-Vergangenheit zum Sprechen. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte ließ in Nürnberg auf sich warten. Das Defizit wurde Ende der 70er Jahre erkannt. Das Schul- und Kulturreferat setzte 1979 eine Planungsgruppe ein, die Konzepte erarbeiten sollte. Von einem »Museum Nationalsozialismus« oder einem »antifaschistischen Museum« war die Rede. Schließlich wurde mit Blick auf den 30. Januar 1983–50 Jahre nach Hitlers »Machtergreifung« – eine Ausstellung entwickelt, die den Prozess der Machteroberung und Gleichschaltung in Nürnberg dokumentierte. 1984 wurde in der Halle der Zeppelintribüne – wegen eines golden schimmernden Mosaiks an der Decke auch von manchen »Goldener Saal« genannt – drei Wochen lang eine »Ton- und Bildschau« gezeigt, die die »faszinierende Seite« der NS-Selbstdarstellung als Kehrseite von Terror und Gewalt entlarven sollte. Die Präsentation missglückte. Doch die Show erwies sich als Renner. In der kurzen Öffnungszeit sahen sich 8000 Besucher die Film- und Dia-Vorführungen an. Ein deutlicher Beleg dafür, dass in der Öffentlichkeit ein erhebliches Interesse an Informationen über die NS-Zeit und die Parteitage der Nazis bestanden und bestehen. Ein Jahr später, 1985, wurde in der Halle und Nebenräumen der Zeppelintribüne erstmals die städtische Ausstellung »Faszination und Gewalt« gezeigt. Bis zur Eröffnung des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände im November

12 Geschichte Für Alle e.V. [Hrsg.], *Bernd Windsheimer u. Martina Fleischmann: Nürnberg-Langwasser, Geschichte eines Stadtteils.* – Nürnberg 1995

2001 war sie alljährlich in den Sommermonaten zu sehen. 1989 errichtete die Stadt an vier Standorten des ehemaligen Reichsparteitagsgeländes Texttafeln, die in dem Areal über die Bedeutung der Gebäude Auskunft geben.

Eine triviale Nutzung kennzeichnet vielfach den Umgang mit den gigantischen Resten des ehemaligen Reichsparteitagsgeländes. Die großen Foren wie das Zeppelfeld wurden nur sporadisch wieder bevölkert – etwa bei den alljährlichen Norisringrennen (rund um die Zeppelintribüne). In den Innenhof der Kongresshalle führten regelmäßig Gruppen wie der Verein »Geschichte Für Alle« Interessierte. Dass die Bauwerke nicht adäquat genutzt werden, ist nicht weiter verwunderlich: Eine Architektur, die in der NS-Diktatur nur geschaffen wurde, um den »Führer« zu verherrlichen und die NS-Ideologie zu propagieren, kann in einer Demokratie keine Entsprechung finden. (Anders verhält es sich mit Verwaltungsbauten aus der NS-Zeit – etwa den großen Ministerien in Berlin – oder Sportstätten wie dem Olympiastadion in der Bundeshauptstadt, die ebenfalls entsprechend ihres ursprünglichen Zwecks relativ »unbelastet« heutzutage genutzt werden können.)

Nürnberg ist die wohl die einzige deutsche Stadt mit einer solchen architektonischen Hinterlassenschaft des »Dritten Reichs«. Auch mehr als fast sechs Jahrzehnte nach dem Ende des Hitler-Regimes haften die Etiketten noch: »Stadt der Reichsparteitage«, »Nürnberger Gesetze«, »Nürnberger Prozesse«. Für manche ist die nordbayerische Metropole noch immer ein Symbol für die Zeit des Nationalsozialismus. Nürnberg ist wie nur wenige andere deutsche Städte mit dem historischen Erbe der Nazi-Herrschaft konfrontiert. Doch Nürnberg hat seine Geschichte im 20. Jahrhundert nicht nur angenommen, sondern versucht aus den Erfahrungen der Vergangenheit auf besondere Weise Lehren für die Zukunft zu ziehen. Das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände steht dafür.

Mit dem Herausbrechen eines mächtigen Mauerstücks aus dem Nordflügel der NS-Kongresshalle gaben Vertreter von Bund, Land und Stadt am 28. Januar 2000 das offizielle Startzeichen für den Bau des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände. Am 15. November desselben Jahres fand das Richtfest statt. Am 4. November 2001 wurde die neu konzipierte Ausstellung »Faszination und Gewalt« und das Studienforum im Dokumentationszentrum eröffnet. Zwei Jahre später haben über 400.000 Menschen die Einrichtung besucht. Die Erwartungen der Stadt wurden bei weitem übertroffen.

Das Original-Bauwerk ist im Dokumentationszentrum das wichtigste Ausstellungsstück. Der unvollendete Zustand wurde in keiner Weise verändert. Überall kahle, rote Ziegelmauern. Gleichförmig, unspektakulär, trostlos. Die unfertigen Räume des Torsos wirken banal. Für die Ausstellungsmacher der städtischen Museen gab die architektonische Lösung des Architekten Günther Domenig die gestalterische Richtung vor. Der Grazer Architekturprofessor bohrte einen diagonal ansteigenden, 130 Meter langen Pfahl durch den Nordflügel. Mit dieser selbstbewusst-leichten Geste antwortete Domenig auf die gewalttätige Massigkeit des NS-Baus. Zugleich schuf er mit dem Steg auch die Möglichkeit für einen Rundgang. Der Besucher gelangt von der Eingangszone über eine Treppe zur Ausstellungsebene in das zweite Geschoss, durchläuft die auf 1.300 m² in 14 unterschiedlich zugeschnittenen Räumen verteilte Schau, um zum Schluss über den Pfahl aus Stahl und Glas zum Ausgangspunkt zurückzukehren.

Den Besucher erwartet eine chronologische Geschichtserzählung. Nach einer filmischen Einführung reicht die dargestellte Zeitspanne von den 20er Jahren bis zum Umgang mit dem Gelände nach 1945. Im Mittelpunkt stehen die Reichsparteitage. Durch die Konzentration auf dieses Thema sollen die Besucher einen Zugang zur NS-Geschichte bekommen, den sie an andernorts nicht finden. Im Gegensatz zu klassischen Museen, die sich meist auf eine breite Sammlung von Originalen stützen, bietet das Doku-Zentrum eine sehr »didaktische Ausstellung«. Es werden nur Exponate präsentiert, die die Erzählung transportieren. Bild- und Filmmaterial spielen eine wichtige Rolle. Private Fotoalben und Schmalfilme zeigen oft eine unbekanntere Gegenseite zur offiziellen Parteitagepropaganda. Neben einem besonders sehenswerten Film mit Zeitzeugen vermitteln Videos zur Baugeschichte, zur Organisation der Veranstaltungen, zu Leni Riefenstahls Propaganda-Streifen »Triumph des Willens« und zu den »Nürnberger Prozessen« viele Informationen. Dazu kommen 64 große Bild- und Texttafeln. Die Erläuterungen sind zum Teil auch akustisch über einen Audio-Guide, wahlweise in mehreren Sprachen, zu hören.

»Faszination und Gewalt« richtet sich vor allem an ein jüngeres Publikum. Deshalb ist das zweite Standbein der Ausstellung die pädagogische Arbeit. Das Studienforum auf dem Dach des Nordflügels bietet mit eigenen Räumen die Möglichkeit für ausführliche Nachgespräche, Seminare und Projektstage. Dabei arbeiten die Museen mit mehreren Partnern zusammen, die für unterschiedliche Zielgruppen spezifische Angebote ausgearbeitet haben.

Nach den ersten Monaten gab es in den Gästebüchern nahezu ausschließlich positive Einträge. Wenige Auszüge: »Das ist einer der besten Beiträge zur Bewältigung und Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit im Dritten Reich. Ich wünsche mir, dass viele die Gelegenheit nutzen, sich hier damit auseinanderzusetzen.« – »Ich beglückwünsche die Stadt Nürnberg zu diesem tollen Gebäude und dessen Inhalt.« – »A sobering visit – Germans should be congratulated for facing their past so honestly.«

Das Dokumentationszentrum erwarb sich nicht nur beim Publikum einen außerordentlich guten Ruf. Nicht zuletzt wegen dieser Einrichtung wurde der Stadt Nürnberg der Unesco-Preis für Menschenrechtserziehung verliehen. Es war das erste Mal, dass diese Organisation der Vereinten Nationen eine Kommune mit dieser Ehrung bedachte.

Das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände ist keine »Gedenkstätte«. Die Ausstellung »Faszination und Gewalt« findet an einem Ort der Täter, nicht der Opfer statt. In Nürnberg marschierten zwischen 1933 und 1938 alljährlich im September Hunderttausende von Nationalsozialisten, junge und alte, Frauen und Männer auf, um ihrem »Führer« Adolf Hitler zu huldigen, um ihm zuzujubeln und die »Parolen« für das kommende Jahr zu hören. Die »Feldgottesdienste« zu Ehren des politischen Messias Hitler suchten ihresgleichen. In keiner anderen Stadt des Deutschen Reiches stand der Hitler-Mythos so sehr im Mittelpunkt wie bei den NS-Massenversammlungen in Nürnberg. Und in keiner anderen Stadt zeugen heute noch so unübersehbar bauliche Hinterlassenschaften des »Dritten Reichs« von jener Zeit. Das Reichsparteitagsgelände ist ein beispielloser Lernort deutscher Geschichte. Das Doku-Zentrum will über das Geschehen von einst breit informieren, um verstehen zu können, was war.

Stadt des Friedens und der Menschenrechte

Nürnberg kam und kommt nicht umhin, sich mit der NS-Vergangenheit auseinanderzusetzen. Die Geschichte wurde und wird zur Herausforderung einer Stadtgesellschaft – auch wenn es sich tatsächlich um ein nationales Erbe handelt. Die Phasen des verlegenen Wegsehens und der ausschließlich trivialen Nutzung sind vorbei. Der Umgang mit dem Gelände wird aktiv und offensiv betrieben. Eine Reihe von Bauwerken ist zwar verschwunden, die Märzfeldtürme wurden ebenso beseitigt wie die Säulenreihe auf der Zeppelintribüne. Doch heute gibt es ein geschärftes Bewusstsein für die seit 1973 denkmalgeschützten baulichen Reste des ehemaligen Reichsparteitagsgeländes und das gesamte Areal, auf dem diese Gebäude und Anlagen stehen. Neue stadtentwicklungspolitische Fragen stellen sich.

Nachdem ein städtebaulicher Ideenwettbewerb 2001 nicht die gewünschten Ergebnisse gebracht hat – auch deshalb, weil die Ausschreibung eine abschließende Lösung verlangte, die ernsthaft nicht zu leisten ist – hat Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly mit einem eigenen Diskussionspapier Anfang 2003 die Debatte wieder angestoßen. Inzwischen arbeitet eine stadtinterne Arbeitsgruppe auf der Basis der Überlegungen des Stadtoberhauptes und engagierter Gruppen der Bürgerschaft wie den Vereinen BauLust und Geschichte Für Alle an einem Stufenprogramm über den künftigen Umgang mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände.

Zur Ausgangsposition gehört die Feststellung, dass die Auseinandersetzung als offener Prozess zu führen sei. Eine für alle Zeiten geltende städtebauliche oder architektonische »Gesamtlösung« gebe es nicht. Die Zeugnisse der NS-Zeit seien als Denkmäler und Geschichtsquellen zu bewahren. Weder ein bewusster Verfall der Bausubstanz noch eine Rekonstruktion würden angestrebt. Das Dokumentationszentrum gilt als Nukleus für die Auseinandersetzung mit dem Reichsparteitagsgelände und der NS-Zeit. Die Einrichtung soll weiter ausgebaut werden. Die Vermittlung von Wissen und Denkanstöße sollen aber auch im Areal erfolgen. Dafür ist derzeit ein detailliertes Geländeinformationssystem geplant, das bestehende Info-Türme aus dem Jahr 1988 ersetzen wird. Es sollen aber auch Formen der künstlerischen Auseinandersetzung geschaffen werden, die den Besuchern andere, nicht nur kognitive Zugänge ermöglichen. Dabei ist weder eine Monumentalisierung noch eine Mystifizierung vorgesehen. Grundsätzlich will die Stadt Nürnberg keine Festlegungen treffen, die nachfolgenden Generationen die Möglichkeit verschließen würden, eine eigene Form des Umgangs zu finden und mit eigenen Antworten auf die NS-Hinterlassenschaften zu reagieren.

Die Diskussion dauert an. Auswärtige Experten beteiligen sich daran. Schließlich handelt es sich nicht nur um ein Nürnberger Thema. Gleichwohl: Nürnberg hat seine Verantwortung angenommen, die diese Stadt vor dem geschichtlichen Hintergrund besonders verpflichtet, gegen alle extremistischen und radikalen Strömungen wachsam zu sein und für Humanität und Toleranz zu werben. Die Stiftung des Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreises – erstmals 1995 vergeben – ist ein Ausdruck dieser Haltung. So leitet die Kommune aus der Vergangenheit, in der der Name Nürnbergs durch die Nationalsozialisten weltweit mit einem Makel versehen worden war, auch ein neues Ziel ab: Nürnberg bemüht sich, durch aktives und beispielhaftes Handeln eine Stadt des Friedens und der Menschenrechte zu sein.

So sind die Auswirkungen der NS-Reichsparteitage in Nürnberg immens und von langer Dauer – nicht nur, was die Stadtopographie anbelangt.

Summary

The “Reichsparteitage” of the NSDAP. Their meaning and the influence on the town Nuremberg

In 1927 and 1929 the Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) organized its “Parteitage” (rallies) – after similar meetings in Munich (1923) and in Weimar (1926) – in Nuremberg. In 1933 when again a rally took place in this town the “Führer” Adolf Hitler pronounced Nuremberg, the former “red” city of workmen, as the town where “now and then” rallies should be held. Nuremberg became the choice of the NS “Movement”. After the seizure of power in 1933 the rallies changed into national events which were dominated by pseudo-religious rituals, the death cult and the intention to convince the people to have absolute confidence in Adolf Hitler and staging a National Socialistic ideal – the “Volksgemeinschaft” (national community). One million participants of the rally transformed the town of 420 000 inhabitants for one week into a state of siege.

In 1933 the National Socialists began to convert a site of, all in all, 24.5 square kilometres into the Reichsparteitagsgelände (Party Rally Area) in the south-east of the town. The “Zweckverband Reichsparteitag Nürnberg” – an association, the purpose of which was the organization of the rallies, was installed. The partners in this organization were the NSDAP, the Deutsches Reich, the State of Bavaria and the City of Nuremberg – which was responsible for the building activities. The overall concept for the complex came from Albert Speer, Hitler’s favourite architect, who got the order in 1934. Every subdivision of the party was to have its own shrine. The Luitpoldhain became for the SA and SS the Luitpoldarena. The Zeppelin Field witnessed the mustering and the parading of political leaders of the NSDAP, the Reichsarbeitsdienst and the armed forces. Most of the other monuments of megalomania for 50 000 to 420 000 participants and visitors, like the Kongresshalle (Congress Hall), the Große Straße (Great Street), the Märzfeld and the Deutsches Stadion, were never finished. Until the cessation of construction with the beginning of the World War II the rough brickwork was nevertheless well in advance. The City of Nuremberg also profited by the party rallies: Additional railway stations and the first tram under the street in Germany were built.

After World War II Nuremberg lay in ruins, but the rally edifices had not been damaged. They came under the ownership of the city. The community of Nuremberg used the area and treated the NS architecture at first as if it were normal and a triviality. The Märzfeld and the barracks have since been built over. On this large area the new district of Langwasser developed, today with 40 000 inhabitants.

A further concern about the former rally area as a national heritage began in Nuremberg at the end of the 70’s. Symposions and exhibitions took place such as the annually held exhibition “Fascination and Violence” in the hall of the Zeppelin-

tribüne, which was shown in the summer months and started in 1985. Because of these visible architectural monuments, like the Kongresshalle, the Große Straße and the Zeppelinfeld, and the announcement of the anti-semitic Nuremberg Laws as well as the Nuremberg Trials, Nuremberg is continuously confronted with the historical inheritance of the Nazi rule, probably more than other German towns. Therefore, the town feels particularly obliged to react against the right-extremist movement, to nurture the understanding with other nations and it does so as well as standing up for humanity, tolerance and human rights. The presentation of the international Nuremberg Award for Human Rights since 1995 is a good expression of this attitude. Nuremberg has not only accepted its history in the 20th century but tries, from the experiences of the past, to find its own way in the future.

In 2001 the Documentation Center was opened in the rally area. Since 1973 this NS area has come under the protection of the National Monuments. However, even though in 2001 a great deal of effort was put into finding solutions concerning further urban planning, this did not have any direct results. Therefore, the town has realized that there is no possibility for an architectural solution for this area. For the future, the town does not strive to keep the sense of mystery nor the imposing character of the whole area. The edifices should be kept, so that following generations will be able to find their own means of handling the past and of interpreting these sources of German history.

Literatur

- Centrum Industriekultur: Kulissen der Gewalt. Das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg. – München 1992.
- Centrum Industriekultur: Unterm Hakenkreuz. Alltag in Nürnberg 1933–1945. – München 1993.
- Diefenbacher, Michael u. Endres, Rudolf [Hrsg.]*: Stadtlexikon. – Nürnberg 1999. Geschichte für Alle [Hrsg.]: Geländebegehung. Das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg. – Nürnberg 1994.
- Pfeiffer, Gerhard [Hrsg.]*: Nürnberg. Geschichte einer europäischen Stadt. – München 1971.
- Zelnhefer, Siegfried*: Die Reichsparteitage der NSDAP in Nürnberg, Nürnberg 2002 (Bd. 2 der Schriftenreihe des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände, hrsg. von den Museen der Stadt Nürnberg); der Band ist eine vor allem um zahlreiche Fotos ergänzte Neuauflage der längst vergriffenen Dissertation *Zelnhefer, Siegfried*: Die Reichsparteitage der NSDAP. Geschichte, Struktur und Bedeutung der größten Propagandafeste im nationalsozialistischen Feierjahr, Nürnberg 1991 (erschieden als Bd. 46 der Schriftenreihe des Stadtarchivs Nürnberg »Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte«).

Axel Priebes

Die EXPO 2000 und der Kulturlandschaftswandel in der Region Hannover¹

Mit 8 Abbildungen

1 Einführung

Die Weltausstellung EXPO 2000 war für die Region Hannover ein herausragendes Ereignis. Allerdings waren Vorbereitung, Durchführung und Nachnutzungsdiskussion gleichermaßen von kritischen Fragen begleitet. In den Jahren vor der EXPO standen die Befürchtungen der Bevölkerung hinsichtlich einer Verknappung und Verteuerung auf dem Wohnungsmarkt und der Verkehrsbelastungen im Mittelpunkt. Während der EXPO dominierte bei den Verantwortlichen die Enttäuschung darüber, dass der Strom der Besucher deutlich hinter den Erwartungen (oder vielleicht auch den zweckoptimistischen Prognosen) zurück blieb – statt 40 Millionen kamen tatsächlich 18,2 Millionen Menschen, diese wiederum zu einem hohen Teil aus der engeren und weiteren Region. Außerdem wurde bereits lange vor der EXPO über die Nachnutzung des Geländes diskutiert. Und nachdem die Weltausstellung ihre Tore geschlossen hatte, wurde das betriebswirtschaftliche Defizit von rund 2 Milliarden DM heftig diskutiert. In deutlichem Gegensatz zu diesen kritischen Aspekten dürften heute die weit überwiegend positiven Erinnerung der Hannoveranerinnen und Hannoveraner an dieses 153 Tage dauernde Ereignis stehen (Abb. 1). Vielleicht gerade wegen der bescheideneren Besucherzahlen hat die Weltausstellung eine hohe Beliebtheit bei den Menschen in der Region erzielt. Außerdem hat die Region, wie noch zu zeigen ist, in erheblichem Umfang vom Ausbau der Infrastruktur profitiert, der zur Vorbereitung der Weltausstellung erfolgt ist.

Im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrages sollen die Auswirkungen dieses Großereignisses auf die Kulturlandschaft der Region stehen. Deswegen können die Vorgeschichte der EXPO in Hannover und auch das Ausstellungskonzept selbst hier nicht dargestellt werden.² Geographisch ist der Betrachtungsraum zwar grundsätz-

1 Dem Beitrag liegt der Vortrag zugrunde, der auf der 29. Tagung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« (Hannover 25.–28. September 2002) gehalten wurde. Vergleiche dazu auch den Tagungsbericht von *Carl-Hans Hauptmeyer* in diesem Band!

2 Hierzu sei auf *Hauptmeyer u. Rund* [Hrsg.] 2002 verwiesen.

lich die gesamte Region Hannover, doch konzentrieren sich die Darstellungen auf den südöstlichen Bereich der Landeshauptstadt mit dem Kronsberg und dem Messegelände, wo die wesentlichen EXPO-Aktivitäten verortet waren. Da die eigentliche Weltausstellung im stadt- und regionalplanerischen Sinne stets in enger Verbindung mit der Entwicklung des Stadtteiles Kronsberg stand, nimmt dieser räumliche bzw. kulturlandschaftliche Kontext besonderen Raum ein.



Abb. 1: *Der niederländische Pavillon auf dem EXPO-Ostgelände während der Weltausstellung*
(Foto: Axel Priebes)

2 Kronsberg und Messegelände

Der ca. 1500 ha große Kronsberg liegt seit der Gebietsreform 1974 im südöstlichen Teil der Landeshauptstadt Hannover in ca. 10 km Luftlinienentfernung von der Innenstadt. Naturräumlich handelt es sich beim Kronsberg um einen in angenäherter Nord-Süd-Richtung verlaufenden Höhenzug, der sich um 38 m aus der norddeutschen Tiefebene auf für diesen Landschaftsraum beachtliche 106 m über NN erhebt (Abb. 2). Der Boden besteht im wesentlichen aus Kalkmergel, worauf auch die nahe gelegenen Zementfabriken in Anderten und Höver hinweisen. Die ursprüngliche Bewaldung des Kronsbergs ist nur noch rudimentär in den Erholungswaldgebieten Bokmer Holz, Gaim und Misburger Holz erkennbar; auf die Bedeutung der großen Rodungsgebiete weist die offizielle Bezeichnung des Stadtbezirks (Kirchrode-Bemerode-Wülferode) hin. Als Ausflugs- und Naherholungsgebiet für die Bevölkerung Hannovers und der angrenzenden, früher selbständigen Ortschaften hat der Kronsberg stets große Beliebtheit genossen. Allerdings war auch die militärische Nutzung des Kronsbergs von Bedeutung; an seinen Abhängen fanden im Jahr 1881 unter Kaiser Wilhelm I und später unter Kaiser Wilhelm II große Kaisermanöver und Paraden statt. An die Manöver erinnert noch heute eine Steinsäule in der Nähe des Kronsbergkammes. Für die Frage des Kulturlandschaftswandels ist von besonderem Interesse, dass der Kronsberg seit Beginn des 20. Jahrhunderts immer wieder als »Verfügungsraum« für ambitionierte Stadterweiterungs- und -entwicklungsprojekte in die Diskussion geriet. In mehreren Anläufen wurde er für Großprojekte überplant, ohne dass es jedoch vor den EXPO-Maßnahmen zu grundsätzlichen Veränderungen der Nutzung kam.³

³ Die folgenden Ausführungen basieren im Wesentlichen auf: AG Stadtleben e.V. [Hrsg.] 1991.



Abb. 2: Der Kronsberg vor der Weltausstellung
 (Ausschnitt aus der Topographischen Karte 1:50.000, Blatt L 3724, herausgegeben vom
 Niedersächsischen Landesverwaltungsamt, Landesvermessung, Ausgabe 1975)

Erstmals wurden umfangreiche Planungen für eine Bebauung im Jahr 1916 angestellt. Im Mittelpunkt stand eine monumentale Ringstraßenanlage zu Ehren Hindenburgs. Treibende Kraft hinter diesen Aktivitäten war der Keksfabrikant Bahlsen, der mit der Umsetzung den Künstler Bernhard Hoetger, bekannt unter anderem durch die von ihm gestaltete Bremer Böttcherstraße, beauftragte. Angedacht war ein sehr ehrgeiziges und platzgreifendes Projekt, das sich von der Eilenriede bis zum Kronsberg erstrecken sollte. Neben einem Hindenburg-Haus sowie einer Ringstraße mit Prachtalleen und Platzanlagen sollte am Kronsberg eine nationale Gedenkstätte entstehen. Das Zentrum der halbrunden Anlage sollte eine über 100 m hohe Säule markieren, die wahrscheinlich als Aussichtsturm konzipiert war. Nordwestlich unterhalb des Kronsbergs war eine Kriegersiedlung mit einfachen Reihenhäusern geplant, die in einer starren symmetrischen Ordnung auf das Denkmal ausgerichtet sein sollten. Die Planungen zogen sich noch bis zum Ende des Ersten Weltkrieges hin, hatten dann aber sowohl aus politischen Gründen als auch wegen finanzieller Schwierigkeiten der Fa. Bahlsen keine Realisierungschancen mehr.

Erneut wurde die Bebauung des Kronsbergs im Zeichen des Wirtschaftswunders seit Ende der 50er Jahre diskutiert. Die Überlegungen mündeten 1962 in eine Planungs- und Entwicklungsstudie des Stadtplanungsamtes Hannover, die sich an dem von Stadtbaurat Rudolf Hillebrecht im selben Jahr vorgelegten Regionalstadtmodell orientierten, in dem der Kronsberg (im Südosten) neben dem Heisterberg (im Westen) eines der beiden großen Entwicklungsprojekte darstellte. Diese Konzeption ist nicht zuletzt deswegen interessant, weil der Kronsberg damals noch weit außerhalb des hannoverschen Stadtgebietes lag. Sie zeigt deutlich, dass die regionale, d.h. Gemeindegrenzen überschreitende Sichtweise in Hannover schon damals wesentlich weiter entwickelt war als in den meisten anderen Stadtregionen. Für die neue Entlastungssiedlung am Kronsberg wurden drei unterschiedlich verdichtete Varianten vorgelegt.⁴ Die Variante »Gartenstadt« sah im Süden des Kronsbergs eine Gartenstadt für 15 000 Einwohner/innen sowie eine Erweiterung Bemerodes um 12 000 Einwohner/innen vor. Diese Variante wurde wegen der zu geringen Kapazität und des zu ländlichen Charakters nicht weiter verfolgt. Demgegenüber ging die zweite Variante (»Stadtteil Kronsberg«) von einem Stadtteil für rund 80 000 Menschen aus. Vorgesehen waren drei neue Wohngebiete (Bemerode, Wülferode und Süd-Kronsberg) für jeweils 25 000 Menschen mit jeweils eigenem Geschäfts- und Kulturzentrum vor. Kritik wurde auch bei dieser Variante an dem kleinstädtischen Charakter der drei Stadtteile geübt; vermisst wurde außerdem ein übergeordnetes Zentrum. Die dritte Variante (»Wohnstadt Kronsberg«) schließlich nimmt Anleihen beim Konzept der englischen New Towns und geht von einer in sich geschlossenen, auf bis zu 100.000 neue Einwohnerinnen und Einwohner ausgelegten »neuen Stadt« aus, die mit ihrer Infrastrukturausstattung einen Gegenpol zur City von Hannover darstellen soll. Auf der Kuppe des Kronsbergs war dafür ein langgestrecktes Zentrum als »Stadtkrone« vorgesehen.

4 Diese Varianten sind dokumentiert bei AG Stadtleben 1991, S. 62/63.

Präferiert wurde schließlich die Variante »Wohnstadt« – zur Ausführung kam sie aber nicht, weil die Bevölkerungspotenziale zu sehr auf andere Siedlungsprojekte im Stadtgebiet, insbesondere auf den Stadtteil Roderbruch, gelenkt wurden. Außerdem lag der Kronsberg vergleichsweise peripher und erforderte entsprechend aufwändige Erschließungsmaßnahmen. Aus diesem Grunde wurde auch die Medizinische Hochschule entgegen ursprünglichen Plänen nicht auf dem Kronsberg, sondern im Roderbruch realisiert. Dass der Kronsberg jedoch weiterhin im Fokus der städtischen und seit der Gründung des Verbandes Großraum Hannover auch der regionalen Planung blieb, belegt der geplante Entwicklungsschwerpunkt Kronsberg im Regionalen Entwicklungsmodell für den Großraum Hannover aus dem Jahr 1965⁵ sowie im ersten Verbandsplan aus dem Jahr 1967.⁶ Noch 1971 sollte nach den Vorstellungen des damaligen Oberstadtdirektors am Kronsberg ein Stadtteil der Zukunft entstehen. Allerdings kam das Konzept der Trabantenstadt in den folgenden Jahren ins Wanken und wurde schließlich aufgegeben.

Neue Anläufe für kleinere Siedlungserweiterungen wurden Ende der 70er Jahre unternommen. Anfang der 80er Jahre wurde ein Konzept für eine Westhangbebauung entwickelt, bei dem der Kamm und der Osthang von Bebauung frei gehalten werden sollten.⁷ 1983 wurde ein entsprechendes Änderungsverfahren für den Flächennutzungsplan eingeleitet, das jedoch im folgenden Jahr vor dem Hintergrund der absehbaren demographischen Veränderungen, die ein solches Großprojekt nicht mehr rechtfertigten, ausgesetzt wurde. Während sich die Stadtpolitik von großen Entwicklungsprojekten am Kronsberg verabschiedete, wurde auf der Grundlage eines 1987 beschlossenen Landschaftsplans mit der Entwicklung des Landschaftsraumes Kronsberg begonnen, was im selben Jahr mit der Anpflanzung von Gehölzen am Ost- und Westhang sowie mit der Aufforstung des Kammes sichtbar wurde.

Nach dieser kurzen Planungsgeschichte des Kronsbergs ist auch auf das eigentliche Messegelände einzugehen. Hierbei ist der Hinweis wichtig, dass Hannover – in vielfältiger Hinsicht schwer vom Krieg getroffen – als Messestandort von den Nachkriegsereignissen profitierte. Die Hannover-Messe wurde nämlich 1947 von der britischen Besatzungsmacht als Konkurrenz zu der nun in der sowjetischen Besatzungszone gelegenen Messe in Leipzig gegründet, wofür binnen kürzester Zeit die noch intakten Hallen der Vereinigten Leichtmetall-Werke im Süden Hannovers, damals noch auf Laatzener Stadtgebiet, hergerichtet wurden.⁸ Von den ehemaligen Fabrikgebäuden, die etwa auf dem Areal der späteren Hallen 12–17 standen, sind allerdings heute keine Reste mehr vorhanden.⁹ Das ursprüngliche Gelände wurde in den folgenden Jahren ständig erweitert. Wichtig ist in diesem Zusammenhang der Hinweis, dass der Wiederaufbau Hannovers und die wirtschaftliche Entwicklung eng

5 Verband Großraum Hannover [Hrsg.]: Regionale Entwicklung. Leitmodell – Konzeption für den aufzustellenden Verbandsplan. – Hannover 1965.

6 Verband Großraum Hannover [Hrsg.]: Verbandsplan 1967.

7 Landeshauptstadt Hannover [Hrsg.]: Weltausstellung EXPO 2000. Entwicklung Kronsberg. Beiträge zur Diskussion, H. 5, Oktober 1991.

8 Vgl. *Tasch* 1997.

9 Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland, Baudenkmale in Niedersachsen, Band 10.2: Stadt Hannover, Teil 2. Braunschweig u. Wiesbaden 1985, S. 114f.

mit der Expansion der Messe verbunden waren, die seitdem für die weltweite Bekanntheit der Landeshauptstadt von entscheidender Bedeutung ist. Seit dem Start in der Nachkriegszeit hat sich das Gelände, das seit 1974 zum Stadtgebiet Hannover gehört, mit der stürmisch wachsenden Bedeutung der Hannover Industrie-Messe zum weltgrößten Messestandort entwickelt.¹⁰ Aus der ursprünglichen Export-Messe der deutschen Industrie wurde seit 1950 eine internationale Industriemesse, die seit 1961 international als »Hannover-Messe« vermarktet wird. Die Krise der 70er Jahre konnte durch Umstrukturierung und Differenzierung des Messeangebots gemeistert werden. Bereits 1982 erzielte die Messe wieder Spitzenergebnisse, wodurch sie jedoch in den folgenden Jahren an ihre Kapazitätsgrenzen stieß. Deswegen wurde das Ausstellungskonzept erneut grundlegend verändert. Im Jahr 1986 wurde die Hannover-Messe als »Leitmessen« geteilt in die »Hannover-Messe (Industrie)« sowie die CEBIT, die weltweit bedeutendste Messe der Informations- und Kommunikationstechnik. Neben diesen Großveranstaltungen finden das ganze Jahr über zahlreiche Fach- und Publikumsmessen statt.

Mit der Vergrößerung der Ausstellungsflächen ist auch eine stetige Modernisierung der Anlagen einher gegangen, um in der verschärften weltweiten Konkurrenz der Messestandorte mithalten zu können. Nicht nur die Ausstellungshallen selbst wurden modernisiert, sondern zusätzlich Tagungs- und Kongresseinrichtungen geschaffen. Außerdem wurde das Gelände mit parkähnlichen Grün- und Wasserflächen aufgewertet. Vor diesem Hintergrund wird auch verständlich, warum die entscheidende Initiative für eine Bewerbung Hannovers als Ausrichtungsort der Weltausstellung EXPO 2000 vom Vorstand der Deutschen Messe AG ausging. Einerseits konnte mit dem Messegelände ein gut organisierter »Kern« für die Weltausstellung angeboten werden, andererseits versprach man sich von der Ausrichtung dieses internationalen Großereignisses eine erhebliche Aufwertung des Standortes mit einem zielgerichteten Ausbau der Infrastruktur. Wie unten näher ausgeführt wird, haben sich beide Prämissen als tragfähig erwiesen: Die vorhandene Infrastruktur der Messe und die Erfahrungen mit der Abwicklung von Großveranstaltungen auf dem Messegelände haben wesentlich dazu beigetragen, dass die Weltausstellung ohne ernsthafte Probleme durchgeführt werden konnte. Umgekehrt hat der Messestandort tatsächlich erheblich von der Weltausstellungs-Infrastruktur profitiert.

3 Planungen für die Weltausstellung EXPO 2000

Nachdem Ende 1987 im Vorstand der Messe AG die Idee geboren worden war, Hannover als Standort der EXPO ins Gespräch zu bringen, erfolgte im folgenden Jahr die offizielle Bewerbung der Bundesrepublik Deutschland mit dem Standort Hannover um die Ausrichtung der Weltausstellung 2000. Bereits mit dem Motto der Bewerbung (»Mensch – Natur – Technik«) wurde Neuland betreten. Mit einer »Weltausstellung neuen Typs« sollten Lösungsmöglichkeiten für globale Herausfor-

¹⁰ Die folgenden Ausführungen beruhen im Wesentlichen auf: *Röhrbein u. Waldemar R.* 1994, S. 728ff.

derungen dargestellt werden.¹¹ Dieser innovative Charakter des Ausstellungskonzepts wurde gerade in der Konkurrenz zu anderen Bewerbern immer wieder deutlich betont. Am 14. Juni 1990 fällte das Bureau International des Expositions in Paris seine Entscheidung – die Bundesrepublik Deutschland mit dem Standort Hannover erhielt den Zuschlag für die Durchführung der Weltausstellung EXPO 2000. Wie bereits eingangs erwähnt, kann auf die vielfältigen inhaltlichen und organisatorischen Aspekte der Weltausstellung im Rahmen des vorliegenden Aufsatzes nicht vertieft eingegangen werden, obwohl sie auch in den Diskussionen der hannoverschen Kommunalpolitik durchaus eine wesentliche Rolle gespielt haben.¹² Zu erwähnen ist jedoch, dass gerade die Entscheidung für eine privatrechtliche Organisationsform der EXPO und die hierfür erforderlichen Vertragsverhandlungen zu mehreren Jahren intensiver, teilweise auch zermürbender Diskussion geführt haben.¹³ Im Juli 1994 wurden schließlich die EXPO 2000 Hannover GmbH (mit einer Minderheitsbeteiligung der Landeshauptstadt Hannover und des Kommunalverbandes Großraum Hannover) als Trägerin der Weltausstellung und die EXPO-Grund GmbH mit der Verantwortung für die Entwicklung des Geländes gegründet. Ebenfalls nur cursorisch kann im Rahmen dieses Aufsatzes auf die intensiven Auseinandersetzungen um die EXPO eingegangen werden, die im Vorfeld sowohl in Hannover als auch bundesweit entstanden sind. Während überregional insbesondere die Sinnhaftigkeit einer Weltausstellung in einer globalisierten Mediengesellschaft in Frage gestellt wurde, waren die lokalen Diskussionen vorrangig geprägt durch die mit diesem Großereignis zu befürchtenden ökologischen Probleme¹⁴ sowie die Möglichkeiten der Bürger(innen)beteiligung.¹⁵ Eine gewichtige Rolle spielten ferner die Beeinträchtigungen für die Lebensqualität der Menschen in Hannover, wobei angesichts der prognostizierten hohen Besucherzahl neben drastischen Engpässen auf dem Wohnungsmarkt auch ein Verkehrschaos befürchtet wurde.¹⁶

Für den hier vorrangig interessierenden Aspekt des Kulturlandschaftswandels ist besonders bedeutsam, dass mit der EXPO-Bewerbung sowie den Überlegungen zur Schaffung der zur Ausrichtung dieses Großereignisses erforderlichen Infrastruktur der Kronsberg nach einigen Jahren der Ruhe erneut in den Mittelpunkt des stadtentwicklungspolitischen Interesses rückte, was insbesondere aus ökologischen Gründen nicht unumstritten war. Angesichts der – wie oben dargestellt – latent schon seit langem vorhandenen Neigung der Stadt Hannover zur Bebauung des Kronsbergs kommen kritische Beobachter etwas sarkastisch zu der Einschätzung, die Stadt habe mit dem Kronsberg eine Lösung gehabt, »für deren Verwirklichung sie noch ein Problem suchte und in der EXPO fand«.¹⁷ Nach intensiven politischen Diskussionen,

11 Vgl. *Weiberg* 1991; *Schröder* 2002.

12 Vgl. die ausführlichen Darstellungen in der von *Hauptmeyer* und *Rund* (2002) herausgegebenen Dokumentation.

13 Vgl. *Eppinger* 2001 b; *Fesche* 2002a.

14 Vgl. *Mönninghoff* 1991.

15 Vgl. die Beiträge in *May u. Schierholz* 1991.

16 Vgl. zur Vorgeschichte der EXPO den kritischen Rückblick von *Selle* 2002; zum Wohnungsmarkt Bürgerinitiative Umweltschutz e. V. 1996.

17 *Mayer u. Siebel* 1998; zitiert nach *Selle* 2002, S. 33.

die auch zur Untersuchung alternativer EXPO-Standorte in der Stadt führten,¹⁸ fand sich jedoch im Rat der Landeshauptstadt Hannover im 11. April 1991 eine Mehrheit von 55 zu 5 Stimmen für den Standort Messe/Kronsberg.

Seit dieser Ratsentscheidung standen die Planungen des Weltausstellungsgeländes und des neuen Stadtteils Kronsberg in einem engen funktionalen Zusammenhang. Wegen der überregionalen Bedeutung der geplanten Weltausstellung, des erheblichen Bedarf an Flächen und neuer Infrastruktur, des zu erwartenden Verkehrsaufkommens sowie der möglichen Auswirkungen auf die Umwelt wurde der Zweckverband Großraum Hannover vom Niedersächsischen Innenministerium zwecks Prüfung der Raum- und Umweltverträglichkeit mit der Durchführung eines Raumordnungsverfahrens beauftragt.¹⁹ Gleichzeitig wurden die städtebaulichen Planungen für den Bereich Messe/Kronsberg intensiviert.²⁰ Im Oktober 1991 legte die Landeshauptstadt drei Entwicklungsvarianten für den Kronsberg vor, in denen das eigentliche Weltausstellungsgelände in unterschiedlicher Weise als »Zwischennutzung« eingefügt war. Die Varianten unterschieden sich durch die Größe der vorgesehenen Wohn- und Gewerbegebiete sowie die Nutzung des südlichen Kronsbergs.²¹ Die vorbereitende Bauleitplanung für den Bereich EXPO/Kronsberg erfolgte im Rahmen der 49. Änderung des Flächennutzungsplans der Landeshauptstadt Hannover. Bezüglich der konkreten Ausformung der Kronsbergsiedlung waren die wichtigsten planerischen Schritte²² der internationale stadt- und landschaftsplanerische Ideenwettbewerb »EXPO 2000 in Verbindung mit dem Strukturkonzept Messe/Kronsberg« (1992),²³ der städtebauliche Ideenwettbewerb »Bemerode-Ost« (1993) sowie die Überarbeitung des Landschaftsplanes Kronsberg (1994/95).²⁴ Das Planungskonzept für das eigentliche EXPO-Gelände wurde in einem Masterplan für ein 160 ha großes Gelände (darunter 90 ha Messegelände) dargestellt, dessen erste Fassung im April 1994 vorgelegt wurde. In den folgenden Jahren wurde dieser Masterplan laufend fortgeschrieben, weswegen der ersten Fassung acht weitere folgten. Eine wichtige Rolle bei den Planungen für die Weltausstellung hat schon früh die umweltfreundliche Abwicklung der erwarteten Verkehrsmengen im Umfeld des Messegeländes gespielt, weswegen im Jahr 1991 ein Arbeitskreis der betroffenen Institutionen zur Entwicklung eines Gesamtverkehrskonzeptes eingerichtet wurde.²⁵

18 Diese Standortalternativen sind u. a. im Erläuterungsbericht des Zweckverbandes Großraum Hannover zum Raumordnungsverfahren EXPO 2000 dokumentiert, vgl. Fußnote 17.

19 Die Ergebnisse des Raumordnungsverfahrens wurden ein Jahr später vorgelegt und sind dokumentiert in: Zweckverband Großraum Hannover [Hrsg.]: EXPO 2000 Raumordnungsverfahren. Erläuterungsbericht, Mai 1992.

20 Vgl. hierzu ausführlich die Beiträge von *Jürgen Eppinger* (siehe Literaturverzeichnis)

21 Siehe Fußnote 5.

22 Vgl. hierzu *Eppinger* 2003.

23 Landeshauptstadt Hannover: Stadt- und landschaftsplanerischer Ideenwettbewerb EXPO 2000/Strukturkonzept Messe/Kronsberg.

24 Landeshauptstadt Hannover: Landschaftsplan Kronsberg. Informationsdrucksache Nr. 1740/93 und Beschlussdrucksache Nr. 1/95.

25 Vgl. Fesche 2002c, S. 162.

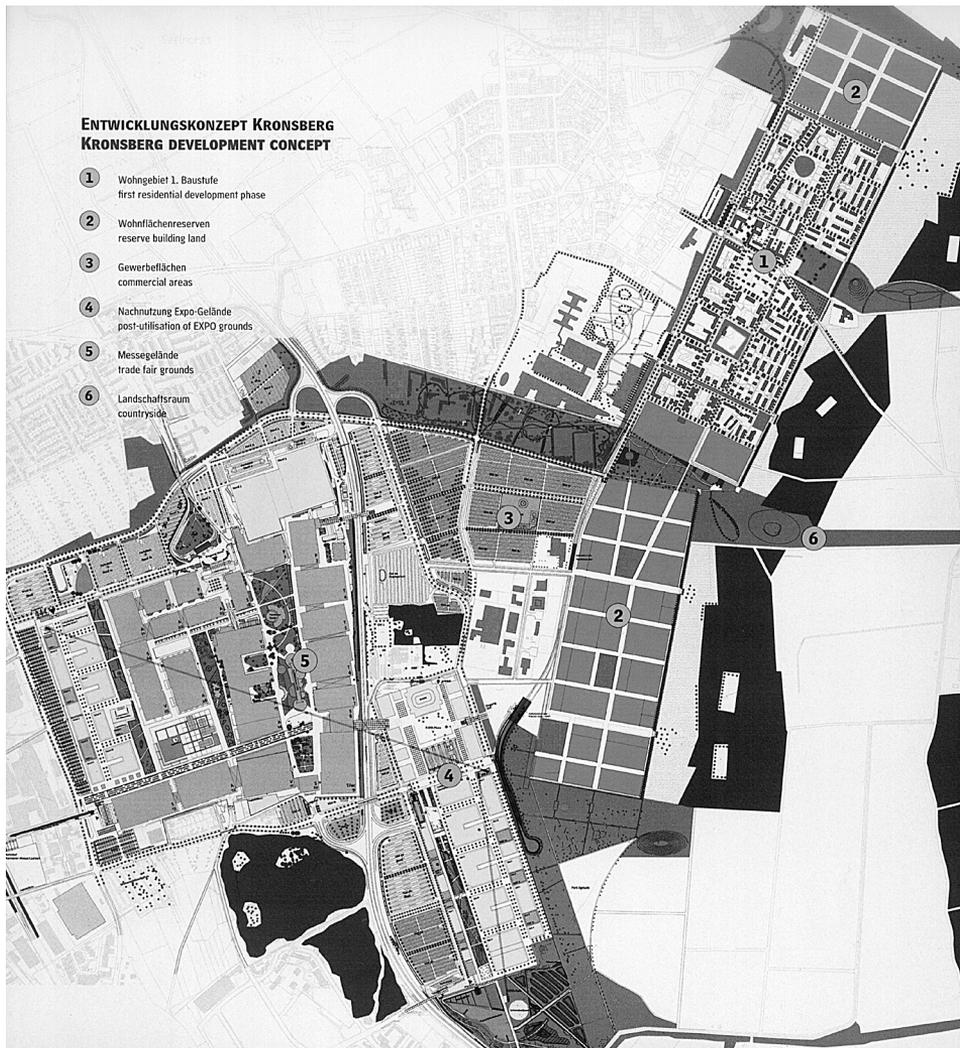


Abb. 3: *Übersichtsplan über das Weltausstellungsgelände und die EXPO-Siedlung Kronsberg*
(Quelle: Landeshauptstadt Hannover)

4 Wandel der Kulturlandschaft auf dem Messegelände und in seinem Umfeld

Mitte der 90er Jahre wurde mit den baulichen Maßnahmen für die Weltausstellung begonnen. Neben dem aufzuwertenden Messegelände als »Anlagerungskern« sollten drei weitere Elemente zum Weltausstellungsgelände gehören, nämlich die EXPO-Plaza, das Pavillongelände West sowie das Pavillongelände Ost (Abb. 3):

- Auf dem eigentlichen Messegelände wurde eine großzügige Modernisierung der Anlagen in Angriff genommen. Unter anderem wurden sechs neue, architektonisch deutlich aufwändiger als ihre Vorgängergeneration gestaltete Messehallen gebaut und zusätzlich das EXPO-Dach als experimentelle Holzkonstruktion

- errichtet. Investiert wurde auch in das Verwaltungsgebäude der Deutschen Messe AG. Neben den Hochbauinvestitionen sind die Veränderungen bei den Außenanlagen, d.h. die Schaffung neuer Grünräume (z.B. des Grünfingers) und die Aufwertung der Freiräume (Allee der vereinigten Bäume, EXPO-See usw.) von besonderer Bedeutung, weil sie für eine Strukturierung und erheblich höhere Aufenthaltsqualität auf dem EXPO- bzw. Messegelände sorgen. Insgesamt wurden innerhalb von 10 Jahren auf dem Messegelände ca. 1,5 Mrd. DM investiert.²⁶
- Die EXPO-Plaza wurde als »Scharnier« zwischen Messegelände und Pavillongelände Ost und gleichzeitig als organisatorisches »Herzstück« der Weltausstellung konzipiert. Entsprechend wurden hier neben dem Deutschen Pavillon zentrale Einrichtungen wie das Global House (in dem sich neben der Region Hannover die weltweiten EXPO-Projekte präsentieren konnten), die Preussag-Arena und der Christus-Pavillon der EKD errichtet.
 - Auf dem Pavillongelände West wurden ausschließlich temporäre Pavillons errichtet, die unmittelbar nach dem Ende der Weltausstellung rückgebaut bzw. an andere Standorte verlagert werden sollten.
 - Das Pavillongelände Ost, das südlich an die EXPO-Plaza anschließt, sollte nach der Weltausstellung für neue, gewerbliche Nutzungen zur Verfügung stehen, was entsprechend in der Bauleitplanung abgesichert war. Auch hier sollten überwiegend Pavillons entstehen, die nach Ende der Weltausstellung im Grundsatz wieder abgebaut werden sollten, doch sind hier auch Pavillons mit dauerhafter Baugenehmigung entstanden.

Sowohl auf dem EXPO-Pavillongelände Ost als auch in dessen Umgebung wurde der Landschaftsgestaltung besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Hier sind sowohl die »Gärten im Wandel« als auch der bis nach Laatzen reichende EXPO-Park entstanden. Mit diesen Anlagen hat einerseits das EXPO-Ost-Gelände im Hinblick auf die noch laufende Nachnutzung eine hervorragende Gestaltung des öffentlichen Raums erhalten, zum anderen wurden für die Bevölkerung des Stadtteils Kronsberg sowie der Stadt Laatzen neue Freizeitmöglichkeiten geschaffen, die auch gut angenommen werden (Abb. 4). Im Rahmen der vom Kommunalverband Großraum Hannover verfolgten Konzeption »Stadt und Region als Garten« entstand in direkter Nähe zum Weltausstellungsgelände zudem der »Park der Sinne« auf Laatzenener Stadtgebiet.

Auf die Anstrengungen zur umweltfreundlichen Abwicklung des EXPO-Verkehrs wurde bereits hingewiesen. Stand in den ursprünglichen Konzepten die Erschließung des EXPO-Geländes durch den ÖPNV klar im Mittelpunkt, wurde das Verkehrskonzept im Laufe der Zeit insbesondere auf Wunsch der Messegesellschaft immer stärker auf den Individualverkehr ausgerichtet, was nicht zuletzt an den gewaltigen Parkplatzflächen im Umfeld des Messegeländes erkennbar wird, die weite Teile des südlichen Kronsbergs einnehmen. Neben zahlreichen Modernisierungsmaßnahmen im Straßen- und ÖPNV-Netz umfasste das Verkehrskonzept für

²⁶ Nach *Eppinger* 2001 a, S. 273.



Abb. 4: *Der EXPO-Park Süd im Jahr 2002 – ein beliebtes Naherholungsgebiet für die Wohnbevölkerung auf dem Kronsberg und in Laatzen*
(Foto: Axel Priebes)

die EXPO 2000 mehrere große Neu- und Ausbauprojekte.²⁷ So wurde zur Verbesserung der Bahnanbindung im Westen des EXPO-Geländes der neue EXPO-Bahnhof Hannover-Messe/Laatzen für die Züge des DB-Regional- und Fernverkehrs sowie die S-Bahn-Züge, u. a. zum Flughafen Hannover-Langenhagen, eingerichtet. Vom EXPO-Bahnhof zum Westeingang wurde eine Verbindung über einen Skywalk mit 320 m langen Transportbändern hergestellt. Der Ostbereich des EXPO-Geländes und der neue Stadtteil Kronsberg wurden durch die in den Jahren 1995 bis 2000 gebaute neue Stadtbahnlinie D an das hannoversche Stadtbahnnetz angeschlossen. Diese Linie vom Stadtzentrum bis zum neuen Endbahnhof EXPO (heute Messe-Ost/EXPO-Plaza) hat eine Gesamtlänge von 9,5 km mit 13 neuen Haltestellen. Bei den Verbesserungen im Straßennetz stand neben einigen Ertüchtigungsmaßnahmen an wichtigen städtischen Knotenpunkten der Bau einer 4-spurigen Ringstraße rund um das EXPO-Gelände sowie der ebenfalls niveaufreien Kronsbergkreuzung im Mittelpunkt. Im Umfeld der Landeshauptstadt wurden bis Ende 1999 ferner die Autobahnen A 2 und A 7 auf einer Länge von 125 km von 4 auf 6 Fahrspuren ausgebaut, um Beeinträchtigungen des Fernverkehrs im Umfeld des Weltausstellungsstandortes zu vermeiden. Auch der Flughafen Hannover in Langenhagen wurde erheblich modernisiert. Neben den Kapazitätserweiterungen für den eigent-

²⁷ Vgl. hierzu die Dokumentation des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr vom Januar 1999: EXPO 2000 – Verkehrsprojekte: Die EXPO kann kommen!

lichen Luftverkehr sei auf den unterirdischen S-Bahnhof hingewiesen, wodurch das wenig attraktive System der Zubringerbusse zum Hauptbahnhof aufgegeben werden konnte. In der Summe führten die dargestellten Maßnahmen dazu, dass die Verkehrsinfrastruktur im Raum Hannover innerhalb weniger Jahre auf höchstes Niveau gebracht wurde. Zusätzlich wurde ein umfangreiches Verkehrsüberwachungs- und -Lenkungssystems (»move«) installiert.

Vor dem Hintergrund der kritischen Fragen der Öffentlichkeit hinsichtlich der von der EXPO ausgehenden Umweltbeeinträchtigungen und der politischen Zusagen, dass in Hannover eine Weltausstellung neuen Typs entstehen sollte, die selbst ein Beispiel für Nachhaltigkeit sein sollte, hat die Nachnutzung des EXPO-Geländes sowohl im Vorfeld der Weltausstellung als auch nach deren Ende für besonders intensive Diskussionen gesorgt. Erheblich intensiver als an früheren Austragungsorten wurde bereits bei der Planung der Ausstellung über die Nachnutzung des Geländes nachgedacht, wobei sich die wesentlichen Fragen angesichts der klaren Nachnutzungsvorstellungen für das eigentliche Messegelände sowie das Pavillongelände West schnell auf das Pavillongelände Ost konzentrierten.

Im Hinblick auf die Nachnutzung des Pavillongeländes Ost entbrannte in den Jahren 1997/98 eine intensive Diskussion um ein »Kaufhaus der Zukunft« des METRO-Konzerns. Dieser bot an, die gesamte Nachnutzung für dieses Gelände zu übernehmen,²⁸ wobei im Mittelpunkt des Konzepts die Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel mit einer Verkaufsfläche von ca. 55.000 m² stand. Dieses Konzept traf umgehend auf erheblichen Widerstand in der Landeshauptstadt selbst, bei den Nachbarstädten und beim Kommunalverband Großraum Hannover. Angesichts der noch vergleichsweise leistungsfähigen Innenstädte in der Region wurde eine erhebliche Gefahr für deren Zukunft gesehen, weil deutliche Kaufkraftumlenkungen zu Lasten der Innenstädte befürchtet wurden. Schließlich setzten sich Kräfte in der Landeshauptstadt durch, die sich eindeutig gegen die Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel auf dem EXPO-Gelände aussprachen. Eine Ausnahme wurde lediglich am Nordrand des Ostgeländes direkt gegenüber dem Deutschen Pavillon gemacht. Hier war es die französische Nation, die sich ihren Pavillon durch den Sportartikelkonzern Decathlon bauen ließ und deswegen auf einer Nachnutzung durch diesen Konzern drängte. Vor dem Hintergrund der damaligen Befürchtungen, dass nicht genügend Nationen auf die Weltausstellung kommen würden, hatte Frankreich gute Möglichkeiten, eine Nachnutzung als Sportartikelfachmarkt durchzusetzen – der Flächennutzungsplan wurde »maßgeschneidert« für das Decathlon-Projekt geändert. Allerdings ist dieser Sportartikelfachmarkt mit einer Verkaufsfläche von ca. 7.000 m² ein Solitär geblieben, weswegen er schon im Jahr 2003 wieder schließen musste.

Sehr überzeugend war nach dem Ende der Weltausstellung die Nachnutzung der EXPO-Plaza (Abb. 5), wo mit Ausnahme des Deutschen Pavillons (der jedoch für wechselnde Events genutzt wird) für alle Gebäude eine Nachnutzung gefunden wurde. Insgesamt sind hier rund 1500 Arbeitsplätze entstanden, seit dem Wintersemester 2001/2002 haben ca. 1600 Studierende der medienbezogenen Fachbereiche

28 Vgl. die ausführliche Darstellung in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung am 19.12.1997.



Abb. 5: Gebäude an der EXPO-Plaza im Jahr 2002
(Foto: Axel Priebs)

der Fachhochschule Hannover und der Hochschule für Musik und Theater das Gelände bezogen. Auch andere Einrichtungen im Bereich der Medien haben sich hier nieder gelassen, u. a. betreibt die Region Hannover hier eine Multimedia-Berufsschule.

Durch große Entwicklungspotenziale, aber auch teilweise Ungewissheit ist aktuell das ehemalige Pavillongelände Ost geprägt. Für ungefähr die Hälfte der ursprünglich 31 Pavillonstandorte auf diesem Weltausstellungsbereich liegen inzwischen feste Nachnutzungen oder konkrete Absichten vor, während die Nachnutzung auf den übrigen, insbesondere südlichen Grundstücken noch nicht geklärt ist. Obwohl bei nüchterner Betrachtung unmittelbar einsichtig ist, dass die Vermarktung von ca. 60 ha erstklassigen Gewerbeflächen mit hohen Qualitätsanforderungen gerade in der aktuell schwierigen konjunkturellen Lage Zeit braucht, wird in den Medien und in politischen Diskussionen immer wieder Ungeduld erkennbar. Davon zeugen beispielsweise die im Jahr 2003 geführten Diskussionen über die Einrichtung einer Autorennstrecke auf diesem Gelände. Auf große Begeisterung stoßen bei einigen kommunalpolitischen Akteuren in der Landeshauptstadt auch die Vorstellungen des IKEA-Konzerns, im südlichen Teil des Geländes, wo sich teilweise Messeparkplätze befinden, das zweite Einrichtungshaus in der Region Hannover zu errichten. Allerdings soll grundsätzlich an dem Beschluss festgehalten werden, das EXPO-Gelände nicht durch großflächigen Einzelhandel zu bebauen.

5 Der EXPO-Stadtteil Kronsberg

Der Bau des Stadtteils Kronsberg stellt neben der EXPO-Plaza und dem Pavillongelände Ost die umfangreichste und dauerhafteste Kulturlandschaftsveränderung dar, die im Zusammenhang mit der Weltausstellung eingetreten ist. Auf einer Gesamtfläche von ca. 140 ha wird hier in einigen Jahren ein Stadtteil entstanden sein, der zwar mit seinem Ausbauziel (ca. 6.000 Wohnungen für 15 000 Menschen) deutlich hinter den kühnen Plänen der 60er und 70er Jahre zurück bleibt, jedoch schon jetzt, d.h. nach weitgehender Fertigstellung der ersten Baustufe mit 70 ha Bruttobauland, einen Wandel im Charakter dieses Raums bewirkt hat. Auch zeigt diese erste Baustufe, dass der Stadtteil in vielerlei Hinsicht bemerkenswert ist.

Basis für die Planungen der Kronsbergsiedlung waren der erwähnte, von der Landeshauptstadt Hannover im Jahr 1992 durchgeführte Internationale stadt- und landschaftsplanerische Ideenwettbewerb für das Messegelände und den gesamten Kronsberg sowie die Ergebnisse des darauf aufbauenden »Städtebaulichen Ideenwettbewerbs Bemerode-Ost«. Diese führten zu einer robusten städtebaulichen Grundstruktur mit einem weitgehend rechtwinkligen Erschließungsraster, das charakteristisch für den neuen Stadtteil wurde und das vielfältige Wohnformen ermöglicht. Die gesamte Kronsbergsiedlung wurde in drei Quartiere aufgeteilt, die sich jeweils um einen Quartierpark gruppieren sollte. Im ersten Bauabschnitt wurden die Quartiere Kronsberg-Nord und Kronsberg-Mitte realisiert (Abb. 6).

Angesichts der proklamierten »Weltausstellung neuen Typs« wurden an den neuen Stadtteil hohe ökologische Maßstäbe angelegt.²⁹ Bei den Planungselementen des »Kronsberg-Standards« sind vorrangig die Niedrigenergiebauweise (die deutlich über dem damals geltenden Standard der Wärmeschutzverordnung lag), das Regenwasser- und Versickerungskonzept (das Veränderungen des Grundwassersystems minimiert), die Nahwärmenetze mit gasbetriebenen Blockheizkraftwerken (die zu einer CO₂-Reduzierung von 60 % führen) sowie das Bodenmanagement (bei dem 700.000 Kubikmeter Bodenaushub zur Landschaftsentwicklung vor Ort genutzt wurden) zu nennen. Beachtung hat außerdem die bereits frühzeitig begonnene Begrünung des Stadtteils und die aufwändige Gestaltung der öffentlichen und privaten Freiräume gefunden.

Ursprünglich war der neue Stadtteil als reine EXPO-Siedlung geplant. Angesichts der angespannten Lage auf dem Bodenmarkt und der Befürchtungen in der Öffentlichkeit, dass die Weltausstellung katastrophale Folgen für den Wohnungsmarkt haben würde, wurde schließlich ein Mischkonzept entwickelt. Dabei sollte die erste Baustufe 3 000 Wohnungen umfassen, darunter mehr als 1 000 EXPO-Wohnungen. Von den 3 000 Wohnungen sind ca. 90 % als Geschosswohnungen und ca. 10 % als Wohnungen in verdichteten Einfamilienhäusern (Reihenhäusern) realisiert worden (Abb. 7). Die Infrastrukturausstattung ist bereits jetzt vorbildlich – neben einer neuen Grundschule mit Sporthalle entstanden 3 Kitas und 17 Räume für Stadtteilgruppen oder Institutionen. Besonderer Wert wurde auf die Schaffung eines Stadt-

²⁹ Nach *Eppinger* 2003, S. 23; vgl. ausführlich die Darstellungen in: Landeshauptstadt Hannover 2000.

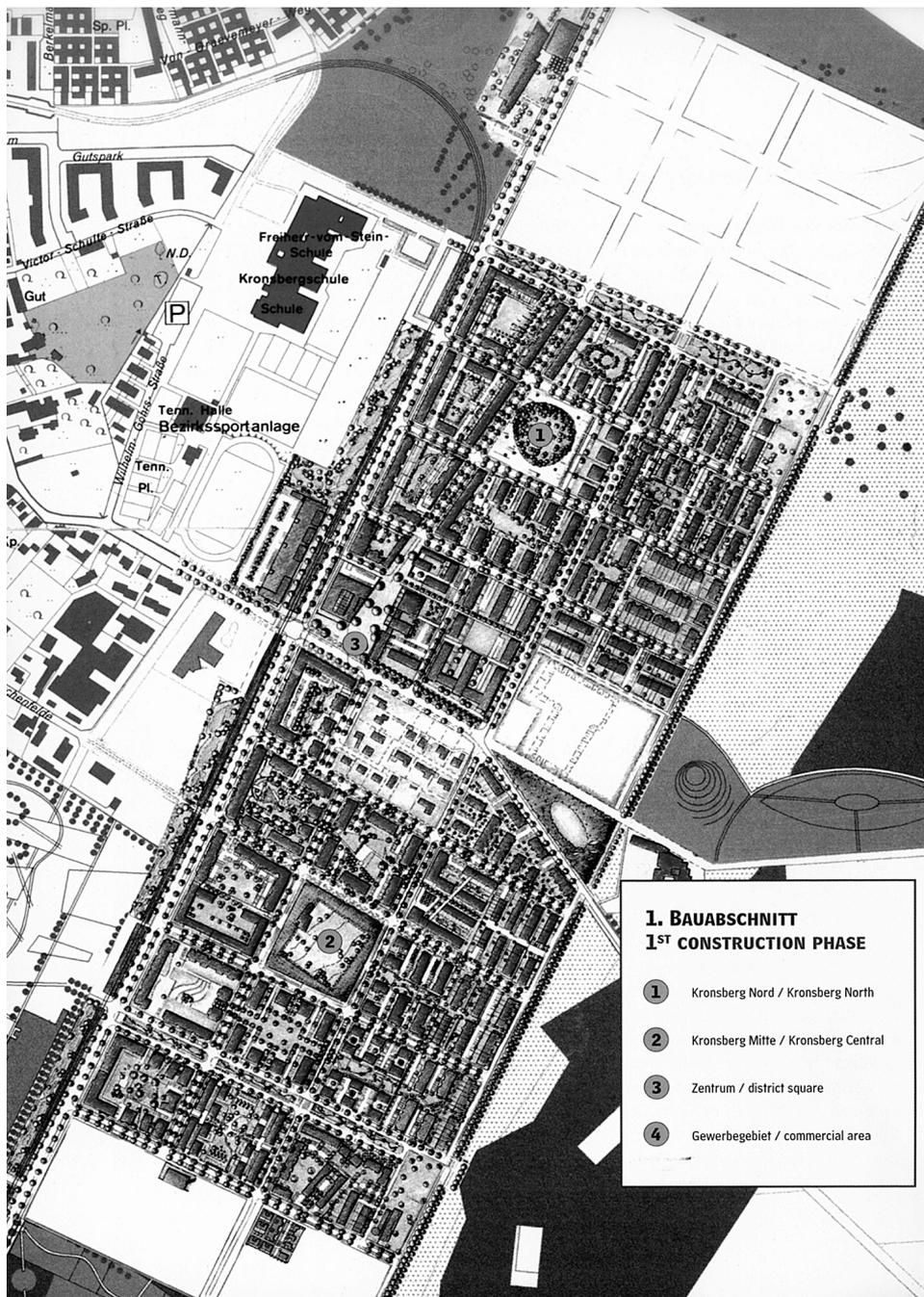


Abb. 6: Siedlungsgrundriss für den EXPO-Stadtteil Kronsberg
 (Quelle: Landeshauptstadt Hannover)



Abb. 7:
Die EXPO-Siedlung Kronsberg
(Foto: Axel Priebis)

teilzentrums (»KroKus«) gelegt, das in unmittelbarer Nachbarschaft zum evangelischen Kirchenzentrum entstand. Beide Zentren liegen an einem Stadtteilplatz (»Am Thie«), der von weiteren Einrichtungen (Gesundheitszentrum, Einzelhandel) umfasst ist. Derzeit entsteht am südlichen Rand des ersten Bauabschnitts eine neue Gesamtschule, die den Unterrichtsbetrieb zum Schuljahresbeginn 2004/05 aufnehmen wird.

Auch der Landschaftsraum Kronsberg, in den die neue Siedlung eingebettet ist, wurde sehr anspruchsvoll gestaltet.³⁰ Die erwähnte Überarbeitung des Landschaftsplans aus dem Jahr 1995 zeigte die Möglichkeiten auf, den bisher durch großflächige Ackernutzung geprägten Landschaftsraum für die Naherholung, aber auch den Naturschutz (Kalkhalbtrockenrasen) aufzuwerten. Auch eine stadtnahe Landwirtschaft sollte dort betrieben werden, was z.B. durch eine Schafweide realisiert wurde. Die Verträglichkeit von Naturschutz, Naherholung und Landwirtschaft am Stadtrand wurde wegen ihres Vorbildcharakters Gegenstand eines vom Bundesamt für Naturschutz geförderten Modellvorhabens.³¹ Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch die Ansiedlung der Herrmannsdorfer Landwerkstätten, eines ökologisch wirtschaftenden Stadtbauernhofes, die allerdings nicht dauerhaft erfolgreich war.³²

6 Auswirkungen auf die Region

Wie bereits erwähnt haben die Vorbereitungen für die Weltausstellung zu einer umfangreichen Modernisierung der regionalen Infrastruktur geführt, wovon insbesondere der Schienen-, Straßen und Luftverkehr profitiert. Weite Ausstrahlung über die politischen Grenzen der Region Hannover hinaus hatte die Einführung des S-Bahn-

³⁰ Vgl. Tessin 2001; Klaffke 2002.

³¹ Vgl. die von der Landeshauptstadt Hannover im Juni 2000 herausgegebene Informationsbroschüre »Hannover-Kronsberg. Naturschutz, Naherholung und Landwirtschaft am Stadtrand – ein Modellprojekt«.

³² Die Herrmannsdorfer Landwerkstätten mussten drei Jahre nach der Weltausstellung Insolvenz anmelden.



Abb. 8:
Haltestelle Kronsberg:
Mit der neuen EXPO-
Stadtbahnlinie wird der Süd-
osten der Landeshauptstadt
Hannover erschlossen
(Foto: Axel Priebs)

Betriebs auf 247 km Streckenlänge mit Endpunkten in Minden, Nienburg, Bennemühlen, Celle, Hameln und Haste und der Direktanbindung des Flughafens. Die Einführung des S-Bahn-Betriebs war verbunden mit einem umfangreichen, zum Teil noch andauernden Modernisierungsprogramm für Strecken, Bahnhöfe und Haltestellen, mit der Beschaffung neuer S-Bahnfahrzeuge und einem weitestgehend behindertengerechten Ausbaustandard. Mit Ausnahme der Stichstrecke zum Flughafen wurden die Strecken jedoch bereits zuvor im Rahmen des DB-Regionalverkehrs betrieben. Besonders tiefgreifende Verbesserungen wurden an der Strecke nach Bennemühlen durchgeführt, wo die Angebotsverbesserung deswegen am deutlichsten erkennbar ist. Das neue S-Bahn-System dürfte in besonderer Weise zur Integration des erweiterten Wirtschaftsraums Hannover beitragen, wobei als nächster Schritt dringend die Einführung eines gemeinsamen S-Bahn-Tarifs erforderlich wäre.

Die bedeutendste Erschließungsfunktion für einen bisher abseits des Schienenverkehrs gelegenen Bereich hat naturgemäß die neue Stadtbahnlinie D übernommen, die zum Rückgrat einer neuen Entwicklungsachse in den Südosten der Stadt avancierte. An dieser Achse liegen neue Entwicklungsschwerpunkte wie z. B. der Neubau der Tierärztlichen Hochschule sowie die Wohngebiete Spargelacker und Seelhorster Gärten. Durch die neue Stadtbahnlinie entstand eine attraktive Anbindung sowohl der Ostseite des EXPO- bzw. Messegeländes als auch des neuen Stadtteils Kronsberg an die City – beispielsweise beträgt die Fahrtdauer von der Haltestelle Kronsberg zur Stadtmitte (Kröpcke) lediglich 20 Minuten (Abb. 8).

Neben der Verkehrsinfrastruktur wurden die Tourismus- und Naherholungspotenziale der Region deutlich gestärkt. An erster Stelle ist hier der Ausbau des Zoos zu einer neuartigen Erlebnislandschaft hervor zu heben, die seitdem zum Vorbild für viele andere Zoos geworden ist. Zu nennen sind ferner das Regenwaldhaus an den Herrenhäuser Gärten sowie die Aktivitäten von Stadt und Region zur Aufwertung von Parks und Gärten (z. B. der schon erwähnte Laatzenener »Park der Sinne«). Das Projekt »Stadt und Region als Garten« soll jetzt erneut aufgegriffen werden und könnte im Jahre 2008 in eine regionalen Gartenschau münden.³³ Erhebliche Attrak-

33 Region Hannover, Drucksache IB 0226/2003 (Naherholung).

tivitätssteigerungen erfuhr auch der Naturpark Steinhuder Meer, der beispielsweise im restaurierten Steinhuder Scheunenviertel eine Info-Station erhielt.

Nicht zu unterschätzen sind die ökonomischen Effekte der Weltausstellung,³⁴ wobei insbesondere die Investitionssumme von 10,9 Mrd. DM beeindruckend ist, die sich aus den Investitionen für den Straßenbau (0,8 Mrd. DM), für den ÖPNV (2,4 Mrd. DM), das Wohngebiet Kronsberg (0,6 Mrd. DM), das Ausstellungsgelände (3,2 Mrd. DM), die Ausstellungsaktivitäten der EXPO GmbH (2,5 Mrd. DM) sowie für die weltweiten Projekte in Niedersachsen zusammensetzt. Während die gesamtwirtschaftlichen Effekte der Weltausstellung begrenzt sind, können sich die regionalwirtschaftlichen Effekte für das Land Niedersachsen durchaus sehen lassen. Ermittelt wurden EXPO-bedingte Primäripulse von gut 7,5 Mrd. DM, woraus sich unter Berücksichtigung vor- und nachgelagerter Kreislaufwirkungen ein Wertschöpfungsbeitrag von knapp 8,4 Mrd. DM ergibt. Die Beschäftigungswirkung wird mit einer Größenordnung von ca. 65.000 Personenjahren beziffert.

Betrachtet man die mittel- und langfristigen Effekte der Weltausstellung EXPO 2000, so war diese nicht nur eine wirksame Förderungsaktion für den Messestandort Hannover, sondern hat sowohl die Lebensqualität für die Menschen in der Region als auch die Wettbewerbsfähigkeit der Region und ihrer Unternehmen durch eine grundlegend modernisierte Infrastruktur erheblich verbessert. Die regionalökonomische Analyse³⁵ kommt zu dem Ergebnis, dass »neben den sonderkonjunkturellen Wirkungen der EXPO 2000 [...] von der Weltausstellung auch längerfristige Wirkungen« ausgehen. Nachhaltige Wirkungen für die Region Hannover und das Land Niedersachsen seien vor allem in den potenzialerweiternden Effekten einer modernisierten Wirtschafts- und Infrastruktur und einer dadurch verbesserten Wettbewerbsposition der Unternehmen zu sehen. Dies wird mit den Infrastrukturverbesserungen im Verkehrs-, Telekommunikations- und Tourismusbereich belegt. Besonders wird auch die EXPO-Plaza als ein Areal hervorgehoben, »das geradezu prädestiniert ist für die Ansiedlung von Firmen aus der Informations- und Kommunikationstechnologie«, in deren Umfeld sich ein campusähnlicher Standort herausbilde, »der sich zu einem regionalen Kompetenzzentrum für den Multimedia-Bereich entwickeln kann«.

7 Bilanz: Auswirkungen auf die Kulturlandschaft

Obwohl die gesamte Region Hannover von den mit der Weltausstellung verbundenen Investitionen profitieren konnte und insbesondere die Verkehrsinfrastruktur »runderneuert« wurde, konzentrieren sich die nachhaltigen Veränderungen der Kulturlandschaft auf den Südosten des hannoverschen Stadtgebietes. Aber auch hier sind die Auswirkungen räumlich stark eingegrenzt. So nimmt der Stadtteil Kronsberg in seinen im Vergleich zu den Planungskonzepten der 60er Jahre sehr beschei-

34 Die folgenden Angaben zu den ökonomischen Effekten sind dem Gutachten von Brandt et al. 2001 entnommen.

35 Siehe Fußnote 34.

denen Dimensionen Rücksicht auf die umgebende Kulturlandschaft, die im Zusammenhang mit der Entstehung des Stadtteils durch Nutzungsextensivierung sogar erheblich aufgewertet wurde. Gleichwohl stellen EXPO und Kronsberg Ankerprojekte für die künftige Entwicklung des südöstlichen Bereichs der Landeshauptstadt dar. Entlang der neuen Stadtbahnlinie und der verbesserten Straßenverbindung entstehen Büros und Wohnungen. Insbesondere aber ist mit dem Kronsberg ein interessanter und beliebter neuer Stadtteil mit hohen ökologischen Standards entstanden. Auf der EXPO-Plaza ist der Kern eines zukunftsfähigen Multimedia-Standortes vorhanden. Auf jeden Fall bleibt die EXPO auf dem ehemaligen Ostgelände lebendig, weil verschiedene Pavillons (z.B. Dänemark, Niederlande, Finnland, Japan, Litauen) ihre charakteristische Gestalt behalten sollen.

Es bleiben aber Fragen, die durchaus diskussionswürdig sind. So wird gelegentlich kritisch gefragt, ob die mit der EXPO geschaffene bzw. ausgebauten Infrastruktur überdimensioniert ist. Insbesondere der Flughafen und dessen Verkehrsanbindung haben einen hohen internationalen Standard erreicht, der aber nicht ganzjährig ausgenutzt wird. Am deutlichsten zeigt es sich außer bei den Verkehrskapazitäten bei den Hotels, die im Wesentlichen nur zu Messezeiten ausgelastet sind. Gleichwohl bieten diese Infrastrukturkapazitäten natürlich eine hervorragende Basis für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung, die sich freilich bislang noch nicht im erhofften Umfang eingestellt hat. Kritisch wird auch bewertet, dass die konzentrierte Wohnungsbautätigkeit auf dem Kronsberg bei gleichzeitiger konjunkturbedingter Entspannung des Wohnungsmarktes eine dämpfende Wirkung auf die Entwicklung anderer Wohnbauprojekte in der Region (Langenhagen-Weiherfeld, Seelze-Süd, Burgdorf-Nordwest) hatte. Außerdem war unmittelbar nach der Weltausstellung wenig Interesse erkennbar, die »Spuren« der EXPO zu sichern und zu nutzen. So wird häufig bedauert, dass kein echtes, auch touristisch nutzbares »Erinnerungszentrum« im Bereich der Weltausstellung entstanden ist. Es ist allerdings zu bezweifeln, dass diese kritischen Aspekte bereits als Bestätigung für die intensiv vorgebrachte Skepsis in der Frühphase der EXPO-Diskussion zu werten sind. Die EXPO-bedingten Investitionen haben unstreitig zur Modernisierung und Attraktivitätsverbesserung von Stadt und Region beigetragen. Insbesondere im Umfeld des Messegeländes und auf dem Kronsberg sind Zukunftsprojekte angeschoben worden, die deutliche Veränderungen der Kulturlandschaft bewirkt haben, über deren Nachhaltigkeit jedoch fundiert erst in einem angemessenen zeitlichen Abstand zur Weltausstellung geurteilt werden kann.

Summary

The EXPO 2000 and the change of cultural landscape in the region of Hanover

The article deals with the spatial impacts of the world exhibition EXPO 2000 in Hanover. The master plan of the EXPO area did not only cover the exhibition area itself, with the Hanover Fair sites as the core, but also the new Kronsberg neighbourhood. It is shown that Kronsberg has had a long history of changing development concepts. Finally, it was the realization of EXPO which gave a reason for developing this new neighbourhood, which today has about 3000 flats. The dimensions of this neighbourhood are clearly smaller than older concepts had planned and the ecological standards are high. The new light railway to Kronsberg and EXPO has given an important impetus to the development of the south-eastern part of Hanover. Also, in other parts of the Hanover region EXPO has led to a total modernization of the transport infrastructure.

Literatur

- AG Stadtleben e.V. [Hrsg.]: Ungebautes Hannover. Städtebauliche Projekte, Ideen und Utopien. – Hannover 1991.
- Brandt, Arno et al.*: Regionalwirtschaftliche Effekte der EXPO 2000 – Eine Schlussbilanz. (Kommunalverband Großraum Hannover [Hrsg.]: Beiträge zur regionalen Entwicklung, 88). – Hannover 2001.
- Bürgerinitiative Umweltschutz e.V. [Hrsg.]: Auswirkungen der Weltausstellung EXPO 2000 auf den Wohnungsmarkt im Großraum Hannover. – Hannover 1996.
- Eppinger, Jürgen*: Hannover – Weltausstellung und Stadtzukunft. – In: Becker, Heidede; Jessen, Johann u. Sander, Robert [Hrsg.]: Ohne Leitbild? Städtebau in Deutschland und Europa. 2. Aufl. Stuttgart u. Zürich 1999, S. 216–226.
- Eppinger, Jürgen*: Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover. – In: Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung [Hrsg.]: Stadtentwicklung durch inszenierte Ereignisse (Bericht 2001). Berlin 2001.
- Eppinger, Jürgen*: Städtebauliche Planungen für die EXPO – Wie wird die EXPO 2000 heute in Hannover gesehen? – In: *PlanerIn* 2000, H. 4, S. 8–11.
- Eppinger, Jürgen*: Hannovers neuer Stadtteil Kronsberg: Ein Konzept hat sich bewährt. – In: *Stadt und Raum* 2003, H. 1, S. 22–25.
- Fesche, Klaus*: Vom B.I.E.-Zuschlag bis zum Gesellschaftsvertrag. – In: Hauptmeyer, Carl-Hans u. Rund, Jürgen [Hrsg.]: EXPO 2000 – Die Firma. Hannover 2002a, S. 51–64.
- Fesche, Klaus*: Die EXPO bauen. – In: Hauptmeyer, Carl-Hans u. Rund, Jürgen [Hrsg.]: EXPO 2000 – Die Firma. Hannover 2002b, S. 125–152.
- Fesche, Klaus*: Verkehrslawine oder Infrastrukturprogramm? EXPO und Verkehr. – In: Hauptmeyer, Carl-Hans u. Rund, Jürgen [Hrsg.]: EXPO 2000 – Die Firma. Hannover 2002b, S. 161–172.
- Güldenbergh, Eckart*: Wohnungsbau, Siedlungsentwicklung und die EXPO 2000. – In: Brandt, Arno; Jüttner, Wolfgang; Weil u. Stephan [Hrsg.]: Das EXPO-Projekt – Weltausstellung und Stadtzukunft. Hannover 1991, S. 127–139.
- Hauptmeyer, Carl-Hans u. Rund, Jürgen* [Hrsg.]: EXPO 2000 – Die Firma. Hannover 2002.

- Klaffke, Kaspar*: Landschaftsgestaltung am Stadtrand – Hannover-Kronsberg. – In: Stadt und Raum 2002, H. 6, S. 398–401.
- Landeshauptstadt Hannover [Hrsg.]: Modell Kronsberg. Nachhaltiges Bauen für die Zukunft. – Hannover 2000.
- May, Hans u. Schierholz, Henning* [Hrsg.]: Eine Weltausstellung neuen Typs? Hannovers EXPO 2000: Planungshorizonte und Bürger/innen-Beteiligung. (Loccumer Protokolle, 66/90). – Rehburg-Loccum 1991.
- Mönninger, Michael*: EXPO 2000 – Hannover plant die erste deutsche Weltausstellung. – In: MERIAN 44, 1991, H. 2, S. 58–63.
- Mönninghoff, Hans*: Betonrausch oder eine EXPO neuen Typs mit Ökologie-Schwerpunkt? – In: Brandt, Arno; Jüttner, Wolfgang u. Weil, Stephan [Hrsg.]: Das EXPO-Projekt – Weltausstellung und Stadtzukunft. Hannover 1991, S. 76–86.
- Röhrbein, Waldemar R.*: Hannover nach 1945: Landeshauptstadt und Messestadt. – In: Mlynek, Klaus u. Röhrbein, Waldemar R. [Hrsg.]: Geschichte der Stadt Hannover, Band 2: Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart. Hannover 1994.
- Schröder, Christiane*: Neue Akzente einer Weltausstellung. – In: Hauptmeyer, Carl-Hans u. Rund, Jürgen [Hrsg.]: EXPO 2000 – Die Firma. Hannover 2002, S. 41–49.
- Selle, Klaus*: Vom Werden einer Weltausstellung. Ein Lehr-Stück in sechs Akten nebst Vor-, Zwischen- und Nachspielen. – In: Müller, Heidi u. Selle, Klaus [Hrsg.]: EXPOst – Großprojekte und Festivalisierung als Mittel der Stadt- und Regionalentwicklung: Lernen von Hannover. Hannover, Aachen u. Dortmund 2002, S. 29–84.
- Stöber, Martin*: Die EXPO-Siedlung. – In: Hauptmeyer, Carl-Hans u. Rund, Jürgen [Hrsg.]: EXPO 2000 – Die Firma. Hannover 2002, S. 153–159.
- Tasch, Dieter*: 50 Jahre Zukunft. Messen in Hannover 1947–1997. – Hannover 1997.
- Tessin, Wulf*: A story of success? Zur Umgestaltung des Landschaftsraums am Kronsberg. – In: PlanerIn 2001, H. 1, S. 23–26.
- Weiberg, Gerd*: Zur Konzeption einer Weltausstellung neuen Typs. – In: May, Hans u. Schierholz, Henning [Hrsg.]: Eine Weltausstellung neuen Typs? Hannovers EXPO 2000: Planungshorizonte und Bürger/innen-Beteiligung. (Loccumer Protokolle, 66/90). Rehburg-Loccum 1991, S. 68–84.
- Winkel-Kirch, Anne*: Die EXPO 2000 – Ein regionales Erbe. – In: Kommunalverband Großraum Hannover [Hrsg.]: Großraum Hannover – Eine Region mit Vergangenheit und Zukunft. (Beiträge zur regionalen Entwicklung, 96). Hannover 2001, S. 113–121.

Ernst-Rainer Hönes

Rechtsfragen zur Kulturlandschaft¹

1 Vorbemerkung zur historischen Entwicklung

In Bezug zum Recht erweckt der Begriff »Kulturlandschaft« die Frage nach der Möglichkeit seiner Instrumentalisierung, vor allem im Raumordnungs- und Planungsrecht und im gesetzlich bewehrten Denkmal- und Naturschutzrecht.² Da es heute in Deutschland fast keine Naturlandschaft mehr gibt, stellt sich zunächst die Frage der Begrenzung, da die Veränderung der Landschaft durch den Menschen bedeuten würde, »dass der Mensch durch jeden beliebigen Eingriff in die Naturlandschaft Kultur schaffen würde«.³ Zur Vermeidung der Ausuferung eines Begriffs versuchen die Juristen durch zusätzliche Erfordernisse wie das Merkmal »öffentliches Interesse« oder zusätzliche Erfordernisse wie »historische«, »gewachsene« oder »naturnahe« Kulturlandschaft den Begriff einzugrenzen und zu konkretisieren. Es geht somit neben der fachlichen Seite, die hier nicht beantwortet werden kann, um unbestimmte Rechtsbegriffe wertenden Inhalts.

Als Rechtsbegriff in einem Gesetz gibt es den Begriff »historische Kulturlandschaften« in Deutschland wohl erst seit dem Gesetz zur Berücksichtigung des Denkmalschutzes im Bundesrecht vom 1. Juni 1980.⁴ Damals wurde der Begriff in den neuen Grundsatz des § 2, Abs. 1, Nr. 13 BNatSchG eingefügt.⁵ Die amtliche Begründung zum Gesetzentwurf erwähnte an erster Stelle die Erhaltung aus kulturgeschichtlichen Gründen.⁶ Auch das Raumordnungsgesetz forderte ab der Fassung vom 19. Juli 1989 bei den Grundsätzen in § 2, Abs. 1, Nr. 7, S. 1 ROG, dass die Landwirtschaft mit der Forstwirtschaft dazu beiträgt, »die Kulturlandschaft zu erhalten und gestalten«. Nach der Änderung vom 18. August 1998 wurde in einem seiner 15 Grundsätze geregelt: »Die gewachsenen Kulturlandschaften sind in ihren prägenden Merkmalen sowie mit ihren Kultur- und Naturdenkmälern zu erhalten« (§ 2, Abs. 2 Nr. 13, S. 2 ROG).

Maßnahmen zum Schutz historische Kulturlandschaften sind natürlich älter. Schließlich ist die Landschaft der zentrale Ort für die Aktivitäten des Naturschutzes, des

1 Das Manuskript wurde am 20. Juli 2004 eingereicht.

2 Vgl. Breuer, Tilman: Denkmallandschaft – Entwicklung und Leistungsfähigkeit eines Begriffs. – In: Hajós, Géza [Red.]: Denkmal – Ensemble – Kulturlandschaft am Beispiel Wachau. Wien 1999, S. 88.

3 Wöbse, Hans Hermann: »Kulturlandschaft« und »historische Kulturlandschaft«. – In: Informationen zur Raumentwicklung, 1999, H. 5/6. S. 269.

4 BGBl. I S. 649; vgl. Moench, Christoph: Neue Juristische Wochenschrift 1980, S. 2343.

5 Hönes, Ernst-Rainer: Natur und Landschaft 1982, S. 207f.

6 BT-Drucks 8/3716; vgl. Hönes, Ernst-Rainer. – In: Natur und Landschaft 1991, S. 87.

Landschaftsschutzes, des Heimatschutzes und auch des Denkmalschutzes, wobei letzterer die längste rechtliche Tradition hat.

Verfassungsrechtlich wurde die Landschaft auf Drängen der Denkmal- und Heimatschützer im Denkmalschutzartikel der Weimarer Reichsverfassung (WRV) von 1919 in Art. 150, Abs. 1 WRV wie folgt berücksichtigt:

»Die Denkmäler der Kunst, der Geschichte und der Natur sowie die Landschaft genießen den Schutz und die Pflege des Staates«.

Entsprechend der seit 1902 durch das hessische Denkmalschutzgesetz⁷ entstandenen Praxis wurde der Naturschutz bis zum Erlass des Reichsnaturschutzgesetzes von 1935 meist im Denkmalrecht mitberücksichtigt. So hatte das Denkmalschutzgesetz für Oldenburg vom 18. Mai 1911⁸ Baudenkmäler einschließlich Denkmäler aus vor- und frühgeschichtlicher Zeit und Naturdenkmäler einschließlich ihrer Umgebung geschützt. Folglich konnten gerade über den Umgebungsschutz seit 1902 bzw. 1911 auch schon Teile von Kulturlandschaften geschützt werden. Mit Erlass der Weimarer Reichsverfassung wurde darüber hinaus auch ausdrücklich teilweise die Landschaft in den Schutzbereich einbezogen. Entsprechend diesem Auftrag aus Art. 150, Abs. 1 WRV schützte z.B. Mecklenburg-Schwerin mit seinem Denkmalschutzgesetz vom 5. Dezember 1929⁹ als Denkmale nach § 1 Buchst. a des Gesetzes »Naturdenkmale, d.h. besonders charakteristische bewegliche und unbewegliche Gebilde der heimischen Natur und durch Ihre Eigenart oder Schönheit ausgezeichnete Teile der Landschaft«. Dieses Denkmalschutzgesetz wurde 1934¹⁰ durch einen II. Abschnitt »Sonstiger Naturschutz und Landschaftsschutz« ergänzt, wobei nach § 15 allgemeine Anordnungen zum Schutz von Natur und Landschaft getroffen werden konnten. Gleichzeitig wurde das Denkmalschutzgesetz in Gesetz zum Schutze der Denkmale, der Natur und der Landschaft umbenannt.

Durch das hessische Naturschutzgesetz vom 14. Oktober 1931¹¹ wurde nicht nur der Schutz der Naturdenkmäler und deren Umgebung (Art. 13f.) oder Naturschutzgebiete (Art. 23f.) rechtswirksam geschützt, sondern in einem eigenen Abschnitt IV. auch der Schutz des Landschaftsbildes geregelt.

Nach 1933 konnten in Sachsen Kulturlandschaften nach dem Gesetz zum Schutze von Kunst-, Kultur- und Naturdenkmälern (Heimatschutzgesetz) vom 13. Januar 1934¹² geschützt werden, wobei die Naturdenkmale in 6 Kategorien aufgegliedert und entsprechend früherer Zeit sehr weit verstanden wurden. So waren Naturdenkmale im Sinne von § 1 des Gesetzes nach § 3 Buchst. f) auch »Gebiete mit erhaltenswerten Gebilden der Bodengestaltung, Gewässern, Tier- und Pflanzenarten, erd-

7 Vgl. Hönes, Ernst-Rainer: Zum Hessischen Denkmalschutzgesetz vom 16. Juli 1902. – In: Landesamt für Denkmalpflege Hessen [Hrsg.]: 100 Jahre Denkmalschutzgesetz in Hessen. 2003, S. 48–60 (55f.).

8 GesBl. S. 959; abgedruckt bei Bredt, F.W.: Heimatschutzgesetzgebung. 1912, S. 146.

9 Regierungsblatt für Mecklenburg-Schwerin 1929, S. 309.

10 Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes. Vom 29. September 1934. – In: RegBl. für Mecklenburg 1934, Nr. 56, S. 321.

11 HessRegBl. S. 225.

12 Sächsisches Gesetzblatt S. 13; abgedruckt bei Sick, Ludwig: Das Recht des Naturschutzes. Jur. Diss. Bonn 1935, S. 109.

schichtlichen Aufschlüssen« (Naturschutzgebiete). Nach § 4 erstreckte sich der Schutz ortsfester Denkmale insoweit auch auf ihre Umgebung, als deren Veränderung den Bestand, die Eigenart des Denkmals oder den Eindruck, den es hervorruft, zu beeinträchtigen vermag.

Das Reichsnaturschutzgesetz vom 26. Juni 1935 erstreckt sich nach § 1 neben Pflanzen und nicht jagdbaren Tieren auf Naturdenkmale und ihre Umgebung, Naturschutzgebiete und sonstige Landschaftsteile in der freien Natur, deren Erhaltung wegen ihrer Seltenheit, Schönheit, Eigenart oder wegen ihrer wissenschaftlichen, heimatlichen, forst- oder jagdlichen Bedeutung im allgemeinen Interesse liegt. Einschlägig waren für den Landschaftsschutz die §§ 1 d, 5, 19 und 20 RNatSchG.¹³ So widmete sich der V. Abschnitt des RNatSchG der Pflege des Landschaftsbildes, d. h. in § 19 RNatSchG war der »Schutz von Landschaftsteilen« im Sinne der sonstigen Landschaftsteile des § 5 RNatSchG geregelt. Die Landschaft im Sinne dieser Vorschrift war all derjenige deutsche Boden, der nicht durch geschlossene Siedlungen in Anspruch genommen war.¹⁴

Der Entwurf eines Änderungsgesetzes zum Reichsnaturschutzgesetz sah eine verstärkte Berücksichtigung der Landschaft vor. So sollte in einer Neufassung des § 5 RNatSchG (Die Landschaft) Absatz 1 Satz 1 wie folgt geregelt werden:

*»(1) Landschaftsschutzgebiete im Sinne dieses Gesetzes sind solche Landschaften und Landschaftsteile, die den Voraussetzungen des § 4 nicht entsprechen, deren Erhaltung und Pflege jedoch aus sonstigen Gründen im allgemeinen Interesse liegt, also in der Regel Kulturlandschaften von landschaftlicher Schönheit, Eigenart oder Bedeutung für die Erholung der Bevölkerung«*¹⁵. Somit wurde 1942 eine Regelung mit ausdrücklicher Berücksichtigung der Kulturlandschaften angestrebt, die diesbezüglich an die Vorgaben des § 26, Abs. 1, Nr. 2 BNatSchG 2002 erinnert. Außerdem wurde 1942 in diesem § 5, Abs. 2 RNatSchGE der Versuch gemacht, in die zu schützenden Landschaftsbestandteile auch solche »Naturgebilde« einzubeziehen, die nicht den Voraussetzungen des § 3 RNatSchG entsprechen, jedoch zur Zierde des Landschaftsbildes beitragen (z. B. Bäume, Baum- und Gebüschgruppen, Raine, Alleen, Landwehren, Wallhecken und sonstige Hecken, vorgeschichtliche und geschichtliche Wallanlagen, Burgwälle, Hünen- und Hügelgräber).

Zur ganzen Wahrheit der Geschichte des Naturschutzes und der Landschaftspflege gehört auch, dass das Reichsnaturschutzgesetz in einer »Präambel«, die nicht nur Vorspruch oder Programm war, sondern nach damaliger Auffassung unmittelbar verbindliches, positives Recht, das auch die geistige Haltung und Gesinnung des mit

13 Vgl. *Weber, Werner*: Das Recht des Landschaftsschutzes. 1938, S. 11 f.

14 *Weber, Werner u. Schoenichen, Walter*: Reichsnaturschutzgesetz. Berlin-Lichterfelde 1936, S. 30. Vgl. *Schoenichen, Walther*: Wie lässt sich im Rahmen der heutigen Zivilisation die Schönheit der Landschaft erhalten? Congrès international de géographie. Amsterdam 1938, S. 267 f.

15 Zitat des Entwurfs bei *Mrass, Walter*: Die Organisation des staatlichen Naturschutzes und der Landschaftspflege im Deutschen Reich und der Bundesrepublik Deutschland seit 1935. – In: Beiheft 1 zu Landschaft + Stadtgrün, 1970, S. 24 mit dem Hinweis, dass die Naturschutzliteratur keinerlei Hinweise auf diesen Entwurf enthält (dort Fn. 61). Vgl. auch *Mrass, Walter*: Zu einigen Organisations- und Zielmodellen für Naturschutz und Landespflege zwischen 1935 und 1945. – In: Natur und Landschaft 56, 1981, S. 270–273.

ihm befassten Juristen bestimmen sollte.¹⁶ »Erst die Umgestaltung des deutschen Menschen schuf die Vorbedingungen für wirksamen Naturschutz« (Präambel). Dazu gehört weiterhin die »Entschädigungslose Rechtsbeschränkung« des § 24 RNatSchG: »Rechtmäßige Maßnahmen, die auf Grund dieses Gesetzes und der dazu erlassenen Überleitungs-, Durchführungs- und Ergänzungsvorschriften getroffen werden, begründen keinen Anspruch auf Entschädigung«. Der Vorrang der gesamtvölkischen Aufgabe des Naturschutzes war somit trotz Art. 153 WRV, wonach das Eigentum von der Verfassung eigentlich gewährleistet wurde, entgegen der bisherigen Rechtsprechung des Reichsgerichts gesichert.¹⁷ Dies entsprach dem bereits gängigen Spruch des Nationalsozialismus: »Gemeinnutz geht vor Eigennutz«.¹⁸ Dieser ideologische Abweg hat auch dem Gedanken des Kulturlandschaftsschutzes (»Blut und Boden«) geschadet. Vergleichbare Vorbelastungen gab es auch bei der Raumplanung (»Volk ohne Raum«). Als mahnendes Beispiel einer verhängnisvollen Integration in das NS-Regime sei der bereits erwähnte Maler, Publizist und Architekt *Paul Schulze-Naumburg* genannt, der nicht nur ab 1900 viel über Kulturlandschaften mit gegenüberstellenden Abbildungen von guten und schlechten Beispielen veröffentlicht hat, sondern bereits 1928 mit dem Buch »Kunst und Rasse« auf 144 Seiten mit 168 gegenüberstellenden Abbildungen die berüchtigte Ausstellung »Entartete Kunst« in vielen Punkten schon vorweggenommen hat.¹⁹ Somit ist die Kulturlandschaftsdiskussion vorbelastet, zumal wir uns heute nicht über das Wort »Kultur« der Diskussion über die Zeugnisse der »Unkultur«²⁰ entziehen können, nur weil der Kulturlandschaftsbegriff auch von anderen Einflüssen wie der Landesverschönerung beeinflusst bzw. gefärbt ist. Wenn bei historischen Reflexionen zu hundert Jahren Naturschutz auf dem 25. Deutschen Naturschutztag im Jahr 2000 in Bamberg behauptet wird, dass »der starke Mann des Naturschutzes auch während der NS-Zeit nicht Schoenischen« war, »sondern der Nichtnazi Hans Klose, der diesen 1938 aus der Leitung verdrängte« und daraus folgert: »Schon während der NS-Zeit begann eine Entnazifizierung des Naturschutzes!«,²¹ der tabuisiert die ideologisch verhängnisvolle Seite des Naturschutzes im Nationalsozialismus.²²

16 Schmitt, Carl: Kodifikation oder Novelle?, Deutsch Juristen Zeitung 1935, Sp. 919–922.

17 Vgl. Weber, Werner: Der Naturschutz im Rahmen der völkischen Gestaltungsaufgaben. – In: Reichsstelle für Naturschutz [Hrsg.]: Der Schutz der Landschaft nach dem Reichsnaturschutzgesetz, 1937, S. 40.

18 Schoenichen Walther: Naturschutz im Dritten Reich. 1934, S. 46, S. 73 u. S. 85.

19 Vgl. Borrmann, Norbert: Paul Schultze-Naumburg. Essen 1989, S. 219.

20 Vgl. OVG Koblenz, Urt. v. 27.9.1989, Amtliche Sammlung (AS) 22, 400 = Neue Juristische Wochenschrift 1990, 2018 (KZ Osthofen). Zur Denkmalpflege vgl. Engel, H.: Historische Stätten des 19. und 20. Jahrhunderts in Berlin (West). – In: Deutsche Kunst und Denkmalpflege 28, 1980, S. 110.

21 So Radkau, Joachim: Zwanzigstes Jahrhundert ein Jahrhundert des Naturschutzes? – Historische Reflexionen zu hundert Jahren Naturschutz. – In: Berufsverband Beruflicher Naturschutz [Hrsg.]: Grenzenloser Naturschutz – Herausforderung für Europa. – In: Jahrbuch Naturschutz und Landschaftspflege, Bd. 53. Bonn 2001, S. 287–300 (hier: S. 296).

22 Vgl. Gröning, Gert u. Wolschke, Jochen: Naturschutz und Ökologie im Nationalsozialismus, Die Alte Stadt 1/1983, S. 1–17; Wettengel, M.: Staat und Naturschutz 1906–1945. – In: Historische Zeitschrift 257, 1993, S. 355–399; zum Denkmalschutz vgl. Scheck, Thomas: Denkmalpflege und Diktatur. Berlin 1995.

Die Eigentumsproblematik als Kernproblem früherer Maßnahmen zu Gunsten der Denkmäler und der Kulturlandschaft, wie sie sich 100 Jahre früher bei der Erhaltung des Drachenfels 1836 aufgetan hatte, gab es unter dem Reichsforstmeister Göring und der Herrschaft der NSDAP nicht mehr.

Seit dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) hat sich auch als Reaktion auf das Dritte Reich mit seinen verheerenden Folgen die Rechtslage grundlegend geändert. Nach Art. 25 GG sind die allgemeinen Regeln des Völkerrechts Bestandteil des Bundesrechts. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes. Wegen unserer Verpflichtungen zur Verwirklichung der Europäischen Union (Art. 23 GG) spricht man heute auch davon, dass unsere Gesetze europätauglich sein müssen.

2 Internationale und europäische Vorgaben

Das UNESCO-Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt vom 23. November 1972²³ hat in mehrfacher Hinsicht völkerrechtlich Maßstäbe gesetzt. Zunächst einmal hat es Kultur und Natur verbunden. Außerdem hat es die Schutzgegenstände definiert. Bei dem Kulturerbe unterscheidet es in Art. 1 Denkmäler, Ensembles und Stätten. Stätten sind danach »*Werke von Menschenhand oder gemeinsame Werke von Natur und Mensch sowie Gebiete einschließlich archäologischer Stätten, die aus geschichtlichen, ästhetischen, ethnologischen oder anthropologischen Gründen von außergewöhnlichem universellem Wert sind*«.

Dazu gibt es Richtlinien, die den Begriff der Stätten in 3 Hauptkategorien aufschlüsseln. Nach Nr. 39 der RL sind dies die von Menschen absichtlich gestaltete und geschaffene Landschaft wie die Garten- und Parklandschaften. Die zweite Kategorie ist die Landschaft, die sich organisch entwickelt hat, die wiederum in zwei Unterkategorien unterteilt wird und schließlich die dritte Kategorie, die assoziative Kulturlandschaft.²⁴ Es geht also um »Kulturlandschaften«, ohne dass es des zusätzlichen Merkmals »gewachsen« oder »historisch« bedarf.

In Deutschland ergibt sich hinsichtlich der Anwendung des Begriffs »sites« der Welterbe-Konvention ein buntes Bild. So wurden die 1990 in die Welterbeliste eingetragenen »Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin« später (1992/1999) als »site« erweitert. Das Dessau-Wörlitzer Gartenreich²⁵ ist ebenfalls seit 2000 als »site«

23 Bek. v. 2.1.1977, BGBl. II S. 213; vgl. *Fitschen, Thomas*: Internationaler Schutz des kulturellen Erbes der Welt. – In: Fiedler, Wilfried [Hrsg.]: Internationaler Kulturgüterschutz und deutsche Frage, 1991, S. 183f.; *Caspary, Hans*: Weltkulturerbe. – In: Martin; Viebrock u. Bielfeld [Hrsg.]: Denkmalschutz – Denkmalpflege – Archäologie, Loseblatt. Kronach/München 1997, Kennzahl 15.00; *Hönes, Ernst-Rainer*: Die Kulturlandschaft Mittelrheintal auf dem Weg zum UNESCO-Welterbe. – In: Lebendiges Rheinland-Pfalz 1999, H. IV, S. 19–29f. = Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz [Hrsg.]: Denkmalschutz Informationen 24, 2000, H. II, S. 79–81f.

24 Vgl. *Vervloet, J.*: Kulturlandschaften in Europa als historische Monumente. – In: Fischer, H. u. Graafen, R. [Hrsg.]: Flusslandschaften zwischen Persistenz und Überformung. Koblenz 2001, S. 213–218.

25 Vgl. *Hönes, Ernst-Rainer*: Das Weltkulturerbe Dessau-Wörlitzer Gartenreich aus denkmal- und naturschutzrechtlicher Sicht. – In: Burgen und Schlösser 2002, H. I, S. 2–11.

eingetragen. Das Denkmalschutzgesetz Sachsen-Anhalt schützt deshalb dieses Gebiet von bisher rund 145 km² nach der Regelung über Denkmalsbereiche gemäß § 2, Abs. 2, Nr. 2, Satz 2 Denkmalschutzgesetz Sachsen-Anhalt als »als historische Kulturlandschaften, die in der Liste des Erbes der Welt der UNESCO gemäß Artikel 11, Abs. 2, Satz 1 des Übereinkommens vom 23. November 1972 zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt [...] aufgeführt sind«. Auch die Klosterinsel Reichenau im Bodensee²⁶ (seit 2000) und die etwa 65 km lange Kulturlandschaft Mittelrheintal von Bingen bis Koblenz²⁷ (seit 2002) sind als »sites« eingetragen. Hinzugekommen sind 2004 etwa 18 km des Elbtals bei Dresden von Schloss Übigau im Nordwesten bis Schloss Pillnitz im Südosten sowie der Muskauer Park/Park Muzakowski, eine mit Polen gemeinsam eingetragene Stätte. Diese neuerliche Vielfalt lässt vermuten, dass sich das Welterbe-Komitee und seine Beratungsorgane über die Kriterien für neuerdings vorgenommene Eintragungen noch keine gefestigte Einheitsmeinung haben. Schließlich haben unsere Vorstellungen von Kulturlandschaft eine »eurozentristische« Prägung. Völkerrechtlich verbindlich ist nur der Text der Welterbekonvention von 1972, nicht die Richtlinie.

Das Europarat-Übereinkommen zum Schutz des architektonischen Erbes in Europa vom 3. Oktober 1985 (Granada 1985)²⁸ hat beim Begriff des architektonischen Erbes in Art. 1 die Untergliederung der UNESCO übernommen, und die ortsfesten Güter in Denkmäler, Ensembles und Stätten aufgeteilt. Stätten sind »gemeinsame Werke von Mensch und Natur, bei denen es sich um teilweise bebaute Gebiete handelt, die genügend charakteristisch und geschlossen sind, um topographisch abgrenzbar zu sein, und die von herausragender geschichtlicher, archäologischer, künstlerischer, wissenschaftlicher, sozialer oder technischer Bedeutung sind«.

In der amtlichen Kommentierung wird dazu betont, dass sich die Kategorien der Güter natürlich überschneiden können; z.B. können die landschaftlichen Gebiete und historischen Gärten in die eine oder andere dieser Kategorien gehören.

Da die Übereinkommen ratifiziert (Art. 59, Abs. 2 GG) und im Bundesgesetzblatt verkündet wurden, sind sie geltendes Recht (vgl. Art. 25 GG).²⁹ Die Bundesländer, die unter Beteiligung ihrer Landtage ihre Einverständniserklärung zu diesem Übereinkommen abgegeben hatten, haben eingeräumt, dass das Übereinkommen u. a. in Art. 3, Nr. 1 und vor allem in Art. 4, Nr. 2 Verpflichtungen zur Gesetzgebung enthält.³⁰ Somit brauchen wir gar nicht lange darüber nachdenken, ob wir Stätten

26 Landesdenkmalamt Baden-Württemberg [Hrsg.]: Klosterinsel Reichenau im Bodensee. – Stuttgart 2001.

27 Landesamt für Denkmalpflege Rheinland-Pfalz [Hrsg.]: Das Rheintal von Bingen und Rüdesheim bis Koblenz. Eine europäische Kulturlandschaft, Bd. 1 und 2. – Mainz 2001; Hönes, Ernst-Rainer, Die Kulturlandschaft Mittelrhein auf dem Weg zum UNESCO-Welterbe. – In: Lebendiges Rheinland-Pfalz 36, 1999, H. 4, S. 19–29 = Denkmalschutz Informationen 24, 2000, H. 2, S. 79–90.

28 BGBl. 1987, 624. Vgl. Hönes, Ernst-Rainer: Denkmalrecht Rheinland-Pfalz. 2. Aufl. Mainz 1995, § 3 Rn. 20.

29 Hönes, Ernst-Rainer: Archäologisches Nachrichtenblatt, Bd. 8, 2/2003, 122/123f.; Hönes, Ernst-Rainer: Zum Stand des Denkmalschutzrechts in Deutschland. – In: Rohde, Michael u. Schomann, Rainer [Hrsg.]: Historische Gärten heute. Leipzig 2003, S. 214–219.

30 Für Rheinland-Pfalz vgl. LT-Drucks. 10/2685 vom 25.9.1986.

und damit historische Kulturlandschaften in Deutschland schützen wollen. Wir haben uns dazu bereits ausdrücklich verpflichtet. Eine »Rolle rückwärts« könnte es nur geben, wenn wir diese Übereinkommen kündigen würden, und das will bei uns niemand.

Durch die Empfehlung Nr. R (95) 9 zur integrierten Erhaltung von Kulturlandschaften als Teil der Landschaftspolitik vom 11. September 1995³¹ haben die Kulturlandschaften eine weitere Aufwertung erfahren, auch wenn diese Europarats-Empfehlung lediglich ein nicht-bindendes Instrument ist. Jedenfalls war sie ein erster Schritt zu der europäischen Landschaftskonvention.³²

Nach den im Anhang zu dieser Empfehlung Nr. R (95) 9 in Art. 1 gegebenen Definition sind Kulturlandschaften bestimmte topographisch eingegrenzte Teile der Landschaft, *»die von verschiedenen Kombinationen menschlicher und natürlicher Kräfte geformt wurden, die die Evolution der menschlichen Gesellschaft, ihrer Ansiedlungen und ihrer Eigenschaften in Zeit und Raum verdeutlichen und die auf verschiedenen Ebenen einen gesellschaftlich und kulturell anerkannten Wert erworben haben, da es dort physische Überreste gibt, die die vorangegangenen Flächennutzungen und Aktivitäten, Fertigkeiten oder besondere Traditionen widerspiegeln, weil sie in der Literatur oder in Kunstwerken beschrieben sind, oder weil sie Schauplatz historischer Ereignisse waren«*. Hier hat der Ausschuss für das kulturelle Erbes des Europarats versucht, in einer Realdefinition möglichst alle Gesichtspunkte der Kulturlandschaften zu berücksichtigen, wobei viele der nachfolgenden Anliegen nicht Gegenstand der Denkmalschutzgesetzgebung sind. Folglich wurde die Begriffsbestimmung im Vergleich zu den vorangegangenen Beratungspapieren immer länger.³³ Für den juristischen Gebrauch wäre die kürzere Definition der Stätten (= Denkmalzonen) juristisch vielleicht handhabbarer.

Die Erhaltungs- und Verbesserungspolitik bei Kulturlandschaften sollte nach einer der beiden Zielrichtungen der Empfehlung (Art. 3, Abs. 3, Buchst. ii, Satz 2) *»einen wesentlichen Bestandteil der Regional-/Raumplanung und der Land- und Forstwirtschaftspolitik bilden und genau auf eine umfassende Landschaftspolitik im allgemeinen abgestimmt sein«*. In Absatz 4, Satz 1 dieses Art. 3 wird dazu ergänzt: *»Kulturlandschaften stellen nicht nur Kultur-, sondern auch Landschaftswerte dar, die unter Umständen eines besonderen Rechtsschutzes bedürfen«*.

Aufgrund der multidisziplinären Ansätze sollten die in dieser Empfehlung vom Europarat vorgeschlagenen Maßnahmen zur Erhaltung und Bewirtschaftung von

31 Abgedruckt bei *Stich, Rudolf u. Burhenne, Wolfgang E.*: Denkmalrecht der Länder und des Bundes, Kennzahl 670 85 oder Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz [Hrsg.]: Denkmalschutz. Texte zum Denkmalschutz und zur Denkmalpflege. 3. Aufl. 1996, S. 268–274.

32 European Landscape Convention/Convention européenne du paysage, Florenz 20.10.2000, noch nicht ratifiziert; vgl. *de Jong, Robert*: Die Landschaft als Gedächtnis, Erinnerung, Metapher und ...? – In: Hajós, Géza [Red.]: Denkmal – Ensemble – Kulturlandschaft am Beispiel Wachau. Wien 1999, S. 43–55 (46).

33 Vgl. Europarat, Denkmalschutzausschuss Sachverständigengruppe für Kulturlandschaften und Denkmalzonen, 10.9.1993, CC-PAT(93)80, wobei damals ausdrücklich auf Granada 1985 (sites/Denkmalzonen = Stätten) Bezug genommen wurde. Der Wortlaut ist abgedruckt bei *Hönes, Ernst-Rainer*: Denkmalrecht Rheinland-Pfalz. 2. Aufl. 1995, § 5 Rn. 25, S. 144.

Kulturlandschaften in Verbindung mit einer umfassenden Landschaftsschutzpolitik geplant werden, die sämtliche kulturellen, historischen, archäologischen, ökologischen, ästhetischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen des betroffenen Gebietes berücksichtigt.

Es geht somit um ein Aufgabengebiet, dem die Raumordnung und Landesplanung in Deutschland mit einigen Instrumentarien wohl näher steht als das Denkmalschutzrecht als Fachrecht für Einzeldenkmäler und flächenbezogene Denkmäler (z. B. Denkmalbereiche, Denkmalzonen, Denkmalschutzgebiete, Ensembles).³⁴ Andererseits fehlt der Raumordnung ein konkretes Schutzinstrument im Sinne der Erwartung des Europarates. Zudem kommt dem Denkmalrecht in der deutschen Rechtsordnung die Benennung der kulturellen Schutzgegenstände zu. Damit die historische Kulturlandschaft zum »Schutzgebiet« wird, ist erforderlich, dass für dieses geographisch festgelegte Gebiet bestimmte Erhaltungsziele ausgewiesen und damit geregelt werden, wobei der daran anknüpfenden Verwaltung (»Kulturlandschaftsmanagement«) besondere Bedeutung zukommt.

Die bereits erwähnte Europäische Landschaftskonvention vom 20. Oktober 2000 ist nun in Kraft getreten, jedoch hat sie Deutschland wegen bestehender Bedenken noch nicht ratifiziert. Daher gibt es auch noch keine amtliche deutsche Übersetzung.³⁵ Sie knüpft jedoch sprachlich nicht an die Kulturlandschaft der Empfehlung von 1995 an, sondern definiert in Art. 1 Buchst. a die Landschaft (landscape/paysage) als ein Teil eines Gebietes, dessen Charakter aus Wirkungen natürlicher und/oder menschlicher Faktoren und ihrer Wechselbeziehungen herrührt. Damit ist die Begriffsbestimmung weiter als der Begriff der historischen Kulturlandschaft, auch wenn die Konvention ausdrücklich in der Präambel auf die Welterbekonvention von 1972 und das Europarats-Übereinkommen von Granada 1985 und Malta 1992 Bezug nimmt.

Bei den europarechtlichen Vorgaben wurde im Rahmen der Europäischen Einheitlichen Akte vom 28. Februar 1986 im EGV mit den Art. 130 r bis 130 t ein neuer Titel für eine Umwelt-Kompetenz geschaffen. Schon seit der Richtlinie des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten³⁶ wurden in Art. 3 bei der Umweltverträglichkeitsprüfung die »Sachgüter und das kulturelle Erbe« berücksichtigt. Somit hat Dank des weiten Umweltbegriffs der EU auch das kulturelle Erbe in die deutsche Rechtsordnung Eingang gefunden.

Gemäß Anhang I Buchst. f. der Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme³⁷ geht es auch um »Sachwerte, das kulturelle Erbe einschließlich der architektonisch wertvollen Bauten und der archäologischen Schätze,

34 Vgl. Breuer, Tilman: Ensemble – ein Begriff gegenwärtiger Denkmalkunde und die Hypotheken seines Ursprungs. – In: Mörsch, Georg u. Strobel, Richard: Die Denkmalpflege als Plage und Frage, Festgabe für A. Gebebler. München 1989, S. 38–52.

35 Engl. und franz. Text im Internet.

36 RL 85/337/EWG vom 27.6.1985, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 175/40 vom 5.7.1985.

37 Amtsbl. EG L 197/30 vom 21.7.2001.

die Landschaft und die Wechselbeziehungen zwischen den genannten Faktoren«. Die Kulturlandschaft ist damit unstreitig einbezogen. Zur Auslegung der Begriffe darf auf die juristische Dissertation von *Lars Rößing*³⁸ Bezug genommen werden. Somit bleibt die Frage, wer in Deutschland die historische Kulturlandschaft zur Berücksichtigung im Recht von der Gesetzgebungszuständigkeit her definieren muss.

3 Zur Gesetzgebungszuständigkeit in Deutschland

Entsprechend der Zuständigkeitsverteilung nach dem Grundgesetz ist Denkmalschutz, soweit nicht Naturdenkmäler³⁹ oder der Abwanderungsschutz⁴⁰ angesprochen sind, weitgehend Sache der Länder, selbst wenn es sich um Denkmäler von nationaler Bedeutung handelt (Art. 30, 70, 83, 104a GG).⁴¹

Der Bund hat nach Art. 75, Abs. 1, Nr. 3 GG die Rahmenkompetenz für das Jagdwesen, den Naturschutz und die Landschaftspflege. Auf Grund dieser Kompetenzzuweisung wurde in Nachfolge des Reichsjagdgesetzes von 1934 bereits 1952 das Bundesjagdgesetz erlassen. Wie schon zu Zeiten des Reichsjagd- und -forstmeisters *Hermann Göring* war auch nach 1945 das Bedürfnis nach bundesgesetzlicher Regelung der Jagd dringlicher.

Durch das Bundesnaturschutzgesetz von 1976 hat der Bund von der Naturschutzkompetenz erstmals Gebrauch gemacht. Es beschränkt sich auf die Schöpfungen der Natur und deshalb bei der Erwähnung des Begriffs »Geschichte« aus kompetenzrechtlichen Gründen ausdrücklich auf die »Naturgeschichte« (z.B. § 28 BNatSchG).⁴² Aus dem 1994 ins Grundgesetz eingefügten Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen nach Art. 20a GG lässt sich ebenfalls keine Kompetenzerweiterung herauslesen.

Nach Art. 75, Abs. 1, Nr. 4 GG hat der Bund zwar die Rahmenkompetenz für die Raumordnung, doch dürfte dies auch zusammen mit dem Bodenrecht (Art. 74, Nr. 18 GG) nicht für eine Definitionskompetenz reichen, da der Begriff »Kulturlandschaft« schon vom Wortlaut her überwiegend kulturelle Bezüge hat.

Die kulturgeschichtliche Seite bis hin zur Kunst blieb bei der Teilung der Staatsgewalt zwischen Bund und Ländern traditionell bei den Ländern.⁴³ Somit stellt sich die

38 *Lars Rößing*: Denkmalschutz und Umweltverträglichkeitsprüfung. Schriften zur Umwelt, Bd. 134. 2004. Ebenfalls nach wie vor grundlegend *Boesler, Dorothee*: Die Kulturgüter als Bestandteil der Umweltverträglichkeitsprüfung. Diss. Bonn 1994. – Köln 1996.

39 Art. 75 Abs. 1 Nr. 3 GG; vgl. *Hönes, Ernst-Rainer*: Schutz von Naturdenkmälern. – In: Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland (NordÖR) 2003, H. 11, S. 429.

40 Art. 75 Abs. 1 Nr. 6 GG; vgl. *Hönes, Ernst-Rainer*: Das Gesetz zum Schutz deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung vom 6. August 1955. – In: Bayerische Verwaltungsblätter (BayVBl.) 1989, S. 38.

41 *Hönes, Ernst-Rainer*. – In: Natur und Recht 2000, S. 426. Vgl. *Hense, Ansgar*: Reform des Denkmalrechts. – In: Hense, Ansgar [Hrsg.]: Denkmalrecht unter Denkmalschutz? 2003, S. 79–91f.

42 *Hönes, Ernst-Rainer*: Schutz von Naturdenkmälern. – In: NordÖR 2003, S. 429 (434f.).

43 *Hönes, Ernst-Rainer*: Die Unterschutzstellung der Kulturdenkmäler. Köln 1987, S. 24f.

Frage, ob der Bund den Schutz historischer Kulturlandschaften, wenn er es wollte, überhaupt rechtswirksam regeln könnte, ob es eventuell eine Kompetenz kraft Sachzusammenhang gibt oder ob es hierzu nicht einer Kompetenzzuweisung im Grundgesetz bedürfte.

Andere Kompetenztitel wie die Förderung der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugung (Art. 74, Abs. 1, Nr. 17 GG) oder das Bodenrecht (Art. 74, Abs. 1, Nr. 18 GG) hat er bereits ausgeschöpft, ohne dass dort eine Regelung des Schutzes historischer Kulturlandschaften möglich war. Dies gilt insbesondere auch für das Bundeswaldgesetz.

Zur Klarstellung sei erwähnt, dass der Bund, wie seit 1980 erfolgt, aus kulturstaatlicher Mitverantwortung selbstverständlich eine Kompetenz zur Berücksichtigung des Denkmalschutzes im Bundesrecht hat.

4 Naturschutzrecht

Der Begriff »historische Kulturlandschaft« wurde, wie eingangs bereits erwähnt, durch das Gesetz zur Berücksichtigung des Denkmalschutzes im Bundesrecht vom 1. Juli 1980 in den Grundsätzen des Bundesnaturschutzgesetzes eingefügt. Der damals neue Grundsatz des § 2, Abs. 1 Nr. 13 lautete:

»Historische Kulturlandschaften und –landschaftsteile von besonders charakteristischer Eigenart sind zu erhalten. Dies gilt auch für die Umgebung geschützter oder schützenswerter Kultur-, Bau- und Bodendenkmäler, sofern dies für die Erhaltung der Eigenart oder Schönheit des Denkmals erforderlich ist.«

Gegen diese begrüßenswerte Berücksichtigung wurden aus Kompetenzgründen verfassungsrechtliche Bedenken angemeldet,⁴⁴ da der Schutzzweck des Gesetzes 1980 auf einen zuvor normativ im Bundesnaturschutzrecht nicht geregelten Bereich erstreckt wurde. Insoweit stellt das Gesetz zugleich eine Ergänzung der Denkmalschutzgesetze der Länder dar.⁴⁵ Andererseits fehlte es damals an einem umsetzungsbezogenen Teil der Regelung,⁴⁶ so dass einer Unterschutzstellung der historischen Kulturlandschaften als Kulturdenkmäler z.B. nach § 2, Abs. 2 S. 2 DSchG NW in Form der »von Menschen gestalteten Landschaftsteile« nichts im Wege stand oder heute steht. Heute sind die Grundsätze des § 2 BNatSchG nach § 11 BNatSchG nur noch Rahmenvorschriften für die Landesgesetzgebung. Somit kommt es auf die landesrechtlich geregelten Grundsätze an, soweit nicht ausdrücklich auf die bundesrechtlichen Grundsätze verwiesen wird.⁴⁷

44 Vgl. Moench, Christoph: Neue Juristische Wochenschrift 1980, S. 2343f.; BT-Drs. 14/6378 vom 20.6.2001, S. 37 zu Nr. 14; vgl. Kraft, Nikolaus: Der historische Garten als Kulturdenkmal. Wien 2002, S. 94f.

45 »Mit der Ergänzung des BNatSchG wird diese Lücke geschlossen«, so BT-Drucks. 8/3716; Moench, Christoph (Anm. 44), S. 2344. Vgl. Hönes, Ernst-Rainer: Denkmalschutz und Denkmalpflege in Rheinland-Pfalz. Mainz 1984, S. 38 und Text des Gesetzes vom 1.6.1980, S. 160.

46 Vgl. Olschowy, Gerhard: Erhaltung wertvoller Kulturlandschaften. – In: Olschowy, Gerhard [Hrsg.]: Natur- und Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3. Hamburg u. Berlin 1981, S. 812–817.

47 Z. B. § 2 Abs. 1 BbgNatSchG; § 2 Abs. 1 LNatSchG M-V; § 1 SächsNatSchG; § 1 Abs. 3 Thür-NatSchG.

Der neue bundesrechtliche Grundsatz des § 2, Abs. 1 Nr. 14 BNatSchG hat die denkmalrechtliche Berücksichtigung einschränkt. Er lautet nun:

»Historische Kulturlandschaften und –landschaftsteile von besonderer Eigenart, einschließlich solcher von besonderer Bedeutung für die Eigenart oder Schönheit geschützter oder schützenswerter Kultur-, Bau- und Bodendenkmäler, sind zu erhalten.«

Die amtliche Begründung dazu lautet:

»In Nr. 14 (Erhaltung der Kulturlandschaften) wird der im bisherigen § 2, Abs. 1 Nr. 13 angesprochene Aspekt des Erhalts der Umgebung geschützter oder schützenswerter Kultur-, Bau- und Bodendenkmäler in den Kontext des Erhalts historischer Kulturlandschaften und –landschaftsteile von besonderer Eigenart einbezogen. Diese Verknüpfung rechtfertigt sich nicht nur aus dem in vielen Fällen maßgeblichen Zusammenhang zwischen den vorgenannten Elementen, sondern ist insbesondere auch aus kompetenzrechtlichen Gründen geboten. Es wird klargestellt, dass der Umgebungsschutz der genannten Denkmäler nicht im allgemeinen – und damit in die Kompetenz des Denkmalschutzrechts der Länder fallenden – Sinne, sondern nur insoweit von den Grundsätzen des BNatSchG umfasst ist, als es gleichzeitig auch um den Schutz der für den Naturschutz wichtigen Flächen geht.«⁴⁸

Das ist eine »Rolle rückwärts« beim Schutz historischer Kulturlandschaften. In dem neuen Grundsatz Nr. 14 wird anders als in der Begründung gar nichts mehr zum Umgebungsschutz gesagt. Der Umgebungsschutz des früheren Satz 2 wurde also entgegen des Begründungstextes nicht in Satz 1 integriert, sondern in den Grundsätzen ersatzlos gestrichen. Diesen Mangel, den die Fraktion der Grünen vom Regierungsentwurf übernommen hatte, ist um so bedauerlicher, als die Grünen in ihrem Gesetzentwurf vom 8. Juli 1985⁴⁹ den bisherigen Nr. 13 als Nr. 14 unverändert beibehalten hatten. Die von der rot/grünen Bundesregierung 2002 durchgesetzte Formulierung geht in Wirklichkeit auf den Entwurf der Regierung Kohl von 1996 zur Neuregelung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege zurück.⁵⁰

Da es an einer speziellen Umsetzungsmöglichkeit im Sinne einer Erklärung zum Kulturlandschaftsschutzgebiet im BNatSchG aus kompetenzrechtlichen Gründen fehlte, hat man nun seit 2002 bei den Landschaftsschutzgebieten in § 26, Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG neben der Trias »der Vielfalt, Eigenart und Schönheit« auch die besondere kulturhistorische Bedeutung der Landschaft als Schutzgrund berücksichtigt, ohne jedoch den Begriff der historischen Kulturlandschaft ausdrücklich zu nennen. Auch diese Ergänzung befand sich schon im Gesetzentwurf der Vorgängerregierung Kohl von 1997.⁵¹ In der amtlichen Begründung hat man jedoch darauf hingewiesen, dass der Zweck erweitert wird und nun auch die besondere kulturhistorische Bedeutung eines Gebietes die Unterschutzstellung rechtfertigt (§ 2, Abs. 1 Nr. 14 BNatSchG).

Außerdem muss man bedenken, dass nunmehr generell bei der Erklärung zum Schutzgebiet nach § 22, Abs. 2 S. 2, letzter Halbsatz BNatSchG *»auch die für den*

48 BT-Drs. 14/6378 vom 20.6.2001, S. 37.

49 BT-Drs. 10/3628.

50 BT-Drs. 421/97 vom 13.6.1997 und BR-Drs. 636/96 vom 6.9.1996.

51 BR-Drs. 421/97 vom 13.6.1997.

Schutz notwendige Umgebung einbezogen werden« kann. Ob damit ein für die Kulturdenkmäler sinnvoller Umgebungsschutz erreicht werden kann, muss bezweifelt werden,⁵² zumal nun bei den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege nun auch der eigene Wert von Natur und Landschaft⁵³ betont wird.

Sicher stellt die nun getroffene Regelung die äußerste Grenze dar, die noch vom Kompetenztitel »Naturschutz« und »Landschaftspflege« vertretbar sein mag, soweit es um die Berücksichtigung des Denkmalschutzes im Naturschutzrecht des Bundes geht.

Der Begriff der »besonderen kulturhistorischen Bedeutung« ist ebenso wie die Begriffe »Kultur-, Bau- und Bodendenkmal« denkmalrechtlichen Ursprungs.⁵⁴

Damit ist nicht ausgeschlossen, dass z.B. in Brandenburg nach § 25, Abs. 2 Nr. 1 BbgNatSchG Biosphärenreservate beispielhaft dem Schutz, der Pflege, Entwicklung und Wiederherstellung von Kulturlandschaften mit reichem Natur- und Kulturerbe dienen können. Außerdem können nach § 26, Abs. 1 Nr. 2 BbgNatSchG großräumige, einheitlich zu entwickelnde und zu pflegende Gebiete, die sich als historisch gewachsene Kulturlandschaft für die naturverträgliche Erholung besonders eignen, zu Naturparks erklärt werden. Damit zeigt sich zugleich die Vielfalt verschiedenartiger Naturschutzziele⁵⁵ mit den damit verbundenen Abwägungsproblemen, wobei anders als beim Denkmalschutz die Geschichtlichkeit⁵⁶ der Landschaft nicht im Vordergrund stehen muss. Entsprechendes gilt auch für einzelne Kulturlandschaftselemente wie Alleen, die im Naturschutzrecht pauschal geschützt werden können,⁵⁷ zugleich jedoch als denkmalwerte Alleen dem Denkmalrecht unterliegen.⁵⁸

Aus der Fülle heutiger Schutzkategorien⁵⁹ sind wegen der flächenhaften Erscheinung der Kulturlandschaft und ihrer Kulturlandschaftsteile viele Naturschutzgebiete (§ 23 BNatSchG)⁶⁰ zu nennen. Auch die beiden naturschutzrechtlichen Kategorien des Objektschutzes (§§ 28, 29 BNatSchG) sind besonders zu erwähnen. Die Naturdenkmäler bzw. Naturdenkmale⁶¹ müssen erwähnt werden, weil sie für die Entwick-

52 Vgl. *Gassner; Bedomir-Kahlo u. Schmidt-Räntsch*: Bundesnaturschutzgesetz. 2. Aufl. München 2003, § 2 Rn. 99f.; kritisch *Kolodziejcok u. Recken*: Naturschutz. – In: *Landschaftspflege*, Bd. 1, Loseblatt, 46. Lfg. Berlin 2002, § 2 Rn. 149f.

53 Vgl. *Gassner, Erich*. – In: *Gassner; Bedomir-Kahlo u. Schmidt-Räntsch* [Hrsg.]: Bundesnaturschutzgesetz, 2. Aufl. München 2003, § 1 Rn. 1f.

54 *Gassner, Erich*. – In: *Gassner; Bedomir-Kahlo u. Schmidt-Räntsch* [Hrsg.]: Bundesnaturschutzgesetz, 2. Aufl. München 2003, § 2, Rn. 98.

55 Vgl. *Prilipp, Kai Marc*: Zur Problematik der Naturschutzziele, Problemzusammenhang und Lösungsansatz. Fachhochschule Osnabrück 1997, S. 192f.

56 Vgl. *Mörsch, Georg*: Zur Differenzierbarkeit des Denkmalbegriffs. – In: *Deutsche Kunst und Denkmalpflege* 39, 1981, H. 2, S. 99–108.

57 Vgl. z.B. Art. 12 Abs. 2 Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern, § 27 LNatSchG M-V sowie *Lehmann, Ingo; Dujesiefken, Dirk*: Die Alleen in Mecklenburg-Vorpommern, Teil 2: Rechtsgrundlagen und Schutz. – In: *Das Gartenamt* 10/1993, S. 643–647.

58 *Hönes, Ernst-Rainer*: Zum Schutz bestehender Alleen. – In: *Landes- und Kommunalverwaltung (LKV)* 1/2003, S. 7–11.

59 Vgl. *Büchter, Christiane u. Claas, Leiner*: Schutzkategorien im Naturschutzrecht. 2000, S. 11f.

60 So *Schenk, Winfried u. Gunzelmann, Thomas*: Kulturlandschaftspflege im Spannungsfeld von Denkmalpflege, Naturschutz und Raumordnung. – In: *Informationen zur Raumentwicklung*, 1999, H. 5/6, S. 347–350.

lung des Naturschutzrechts aus der Naturdenkmalpflege seit rund 100 Jahren⁶² in Anlehnung an den Schutz der Bau- und Kulturdenkmäler als Monumente der Natur⁶³ auch zahlenmäßig besondere Bedeutung haben. Außerdem sind nach der Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes von 2002 Naturdenkmale gemäß § 28, Abs. 1 BNatSchG nun Einzelschöpfungen der Natur »oder entsprechende Flächen bis fünf Hektar«, so dass auch flächig ausgebildete Landschaftselemente bis 5 ha als Schutzgut in Frage kommen. Mit dieser Änderung ist jedoch wohl mehr aus Versehen die seit 1902 gegebene Möglichkeit, wonach die Festsetzung auch die für den Schutz des Naturdenkmals notwendige Umgebung einbeziehen kann (§ 17, Abs. 1, S. 2 BNatSchG a.F.), ersatzlos weggefallen. Die neue Möglichkeit des Umgebungsschutzes bei der Erklärung zum Schutzgebiet nach § 22 BNatSchG nimmt gemäß § 22, Abs. 2, S. 2 BNatSchG ausdrücklich nur auf Absatz 1 Nr. 1 Bezug (Naturschutzgebiet, Nationalpark usw.) und nicht auf Nr. 2 (Naturdenkmal oder geschützter Landschaftsbestandteil). Da wegen dem Schutz des Eigentums (Art. 14 GG) und anderer Grundrechte die Regelung an den Wortlaut gebunden ist, kann auch keine entsprechende Anwendung der ohnehin schwachen Umgebungsschutzregelung bei der Inschutznahme der Naturdenkmale erfolgen.⁶⁴ Dabei ist doch gerade der Umgebungsschutz für Natur- und Kulturdenkmäler in der Kulturlandschaft oft von besonderer Bedeutung. Der Bund hat auch die beiden ab 2002 nachfolgenden kleinen Änderungen des Bundesnaturschutzgesetzes nicht⁶⁵ dazu genutzt, den Schutz der Umgebung in § 22, Abs. 2 S. 2 BNatSchG dahin zu erweitern, dass auch Naturdenkmale oder geschützte Landschaftsbestandteile nach § 22, Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG in den Umgebungsschutz einbezogen werden.

Hans Hermann Wöbse meint, dass die Kategorien Naturschutzgebiet und Naturdenkmal der historischen Kulturlandschaft, dem Kulturlandschaftsteil oder Kulturlandschaftselement nicht gerecht werden.⁶⁶ Dieser fachlichen Interpretation steht aus juristischer Sicht jedoch, wie noch zu zeigen sein wird (nachstehend 5.), das Raumordnungsgesetz entgegen, da dort in § 2, Abs. 2 Nr. 13 S. 2 ROG ausdrücklich der gewachsenen Kulturlandschaften mit ihren Kultur- und Naturdenkmälern zu erhalten sind. Daher bleibt (nach der bisherigen Rechtslage) für *Wöbse* neben dem Landschaftsschutzgebiet »als Element für den Flächenschutz nur der geschützte Landschaftsbestandteil«. ⁶⁷ Abgesehen davon, dass diese Kategorie nach wie vor zum

61 Der unterschiedlichen Pluralbildung kommt keine rechtliche Bedeutung zu. Vgl. *Hönes, Ernst-Rainer*: Die Unterschutzstellung von Kulturdenkmälern. 1987, S. 76.

62 Vgl. *Hönes, Ernst-Rainer*, Das hessische Denkmalschutzgesetz vom 16. Juli 1902. – In: Die alte Stadt 2002, H. 3, S. 236–252; *Milnik, Albrecht*: Hugo Conwentz »Naturschutz, Wald und Forstwirtschaft«. 1997, S. 45f.

63 Vgl. *Hönes, Ernst-Rainer*: Schutz von Naturdenkmälern. – In: Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland (NordÖR) 2003, H. 11, S. 429–436.

64 So *Hönes, Ernst-Rainer*: Über den Schutz von Naturdenkmälern. – In: Die Gartenkunst 2004, H. 2 (im Druck).

65 Z. B. Art. 5 des Gesetzes zur Anpassung des Baugesetzbuches an EU-Richtlinien (Europarechtsanpassungsgesetz Bau – EAG Bau). Vom 24.6.2004 (BGBl. I S. 1359/1381).

66 *Wöbse, Hans Hermann*: »Kulturlandschaft« und »historische Kulturlandschaft«. – In: Informationen zur Raumentwicklung 1999, H. 5/6, S. 269–275.

67 *Wöbse, Hans Hermann* (Anm. wie zuvor), S. 275.

Objektschutz gehört, fehlt es mittlerweile auch hier mangels Verweisung in § 22 BNatSchG an der bundesrechtlichen Vorgabe für einen wirksamen Umgebungsschutz.

Die das Verhältnis des Naturschutzes ansprechende Regelung des § 5, Abs. 1 BNatSchG als Rahmenvorschrift zu Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft besagt nur, dass bei Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege die besondere Bedeutung einer natur- und landschaftsverträglichen Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft für die Erhaltung der Kultur- und Erholungslandschaft zu berücksichtigen ist. Angesprochen wird damit die Behandlung der Zivilisationslandschaft durch diese Landnutzer im Dauerkonflikt Agrarwirtschaft/Naturschutz ohne Bezug zur historischen Kulturlandschaft des § 2, Abs. 1 Nr. 14 BNatSchG. Somit wird durch § 5, Abs. 1 BNatSchG lediglich implizit festgestellt, dass der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft für die Erhaltung der Kultur- und Erholungslandschaft eine besondere Bedeutung zukommt.⁶⁸

Natur- und Kulturdenkmalschutz müssen als Partner von Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft zusammenarbeiten. Hier gibt es gute und leider auch andere Beispiele. So entschied das schleswig-holsteinische Obergericht am 26. April 2001, dass der vorgenommene Lehmbau in der Nähe von einem denkmalgeschützten, von Bäumen umstandenen Hügelgrab wegen der hierbei entstandenen Wasserflächen unzulässig sei, da das in Rede stehende Kulturdenkmal und weitere Hügelgräber nach dem Empfinden eines für die Belange der Denkmalpflege aufgeschlossenen Betrachters wesentlich beeinträchtigt würden. »In diese – weil noch wesentlich unberührt – Wechselbeziehung zwischen Denkmal und Landschaft und umgekehrt greift die nicht wiederverfüllte Teichfläche als landschaftsfremdes Element wesentlich störend ein. Sie zieht unwillkürlich fixierend die Aufmerksamkeit des Betrachters ab, beeinträchtigt die landschaftliche Harmonie und schmälert erheblich die Erhabenheit der Denkmale sowie deren Gesamteindruck in der Landschaft.«⁶⁹ Dieses überzeugende Urteil zu Gunsten des Erhalts der Kulturlandschaft wurde durch eine Entscheidung des zuständigen Landrats in Abstimmung mit dem Ministerium 2003 dadurch rechtsstaatlich bedenklich konterkariert, dass die Anordnung von 1994 auf Wiederherstellung des alten Zustands widerrufen wurde, da es sich nun nach Feststellung des Landesamtes für Umwelt und Natur des Landes Schleswig-Holstein bei dem durch die (unerlaubte) Abgrabung entstandenen Gewässer um ein geschütztes Biotop nach § 15a LNatSchG SH handeln soll, dem mehr Gewicht beizumessen sei, als den Belangen des Denkmalschutzes.⁷⁰ Hier haben Biotopschutz und Angler letztlich über ein rechtskräftiges Urteil »gesiegt«, da Kulturlandschaftsschutz ausschließlich vom Denkmalschutz über den denkmalrechtlichen Umgebungsschutz vertreten werden musste.

Das Gericht hat sich jedoch von solch politischen Querschlägern nicht entmutigen lassen und auch in anderen Fällen den Schutz der Umgebung der Denkmäler bestätigt.⁷¹ So hat das OVG Schleswig-Holstein nun für die Insel Sylt bezüglich eines

68 Vgl. Deutscher Bundestag Drucksache 14/6378 vom 20.6.2001, S. 39.

69 OVG Schleswig-Holstein, Urt. v. 26.4.2001–1 L 60/98 – amtlicher Umdruck S. 12.

70 »Bunsoher Biotop darf sich weiter entwickeln«. – In: Dithmarscher Rundschau vom 4.11.2003.

Aufforstbegehrens festgestellt, dass die prähistorischen Gräber in einer offenen, baumfreien Kulturlandschaft angelegt wurden, die schon im Neolithikum so verarmt war, dass sich Heideflächen ausbreiteten. Das freie Feld ist nach Auffassung des Gerichts »gewissermaßen existentiell notwendig für die Hügelgräber«. *Diese gewichtigen Gründe standen der Erteilung der Genehmigung zur Wiederaufforstung entgegen* (§ 9 DSchG SH).⁷²

Verschiedenartige Auffassungen gibt es manchmal auch unter den Fachvertretern. So wurde ab 1999 über ein Projekt »Kies-Sand-Tagebau Sollnitz« am Rande des Dessau-Wörlitzer Gartenreichs gestritten, bei dem das Landesamt für Denkmalpflege in Halle und das Kultusministerium Sachsen-Anhalt in Magdeburg ebenso wie die Biosphärenreservatsverwaltung wegen des erheblich beeinträchtigenden Eingriffs strikt gegen das Projekt waren,⁷³ während ein Gutachten zur »Beurteilung landschaftsästhetischer und kulturlandschaftlicher Auswirkungen der geplanten Abbauerweiterung Sollnitz-West durch die Fa. Mitteldeutsche Baustoff GmbH« vom Juni 2000 zu der Folgerung kam, dass bei den Abgrabung von einer Fläche von 31,2 ha, wobei 23,4 ha Wasserflächen neu entstehen sollten, durchaus die Möglichkeit besteht, »dass bei Durchführung entsprechender landschaftsgestalterischer Maßnahmen die künftigen Seeflächen mit der Ausprägung ihrer Uferbereiche im Sinne des Englischen Gartens eine höhere ästhetische Wertigkeit erlangen können als die vorhandene intensiv genutzte Ackerfläche«. ⁷⁴

Als Ergebnis ist zu berichten, dass das VG Dessau mit Urteil vom 6. April 2001 feststellte, dass das Dessau-Wörlitzer Gartenreich kein Kulturdenkmal in seiner Gesamtheit im Sinne von § 2, Abs. 2 DSchG LSA sei.⁷⁵ Das Gericht kam jedoch weiter zu der Überzeugung, dass sich das klägerische Vorhaben als negativ prägender Fremdkörper und damit als Eingriff in das Landschaftsbild im Sinne von § 12, Abs. 1 NatSchG LSA erweist. »Hinsichtlich des optischen Erscheinungsbildes eines mehr als 20 ha großen Kiessees an einem Ort, an dem solche Gewässer landschaftstypisch sind, ist ein solcher Ausgleich eines Eingriffs in das Landschaftsbild schlechthin ausgeschlossen«. ⁷⁶

71 Vgl. Hönes, Ernst-Rainer: Der Schutz der Umgebung an Beispielen aus der Rechtsprechung. – In: Denkmalschutz Informationen (DSI) 2001, H. 3, S. 43–53f.

72 OVG Schleswig-Holstein, Urt. v. 29.9.2003–1 LB 64/03 – amtl. Umdruck S. 9f.; vgl. zu den Problemen mit dem Forst Hönes, Ernst-Rainer: Zum Denkmal-, Naturschutz- und Forstrecht beim historischen Grün. – In: Burgen und Schlösser (BuS) 2004, H. 2, S. 78–88.

73 Vgl. Hönes, Ernst-Rainer: Baudenkmal und Denkmalbereich am Beispiel des Dessau-Wörlitzer Gartenreichs. – In: Landes- und Kommunalverwaltung (LKV) 2001, S. 438–443.

74 So Wöbse, Hans Hermann u. Wöbse, Johannes: Gutachten Juni 2000, S. 8.

75 VG Dessau, Urt. v. 6.4.2001, Natur und Recht (NuR) 2002, S. 108–109f. = LKV 2002, S. 478f.

76 VG Dessau, NuR 2002, S. 113.

5 Raumordnungsrecht

Die Raumordnung wurde in Deutschland nicht zuletzt wegen der Vorbelastungen durch das Dritte Reich (»nationalsozialistische Kulturlandschaft«)⁷⁷ vom Bund verhältnismäßig spät geregelt. Das Raumordnungsgesetz vom 8. April 1965 hatte in § 1, Abs. 1 S. 2 ROG bei den Aufgaben und Zielen der Raumordnung lediglich festgelegt, dass die natürlichen Gegebenheiten sowie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Erfordernisse zu beachten sind. Nach dem Grundsatz des § 2, Abs. 1 Nr. 5 Satz 2 ROG a.F. soll die Landeskultur gefördert werden. Damals (1965) hatte man hierbei ebenso wie beim Begriff »Landeskultur« in Art. 89, Abs. 3 GG weniger an historische oder gewachsene Kulturlandschaften als Schutzgegenstand gedacht, sondern man wollte einen Zustand der Kulturlandschaft herbeiführen, der es ermöglicht, aus dem Boden die denkbar günstigsten Erträge bei gleichzeitiger Wahrung der Bodenfruchtbarkeit zu gewinnen. Nach dem Grundsatz Nr. 8 sollten die landsmannschaftliche Verbundenheit sowie die geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge berücksichtigt werden. Auch wenn dies darauf hindeutet, dass gewisse kulturelle Aspekte von der Siedungsgeschichte bis zur Religion beim »Raumbewusstsein«⁷⁸ eine Rolle spielten, waren die historischen Relikte bei den Grundsätzen der Raumordnung in der Praxis meist zu wenig berücksichtigt. Daher wurde diese Regelung auf Betreiben des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz⁷⁹ durch Art. 1 des Gesetzes zur Berücksichtigung des Denkmalschutzes im Bundesrecht vom 1. Juni 1980 wie folgt ergänzt: »Auf die Erhaltung von Kulturdenkmälern ist zu achten«.

In der Neufassung der nun 12 Grundsätze der Raumordnung wurde auf den Begriff »Landeskultur« verzichtet. Dafür wurde in § 2, Abs. 1 Nr. 7 S. 1 ROG festgelegt, dass die land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung dazu beiträgt, »die Kulturlandschaft zu erhalten und zu gestalten«. Heute ist jedoch von Kulturlandschaft an dieser Stelle nicht mehr die Rede. Land- und Forstwirtschaft tragen nur noch dazu bei »Natur und Landschaft zu gestalten« (§ 2, Abs. 1 Nr. 10 ROG 1998). Der frühere Grundsatz Nr. 8 wurde 1989 Nr. 11 und dabei wie folgt gefasst: »Die landsmannschaftliche Verbundenheit sowie die geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge sollen berücksichtigt werden. Auf die Erhaltung von Kultur- und Naturdenkmälern ist zu achten«.

Somit wurde die Neuregelung von 1980 beibehalten und um »Naturdenkmäler« ergänzt.

Seit der Änderung vom 18. August 1997 durch das Bau- und Raumordnungsgesetz 1998 sind es nun mehr Leitvorstellungen (Ziele) und sogar 15 Grundsätze der Raumordnung geworden. Der neue Grundsatz des § 2, Abs. 2, Nr. 13 ROG lautet:

77 Vgl. *Fehn, Klaus*: Rückblick auf die »nationalsozialistische Kulturlandschaft«. Unter besonderer Berücksichtigung des völkisch-rassistischen Missbrauchs von Kulturlandschaftspflege. – In: Informationen zur Raumentwicklung 1999, H. 5/6, S. 279.

78 Vgl. *Buchner, Werner*: Raumbewusstsein. – In: BayVBl. 1986, S. 641.

79 Vgl. *Hönes, Ernst-Rainer*: Die historische Kulturlandschaft in der Gesetzeslandschaft. – In: Denkmalschutz Informationen 2003, H. 3, S. 62; *Moench, Christoph*: Denkmalschutz im Bundesrecht. – In: NJW 1980, S. 2343.

»Die geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge sowie die regionale Zusammengehörigkeit sind zu wahren. Die gewachsenen Kulturlandschaften sind in ihren prägenden Merkmalen sowie mit ihren Kultur- und Naturdenkmälern zu erhalten.«⁸⁰

Die gewachsene Kulturlandschaft in Nr. 13 wurde zusätzlich aufgenommen.⁸⁰ Definiert oder in der amtlichen Begründung erläutert wurde dieser im Bundesrecht neue Begriff jedoch nicht, obwohl der nachfolgende § 3 ROG sieben Begriffsbestimmungen enthält. So sind nach § 3 Nr. 2 ROG die Ziele der Raumordnung verbindliche Vorgaben, während nach § 3 Nr. 3 ROG die Grundsätze allgemeine Aussagen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums in oder auf Grund von § 2 ROG als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen sind.

Hierbei muss man zur Auslegung der Grundsätze des § 2 ROG zunächst festhalten, dass in § 1 ROG die seit 1965 gängige Trias der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Erfordernisse auf die »sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum« reduziert wurde. Somit ist bei der neuen zentralen Leitvorstellung der nachhaltigen Raumentwicklung für die kulturellen Ansprüche nach Streichung dieses Begriffs kein Platz mehr, obwohl in den »Grundlagen einer Europäischen Raumentwicklungspolitik« von 1995⁸¹ die Erhaltung des historischen Erbes als ein wesentlicher Aktionsbereich für die Strategie nachhaltiger Entwicklung angesehen wurde. Gegen die Vermutung, dass der kulturelle Aspekt nun unter den sozialen Aspekt subsumiert werden kann, spricht der ersatzlose Wegfall des seit 1965 eigenständigen Aspekts der kulturellen Erfordernisse neben den sozialen Erfordernissen. Das Ziel, die prägende Vielfalt der Teilräume zu stärken (§ 1, Abs. 2 Nr. 5 ROG), wirkt ohne das Bekenntnis zu den kulturellen Erfordernissen farblos, so dass die Kulturgüter nach der Streichung der kulturellen Belange hier nur schwer subsumierbar sein dürften.⁸² Schließlich können mit dem Begriff z. B. auch Industrie- oder Windparks in ihrer prägenden Vielfalt gemeint sein, da der jetzigen Aufzählung die positive Färbung fehlt, die sonst vielfach bei Kulturlandschaften festzustellen ist. Natürlich kann diese Leitvorstellung auch dazu beitragen, die regionale Differenzierung verschiedenartiger Kulturlandschaften zu erhalten bzw. dem Prozess der regionalen Nivellierung entgegenzuwirken.

Dies führt zu dem bereits zitierten Grundsatz des § 2, Abs. 2 Nr. 13 S. 1 ROG, wonach die geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge sowie die regionale Zugehörigkeit zu wahren sind. Der bisher dritte Leitgedanke, »die landsmannschaftliche Verbundenheit« ist weggefallen, so dass die Formulierung heute nur noch in Teilen dem sprachlichen Vorbild des Art. 29, Abs. 1 S. 2 GG entspricht. Somit ist heute die Auslegung der geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge nicht mehr so sehr an einem geistig-seelisches Band wie den Heimatgedanken⁸³ im Sinne

80 Bundesrat Drucksache 635/96 vom 6.9.1996, S. 80.

81 BM Bau [Hrsg.]: Grundlagen einer Europäischen Raumentwicklungspolitik. Bonn 1995; vgl. Schenk, Winfried. – In: Schenk, Winfried; Fehn, Klaus u. Denecke, Dietrich [Hrsg.]: Kulturlandschaftspflege. 1997, S. 4.

82 So aber Frenz, Walter: Raumordnungsgesetz 1998 und Umsetzung in den Ländern. – In: UPR 2003, S. 361–365.

83 Vgl. Evers, Hans-Ulrich: Bonner Kommentar, Art. 29 Rn. 44. Drittbearbeitung 1980.

der landsmannschaftlichen Verbundenheit orientiert,⁸⁴ so dass alle geschichtliche und kulturelle Zusammenhänge gleichermaßen zum Tragen kommen.

Zum Begriff »geschichtlich« können die in den letzten 100 Jahren entwickelten Kriterien zum Denkmalebegriff⁸⁵ herangezogen werden, wobei die Geschichte sowohl als »vierte Dimension«⁸⁶ des Denkmals als auch des Raumes bezeichnet werden kann. Geschichtliche Zusammenhänge kann es von der Erdgeschichte⁸⁷ bis in die jüngste Vergangenheit⁸⁸ geben, wobei von der Rechtsprechung der Dokumentationswert, der Aussagewert, der Erinnerungswert und der Assoziationswert besonders diskutiert werden.⁸⁹ Hierbei sind nicht nur die Dokumente des angenehmen und leichten Erbes schutzwürdig, sondern auch die geschichtlichen Zusammenhänge, die wir als »Last der Vergangenheit« bezeichnen.⁹⁰ Es handelt sich somit um einen Bereich, der von der naturwissenschaftlichen Seite des Naturschutzes nicht abgedeckt werden kann und deshalb bei der Bewertung der Kulturlandschaft manchmal »vergessen« wird. Auch andere Relikte der Kulturlandschaft von ehemaligen Militäranlagen wie dem Westwall oder die ehemalige Ordensburg Vogelsang in der Eifel bis zu neuzeitlichen Atombunkeranlagen mit oberirdischen Nebengebäuden von den Mannschafts- und Dienstgebäuden bis zum Hundezwinger,⁹¹ die wegen geänderter technischer Voraussetzungen nicht mehr gebraucht werden, sind vom Abbruch bedroht, falls sie nicht einen anderen Nutzer finden oder z. B. zum Fledermausreservat und damit zu »Natur« werden.

Die kulturellen Zusammenhänge beziehen sich nicht nur auf die kulturelle Entwicklung einer Region (Residenzstadt)⁹² und die kulturellen Einrichtungen (Theater- oder Museumslandschaft) einschließlich Schulen und Kirchen, sondern meint wie der Begriff in Art. 29 GG auch die Zusammengehörigkeit nach Kulturlandschaften, gemeinsamen Kulturdenkmälern, gemeinsamen Kulturmittelpunkten.⁹³ Kulturelle Zusammenhänge beziehen sich nach der Rechtsprechung zum Denkmalschutzrecht auch auf Zeugnisse der »Unkultur« wie ein ehemaliges Konzentrationslager.⁹⁴

84 Vgl. zum 1955 im Auftrag des Bundesministers des Innern erstellten Luther-Gutachten *von der Heide, Hans-Jürgen*. – In: Cholewa, Werner u. a.: Raumordnung in Bund und Ländern. 4. Aufl. 1998, 5. Lieferung Januar 2001, § 2 Grundsatz nr. 13, Rn. 3.

85 Vgl. *Kleeberg, Rudolf u. Eberl, Wolfgang*: Kulturgüter in Privatbesitz. 2. Aufl. 2001, Rn. 45; *Hönes, Ernst-Rainer*: Die Unterschutzstellung der Kulturdenkmäler. 1986, S. 108f.

86 Vgl. *Hönes, Ernst-Rainer*: Denkmalrecht Rheinland-Pfalz. 2. Aufl. 1995, § 3 Rn. 62 unter Bezug auf OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 30.5.1984–8 A 180/83 – (nicht veröffentlicht).

87 Vgl. *Hönes, Ernst-Rainer*: Zum Schutz erdgeschichtlicher Funde. – In: NuL 61, 1986, S. 3f.

88 Vgl. *Lange, Rolf*: Architektur und Städtebau der sechziger Jahre. Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 65. 2003.

89 Vgl. *Wurster, Hansjörg*: Denkmalschutz und Erhaltung. – In: Michael Hoppenberg [Hrsg.]: Handbuch des öffentlichen Baurechts. 1992f. (Loseblatt), 10. Lfg. 2001, Teil D, Rn. 39f.

90 Vgl. *Hönes, Ernst-Rainer*: Die Unterschutzstellung der Kulturdenkmäler. 1987, S. 114.

91 Z. B. der Nordkirchener Bunker in NRW. Hierzu wurde ein Gutachten erstellt.

92 Vgl. *Ruckel, Peter*. – In: Bielenberg, Walter u. a.: Raumordnungs- und Landesplanungsrecht des Bundes und der Länder, Bd. 1 1979f., 45. Lfg. 2002, § 2 Rn. 149.

93 *Maunz, Theodor u. Herzog, Roman*. – In: Maunz, Theodor u. Dürig, Günter: Grundgesetz, Bd. III, Lieferung Mai 1977, Art. 29 Rn. 31.

94 OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 27.9.1989, NJW 1990, S. 2018 = Denkmalschutz Informationen 1991, H. 2, S. 58; abgedruckt auch bei *Eberl, Wolfgang* u. a.: Entscheidungen zum Denkmalrecht,

Nach § 2, Abs. 2 Nr. 13 S. 2 ROG sind, wie bereits erwähnt, die gewachsenen Kulturlandschaften zu erhalten. Gemessen an dem bereits beim Naturschutzrecht diskutierten Begriff der »historischen Kulturlandschaften« (§ 2, Abs. 1 Nr. 14 BNatSchG) ist dies der engere Begriff, da mit dem Zusatz »gewachsen« (vielleicht ungewollt) ein Gegensatz zwischen »gewachsen« und »geplant« hineininterpretiert⁹⁵ wird mit der Folge, dass die Dessau-Wörlitzer oder die Potsdamer Kulturlandschaft als Kulturlandschaft (»site«) zwar zum Erbe der Welt gehört, vielleicht aber nicht zur »gewachsenen Kulturlandschaft« des § 2, Abs. 2 Nr. 13 ROG. Damit würde von den von der UNESCO in den von dem zwischenstaatlichen Komitee für den Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt aufgestellten Richtlinien⁹⁶ von den drei Hauptkategorien zumindest die am leichtesten erkennbare Kategorie nicht darunter fallen, da sie eine von Menschen absichtlich gestaltete (und nicht gewachsene) Landschaft ist.

Auch wenn für manche Raumplaner die »wahre Landschaft« nur etwas Gewachsenes, Organisches oder Lebendiges sein mag, ist für die Kulturlandschaft in Mitteleuropa nun »letztlich das Wirken des homo oeconomicus entscheidend«.⁹⁷

Fraglich ist weiterhin, ob die dritte Hauptkategorie, die assoziative Kulturlandschaft (associative cultural landscape) immer auch eine »gewachsene Kulturlandschaft« ist, obwohl die Aufnahme solcher Landschaften in die Welterbeliste sich eher aufgrund der starken religiösen, künstlerischen oder kulturellen Bezüge des Naturbestandteils als aufgrund materieller kultureller Spuren rechtfertigen lässt, die unwesentlich sein oder ganz fehlen können.

Die von § 2, Abs. 2, Nr. 13 S. 2 ROG geforderten prägenden Merkmale sind bei dieser dritten Hauptkategorie nun trotz aller »Natürlichkeit« nicht die gewachsenen Merkmale, auch wenn sie dazugehören, sondern die religiösen, künstlerischen oder kulturellen Verknüpfungen von Vorstellungen, für die das Raumordnungsrecht blind zu sein scheint. Somit wird auch am Begriff der gewachsenen Kulturlandschaft deutlich, dass die Streichung der kulturellen Belange bei den Zielen der Raumordnung in Deutschland wohl auch eine gewisse Konsequenz haben sollte.

Aus Verantwortung für den ausreichenden tatsächlichen und rechtlichen Schutz aller historischen Kulturlandschaften sowie gebunden an die geltenden europäischen und internationalen Vorgaben, sollte de lege ferenda im Bundesrecht einschließlich Raumordnungsrecht der Begriff der (historischen) Kulturlandschaft möglichst einheitlich verwendet werden. Dies gilt auch mit Rücksicht auf die notwendige Berücksichtigung der Kulturlandschaft als Kulturgut oder Kulturerbe bei der europaweit

Bd. 1. 1997f. Kennzahl 2.1.2 Nr. 6.

95 Vgl. die Unterscheidung der Wortpaare »geplant« und »gewachsen« beim Polaritätsprofil bei *Burckhard, Lucius*: Landschaftsentwicklung und Gesellschaftsstruktur. – In: Friedrich Achleitner [Hrsg.]: Die Ware Landschaft. 2. Aufl. 1977, S. 9–19.

96 Vgl. WHC/2/revidierte Fassung Februar 1996 »landscape designed and created intentionally by man«; vgl. *Rössler, Mechthild*: Cultural Landscapes. – In: Bundesdenkmalamt [Hrsg.]: Denkmal – Ensemble – Kulturlandschaft am Beispiel Wachau. Wien 1999, S. 25–26.

97 *Kleefeld, Klaus-Dieter*: Gliederungen und Markierungen historischer Kulturlandschaftsteile. – In: Harteisen, Ulrich; Schmidt, Alexandra u. Wulf, Monika [Hrsg.]: Kulturlandschaftsforschung und Umweltplanung. 2000, S. 15–30.

eingeführten Umweltverträglichkeitsprüfung.⁹⁸ Bis dahin sollte man den Begriff der gewachsenen Kulturlandschaft möglichst weit auslegen.

Die Änderungen des ROG von 2004 haben das Recht der Raumplanung an Elemente des europäischen Rechtssystems im Bereich des Umweltrechts angeglichen und dabei teilweise strukturell vereinfacht. Anlass für die Einleitung des Gesetzgebungsverfahrens durch die Bundesregierung war die Verpflichtung, die Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme, ABl. EG Nr. L 197 S. 30 (Plan-UP-Richtlinie) in das deutsche Recht des Städtebaus und der Raumordnung umzusetzen. Auch wenn diese wichtige Änderung zentrale Bereiche der Raumordnung betraf, sind, soweit ersichtlich, die vorstehenden Aussagen insbesondere zur »gewachsenen« Kulturlandschaft des § 2, Abs. 2 Nr. 13 ROG noch aktuell.

6 Baurecht

Das Baugesetzbuch des Bundes hat insbesondere beim Bauen im Außenbereich (§ 35 BauGB) für die Frage der Erhaltung der Kulturlandschaft große Bedeutung. Ohne Zweifel gehören die §§ 29f. BauGB zu den wichtigsten Regelungen des Städtebaurechts. Erwähnt werden soll hier nur die Ausnahmeregelung des § 35, Abs. 4 S. 1 Nr. 4 BauGB, die von der Baurechnovelle 2004 nicht direkt betroffen ist. Danach wird die bauliche Änderung oder die Nutzungsänderung erhaltenswerter, das Bild der Kulturlandschaft prägender Gebäude auch dann begünstigt, wenn sie aufgegeben sind, wenn also der Bestandsschutz an sich geendet hat. Durch die Erleichterung bei Modernisierung, Umbau und Nutzungsänderung soll die Weiterentwicklung wertvollen Gebäudebestands (z. B. Burgen, Fachwerkhäuser, Windmühlen) ermöglicht werden, um diesen vor dem Verfall zu schützen.⁹⁹

Nordrhein-Westfalen hat hierzu nun am 26.3.2004 Richtlinien erlassen,¹⁰⁰ die unter 3.4 auch auf das »Bild der Kulturlandschaft« eingehen. In der Regel ist danach die Voraussetzung Nr. 4 »das Bild der Kulturlandschaft prägend« erfüllt, wenn das Gebäude unter Denkmalschutz steht.¹⁰¹ Förmlicher Schutz (z. B. für eine Wassermühle) ist danach also ein Indiz, aber nicht Voraussetzung. Es gibt nach Auffassung der Autoren der Richtlinie auch Denkmäler, die (als Fremdkörper) nicht das Bild der Kulturlandschaft prägen. Sollte die Richtlinie damit anerkennen wollen, dass es auch Kulturlandschaften ohne geschützte Kulturdenkmäler gibt, so ist dem nicht zu widersprechen. Schließlich erreichen viele wichtige Kulturlandschaftselemente nicht

98 Vgl. Landschaftsverband Rheinland [Hrsg.]: Kulturgüterschutz in der Umweltverträglichkeitsprüfung. Beiträge zur Landesentwicklung, 53. – Köln 1997.

99 Bönker, *Christian*. – In: Hoppe; Bönker u. Grotefels: Öffentliches Baurecht. 3. Aufl. 2004, § 7 Rn. 268.

100 Grundsätze zur planungsrechtlichen Beurteilung von begünstigten Vorhaben im Außenbereich – Außenbereichserlass – als Gem.RdErl. des Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport und des Ministeriums für Umwelt vom 26.3.2004 (Gliederungsnummer 2311).

101 OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 24.2.1983–1 A 166.81, BauR 1983, S. 447.

die Bedeutungsschwelle, die für den Schutz als Kulturdenkmal oder Naturdenkmal erforderlich ist. Das Ganze ist hier unstreitig mehr als die einzelnen Elemente.

Es besteht hier aber der begründete Verdacht, dass durch die Reduzierung der Denkmaleigenschaft als ein Indiz für die Kulturlandschaft die Geschichte der Landschaft auf gewisse Ideale oder Vorstellungen eingegrenzt werden soll. Darauf weist die Ergänzung hin, dass bei einer Hofanlage eine ganzheitliche Betrachtung des Ensembles erforderlich ist; »das Nebengebäude einer bereits überformten Hofstelle kann in der Regel nicht allein das Bild der Kulturlandschaft prägen«. Die Entwicklung solcher Vorstellungen aus einem denkbaren früheren Heimatkundeunterricht hätten die Autoren der Richtlinie besser den Fachleuten überlassen, denn dies ist wie die Frage nach der Denkmaleigenschaft zumindest aus denkmalrechtlicher Sicht eine Fachfrage, die nach dem Wissens- und Erkenntnisstand von Sachverständigen zu beantworten ist.¹⁰² Daher verweist die Richtlinie einige Zeilen weiter auch darauf, dass im Zweifelsfall der Antragsteller ein entsprechendes Gutachten durch verschiedene sachkundige Stellen erstellen lassen kann, z. B. durch das Geographische Institut der Universität Bonn, Historische Geographie. Hier ist die Richtlinie juristisch wieder auf dem richtigen Weg.

Keineswegs kann die pauschale Aussage akzeptiert werden, dass es auch Denkmäler gibt, die (als Fremdkörper) nicht das Bild der Kulturlandschaft prägen, da dies, selbst wenn es einmal zutreffen sollte, im Text eines Außenbereichserlasses geeignet ist, (unerwünschte?) historische Vorgaben zu missachten. Schließlich können in der historischen Kulturlandschaft Elemente, Strukturen und Bereiche aus unterschiedlichen zeitlichen Schichten nebeneinander und in Wechselwirkung miteinander vorkommen.

Dies steht schon in einem von Nordrhein-Westfalen angeregten Beschluss der Kultusministerkonferenz von 2003, der nachstehend unter 7. beim Denkmalschutz dargestellt und nur deshalb hier erwähnt wird, weil die Länder auf der 244. Sitzung des Kulturausschusses der KMK gebeten wurden, die zuständigen Ministerien auf Länderebene in geeigneter Weise um Berücksichtigung des Vorschlags bei der Angleichung der nationalen Gesetzgebung an die EU-Richtlinie über die Prüfung der Umweltauswirkungen vom 27. Juni 2001 zu bitten.¹⁰³ Von außen gesehen erscheint es bedauerlich, dass in einem 13 Schreibmaschinen-Seiten umfassenden Außenbereichserlass des Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport trotz seiner Bedeutung für die Erhaltung der Kulturlandschaft die von der Abteilung Kultur dieses Ministeriums unterstützte Empfehlung der KMK nicht wenigstens erwähnt wird. Außerdem wurde im Erlass verkannt, dass der Gesetzgeber mit § 35 Abs. 4 S. 1 Nr. 4 BauGB den verfassungsrechtlich gewährleisteten Bestandsschutz erweitern wollte.

102 Vgl. z. B. Bundesverwaltungsgericht, Uer. V. 24.6.1960, BVerwGE 11, S. 32–37; Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, Urt. v. 21.2.1985. – In: BayVBl. 1986, S. 399 = *Stich, Rudolf u. Burhenne, Wolfgang E.*: Denkmalrecht der Länder und des Bundes, Loseblatt, Gerichtsentscheidungen Bay.VGH/E. 10, Kennzahl 722 27; OVG Berlin, Urt. v. 10.5.1985, DÖV 1985, S. 836 = DVBl. 1985, S. 1185 = NVwZ 1986, S. 239; OVG Koblenz, Urt. v. 26.4.1984, 1985, S. 406–408.

103 Sekretariat der KMK, Gesch.Z.: IIIB–5137–20 vom 9.10.2003.

7 Denkmalschutzrecht

Da die internationalen Übereinkommen die Stätten einschließlich archäologische Stätten, soweit sie nicht Naturstätten sind, dem Kulturerbe bzw. dem architektonischen Erbe zuordnen (vgl. vorstehend 3.), muss nun das Denkmalrecht zur Berücksichtigung historischer Kulturlandschaften befragt werden. Dies kann anders als auf internationaler und europäischer Ebene wegen der Aufteilung der Gesetzgebungskompetenz in Deutschland zwischen Bund und Ländern zu Problemen führen. Bei einem Schutzgegenstand »Gartenlandschaft«, »Denkmallandschaft«, »Land-Denkmal« oder »historische Stätte«¹⁰⁴ kann es diesen möglichen Widerspruch zum Bundesnaturschutzrecht oder Raumordnungsrecht sprachlich nicht geben, zumal die Denkmaleigenschaft der Schutzgegenstände wie das Dessau-Wörlitzer-Gartenreich als Zeugnis der Gartenkunst dank der Eintragung als »Kulturerbe« in die Welterbeliste unstreitig ist. Entsprechendes gilt z.B. für die Klosterinsel Reichenau im Bodensee.

Den Ländern darf es darüber hinaus aber auch nicht verwehrt sein, dem Kulturdenkmalbegriff neue Kategorien zuzuordnen. Neben dem Schutz der Bau-, Garten- oder Bodendenkmäler ist dies ausdrücklich für den Bereich der erdgeschichtlichen Denkmäler wie Fossilien anerkannt.

Daher können die Länder »historische Kulturlandschaften« ebenso wie »Fossilien« als Schutzgegenstände in das Denkmalrecht einbeziehen.

Auch bisher können in den Ländern auch ohne Erwähnung dieses Begriffs historische Kulturlandschaften mit Hilfe des Denkmalrechts geschützt werden, soweit sie den Kulturdenkmalbegriff erfüllen, z.B. die historischen Weinberglagen an der Ahr.¹⁰⁵

Ohne jetzt alle 16 Landesdenkmalschutzgesetze zitieren zu wollen, sei angemerkt, dass z.B. in Brandenburg,¹⁰⁶ Mecklenburg-Vorpommern¹⁰⁷ oder Nordrhein-Westfalen¹⁰⁸ von Menschen gestaltete Landschaftsteile geschützt werden können. In Schleswig-Holstein werden historische Kulturlandschaften auch sprachlich berücksichtigt.¹⁰⁹ In Sachsen werden historische Landschaftsformen wie Dorffluren, Haldenlandschaften berücksichtigt.¹¹⁰

104 Vgl. Hönes, *Ernst-Rainer*: Zum flächenbezogenen Denkmalschutz. Anmerkungen zu Denkmalsbereichen, Ensembles, Stätten und Kulturlandschaften. – In: NuR 2004, S. 27–33.

105 Rheinland-Pfalz [Hrsg.]: Nachrichten aus der Landeskulturverwaltung. 1993, Sonderheft 11.

106 § 2 Abs. 2 und 3 BraDSchG »von Menschen gestalteten Landschaftsteile« bzw. »Landschaftsteile«; vgl. *Schneider*; *Franzmeyer-Werbe*; *Martin u. Krombholz*: Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz. Wiesbaden 2000, § 2, Erl. 3.

107 § 2 Abs. 2 S. 1 DSchG M-V (»von Menschen gestaltete Landschaftsteile«) und Abs. 3 S. 4 (»prägende Objekte der Freiraumgestaltung«).

108 § 2 Abs. 2 S. 2 DSchG N-W; vgl. *Memmesheimer*; *Upmeier u. Schönstein*: Denkmalrecht Nordrhein-Westfalen. 2. Aufl. Köln 1989, § 2 Rn. 60.

109 § 1 Abs. 2 Satz 2 (»von Menschen gestaltete Landschaftsteile«) und Abs. 3 DSchG S-H (die Kulturlandschaft prägender Bedeutung«).

110 § 2 Abs. 5 Buchst. c (»historische Landschaftsformen wie Dorffluren, Haldenlandschaften«); vgl. *Martin*, *Schneider*, *Wecker u. Bregger*: Sächsisches Denkmalschutzgesetz. Wiesbaden 1999, § 2 Rn. 6.3.

Sachsen-Anhalt hat wegen der wenig glücklichen Rechtsprechung zur Denkmaleigenschaft des Dessau-Wörlitzer-Gartenreichs¹¹¹ sein Denkmalschutzgesetz 2003 dahin ergänzt, dass nach § 2, Abs. 2 Nr. 2 Satz 2 DSchG LSA auch Kulturlandschaften Denkmalbereiche sein können, »die in der Liste des Erbes der Welt der UNESCO gemäß Artikel 11, Abs. 2 Satz 1 des Übereinkommens vom 23. November 1972 zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt« aufgeführt sind.¹¹²

Auch wenn viele Rechtsgebiete wie bei einem Mosaik zum Schutz der historischen Kulturlandschaft beitragen können und sollen, so muss die Definitionskompetenz, wie das Beispiel des § 2, Abs. 2, Nr. 13 ROG zeigt, doch einem Fachrecht zugeordnet werden. Bei der Definition des Waldes ist dies unstrittig das Bundeswaldgesetz. Bei den auch in § 2 ROG verwendeten Begriffen »Kulturdenkmäler« bzw. »Naturdenkmäler« ist dies unstrittig der Denkmalschutz bzw. der Naturschutz.

Der Begriff der historischen Kulturlandschaft, eigentlich primär ein Begriff der historischen Geographen, ist dagegen denkmalrechtlicher Natur wenn man von dem Gesetz zur Berücksichtigung des Denkmalschutzes im Bundesrecht von 1980 ausgeht und das Merkmal »historisch« auf die Geschichte des Menschen bezieht. Es geht hierbei nicht so sehr um die Erweiterung des traditionellen Kulturdenkmalbegriffs bis hin zur historischen Kulturlandschaft, auch wenn dies z.B. bei Gartenlandschaften wie dem bereits erwähnten Dessau-Wörlitzer-Gartenreich kein Problem sein sollte, sondern primär um ein den Denkmalbegriff ergänzenden unbestimmten Rechtsbegriff wertenden Inhalts, ohne dass damit schon etwas über das Schutzinstrumentarium gesagt sein soll. Schließlich ist die Kulturlandschaftspflege auch eine Brücke zwischen, Raumplanung, Landesplanung, Natur- und Denkmalschutz. Dies belegt auch der Umschreibungsversuch der Kultusministerkonferenz,¹¹³ der auf ein Positionspapier der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger¹¹⁴ zurückgeht:

»Die Kulturlandschaft ist das Ergebnis der Wechselwirkung zwischen naturräumlichen Gegebenheiten und menschlicher Einflussnahme im Laufe der Geschichte. Dynamischer Wandel ist daher ein Wesensmerkmal der Kulturlandschaft. Der Begriff findet sowohl für den Typus als auch für einen regional abgrenzbaren Landschaftsausschnitt Verwendung.

Die historische Kulturlandschaft ist ein Ausschnitt aus der aktuellen Kulturlandschaft, der durch historische, archäologische, kunsthistorische oder kulturhistorische Elemente, Strukturen geprägt wird. In der historischen Kulturlandschaft können Elemente, Strukturen und Bereiche aus unterschiedlichen zeitlichen Schichten nebeneinander und in Wechselwirkung miteinander vorkommen. Elemente und Strukturen einer Kulturlandschaft sind dann historische, wenn sie in der heutigen Zeit aus wirtschaftlichen, sozialen, politischen oder ästhetischen Gründen nicht mehr in der vorgefunde-

111 VG Dessau, U. v. 6.4.2001 (verkündet 12. 4.), Natur und Recht 2002, 108 = Entscheidungen zum Denkmalrecht (EzD), Kennzahl 2.2.1 Nr. 14 sowie VG Dessau, Urt. v. 16.10.2002, NuR 2004, S. 60. Kritisch dagegen Hönes, *Ernst-Rainer*: Landes- und Kommunal-Verwaltung (LKV) 2001, S. 438f.

112 GVBl. LSA 2003, S. 333; vgl. auch LT-Drucks. 4/872 vom 27.6.2003.

113 Vgl. 23. Sitzung Unterausschuss Denkmalpflege der KMK am 19.–20.5.2003 in Görlitz, TOP 13.

114 Denkmalschutz Informationen 2002, H. 3, S. 93.

nen Weise entstehen, geschaffen würden oder fortgesetzt werden, sie also aus einer abgeschlossenen Geschichtsepoche stammen.

Eine historische Kulturlandschaft ist Träger materieller geschichtlicher Überlieferung und kann im Einzelfall eine eigene Wertigkeit im Sinne einer Denkmalbedeutung entfalten. Wesentlich dafür sind ablesbare und substanziell greifbare Elemente und Strukturen in der Landschaft, welche man geschichtlicher Bedeutung zumisst, ohne dass sie selbst denkwürdig sein müssen. Die historische Kulturlandschaft ist zugleich das Umfeld einzelner Kulturlandschaftselemente oder Denkmale. Die Erhaltung einer historischen Kulturlandschaft oder ihrer Teile liegt in beiden Fällen im öffentlichen Interesse.«

8 Schlussbemerkung

Aus rechtlicher Sicht ist festzuhalten: Die historische Kulturlandschaft hat in Deutschland als Rechtsbegriff durch internationale Übereinkommen wie die UNESCO-Welterbekonvention von 1972 oder Übereinkommen des Europarats wie das europäische Übereinkommen zum Schutz des architektonischen Erbes (Granada 1995) an Bedeutung gewonnen, zumal der Begriff jetzt auch in der EU z.B. bei europäischen Vorgaben zur Umweltverträglichkeitsprüfung eine Rolle spielt. Da Deutschland diese Übereinkommen ratifiziert hat (Art. 59, Abs. 2 GG), sind sie geltendes Recht, so dass alle einschlägigen Bundes- und Landesgesetze vom Bau- und Planungsrecht über das Umwelt- und Naturschutzrecht bis zum Denkmalschutzrecht zur Erhaltung der historischen Kulturlandschaften beitragen müssen. Um diesen Auftrag zu erfüllen, müssen die Länder festlegen, was eine historische Kulturlandschaft ist. Die Formulierungsvorschläge des Unterausschusses Denkmalpflege der Kultusministerkonferenz von 2003 sind dazu ein erster Schritt. Eine kürzere Definition für den juristischen Bereich erscheint aus verwaltungspraktischen Gründen wünschenswert.

Es darf keinen Zweifel daran geben, dass wir heute dank europäischer und internationaler Vorgaben nicht nur das Einzelmonument, sondern alle Kulturgüter und damit das kulturelle Erbe insgesamt respektieren müssen. Hierzu gehört unstreitig auch die Kulturlandschaft. Jedenfalls darf es nicht nur um den gewachsenen oder naturbezogenen Anteil bei der Kulturlandschaft gehen, zumal Naturschützer und Denkmalschützer oft nicht mit einer Zunge sprechen. Die Naturschützer, die den Einfluss des Menschen auf die Landschaft zurückdrängen wollen, sind bei der Bewahrung des kulturellen Anteils manchmal schwierige Partner, wie wir aus den unterschiedlichen Auffassungen bei der Behandlung historischer Gärten wissen. Die Raumplaner können sich bei der Ökologisierung des Raumordnungsrechts durch die Streichung der kulturellen Ansprüche an den Raum in § 2, Abs. 2 ROG bei den Leitvorstellungen des Gesetzes verleitet fühlen, die Abwägung zu lasten der Kulturlandschaften zu treffen, insbesondere wenn sie keine »gewachsenen« Kulturlandschaften sein sollten. Daher muss der Begriff der gewachsenen Kulturlandschaft aus kulturstaatlicher Verantwortung weit ausgelegt werden.

Trotzdem müssen sich alle Beteiligten dieser Aufgabe gemeinsam stellen, gerade weil die verschwisterten Bereiche Denkmal- und Naturschutz anders als z.B. in der

Schweiz in Deutschland seit dem Reichsnaturschutzgesetz von 1935 juristisch getrennt sind. Schließlich haben wir auch in Deutschland eine 100-jährige juristische Gemeinsamkeit, was nicht nur im Hessischen Denkmalschutzgesetz von 1902 und den Nachfolgegesetzen zum Ausdruck kommt, sondern auch im gemeinsamen Anliegen des Heimatschutzes, dessen Beginn wir gerade mit dem 100-jährigen Jubiläum des Deutschen Heimatbundes 1904–2004 (jetzt: Bund Heimat und Umwelt) sowie der Denkschrift von *Hugo Conwentz* zur Naturdenkmalpflege (1904) feiern.

Die Aufgaben der Denkmalpflege und der Kulturlandschaftspflege sind nicht alle identisch. Bei Schutz und Pflege der historischen Relikte und ihrer Umgebung gibt es jedoch wichtige Gemeinsamkeiten, die insbesondere durch ein engeres Zusammenrücken mit der Planung sowie des Naturschutzes und der Landschaftspflege bewältigt werden können. Die Denkmalpfleger werden hier ebenso wenig wie die Gartendenkmalpfleger ohne den Rat und die Hilfe der Vertreter des Naturschutzes auskommen. Voraussetzung hierfür ist eine für alle verbindliche Definition der historischen Kulturlandschaft. Dann wird auch bei der zunehmend wichtigen Umweltverträglichkeitsprüfung die Berücksichtigung der Kulturlandschaft als Teil des kulturellen Erbes besser durchsetzbar sein. Somit sollten die zuständigen Ministerien auf Länderebene mehr als bisher auf die Kenntnisnahme und Beachtung des Definitionsvorschlags der Kultusministerkonferenz für den Begriff »Historische Kulturlandschaft« achten.

Klaus Fehn

Tagungen und Veröffentlichungen des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« 1974–2004 und der Arbeitsgruppe »Angewandte Historische Geographie« im »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« 1991–2004

Vorbemerkung

Mit der Emeritierung von Prof. Dr. *Klaus Fehn* am Ende des Wintersemesters 2000/2001 wurde das »Seminar für Historische Geographie der Universität Bonn« (Konviktstraße 11, 53113 Bonn) als selbständige organisatorische Einheit aufgelöst und die Historische Geographie als eigener Bereich in das Geographische Institut der Universität Bonn (Meckenheimer Allee 166, 53115 Bonn) eingegliedert. Als Nachfolger von Prof. *Fehn* ist seit dem Wintersemester 2001/2002 Prof. Dr. *Winfried Schenk* in Bonn tätig. Auch in Zukunft wird die Genetische Siedlungsforschung bzw. die Historische Kulturlandschaftsforschung im Bereich Historische Geographie einen hohen Stellenwert haben.

Ab 2005 übernimmt der am 19.9.2003 gegründete eingetragene gemeinnützige Verein ARKUM, Arbeitskreis für historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa, die Aufgaben des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa, der zum Jahresende 2004 aufgelöst wird.

Der Vorstand von ARKUM besteht für die Amtsperiode 2003 bis 2006 aus folgenden Personen: Prof. Dr. *Winfried Schenk* (Bonn): Vorsitzender; Prof. Dr. *Eike Gringmuth-Dallmer* (Berlin): stellvertretender Vorsitzender; PD Dr. *Andreas Dix* (Bonn): Schriftführer; Prof. Dr. *Hans-Rudolf Egli* (Bern): Schatzmeister; Beisitzer: Dr. *Rudolf Bergmann* (Münster); Dr. *Vera Denzer* (Frankfurt a.M.); Dr. *Matthias Hardt* (Leipzig); Dr. *Johannes Renes* (Utrecht); Dr. *Peter Rückert* (Stuttgart); N. N. Vertreter der Arbeitsgruppe Angewandte Historische Geographie: Dr. *Klaus-Dieter Kleefeld* (Köln).

A Allgemeines

Der interdisziplinäre und internationale »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« wurde am 2. November 1974 in Bonn mit dem Ziel gegründet, die Kontakte unter den Forschern im Grenzbereich zwischen historischer Siedlungsgeographie, Siedlungsgeschichte, archäologischer Siedlungsforschung und

anderen siedlungskundlich orientierten historischen Fächern zu verbessern. Dabei wurde im Hinblick auf die wünschenswerte zeitliche und sachliche Weite eine arbeitstechnische Konzentration auf einen einigermaßen überschaubaren Raum allgemein als unbedingt notwendig angesehen. Man einigte sich auf Mitteleuropa im Sinne eines unpolitisch gesehenen weitgefassten mittleren Europa. Als zentrale Aufgabe des Arbeitskreises wurde die Erforschung der Genese der gegenwärtigen und historischen Siedlungsräume sowie der ländlichen und städtischen Siedlungen einschließlich der Wirtschafts- und Verkehrsflächen festgelegt. Der Arbeitskreis wurde von einem interdisziplinär besetzten Vorstand geleitet, der aus dem Vorsitzenden und weiteren sechs Mitgliedern bestand. Den Vorsitz hatte seit der Gründung Prof. Dr. *Klaus Fehn*, Direktor des Seminars für Historische Geographie der Universität Bonn, inne. Dieses Universitätsinstitut wurde im Laufe der Jahre mehr und mehr zum Zentrum und Kristallisationspunkt verschiedenartiger Aktivitäten im Bereich der genetischen Siedlungsforschung. Dabei zeigte sich, wie wertvoll die Existenz einer selbständigen universitären Institution in einem Zwischenbereich wie der Historischen Geographie auch für die interdisziplinäre Wissenschaftsorganisation war. Seit seiner Gründung im Jahre 1974 wuchs der Arbeitskreis von 150 auf weit über 500 Mitglieder an. Die meisten von ihnen stammten aus Deutschland; größere Gruppen stellten auch Österreich, die Schweiz und die Niederlande. Die übrigen Mitglieder verteilten sich auf etwa ein Dutzend weiterer Länder. Die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder entfiel auf die Fächer Geographie, Geschichte und Archäologie, die die tragenden Säulen des interdisziplinären Arbeitskreises darstellten.

Dem primären Ziel, einen Informationsverbund von historisch und genetisch orientierten Siedlungsforschern zu bilden, dienten vor allem die von der Geschäftsstelle verschickten hektographierten »Informationen«. Darüber hinaus wurde jedes Jahr eine interdisziplinäre Fachtagung zu allgemeinen Rahmenthemen an wechselnden Orten durchgeführt, wobei jeweils ein starker regionaler Akzent durch einen öffentlichen Vortrag, mehrere einschlägige Spezialreferate sowie eine themaaorientierte Ganztagesexkursion gesetzt wurde.

Folgende Tagungen des Arbeitskreises fanden bisher statt:

1. Aufgaben der genetischen Siedlungsforschung in Mitteleuropa (Bonn 1974)
2. Beharrung und Wandel in Siedlungsräumen (Münster 1975)
3. Nichtstädtische Herrschaftssiedlungen (Augsburg 1976)
4. Rohstoffgebundene Gewerbesiedlungen (Saarbrücken 1977)
5. Vorindustrielle Verkehrssiedlungen am Wasser (Wilhelmshaven 1978)
6. Kontinuitätsprobleme in der genetischen Siedlungsforschung (Salzburg/Österreich 1979)
7. Stadtfunktionen und Stadtgefüge (Lübeck 1980)
8. Erhaltung und Rekonstruktion historischer Substanz in ländlichen Siedlungen (Basel/Schweiz 1981)
9. Stadtrandphänomene (Berlin 1982)
10. Mittelalterliche und frühneuzeitliche Siedlungsentwicklung in Moor- und Marschgebieten (Aurich 1983)
11. Genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa und seinen Nachbarräumen (Trier 1984; Jubiläumskongress)

12. Verkehrswege und ihre Bedeutung für die Kulturlandschaft (Rendsburg 1985)
13. Städtisches Wohnen (Krems/Österreich 1986)
14. Frühe Umwelten (Würzburg 1987)
15. Siedlungs- und Kulturlandschaftsentwicklung am Unterlauf großer Ströme am Beispiel des Rhein Maas-Deltas (Wageningen/Niederlande 1988)
16. Siedlungsprozesse an der Höhengrenze der Ökumene am Beispiel der Alpen (Spiez/Schweiz 1989)
17. Der Einfluss von politischen Grenzen auf die Kulturlandschaftsentwicklung (Passau 1990)
18. Die Besiedlung der höheren Mittelgebirge (Freiburg 1991)
19. Entstehung und Entwicklung kleinerer Städte (Paderborn 1992)
20. Wüstungsprozesse – Wüstungsperioden – Wüstungsräume (Brünn/Tschechische Republik 1993)
21. Brüche in der Kulturlandschaftsentwicklung (Leipzig 1994)
22. Kulturlandschaftsmuster und Siedlungssysteme (Leeuwarden/Niederlande 1995)
23. Maritime Kulturlandschaften am Beispiel des Ostseeraumes (Kiel 1996)
24. Bergbau- und Industrielandschaften unter besonderer Berücksichtigung von Steinkohlenbergbau sowie Eisen- und Stahlindustrie (Essen 1997)
25. Dörfer in vorindustriellen Altsiedellandschaften (Gießen 1998)
26. Zukunftsperspektiven der genetischen Siedlungsforschung in Mitteleuropa (Bonn 1999, Jubiläumskongress)
27. Wald und Siedlung (Tübingen 2000)
28. Religion und Kulturlandschaft (Posen »Poznań« / Polen 2001)
29. Singuläre und periodische Großveranstaltungen in ihrer Auswirkung auf die historische Kulturlandschaft (Hannover 2002)
30. Kernräume und Peripherien (Greifswald 2003)
31. Naturkatastrophen und Naturrisiken in der vorindustrielle Zeit und ihre Auswirkungen auf Siedlungen und Kulturlandschaft (Mainz 2004)

Die Vorträge der Tagungen wurden zunächst in Kurzform, ergänzt durch die wichtigsten Diskussionsbemerkungen, in der »Zeitschrift für Archäologie des Mittelalters« veröffentlicht. Ab 1977 war es möglich, die gesamten Texte, aber unter Verzicht auf die Diskussionsbeiträge, in den »Berichten zur deutschen Landeskunde« zu bringen. Ab 1983 erschien der gesamte Tagungsblock in der damals neugegründeten Zeitschrift des Arbeitskreises »Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie«. Daneben fanden sich in der jährlich einmal im Umfang von 300–500 Seiten erscheinenden Zeitschrift noch Rezensionenartikel zu wichtigen Neuerscheinungen in Miszellenform, Berichte über einschlägige Veranstaltungen, Institutionen und Projekte sowie eine umfangreiche laufende Bibliographie für Mitteleuropa mit besonderer Berücksichtigung des deutschsprachigen Mitteleuropas. Die Vorträge des Jubiläumskongresses 1984 in Trier wurden – mit umfangreichen Literaturlisten versehen und durch weitere Beiträge aus anderen europäischen Ländern ergänzt – in einem zweibändigen Sammelwerk mit dem Titel »Genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa und seinen Nachbarräumen« veröffentlicht. Im Laufe der Jahre zeigte sich mehr und mehr, dass die genetische Siedlungsforschung

auch einen gewichtigen Beitrag zur Raumplanung und besonders zur Kulturlandschaftspflege leisten kann. Als die Aufgaben der sog. angewandten genetischen Siedlungsforschung immer dringender und umfassender wurden, reichte die regelmäßige Mitbetreuung auf den Tagungen und in den Veröffentlichungen nicht mehr aus. Es wurde deshalb 1991 innerhalb des Arbeitskreises eine eigene Arbeitsgruppe für Angewandte Historische Geographie gegründet, die in enger Verbindung mit dem Arbeitskreis regelmäßig Tagungen, Symposien und Workshops durchführte und auch eine Zeitschrift mit dem Titel »Kulturlandschaft. Zeitschrift für Angewandte Historische Geographie« herausgab. Diese Zeitschrift erschien ein- bis zweimal im Jahr in Heften von ca. 60–80 Seiten.

Referenten der Tagungen des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« 1974 bis 2003 (Nr. 1–30) mit Angabe der Fächerzugehörigkeit:

G = Geographie

H = Geschichte

A = Archäologie

N = Andere Naturwissenschaften

K = Andere Kulturwissenschaften

HG = Historische Geographie

Aerni	G	12, 16
Austermann	A	25
Bachmann	H	1
Bätzing	G	16
Balzer	H	19
Banik-Schweitzer	K	13
Bartels	A	29
Bauer	K	25
Becker	G	16
Behm	N	23
Behre	N	14
Bender	A	14, 17
Benthien	G	23
Bergmann	HG	20, 22, 26, 28
Biecker	K	24
Bialuński	H	28
Bieleman	H	15
Bierbrauer	A	6
Billig	H	18
Blaschke	H	11, 21
Bloemers	A	15
Blotevogel	G	30
Bohm	H	3, 9
Born, K.M.	G	26
Born, M.	G	3
Brandes	N	28
Brandt	HG	5, 10
Burggraaff	HG	11

Burrichter	N	2
Čede	G	20
Chodyla	H	28
Csendes	H	11
Czacherowski	H	28
Denecke	G	7, 8, 11, 18, 20, 26, 28
Dirlmeier	H	14
Dix	G	23, 26, 28
von der Dollen	HG	9
von den Driesch	HG	11
Drozdowski	H	28
Düsterloh	G	4
Egli	G	11, 16, 22
Ehlers, Caspar	H	29
Ehmer	H	13
Eigler	G	25
Ellermeyer	H	13
Ellmers	A	5
Enders	H	19
Endres	H	1
van Es	A	11
Escher	H	9,21
Ey	G	22
Fehn	HG	1, 4, 5, 11, 12, 17, 19, 24, 26, 28
Fehring	A	7, 13
Fesche	H	29
Filipowiak	A	23
Flachenecker	H	26
Fliedner	G	1
Flückiger-Seiler	K	19
Förster	G	21
Franz	K	30
Fried	H	3
Freund	N	27
Gallusser	G	8
Gebauer	A	25
Gebuhr	A	28
Gerlach	N	26
Geupel	A	18
Gissel	H	11, 12
Gläßer	G	11
Glirsch	A	16

Gockel	H	2
Goehrke	H	11
Gottschalk	HG	5
Graafen	HG	18
Gringmuth-Dallmer	A	18, 22, 25, 28
Groenendijk	A	22
Grundmann	G	21
Gschwend	K	8
Habovštiak	A	11, 20
Hagel	G	14
Hårdh	A	12
Hardt	H	25, 28
Harten	G	19
Hartenstein	G	24
Häuber	A	27
Hauptmeyer	H	22, 29
Haversath	G	17, 25
Heidinga	A	15
Hein	H	24
Heine	A	29
Helmfrid	G	11
Henderikx	H	15
Henkel	G	8, 19
Hering	G	21
Herrmann, Joachim	A	11
Higelke	G	10
Hoffmann, Dietrich	N	10
Hoffmann, Gerd	N	23
Hofmann	H	9
Hofmeister	G	9
Ilyés	G	28
Irsigler	H	7, 9, 11, 12, 17
Isenberg	A	19
Jäger	G	1, 14
Janssen	A	1, 4, 11, 14, 21
Jeziarska	G	28
Jöns	A	29
Junk	H	19
Kalis	N	14
Karnau	K	26, 28
Killisch	G	7
Kleefeld	HG	26, 27, 28, 30
Klüter	G	30

Knittler	H	13
Koch	H	26
Koller	H	6
Kossack	A	1, 2, 21
Krämer	G	10
Kranz	H	24
Krawarik	H	25
Kreisel	G	16
Krings	HG	13
Krzystofik	G	28
Kühl	H	18
Kühn	A	10
Kühnel	K	13
Küster	N	26, 27
Lafrenz	G	7
de Langen	A	22
Laschewski	H	27
Leenders	G	12
Leube	A	23
Ligtendag	G	22
van der Linden	H	10
Linke, Max	HG	11, 24
Löffler	G	22
Loose	G	2
Lorenz	H	27
Losert	A	19
Lübke	H	30
Lüning	A	14
Maier	H	26
Makiewicz	A	28
Makkai	H	11
Mangelsdorf	A	20, 30
Mangold	K	26
Martin, Max	A	11
Mayr	G	19
Mazurski	A	28
Meyer, Werner	A	16
Meyer-Künzel	K	29
Meier, Dirk	A	22, 26
Meynen	HG	9
Miszewska	G	28
Molaug	A	11
Møller	H	27
Mook	N	14
Moosbauer	A	26, 27

Moosbrugger-Leu	À	6
Morissey	A	27
Müller-Wille	G	6, 10, 23
Mussmann	H	29
Nagel	G	12
Narweleit	HG	11
Nekuda, Vladimir	A	11, 13, 17, 20
Nitz	G	4, 10, 11 17, 21, 25
Noomen	H	22
Nosov	A	23
Oberbeck	G	5, 12
Ott	H	18
Pacher	G	16
Parzinger	A	17, 26
Patella	G	11
Pauly, Michel	H	19
Penz	G	11
Petry	A	18
Pfister	H	14
Piekalski	A	28
Plessl	G	19
Plöger	HG	23, 27
Pohle	G	26
Porada	H	30
Priebs	G	23, 29
Rageth	A	16
Ratusny	G	17
Recker, Gabriele	HG	26
Recker, Udo	A	25
Renes	HG	15, 20, 24
Reuling	H	25
Ribbe	H	9
Richter	A	19
Rödel	H	29
Römhild	G	24
Rösener	H	25
Rosner	G	27
Ruchhöft	A	30
Rückert	H	20, 26, 27
Sabelberg	G	11

Salvesen	H	14
Sarfaty	A	15
Sauer	HG	27
Schäfer, Hans-Peter	G	12
Scharmann	G	21
Schenk	HG	26, 27
Schich	H	9, 11, 23
Schlesinger	H	1
Schmid	A	5
Schmithüsen	N	27
Schober	H	17
Scholz	G	21
Schramm	N	14
Schütz	G	27
Schuler	N	27
Schumacher-Gorny	HG	23
Schwabe	G	8
Schwarz, Klaus	A	3
Schwarze	H	30
Schwind	H	2
Selter	H	26
Sick	G	1, 18
Simms	G	11
Skierska	K	28
Ślupecki	A	28
Smetánka	A	13, 20
Sonderegger	K	6
Sperling	G	11
Spreitzhofer	H	25
Stadelbauer	G	18, 21
Stanjek	K	26
Stephan	A	19
Steuer	A	1, 18
Strzelczyk	H	28
Strenz	HG	11
Szulc	G	11, 30
Tauber	A	25
Thirsk	H	11
Tobolski	N	28
Troitzsch	H	12
Velimský	A	19
van de Ven	G	15
Verhaeghe	A	11
Verhulst	H	15

Vervloet	HG	15
Vits	G	25
Vollbrecht	A	26
Wassermann	G	10
Waterbolk	A	22
Wegener	H/A	24
Wegner	HG	11
Wehling	G	24
Weingarten	H	30
Westerdahl	A	23
Wiesemann	H	24
Willems	A	15
Willerding	N	24
Willms	A	24
Willroth	A	12, 30
Winkelmann	A	2
Wölker	D	21
Wyss	A	16
Zelnhefer	H	29
Zimmermann	A	20
Zölitz-Möller		G30
Archäologen		67
Historiker		69
Geographen		72
Historische Geographie		24
sonstige Naturwiss.		14
sonstige Kulturwiss.		13
		259

Tagungsleiter

1. Klaus Fehn
2. Fred Schwind
3. Martin Born
4. Hans-Jürgen Nitz
5. Gerhard Oberbeck
6. Michael Müller-Wille
7. Franz Irsigler
8. Dietrich Denecke
9. Busso von der Dollen
10. Michael Müller-Wille
11. Klaus Fehn

12. Hans-Peter Schäfer
13. Wilfried Krings
14. Walter Janssen
15. Guus J. Borger
16. Hans-Rudolf Egli
17. Franz Irsigler
18. Dietrich Denecke
19. [Heinz-K. Junk], Klaus Fehn
20. Dietrich Denecke
21. Hans-Jürgen Nitz
22. Eike Gringmuth-Dallmer
23. Christer Westerdahl
24. Klaus Fehn
25. Werner Rösener
26. Klaus Fehn
27. Winfried Schenk
28. Jerzy Strzelczyk
29. Carl-Hans Hauptmeyer
30. Reinhard Zölitz-Möller

Die Arbeitsgruppe veranstaltete folgende Tagungen:

1. Arbeitsfelder anwendungsorientierter Historischer Geographie in Forschung, Lehre und Praxis (Bonn 1991)
2. Möglichkeiten und Probleme des Erhalts von historischen Kulturlandschaften (Oberschleichach/Steigerwald 1992)
3. Angewandte historisch-geographische Kulturlandschaftsforschung im Wald (Hachenburg/Westerwald 1993)
4. Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Angewandten Historischen Geographie mit Archäologen, Bauhistorikern und Ökologen (Wageningen/Niederlande 1994)
5. Der Beitrag der angewandten historisch-geographischen Methoden zur Stadt- und Siedlungsplanung (Schwerin 1995)
6. Aufgaben, Möglichkeiten und Probleme der musealen Präsentation von Kulturlandschaftsrelikten (Plauen 1996)
7. (Symposium) Kulturlandschaftspflege und/oder Kulturlandschaftsmanagement – Aspekte einer Positionsbestimmung (Bonn 1997)
8. (Workshop) Angewandte Historische Geographie in industriellen Ballungsräumen (Essen 1997)
9. Kulturlandschaft und Tourismus (Bern/Schweiz 1998)
10. (Workshop) Informationssysteme für die Angewandte Historische Geographie (Aachen 1999)
11. Flusslandschaften zwischen Persistenz und Überformung (Koblenz 2000)
12. Gemeinsame Fachtagung: Kulturlandschaftsforschung und Umweltplanung (Göttingen 2000)

13. Internationalisierung der Angewandten Historischen Geographie: Beispiele und Aktivitäten zur Kulturlandschaftspflege (Linz/Österreich 2002)
14. Kulturlandschaft: Wahrnehmung – Inventarisierung – Regionale Beispiele (Frankfurt a.M. 2004)

B Veröffentlichungen über den Arbeitskreis und die Arbeitsgruppe in zeitlicher Reihenfolge

I Allgemeine Veröffentlichungen

- Nitz, H.-J.*: Die Gründung eines Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa. Ein Bericht über die Situation der deutschen Siedlungsgeographie. – In: Geographische Zeitschrift 63 (1975), S. 298–302.
- Fehn, K.*: Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa. – In: Blätter für deutsche Landesgeschichte 111 (1975), S. 272–273.
- Fehn, K.*: Berichterstattung über die Tagungen des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa. – In: Informationen der »Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland« (AHF) 1975 ff. (bisher 1975, Nr. 19; 1977, Nr. 14; 1978, Nr. 35; 1979, Nr. 39; 1980, Nr. 41; 1981, Nr. 49; 1983, Nr. 15; 1983, Nr. 57; 1984, Nr. 11; 1984, Nr. 45; 1985, Nr. 39; 1986, Nr. 12; 1987, Nr. 12; 1988, Nr. 2; 1988, Nr. 54; 1989, Nr. 46; 1991, Nr. 11; 1991, Nr. 66; 1992, Nr. 40; 1994, Nr. 10; 1995, Nr. 5; 1995, Nr. 75; 1997, Nr. 10; 1997, Nr. 85; 1999, Nr. 8; 1999, Nr. 107; 2000, Nr. 76; 2001, Nr. 104; 2002, Nr. 108; 2003, Nr. 91).
- Fehn, K.*: Berichterstattung über den »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« . – In: Rundbrief, herausgegeben vom Fachbereich Geographie der Universität Marburg im Auftrag des Zentralverbandes der Deutschen Geographen 1974 ff. (bisher in 1974, Nr. 6; 1977, Nr. 21; 1980, Nr. 41; 1983, Nr. 59; 1990, Nr. 97; 1993, Nr. 117; 1996, Nr. 133; 1999, Nr. 154; 2002, Nr. 176).
- Born, M.*: Der Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa. Zur Publikation von Tagungsberichten und -vorträgen. – In: Berichte zur deutschen Landeskunde 51 (1977), S. 233–240.
- Fehn, K.*: Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa. – In: Onoma 24 (1980), S. 209–211.
- Fehn, K.*: Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa. – In: Rundbrief des Arbeitskreises für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins 1983, Nr. 11, S. 15–17.
- Fehn, K.*: Der »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa«. – In: Siedlungsforschung 1 (1983), S. 7–13.
- Fehn, K.*: Zehn Jahre Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 58 (1984), S. 439–442.
- Fehn, K.*: Die genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa und seinen Nachbarräumen. Internationale Jubiläumstagung zum zehnjährigen Bestehen des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa«. – In: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 33 (1985), S. 79–81.
- Fehn, K.*: Überlegungen zur Standortbestimmung der Angewandten Historischen Geographie in der Bundesrepublik Deutschland. – In: Siedlungsforschung 4 (1986), S. 215–224.
- Fehn, K.*: 7.–11. Tagung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« 1980–1984. – In: Zeitschrift für Archäologie des Mittelalters 12 (1984) [1987], S. 226–228.

- Fehn, K.*: Entstehung und Entwicklung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« (1974–1988). – In: Genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa. Bonn 1988. S. 805–811.
- Fehn, K.*: Anwendungsorientierte Forschung im »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« (1974–1990). – In: Kulturlandschaft. Zeitschrift für Angewandte Historische Geographie 1 (1991), S. 3–5.
- Fehn, K.*: Berichte über die 12. bis 19. Tagung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa«. – In: Zeitschrift für Archäologie des Mittelalters 20 (1992) [1994], S. 233–235.
- Fehn, K.*: »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa«. – In: Vademekum der Geschichtswissenschaften 1994/1995, Stuttgart 1994. S. 16–18.
- Verschiedene Autoren*: Berichte über die Tagungen des Arbeitskreises. – In: Siedlungsforschung 1 (1983 ff.).
- Verschiedene Autoren*: Berichte über die Tagungen der Arbeitsgruppe. – In: Siedlungsforschung 8 (1990 ff.).
- Verschiedene Autoren*: Berichte über die Tagungen der Arbeitsgruppe. – In: Kulturlandschaft 1 (1991 ff.).
- Fehn, K.*: Der »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« und die Arbeitsgruppe »Angewandte Historische Geographie« im »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa«. – In: Perspektiven der Historischen Geographie. Siedlung-Kulturlandschaft-Umwelt in Mitteleuropa. Seminar für Historische Geographie der Universität Bonn 1972–1997. Fachbeiträge und Dokumentation. Hrsg. von Klaus-Dieter Kleefeld und Peter Burggraaff. Bonn 1997. S. 463–474.
- Fehn, K.*: Der »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa«. – In: Geographie. Tradition und Fortschritt. Hrsg. von Heinz Karrasch. Heidelberg 1998 (HGG-Journal 12). S. 162–165.
- Fehn, K.*: Bericht über die 20. bis 25. Tagung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« 1993–1998. – In: Zeitschrift für Archäologie des Mittelalters 27/28 (1999/2000), S. 279–281.
- Fehn, K.*: 25 Jahre »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa«, Ziele, Strukturen und Aktivitäten im Rückblick. – In: Siedlungsforschung 18 (2000), S. 11–28
- Denecke, D.*: 25 Jahre »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa«. Das interdisziplinäre und internationale Umfeld im Rückblick. – In: Siedlungsforschung 19 (2001), S. 271–308.

II Publikationen zu den einzelnen Tagungen des Arbeitskreises in zeitlicher Reihenfolge

- Fehn, K.*: Aufgaben der genetischen Siedlungsforschung in Mitteleuropa. Bericht über die 1. Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 1. bis 2. November 1974 in Bonn. – In: Zeitschrift für Archäologie des Mittelalters 3 (1975), S. 69–94.
- Fehn, K.*: Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa. – In: AHF-Informationen, Nr. 19 vom 1.4.1975, 2 S.
- Fliedner, D.*: Aufgaben der genetischen Siedlungsforschung in Mitteleuropa aus der Sicht der Siedlungsgeographie. – In: Berichte zur deutschen Landeskunde 50 (1976), S. 55–83 (Vortrag Tagung 1974).
- Schwind, F.*: Beharrung und Wandel in Siedlungsräumen. Bericht über die 2. Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 19. bis

21. Juli 1975 in Münster. – In: Zeitschrift für Archäologie des Mittelalters 4 (1976), S. 83–100.
- Burricher, E.*: Geobotanische Beiträge zur Siedlungsentwicklung in der westfälischen Bucht. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 50 (1976), S. 85–89 (Vortrag Tagung 1975).
- Gockel, M.*: Die Träger von Rodung und Siedlung im Hünfelder Raum in karolingischer Zeit. In: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 26 (1976), S. 1–24 (Vortrag Tagung 1975)
- Loose, R.*: Curtis, Colonia, »Quadraflur« – Zum Problem der Kontinuität frühmittelalterlicher Siedlungselemente im oberen Vintschgau (Südtirol). – In: Berichte zur deutschen Landeskunde 50 (1976), S. 91–102 (Vortrag Tagung 1975).
- Müller-Wille, W. u. Bertelsmeier, E.*: Beharrung und Wandel in ländlich-agraren Siedlungen und Siedlungsräumen Westfalens. – In: Spieker 25 (1977), S. 437–483 (Vortrag Tagung 1975).
- Born, M.*: Nichtstädtische Herrschaftssiedlungen. Bericht über die 3. Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 13. bis 15. Mai 1976 in Augsburg. – In: Zeitschrift für Archäologie des Mittelalters 5 (1977), S. 145–161.
- Bohm, E.*: Die Kietze als Problem der nichtstädtischen Herrschaftssiedlungen in der Mark Brandenburg. – In: Berichte zur deutschen Landeskunde 51 (1977), S. 41–59 (Vortrag Tagung 1976).
- Fried, P.*: Zur Geschichte der dörflichen Unterschichten in den ländlichen Siedlungen Bayerisch-Schwabens. – In: Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben 71 (1977), S. 109–128 (Vortrag Tagung 1976).
- Nitz, H.-J.*: Rohstoffgebundene Gewerbesiedlungen. Bericht über die 4. Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 5. bis 7. Mai 1977 in Saarbrücken. – In: Zeitschrift für Archäologie des Mittelalters 6 (1978), S. 115–127.
- Rohstoffgebundene Gewerbesiedlungen. – In: Berichte zur deutschen Landeskunde 51 (1977), S. 233–293 (Vorträge Tagung 1977).
- Fehn, K.*: Drei Jahre »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa«. – In: AHF-Informationen, Nr. 14 vom 25.7.1977, 3 S.
- Fehn, K.; Oberbeck, G.*: Vorindustrielle Verkehrssiedlungen am Wasser. Bericht über die 5. Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 8. bis 10. Juni 1978 in Wilhelmshaven. – In: Zeitschrift für Archäologie des Mittelalters 7 (1979), S. 189–205.
- Fehn, K.*: Vorindustrielle Verkehrssiedlungen am Wasser. Fünfte Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 8.–10. Juni 1978 in Wilhelmshaven. – In: AHF-Informationen, Nr. 35 vom 18.8.1978, 4 S.
- Vorindustrielle Verkehrssiedlungen am Wasser. – In: Berichte zur deutschen Landeskunde 52 (1978), S. 137–212 (Vorträge Tagung 1978).
- Müller-Wille, M.*: Kontinuitätsprobleme in der genetischen Siedlungsforschung. Bericht über die 6. Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 24. bis 26. Mai 1979 in Salzburg. – In: Zeitschrift für Archäologie des Mittelalters 8 (1980), S. 153–168.
- Fehn, K.*: Kontinuitätsprobleme in der genetischen Siedlungsforschung. Sechste Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 24.–26. Mai 1979 in Salzburg/Österreich. – In: AHF Informationen, Nr. 39 vom 26.10.1979, 3 S.
- Kontinuitätsprobleme in der genetischen Siedlungsforschung. – In: Berichte zur deutschen Landeskunde 53 (1979), S. 307–530 (Vorträge Tagung 1979).
- Irsigler, F.*: Stadtfunktionen und Stadtgefüge. Bericht über die 7. Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 12. bis 14. Juni

- 1980 in Lübeck. In: Forum Nr. 7 des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa. Februar 1983, 30 S.
- Fehn, K.*: Stadtfunktionen und Stadtgefüge. Siebte Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 12.–14. Juni 1980 in Lübeck. – In: AHF-Informationen, Nr. 41 vom 18.11.1980, 4 S.
- Stadtfunktionen und Stadtgefüge. – In: Berichte zur deutschen Landeskunde 54 (1980), S. 133–252 (Vorträge Tagung 1980).
- Denecke, D.*: Erhaltung und Rekonstruktion historischer Substanz in ländlichen Siedlungen. Bericht über die 8. Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 21. bis 23. Mai 1981 in Basel. – In: Siedlungsforschung 1 (1983), S. 225–231.
- Fehn, K.*: Erhaltung und Rekonstruktion historischer Substanz in ländlichen Siedlungen. Achte Tagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 21.–23. Mai 1981 in Basel/Schweiz. – In: AHF-Informationen, Nr. 49 vom 11.12.1981, 5 S.
- Erhaltung und Rekonstruktion historischer Substanz in ländlichen Siedlungen. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 55 (1981), S. 343–438 (Vorträge Tagung 1981).
- Dollen, B. von der*: Stadtrandphänomene. Bericht über die 9. Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 1. bis 4. Juni 1982 in Berlin. – In: Siedlungsforschung 1 (1983), S. 233–242.
- Fehn, K.*: Stadtrandphänomene. Neunte Tagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 1.–4. Juni 1982 in Berlin. – In: AHF-Informationen, Nr. 15 vom 29.3.1983, 4 S.
- Stadtrandphänomene. In: Siedlungsforschung 1 (1983), S. 15–166 (Vorträge Tagung 1982).
- Fehn, K.*: Zeitschrift »Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie« Band 1, 1983. – In: AHF-Informationen, Nr. 11 vom 28.2.1984, 3 S.
- Müller-Wille, M.*: Mittelalterliche und frühneuzeitliche Siedlungsentwicklung in Moor- und Marschgebieten. Bericht über die 10. Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 21. bis 24. September 1983 in Aurich. – In: Siedlungsforschung 2 (1984), S. 245–258.
- Fehn, K.*: Mittelalterliche und frühneuzeitliche Siedlungsentwicklung in Moor- und Marschgebieten. Zehnte Tagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 21.–24. September 1983 in Aurich. – In: AHF-Informationen, Nr. 57 vom 17. 11. 1983, 3 S.
- Mittelalterliche und frühneuzeitliche Siedlungsentwicklung in Moor- und Marschgebieten. – In: Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie 2 (1984), S. 7–185 (Vorträge Tagung 1983).
- Fehn, K.*: Die genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa und seinen Nachbarräumen. Bericht über die 11. Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 24. bis 28. April 1984 in Trier. – In: Siedlungsforschung 3 (1985), S. 161–192.
- Fehn, K.*: Die genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa und seinen Nachbarräumen. Elfte Tagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 24. – 28. April 1984 in Trier. – In: AHF-Informationen, Nr. 45 vom 14.8.1984, 5 S.
- Genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa und seinen Nachbarräumen. 2 Bde. Bonn 1988 (Vorträge Tagung 1984).
- Fehn, K.*: Zeitschrift »Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie«. Band 2, 1984. – In: AHF-Informationen, Nr. 39 vom 20.9.1985, 2 S.
- Fehn, K.*: Verkehrswege und ihre Bedeutung für die Kulturlandschaft. Bericht über die 12. Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 25. bis 28. September 1985 in Rendsburg. – In: Siedlungsforschung 4 (1986), S. 245–258.

- Fehn, K.:* Verkehrswege und ihre Bedeutung für die Kulturlandschaft. Zwölfte Tagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 25. – 28. April 1985 in Rendsburg. – In: AHF-Informationen, Nr. 12 vom 20.3.1986, 5 S.
- Verkehrswege und ihre Bedeutung für die Kulturlandschaft. – In: Siedlungsforschung 4 (1986), S. 9–184 (Vorträge Tagung 1985)
- Krings, W.:* Städtisches Wohnen. Bericht über die 13. Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 1. bis 4. Oktober 1986 in Krems. – In: Siedlungsforschung 5 (1987), S. 255–268.
- Fehn, K.:* Städtisches Wohnen. Dreizehnte Tagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 1. – 4. Oktober 1986 in Krems/Österreich. – In: AHF-Informationen, Nr. 12 vom 10.3.1987, 6 S.
- Städtisches Wohnen. – In: Siedlungsforschung 5 (1987), S. 9–204 (Vorträge Tagung 1986).
- Janssen, W.:* Frühe Umwelten. Bericht über die 14. Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 23. bis 26. September 1987 in Würzburg. – In: Siedlungsforschung 6 (1988), S. 269–279.
- Fehn, K.:* Frühe Umwelten. Vierzehnte Tagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 23.–26. September 1987 in Würzburg. – In: AHF-Informationen, Nr. 2 vom 17.2.1988, 6 S.
- Frühe Umwelten. – In: Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie 6 (1988), S. 9–214 (Vorträge Tagung 1987).
- Fehn, K.:* Siedlungs- und Kulturlandschaftsentwicklung am Unterlauf großer Ströme am Beispiel des Rhein-Maas-Deltas. Bericht über die 15. Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 21. bis 24. September 1988 in Wageningen. – In: Siedlungsforschung 7 (1989), S. 281–284.
- Fehn, K.:* Siedlungs- und Kulturlandschaftsentwicklung am Unterlauf großer Ströme. Am Beispiel des Rhein- Maas-Deltas. Fünfzehnte Tagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 21.–24. September 1988 in Wageningen/Niederlande. – In: AHF-Informationen, Nr. 54 vom 30.11.1988, 6 S.
- Siedlungs- und Kulturlandschaftsentwicklung am Unterlauf großer Ströme am Beispiel des Rhein-Maas-Deltas. – In: Siedlungsforschung 7 (1989), S. 9–216 (Vorträge Tagung 1988).
- Egli, H.-R.:* Siedlungsprozesse an der Höhengrenze der Ökumene am Beispiel der Alpen. Bericht über die 16. Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 20. bis 23. September 1989 in Spiez. – In: Siedlungsforschung 8 (1990), S. 207–219.
- Fehn, K.:* Siedlungsprozesse an der Höhengrenze der Ökumene. Am Beispiel der Alpen. Sechzehnte Tagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 20.–23. September 1989 in Spiez/Schweiz. – In: AHF-Informationen, Nr. 46 vom 14.11.1989, 7 S.
- Siedlungsprozesse an der Höhengrenze der Ökumene am Beispiel der Alpen. – In: Siedlungsforschung 8 (1990), S. 9–206 (Vorträge Tagung 1989).
- Fehn, K.:* Der Einfluß politischer Grenzen auf die Siedlungs- und Kulturlandschaftsentwicklung. Bericht über die 17. Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 19. bis 22. September 1990 in Passau. – In: Siedlungsforschung 9 (1991), S. 259–266.
- Fehn, K.:* Der Einfluß politischer Grenzen auf die Siedlungs- und Kulturlandschaftsentwicklung. Siebzehnte Tagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 19.–22. September 1990 in Passau. – In: AHF-Informationen, Nr. 11 vom 28.2.1991, 9 S.
- Der Einfluß politischer Grenzen auf die Siedlungs- und Kulturlandschaftsentwicklung. – In: Siedlungsforschung 9 (1991) S. 9–227 (Vorträge Tagung 1990).

- Denecke, D.:* Die Besiedlung der höheren Mittelgebirge. Bericht über die 18. Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 18. bis 21. September 1991 in Freiburg. – In: Siedlungsforschung 10 (1992), S. 281–288.
- Fehn, K.:* Die Besiedlung der höheren Mittelgebirge. Achtzehnte Tagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 18.–21. September 1991 in Freiburg/Breisgau. – In: AHF-Informationen, Nr. 66 vom 21.11.1991, 5 S.
- Die Besiedlung der höheren Mittelgebirge. – In: Siedlungsforschung 10 (1992), S. 9–210 (Vorträge Tagung 1991).
- Fehn, K.:* Entstehung und Entwicklung kleinerer Städte. Bericht über die 19. Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 23. bis 26. September 1992 in Paderborn. – In: Siedlungsforschung 11 (1993), S. 339–344.
- Fehn, K.:* Entstehung und Entwicklung kleinerer Städte. Neunzehnte Tagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 23.–26. September 1992 in Paderborn. – In: AHF-Informationen, Nr. 40 vom 6.11.1992, 6 S.
- Entstehung und Entwicklung kleinerer Städte. – In: Siedlungsforschung 11 (1993), S. 9–291 (Vorträge Tagung 1992).
- Fehn, K.:* Wüstungsprozesse – Wüstungsperioden – Wüstungsräume. Bericht über die 20. Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 28. September bis 2. Oktober 1993 in Brno (Brünn; Tschechische Republik). – In: Siedlungsforschung 12 (1994), S. 341–345.
- Fehn, K.:* Wüstungsprozesse – Wüstungsperioden – Wüstungsräume. Zwanzigste Tagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 28. September – 2. Oktober 1993 in Brünn. – In: AHF-Informationen, Nr. 10 vom 14.3.1994, 5 S.
- Wüstungsprozesse – Wüstungsperioden – Wüstungsräume. – In: Siedlungsforschung 12 (1994), S. 9–233 (Vorträge Tagung 1993).
- Nitz, H.-J.:* Brüche in der Kulturlandschaftsentwicklung. Bericht über die 21. Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 21. bis 24. September 1994 in Leipzig. – In: Siedlungsforschung 13 (1995), S. 283–288
- Fehn, K.:* Brüche in der Kulturlandschaftsentwicklung. Einundzwanzigste Tagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 21.–24. September 1994 in Leipzig. – In: AHF-Informationen, Nr. 5 vom 10.2.1995, 5 S.
- Brüche in der Kulturlandschaftsentwicklung. – In: Siedlungsforschung 13 (1995), S. 9–249 (Vorträge Tagung 1994).
- Gringmuth-Dallmer, E.:* Kulturlandschaftsmuster und Siedlungssysteme. Bericht über die 22. Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 27. bis 30. September 1995 in Leeuwarden. – In: Siedlungsforschung 14 (1996), S. 337–342.
- Fehn, K.:* Kulturlandschaftsmuster und Siedlungssysteme. Zweiundzwanzigste Tagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 27.–30. September 1995 in Leeuwarden/Niederlande. – In: AHF-Informationen, Nr. 75 vom 29. 11. 1995, 5 S.
- Kulturlandschaftsmuster und Siedlungssysteme. – In: Siedlungsforschung 14 (1996), S. 7–313 (Vorträge Tagung 1995).
- Fehn, K.:* Maritime Kulturlandschaften am Beispiel des Ostseeraumes. Bericht über die 23. Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 25. bis 28. September 1996 in Kiel. – In: Siedlungsforschung 15 (1997), S. 347–352.
- Fehn, K.:* Maritime Kulturlandschaften am Beispiel des Ostseeraumes. Dreiundzwanzigste Tagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 25. bis 28. September 1996 in Kiel. – In: AHF-Informationen, Nr. 10 vom 5.3.1997, 5 S.
- Maritime Kulturlandschaften am Beispiel des Ostseeraumes. – In: Siedlungsforschung 15 (1997), S. 9–220 (Vorträge Tagung 1996).

- Fehn, K.:* Bergbau- und Industrielandschaften unter besonderer Berücksichtigung von Steinkohlenbergbau und Eisen- und Stahlindustrie. Bericht über die 24. Arbeitstagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 24. bis 27. September 1997 in Essen. – In: *Siedlungsforschung* 16 (1998), S. 363–366.
- Fehn, K.:* Bergbau- und Industrielandschaften unter besonderer Berücksichtigung von Steinkohlenbergbau und Eisen- und Stahlindustrie. Vierundzwanzigste Tagung des Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa vom 24. bis 27. September 1997 in Essen. – In: *AHF-Informationen*, Nr. 85 vom 8.12.1997, 6 S.
- Bergbau- und Industrielandschaften unter besonderer Berücksichtigung von Steinkohlenbergbau und Eisen- und Stahlindustrie. – In: *Siedlungsforschung* 16 (1998), S. 9–362 (Vorträge Tagung 1997).
- Fehn, K.:* Dörfer in vorindustriellen Altsiedellandschaften. Bericht über die 25. Arbeitstagung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« vom 23. bis 26. September 1998 in Gießen. – In: *Siedlungsforschung* 17 (1999), S. 395–398.
- Fehn, K.:* Dörfer in vorindustriellen Altsiedellandschaften. Fünfundzwanzigste Tagung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« vom 23. bis 26. September 1998 in Gießen. – In: *AHF-Informationen*, Nr. 8 vom 18.2.1999, 7 S.
- Dörfer in vorindustriellen Altsiedellandschaften. – In: *Siedlungsforschung* 17 (1999), S. 9–318 (Vorträge Tagung 1998).
- Fehn, K.:* Zukunftsperspektiven der genetischen Siedlungsforschung in Mitteleuropa. Bericht über die 26. Tagung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« vom 22. bis 25. September 1999 in Bonn: In: *Siedlungsforschung* 18 (2000), S. 263–264
- Fehn, K.:* Zukunftsperspektiven der genetischen Siedlungsforschung in Mitteleuropa. Sechszwanzigste Tagung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« vom 22. bis 25. September 1999 in Bonn. – In: *AHF-Informationen*, Nr. 107 vom 9.12.1999, 4 S.
- Zukunftsperspektiven der genetischen Siedlungsforschung in Mitteleuropa. – In: *Siedlungsforschung* 18 (2000), S. 9–261 (Vorträge Tagung 1999)
- Schenk, W.:* Wald und Siedlung in Mitteleuropa. Bericht über die 27. Tagung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« vom 27. bis 30. September 2000 in Tübingen. – In: *Siedlungsforschung* 19 (2001), S. 357–362
- Fehn, K.:* Wald und Siedlung. Siebenundzwanzigste Tagung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« vom 27. bis 30. September 2000 in Tübingen. – In: *AHF-Informationen*, Nr. 76 vom 5.12.2000, 4 S.
- Wald und Siedlung. – In: *Siedlungsforschung. Archäologie-Geschichte-Geographie* 19 (2001), S. 9–270 (Vorträge Tagung 2000)
- Fehn, K.:* Religion und Kulturlandschaft. 28. Tagung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« vom 18. bis 21. September 2001 in Poznań/Posen (Polen). – In: *Siedlungsforschung* 20 (2002), S. 331–337
- Fehn, K.:* Religion und Kulturlandschaft. Achtundzwanzigste Tagung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« vom 18. bis 21. September 2001 in Poznań/Posen (Polen). – In: *AHF-Informationen*, Nr. 104 vom 14.12.2001, 3 S.
- Religion und Kulturlandschaft. – In: *Siedlungsforschung* 20 (2002), S. 9–237 (Vorträge Tagung 2001).
- Fehn, K.:* Singuläre und periodische Großveranstaltungen in ihrer Auswirkung auf die historische Kulturlandschaft. Neunundzwanzigste Tagung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« vom 25. bis 28. September 2002 in Hannover. – In: *AHF-Informationen*, Nr. 108 vom 6.12.2002, 3 S.
- Hauptmeyer, C.-H.:* Singuläre und periodische Großveranstaltungen in ihrer Auswirkung auf die historische Kulturlandschaft. 29. Tagung des »Arbeitskreises für genetische

- Siedlungsforschung in Mitteleuropa« vom 25. bis 28. September 2002 in Hannover. – In: Siedlungsforschung 21 (2003), S. 319–326.
- Singuläre und periodische Großveranstaltungen in ihrer Auswirkung auf die historische Kulturlandschaft. – In: Siedlungsforschung 21 (2003), S. 7–215 (Vorträge Tagung 2002).
- Fehn, K. Kernräume und Peripherien. 30. Tagung des „Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« vom 17. bis 20. September 2003 in Greifswald. – In: AHF-Informationen, Nr. 51 vom 27.10. 2003, 3 S.
- Zölitz-Möller, R.: Kernräume und Peripherien. 30. Tagung des „Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« vom 17. bis 20. September 2003 in Greifswald. – In: Siedlungsforschung 22 (2004).
- Kernräume und Peripherien. – In: Siedlungsforschung 22 (2004) (Vorträge Tagung 2002).

III Publikationen zu den einzelnen Tagungen der Arbeitsgruppe in zeitlicher Reihenfolge

- Fehn, K.*: Erste Tagung der Arbeitsgruppe »Angewandte Genetische Siedlungsforschung« im »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« vom 1. bis 2. März 1991 in Bonn. – In: Siedlungsforschung 8 (1990), S. 289–296.
- Eidloth, V. u. Gunzelmann, TH.*: Zweite Tagung der Arbeitsgruppe »Angewandte historisch-geographische Kulturlandschaftsforschung« im »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« vom 6. bis 7. März 1992 in Oberschleichach (Steigerwald). – In: Siedlungsforschung 9 (1991), S. 269–273.
- Meynen, H.*: Dritte Tagung der Arbeitsgruppe »Angewandte Historische Geographie« im »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« vom 12. bis 13. März 1993 in Hachenburg (Westerwald). – In: Siedlungsforschung 10 (1992), S. 289–291.
- Hachenburger Beiträge zur Angewandten Historischen Geographie. Hrsg. von *Helmut Hildebrand*. – Mainz 1994 (Mainzer Geographische Studien, 39).
- Fehn, K.*: Bericht über die vierte Tagung der Arbeitsgruppe »Angewandte Historische Geographie« im »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« vom 3. bis 5. März 1994 in Wageningen/Niederlande. – In: Siedlungsforschung 11 (1993), S. 345–347.
- Dix, A.*: Der Beitrag der angewandten historisch-geographischen Methoden zur Stadt- und Siedlungsplanung. Bericht über die fünfte Tagung der Arbeitsgruppe »Angewandte Historische Geographie« im »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« vom 9. bis 11. März 1995 in Schwerin. – In: Siedlungsforschung 12 (1994), S. 347–350.
- Kleefeld, K.-D.*: Aufgaben, Möglichkeiten und Probleme der musealen Präsentation von Kulturlandschaftsrelikten. Bericht über die sechste Tagung der Arbeitsgruppe »Angewandte Historische Geographie« im »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« vom 7. bis 9. März 1996 in Plauen. – In: Siedlungsforschung 13 (1995), S. 289–297.
- Kulturlandschaft, Museum, Identität. Hrsg. von *Rainer Aurig* (Schriften der Rudolf-Kötzschke-Gesellschaft, 4). – Beucha 1999 (Vorträge Tagung 1996).
- Kleefeld, K.-D.; Renes, J. u. Denzer, V.*: Kulturlandschaftspflege und/oder Kulturlandschaftsmanagement – Aspekte einer Positionsbestimmung. Bericht über das Arbeitstreffen der Arbeitsgruppe »Angewandte Historische Geographie« im »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« am 15. März 1997 in Bonn. – In: Siedlungsforschung 14, 1996, S. 343–350.
- Kleefeld, K.-D.*: Angewandte Historische Geographie in industriellen Ballungsräumen. Bericht über den Workshop der Arbeitsgruppe »Angewandte Historische Geographie«

- im »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« am 24. September 1997 in Essen. – In: *Siedlungsforschung* 16, 1998, S. 367–371.
- Bergbau- und Industrielandschaften unter besonderer Berücksichtigung von Steinkohlenbergbau und Eisen- und Stahlindustrie. – In: *Siedlungsforschung* 16, 1998, S. 9–362 (Vorträge Tagung 1997; zusammen mit Vorträgen der Paralleltagung des Arbeitskreises).
- Egli, H.-R.*: Kulturlandschaft und Tourismus. Bericht über die siebte Tagung der Arbeitsgruppe »Angewandte Historische Geographie« im »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« vom 5. bis 7. März 1998 in Bern. – In: *Siedlungsforschung* 16, 1998, S. 373–380.
- Kulturlandschaft und Tourismus. Hrsg. von *Hans-Rudolf Egli* (*Geographica Bernensia*, G 63). – Bern 2000.
- Kleefeld, K.-D.*: Neue Informationssysteme für die Angewandte Historische Geographie. Bericht über das Arbeitstreffen der »Arbeitsgruppe für Angewandte Historische Geographie« im »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« am 20. März 1999 in Aachen. – In: *Siedlungsforschung* 17 (1999), S. 399–402.
- Informationssysteme für die Angewandte Historische Geographie. Hrsg. von *Kai Jakobs* und *Klaus-Dieter Kleefeld* (*Aachener Informatik-Berichte* 99–6). – Aachen 1999 (zugleich *Kulturlandschaft* 9, 1999, Heft 1).
- Graafen, R. u. Burggraaff, P.*: Flusslandschaften zwischen Persistenz und Überformung. Bericht über die 8. Tagung der »Arbeitsgruppe für Angewandte Historische Geographie« im »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« vom 9. bis 11. März 2000 in Koblenz. – In: *Siedlungsforschung* 18 (2000), S. 265–267.
- Flusslandschaften zwischen Persistenz und Überformung. Hrsg. von *Rainer Graafen* und *Heinz Fischer* (*Koblenzer Geographisches Kolloquium* 23, 2001, Jahresheft). – Koblenz 2001 (zugleich *Kulturlandschaft* 10, 2000, Heft 1).
- Kulturlandschaftsforschung und Umweltplanung. Hrsg. von *Ulrich Harteisen*, *Alexandra Schmidt*, *Monika Wulf* (*Forschen und Wissen – Landschaftsgestaltung*). – Herdecke 2001 (zugleich *Kulturlandschaft* 10, 2000, Heft 2).

C Organisation des Arbeitskreises und der Arbeitsgruppe

I Geschäftsordnung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« vom 2. November 1974

Der Arbeitskreis führt den Namen »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa«; er hat seinen Sitz am Ort der Geschäftsstelle.

Der Arbeitskreis fördert die Erforschung der Genese der gegenwärtigen und historischen Siedlungsräume sowie der ländlichen und städtischen Siedlungen einschließlich ihrer Wirtschafts- und Verkehrsflächen; er beschäftigt sich mit dem mitteleuropäischen Raum im weiteren Sinne, berücksichtigt aber vergleichend und ergänzend auch andere Räume, vor allem die Nachbargebiete Mitteleuropas.

Um neue Forschungsansätze zu diskutieren oder in Forschungslücken vorzustoßen, veranstaltet der Arbeitskreis regelmäßig Arbeitstagungen, die jeweils unter einem Rahmenthema stehen. Die Protokolle der Arbeitstagungen werden allen Mitgliedern zugänglich gemacht; eine Veröffentlichung der Vorträge wird angestrebt.

Über die wechselseitige Anregung der einzelnen Forscher hinaus sieht es der Arbeitskreis als seine Aufgabe an, gemeinsame Arbeitsprogramme zu formulieren

und zu planen. Hierzu können sich Arbeitsgruppen bilden. Der Vorstand informiert die Mitglieder über Mitgliederstand, Arbeitsvorhaben und einschlägige Veröffentlichungen.

Der Arbeitskreis ist ein Zusammenschluss von Wissenschaftlern, die auf dem Gebiet der genetischen Siedlungsforschung in Mitteleuropa arbeiten. Er ist interdisziplinär. Mitglieder können Wissenschaftler werden, die bereit sind, die Aufgaben des Arbeitskreises tätig zu fördern. Über den Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand; Einspruchnahme des Betreffenden bei der Mitgliederversammlung ist möglich.

Die ordentliche Mitgliederversammlung des Arbeitskreises tritt in der Regel einmal pro Jahr im Zusammenhang mit einer Arbeitstagung zusammen. Sie wählt den Vorstand mit der einfachen Mehrheit der Anwesenden für drei Jahre. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, dem Kassenwart, dem Schriftführer und drei weiteren Personen. Im Vorstand sollen die einzelnen Fachgebiete nach Möglichkeit vertreten sein.

Die Geschäftsordnung kann mit einer 2/3-Mehrheit der Anwesenden einer Mitgliederversammlung geändert werden. Über die Auflösung des Arbeitskreises entscheidet eine Mitgliederversammlung mit 2/3-Mehrheit der Anwesenden.

II Vorstandsmitglieder des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa«

Vorsitzender: Prof. Dr. *Klaus Fehn*, Bonn (1974–2004)

Mitglieder des Vorstands:

1. Archäologen

Prof. Dr. Dr. h.c. *Walter Janssen*, Würzburg, früher Bonn (1974–1983)

Prof. Dr. *Georg Kossack*, München, früher Kiel (1974–1977)

Prof. Dr. Dres. h.c. *Michael Müller-Wille*, Kiel, früher Kiel und Mainz (1977–1986)

Dr. *Klaus Brandt*, Schleswig, früher Wilhelmshaven (1983–1992)

Prof. Dr. *Helmut Bender*, Passau (1986–2001)

Prof. Dr. *Eike Gringmuth-Dallmer*, Berlin (1992–2004)

Dr. *Rudolf Bergmann*, Münster (2001–2004)

2. Historiker

Prof. Dr. *Fred Schwind*, Marburg (1974–1977)

Prof. Dr. *Franz Irsigler*, Trier, früher Bielefeld (1977–2001; 2001–2004)

Dr. *Peter Rückert*, Stuttgart (2001–2004)

3 Geographen

Prof. Dr. *Martin Born*, Saarbrücken (1974–1978)

Prof. Dr. *Hans-Jürgen Nitz*, Göttingen (1974–1983)

Prof. Dr. *Gerhard Oberbeck*, Hamburg (1974–1986)

Prof. Dr. *Dietrich Denecke*, Göttingen (1980–2001)

Prof. Dr. *Wilfried Krings*, Bamberg (1983–1992)

Prof. Dr. *Hans-Rudolf Egli*, Bern (1986–2004)

Dozent Dr. *Jan Beenakker*, Amsterdam (1992–2001)
 Prof. Dr. *Winfried Schenk*, Bonn (2001–2004)
 Dr. *Vera Denzer*, Frankfurt (2001–2004)

Der Vorstand des Arbeitskreises in den einzelnen Amtsperioden:

1974–1977: Fehn, Janssen, Kossack, Schwind, Born, Nitz, Oberbeck
 1977–1980: *Fehn, Janssen, Müller-Wille, Irsigler, Born (gestorben 1978), Nitz, Oberbeck*
 1980–1983: *Fehn, Janssen, Müller-Wille, Irsigler, Denecke, Nitz, Oberbeck*
 1984–1986: *Fehn, Brandt, Müller-Wille, Irsigler, Denecke, Krings, Oberbeck*
 1986–1989: *Fehn, Bender, Brandt, Irsigler, Denecke, Egli, Krings*
 1989–1992: *Fehn, Bender, Brandt, Irsigler, Denecke, Egli, Krings*
 1992–1995: *Fehn, Bender, Gringmuth-Dallmer, Irsigler, Beenakker, Denecke, Egli*
 1995–1998: *Fehn, Bender, Gringmuth-Dallmer, Irsigler, Beenakker, Denecke, Egli*
 1998–2001: *Fehn, Bender, Gringmuth-Dallmer, Irsigler, Beenakker, Denecke, Egli*
 2001–2004: *Fehn, Schenk, Bergmann, Gringmuth-Dallmer, Irsigler, Rückert, Denzer, Egli*

Für den Zeitraum von 2001 bis 2004 wurde folgende Übergangsregelung beschlossen: 1. Prof. *Fehn* bleibt de iure Vorsitzender. 2. Der neue Vorstand besteht aus folgenden Personen: Dr. *Rudolf Bergmann* (Münster), Dr. *Vera Denzer* (Frankfurt), Prof. Dr. *Hans-Rudolf Egli* (Bern), Prof. Dr. *Eike Gringmuth-Dallmer* (Berlin), Prod. Dr. *Franz Irsigler* (Trier), Dr. *Peter Rückert* (Stuttgart), Prof. Dr. *Winfried Schenk* (Bonn). Prof. Schenk übernimmt de facto, in Absprache mit Prof. Fehn, die Aufgaben des Vorsitzenden.

III Herausgeber der Zeitschrift »Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie« Band 1, 1983ff. Bonn

Federführender Herausgeber: Prof. Dr. *Klaus Fehn*, Bonn (ab Band 1, 1983)
 Redaktion: Drs. *Peter Burggraaff*, Bonn (ab Band 1, 1983)
 Geschäftsführung: Seminar für Historische Geographie der Universität Bonn (bis 2001); Geographisches Institut (Bereich Historische Geographie) der Universität Bonn (ab 2001)
 Mitherausgeber:
 Prof. Dr. *Helmut Bender*, Passau (ab Band 7, 1989 bis Bd. 19, 2001);
 Dr. *Klaus Brandt*, Schleswig (früher Wilhelmshaven) (bis Band 17, 1999)
 Prof. Dr. *Dietrich Denecke*, Göttingen (ab Band 1, 1983)
 Prof. Dr. *Hans-Rudolf Egli*, Bern (ab Band 16, 1998)
 Prof. Dr. *Eike Gringmuth-Dallmer*, Berlin (ab Band 16, 1998)
 Prof. Dr. *Franz Irsigler*, Trier (ab Band 1, 1983)
 Prof. Dr. Dr. h.c. *Walter Janssen*, Würzburg (bis Band 15, 1997)
 Prof. Dr. *Wilfried Krings*, Bamberg (bis Band 15, 1997)
 Prof. Dr. *Jens Lüning*, Frankfurt (bis Band 6, 1988)
 Prof. Dr. Dres. h.c. *Michael Müller-Wille*, Kiel (früher Mainz) (bis Band 17, 1999)

Prof. Dr. *Hans-Jürgen Nitz*, Göttingen (bis Band 17, 1999)
Prof. Dr. *Gerhard Oberbeck*, Hamburg (bis Band 17, 1999)
Prof. Dr. *Winfried Schenk*, Bonn (ab Band 19, 2001)
Prof. Dr. *Winfried Schich*, Berlin (früher Kassel) (bis Band 17, 1999)

IV Sprecher der Arbeitsgruppe »Angewandte Historische Geographie«
im »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa
(gegründet 1991)

Erste Sprecher: Dr. *Thomas Gunzelmann*, Seehof (1991–1992); Dipl.-Geogr. *Volkmar Eidloth*, Stuttgart (1992–1995); Dr. *Klaus-Dieter Kleefeld*, Köln (ab 1995)
Zweite Sprecher: Dipl.-Geogr. *Volkmar Eidloth*, Stuttgart (1991–1992); Dr. *Henriette Meynen*, Köln (1992–1995); Drs. *Johannes Renes*, Wageningen (ab 1995)

V Herausgeber der Zeitschrift »Kulturlandschaft. Zeitschrift für Angewandte
Historische Geographie« Jahrgang 1, 1991 ff. Bonn

Drs. Peter Burggraaff (Koblenz); PD Dr. *Andreas Dix* (Bonn, federführend);
Prof. Dr. *Klaus Fehn* (Bonn); Prof. Dr. *Rainer Graafen* (Koblenz, früher Bonn);
Dr. *Klaus-Dieter Kleefeld* (Köln); Dr. *Christiane Weiser* (Bonn, bis 1994)
Redaktion: PD Dr. *Andreas Dix*
Seminar für Historische Geographie der Universität Bonn (bis 2001); Geographi-
sches Institut der Universität Bonn, Bereich Historische Geographie (ab 2001)

Klaus Fehn

»Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie« 1983–2002

Register für die Bände 1–20 der Zeitschrift »Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie« und den Sonderband »Genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa und seinen Nachbarräumen« (1988)

I Schwerpunktthemen der einzelnen Jahrgänge

- 1983 Stadtrandphänomene
 - 1984 Mittelalterliche und frühneuzeitliche Siedlungsentwicklung in Moor- und Marschengebieten
 - 1985 Methodische und konzeptionelle Weiterentwicklungen in der historisch-geographischen Siedlungs- und Kulturlandschaftsforschung
 - 1986 Verkehrswege und ihre Bedeutung für die Kulturlandschaft
 - 1987 Städtisches Wohnen
 - 1988 Frühe Umwelten (Historische Umweltforschung)
 - 1989 Siedlungs- und Kulturlandschaftsentwicklung am Unterlauf großer Ströme am Beispiel des Rhein-Maas-Deltas
 - 1990 Siedlungsprozesse an der Höhengrenze der Ökumene. Am Beispiel der Alpen
 - 1991 Der Einfluß politischer Grenzen auf die Siedlungs- und Kulturlandschaftsentwicklung
 - 1992 Die Besiedlung der höheren Mittelgebirge
 - 1993 Entstehung und Entwicklung kleinerer Städte
 - 1994 Wüstungsprozesse – Wüstungsperioden – Wüstungsräume
 - 1995 Brüche in der Kulturlandschaftsentwicklung
 - 1996 Kulturlandschaftsmuster und Siedlungssysteme
 - 1997 Maritime Kulturlandschaften am Beispiel des Ostseeraumes
 - 1998 Bergbau- und Industrielandschaften unter besonderer Berücksichtigung von Steinkohlenbergbau und Eisen- und Stahlindustrie
 - 1999 Dörfer in vorindustriellen Altsiedellandschaften
 - 2000 Zukunftsperspektiven der genetischen Siedlungsforschung in Mitteleuropa
 - 2001 Wald und Siedlung
 - 2002 Religion und Kulturlandschaft
-
- 1988 Sonderband: Genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa und seinen Nachbarräumen

II Die einzelnen Beiträge

Band 1, 1983

1. K. Fehn: Der »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa«.
2. B. v.d. Dollen: Stadtrandphänomene in historisch-geographischer Sicht.
3. B. Hofmeister: Die Siedlungsentwicklung Groß-Berlins.
4. W. Schich: Stadtrandphänomene bei den Städten im Großberliner Raum vom 13. bis zum 16. Jahrhundert
5. F. Escher: Stadtranderscheinungen in Berlin vom 17. bis zum frühen 19. Jahrhundert
6. W. Hofmann: Kommunale Infrastruktur am Berliner Stadtrand im 19. Jahrhundert
7. E. Bohm: Wohnsiedlung am Berliner Stadtrand im 19. Jh.
8. F. Irsigler: Köln »extra muros«: 14.–18. Jh.
9. H. Meynen: Wachstumshemmnisse und Siedlungsanreize in Kölner Stadtrandbereichen im 19. und 20. Jh.
10. G. Diepolder: Rainer Christlein (Nachruf).
11. D. Denecke: Eine neue historisch-geographische Zeitschrift der Niederlande (Rezensionsartikel).
12. D. Denecke: Ein neues englisches Publikationsorgan zur Landschaftsgeschichte (Rezensionsartikel).
13. W. Janssen: Eine Bestandsaufnahme archäologischer Forschungen zum ländlichen Siedlungswesen (Rezensionsartikel).
14. M. Müller-Wille: Von der Römerzeit zum frühen Mittelalter (Rezensionsartikel).
15. K. Fehn: Probleme bei der Erfassung und Bewertung von Geschichtskarten am Beispiel der historischen Siedlungsforschung (Rezensionsartikel).
16. G. Wohlauf: Wirtschaftsentwicklung und Umweltbeeinflussung (Rezensionsartikel).
17. K. Fehn: »Neubildung deutschen Bauerntums« (Rezensionsartikel).
18. W. Krings: Industriearchäologie nach Art des Hauses (Rezensionsartikel).
19. D. Denecke: Erhaltung und Rekonstruktion historischer Substanz in ländlichen Siedlungen (Tagungsbericht).
20. B. von der Dollen: Stadtrandphänomene (Tagungsbericht).
21. G. Henkel u. C.-H. Hauptmeyer: Dorfentwicklung (Tagungsbericht)
22. D. Denecke: Historische Stadtgeographie (Tagungsbericht).
23. B. v.d. Dollen: Development and Management of Historic Cities (Tagungsbericht).
24. G. Oberbeck: Organisation und aktuelle Probleme der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Forschungsbericht).
25. D. Denecke und K. Fehn: Neuerscheinungen 1982/83 (Laufende Bibliographie).

Band 2, 1984

1. M. Müller-Wille: Mittelalterliche und frühneuzeitliche, Siedlungsentwicklung in Moor- und Marschengebieten.
2. H.-J. Nitz: Die mittelalterliche und frühneuzeitliche Besiedlung von Marsch und Moor zwischen Ems und Weser.
3. H. van der Linden: Die Besiedlung der Mooregebiete in der holländisch-Utrechter Tiefebene und die Nachahmung im nordwestdeutschen Raum.
4. G. J. Borger: Die mittelalterliche und frühneuzeitliche Marschen- und Moorbesiedlung in den Niederlanden.
5. E. Wassermann: Reihensiedlungen mit Aufstreck-Breitstreifenfluren im westlichen Ostfriesland.
6. K. Brandt: Die mittelalterliche Siedlungsentwicklung in der Marsch von Butjadingen.
7. R. Krämer: Landesausbau und mittelalterlicher Deichbau in der hohen Marsch von Butjadingen.
8. D. Hoffmann, H. J. Kühn und B. Higelke: Landschafts- und Siedlungsgeschichte im Bereich der heutigen Marscheninseln und Watten Nordfrieslands.
9. W. H. Fritze: Die Begegnung von deutschem und slawischem Ethnikum im Bereich der hochmittelalterlichen deutschen Ostsiedlung (Forschungsbericht).
10. J. Klápště und Z. Smetanka: Platzdörfer in Böhmen (Rezensionsartikel).
11. A. Habovštiak: Zur archäologischen Erforschung mittelalterlicher Wüstungen in der Tschechoslowakei (Rezensionsartikel).
12. U. Sporrang: Zur interdisziplinären Wüstungsforschung in Skandinavien (Rezensionsartikel).
13. M. Gschwend: Haus und Gehöft (Tagungsbericht).
14. J.-P. Anderegg: Zum Forschungsstand des Schweizerischen Bauernhausinventars (Forschungsbericht).
15. M. Müller-Wille: Mittelalterliche und frühneuzeitliche Siedlungsentwicklung in Moor- und Marschengebieten (Tagungsbericht).
16. H. Heineberg: Historische Stadtgeographie (Tagungsbericht).
17. P. Schmid: Das niedersächsische Landesinstitut für Marschen- und Wurtenforschung in Wilhelmshaven (Forschungsbericht).
18. P. Burggraaff und H.-R. Egli: Eine neue historisch-geographische Landesaufnahme der Niederlande (Forschungsbericht).
19. D. Denecke und K. Fehn: Neuerscheinungen 1983/84 (Laufende Bibliographie).

Band 3, 1985

1. K. Fehn: Methodische und konzeptionelle Weiterentwicklungen in der historisch-geographischen Siedlungs- und Kulturlandschaftsforschung.
2. D. Denecke: Wüstungsforschung als siedlungsräumliche Prozeß- und Regressionsforschung.
3. H. Hildebrandt und N. Maqsd: Siedlungsgenetisch-bodenkundliche Untersuchungen an Flurwüstungen im nordöstlichen Vogelsberg.
4. H.-J. Nitz: Die außereuropäischen Siedlungsräume und ihre Siedlungsformen.
5. D. Denecke: Martin Last (Nachruf).

6. K. Brandt: Werner Haarnagel (Nachruf).
7. M. K. E. Gottschalk: Früher mittelalterlicher Deich- und Wasserbau im Nordseeküstenbereich der Niederlande (Forschungsbericht).
8. H. Groenendijk: Ein historisch-geographisches Kulturlandschaftsbild der Niederlande (Rezensionsartikel).
9. T. J. Hoekstra und T. Krauwer: Archäologische Stadtforschung, innerstädtische Erneuerung und Denkmalschutz (Rezensionsartikel).
10. J. Reulecke: Zur interdisziplinären Erforschung der Urbanisierung im 19. und 20. Jh. (Rezensionsartikel).
11. E. Sabelberg: »Bonfica integrale« und Umbau der Stadtzentren (Rezensionsartikel).
12. K. Lindner: Die Stadt im Bild alter Karten und Pläne (Rezensionsartikel).
13. K. Fehn: Überlegungen zur besseren Erschließung von archivischen Landkarten für die Siedlungsforschung (Rezensionsartikel).
14. K. Fehn: Die genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa und seinen Nachbarräumen (Tagungsbericht).
15. W. Krings: Ländliche Neusiedlung im westlichen Mitteleuropa vom Ende des 19. bis zur Gegenwart (Tagungsbericht).
16. H.-R. Egli, W. Matzat und H.-J. Nitz: Die Internationale Geographische Union und der internationale Geographenkongreß Paris Alpes 1984 (Tagungsbericht).
17. H. Heineberg: Innerstädtische Prozesse im 19. und 20. Jh. (Tagungsbericht).
18. H.-J. Nitz: Die Ständige europäische Konferenz zur Erforschung der ländlichen Kulturlandschaft (Tagungsbericht).
19. K.-E. Behre: Siedlungszeiger in Pollendiagrammen (Tagungsbericht).
20. H.-K. Junk: Das Institut für vergleichende Städtegeschichte in Münster (Forschungsbericht).
21. R. Graafen: Thematische Karten zur Siedlungsgeschichte Mitteleuropas in deutschsprachigen Atlanten der Nachkriegszeit (Spezialbibliographie).
22. D. Denecke und K. Fehn: Neuerscheinungen 1984/85 (Laufende Bibliographie).

Band 4, 1986

1. K. H. Willroth: Landwege auf der cimbrischen Halbinsel aus der Sicht der Archäologie.
2. B. Hårdh: See- und Flußwege in Südkandinavien aus der Sicht der Archäologie.
3. S. Gissel: Verkehrsnetzänderungen und Wüstungserscheinungen im spätmittelalterlichen Dänemark.
4. F. Irsigler: Die Bedeutung von Pilgerwegen für die mittelalterliche Siedlungsentwicklung.
5. K.A.H.W. Leenders: Die Brabanter Torfkanäle als fossiles Verkehrssystem aus der Zeit des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit.
6. U. Troitzsch: Die technikgeschichtliche Entwicklung der Verkehrsmittel und ihr Einfluß auf die Gestaltung der Kulturlandschaft.

7. F. N. Nagel: Verkehrsweg-Wüstungen in der Kulturlandschaft.
8. G. Oberbeck: Verkehrsentwicklung und Planung im Großraum Hamburg.
9. C. Weiser: Walter Kuhn (Nachruf).
10. H.-J. Nitz: Wilhelm Müller-Wille (Nachruf).
11. K. Fehn: Überlegungen zur Standortbestimmung der Angewandten Historischen Geographie in der Bundesrepublik Deutschland (Rezensionsartikel).
12. H. Steuer: Bestandsaufnahme der archäologischen Forschungsergebnisse zur Stadt des Mittelalters und ihren Ursprüngen (Rezensionsartikel).
13. K. Fehn: Verkehrswege und ihre Bedeutung für die Kulturlandschaft (Tagungsbericht).
14. K. Fehn: »Räume der Geschichte – Geschichte des Raums« (Tagungsbericht)
15. G. P. Fehring: Archäologie und Geschichte (Tagungsbericht).
16. K. Aerni: Das »Inventar historischer Verkehrswege der Schweiz« (IVS) (Forschungsbericht).
17. H. Steuer: Zehn Jahre Arbeitsgemeinschaft Mittelalter (Forschungsbericht).
18. R. Graafen: Zusammenstellung von thematischen Karten zur Siedlungsgeschichte Mitteleuropas in deutschsprachigen Monographien der Nachkriegszeit (Spezialbibliographie).
19. D. Denecke und K. Fehn: Neuerscheinungen 1985/86 (Laufende Bibliographie).

Band 5, 1987

1. W. Krings: Städtisches Wohnen.
2. G. P. Fehring: Städtischer Hausbau des Hochmittelalters in Mitteleuropa.
3. M. Richter und Z. Smetánka: Archäologische Untersuchungen zum städtischen Wohnhaus des Mittelalters in Böhmen.
4. P. J. Michna und V. Nekuda: Die Anfänge des städtischen Hauses in Mähren.
5. H. Knittler: Vorindustrielle bürgerliche Haustypen in den österreichischen Städten.
6. J. Ellermeyer: Wohnen in Hamburg um 1800.
7. J. Ehmer: Wohnverhältnisse städtischer Unterschichten zur Mitte des 19. Jahrhunderts in familienhistorischer Perspektive.
8. R. Banik-Schweitzer: Wohnverhältnisse in Berlin, Wien und Budapest um die Wende zum 20. Jh.
9. W. Sperling: Kurt von Maydell (Nachruf).
10. H. Bender: Neuere Ergebnisse der römischerzeitlichen Siedlungs- und Kulturlandschaftsforschung in Großbritannien, Deutschland und den Niederlanden (Rezensionsartikel).
11. R. Zölitz: Gebäudenutzung im Spiegel von Phosphatwerten (Rezensionsartikel).
12. E. Gringmuth-Dallmer: Slawisch-deutsche Siedlungsentwicklung aus historisch-siedlungsgeographischer Sicht (Rezensionsartikel).
13. G. Waldemer: Hausforschung in Bayern (Forschungsbericht).
14. W. Störmer: Bauernhausforschung in der Sicht des Landeshistorikers (Forschungsbericht).
15. W. Krings: Städtisches Wohnen (Tagungsbericht).

16. W. Nellner: Die Bestände des Bundesarchivs in Koblenz (Forschungsbericht).
17. R. Graafen und P. Burggraaff: Genetische Siedlungsforschung in Festschriften für Geographen (Spezialbibliographie).
18. D. Denecke und K. Fehn: Neuerscheinungen 1986/87 (Laufende Bibliographie).

Band 6, 1988

1. H. Jäger: Frühe Umwelten in Mitteleuropa.
2. W. Janssen: Methoden und Möglichkeiten der Erforschung früher Umwelten.
3. J. Lüning und A. J. Kalis: Die Umwelt prähistorischer Siedlungen.
4. K.-E. Behre: Die Umwelt prähistorischer und mittelalterlicher Siedlungen.
5. H. Bender: Historische Umweltforschung aus der Sicht der provinzialrömischen Archäologie.
6. U. Dirlmeier: Historische Umweltforschung aus der Sicht der mittelalterlichen Geschichte.
7. Ch. Pfister: Historische Umweltforschung und Klimageschichte.
8. J. Hagel: Aufgaben und Probleme der historisch-geographischen Umweltforschung.
9. E. Schramm: Die historische Umweltforschung und die heutige Ökologiediskussion.
10. A. Rost: Besiedlung und Siedlungsverhalten in der naturräumlichen Umwelt.
11. R. Mook und H. Salvesen: Klimatische Bedingungen und Besiedlung in historischer Sicht.
12. G. Bayerl: Zur Erforschung der Luft- und Wasserverschmutzung in vorindustrieller Zeit.
13. H. Mücke: »Umwelt hat Geschichte«. Der »Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte« (Forschungsbericht).
14. W. Schich: Walter Schlesinger (Nachruf).
15. K. Fehn: Hans Fehn (Nachruf).
16. H. Grees: Zu neueren Untersuchungen zur Siedlungs- und Flurentwicklung im Schweizer Mittelland (Rezensionsartikel).
17. R. Krämer: Ein neues Atlaswerk zur Geschichte der Rheinlande (Rezensionsartikel).
18. H. Feigl: Die Ortsnamenbücher der österreichischen Bundesländer (Rezensionsartikel).
19. K. Fehn, K. Brandt, D. Denecke und F. Irsigler: Genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa und seinen Nachbarräumen (Rezensionsartikel).
20. W. Janssen: Frühe Umwelten (Tagungsbericht).
21. H. Groenendijk: »Fachübergreifend« in der niederländischen Siedlungsarchäologie (Forschungsbericht).
22. F. Escher: Aspekte der Siedlungsforschung im verstädterten Raum (Rezensionsartikel).
23. R. Bauer: Zur Bedeutung der Flurnamen für die Siedlungs- und Kulturlandschaftsgeschichte (Tagungsbericht).
24. D. Denecke, K. Fehn und P. Burggraaff: Neuerscheinungen 1987/88 (Laufende Bibliographie).

Band 7, 1989

1. G. J. Borger: Siedlung und Kulturlandschaft am Unterlauf großer Ströme von der Eisenzeit bis zur frühen Neuzeit.
2. J.H.F. Bloemers: Der Mündungsbereich von Rhein und Maas als Grenzgebiet in frühromischer Zeit.
3. W.J.H. Willems: Das Rhein-Maas-Delta als Grenzgebiet vom 3. bis zum 8. Jahrhundert.
4. H. A. Heidinga: Die Siedlungsentwicklung in den Landgebieten nördlich und südlich des niederländischen Rheinabschnitts während des Mittelalters.
5. P. Henderikx: Die mittelalterliche Kultivierung der Moore im Rhein-Maas-Delta (10.–13. Jh.).
6. H. Sarfatij: Stadt am Fluß: Übereinstimmung und Unterschiede bei der Stadtforschung im Rhein-Maas-Delta.
7. A. Verhulst: Die Entstehung der Städte im Rhein-Maas-Delta.
8. J. Bieleman: Die Verschiedenartigkeit der Landschaftssysteme in den Landgebieten der Niederlande in der frühen Neuzeit.
9. J.D.H. Harten: Die Verstädterung der Niederlande und der Einfluß der Städte des Rhein-Maas-Deltas auf das Umland in der frühen Neuzeit.
10. J.A.J. Vervloet: Einige Bemerkungen zur angewandten Historischen Geographie in den Niederlanden.
11. J. Renes und G. P. van de Ven: Siedlung und Landschaft im östlichen Rhein-Maas-Delta.
12. W. Kreisel: Gabriele Schwarz (Nachruf).
13. R. Heyer: Peter Schöller (Nachruf).
14. W. Schenk: Zur Raumwirksamkeit einer Heils Idee (Forschungsbericht).
15. C. Schwerdtfeger: Neue Beiträge der historischen Geographie zur erhaltenen Landschaftsplanung (Rezensionsartikel).
16. H. Jäger: Ein historischer Atlas neuer Art (Rezensionsartikel).
17. K. Fehn: Siedlungs- und Kulturlandschaftsentwicklung am Unterlauf großer Ströme (Tagungsbericht).
18. H. T. Waterbolk: Siebzig Jahre archäologische Siedlungsforschung durch das Biologisch-Archäologische Institut der Universität Groningen (Forschungsbericht).
19. E. Olshausen: Stuttgarter Initiativen zur Erforschung der Historischen Geographie der Alten Welt (Forschungsbericht).
20. K. Fehn: »Hauptstadt«-Ausstellung in Bonn (Forschungsartikel).
21. D. Denecke, K. Fehn und P. Burggraaff: Neuerscheinungen 1988/89 (Laufende Bibliographie).

Band 8, 1990

1. K. Aerni: 1000 Jahre Siedlung und Verkehr im Schweizerischen Alpenraum.
2. H.-R. Egli: Die Untersuchung der Besiedlungs- und Entsiedlungsvorgänge im Gebirge als Prozeßforschung.
3. R. Wyss: Die frühe Besiedlung der Alpen aus archäologischer Sicht.
4. J. Rageth: Siedlungsprozeß und Siedlungsstrukturen in der Urgeschichte Graubündens.

5. P. Gleirscher: Vor- und frühgeschichtliche Siedlungsprozesse im Alpenraum.
6. R. Wyss: Zusammenfassende Bemerkungen zu den Referaten von J. Rageth und P. Gleirscher.
7. W. Kreisel: Die Walserbesiedlung. Vorrücken und Rückweichen einer alpinen »Frontier«.
8. W. Meyer: Siedlungsprozesse in den Schweizer Alpen vom Hochmittelalter bis in die frühe Neuzeit mit besonderer Berücksichtigung der archäologischen Wüstungsforschung.
9. W. Bätzing: Die aktuelle Siedlungsentwicklung an der Höhengrenze der Ökumene im Alpenraum.
10. H. Becker: Die Obergrenze ländlicher Siedlungen im Vergleich ethnischer Siedlungsgebiete der Ostalpen (Forschungsbericht).
11. S. Pacher: Neue Forschungen zur Schwaighofsiedlung in den östlichen Alpen (Forschungsbericht).
12. H.-R. Egli: Siedlungsprozesse an der Höhengrenze der ökumene (Tagungsbericht).
13. W. Janssen: Herbert Jankuhn (Nachruf).
14. H.-J. Nitz: Ingeborg Leister (Nachruf).
15. K. Fehn: Zum Stellenwert der genetischen Siedlungsforschung in regionalen Geschichtsatlantien (Rezensionsartikel).
16. R. Krämer: Angewandte historische Geographie im kommunalen Bereich (Forschungsbericht).
17. J. Möller: Entwicklung und Stand der historisch-geographischen Siedlungs- und Kulturlandschaftsentwicklung in Schweden (Forschungsbericht).
18. K. Fehn: Erste Tagung der Arbeitsgruppe »Angewandte Genetische Siedlungsforschung« (Tagungsbericht).
19. D. Denecke, K. Fehn und P. Burggraaff: Neuerscheinungen 1989/90 (Laufende Bibliographie).

Band 9, 1991

1. F. Irsigler: Der Einfluß politischer Grenzen auf die Siedlungs- und Kulturlandschaftsentwicklung.
2. H. Parzinger: Zur regionalen Gliederung der Hallstattkultur aufgrund der Siedlungsverhältnisse.
3. H. Bender: Bemerkungen zu Grenzen in den nordwestlichen Provinzen des römischen Reiches.
4. V. Nekuda: Die Südgrenze Mährens im Frühmittelalter aus der Sicht der Archäologie.
5. A. Ratusny: Hochmittelalterliche Territorialstrukturen und Planungsformen im Mühlviertel/Oberösterreich.
6. H.-J. Nitz: Grenzzonen als Innovationsräume der Siedlungsplanung dargestellt am Beispiel der fränkisch-deutschen Nordostgrenze im 8. bis 11. Jh.
7. W. Schich: Die »Grenze« im östlichen Mitteleuropa im hohen Mittelalter.
8. L. Schober: Der Grenzstreit zwischen Kloster St. Oswald und dem Landgericht Bärnstein.

9. J.-B. Haversath: Historisch-geographische Aspekte politischer Grenzen in Mitteleuropa mit besonderer Berücksichtigung der heutigen deutsch-tschechischen Grenze.
10. K. Fehn: Die Auswirkungen der Veränderungen der Ostgrenze des Deutschen Reiches auf das Raumordnungskonzept des NS-Regimes (1938–1942).
11. D. Rippmann: Lebensbilder für die Salierausstellung (Rezensionsartikel).
12. W. Schenk und R. Glaser: Der wissenschaftliche Wert von Hauschroniken zur Erforschung früher Umwelten (Forschungsbericht).
13. K. Fehn: Der Einfluß politischer Grenzen auf die Siedlungs- und Kulturlandschaftsentwicklung (Tagungsbericht).
14. V. Eidloth und Th. Gunzelmann: Zweite Tagung der Arbeitsgruppe »Angewandte historisch-geographische Kulturlandschaftsforschung« (Tagungsbericht).
15. D. Meier: Untersuchungen der Arbeitsgruppe Küstenarchäologie (Forschungsbericht).
16. D. Denecke, K. Fehn und P. Burggraaff: Neuerscheinungen 1990/91 (Laufende Bibliographie).

Band 10, 1992

1. D. Denecke: Siedlungsentwicklung und wirtschaftliche Erschließung der hohen Mittelgebirge in Deutschland. Ein historisch-geographischer Forschungsüberblick.
2. W.-D. Sick: Die Besiedlung der Mittelgebirge im alemannischen Raum.
3. U. Kühl: Zum Einfluß der Klöster auf die neuzeitlichen Siedlungsentwicklung des Schwarzwaldes.
4. J. Stadelbauer: Ressourcenbewertung und Siedlungsentwicklung in höheren Mittelgebirgen am Beispiel der Vogesen.
5. R. Graafen: Die Auswirkungen der Notstandsmaßnahmen des Deutschen Reiches vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges auf das Siedlungs- und Kulturlandschaftsbild der Eifel.
6. H. Steuer: Die Entwicklung des Bergbaus in den deutschen Mittelgebirgen seit der Römerzeit und ihr Zusammenhang mit der Besiedlung.
7. E. Gringmuth-Dallmer: Die mittelalterliche Besiedlung des Mittel- und Unterharzes.
8. D. Denecke: Die Besiedlung des Westharzes – ein Bericht über jüngere Forschungen zum Bergbau.
9. G. Billig und V. Geupel: Entwicklung, Formen und Datierungen der Siedlungen in der Kammregion des Erzgebirges.
10. W. Schwabenicky: Hochmittelalterliche Bergstädte im sächsischen Erzgebirge und Erzgebirgsvorland.
11. H.-J. Nitz: Historische Geographie.
12. A. Rost: Siedlungsarchäologie als Baustein interdisziplinärer. Mensch-Umwelt-Forschungen unter ökologischer Fragestellung.
13. R. Aurig: Stand und Aufgaben der historisch-topographischen Altstraßenaufnahme in Sachsen.

14. P. Rückert und D. Rödel: Die Erfassung mittelalterlicher urbarieller Quellen mittels EDV und die Möglichkeiten ihrer Auswertung für die historische Siedlungsforschung.
15. D. Denecke: Die Besiedlung der höheren Mittelgebirge (Tagungsbericht)
16. H. Meynen: Dritte Tagung der Arbeitsgruppe Angewandte Historische Geographie (Tagungsbericht).
17. D. Denecke, K. Fehn und P. Burggraaff: Neuerscheinungen 1991/92 (Laufende Bibliographie).

Band 11, 1993

1. K. Fehn: Entstehung und Entwicklung kleinerer Städte.
2. H. Losert: Archäologie des Mittelalters und der Neuzeit in kleineren Städten Süddeutschlands. Mit einigen Beispielen aus Nordbayern.
3. H. G. Stephan: Archäologie in kleineren Städten von Buxtehude bis Düsseldorf. Forschungsperspektiven aus universitärer Sicht.
4. G. Isenberg: Probleme der Bodendenkmalpflege in kleineren und mittleren Städten Westfalens. Inventarisierung-Denkmalerschutz-Ausgrabungen.
5. M. Richter und T. Velínský: Die archäologische Erforschung von Stadtwüstungen des 13. Jahrhunderts in Böhmen.
6. L. Enders: Werden und Vergehen kleinerer Städte während des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit. Funktions- und Existenzbedingungen in der Mark Brandenburg.
7. M. Pauly: Die Anfänge der kleineren Städte im früheren Herzogtum Luxemburg vor 1500.
8. R. Flückiger-Seiler: Die Basse-Gruyère. Entstehung und Untergang einer überfüllten Städtelandschaft des Spätmittelalters in der Westschweiz.
9. E. Pleßl: Die Gründung und Entwicklung der mittelalterlichen Städte im Waldviertel. Aufgezeigt am Beispiel der Stadt Horn.
10. M. Stercken: Stadtstatus und zentralörtliche Funktion – Weesen am Walensee als habsburgische Kleinstadt und Flecken unter schwyzerischer und glarnerischer Herrschaft.
11. G. Henkel: Die Entwicklung der historischen Kleinstädte des Paderborner Landes im 19. und 20. Jahrhundert. Anmerkungen der Angewandten Historischen Geographie zu Stadterhaltung und Denkmalpflege.
12. A. Mayr: Kleinstädte in Ostwestfalen-Lippe. Studien zu ihrer Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, ihrer Funktion und ihrer landesplanerischen Stellung.
13. W. Behringer: Wege und Holzwege. Aspekte einer Geschichte der Kommunikation in der Frühen Neuzeit (Forschungsbericht).
14. K. Aerni: Ziele und Ergebnisse des Inventars historischer Verkehrswege der Schweiz (IVS) (Forschungsbericht).
15. Ch. Seeber: Historische Verkehrsgeographie in Hochgebirgsregionen (Tagungsbericht).
16. K. Fehn: Entstehung und Entwicklung kleinerer Städte (Tagungsbericht).
17. K. Fehn: Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Angewandten Historischen Geographie mit Archäologen, Bauhistorikern und Ökologen (Tagungsbericht).

18. D. Denecke, K. Fehn und P. Burggraaff: Neuerscheinungen 1992/93 (Laufende Bibliographie).
19. K. Fehn: Register für die Bände 1–10 (1983–1992) der Zeitschrift »Siedlungsforschung. Archäologie-Geschichte-Geographie« und den Sonderband »Genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa und seinen Nachbarräumen« (1988).

Band 12, 1994

1. D. Denecke: Wüstungsforschung als kulturlandschafts- und siedlungsgenetische Strukturforschung.
2. R. Bergmann: Quellen, Arbeitsverfahren und Fragestellungen der Wüstungsforschung.
3. M. Balzer: Spätmittelalterliche Wüstung und Stadtentstehung im östlichen Westfalen.
4. G. Mangelsdorf: Probleme der historisch-archäologischen Wüstungsforschung in Nordostdeutschland.
5. V. Nekuda: Ursachen und Folgen der mittelalterlichen Wüstungen dargestellt am Beispiel Mährens.
6. R. Nekuda: Der Beitrag der Archäologie zur Wüstungsforschung in Mähren.
7. E. Černý: Die historisch-geographische Erforschung der wüsten mittelalterlichen Dörfer im Drahaner Hochland.
8. A. Habovštiak: Der Beitrag der Archäologie zur Wüstungsforschung in der Slowakei.
9. H. Krawarik: Kremsdorf in Oberösterreich – Wüstung oder Siedlungsverlegung?
10. P. Rückert: Quantifizierende Methoden in der Wüstungsforschung.
11. P. Čede: Wüstungsperioden und Wüstungsräume in Österreich.
12. J. Renes: Wüstungsprozesse in den Niederlanden zwischen 1000 und 1800.
13. D. Denecke: Interdisziplinäre historisch-geographische Umweltforschung: Klima, Gewässer und Böden im Mittelalter und in der frühen Neuzeit (Forschungsbericht).
14. P. Šalkovský: Eine neue Rekonstruktionsmethode für den Bebauungsplan slawischer Siedlungen (Forschungsbericht).
15. Ch. Huth und J. Oexle: Breunsdorf, Lkrs. Leipziger Land – ein Vorbericht über ein interdisziplinäres Projekt zur Kulturlandschaftsarchäologie im Südraum Leipzig (Tagebau Schleenhain) (Forschungsbericht).
16. H.-J. Brachmann: Germania Slavica – zur Geschichte der Forschung und den Aufgaben eines im Rahmen interdisziplinär ausgerichteter Ostmitteleuropastudien neu eingerichteten Forschungsbereiches (Forschungsbericht).
17. R. Graafen: Verkehrswege und Handelssiedlungen im Nepal-Himalaya. Zielsetzungen, Verfahren und erste Ergebnisse eines interdisziplinären DFG-Forschungsprojekt (Forschungsbericht).
18. P. Pohle: Wüstungen als Zeugen von Siedlungsprozessen im Tibetischen Himalays (Süd-Mustang, Nepal) (Forschungsbericht).

19. K. Fehn: Wüstungsprozesse – Wüstungsperioden – Wüstungsräume (Tagungsbericht).
20. A. Dix: Der Beitrag der angewandten historisch-geographischen Methoden der Stadt- und Siedlungsplanung (Tagungsbericht).
21. D. Denecke, K. Fehn und P. Burggraaff: Neuerscheinungen 1993/94 (Laufende Bibliographie).

Band 13, 1995

1. H.-J. Nitz: Brüche in der Kulturlandschaftsentwicklung.
2. G. Kossack: Kulturlandschaft und Naturkatastrophe. Bäuerliche Verhaltensweisen in prähistorischer Vergangenheit.
3. W. Janssen: Die Entwicklung der bäuerlichen Kulturlandschaft in Mitteleuropa in frühgeschichtlicher Zeit (5.–10. Jahrhundert) unter besonderer Berücksichtigung der Brüche.
4. K.-H. Blaschke: Brüche in der Entwicklung der Kulturlandschaft in Sachsen.
5. F. Escher: Brüche und Kontinuitäten in der Kulturlandschaftsentwicklung am Beispiel von Brandenburg während des Mittelalters und der frühen Neuzeit.
6. F. Hering: Grundzüge der Kulturlandschaftsentwicklung in der Oberlausitz.
7. D. Scholz: Kontinuität und Brüche in der Entwicklung der Kulturlandschaft des Halle-Leipziger Raumes seit 1800.
8. H. G. Steinberg: Brüche in der Kulturlandschaftsentwicklung des Ruhrgebietes.
9. Th. Wölker: Wüstungsprozesse an der hessisch-thüringischen Grenze nach 1945
10. L. Grundmann: Auswirkungen des aktuellen Strukturwandels auf Landnutzung und Siedlungen in Sachsen.
11. H. Schürmann: Historisierungstendenzen als Bruch in der kulturlandschaftlichen Entwicklung am Beispiel ländlicher Siedlungen.
12. H. Förster: Brüche in der Kulturlandschaftsentwicklung der Tschechischen Republik.
13. J. Stadelbauer: Brüche in der Kulturlandschaftsentwicklung der baltischen Staaten.
14. A. Pleterski: Die Methode der Verknüpfung der retrogressiven Katasteranalyse mit schriftlichen und archäologischen Quellen. Am Beispiel der Bleder Region in Nordwestslowenien (Forschungsbericht).
15. H.-J. Nitz: Brüche in der Kulturlandschaftsentwicklung (Tagungsbericht).
16. K.-D. Kleefeld: Aufgaben, Möglichkeiten und Probleme der musealen Präsentation von Kulturlandschaftsrelikten (Tagungsbericht).
17. B. Scholkmann: Die Arbeitsgemeinschaft für Archäologie des Mittelalters und der Neuzeit bei den Deutschen Verbänden für Altertumforschung (Forschungsbericht).
18. D. Denecke, K. Fehn und P. Burggraaff: Neuerscheinungen 1994/95 (Laufende Bibliographie).

Band 14, 1996

1. E. Gringmuth-Dallmer: Kulturlandschaftsmuster und Siedlungssysteme.
2. G. Löffler: Die Analyse von räumlichen Siedlungssystemen i.w.S. in der genetischen Siedlungsforschung – Begriffssystematik und Forschungsperspektiven.
3. H. T. Waterbolk: Gefügemuster der bäuerlichen Kulturlandschaft in den nördlichen Niederlanden.
4. T. Spek: Die bodenkundliche und landschaftliche Lage von Siedlungen, Äckern und Gräberfeldern in Drenthe (nördliche Niederlande). Eine Studie zur Standortwahl in vorgeschichtlicher, frühgeschichtlicher und mittelalterlicher Zeit (3400 v. Chr. – 1000 n. Chr.).
5. W. A. Ligtdag: Mittelalterliche und neuzeitliche Siedlungssysteme und Kulturlandschaftsmuster im Gebiet östlich von Groningen.
6. J. A. Mol und P. Noomen: Die Bedeutung des friesischen Katasters von 1511/1640 für die historische Siedlungsforschung.
7. J. Ey: Siedlungssysteme des mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Landesausbaus im Küstengebiet des östlichen Frieslandes.
8. D. Meier: Landschaftsgeschichte und Siedlungsmuster von der römischen Kaiserzeit bis in das Mittelalter in den Küstengebieten Eiderstedts und Dithmarschens.
9. H.-R. Egli: Neuzeitliche Siedlungssysteme im ländlichen Raum der Schweiz zwischen Beharrung und Entwicklung.
10. C.-H. Hauptmeyer: Kulturlandschaften aus regionalhistorischer Sicht.
11. H. Ditt: Konzeptionen der geographischen Landeskunde Westfalens (Forschungsbericht).
12. E. Gringmuth-Dallmer: Kulturlandschaftsmuster und Siedlungssysteme (Tagungsbericht)
13. K.-D. Kleefeld, J. Renes, V. Denzer: Kulturlandschaftspflege und/oder Kulturlandschaftsmanagement – Aspekte einer Positionsbestimmung (Tagungsbericht).
14. D. Denecke, K. Fehn und P. Burggraaff: Neuerscheinungen 1995/96 (Laufende Bibliographie)

Band 15, 1997

1. M. Müller-Wille: Maritime Archäologie. Fallbeispiele aus dem südlichen Skandinavien.
2. Ch. Westerdahl: Maritime Kulturlandschaften am Beispiel des Ostseeraumes.
3. W. Schich: Der Ostseeraum aus der Sicht der mittelalterlichen Siedlungsgeschichte – mit besonderer Berücksichtigung der »Seestädte« an der südwestlichen Ostseeküste.
4. A. Dix: Die südliche Ostseeküste als geographischer Forschungsgegenstand in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945 – die ältere Literatur als Quelle für eine vergleichende Historische Geographie der Meere und Küsten.

5. A. Leube: Die eisenzeitliche Besiedlung der südlichen Ostseeküste zwischen Wismarscher Bucht und Usedom.
6. A. Priebes: Die Entwicklung des Innenhafens von Kopenhagen im Kontext der historischen Stadtgeographie. Entstehung, Differenzierung und Transformation der maritimen Stadlandschaft.
7. R. Plöger: Die maritime Kulturlandschaft der Kieler Förde in historisch-geographischer Sicht.
8. B. Benthien: Die »Bäderlandschaft« der südlichen Ostseeküste – ein Teil der zirkumbaltischen Erholungszone.
9. S. Schumacher-Gorny: Die Entwicklung der Kulturlandschaft im Badeort Travemünde/Ostsee – eine Bestandsaufnahme mit Ausblick.
10. G. Hoffmann, W. Dörfler, M. Müller-Wille, J. Thiede: Zum Einfluß des Menschen auf den nacheiszeitlichen Landschaftswandel an der schleswig-holsteinischen Ostseeküste (SEDOST-Forschungsprojekt).
11. K. Fehn: Historisch-geographische Kulturlandschaftspflege 1986–1997 (Forschungsbericht).
12. H.-J. Nitz: Zur Erforschung der frühmittelalterlichen Besiedlung im Raum zwischen Ostharz und jenseits der Saale, mit einem Ausblick auf Thüringen (Forschungsbericht).
13. A. Simms, F. Opll: Historische Stadtatlanten: Stadtgeschichte in Karten (Forschungsbericht).
14. P. Burggraaff und K.-D. Kleefeld: 25 Jahre Forschung und Lehre zu Siedlung, Kulturlandschaft und Umwelt in Mitteleuropa (1972–1997). Festveranstaltung des Seminars für Historische Geographie der Universität Bonn am 12. September 1997 in Bonn (Tagungsbericht).
15. H. Jäger: Historische Geographie gestern und heute. Kurzvortrag anlässlich der Präsentation der Seminarfestschrift »Perspektiven der Historischen Geographie. Siedlung – Kulturlandschaft – Umwelt in Mitteleuropa. Seminar für Historische Geographie der Universität Bonn 1972–1997« am 12. September 1997 in Bonn (Tagungsbericht).
16. K. Fehn: Maritime Kulturlandschaften am Beispiel des Ostseeraumes (Tagungsbericht).
17. D. Denecke, K. Fehn und P. Burggraaff: Neuerscheinungen 1996/97 (Laufende Bibliographie).

Band 16, 1998

1. K. Fehn: Bergbau- und Industrielandschaften unter besonderer Berücksichtigung von Steinkohlenbergbau und Eisen- und Stahlindustrie.
2. W. Wegener: Das frühe Ruhrgebiet im 18. und in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts.
3. K. Fehn: Die hochindustrielle Kulturlandschaft des Ruhrgebiets 1840–1939. Aufbau und Blüte – Kernzonen und Peripherien.
4. H.-W. Wehling: Einflüsse der Großunternehmen von Eisen und Stahl auf die industrielle Kulturlandschaft – das Beispiel Krupp.

5. R. Plöger: Die Bergbaulandschaft ›Zollverein‘ im Nordosten von Essen.
6. H.-W. Wehling: Montanindustrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet. Raumzeitliche Entwicklung im regionalen und europäischen Kontext.
7. J. Biecker und H. Otten: Stadtbildprägende Architektur im Ruhrgebiet der 1920er und 1930er Jahre
8. M. Hartenstein: »Ein zweites Ruhrgebiet im Osten«. Die nationalsozialistischen Pläne für das oberschlesische Bergbau- und Industrieviertel nach dem Ende des Polenfeldzuges 1939 vor dem historischen Hintergrund der einzelnen Teilgebiete.
9. H. Kranz: Siedlung und Bergbau im mittelalterlichen Lütticher Steinkohlenrevier.
10. J. Wiesemann: Siedlung und Bergbau in den Territorien um Aachen (16.–18. Jahrhundert).
11. J. Renes: Die landschaftlichen Folgen des Steinkohlenbergbaus in der niederländischen und in der belgischen Provinz Limburg.
12. G. Römhild: Montanindustrie an der Peripherie: Die nordwestdeutsche Wealdenkohle und der frühere Bergbau im Gesamtbergamt Obernkirchen-Barsinghausen – im Übergang von der Früh- zur Hochindustrialisierung – unter besonderer Berücksichtigung des 1961 erloschenen Schaumburger Steinkohlenbergbaus.
13. G. Hein: Museum und Kulturlandschaft im Oberharz. Zur Erforschung und Vermittlung der Kulturlandschaftsentwicklung in einer ehemaligen Bergbauregion.
14. Ch. Willms: Frühindustrielle Landschaften nördlich von Dillenburg und im Märkischen Sauerland.
15. K. Fehn: Bergbau- und Industrielandschaften unter besonderer Berücksichtigung von Steinkohlenbergbau und Eisen- und Stahlindustrie (Tagungsbericht).
16. K.-D. Kleefeld: Angewandte Historische Geographie in industriellen Ballungsräumen (Tagungsbericht).
17. H.-R. Egli: Kulturlandschaft und Tourismus (Tagungsbericht).
18. E. Gringmuth-Dallmer: Zur Dynamik ur- und frühgeschichtlicher Siedlungsstrukturen (Forschungsbericht).
19. K. Fehn: Interdisziplinäre genetische Stadtforschung im Spiegel ausgewählter Tagungsbände der letzten 40 Jahre. Defizite – Aufgaben – Vorbilder.
20. H. Otten: Haus und Siedlung. Zur Bedeutung der historischen Haus- und Bauforschung für die genetische Siedlungsforschung.
21. K. Fehn: Konzeptionelle Wandlungen seit dem Plan einer großen Landeskunde von Deutschland in den 50er Jahren. Mit der Wiedergabe des geplanten Programms vom 2. August 1957.
22. K. Fehn und P. Burggraaf: Neuerscheinungen 1997/98 (Laufende Bibliographie).

Band 17, 1999

1. W. Rösener: Strukturen und Wandlungen des Dorfes in Altsiedellandschaften
2. J.-B. Haversath: Ländliche Siedlungen in hessischen Altsiedelräumen. Siedlungsgenese der westhessischen Beckenlandschaften von der Römerzeit bis zum 9. Jahrhundert.
3. M. Austermann: Archäologische Forschungen zu den mittelalterlichen Siedlungen in der Wetterau. Ergebnisse der Arbeit von 1993–1997.
4. N. Gebauer: Archäologische und historische Untersuchungen zur früh- und hochmittelalterlichen Besiedlung im westlichen Mittelhessen.
5. U. Recker: Dörfer im Tagebau. Anmerkungen zur archäologischen Siedlungsforschung im rheinischen Braunkohlenrevier am Beispiel des mittelalterlichen Kirchspiels Lohn.
6. B. Vits: Ist das Haufendorf strukturlos? Untersuchung zur Sozialgenese ausgewählter nordhessischer Dörfer und der Versuch ihrer siedlungsgenetischen Interpretation.
7. U. Reuling: Die kurhessische Siedlungs- und Agrarlandschaft an der Schwelle zur Moderne. Beiträge zu einer Strukturanalyse auf der Grundlage zeitgenössischer Ortsbeschreibungen.
8. R. Bauer: Beiträge der Ortsnamenforschung zur Klärung der Siedlungsgenese süddeutscher Altsiedelräume.
9. J. Tauber: Beharrung und Wandel im Siedlungsbild der Nordwestschweiz von der Spätantike bis zur Frühen Neuzeit.
10. F. Eigler: Frühstadien der -ingen- und -heim-Dörfer in Raetien nördlich der Donau.
11. H. Krawarik: Rodungsprogramme und Weilerbildung.
12. A. Ratusny: Zur Genese von Gruppensiedlungen in der frühmittelalterlichen bairisch/fränkisch-slawischen Kontaktzone zwischen Traun und Krems im oberösterreichischen Alpenvorland.
13. E. Gringmuth-Dallmer: Altlandschaft und Altsiedlung zwischen Elbe/Saale und Oder/Neiße.
14. M. Hardt: Das slawische Dorf und seine kolonisationszeitliche Umformung nach schriftlichen und historisch-geographischen Quellen.
15. H.-J. Nitz: Platzdörfer in Altsiedelräumen Böhmens – Beobachtungen und Überlegungen zur historischen Struktur.
16. J. Tkocz: Räumliche Organisation des Dorfes in Polen.
17. K. Fehn: Der Raum-Zeit-Vergleich in der Historischen Geographie (Tagungsbericht).
18. H.-J. Nitz: Raum-Zeit-Vergleiche historischer kulturgeographischer Prozesse mit Beispielen aus Europa.
19. J. Lafrenz: Zyklentheorie zum Traditionsverständnis präindustrieller Stadtgestalt.
20. K. Fehn: Monographien der 80er und 90er Jahre zur historisch-geographischen deutschen Landeskunde.

21. R. Graafen unter Mitarbeit von P. Burggraaff: Genetische Siedlungsforschung in Festschriften für Geographen aus dem deutschsprachigen Raum (1988–1999).
22. K. Fehn: Dörfer in vorindustriellen Altsiedellandschaften (Tagungsbericht).
23. K.-D. Kleefeld: Neue Informationssysteme für die Angewandte Historische Geographie (Tagungsbericht).
24. K. Fehn und P. Burggraaff: Neuerscheinungen 1998/99 (Laufende Bibliographie).

Band 18, 2000

1. K. Fehn: Perspectives for the future of genetic settlement research in Central Europe. Report on the 26th conference of the »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« from the 22nd to 25th September 1999 in Bonn.
2. K. Fehn: 25 Jahre »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa«. Ziele, Strukturen und Aktivitäten im Rückblick.
3. W. Schenk: Aufgaben der genetischen Siedlungsforschung in Mitteleuropa aus der Sicht der Geographie.
4. P. Rückert: Aufgaben der genetischen Siedlungsforschung in Mitteleuropa aus der Sicht der Geschichtswissenschaft.
5. K.-D. Kleefeld: Aufgaben der angewandten genetischen Siedlungsforschung in Mitteleuropa.
6. H. Parzinger: Übertragungsmöglichkeiten von Forschungsergebnissen der genetischen Siedlungsforschung aus nichtmitteleuropäischen Räumen auf Mitteleuropa. Statement zu Eurasien.
7. P. Pohle: Übertragungsmöglichkeiten von Forschungsergebnissen der genetischen Siedlungsforschung aus nichtmitteleuropäischen Räumen auf Mitteleuropa am Beispiel aktueller Untersuchungen zur Besiedlungsgeschichte des Himalaya und der Alpen.
8. D. Meier: Beispiele interdisziplinärer genetischer Siedlungsforschung in Skandinavien. Stand der Forschung und europäische Perspektiven.
9. K. M. Born: Übertragungsmöglichkeiten von Erkenntnissen der genetischen Siedlungsforschung in England und USA auf Mitteleuropa.
10. M. Koch: Neuere Tendenzen der genetischen Siedlungsforschung in Frankreich mit besonderer Berücksichtigung von Übertragungsmöglichkeiten von Forschungsergebnissen auf Mitteleuropa.
11. G. Moosbauer: Genetische Siedlungsforschung in Südosteuropa und Oberitalien. Übertragungsmöglichkeiten von Forschungsergebnissen auf mitteleuropäische Räume aufgezeigt an ausgewählten Beispielen.
12. H. Küster: Kooperationsmöglichkeiten der Pollenanalyse und der genetischen Siedlungsforschung.
13. R. Gerlach: Landschaftsgeschichte: Der Beitrag der physischen Geographie zur genetischen Siedlungsforschung.

14. B. Selter: Forstgeschichte heute. Anmerkungen zu Aufgaben und Weiterentwicklung einer traditionellen Disziplin mit besonderer Berücksichtigung des Übergangsfeldes zur genetischen Siedlungsforschung.
15. G. Recker: Kooperationsmöglichkeiten der Geschichte der Kartographie mit der genetischen Siedlungsforschung.
16. U. Stanjek: Kooperationsmöglichkeiten der Kulturtechnik mit der genetischen Siedlungsforschung unter besonderer Berücksichtigung der Weinbergs-Flurbereinigung.
17. O. Karnau: Kooperationsmöglichkeiten der Stadtbaugeschichte mit der genetischen Siedlungsforschung.
18. J. Mangold: Kooperationsmöglichkeiten der Volkskunde mit der genetischen Siedlungsforschung. Das Bergische Freilichtmuseum Lindlar als Beispiel für interdisziplinäre Zusammenarbeit.
19. F. Maier: Möglichkeiten der Kooperation zwischen historischer Demographie und genetischer Siedlungsforschung.
20. H. Flachenecker: Der Beitrag der GERMANIA SACRA zur genetischen Siedlungsforschung.
21. J. Vollbrecht: Kooperationsmöglichkeiten der Urgeschichte/Vorgeschichte mit der genetischen Siedlungsforschung.
22. H. Otten: Die außeruniversitären Infrastrukturen wissenschaftlichen Arbeitens im Umfeld der genetischen Siedlungsforschung. Arbeitskreise und wissenschaftliche Gesellschaften.
23. K. Fehn: Zukunftsperspektiven der genetischen Siedlungsforschung in Mitteleuropa (Tagungsbericht).
24. R. Graafen und P. Burggraaff: Flusslandschaften zwischen Persistenz und Überformung (Tagungsbericht).
25. H. van der Linden: Die Königsroute. Eine Revision der »Cope-Untersuchung« bezüglich der mittelalterlichen Kultivierungssystematik.
26. H. Beckmann. Kulturkonfrontation oder Kompromiss. Die mittelalterliche Europäisierung des Ostseeraums 1100–1400 n. Chr. Bericht zu einem internationalen Projekt.
27. K. Fehn und P. Burggraaff: Neuerscheinungen 1999/2000 (Laufende Bibliographie):

Band 19, 2001

1. W. Schenk: Das Forschungsfeld »Wald und Siedlung« aus der Sicht der Historischen Geographie.
2. G. Moosbauer mit einem Beitrag von M. Leopold und J. Völkel: Wechselwirkungen zwischen Waldnutzung und Siedlungsentwicklung während der römischen Kaiserzeit in Mitteleuropa.
3. C. Häuber: Wald und Siedlung im antiken Rom – Spuren heiliger Haine auf dem Mons Oppius.
4. H. Küster: Wald und Wüstung in der Völkerwanderungszeit.
5. C. Morissey: Archäologische Forschung in Wald und Feld: Der Schönbuch und einige Aspekte der älteren Siedlungsgeschichte Südwestdeutschlands

6. P. Rückert: Wald und Siedlung im späteren Mittelalter aus der Perspektive der Herrschaft.
7. B.-St. Grewe: Dorf und Wald im 19. Jahrhundert. Lokalstudien aus der baye-rischen Rheinpfalz (1814–1870).
8. A. Kottmann und R. Schaal: Funktionen des Waldes einst und heute: Wald-gewerbe und Waldnutzung im Schönbuch.
9. B. Selter: Forstwirtschaft und Siedlungsentwicklung im 19. Jahrhundert.
10. A. Schuler: Holznöte, Waldschutz und Siedlung in den Alpen vom 16. bis zum 19. Jahrhundert.
11. R. Pott und H. Freund: Spuren der Siedlungsgeschichte in der Vegetation heutiger Wälder.
12. F. Schmithüsen: Die Wahrnehmung des Waldes und der Waldwirtschaft durch die Bevölkerung.
13. P. G. Møller: Wald und Siedlung aus dänischer Sicht mit besonderer Berück-sichtigung der Forschungsvorhaben innerhalb des Projekts »Changing Land-scapes« des »Centre for Strategic Studies in Cultural Environment, Nature and Landscape«.
14. D. Denecke: 25 Jahre »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa«. Das interdisziplinäre und internationale Umfeld im Rückblick (Beitrag der 26. Tagung).
15. R. Bergmann: Genetische Siedlungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland aus der Sicht der Archäologie des Mittelalters und der Neuzeit (Beitrag der 26. Tagung).
16. W. Schich: Heinz Quirin (Nachruf).
17. K. Fehn: Hans-Jürgen Nitz (Nachruf).
18. W. Schenk: Wald und Siedlung in Mitteleuropa (Tagungsbericht)
19. R. Plöger: Zwei Silberscheiben aus der Schweiz zum Thema »Landschaft«.
20. D. Fliedner: Über die ursprüngliche Hufengröße im Holler Kolonisationsge-biet nördlich von Bremen. Einige sachliche und methodische Bemerkungen zum Aufsatz von Hendrik van der Linden: »Die Königsrute. Eine Revision der »Cope-Untersuchung« bezüglich der mittelalterlichen Kultivierungssyste-matik«.
21. K. Fehn und P. Burggraaff: Neuerscheinungen 2000 (Laufende Bibliographie).

Band 20, 2002

1. W. Schenk: Kulturlandschaft und Religion: Annäherungen an ein dialekti-sches Prozessfeld aus historisch-geographischer Perspektive.
2. L. P. Ślupecki: Pagan Religion and Cultural Landscape of Northwestern Slavs in the Early Middle-Ages.
3. J. Strzelczyk: Die Bedeutung der Gründung des Erzbistums Gnesen und die Schaffung einer kirchlichen Organisation für die Ausformung einer »kirch-lichen Kulturlandschaft«.
4. I. Skierska: Spuren des mittelalterlichen Kirchenbesitzes in der Toponymie Großpolens.

5. R. Gebuhr: Der Kultplatz in der Wissenschaftslandschaft. Zur Suche nach der Burg »Liubusua«.
6. W. Schich: Die »Christianisierung« der Kulturlandschaft zwischen Elbe und Oder im 12. und 13. Jahrhundert.
7. R. Bergmann. Die Einflussnahme von Klöstern auf die Kulturlandschaftsentwicklung in Westfalen.
8. J. Piekalski: Städtebildende Funktionen der religiösen Zentren im binnenländischen Teil Mitteleuropas bis zum 14. Jahrhundert.
9. K. R. Mazurski: Prozesse der Ansiedlung von Protestanten in Schlesien vom 16. bis 19. Jahrhundert.
10. P. Čede: Die barocke Gestaltung der österreichischen Kulturlandschaft unter dem Einfluss der katholischen Restauration.
11. O. Karnau: Die prägenden Elemente einer »preußisch-evangelischen« Kulturlandschaft am Beispiel der Stadtplanung in Posen vor dem Ersten Weltkrieg.
12. Z. Ilyés: Veränderungen der sakralen Raumstruktur in einer religiösen Kontaktzone der Ostkarpaten.
13. K. Fehn: Ideologie und Kulturlandschaft. »Artgemäße deutsche Kulturlandschaft« – das nationalsozialistische Projekt einer Neugestaltung Ostmitteleuropas.
14. D. Denecke: Religiös motivierte Abwanderung aus Deutschland und Ansiedlung in Palästina in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.
15. E. Gringmuth-Dallmer: Wendepflug und Planstadt? Forschungsprobleme der hochmittelalterlichen Ostsiedlung.
16. E. Gringmuth-Dallmer: Das deutsch-polnische Projekt »Mensch und Umwelt im Odergebiet in ur- und frühgeschichtlicher Zeit«.
17. M. Hardt: Der Arbeitsbereich »Germania Slavica« am Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas in Leipzig.
18. R. Czaja: Der historische Atlas polnischer Städte.
19. K. Fehn: Ein neuer Beitrag zur Darstellung der industriezeitlichen Großstadtentwicklung in den europäischen Städteatlanten: Das Beispiel Breslau.
20. G. Białyński: Aktuelle Siedlungsforschungen in Masuren: Bereiche, Chronologie, Methoden, Vorhaben.
21. B. Miszewska: Ehemalige Dörfer als genetische Kerne im heutigen Stadtgefüge der Großstadt Breslau.
22. A. Jezierska-Thöle: Neue Funktionen von Adelshofanlagen im ländlichen Siedlungswesen der Region Thorn.
23. M. Koter und M. Kulesza: Die historische Geographie in den Forschungen des Lehrstuhls für Politische Geographie und Regionalstudien der Universität Lodsch.
24. U. Arnold: Polnisch-deutsche Historikerkooperation – das Beispiel Deutschordensgeschichte.
25. K. Fehn: Religion und Kulturlandschaft (Tagungsbericht).
26. M. Müller-Wille: Walter Janssen (Nachruf).
27. K. Fehn und P. Burggraaff: Neuerscheinungen 2001–2002 (Laufende Bibliographie).

Sonderband (Abkürzung: SB)

- A1 W. Janssen: Genetische Siedlungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland aus der Sicht der Siedlungsarchäologie.
- A2 K. Fehn: Genetische Siedlungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland aus der Sicht der Siedlungsgeschichte.
- A3 H.-J. Nitz: Genetische Siedlungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland aus der Sicht der Siedlungsgeographie.
- B1 J. Herrmann: Siedlungsgenetische und archäologische Forschungen in der Deutschen Demokratischen Republik.
- B2 K. Blaschke: Leistung und Aufgaben der Siedlungsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik.
- B3 M. Linke, G. Narweleit, W. Strenz und E. Wegner: Die Historische Geographie in Lehre und Forschung in der Deutschen Demokratischen Republik.
- C1 St. Helmfrid: Genetische Siedlungsforschung in Schweden mit besonderer Berücksichtigung der Siedlungsgeographie.
- C2 S. Gissel: Genetische Siedlungsforschung in Dänemark mit besonderer Berücksichtigung der Siedlungsgeschichte.
- C3 P. B. Molaug: Genetische Siedlungsforschung in Norwegen mit besonderer Berücksichtigung der Siedlungsarchäologie.
- C4 E. Gläßer: Ergänzende Literatur zur Historischen Geographie in Norwegen.
- D1 J. Thirsk: Zur mittelalterlichen Siedlungsgeschichte in England.
- D2 D. Denecke: Historisch-geographische Siedlungsforschung in Großbritannien.
- D3 A. Simms: Genetische Siedlungsforschung in Irland mit besonderer Berücksichtigung der Siedlungsgeographie.
- E1 W. A. van Es: Genetische Siedlungsforschung in den Niederlanden mit besonderer Berücksichtigung der ländlichen Siedlungsarchäologie im ersten Jahrtausend n. Chr.
- E2 F. Verhaeghe: Genetische Siedlungsforschung in Belgien mit besonderer Berücksichtigung der Siedlungsarchäologie.
- E3 J.A.J. Vervloet: Grundzüge der Entwicklung der Historischen Geographie in den Niederlanden mit besonderer Berücksichtigung der genetischen Siedlungsforschung.
- E4 P. Burggraaff: Bemerkungen zur genetischen Siedlungsforschung in Luxemburg.
- E5 W. Janssen: Ausgewählte Probleme der Siedlungsarchäologie in Frankreich.
- E6 F. Irsigler: Ausgewählte Probleme der Siedlungsgeschichte in Frankreich.
- E7 U. von den Driesch: Ausgewählte Probleme der genetischen Siedlungsforschung in Frankreich mit besonderer Berücksichtigung der Historischen Geographie.
- F1 M. Martin: Genetische Siedlungsforschung in der Schweiz mit besonderer Berücksichtigung von Siedlungsarchäologie und Namenkunde.
- F2 H. R. Egli: Genetische Siedlungsforschung in der Schweiz mit besonderer Berücksichtigung von Historischer Geographie und Siedlungsgeschichte.
- F3 P. Csendes: Entwicklung und Stand der siedlungsgeschichtlichen Forschung in Österreich.

- F4 H. Penz: Der Beitrag der Geographie zur genetischen Siedlungsforschung in Österreich.
- F5 L. V. Patella Scola: Der Beitrag der Geographie zur genetischen Siedlungsforschung in Italien.
- F6 E. Sabelberg: Historisch-geographische und historische Siedlungsforschung in Italien.
- F7 V. Bierbrauer: Zum Stand archäologischer Siedlungsforschung in Oberitalien in Spätantike und frühem Mittelalter (5.–7. Jahrhundert). Quellenkunde – Methode – Perspektiven.
- G1 L. Makkai: Genetische Siedlungsforschung in Ungarn mit besonderer Berücksichtigung der mittelalterlichen Siedlungsgeschichte.
- G2 A. Habovštiak: Archäologische Siedlungsforschung in der Slowakei.
- G3 V. Nekuda: Archäologische Siedlungsforschung in den tschechischen Ländern.
- G4 W. Sperling: Ergänzende Literatur zur genetischen Siedlungsforschung in der Tschechoslowakei.
- G5 H. Szulc: Genetische Siedlungsforschung in Polen mit besonderer Berücksichtigung der Siedlungsgeographie.
- G6 W. Schich: Ergänzende Literatur zur genetischen Siedlungsforschung in Polen.
- G7 C. Goehrke: Neuere Veröffentlichungen zur Siedlungsgenese der drei baltischen Sowjetrepubliken Litauen, Lettland und Estland.
- G8 C. Goehrke: Neuere Veröffentlichungen zur Siedlungsgenese Weißrußlands und der Ukraine
- H1 K. Fehn: Zusammenfassung der Diskussion zu übergreifenden Themen nach den regionalen Vortragsblöcken der Tagung 1984.
- H2 W. Sperling: Bemerkungen zum Stand der Historischen Geographie in der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen und der Deutschen Demokratischen Republik.
- H3 K. Fehn: Entstehung und Entwicklung des »Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa“(1974–1988).
- K1 K. Fehn: Nachträge neuester Literatur zur genetischen Siedlungsforschung im deutschsprachigen Mitteleuropa (1984–1988).

III Autoren

Aerni, Klaus	86/16; 90/1; 93/14
Anderegg, Jean-Pierre	84/14
Arnold, Udo	02/24
Aurig, Rainer	92/13
Austermann, Matthias	99/3
Balzer, Manfred	94/16
Bätzing, Werner	90/9
Bauer, Reinhard	88/23; 99/8
Bayerl, Günter	88/12

Becker, Hans	90/10
Beckmann, Heiko	00/26
Behre, Karl-Ernst	85/19; 88/4
Behringer, Wolfgang	93/13
Bender, Helmut	Hrg. 89–99; 87/10; 88/5; 91/3
Benthien, Bruno	97/8
Bergmann, Rudolf	94/2; 01/15; 02/7
Bialuński, Grzegorz	02/20
Biecker, Johannes	98/7
Bieleman, Jan	89/8
Bierbrauer, Volker	SB/F7
Billig, Gerhard	92/9
Blaschke, Karlheinz	95/4; SB/B2;
Bloemers, J.H.F.	89/2
Bohm, Eberhard	83/7
Borger, Guus J.	84/4; 89/1
Born, Karl Martin	00/9
Brachmann, Hansjürgen	94/16
Brandt, Klaus	Hrg. 84–99; Schriftleitung 84–99; Hrg. SB; 84/6; 85/6; 88/19
Burggraaff, Peter	Red. 88–02; Red. SB; 84/18; 87/17; 88/24; 89/21; 90/19; 91/16; 92/17; 93/18; 94/21; 95/18; 96/14; 97/14; 97/17; 98/22; 99/21; 99/24; 00/24; 00/27; 01/27; 02/27; SB/E4
Čede, Peter	94/11; 02/10
Černý, Ervin	94/7
Csendes, Peter	SB/F3
Czaja, Roman	02/18
Denecke, Dietrich	Hrg. 83–02; Schriftleitung 83–02; Hrg. SB; 83/11; 83/12; 83/19; 83/22; 83/25; 84/19; 85/2; 85/5; 85/22; 86/19; 87/18; 88/19; 88/24; 89/21; 90/19; 91/16; 92/1; 92/8; 92/15; 92/17; 93/18; 94/1; 94/13; 94/21; 95/18; 96/14; 97/17; 01/14; 02/14; SB/D2
Denzer, Vera	96/13
Diepolder, Gertrud	83/10
Dirlmeier, Ulf	88/6
Ditt, Hildegard	96/11
Dix, Andreas	94/20; 97/4
von der Dollen, Busso	83/2; 83/20; 83/23

Dörfler, Walter	97/10
von den Driesch, Ursula	SB/E7
Egli, Hans-Rudolf	Hrg. 98–02; 84/18; 85/16; 90/2; 90/12; 96/9; 98/17; 99/24; SB/F2
Ehmer, Josef	87/7
Eidloth, Volkmar	91/14
Eigler, Friedrich	99/10
Ellermeyer, Jürgen	87/6
Enders, Lieselott	93/6
van Es, W.A.	SB/E1
Escher, Felix	83/5; 88/22; 95/5
Ey, Johannes	96/7
Fehn, Klaus	Federführende Herausgabe 83–02; Schriftleitung 83–02; Federführende Herausgabe SB; 83/1; 83/15; 83/17; 83/25; 84/19; 85/1; 85/13; 85/14; 85/22; 86/11; 86/13; 86/14; 86/19; 87/18; 88/15; 88/19; 88/24; 89/17; 89/20; 89/21; 90/15; 90/18; 90/19; 91/10; 91/13; 91/16; 92/17; 93/1; 93/16; 93/17; 93/18; 93/19; 94/19; 94/21; 95/18; 96/14; 97/11; 97/16; 97/17; 98/1; 98/3; 98/15; 98/19; 98/21; 98/22; 99/17; 99/20; 99/22; 99/24; 00/1; 00/2; 00/23; 00/27; 01/18; 01/21; 02/13; 02/19; 02/25; 02/ 27; SB/A2; SB/H1; SB/J1; SB/K1
Fehring, Günter P.	86/15; 87/2
Feigl, Helmuth	88/18
Flachenecker, Helmut	00/20
Fliedner, Dietrich	01/20
Flückiger-Seiler, Roland	93/8
Förster, Horst	95/12
Freund, Holger	01/11
Fritze, Wolfgang H.	84/9
Gebauer, Norbert	99/4
Gebuhr, Ralf	02/5
Gerlach, Renate	00/13
Geupel, Volkmar	92/9
Gissel, Svend	86/13; SB/C2
Gläßer, Ewald	SB/C4
Glaser, Rüdiger	91/12
Gleirscher, Paul	90/5
Goehrke, Carsten	SB/G7; SB/G8

Gottschalk, M. K. Elisabeth	85/7
Graafen, Rainer	85/21; 86/18; 87/17; 92/5; 94/17; 99/21; 00/24
Grees, Hermann	88/16;
Grewe, Bernd-Stephan	01/7
Gringmuth-Dallmer, Eike	Hrg. 98; 87/12; 92/7; 96/1; 96/12; 98/18; 99/13; 02/15; 02/16
Groenendijk, Henny	85/8; 88/21
Grundmann, Luise	95/10
Gschwend, Max	84/13
Gunzelmann, Thomas	91/14
Habovštiak, Alojz	84/11; 94/8; SB/G2
Häuber, Chrystina	01/3
Hagel, Jürgen	88/8
Hårdh, Birgitta	86/2
Hardt, Matthias	99/14; 02/17
Harten, J.D.H.	89/9
Hartenstein, Michael	98/8
Hauptmeyer, Carl-Hans	83/21; 96/10
Haversath, Johann-Bernhard	91/9; 99/2
Heidinga, H.A.	89/4
Hein, Günther	98/13
Heineberg, Heinz	84/16; 85/17
Helmfrid, Staffan	SB/C1
Henderikx, Peter	89/5
Henkel, Gerhard	83/21; 93/11
Hering, Frank	95/6
Herrmann, Joachim	SB/B1
Heyer, Rolf	89/13
Higelke, Bodo	84/8
Hildebrandt, Helmut	85/3
Hoekstra, T.J.	85/9
Hoffmann, Dietrich	84/8
Hoffmann, Gerd	97/10
Hofmann, Wolfgang	83/6
Hofmeister, Burkhard	83/3
Huth, Christoph	94/15
Ilyés, Zoltán	02/12

Irsigler, Franz	Hrg. 83–02; Schriftleitung 83–02; Hrg. SB; 83/8; 86/4; 88/19; 91/1; SB/E6
Isenberg, Gabriele	93/4
Jäger, Helmut	88/1; 89/16; 97/15
Janssen, Walter	Hrg. 83–97; 83/13; 88/2; 88/20; 90/13; 95/3; SB/A1; SB/E5
Jeziarska-Thöle, Aleksandra	02/22
Junk, Heinz-K.	85/20
Kalis, Arie J.	88/3
Karnau, Olivier	00/17; 02/11
Klápště, Jan	84/10
Kleefeld, Klaus-Dieter	95/16; 96/13; 97/14; 98/16; 99/23; 00/5
Knittler, Herbert	02/13
Koch, Matthias	87/5; 00/10
Kossack, Georg	95/2
Koter, Marek	02/23
Kottmann, Aline	01/18
Krämer, Rosemarie	84/7; 88/17; 90/16
Kranz, Horst	98/9
Krauwer, M.	85/9
Krawarik, Hans	94/9; 99/11
Kreisel, Werner	89/12; 90/7
Krings, Wilfried	Hrg. 83–97; 83/18; 85/1; 85/15; 87/15
Kühl, Uwe	92/3
Kühn, Hans Joachim	84/8
Kulesza, Mariusz	02/23
Küster, Hansjörg	00/12; 01/4
Lafrenz, Jürgen	99/19
Leenders, Karel A.H.W.	86/5
Leopold, Matthias	01/2
Leube, Achim	97/5
Ligtendag, Wim A.	96/5
Linden, Hendrik van der	84/3; 00/25
Lindner, Klaus	85/12
Linke, Max	SB/B3
Löffler, Günter	96/2
Losert, Hans	93/2
Lüning, Jens	Hrg. 83–88; 88/3

Makkai, Laszlo	SB/G1
Mangelsdorf, Günter	94/4
Mangold, Josef	00/18
Maqsud, Neek	85/3
Martin, Max	SB/F1
Maier, Franz	00/19
Matzat, Wilhelm	85/16
Mayr, Alois	93/12
Mazurski, Krzysztof R.	02/9
Meier, Dirk	91/15; 96/8; 00/18
Meyer, Werner	90/8
Meynen, Henriette	83/9; 92/16
Michna, Pavel J.	87/4
Miszewska, Barbara	02/21
Möller, Jens	90/17
Møller, Per Grau	01/13
Mol, Johannes A.	96/6
Molaug, Petter B.	SB/C3
Moosbauer, Günther	00/11; 01/2
Morrissey, Christoph	01/5
Müller-Wille, Michael	Hrg. 83–99; 83/14; 84/1; 84/15; 97/1; 97/10; 02/26
Nagel, Frank Norbert	86/7
Narweleit, Gerhard	SB/B3
Nekuda, Vladimír	87/4; 91/4; 94/5; SB/G3
Nellner, Werner	87/16
Nitz, Hans-Jürgen	Hrg. 83–99; 84/2; 85/4; 85/16; 85/18; 86/10; 90/14; 91/6; 92/11; 95/1; 95/15; 97/12; 99/15; 99/18; SB/A3
Noomen, Paul	96/6
Oberbeck, Gerhard	Hrg. 83–99; 83/24; 86/8
Oexle, Judith	94/15
Olshausen, Eckart	89/19
Opll, Ferdinand	97/13
Otten, Heinrich	98/7; 98/20; 00/22
Pacher, Susanne	90/11
Parzinger, Hermann	91/2; 00/6
Patella Scola, Luigi V.	SB/F5
Pauly, Michel	93/7

Penz, Hugo	SB/F4
Piekalski, Jerzy	02/8
Pfister, Christian	88/7
Pleißl, Ernst	93/9
Pleterski, Andrej	95/14
Plöger, Rolf	97/7; 98/5; 01/19
Pohle, Perdita	94/18; 00/7
Pott, Richard	01/11
Priebs, Axel	97/6
Rageth, Jürg	90/4
Ratusny, Armin	91/5; 99/12
Recker, Gabriele	00/15
Recker, Udo	99/5
Renes, Johannes	89/11; 94/12; 96/13; 98/11
Reulecke, Jürgen	85/10
Reuling, Ulrich	99/7
Richter, Miroslav	87/3; 93/5
Rippmann, Dorothee	91/11
Rödel, Dieter	92/14
Römhild, Georg	98/12
Rösener, Werner	99/1
Rost, Armin	88/10; 92/12
Rückert, Peter	92/14; 94/10; 00/4; 01/6
Sabelberg, Elmar	85/11; SB/F6
Šalkowský, Peter	94/14
Salvesen, Helge	88/11
Sarfatij, Herbert	89/6
Schaal, Reinhold	01/8
Schenk, Winfried	89/14; 91/12; 00/3; 01/1; 01/18; 02/1
Schich, Winfried	Hrg. 83–99; 84/4; 88/14; 91/7; 97/3; 01/16; SB/G6
Schmid, Peter	84/17
Schmithüsen, Franz	01/12
Schober, Ludwig	91/8
Scholkmann, Barbara	95/17
Scholz, Dieter	95/7
Schramm, Engelbert	88/9
Schürmann, Heinz	95/11

Schuler, Anton	01/10
Schumacher-Gorny, Susanne	97/9
Schwabenicky, Wolfgang	92/10
Schwerdtfeger, Clemens	89/15
Seeber, Christian	95/15
Selter, Bernward	00/14; 01/9
Sick, Wolf-Dieter	92/2
Simms, Annegret	97/13; SB/D3
Skierska, Izabella	02/5
Slupecki, Leszek Paweł	02/2
Smetánka, Zdeněk	84/10; 87/3
Spek, Theo	96/4
Sperling, Walter	87/9; SB/G 4; SB/H2
Sporrong, Ulf	84/12
Stadelbauer, Jörg	92/4; 95/13
Stanjek, Ulrich	00/16
Steinberg, Heinz Günter	95/8
Stephan, Hans-Georg	93/3
Stercken, Martina	93/10
Steuer, Heiko	86/12; 86/17; 92/6
Störmer, Wilhelm	87/14
Strzelczyk, Jerzy	02/4
Strenz, Wilfried	SB/B3
Szulc, Halina	SB/G5
Tauber, Jürg	99/9
Thiede, Jörn	97/10
Thirsk, Joan	SB/D1
Tkocz, Jan	99/16
Troitzsch, Ulrich	86/6
van der Ven, Gerhard P.	89/11
Velímšký, Tomáš	93/5
Verhaeghe, Frans	SB/E3
Verhulst, Adriaan	89/7
Vervloet, Jelier A.J.	89/10; SB/E2
Vits, Brigitta	99/6
Völkel, Jörg	01/2
Vollbrecht, Jürgen	00/21
Waldemer, Georg	87/13

Wassermann, Ekkehard	84/5
Waterbolk, Harm T.	89/18; 96/3
Wegener, Wolfgang	98/2
Wegner, Eginhard	SB/B3
Wehling, Hans-Werner	98/4; 98/6
Weiser, Clemens	86/9
Westerdahl, Christer	97/2
Wiesemann, Jörg	98/10
Willems, W.J.H.	89/3
Willms, Christoph	98/14
Willroth, Karlheinz	86/1
Wölker, Thomas	95/9
Wohlauf, Gabriele	83/16
Wyss, Rene	90/3; 90/6
Zölitz, Reinhard	87/11

IV Perioden

Mehrere Perioden übergreifend

83/2; 83/3; 85/2; 85/4; 86/6; 86/7; 87/1; 88/13; 88/22; 88/23; 89/10; 89/11; 90/1; 90/2; 91/1; 91/9; 92/2; 92/4; 92/6; 93/1; 93/2; 93/3; 94/1; 94/2; 94/10; 94/11; 94/12; 95/1; 95/4; 96/1; 96/2; 97/1; 97/2; 97/6; 98/1; 99/1

Vorgeschichte und Römerzeit

83/13; 83/14; 85/3; 86/1; 86/2; 87/10; 88/1; 88/2; 88/3; 88/4; 88/5; 88/10; 89/1; 89/2; 89/3; 90/3; 90/4; 90/5; 90/6; 91/2; 91/3; 95/2; 97/5; 97/10; 99/2; 99/9; 99/10; 00/21; 01/2; 01/3

Früh- und Hochmittelalter

83/13; 83/14; 84/1; 84/2; 84/3; 84/4; 84/5; 84/6; 84/7; 84/8; 84/9; 85/3; 86/1; 86/2; 86/4; 86/12; 86/17; 87/2; 87/3; 87/4; 87/12; 88/1; 88/2; 88/3; 88/4; 88/6; 88/7; 88/11; 88/21; 89/1; 89/3; 89/4; 89/5; 89/6; 89/7; 90/8; 91/4; 91/5; 91/6; 91/7; 91/11; 92/3; 92/9; 92/10; 95/3; 96/3; 96/4; 96/8; 97/3; 99/2; 99/3; 99/4; 99/5; 99/9; 99/10; 99/11; 99/12; 99/13; 99/14; 00/25; 01/4; 01/5; 01/20; 02/2; 02/3; 02/4; 02/5; 02/6; 02/7; 02/8; 02/15; 02/16; 02/17

Spätmittelalter und Frühneuzeit

83/4; 83/5; 83/8; 84/1; 84/2; 84/3; 84/4; 84/12; 85/2; 85/3; 86/3; 86/4; 86/5; 87/5; 87/6; 88/6; 88/7; 88/8; 88/12; 88/16; 89/1; 89/8; 89/9; 90/7; 90/8; 91/8; 92/3; 93/5; 93/6; 93/7; 93/8; 93/9; 93/10; 93/13; 94/3; 94/4; 94/5; 94/6; 94/7; 94/8; 94/9; 95/5; 96/5; 96/6; 96/7; 98/2; 98/9; 98/10; 98/13; 99/6; 99/7; 01/6; 01/10; 02/7; 02/8; 02/9; 02/10

19. und frühes 20. Jahrhundert

83/6; 83/7; 83/9; 83/17; 85/2; 85/10; 85/11; 86/8; 87/7; 87/8; 87/16; 88/15; 91/10; 92/5; 93/11; 93/12; 95/6; 95/7; 95/8; 96/9; 97/4; 97/7; 98/3; 98/4; 98/5; 98/7; 98/7; 98/11; 98/12; 99/15; 01/7; 01/8; 01/9; 01/10; 02/11; 02/13; 02/14; 02/21

Nachkriegszeit

83/18; 83/19; 83/21; 83/23; 83/24; 84/18; 85/9; 86/7; 86/8; 86/11; 86/16; 88/9; 89/10; 89/15; 90/9; 90/16; 93/4; 95/9; 95/10; 95/11; 95/12; 95/13; 96/10; 97/8; 97/9; 98/6; 99/16; 01/8; 01/11; 01/12; 01/13; 02/12; 02/21; 02/22

V Räume**Bundesrepublik Deutschland (allgemein; mehrere Länder)**

83/24; 85/14; 85/20; 86/17; 86/18; 87/10; 87/16; 88/13; 89/15; 89/20; 92/1; 92/6; 00/20; SB/A1; SB/A2; SB/A3; SB/B1; SB/B2; SB/B3; SB/H2

Mitteleuropa (allgemein; mehrere Staaten)

83/1; 83/2; 83/19; 83/20; 83/21; 83/24; 83/25; 84/19; 85/21; 85/22; 86/18; 86/19; 87/17; 87/18; 88/1; 88/2; 88/6; 88/8; 88/9; 88/14; 88/20; 88/23; 88/24; 89/12; 89/13; 89/20; 89/21; 90/13; 90/14; 90/18; 90/19; 91/1; 91/2; 91/11; 91/13; 91/14; 91/16; 92/2; SB/H1; SB/J1; SB/K1

Europa (allgemein; mehrere Staaten)

83/13; 85/2; 85/10; 85/12; 85/15; 85/16; 85/17; 85/18; 85/19; 85/21; 86/6; 86/13; 86/14; 86/15; 87/1; 88/5; 88/7; 88/12; 88/19; 89/14; 89/19; 91/3; 91/10; 92/2; 92/4

Außereuropa (allgemein; mehrere Staaten, einzelne Staaten)

85/2; 85/4; 85/16; 85/14; 85/4; 85/2; 00/6; 00/7; 00/8; 02/14

Norddeutsche und Nordwestdeutsche Bundesländer (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)*Schleswig Holstein und Hamburg*

83/10; 83/17; 84/1; 84/8; 84/9; 84/15; 85/2; 85/6; 86/1; 86/2; 86/3; 86/7; 86/8; 86/13; 87/2; 87/6; 87/11; 87/12; 88/4; 90/13; 91/15; 96/7; 97/7; 97/9; 97/10

Niedersachsen und Bremen

83/24; 84/1; 84/2; 84/3; 84/6; 84/7; 84/15; 84/17; 85/2; 85/5; 85/6; 85/7; 86/8; 85/13; 85/15; 86/13; 87/2; 87/11; 87/15; 88/4; 88/10; 89/2; 89/3; 90/13; 90/16; 91/6; 92/8; 93/3; 96/7; 98/12; 98/13; 84/3; 00/25; 01/20

Nordostdeutsche und mitteldeutsche Bundesländer (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen)

Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin

83/2; 83/3; 83/4; 83/5; 83/6; 83/7; 83/20; 84/9; 85/2; 85/12; 86/9; 87/2; 87/7; 87/8; 87/15; 88/22; 91/6; 91/7; 93/6; 94/4; 95/5; 97/3; 97/4; 97/5; 97/8; 99/13; 99/14; 00/26; 02/3; 02/6

Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen

84/9; 86/9; 88/14; 91/6; 91/7; 92/7; 92/9; 92/10; 94/15; 94/16; 95/4; 95/6; 95/7; 95/10; 97/12; 99/13; 99/14

Westdeutsche Bundesländer (Nordrhein-Westfalen; Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)

Nordrhein-Westfalen

83/2; 83/8; 83/9; 83/17; 83/21; 85/15; 85/13; 85/2; 86/4; 86/10; 86/13; 87/2; 87/15; 88/3; 88/17; 89/2; 89/3; 89/13; 92/5; 93/4; 93/11; 93/12; 94/3; 95/8; 96/11; 98/2; 98/3; 98/4; 98/5; 98/6; 98/7; 98/14; 99/5; 00/18; 02/7

Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland

83/12; 85/14; 85/12; 85/3; 85/2; 86/4; 86/10; 86/13; 88/14; 88/17; 90/14; 92/5; 95/9; 95/11; 98/14; 99/2; 99/3; 99/4; 99/6; 99/7; 00/7

Süddeutsche Bundesländer (Baden-Württemberg, Bayern)

Baden-Württemberg

83/10; 83/19; 85/11; 87/2; 87/14; 88/8; 90/15; 92/3; 01/5; 01/8

Bayern

83/10; 87/2; 87/13; 87/14; 88/15; 88/23; 90/12; 91/8; 91/9; 91/12; 93/2; 99/8; 99/10

Alpenländer (Österreich, Schweiz)

Österreich

88/15; 85/14; 85/12; 85/2; 87/5; 87/7; 87/8; 87/15; 88/18; 90/7; 90/9; 90/11; 93/9; 94/9; 94/11; 99/11; 99/12; 02/10; SB/F3; SB/F4

Schweiz

83/19; 84/13; 84/14; 85/14; 85/12; 85/2; 86/13; 86/16; 87/2; 87/7; 87/15; 88/7; 88/16; 90/1; 90/2; 90/3; 90/4; 90/6; 90/7; 90/8; 90/9; 90/11; 93/8; 93/10; 93/14; 96/9; 99/9; 01/10; SB/F1; SB/F2

Benelux-Länder (Niederlande, Belgien, Luxemburg)*Niederlande*

83/11; 83/23; 84/1; 84/2; 84/3; 84/4; 84/13; 84/15; 84/18; 85/15; 85/14; 85/6; 85/7; 85/8;
85/9; 85/2; 86/5; 86/13; 87/10; 88/21; 89/1; 89/2; 89/3; 89/4; 89/5; 89/6; 89/7; 89/8; 89/9;
89/10; 89/11; 89/17; 89/18; 94/12; 96/3; 96/4; 96/5; 96/6; 98/11; 00/25; SB/E1; SB/E2

Belgien und Luxemburg

83/18; 85/14; 86/5; 86/13; 89/7; 93/7; 98/9; 98/10; 00/25; SB/E; SB/E4

Nordeuropa (Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Island)

00/8; 00/26

Dänemark

84/1; 84/12; 85/14; 85/15; 86/1; 86/2; 86/3; 86/13; 87/11; 89/16; 97/1; 97/2; 97/6; 01/13;
SB/C2

Norwegen, Schweden, Finnland, Island

84/12; 85/14; 85/2; 86/2; 86/13; 87/11; 88/11; 90/17; SB/C1; SB/C3; SB/C4

Westeuropa (Großbritannien, Irland, Frankreich)*Großbritannien, Irland*

83/1; 83/12; 83/22; 83/23; 84/16; 85/14; 85/2; 87/10; 90/14; SB/D1; SB/D2; SB/D3

Frankreich

83/16; 83/18; 83/19; 85/14; 86/4; 86/13; 92/4; SB/ES; SB/E6; SB/E7

Südeuropa (Portugal, Spanien, Italien, Griechenland)*Portugal, Spanien*

86/4; 6/13

Italien

85/14; 85/11; 90/5; 90/9; 90/10; 00/11; 01/3; SB/FS; SB/F6; SB/F7

Griechenland

85/2

Ostmitteleuropa (Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Ungarn)
02/13

Polen

84/9; 85/14; 85/2; 86/9; 87/2; 87/15; 91/7; 91/10; 98/8; SB/GS; SB/G6; 99/16; 02/4; 02/5;
02/9; 02/11; 02/16; 02/18; 02/19; 02/20; 02/21; 02/22; 02/23; 02/24; SB/H2

Tschechische Republik, Slowakische Republik

84/10; 84/11; 85/15; 86/9; 87/3; 87/4; 87/9; 87/15; 91/4; 91/7; 91/9; 91/10; 93/5; 94/5;
94/6; 94/7; 94/8; 94/14; 95/12; 99/15; SB/G2; SB/G3; SB/G4; SB/H2

Ungarn

85/14; 87/8; 87/15; 02/12; SB/G1; SB/H2

Ost- und Südosteuropa (Baltische Staaten, Länder der ehemaligen Sowjetunion,
Balkanländer)
00/11

Baltische Staaten

87/2; 87/15; 91/10; 95/13; SB/G7

Länder der ehemaligen Sowjetunion

00/6

Balkanländer

85/2; 87/7, 87/15; 91/10; 95/4; 02/12; SB/G8

VI Besondere Veröffentlichungstypen

Forschungsberichte

83/4; 83/24; 84/1; 84/9; 84/13; 84/14; 84/17; 84/18; 85/1; 85/2; 85/3; 85/4; 85/18; 85/20;
86/11; 86/12; 86/16; 86/17; 87/1; 87/10; 87/11; 87/13; 87/14; 87/16; 88/2; 88/13; 88/18;
89/1; 89/14; 89/18; 89/19; 89/20; 90/2; 90/10; 90/11; 90/16; 90/17; 91/1; 91/12; 91/15;
92/1; 92/11; 92/12; 92/13; 92/14; 93/13; 94/14; 94/13; 94/14; 94/15; 94/16; 94/17; 94/18;
95/14; 95/17; 96/11; 97/11; 97/12; 97/13; 98/18; 98/19; 98/20; 98/21; 00/2; 00/3; 00/4;
00/5; 00/6; 00/7; 00/8; 00/9; 00/10; 00/11; 00/12; 00/13; 00/14; 00/15; 00/16; 00/17; 00/18;
00/19; 00/20; 00/21; 00/22; 00/26; 01/1; 01/13; 01/14; 01/15; 02/1; 02/15; 02/16; 02/17;
02/18; 02/20; 02/23; 02/24; SB/A1–3; SB/B1–3; SB/C1–3; SB/D1–3; SB/D1–3;
SB/E1–7; SB/F1–7; SB/G1–3; 5; SB/H1–2; SB/J1

Tagungsberichte

83/19; 83/20; 83/21; 83/22; 83/23; 84/15; 84/16; 85/14; 85/15; 85/16; 85/17; 85/19; 86/13; 86/14; 86/15; 87/15; 88/20; 88/23; 89/17; 90/12; 90/18; 91/13; 91/14; 92/15; 92/16; 93/15; 93/16; 93/17; 94/19; 94/20; 95/15; 95/16; 96/12; 96/13; 97/14; 97/15; 97/16; 98/15; 98/16; 98/17; 99/17; 99/22; 99/23; 00/1; 00/23; 00/24; 01/18; 02/25

Rezensionsartikel

83/11; 83/12; 83/13; 83/14; 83/15; 83/16; 83/17; 83/18; 84/10; 84/11; 84/12; 85/7; 85/8; 85/9; 85/10; 85/11; 85/12; 85/13; 87/12; 88/16; 88/17; 88/19; 89/15; 89/16; 90/15; 98/21; 99/20; 01/19; 02/19

Nachrufe

83/10; 85/5; 85/6; 86/9; 86/10; 87/9; 88/14; 88/15; 89/12; 89/13; 90/13; 90/14; 01/16; 01/17; 02/26

Bibliographien

83/25; 84/19; 85/21; 85/22; 86/18; 86/19; 87/17; 87/18; 88/24; 89/21; 90/19; 91/16; 92/17; 93/18; 94/21; 95/18; 96/14; 97/17; 98/22; 93/19; 98/19; 99/21; 99/24; 00/27; 01/21; 02/27; SB/alle Aufsätze; außerdem SB/C4; SB/G4; 6–8; SB/K1

Peter Welke

Die Wasserwirtschaft des Oberharzer Erzbergbaus – ihre Entwicklung und Möglichkeiten der zukünftigen Nutzung

Mit 5 Abbildungen

Die Aufnahme des früh-neuzeitlichen Bergbaus

Der nordwestliche Oberharz war über rund 400 Jahre hinweg das bedeutendste deutsche Silberbergbaurevier.

Seine frühneuzeitliche Geschichte ist seit dem Ende des 15. Jahrhundert verbrieft, als am Sankt Andreasberg mindestens zwei Gruben betrieben wurden (Jäger 1975). In den darauf folgenden 100 Jahren kam es auf den verschiedenen Territorien des Oberharzes nach und nach durch eine Förderung der jeweiligen Landesherren zur Gründung der sieben freien Bergstädte Grund, Wildemann, Zellerfeld, Lautenthal (im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel), Sankt Andreasberg (in der Grafschaft Hohenstein) sowie Clausthal und Altenau (im Fürstentum Grubenhagen). Die außerordentliche Förderung des Silberbergbaus ist durch seine Bedeutung für das Währungssystem erklärbar, das auf das Silber als Münzmetall gestützt war. Entsprechend groß war der Aufwand, der bei der Gestaltung der im Harz geprägten Münzen (Abb. 1) getrieben wurde.



Abb. 1: Eine typische Bergbauprägung aus der Münzstätte Clausthal. Auf der Bildseite sind bergmännische Tätigkeiten sowie ober- und untertägige Bauten dargestellt

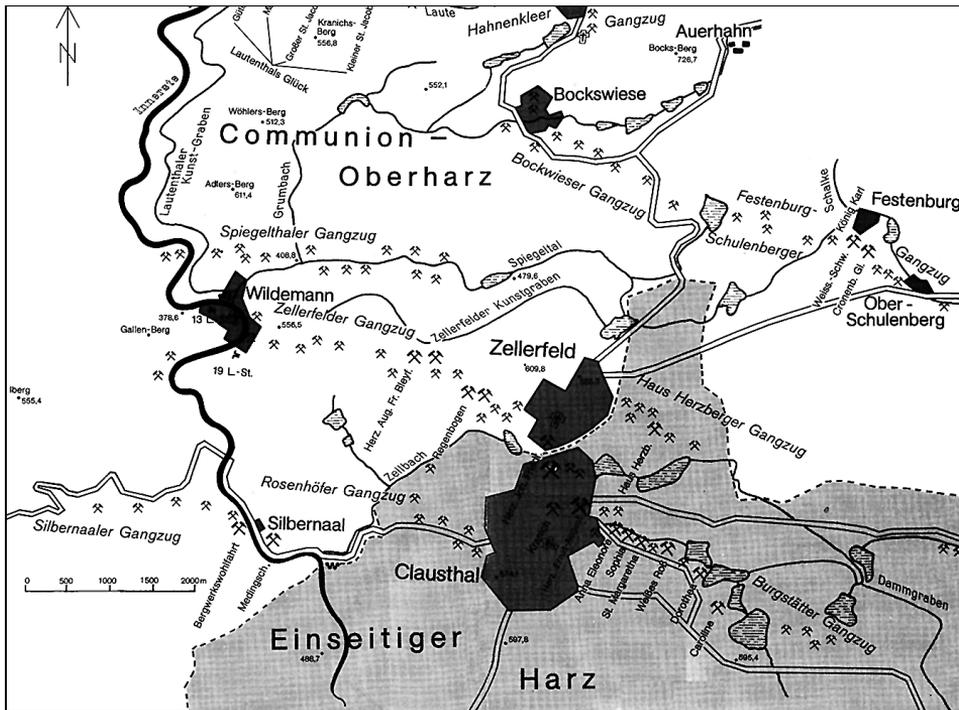


Abb. 2: Der Grenzverlauf zwischen Communion-Oberharz und Einseitigem Harz auf der Clausthaler Hochebene. Eingezeichnet sind die wichtigsten Gruben. (nach Spruth 1986)

Ohne an dieser Stelle auf die weitere genealogische Entwicklung des Welfenhausens einzugehen, sei vermerkt, dass seit 1635 der bis dahin von Braunschweig-Wolfenbüttel besessene Harzteil als »Communion-Oberharz« in gemeinsamer Verwaltung letztendlich von Wolfenbüttel einerseits und Lüneburg-Celle (später Kurfürstentum Hannover) andererseits, der ehemals Grubenhager (und Hohensteiner) Teil als »Einseitiger Harz« von Lüneburg-Celle allein regiert wurde (Abb. 2). Erst im Jahre 1788 übernahm das Kurfürstentum Hannover den gesamten Oberharzer Erzbergbau in alleinige Verwaltung, nachdem zuvor der Communion-Oberharz über einige Jahre nennenswerte Verluste eingebracht hatte.

Die Zerrissenheit des Oberharzes unter verschiedenen, sich keinesfalls freundlich gesonnenen Kleinstaaten und die von der Topographie völlig unbeeinflussten Grenzverläufe führten zu erheblichen Beeinträchtigungen des Bergbaus.

Die Entwicklung der Wasserwirtschaft

Im Gegensatz etwa zu den Lagerstätten des im Unterharz gelegenen Rammelsberges verlaufen die Erzlagerstätten des Oberharzes entlang von ehemaligen Bruchspalten im Gebirge und erstrecken sich über ein sehr großes Gebiet. Die einzelnen Gangzüge sind durch große Gebiete ohne abbauwürdige Erze voneinander getrennt. An

jenen Stellen, an denen die Gangzüge ausbeißen, also zutage treten, wurde bereits im Mittelalter Bergbau betrieben (*Ließmann* 1992). Bei der frühneuzeitlichen Wiederaufnahme des Bergbaus folgten die ersten Bergbauaktivitäten diesem »Alten Mann«, der allerdings nur oberflächennah durchgeführt worden war, da das Eindringen in größere Tiefen nicht nur wegen fehlender technischer Abbau- und Fördermöglichkeiten, sondern vor allem wegen des zufließenden Grubenwassers nicht möglich war.

Zur Förderung der Erze aus großen Tiefen, aber vor allem, um die Grubenbauten trocken zu halten, waren zu einer Zeit, in der weder Dampfmaschine noch Elektrizität zur Verfügung standen, erhebliche Anstrengungen nötig. Die Erzförderung konnte mit Hilfe von übertägigen Pferdegöpeln bewerkstelligt werden. Um aber das eindringende Grubenwasser aus der Grube zu pumpen, waren solche Hilfsmittel nur beschränkt einsetzbar.

So wurden sehr früh bis zu 18 Meter große Wasserräder (Abb. 3) eingesetzt, die mittels durch sie betriebener Kolbenpumpen das Grubenwasser zunächst nach Übertage hoben (Kunsträder) und die Erzförderung bewirkten (Kehrräder, die über zwei nebeneinander angeordnete Schaufelkränze, je nach dem, auf welche Seite das Aufschlagwasser geleitet wurde, die Drehrichtung wechseln konnten) sowie zusätzlich das Ein- und Ausfahren der Bergleute über die im Harz erfundene Fahrkunst ermöglichten.

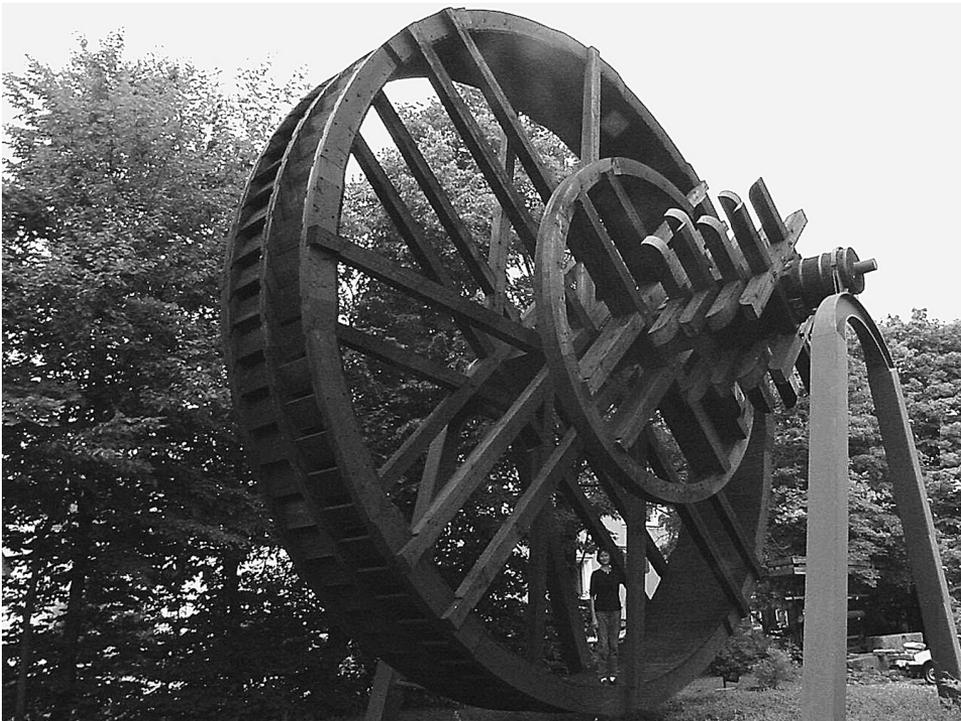


Abb. 3: Nachbau eines Kehrrades in Originalgröße. Der Durchmesser beträgt etwa 12 Meter. Das Kehrrad befindet sich auf dem Betriebshof der Harzwasserwerke in Clausthal

Zusätzlich aber nutzte man die Topographie des Harzes, der auf seiner Nordwest-Seite steil in das Vorland abfällt: Mit Hilfe nahezu horizontaler Stollen mit großem Querschnitt, die an der Harzflanke zu Tage traten, konnten die Grubenwässer direkt abfließen: der 1799 fertig gestellte Tiefe Georg-Stollen verlief bei der Grube Caroline, die zwar überaus reiche Ausbeute lieferte, aber wegen ihrer hohen Lage des Schachtes nur schwer mit Aufschlagwasser für ihre Wasserräder versorgt werden konnte, in 265m Tiefe unter der Erdoberfläche und mündet in Bad Grund (*Gotthard* 1801). Der 1864 fertig gestellte Ernst-August-Stollen liegt nochmals 100m tiefer und tritt in Gittelde zutage (*Dunreicher* 1868). Damit wurde die topographisch machbare Tiefe erreicht. Der Ernst-August-Stollen verfügt über eine Gesamtlänge von rund 26 km und erschließt nahezu alle Oberharzer Gruben. Nur 4,5 km mussten ausgemauert werden, der weitaus überwiegende Teil des Stollens verläuft in standfestem Gebirge (*Knissel* 1999). Sein Querschnitt beträgt etwa 1,7m Breite und 2,5m Höhe. So konnte das Grubenwasser oberhalb eines solchen Stollens unter Schwerkrafteinfluss zutage fließen, nur die Grubenbauten unterhalb des jeweils tiefsten Stollens mussten mit Pumpen trocken gehalten werden. Gleichzeitig konnte die große mögliche Fallhöhe des Wassers von Übertage zur Wasserlösung genutzt werden, indem die potentielle Energie des Wassers mit Hilfe von Wassersäulenmaschinen, die den Wasserdruck (ähnlich wie Dampfmaschinen den Dampfdruck) zum Pumpenantrieb nutzbar machten, als Antriebsenergie für das Heraufpumpen des unterhalb des Stollenniveaus einfließenden Wassers auf das Stollenniveau genutzt wurde.

Solche Stollenbauten wurden in kleinerem Maßstab bereits früher vorgenommen: bis Anfang des 17. Jahrhunderts betrug ihre Gesamtlänge bereits etwa 22 km. Allerdings konnten die großen und wirksamen Stollen erst wirtschaftlich gebaut und betrieben werden, als ohne Rücksicht auf die kleinstaatliche Zersplitterung des Harzes die gegebenen topografischen Möglichkeiten voll ausgeschöpft und darüber hinaus eine große Zahl von Gruben, (möglichst alle abbauenden, wiederum ohne Rücksicht auf unterschiedliche Landeszugehörigkeit) angeschlossen werden konnten.

Diese verbesserten Techniken brachten einerseits erheblich größere Abbautiefen ein, andererseits steigerte sich der Bedarf an übertägigem Aufschlagwasser für den Betrieb der Kehr- und Kunsträder mit der Ausweitung des Bergbaus weiter. Besonders kritisch war die Wasserversorgung solcher Gruben, deren Schächte an der Erdoberfläche hoch über den Tälern lag: hier konnte das benötigte Aufschlagwasser nur durch kunstvoll angelegte Gräben, die mit äußerst geringem oder sogar ganz ohne Gefälle (totsöhlig) auf langen Wegen den Höhenlinien folgend, wenn nötig, störende Bergkuppen mit so genannten Wasserläufen (dies sind stollenartige unterirdische Fortsetzungen der Gräben, die ebenfalls mit sehr geringem Gefälle oder totsöhlig aufgefahren wurden) durchschneidend, Wasser aus höher gelegenen Bächen oder Teichen heranführten. Solche Teiche, nach heutigem Sprachgebrauch kleine bis mittelgroße Talsperren, wurden bereits mit der Aufnahme des Oberharzer Bergbaus angelegt, um in den wasserarmen Jahreszeiten das benötigte Aufschlagwasser möglichst unterbrechungsarm zu liefern: blieb es aus, sofften die Grubenbauten sofort ab und der Bergbau kam zum völligen Erliegen. Erst wenn Gräben und Teiche wieder Wasser führten, musste mit dem langwierigen Abpumpen des Wassers

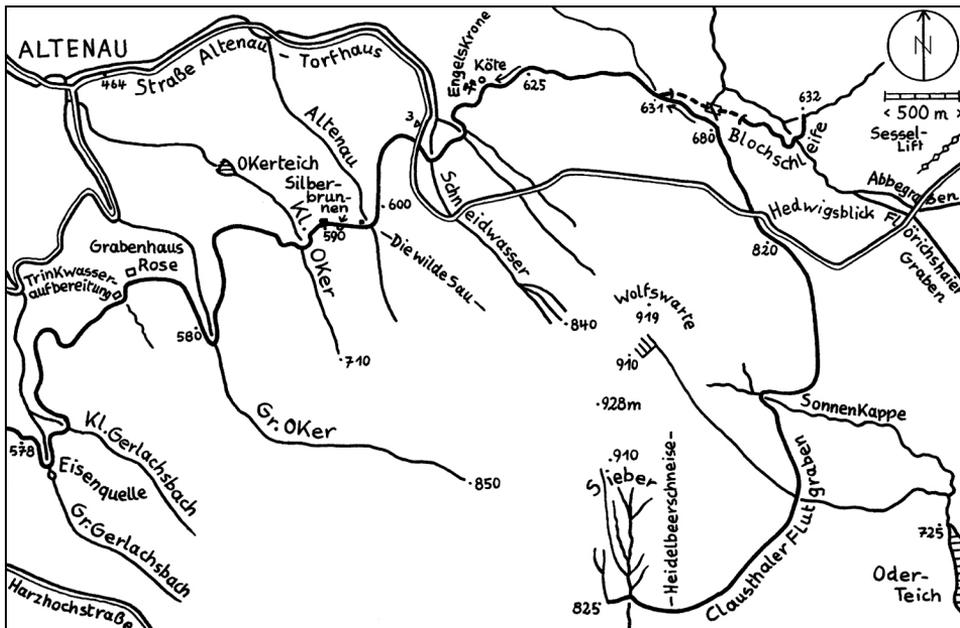


Abb. 4: Der Verlauf des Dammgrabens östlich vom Sperberhaier Damm
(nach Lisowski 1968)

aus den Gruben begonnen werden, bevor der Bergbau wieder aufgenommen werden konnte (Fieke 1909).

So entwickelte sich mit dem Voranschreiten des Bergbaus ein immer länger werdendes System von Teichen und Gräben, das den Zweck hatte, den Oberharzer Bergbau, der sich in seiner Endphase zum Anfang des 20. Jahrhunderts auf die Gegend um Clausthal-Zellerfeld konzentrierte, mit der notwendigen Energie zu versorgen. Durch das »Untertunneln« von Bergrücken mittels so genannter »Wasserrläufe«, also Wasserstollen, dem Überbrücken von Taleinschnitten auf Teichdämmen oder (im Falle der Sperberhais südlich von Altenau) mittels eines 18 m hoch aufgeschütteten Damms, auf dessen Krone ein Graben (der Mittelpunkt des bekannten Dammgrabenssystems (Abb. 4), verläuft, konnten Abflussgebiete benachbarter Flusssysteme erschlossen und deren Wasser (beispielsweise aus dem Brockenmassiv und von den Hängen des Bruchberges) auf die Clausthaler Hochebene herangeführt werden.

Die Wasserkraftnutzung im 20. Jahrhundert

Dieses System war so effizient, dass Dampfmaschinen fast nicht zum Einsatz kamen (Bartels 1992). Die scheinbar archaische Wasserkraft wurde im wesentlichen direkt durch elektrische Energie abgelöst, ging aber auch mit dieser eine höchst vorteilhafte Symbiose ein: über das Ende des Oberharzer Bergbaus um 1930 im Gefolge der Weltwirtschaftskrise hinaus wurde bis in die Gegenwart vor rund 25 Jahren das

System zu seiner ursprünglichen Zweckbestimmung, der Energielieferung für den Bergbau, genutzt, indem letztlich die herangeführten Wässer in zuletzt zwei Schächten (Ottiliae- und Kaiser-Wilhelm-Schacht) auf der Tiefe des Ernst-August-Stollens installierte Turbinen zur Stromerzeugung antrieben. Mit dem erzeugten Strom belieferte die Preußische Bergwerks- und Hütten A. G. (Preussag) ihr Verbundbergwerk Grund, das noch als einziges verbliebenes (Oberharzer) Bergwerk bis 1992 förderte (*Bartels* 1992).

Durch die lange, ununterbrochene bergmännische Nutzung der Teiche und Gräben um Clausthal blieb dem System ein Untergang, der besonders rasch trockenfallene Gräben bedroht, erspart. Zwar wurden von der Preussag nicht alle Einrichtungen in ihrem historischen Original-Zustand bewahrt: in vielen Teichen wurden die im Wasser stehenden und vom jährlichen Eisgang bedrohten hölzernen Grundablassvorrichtungen (Striegel und Striegelhäuschen) durch hydraulische Einrichtungen ersetzt, die eine ungleich höhere Betriebssicherheit bei erheblich reduziertem Wartungsaufwand (so mussten im Winter die im Wasser stehenden Striegelhäuschen mit der Säge aus dem Eis herausgeschnitten werden, um einen Abriss der Striegelvorrichtung zu verhindern) boten. An manchen Gräben wurde abgängiges Natursteintrockenmauerwerk durch hinter Feldbahnschienen verkeilte Holzbohlen ersetzt. Dies war optisch auffällig und führte zu zahlreichen Protesten. Andererseits aber wurde das Gesamtsystem mit seinen wechselnden Pegelständen in Gräben und Wasserläufen und den jahreszeitlich schwankenden Wasserständen in den Teichen nahezu vollständig im originalen betriebsfähigen Zustand erhalten, da ja die Nutzung des Systems – Lieferung von Wasser als Energiequelle auf die Clausthale Hochfläche – beibehalten wurde.

Dies änderte sich abrupt mit dem Jahr 1972. Auf Grund der besonderen rechtlichen Situation der Oberharzer Wasserwirtschaft (Oberharzer Wasserregal), auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann, wurde nach langem Streit zwischen dem Land Niedersachsen und der Preussag um die bei der Gründung der Preussag im Jahre 1926 übertragenen Wasserrechte ein Vertrag geschlossen, mit welchem diese Wasserrechte zurückgenommen wurden. Dies war eine Entscheidung zu Gunsten der Trinkwassergewinnung, die durch die damals landeseigenen Harzwasserwerke erfolgte. Das Grabensystem wurde schrittweise der Energiegewinnung entzogen: 1975 wurde der Dammgraben abgekoppelt, 1976 die Wasserrechte zurückgegeben und 1980 endgültig der Kraftwerksbetrieb, der in den letzten Jahren vor der Stilllegung immer größeren Einschränkungen unterworfen war, eingestellt (*Haase* 1985). Seit 1991 haben die heutigen Nutzer der Wasserentnahme, die Harzwasserwerke, auch die Unterhaltung der Anlagen von der Forstverwaltung übernommen.

Das Oberharzer Wasserwirtschaftssystem wurde zum gleichen Zeitpunkt als Kulturdenkmal unter Schutz gestellt. Dabei wurde für die wasserführenden Gräben ein Mindestwasserstand und für die Teiche ein funktionsfähiger Grundstriegel gefordert. Schächte und Stollen wurden davon ausgenommen: erste wurden verfüllt, letztere weitgehend sich selbst überlassen, die Mundlöcher gesichert.

Die nicht wasserführenden Gräben sollten nicht aktiv erhalten, aber vor weiterer Zerstörung oder Veränderung geschützt werden. Die Umsetzung dieses Konzeptes und seine Folgen sind Gegenstand einer größeren Untersuchung des Verfassers, die zum späteren Zeitpunkt vorgelegt wird.



Abb. 5: Der Morgenbrodstaler Graben jeweils unmittelbar südlich (linke Bildhälfte, Wanderweg) und nördlich (rechte Bildhälfte, nicht beschildert) der Unterführung der Straße Altenau-Torfhaus.

Der gegenwärtige Zustand und mögliche Entwicklungen für die Zukunft

Die heutige Erhaltung der Teiche und Gräben fügt sich nahtlos in das bestehende Tourismus-Konzept des Oberharzes, das bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als das Ende des Bergbaus nur 30 Jahre später noch nicht absehbar war, auf die Vermarktung der »heilen Natur« mit »würziger Bergluft« und »klarem Wasser« setzte (Schnabel 1909). So sind vom Industriegebiet Harz nur ganz wenige Gebäude, lediglich drei Schachtgerüste und wenige Fragmente der großen Industrieanlagen erhalten geblieben, alle anderen Bauwerke wurden zeitnah nach ihrer Stilllegung abgerissen.

Zwar weisen die Harzwasserwerke an ausgewählten Gräben und Teichen einige so genannte Wasserwanderwege aus, Sinn und Zweck der Anlagen lässt sich aber durch die fragmentierten und bewusst einfach gehaltenen Texthinweise oft nur erahnen. Zudem wird sehr häufig nur ein willkürlicher oder nach Erreichbarkeit mit dem PKW oder der Weglänge ausgewählter Teilabschnitt der einzelnen Wasserbauwerke beschrieben, so dass die Erfassung des »technischen« ursprünglichen Potentials äußerst erschwert wird. Die einzelnen Fremdenverkehrseinrichtungen der Harzgemeinden stellen oftmals die langen, nahezu gefällelosen Wanderwege und die idyllischen Badeteiche in den Mittelpunkt ihrer Inwertsetzung, das unbeschwertere Wandern an künstlichen Bächen in scheinbar unberührter Natur scheint die Vermittlung der Einzigartigkeit dieser tief greifend von Menschenhand geprägten Kultur-

landschaft entgegenzustehen. Erst in jüngster Zeit werden einzelne Stimmen laut, die darauf hinweisen, dass die ehemalige Industrielandschaft Harz auch als Kulturlandschaft touristisch höchst attraktiv sei (*Küpper-Eichas* 2003).

Diese Einengung führte nicht nur dazu, dass der optische Erhaltungszustand besonders der Gräben in extremer Weise von der Zugehörigkeit zu einem »erschlossenen« Wanderweg abhängt (Abb. 5), wie das Beispiel des Morgenbrodstaler Grabens bei der Unterführung unter der Straße von Altenau nach Torfhaus zeigt: Unmittelbar südlich (Bild 5, linke Bildhälfte) beginnt ein »touristisch erschlossener« Wanderweg, nördlich (Bild 5, rechte Bildhälfte) ist der Graben fast völlig zugewachsen und nicht im Verzeichnis der Harzwasserwerke aufgeführt, obwohl hier die (wichtige) Einleitung in den Dammgraben stattfindet.

Die tatsächliche Funktionstüchtigkeit des noch vor wenigen Jahrzehnten nahezu vollständig intakten Systems wurde zugunsten einer rein optischen Präsenz aufgegeben. Dabei bleibt das noch heute dem System innewohnende Potential der Energiegewinnung weitgehend unberücksichtigt.

Das war nicht immer so. Im ersten Drittel des vergangenen Jahrhunderts beschäftigten sich mehrere Arbeiten mit den Möglichkeiten der Gewinnung elektrischer Energie, ohne dass diesen intensiv nachgegangen wurde (*Natermann* 1922; *Weise* 1934). Vor dem heutigen Hintergrund des Vorranges erneuerbarer Energien, wie dies im gleichnamigen Gesetz (EEG) formuliert ist, kommt diesem Aspekt besondere Bedeutung zu auch dadurch, dass mittelfristig die Ausgaben für den Erhalt des Wassersystems aus Erträgen dieses Kulturdenkmals gedeckt werden müssen. Genauere Berechnungen zu diesem Bereich werden ebenfalls in der erwähnten ausführlichen Untersuchung des Verfassers vorgelegt. An dieser Stelle soll eine erste Abschätzung des Energiepotentials des betrachteten Kulturdenkmals vorgenommen werden:

Zwar sind die beiden zuletzt von der Preussag zur Energiegewinnung genutzten Schächte durch einen mehrere zehn Meter mächtigen Betonpfropfen verschlossen, diese aber zur Durchführung einer Rohrleitung mit dem erforderlichen Durchmesser zu durchbohren, stellt technisch keine besondere Schwierigkeit dar. Die Wasserlösungsstollen sind weitestgehend in standfestem Gebirge aufgefahren und sollten daher mit vertretbarem Aufwand nutzbar gemacht werden können nicht nur zum Abfluss des Wassers, sondern auch zum Einbringen der Turbinen in die genannten Schächte.

Der tiefer gelegene Ernst-August-Stollen hat ein maximales Transportvolumen von knapp 100 m³ Wasser pro Minute. Dem Bergbau stand in seinen aktiven Zeiten eine Wassermenge von knapp 50 Millionen m³ pro Jahr zur Verfügung (*Haase* 1970). Würden die Gräben dieses Systems wieder soweit instand gesetzt, dass sie das anfallende Wasser verlustarm auf die Clausthale Hochebene leiten könnten, würden allein hieraus bei einer Fallhöhe von 360 m fast 5,3 MW (zum Ende der »Preussag-Zeit« betrug die installierte elektrische Leistung der Wasserturbinen in Ottiliae- und Kaiser-Wilhelm-Schacht etwa 6,5 MW) zur Verfügung stehen, hiervon müssen aber noch die entsprechenden Verluste der Turbinen und Leitungen abgezogen werden. In einer ersten Näherung lassen sich damit bei kontinuierlichem Betrieb und einem Gesamtwirkungsgrad von 80 % rund 37 Megawattstunden elektrische Energie erzeugen, die nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz mit etwa 2,6 Millio-

nen Euro vergütet würden. Dieser Betrag würde trotz der davon abzusetzenden Betriebsausgaben für den Anlagenunterhalt sicher ausreichen, das Wasserkraftsystem in seiner ursprünglichen Zweckbestimmung zu unterhalten. Die Preussag taxierte den Aufwand zur Unterhaltung des (noch bergmännisch genutzten) Systems seinerzeit auf jährlich 150.000 bis 200.000 Euro.

Die touristische Nutzung des Wasserwirtschaftssystems würde von einer solchen, dem ursprünglichen Zweck zur Zeit seiner Errichtung nahe kommenden Verwertung nicht beeinträchtigt, sondern im Gegenteil gefördert, da die Gräben nicht nur mit einem Minimalpegel, sondern gefüllt betrieben würden. Die Authentizität des Systems würde erheblich gesteigert. Die Trinkwassergewinnung würde nicht erheblich eingeschränkt: die lokale Trinkwasserentnahme verursacht nur eine geringe Wasserentnahme, der überregionalen Trinkwasserversorgung kann das Wasser nach erfolgter Energiegewinnung wieder zugeführt werden. Die Kulturlandschaft Harz würde langfristig in ihrer vom Bergbau über Jahrhunderte geprägten Struktur erhalten bleiben.

Zusammenfassung

Der Oberharz stellt eine über fast fünf Jahrhunderte vom Silberbergbau geprägte Kulturlandschaft dar, deren persistente Elemente, die Anlagen der Wasserwirtschaft mit ihren Gräben und Teichen, bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts weitestgehend funktionsfähig erhalten geblieben sind. Erst mit dem Einstellen der Energieerzeugung, zu der das Wasserwirtschaftssystem errichtet worden war, zugunsten der Trinkwassergewinnung vor rund 25 Jahren trat ein Bruch ein, der die Funktionsfähigkeit der bis dahin erhaltenen Wasserbauten bedroht. Vor dem Hintergrund des gesetzlich verankerten Vorrangs erneuerbarer Energie wird aufgezeigt, dass mit der Rückkehr zur ursprünglichen Zweckbestimmung der jahrhundertealten Anlagen auch unter heutigen Bedingungen der Erhalt der Anlagen in voller Funktionstüchtigkeit gesichert werden kann.

Literatur:

- Bartels, C.:* Vom frühneuzeitlichen Montangewerbe zur Bergbauindustrie: Erzbergbau im Oberharz 1635–1866. – Bochum 1992.
- Bartels, C.:* Das Erzbergwerk Grund. – Goslar 1992.
- Dumreicher, A.:* Gesamtüberblick über die Wasserwirtschaft des nordwestlichen Oberharzes. – Clausthal 1868 (Neuausgabe in der Schriftenreihe des Oberharzer Geschichts- und Museumsvereins e. V. Clausthal-Zellerfeld 2000).
- Fieke, K.:* Die Wasserwältigung der Gruben des Oberharzes und ihre Tages-Wasserwirtschaft. – Wernigerode am Harz 1909.
- Gotthard, J. Ch.:* Authentische Beschreibung von dem merkwürdigen Bau des Tiefen Georg-Stollens am Oberharze. – Wernigerode 1801 (Nachdruck der Originalausgabe im Selbstverlag der Arbeitsgemeinschaft Oberharzer Montangeschichte. Clausthal-Zellerfeld 1999).

- Haase, H.; Martin Schmidt u. Joachim Lenz:* Der Wasserhaushalt des Westharzes. Hydrologische Untersuchungen 1941–1965. Veröffentlichungen des Niedersächsischen Instituts für Landeskunde und Landesentwicklung an der Universität Göttingen, Reihe A, Band 95. – Göttingen u. Hannover 1970.
- Haase, H.:* Kunstbauten alter Wasserwirtschaft im Oberharz. 5. Aufl. – Clausthal-Zellerfeld 1985.
- Jäger, F.:* Die Entwicklung der Bergbausiedlungen auf dem Oberharz, in Technische Universität Clausthal Zur Zweihundertjahrfeier 1775–1975, Band 1. – Clausthal-Zellerfeld 1975.
- Knissel, W. u. Gerhard Fleisch:* Dokumentation und gutachterliche Stellungnahme zur Frage, ob das Oberharzer Wassersystem ein Baudenkmal ist. Überarbeitete Fassung. – Clausthal-Zellerfeld 1999.
- Küpper-Eichas, C.:* Interpretation und Vermittlung einer Kulturlandschaft – Beispiele aus dem Oberharz: Kulturtourismus auf Tour mit dem Elektronischen Medium zur Interpretation der Landschaft. Vortrag 71. Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger »System Denkmalpflege – Netzwerke für die Zukunft« in Hannover, 23.–25. Juni 2003.
- Ließmann, W.:* Historischer Bergbau im Harz. – Köln 1992.
- Lisowsky, G.:* Wanderungen am Dammgraben. – Clausthal-Zellerfeld 1968.
- Natermann, E.:* Die Wasserwirtschaftlichen Anlagen des Oberharzer Bergbaus und ihre wasserwirtschaftlichen Grundlagen. Dissertation Technische Hochschule Berlin. – 1922.
- Schnabel, C.:* Unter grünen Tannen. – Clausthal 1907.
- Spruth, F.:* Die Oberharzer Ausbeutetaler von Braunschweig-Lüneburg im Rahmen der Geschichte ihrer Gruben. – Bochum 1986.
- Weise, E.:* Die Wasserkraftwirtschaft des Oberharzes unter besonderer Berücksichtigung der Elektrizitätsversorgung. Dissertation Bergakademie Clausthal. – 1934.

Udo Recker

Kulturlandschaft: Wahrnehmung – Inventarisierung – Regionale Beispiele¹

Bericht über die 10. Tagung der »Arbeitsgruppe für Angewandte Historische Geographie« im »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« vom 17. bis 20. März 2004 in Frankfurt a.M.

Über 200 Vertreter aus Wissenschaft, öffentlicher Verwaltung, Politik und Wirtschaft sowie von Natur- und Umweltschutzverbänden trafen sich im März 2004 in Frankfurt a.M., um vor dem Hintergrund umfassender Neuregelungen auf nationaler und europäischer Gesetzgebungsebene den bisherigen und zukünftigen Umgang mit historischen Kulturlandschaften zu diskutieren. Angesichts des ungebremsten Flächenverbrauchs und dem damit einhergehenden Verlust an historisch gewachsenen Kulturlandschaften war die Frankfurter Tagung für Deutschland und speziell für Hessen von großer Bedeutung. Die Situation in Hessen war und ist leider keinesfalls vergleichbar mit der in anderen Bundesländern. Während beispielsweise die nordrhein-westfälischen Bemühungen um ein digitales Kulturlandschaftskataster (KULADIG NW) bereits in die Realisierungsphase übergehen, hat der Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main gerade erst mit der Erstellung eines ersten entsprechenden Katasters innerhalb seines Zuständigkeitsbereichs begonnen. Hinzu kommen aktuelle Diskussionen um die Neugestaltung der UVP-Gesetzgebung, den Umgang mit der Kulturlandschaft des Mittelrheintals im Sinne der UNESCO-Konvention zum Weltkulturerbe und die Umsetzung des Managementplans zum bundesländerübergreifenden Weltkulturerbeantrag Limes.

Angesichts der Bedeutung des Themas und des dringenden Bedarfs an raumübergreifender Koordination vielfältigster Einzelmaßnahmen haben sich das Institut für die Didaktik der Geographie der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M., das Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Archäologische und Paläontologische Denkmalpflege, Wiesbaden, sowie die Arbeitsgruppe »Angewandte Historische Geographie« im Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa mit Sitz am Geographischen Institut der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn entschlossen, im Rahmen einer gemeinsamen Tagung, die Themenfelder »Inventarisierung und Kulturlandschaftskataster« sowie »Wahrnehmung und regionale Identität« auf allgemeiner Basis und am Beispiel konkret konzeptionell übertragbarer Projekte zusammenzuführen. Als weitere Kooperationspartner

1 Vgl. dazu den Tagungsbericht unter <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=418>

für die Tagung konnten die Kommission für Archäologische Landesforschung in Hessen (KAL) mit Sitz am Vorgeschichtlichen Seminar der Philipps-Universität Marburg, das Archäologische Spessart-Projekt, Aschaffenburg, und der Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, Frankfurt a.M. gewonnen werden. Als Medienpartner begleitete der Hessische Rundfunk die Veranstaltung.

Die in drei Sektionen und eine abschließende Exkursion gegliederte Tagung wandte sich daher sowohl an ein internationales wissenschaftliches Publikum als auch an regionale und lokale Entscheidungsträger, die als Multiplikatoren für das Anliegen der Veranstalter dringend benötigt werden. Als Referenten/-innen konnte eine Reihe der führenden Vertreter/-innen verschiedener Fachrichtungen gewonnen werden, die sich schwerpunktartig den vielfältigen Facetten des Themas Kulturlandschaft näherten.

Themenschwerpunkt »Wahrnehmung«

Zu Beginn der Tagung führte *Winfried Schenk* (Geographisches Institut, Universität Bonn) in die aktuellen Schwerpunkte der Kulturlandschaftsforschung ein und schuf damit einen Rahmen für die gesamte Veranstaltung. Er wies auf die Schwierigkeiten des Begriffs der Landschaft hin, forderte eine konsequente Bestandserhebung sowie einen besonnenen Umgang mit der Kulturlandschaft und ihren Elementen. Damit legte er die Grundlage für eine z.T. kontrovers geführte aber sehr fruchtbare Diskussion im weiteren Verlauf der Tagung.

Den Themenblock »Wahrnehmung« eröffnete *Jürgen Hasse* (Institut für Didaktik der Geographie, Universität Frankfurt a.M.). Er führte in das Begriffspaar »Kulturlandschaft – Landschaftskultur« ein und verwies darauf, dass heutige Landschaften stets menschliche Hervorbringungen seien und es sich somit immer um Kulturlandschaften handele. Die sie »möblierenden« Dinge bildeten ihre reale/materielle Seite. Ihre Wirklichkeit hänge am Erleben landschaftlicher Ganzheiten. Der reale, dinglich erfüllte Raum erscheine daher situativ wechselhaft und symbolisch verschlüsselt – je nach persönlicher Stimmung und gesellschaftlichem Ort. Dies nahm *Michael Großheim* (Institut für Philosophie, Universität Rostock) auf, der sich zur Phänomenologie der Wahrnehmung jenseits von Projektionismus und Konstellationismus äußerte. Zum Abschluss dieses ersten Blocks setzte sich *Klaus-Dieter Kleefeld* (Geographisches Institut, Universität Bonn) seinerseits mit der Komplexität des Begriffs der Kulturlandschaft auseinander. An einer Reihe von Beispielen hinterfragte er kritisch die Wahrnehmung und Reflexion von Forschungsansätzen zur Analyse und Erfassung von Kulturlandschaften außerhalb des Wissenschaftsbetriebs.

Die multidimensionale Erfahrbarkeit von Kulturlandschaften unterstrichen im folgenden *Werner Nohl* (Lehrstuhl für Landschaftsarchitektur und -planung, Technische Universität München), *Justin Winkler* (Geographisches Institut, Universität Basel) und *Werner Bischoff* (Institut für Didaktik der Geographie, Universität Frankfurt a.M.). Zunächst nahm *Nohl* Aspekte des ersten Vortragsblocks auf und referierte über die Umweltverträglichkeit von Windkraftanlagen. Ihm gelang es, aufzuzeigen, dass es sich dabei nicht allein um eine Frage technischer Umweltnormen handelt. *Winkler* näherte sich dem Phänomen der Klanglandschaften. Er hob

die Bedeutung flüchtiger Archive – wie beispielsweise den Geräuschen in einer Landschaft – bei der Erfahrbarkeit von Kulturlandschaften hervor und zeigte mögliche Wege der Erfassung und Interpretation derartiger Raumzeitphänomene auf. Unter dem Titel »Wenn Landschaften »näher« rücken – Von den Merkwürdigkeiten des urbanen Geruchraumes« befasste sich *Bischoff* schließlich mit dem Geruchsempfinden des Menschen im Hinblick auf das Erleben einer städtischen Kulturlandschaft.

Barbara Happe (Universität Jena) lenkte den Blick auf eine besondere Form der Kulturlandschaft, in dem sie Einblicke in die Entwicklung der Friedhöfe im Wandel der Zeiten ermöglichte. Abschließend erläuterte *Jürgen Knauss* (Agrar- und Freilichtmuseum Schloss Blankenhain in Sachsen) am Beispiel des Agrar- und Freilichtmuseums Schloss Blankenhain Vermittlungsmöglichkeiten historischer Kulturlandschaften und ihrer Elemente im Ecomuseum Zwickauer Land.

Als wesentliches Ergebnis des ersten Tagungstages kristallisierte sich die Bedeutung des Wahrnehmungsaspekts bei der Beurteilung und Erfahrbarkeit von Kulturlandschaften durch den darin lebenden Menschen heraus. Gleichzeitig wurden die Schwierigkeiten diskutiert, die mit der Erfassung und Bewertung solcher raumzeitlichen Phänomene einhergehen, da gerade in der fachbehördlichen Arbeit die Notwendigkeit besteht, Verfahren objektiver Dokumentation anzuwenden. Im Grenzbereich zwischen Geistes- und Sozialwissenschaften auf der einen Seite und angewandter Informatik auf der anderen Seite ergeben sich des weiteren Fragen zum gesellschaftlichen Umgang mit Kulturlandschaften: Sind wahrgenommene Kulturlandschaften andere als die mit Hilfe neuer Technologien inventarisierten? Inwiefern können computergestützte Methoden der Kartierung auf das Landschaft konstituierende Erleben konstruktiv Rücksicht nehmen?

Themenschwerpunkt »Inventarisierung«

Der zweite Tagungstag beschäftigte sich mit verschiedenen deutschen und europäischen Ansätzen zur Inventarisierung von Kulturlandschaften. Wenn vorstehend bereits auf die Notwendigkeit objektiver Dokumentationsmethoden hingewiesen wurde, so kam in diesem Zusammenhang vor allem die Möglichkeit zur Sprache, mit Hilfe Geographischer Informationssysteme (GIS) Kulturlandschaften in ihrem Bestand zu archivieren.

Die Bemühungen um die Erstellung von Kulturlandschaftskatastern ist in den deutschen Bundesländern auf einem sehr unterschiedlichen Stand. Bereits am Beginn der Realisierungsphase steht das von den Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe für Nordrhein-Westfalen entwickelte digitale Kulturlandschaftskataster KULADIG NW. Während *Karl-Heinz Buchholz* (Umweltamt, Landschaftsverband Rheinland, Köln) die Konzeption und den Aufbau des digitalen Katasters erläuterte, gingen *Claus Weber* (Rheinisches Amt für Bodendenkmalpflege, Bonn) und *Elke Janssen-Schnabel* (Rheinisches Amt für Denkmalpflege Pulheim) auf die speziellen Belange der archäologischen Denkmalpflege wie der Bau- und Kunstdenkmalpflege innerhalb des Kulturlandschaftskatasters ein. Im Gegensatz dazu stehen entsprechende Bemühungen im Bundesland Hessen erst am Anfang. Während *Christian Wiegand* (KuG – Büro Kulturlandschaft und

Geschichte Hannover) und *Petra Kopp* (Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main) die Erfassung kulturhistorischer Landschaftselemente für den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main und deren Inventarisierung in einem GIS vorstellten, beschäftigte sich *Egon Schallmayer* (Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Archäologische und Paläontologische Denkmalpflege) mit den Regionalparkrouten im Rhein-Main-Gebiet. *Udo Recker* (Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Archäologische und Paläontologische Denkmalpflege) äußerte sich zu den rechtlichen Grundlagen für eine Inventarisierung der historischen Kulturlandschaft und schloss mit der programmatischen Forderung: Hessen braucht ein Kulturlandschaftskataster.

In einem dritten Block ging es zunächst um die Frage, inwieweit und in welcher Form der Einsatz von Geographischen Informationssystemen (GIS) bei der Erfassung von Kulturlandschaften den Diskurs über ein zukunftsweisendes Kulturlandschaftsmanagement bereichern kann. *Jürgen Jung* (Forschungsinstitut Senckenberg, Forschungsstation für Mittelgebirge, Biebergemünd-Bieber) und *Gerrit Himmelsbach* (Archäologisches Spessart-Projekt, Aschaffenburg) berichteten über die im Archäologischen Spessart-Projekt gesammelten Erfahrungen und Anwendungsmöglichkeiten der erhobenen Daten, während *Per Grau Møller* (University of Southern Denmark, Cartographical Documentationscentre, Odense) auf die Methodenentwicklung und Internetpräsentation des digitalen Kulturlandschaftsatlasses in Dänemark einging. Abschließend kehrte *Rolf Plöger* (Geographisches Institut, Universität Bonn) mit seinen grundsätzlichen Ausführungen zur Methodik und der notwendigen Softwareanpassung einschließlich des Codiervorgangs beim Aufbau des digitalen Kulturlandschaftskatasters KULADIG NW inhaltlich zum Beginn des zweiten Tagungstages zurück.

Das Inventar der historischen Verkehrswege der Schweiz (IVS) gehört zu den umfassendsten und engagiertesten Vorhaben zur Erfassung von Kulturlandschaftselementen in Europa. Zum Abschluss des über 20 Jahre andauernden Projekts gaben *Klaus Aerni* (Geographisches Institut, Universität Bern), *Heinz E. Herzig* (Historisches Institut, Universität Bern) und *Cornel Doswald* (Viasoria, Büro Ostschweiz) einen Überblick über die Ergebnisse der Forschungsarbeiten. *Aerni* ging v.a. auf das IVS als Instrument der Landschaftspflege ein und erläuterte darüber hinaus exemplarisch die Entwicklung des Wegenetzes in den Vispertälern im Wallis. *Herzig* thematisierte das Problem der Ansprache von Römerstraßen im Jura und *Doswald* beschäftigte sich mit der Ansprache von Wegen, Fahrstrassen und Brücken im Schweizer Mittelland.

Themenschwerpunkt »Regionale Beispiele«

Der dritte Tagungstag war regionalen Beispielen vorbehalten, die anhand verschiedener Vorhaben Perspektiven und Grenzen im Bereich der modernen Kulturlandschaftsforschung aufzeigen konnten. Vor allem die Auseinandersetzung mit den technischen Möglichkeiten aber auch systembedingten Beschränkungen beim Einsatz von Geographischen Informationssystemen (GIS) nahm breiten Raum ein. Offenkundig wurde der z. T. vorhandene Gegensatz zwischen Qualität und Quantität, aber vorwiegend auch die immer wieder nur schwer miteinander zu vereinbaren-

den geisteswissenschaftlichen Ansprüche einerseits und deren eingeschränkte Umsetzungsmöglichkeiten aufgrund von System- und Softwarebeschränkungen andererseits. Einige Referenten unterstrichen zudem, dass es nicht nur um eine fundierte und umfassende Dokumentation »landschaftlicher Inhaltsstoffe« gehen kann, sondern diese qualitativ durch die Hinzunahme einer neuen inhaltlichen Diskursebene ergänzt werden müssen. Damit wurde am regionalen Beispiel wie auch in der theoretischen Auseinandersetzung die grundsätzliche Frage aufgeworfen, wie in der heutigen Zeit über Kulturlandschaften gesprochen werden kann und soll.

Sabine Schade-Lindig (Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Archäologische und Paläontologische Denkmalpflege) verdeutlichte auf eindrucksvolle Weise am Beispiel des Kleinraums Idsteiner Senke in Hessen, die Erkenntnismöglichkeiten, die moderne Prospektionsmethoden der archäologischen Denkmalpflege bieten. Mittels dieser rekonstruierte sie eine heute unsichtbare, vor Jahrtausenden gewachsene Kulturlandschaft. *Stephan Bender* (Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Archäologische und Paläontologische Denkmalpflege) befasste sich mit dem römischen Limes auf dem Weg zum UNESCO-Weltkulturerbe. Neben der Erfassung des Bodendenkmals zeigte er v.a. Perspektiven aber auch Gefahren beim künftigen Umgang mit diesem größten Bodendenkmal Europas auf. *Christoph Morrissey* (Büro Südwest. Archäologie, Landeskunde, Geschichte, Kulturlandschaft, Tübingen) stellte den beiden hessischen Beispielen den Forschungsstand zum Thema Kulturlandschaften in Baden-Württemberg gegenüber.

Oliver Bender (Institute for Urban and Regional Research, Wien) wählte bei seinen Ausführungen zur Bewertung der historischen Kulturlandschaft auf kommunaler Ebene einen durchweg theoretischen Ansatz, in welchem er Landschaften und deren Elemente auf mathematische Formeln herabbrach. *Thomas Büttner* (Institut für Landschaftsarchitektur und Umweltplanung, Technische Universität Berlin) und *Hans Leicht* (Bayerisches Landesamt für Umweltschutz, Augsburg) stellten diesem Konzept ein Gemeinschaftsprojekt der Bayerischen Landesämter für Umweltschutz und für Denkmalpflege gegenüber, das die Erfassung der historischen Kulturlandschaft in der Region Oberfranken-West zum Ziel hatte. Einem speziellen Kulturlandschaftselement wandte sich *Martin Pries* (Studiengebiet Kulturgeographie, Universität Lüneburg) zu. Am Beispiel der Lüneburger Landwehr wies er auf Inventarisierungsdefizite und Verluste bei diesen seltenen Elementen der Kulturlandschaft hin. Ein letztes Beispiel beschäftigte sich mit dem sowohl in West- wie auch Ostdeutschland unwiederbringlichen großflächigen Kulturlandschaftsverlust durch Braunkohle Tagebau. *Dirk Maier* (Lehrstuhl für Technikgeschichte, Universität Cottbus) und *Torsten Meyer* (Lehrstuhl für Technikgeschichte, Universität Cottbus) stellten die Genese und Veränderungen der Niederlausitzer Kulturlandschaft unter Einfluss des Braunkohlenbergbaus dar.

Benoit Sittler (Institut für Landespflege, Universität Freiburg) referierte über die beim Einsatz von Laser Scanning zur Erfassung von Strukturen unter Wald gewonnenen Ergebnisse, die auf beeindruckende Weise den möglichen Erkenntniszuwachs durch diese Methode verdeutlichten.

Den Abschluss des dritten Tagungstages bildeten mehrere Kurzbeiträge zu aktuellen Forschungsvorhaben, die nachfolgend kurz angeführt seien. *Alexander Erb* (Institut für Wirtschaftsgeographie, Universität München) und *Moritz Warth* (Insti-

tut für Wirtschaftsgeographie, Universität München) stellen den Kulturlandschaftshistorischen Rahmenplan Münchner Norden vor, *Kim Philipp Schumacher* (Institut für Kulturgeographie, Universität Freiburg) veranschaulichte die Dynamik der Kaiserstuhler Kulturlandschaft und *Korinna Thiem* (Institut für Landespflege, Universität Freiburg) hob auf die anthropogenen Einflüsse auf die Fließgewässer des Münstertals im Schwarzwald ab. Danach nahm *Heinz Schürmann* (Geographisches Institut, Universität Bielefeld) zu der Situation und Entwicklung historischer Bausubstanz in Gussew/Gumbinnen (Nordostpreußen) Stellung.

Ein für die Grundlagenforschung wichtiges DFG-Projekt stellte *Andreas Dix* (Geographisches Institut, Universität Bonn) zur Frage der Regionalisierung historischer Landnutzungs- und Siedlungsentwicklung am Beispiel des Niederrheins für Rhein-Lucifs vor.

Exkursion

Der im Verlauf der Tagung thematisierte Umgang mit der Kulturlandschaft wurde zum Abschluss der Tagung im Rahmen einer ganztägigen Exkursion im Rhein-Main-Gebiet und dessen Einzugsbereich abschließend veranschaulicht und zur Diskussion gestellt. Ziel waren einzelne Standorte der Regionalparkroute im Bereich Hochheim/Flörsheim, der Route der Industriekultur im Raum Hattersheim und der European Pathways to Cultural Landscapes in Mainaschaff.

Die viertägige Tagung diente der Bestandaufnahme, dem wissenschaftlichen Informationsaustausch und der Vermittlung von neuen Impulsen im Hinblick auf die Notwendigkeit und praktische Erstellung von flächendeckenden Kulturlandschaftskatastern in der Bundesrepublik Deutschland. Auf überzeugende Weise konnte die zwingende Notwendigkeit eines abgestimmten Vorgehens bei der Erfassung der historischen Kulturlandschaft dargestellt, der in einigen Bereichen bestehende konzeptionelle Nachholbedarf aufgezeigt, der vielfältige Nutzen eines Kulturlandschaftskatasters für weite Bereiche des privaten wie öffentlichen Lebens unterstrichen und die dringende Erfordernis einer breiten Diskussion über den künftigen Umgang mit unserer Kulturlandschaft herausgearbeitet werden. Dabei wurde gerade angesichts der Tagungsbeiträge des ersten Themenblocks deutlich, dass die vielfach ausschließlich praktizierte Umsetzung dreidimensionaler Räume und ihrer Inhalte in zweidimensionale Kartenwerke nicht ausreichend sein kann. Die z.T. bestehende Kluft zwischen den geisteswissenschaftlichen Ansätzen und Ansprüchen sowie bestehenden technischen Beschränkungen bei deren Umsetzung wurde daher ausgiebig diskutiert. Von der Tagung ist ein deutlicher Impuls ausgegangen, den es nun in den angesprochenen Bereichen der Wissenschaft, der öffentlichen Hand, der Politik und Wirtschaft aber auch dem privaten Bereich zu verfestigen gilt.

Die Veranstalter hoffen, dass die Tagung für Hessen als ein Startsignal für ein künftiges digitales Kulturlandschaftskataster verstanden wird.

Die Ergebnisse der Tagung werden in 2005 als Beiheft zu den »Fundberichten aus Hessen« veröffentlicht werden.

Carl-Hans Hauptmeyer

Singuläre und periodische Großveranstaltungen in ihrer Auswirkung auf die historische Kulturlandschaft

Bericht über die 29. Tagung des »Arbeitskreises für genetische
Siedlungsforschung in Mitteleuropa« vom 22. bis 25. September 2002
in Hannover

Der »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« veranstaltete seine Jahrestagung 2002 in Hannover.¹ Zwei Jahre nach Ende der ersten Weltausstellung in Deutschland, der EXPO 2000 in Hannover, bot es sich an, in dieser Stadt die unterschiedlichen Formen von singulären oder periodischen Großveranstaltungen der Ur- und Frühgeschichte, des Mittelalters und der Neuzeit in ihren Auswirkungen auf die historische Kulturlandschaft zu erörtern.

Die Vorträge fanden im Leibnizhaus der Universität Hannover statt, der Empfang durch die Region Hannover und die Universität Hannover im nahe gelegenen Historischen Museum der Landeshauptstadt Hannover. Grußworte sprachen der erste Stellvertreter des Präsidenten der Region Hannover, Prof. Dr. *Axel Priebes*, die Stellvertreterin des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Hannover, Bürgermeisterin *Ingrid Lange*, der Präsident der Universität Hannover, Prof. Dr. *Ludwig Schätzl*, und der Vorsitzende der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften, Prof. Dr. *Helmut Bley*. Die Tagung begann am Mittwoch, 25. September 2002, mit einer Stadtführung durch *Carl-Hans Hauptmeyer* (Historisches Seminar der Universität Hannover) und wurde am Abend mit den Begrüßungen und dem ersten wissenschaftlichen Vortrag fortgesetzt. Sie endete am Sonnabend, 28. September 2002, mit einer von *Hansjörg Küster*, *Axel Priebes* und *Carl-Hans Hauptmeyer* geleiteten Ganztagesexkursion »Kulturlandschaftswandlungen in der Region Hannover«.

Das wissenschaftliche Programm wurde eröffnet mit dem Vortrag von *Carl-Hans Hauptmeyer* zum Thema »Exogene Impulse oder endogene Potentiale? Der Raum

1 Dieser Bericht gibt mir die Gelegenheit, noch einmal den studentischen Hilfskräften zu danken, die mich im Vorfeld, während und im Nachgang der Tagung tatkräftig unterstützt haben: *Julia Borchers*, *Carsten Stühning*, *Uwe Tack* und *Sandra Wolf* geb. *Ortmann*.

Hannover vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert«. ² In Intervallen wuchs die interregionale Konkurrenzfähigkeit des Raumes Hannover. Exogene Impulse regten immer wieder die endogenen Potentiale an. Hannover stand im Mittelalter zunächst weit hinter Braunschweig, auch Hildesheim, Lüneburg oder Goslar, zurück, hatte aber seine besonderen Chancen für Entwicklungsschübe seit 1636 als Residenzstadt, ab 1866 als preußische Industrie- und Provinzhauptstadt sowie seit dem Zweiten Weltkrieg als Messe- und Landeshauptstadt. In Hannover wurde der Handlungsspielraum während der ausgehenden 1940er und frühen 1950er Jahre vergleichsweise weit ausgenutzt.

Hannover wich seit dem Ausgang des Mittelalters immer weiter von der charakteristischen Entwicklung in Niedersachsen ab. Zunehmend gewann die Stadt Einfluss auf das Umland, und ohne die Versorgung mit Rohstoffen und Agrarprodukten aus dem Umland wäre das Stadtwachstum nicht möglich geworden. Heute sind Stadt und Umland eng miteinander verflochten. Der Raum Hannover besitzt als Verkehrskreuz eine optimale geographische Lage. Die Vielfalt der Landschaftszonen (Berg- und Hügelland, Lössbörde, Moorgeest, Leineau) und die im Untergrund anstehenden Rohstoffe ermöglichten eine vielfältige landwirtschaftliche, gewerbliche und industrielle Entwicklung. Ohnehin ist Hannover mittlerweile der größte städtische Ballungsraum zwischen Hamburg im Norden, Berlin im Osten, Frankfurt im Süden, dem Ruhrgebiet und Düsseldorf/Köln im Westen sowie Bremen im Nordwesten. Zwar erscheinen Leben und Alltag heute auf den ersten Blick kaum anders als in vergleichbaren westdeutschen Großstädten, doch hat man in Hannover bis hin zum Umgang mit der EXPO 2000 eine kreative Haltung von Beharren und Veränderung gepflegt. Mit Hannovers Geschichte ist offensichtlich stets verbunden, dass es einerseits zu jeweiligem Weltniveau nicht reichte, andererseits aber innerhalb der gegebenen Verhältnisse trotz interner Widerstände Aufstiegsbedingungen genutzt wurden. »Immer etwas zurück, aber zukunftsfähig« war und ist dabei kein schlechtes – unausgesprochenes – Leitmotiv für zukünftige Entwicklungen. Es lässt Wandel vorrangig als nachholende Modernisierung zu und verhilft durch Imitation zur Konkurrenzfähigkeit, ja, zum Überholen von Konkurrenten, ohne dass dabei die Fehler allzu rascher Veränderungen gemacht werden müssen. Entwicklungsschübe und Aufholphasen waren charakteristisch für diese Stadt. Zu Hannover gehörte es

2 Der Beitrag wird in diesem Band nicht wiedergegeben, da alle wesentlichen Inhalte bereits an anderen Stellen gedruckt wurden. Vgl. insbesondere: *Carl-Hans Hauptmeyer*: Die Residenzstadt Hannover im Rahmen der frühneuzeitlichen Stadtentwicklung. – In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 61, 1989, S. 61–85; *Carl-Hans Hauptmeyer*: Die Residenzstadt. Von der Residenznahme 1636 bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. – In: Geschichte der Stadt Hannover (hrsg. v. Klaus Mlynek u. Waldemar R. Röhrbein). Hannover 1991, S. 137–264; *Carl-Hans Hauptmeyer* [Hrsg.]: Hannover und sein Umland in der frühen Neuzeit. – Bielefeld 1994 (Hannoversche Schriften zur Regional- und Lokalgeschichte, 8); *Carl-Hans Hauptmeyer*: Niedersachsen in Spätmittelalter und früher Neuzeit. Anwendungsaspekte der Geschichte des Weltsystems für die Regionalgeschichte. – In: Zeitschrift für Weltgeschichte 2/2, 2001, S. 53–77; jüngst: *Carl-Hans Hauptmeyer u. Martin Stöber*: Zurück zu den »Wurzeln«. Eine Einführung in Landeskunde und Geschichte der Region Hannover. – In: Die Region Hannover, eine erste Bilanz. Hannover 2003, S. 9–35.

stets, äußere Impulse zur Entwicklung zu nutzen und auf diese Weise das Moderne mit dem Überkommenen zu verbinden.

Mit einer Ausnahme werden alle weiteren Vorträge in diesem Band der »Siedlungsforschung« als Aufsätze vorgelegt. Während der Tagung hatte *Franz Irsigler* zusätzlich über »Marktprivilegien, mittelalterliche und frühneuzeitliche Messen« referiert und dabei die umland prägende Kraft von Märkten und Messen und ihre Bedeutung für die Verkehrsentwicklung im Raum hervorgehoben. Ein ursprünglich geplanter Beitrag über Wallfahrten konnte bereits zur Tagung nicht eingebracht werden.

Die vorliegenden Texte sind heterogen und sie sollen es sein. Bereits im Vorfeld der Tagung war Wert auf ein breites Themenspektrum gelegt worden, um Trennendes und Einigendes zu diskutieren. Manches Thema mehr hätte behandelt werden können. Um die Komplexität zu strukturieren, widmet sich *Klaus Fehn* im ersten Aufsatz dem Generalthema: »Singuläre und periodische Großveranstaltungen in ihrer Auswirkung auf die historische Kulturlandschaft«. Da bisher noch keine Gesamtdarstellung vorliegt, verweist *Fehn* zunächst auf Einzelarbeiten aus Historischer Geographie, Siedlungsgeschichte und Siedlungsarchäologie, die sich mit den Zusammenhängen zwischen Großveranstaltungen und der Entwicklung von Kulturlandschaften auseinandersetzen. Großveranstaltungen bedürfen aufgrund ihrer Vielfalt einer Klassifizierung hinsichtlich Dauer, Raumwirkung und Betroffenheit verschiedener Lebensbereiche. Der Einfluss kann von Veränderungen natürlicher Prozesse bis zur Etablierung von neuen, so genannten Zivilisationslandschaften reichen. Gerade für vergangene Ereignisse sind Kausalzusammenhänge zwischen der Veränderung von Kulturlandschaften und örtlichen Großveranstaltungen oft nur schwer herzustellen. *Fehn* schließt mit einem Ausblick auf Themenfelder, die noch einer Untersuchung unter den genannten Gesichtspunkten bedürfen.

Karl-Heinz Willroth erörtert »Auswirkungen von singulären und periodischen Großveranstaltungen auf vor- und frühgeschichtliche Standorte« und legt dar, dass der Bau frühgeschichtlicher Grabhügel und deren Nutzung durch Bestattungsrituale historische Großveranstaltungen waren. Sie prägten die Landschaft durch ihre weite Sichtbarkeit als Orientierungsmarken und Abgrenzungspunkte der Siedlungsgemeinschaften. Es bildeten sich besonders dort zentrale Orte, wo ökonomische und politische Stärke konzentriert war. Auch an heiligen Plätzen, an denen über längere Zeit kultische Handlungen durchgeführt wurden, entstanden oftmals dauerhafte Niederlassungen. Im Bereich von Siedlungen und kultischen Stätten wurden so genannte Erdwerke errichtet, deren Funktion zwischen Schutz und Versammlung variierte. Speziell die Varus-Schlacht als Großveranstaltung hatte Auswirkungen auf die Kulturlandschaft, indem die Niederlage der Römer unter anderem die Weiterentwicklung einer wichtigen römischen Siedlung und damit wahrscheinlich auch die Entstehung einer rechtsrheinischen Provinz verhinderte.

Hans-Wilhelm Heine rückt anhand zahlreicher Beispiele »Frühmittelalterliche Fluchtburgen« als besonderen Typus mittelalterlicher Burgen in den Blickpunkt. Fluchtburgen dienten dem Schutz in Zeiten der Kriegsgefahr. Besonders das Ende der Karolingerzeit war von Umbrüchen und äußeren Unruhen gezeichnet. Fluchtburgen waren für den Adel und sein Gefolge, aber auch für die Landbevölkerung

bestimmt, und sie befanden sich vor allem an jenen Orten, an denen ein geplantes Verteidigungskonzept sowie eine feste Herrschaftsorganisation nachgewiesen werden konnten. Da sie nur temporär benötigt wurden, sind in reinen Fluchtburgen oftmals keine Spuren einer festen Besiedlung feststellbar. Die Zufluchtsorte lagen innerhalb einer Siedlungskammer oder zwischen zwei Siedlungsräumen. Vielfach entwickelten ursprüngliche Fluchtburgen später andere Funktionen oder verloren gänzlich an Bedeutung. Einige Burgen bildeten den Kern späterer Städte. Im 11. Jahrhundert verlagerten sich die Rückzugsmöglichkeiten der Bevölkerung von den reinen Fluchtburgen hin zu Zufluchtsorten innerhalb von Burgen mit mehreren Funktionen.

Hauke Jöns stellt ausgewählte »Frühmittelalterliche Handelsplätze im Ostseeraum als Großveranstaltungen und ihre Auswirkungen auf die historischen Kulturlandschaften« vor. Das mittelschwedische Birka war zum einen für die Versorgung Zentralschwedens, zum anderen im Fernhandel mit der Kiewer Rus und dem Byzantinischen Reich von Bedeutung. Haithabu bei Schleswig galt im Grenzgebiet von skandinavischer und fränkischer Herrschaft als Bindeglied zwischen dem Nord- und dem Ostseehandel. Gemeinsam war den frühmittelalterlichen Handelsplätzen, dass sie sowohl im Fern- als auch im lokalen Handel wichtig waren und über befestigte Naturhäfen verfügten. Die Bevölkerung bestand überwiegend aus Händlern und Handwerkern sehr unterschiedlicher regionaler Herkunft. Im Umfeld der Handelszentren entstanden weitere Siedlungen, in denen Produkte für den Markt und die Bevölkerung der Handelsplätze hergestellt wurden. Die Tier- und Pflanzenwelt wurde im Bereich der Siedlungsräume erheblich beeinflusst, insbesondere ist eine Entwaldung festzustellen.

Caspar Ehlers beschäftigt sich unter dem Titel »Die Auswirkungen des mittelalterlichen Reisekönigtums auf die historische Kulturlandschaft« mit der Frage, ob das mittelalterliche Reisekönigtum auf die Entwicklung historischer Kulturlandschaften Einfluss nahm oder ob vielmehr die Kulturlandschaften die Bedingungen des Reisekönigtums mitbestimmten. Anhand von Karten lässt Ehlers in weiten Teilen des Reiches einen räumlichen Zusammenhang zwischen der Gründung von Klöstern, den Aufenthaltsorten der Könige und der heutigen Bevölkerungsdichte erkennen. Aufgrund dieser Anhaltspunkte sucht Ehlers nach Belegen für die Prägung der historischen Kulturlandschaften durch das Reisekönigtum. Der Straßenbau wird ebenso wie die Lage der Reichssitze ausgeschlossen, da diesbezüglich keine organisierte Politik der Könige ersichtlich ist. In der Person des Königs aber wurde der Raum in seiner Breite erfasst. Der König wirkte oftmals als Initiator oder unterstützend bei der Entwicklung historischer Kulturlandschaften. Die Erschließung der Räume erfolgte zumeist regional durch die adligen und geistlichen Machthaber, wobei die Verleihung königlicher Privilegien eine wichtige Rolle spielte. Der König besuchte bei seinen Reisen nur bereits leistungsfähige und infrastrukturell entwickelte Orte. Die Erfassung des Raumes durch die Person des Königs und die Erschließung des Raumes durch die lokalen Machthaber bedingten sich gegenseitig, um historische Kulturlandschaften entstehen zu lassen.

Christoph Bartels stellt die Frage »Die Entwicklung des Bergbaus im nordwestlichen Harz bis zum Beginn der Industrialisierung: Bergbau – eine ›Großveranstaltung‹?« Zunächst erläutert er in einem historischen Längsschnitt die wesentlichen

Entwicklungsschritte des nordwestlichen Harzer Bergbaus bis in die heutige Zeit und nimmt sodann zu der problematischen Bezeichnung des Bergbaus als Großveranstaltung Stellung. Erstmals größere Bedeutung erlangte das Montanwesen im 10. Jahrhundert, wobei die Reichsstadt Goslar hervorstach. Genossenschaften und Stadtrat beuteten gegen Abgaben die dortigen königlichen, später herzoglichen Lagerstätten aus. Nach einer Krise des Bergbaus im 14. Jahrhundert begann ein erneuter Aufschwung im 15. Jahrhundert aufgrund des expandierenden Marktes für das Münzmetall Silber. Die welfischen Landesfürsten erlangten seit der Mitte des 16. Jahrhunderts im Zuge allgemeiner Machterweiterung die Herrschaft über das Montanwesen. Einer kurzen Rezession folgend ließen im 17. Jahrhundert insbesondere die Nutzung des Schwarzpulvers im Harzer Bergbau sowie die Beteiligung staatlicher Bergbeamter die Ausbeutung der Lagerstätten wieder wachsen. Bis in das 20. Jahrhundert hinein sorgten vor allem technische Entwicklungen für kontinuierliche bergbauliche Aktivitäten. Bartels schließt mit der These, dass der Bergbau aufgrund seiner jahrtausendalten Kontinuität nicht als eine Großveranstaltung gesehen werden kann. Vielmehr sei das Montanwesen wegen der Hervorbringung von Rohstoffen als unverzichtbare Grundlage für Großveranstaltungen zu verstehen.

Dieter Rödel erläutert unter der Mitarbeit von *Franz Kümmerle* »Die Passionspiele von Oberammergau« und deren Folgen. Das im bayrischen Alpenvorland gelegene Oberammergau besaß wenig agrarische und sonstige wirtschaftliche Potenziale. Doch durch die Einführung der Passionsspiele 1634 als Folge eines Pestgelübes erweiterten sich ab dem 19. Jahrhundert die Erwerbchancen der Bevölkerung. Grund war das Interesse eines breiten, nunmehr auch internationalen Publikums an den Aufführungen. Durch die Einnahmen aus den Spielen wurden viele Bauprojekte möglich. Investitionen erstreckten sich insbesondere auf Hochwasserschutzmaßnahmen, neue Siedlungen, Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und stetige bauliche Anpassung des um 1900 errichteten Passionstheaters. Auch das Umland profitierte, wie die dortigen Besucherzahlen zeigen, von den Passionsspielen. Da die Spiele nur alle zehn Jahre stattfinden, erweist sich der Aufbau eines kontinuierlichen Tourismus als schwierig.

Siegfried Zelnhefer schreibt über »Die Reichsparteitage der NSDAP – ihre Bedeutung und die Auswirkungen auf die Stadt Nürnberg«. Hitler wählte Nürnberg, wo bereits 1927 der erste Parteitag der NSDAP stattgefunden hatte, 1933 zur »Stadt der Reichsparteitage« aus. Gründe waren neben der günstigen Verkehrslage und der großen Freiflächen vor allem die überdurchschnittliche Anhängerschaft der NSDAP in Nürnberg. Zugleich wurde die Geschichte der Stadt als Ort von Reichstagen instrumentalisiert. Kernstücke des riesigen Reichsparteitagsgeländes waren das Zeppelfeld als Aufmarschgelände und die Luitpoldarena als Appellplatz für den Totenkult. Andere Bauten, wie eine Parteikongresshalle und das so genannte Deutsche Stadion für 400.000 Zuschauer, kamen nicht mehr zur Ausführung. Die Parteitage dienten der Stärkung der Bindung an das nationalsozialistische System und besonders an den »Führer« Adolf Hitler. Bis zu einer Million Menschen aus allen staatlich legitimierten Organisationen nahmen an den Veranstaltungen teil. Nach 1945 dienten die Bauwerke verschiedenen Zwecken, vornehmlich der Erholung und Unterhaltung. Im Jahre 2001 wurde ein Dokumentationszentrum eröffnet,

in dem die Geschichte der Reichsparteitage präsentiert wird. Es stellt einen Versuch der Stadt Nürnberg dar, mit den baulichen Hinterlassenschaften der nationalsozialistischen Herrschaft und der Vergangenheit als Stadt von Reichsparteitagen angemessen umzugehen.

Olaf Mußmann nimmt von ersten Planungen in der wilhelminischen Zeit über die Geschichte im Nationalsozialismus bis in die Gegenwart »Truppenübungsplätze: das Beispiel Bergen-Hohne« in den Blick. Truppenübungsplätze waren und sind wegen ihrer Ausmaße, ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und der Organisation durch Militärbehörden als Großveranstaltungen zu bezeichnen. Für das in der dünnbesiedelten, aber gut verkehrsmäßig erreichbaren niedersächsischen Geest gelegene Bergen-Hohne gab es bereits im Ersten Weltkrieg Planungen zur Einrichtung eines Truppenübungsplatzes. Diese wurden nach 1933 konkretisiert. Anfänglich starke Proteste seitens der einheimischen Bevölkerung verebten aufgrund der hohen Ausgleichszahlungen der Wehrmacht, die das Gelände alsbald nutzte. Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges wurden die inzwischen entstandenen Gebäude in Kriegsgefangenenlager und in ein Konzentrationslager umgewandelt, wo zehntausende Menschen unter schlimmsten Bedingungen lebten und sehr viele Menschen starben. Nach dem Krieg übernahmen die britischen Streitkräfte, später die Bundeswehr, das Gebiet für Truppenübungen. Aufgrund der veränderten Kriegsführung wird in jüngerer Zeit über eine Umnutzung des Truppenübungsplatzes für zivile Zwecke nachgedacht, wobei besonders die Folgen der Militärübungen, wie Umweltzerstörung und Schadstoffbelastung, ein Problem für die Konversion darstellen.

Monika Meyer-Künzel nennt die Möglichkeiten und Gefahren für die Stadtentwicklung bei der Vorbereitung von Olympischen Spielen, indem sie auf die in der Vergangenheit gesammelten Erfahrungen der Austragungsorte Bezug nimmt: »Auswirkungen von Olympischen Spielen auf die Austragungsorte – Eine Typologie möglicher Risiken und Chancen für die Stadtentwicklung«. Ausgehend von der Olympiabewerbung Leipzigs zeigt *Meyer-Künzel*, welche Schwierigkeiten für die Städte bei der Ausrichtung Olympischer Spiele entstehen können. Problematisch waren in der Vergangenheit vor allem überdimensionierte Bauten, die hohe Kosten verursachten, aber oft, verbunden mit unflexiblen Stadtentwicklungskonzepten, keine nachhaltige Nutzung möglich machten. Dagegen setzt *Meyer-Künzel* die Forderung nach der Entwicklung eines Generalplanes, der zugleich dezentrale Konzepte einschließt. Diese sind anpassungsfähiger und risikoärmer. Außerdem erscheint nach den Erkenntnissen früherer Planungen die Einbeziehung vorhandener Bauten in die Spiele kostengünstiger und stadtplanerisch sinnvoll. Der Beitrag schließt mit der Darstellung der Geschichte von olympischen Sportstätten, die erst allmählich als großräumige Sportparks erbaut wurden und heute verstärkt multifunktionale Bedeutung haben.

Klaus Fesche erörtert »Räumliche Effekte von Weltausstellungen«, vornehmlich im Hinblick auf Siedlungen und Verkehrsinfrastrukturen. Waren die ersten Weltausstellungen noch Orte der Selbstpräsentation einer liberalen Weltwirtschaft, so entwickelten sie sich zu populären Kulturausstellungen mit nationalem Antlitz, die nach 1900 wiederum stark von den Interessen der Großunternehmen und der Nationalstaaten geprägt wurden. Seit 1945 bewegt man sich auf der Suche nach dem Sinn von Weltausstellungen zwischen Unterhaltung und existentiellen Problemen

der Zivilisation. Bis heute stellt sich die Frage nach temporärer oder dauerhafter Orientierung von Weltausstellungen. Langfristiges Denken ist vorrangig für die veranstaltenden Regionen interessant, die sich, im Falle randständiger Regionen oft vergeblich, eine Verbesserung ihrer Standortbedingungen erhoffen. Den Nationalstaaten und den Unternehmen geht es zumeist eher um die Befriedigung kurzfristiger Wünsche wie die Vermehrung internationaler Reputation und der Vermarktungsmöglichkeiten. Anhand der Beispiele von Sevilla und Lissabon wird aufgezeigt, dass gut konzipierte, lokal orientierte Nachnutzungspläne für den Erfolg einer nachhaltig angelegten Raumwirkung von Weltausstellungen von besonderer Bedeutung sind.

Dies vertieft *Axel Priebs* im Beitrag »Die EXPO 2000 und der Kulturlandschaftswandel in der Region Hannover«. Im Kern der Vorbereitungen der Weltausstellung stand der Bau des EXPO-Geländes im Südosten Hannovers. Dazu wurde das vorhandene Messegelände ausgebaut und durch weitere Pavillonflächen und die EXPO-Plaza als Zentrum ergänzt. Daneben entstand mit der Kronsbergsiedlung ein neuer Wohnstadtteil auf einem ehemals unbewohnten Hügel, für dessen Bebauung es schon seit Jahrzehnten Pläne gegeben hatte. Zusätzlich wurden infrastrukturelle Maßnahmen wie die Erweiterung des Stadtbahn- und Straßennetzes sowie die Bereitstellung einer über die Region Hannover hinausreichenden S-Bahn getroffen. Haben die infrastrukturellen Verbesserungen trotz gelegentlicher Überdimensionierung mehrheitlich positive Auswirkungen auf die Region Hannover gezeigt, so ist die Nachnutzung des Pavillongeländes-Ost noch nicht gesichert. Die EXPO-Plaza hat als Veranstaltungs- und Multimediastandort ebenso wie das erneuerte Messegelände bereits eine langfristig orientierte Nutzung gefunden. Der Ausbau des Kronsbergs, bei dem auch Naturschutz und Naherholung berücksichtigt werden, hält indes noch an.

Die Beiträge zeigen einmal mehr, wie wichtig es ist, unterschiedliche Fachdisziplinen sich eines Themas annehmen zu lassen und dabei ein Leitthema wie die Kulturlandschaft in den Mittelpunkt zu stellen. Die bewusst gewollte Heterogenität der Themen, der Erkenntnisinteressen der Forscher, der von ihnen angewendeten Methoden oder des Verzichts bzw. der Anbindung an theoretische Diskussionen verweist zugleich erwartungsgemäß darauf, dass vereinheitlichende Zusammenfassungen oder grundsätzliche Forschungsinnovationen nur schwierig zu gewinnen sein dürften. Dies hätte eine Festlegung auf vereinheitlichte Kategorien vor Beginn der Tagung notwendig gemacht. Hierfür fehlte aber die Informationsbreite, die erst während der Tagung und in den nun hier gedruckten Aufsätzen erlangt wurde.

Im Rahmen der Kulturlandschaftsforschung wird vorrangig nach lang anhaltenden Prägungen gefragt oder nach gleichsam schlagartig formenden Kräften: hier z. B. die spezielle langfristig agrarische Nutzung durch Weinbau, dort die rasche Umgestaltung durch Braunkohletagebau. Singuläre oder periodische Großveranstaltungen waren bisher kein eigenständiges, gesondert erörtertes Thema der Kulturlandschaftsforschung. Über die banale und allen Beteiligten selbstverständliche Aussage hinaus, dass singuläre oder periodische Großveranstaltungen bestimmbare Auswirkungen auf die Kulturlandschaft haben und sei es allein in wenigen landschaftlichen Relikten, legen die Beiträge für die zukünftige Forschung weiterführende Überlegungen nahe, von denen einige aufgegriffen sein sollen.

Terminologien: »Singuläre oder periodische Großveranstaltung« ist keine wissenschaftliche Kategorie, mit der sich eine eindeutige Sinnerfassung historischer Sachverhalte oder eine allgemein anerkannte wissenschaftliche Struktur ansprechen lässt. Böte es für die Kulturlandschaftsforschung einen Nutzen, dies anzustreben und »singuläre oder periodische Großveranstaltung« als eigenständige Kategorie wie permanente Siedlung, partielle Wüstung, Nomadismus u.v.a.m. zu verwenden? Von welchem Grenzwert an wird eine periodische Großveranstaltung eine permanente?

Quantitäten: Zu singulären oder periodischen Großveranstaltungen kommen sehr viele Menschen an einem Ort zusammen. Welche Schwelle muss, gemessen an der übrigen Bewohnerzahl des Raumes, überschritten werden, damit von einer Großveranstaltung gesprochen werden kann und eine kulturlandschaftliche Prägung zu erwarten ist?

Qualitäten: Ältere singuläre oder periodische Großveranstaltungen müssen wegen der nachfolgenden Überformung der Landschaft nicht zwingend spektakuläre oder zahlreiche kulturlandschaftliche Relikte hinterlassen haben. Unter welchen Bedingungen sind diese Großveranstaltungen aber dennoch kulturlandschaftlich relevant, haben also das Verhalten der Menschen so verändert, dass diese nunmehr anders als zuvor die Kulturlandschaft gestalteten?

Lokale Infrastrukturen: Für die Vielzahl der zusammenkommenden Menschen ist Behausung, Versorgung, Entsorgung usw. unverzichtbar. Unter welchen Umständen entstehen hieraus langfristig kulturlandschaftlich prägende Infrastrukturen, werden Nachnutzungen und Umnutzungen über die Großveranstaltungen hinaus möglich und nötig?

Regionale Infrastrukturen, interregionale Verflechtungen: Besitzen singuläre oder periodische Großveranstaltungen überörtliche Bedeutung, dann sind zum einen neue regionale Infrastrukturen, z.B. Ausbau von Verkehrswegen, notwendig. Moderne Weltausstellungen machen sich zum anderen bewusst die zumindest projektbezogene Umsetzung ihres Leitmottos in vielen Teilen der Welt zur Aufgabe. Werden zum Zweck von singulären oder periodischen Großereignissen eher bereits vorhandene regionale Infrastrukturen oder interregionale Verflechtungen genutzt oder gestalten ihrerseits Großveranstaltungen regionale Infrastrukturen und interregionale Verflechtungen, und sind sie daher selbstverständlich für großräumige Kulturlandschaftsveränderungen mitverantwortlich?

Wenn auch Antworten noch vielfältig sind oder gar fehlen, so wirft die Beschäftigung mit singulären oder periodischen Großveranstaltungen für die Kulturlandschaftsforschung nichtsdestoweniger eine Fülle von inhaltlichen, methodischen und theoretischen Fragen auf.

Anschriften der Autoren, Herausgeber und Vorstandsmitglieder des Arbeitskreises

Dr. Christoph Bartels: Deutsches Bergbau-Museum – Am Bergbaumuseum 28, D–44791 Bochum.

Dr. Rudolf Bergmann: Westfälisches Museum für Archäologie – Amt für Bodendenkmalpflege – Referat Mittelalter – Königstraße 46, D–48143 Münster; Pastor-Hoffmann-Straße 4, D–48301 Nottuln.

Drs. Peter Burggraaff: Büro für historische Stadt- und Landschaftsforschung – c/o Geographisches Institut der Universität Koblenz, Universitätsstraße 1, D–56070 Koblenz; Am Mühlenberg 6, D–53539 Kelberg-Zermüllen.

Prof. Dr. Dietrich Denecke: Geographisches Institut der Universität Göttingen – Goldschmidtstraße 5, D–37077 Göttingen; Merkelstraße 22, D–37085 Göttingen.

Dr. Vera Denzer: Institut für Didaktik der Geographie der Universität Frankfurt a.M. – Schumann-Straße 58, D–60054 Frankfurt a.M.; Bilsteinweg 18, D–60425 Frankfurt a.M.

Prof. Dr. Hans-Rudolf Egli: Geographisches Institut der Universität Bern – Hallerstraße 12, CH-3012 Bern; Feld 34, CH–3045 Meikirch.

Dr. Caspar Ehlers: Max-Planck-Institut für Geschichte – Hermann-Föge-Weg 11, D–37073 Göttingen.

Prof. Dr. Klaus Fehn: Geographisches Institut der Universität Bonn, Historische Geographie – Meckenheimer Allee 166, D–53115 Bonn; Fridtjof-Nansen-Straße 11, D–53127 Bonn.

Klaus Fesche, M.A.: Glünderstraße 4, D–30167 Hannover

Prof. Dr. Eike Gringmuth-Dallmer: Museum für Vor- und Frühgeschichte – Spandauer Damm 19, D–14049 Berlin; Große Hamburger Straße 31, D–10115 Berlin.

Prof. Dr. Carl-Hans Hauptmeyer: Historisches Seminar der Universität Hannover – Im Moore 21, D–30167 Hannover; Hildesheimer Straße 370, D-30880 Laatzen.

Dr. Hans-Wilhelm Heine: Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege, Referat Archäologie (Burgenforschung) – Scharnhorststraße 1, D–30175 Hannover; Eisenweg 15, D-30851 Langenhagen.

Prof. Dr. Ernst-Rainer Hönes: Max-Planck-Straße 3, D–55124 Mainz.

Prof. Dr. Franz Irsigler: Lehrstuhl für Geschichtliche Landeskunde der Universität Trier, – Universitätsring 15, D–54286 Trier; Falkensteinerhof 2, D–54329 Konz-Niedermennig.

Priv.-Doz. Dr. Hauke Jöns: Landesamt für Bodendenkmalpflege – Schloss Wiligrad, D–19069 Wiligrad.

Dr. Klaus-Dieter Kleefeld: Büro für historische Stadt- und Landschaftsforschung – Rathausstraße 13, D–51143 Köln; Rathausstraße 13, D–51143 Köln.

Kümmerle, Franz: Leupoldstr. 6, D-82487 Oberammergau.

Dr. Monika Meyer-Künzel: Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V. Dresden, Stadtentwicklung und Stadtökologie – Weberplatz 1, D–01217 Dresden.

Dr. Olaf Mussmann: Davenstedter Straße 3, D–30449 Hannover.

Prof. Dr. Axel Priebes: Region Hannover – Postfach 147, D–30001 Hannover; Weistfeld 51, D- 30539 Hannover.

Dr. Udo Recker: Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Abteilung Archäologie und Paläontologie – Schloss Biebrich, D–65203 Wiesbaden; Pestalozzistraße 6, D–55239 Gau-Odernheim.

Dr. Dieter Rödel: Birkenstraße 92, D–82377 Penzberg.

Dr. Peter Rückert: Hauptstaatsarchiv Stuttgart – Konrad-Adenauer-Straße 4, D–70173 Stuttgart; Zwingerstraße 2, D–74321 Bietigheim-Bissingen.

Prof. Dr. Winfried Schenk: Geographisches Institut der Universität Bonn, Historische Geographie – Meckenheimer Allee 166, D–53115 Bonn; Unterer Neubergweg 17, D–97074 Würzburg.

Dipl.-Phys. Peter Welke: Federathweg 26, D-33184 Altenbeken.

Prof. Dr. Karl-Heinz Willroth: Universität Göttingen, Seminar für Ur- und Frühgeschichte – Nikolausberger Weg 15, D–37073 Göttingen; Tilsiter Straße 9, D–37120 Bovenden.

Dr. Siegfried Zelnhefer: Meuschelstraße 1, D–90408 Nürnberg.

Umschlagabbildung:

Gelände der EXPO 2000 in Hannover. Foto: Martin Stöber.

CONTENTS

Main theme:

Singular and periodical events and their impact on
the historical cultural landscape

Klaus Fehn

Singular and periodical events and their impact on
the historical cultural landscape 7
With 1 figure

Karl-Heinz Willroth

Effects of singular and periodical large events on
prehistorical and early historical sites 27
With 6 figures

Hans-Wilhelm Heine

Early medieval refuge castles 43
With 7 figures

Hauke Jöns

Early medieval commercial sites in the Baltic Sea area
as large events and their effects on the cultural landscapes 65
With 4 figures

Caspar Ehlers

The effects of the medieval travelling kingship on
the cultural landscape 83
With 5 figures

Christoph Bartels

The development of mining in the Northwestern Harz region
at the beginning of industrialization: "Mining as a large event?" 97

Monika Meyer-Künzel

Impacts of Olympic Games on the hosting cities –
a typology of potential risks and prospects 113
With 18 Figures

Dieter Rödel, assisted by Franz Kümmerle

The passions plays of Oberammergau 125
With 26 figures

Klaus Fesche

Spatial effects of world exhibitions 145

Olaf Mußmann

Military training areas as large events:
the example of Bergen-Hohne 159
With 12 figures

Siegfried Zelnhefer

The »Reichsparteitage« of the NSDAP.
Their meaning and influence on the town Nuremberg 173

Axel Prieb

- The EXPO 2000 and the change of cultural landscape
in the region of Hanover 195
With 8 figures

Reviews and reports

Ernst-Rainer Hönes

- Juristical questions about cultural landscape 217

Klaus Fehn

- Conferences and publications of the »Arbeitskreis für genetische
Siedlungsforschung in Mitteleuropa« 1983–2002 and
the working group »Angewandte Historische Geographie« in
the »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa«
1991–2004 243

Klaus Fehn

- “Settlement research. Archaeology – History – Geography”.
Register of the volumes 1–20 of the periodic “Settlement research.
Archaeology – History – Geography” 1983–2002 and
the special volume “Genetic settlement research in Central Europa
and its neighbouring areas” (1988) 267

Peter Welke

- Water management of the ore mining in the Oberharz –
the development and possibilities for a future use 303
With 5 figures

Udo Recker

- Cultural landscape: Observation – inventarisation – regional examples.
Report on the 10th conference of the working group
»Angewandte Historische Geographie« in the »Arbeitskreis
für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa« from
the 17th to the 20th of March 2004 in Frankfurt a.M. 313

Carl-Hans Hauptmeyer

- Singular and periodical events and their impact on
the historical cultural landscape. Report on the 29th conference of
the »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa«
from the 22nd to the 25th of September 2002 in Hannover 319

Adresses of the authors, editors

- and board members of the working group 327

- Contents 329

Schwerpunktt Themen der bisher erschienenen Bände der Zeitschrift
Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie

Band 1, 1983, S. 15–166

STADTRANDPHÄNOMENE

Mit Beiträgen von: Busso von der Dollen; Burkhard Hofmeister; Winfried Schich; Felix Escher; Wolfgang Hofmann; Eberhard Bohm; Franz Irsigler; Henriette Meynen.

Band 2, 1984, S. 7–185

MITTELALTERLICHE UND FRÜHNEUZEITLICHE SIEDLUNGSENTWICKLUNG
IN MOOR- UND MARSCHENGEBIETEN

Mit Beiträgen von: Michael Müller-Wille; Hans-Jürgen Nitz; Hendrik van der Linden; Guus J. Borger; Ekkehard Wassermann; Klaus Brandt; Rosemarie Krämer; Dietrich Hoffmann, Hans Joachim Kühn und Bodo Higelke.

Band 3, 1985, S. 7–85

METHODISCHE UND KONZEPTIONELLE WEITERENTWICKLUNGEN IN DER
HISTORISCH-GEOGRAPHISCHEN SIEDLUNGS- UND KULTURLANDSCHAFTSFORSCHUNG

Mit Beiträgen von: Klaus Fehn; Dietrich Denecke; Helmut Hildebrandt und Neek Maqsud; Hans-Jürgen Nitz.

Band 4, 1986, S. 9–184

VERKEHRSWEGE UND IHRE BEDEUTUNG FÜR DIE KULTURLANDSCHAFT

Mit Beiträgen von: Karlheinz Willroth; Birgitta Hardh; Svend Gissel; Franz Irsigler; Karel A.H.W. Leenders; Ulrich Troitzsch; Frank Norbert Nagel; Gerhard Oberbeck.

Band 5, 1987, S. 9–204

STÄDTISCHES WOHNEN

Mit Beiträgen von: Wilfried Krings; Günter P. Fehring; Miroslav Richter und Zdenek Smetánka; Pavel J. Michna und Vladimír Nekuda; Herbert Knittler; Jürgen Ellermeyer; Josef Ehmer; Renate Banik-Schweitzer.

Band 6, 1988, S. 9–214

FRÜHE UMWELTEN

Mit Beiträgen von: Helmut Jäger; Walter Janssen; Jens Lüning und Arie J. Kalis; Karl-Ernst Behre; Helmut Bender; Ulf Dirlmeier; Christian Pfister; Jürgen Hagel; Engelbert Schramm; Achim Rost; Reinhard Mook und Helge Salvesen; Günter Bayerl; Hubert Mücke.

Band 7, 1989, S. 9–216

SIEDLUNGS- UND KULTURLANDSCHAFTSENTWICKLUNG AM UNTERLAUF GROSSER
STRÖME AM BEISPIEL DES RHEIN-MAAS-DELTA

Mit Beiträgen von: Guus J. Borger; J.H.F. Bloemers; W.J.H. Willems; H. A. Heidinga; Peter Henderikx; Herbert Sarfatij; Adriaan Verhulst; Jan Bieleman; J.D.H. Harten; Jelier A. J. Vervloet; Johannes Renes und Gerard P. van der Ven.

Band 8, 1990, S. 9–206

SIEDLUNGSPROZESSE AN DER HÖHENGRENZE DER ÖKUMENE. AM BEISPIEL DER
ALPEN

Mit Beiträgen von: Klaus Aerni; Hans-Rudolf Egli; René Wyss; Jürg Rageth; Paul Gleirscher; Werner Kreisel; Werner Meyer; Werner Bätzing; Hans Becker; Susanne Pacher.

Band 9, 1991, S. 9–227

DER EINFLUSS POLITISCHER GRENZEN AUF DIE SIEDLUNGS- UND
KULTURLANDSCHAFTSENTWICKLUNG

Mit Beiträgen von: Franz Irsigler; Hermann Parzinger; Helmut Bender; Vladimír Nekuda; Armin Ratusny; Hans-Jürgen Nitz; Winfried Schich; Ludwig Schober; Johann-Bernhard Haversath; Klaus Fehn.

Band 10, 1992, S. 9–210

DIE BESIEDLUNG DER HÖHEREN MITTELGEBIRGE

Mit Beiträgen von: Dietrich Denecke; Wolf-Dieter Sick; Uwe Kühl; Jörg Stadelbauer; Rainer Graafen; Heiko Steuer; Eike Gringmuth-Dallmer; Gerhard Billig und Volkmar Geupel; Wolfgang Schwabenicky.

Band 11, 1993, S. 9–291

ENTSTEHUNG UND ENTWICKLUNG KLEINERER STÄDTE

Mit Beiträgen von: Klaus Fehn; Hans Losert; Hans-Georg Stephan; Gabriele Isenberg; Miroslav Richter und Tomáš Velímský; Lieselott Enders; Michel Pauly; Ronald Flückiger-Seiler; Ernst Pleßl; Martina Stercken; Gerhard Henkel; Alois Mayr.

Band 12, 1994, S. 9–233

WÜSTUNGSPROZESSE – WÜSTUNGSPERIODEN – WÜSTUNGSRÄUME

Mit Beiträgen von: Dietrich Denecke; Rudolf Bergmann; Manfred Balzer; Günter Mangelsdorf; Vladimír Nekuda; Rostislav Nekuda; Ervín Černý; Alojz Habovštiak; Hans Krawarik; Peter Rückert; Peter Čede; Johannes Renes.

Band 13, 1995, S. 9–249

BRÜCHE IN DER KULTURLANDSCHAFTSENTWICKLUNG

Mit Beiträgen von: Hans-Jürgen Nitz; Georg Kossack; Walter Janssen; Karlheinz Blaschke; Felix Escher; Frank Hering; Dieter Scholz; Heinz Günter Steinberg; Thomas Wölker; Luise Grundmann; Heinz Schürmann; Horst Förster; Jörg Stadelbauer.

Band 14, 1996, S. 7–313

KULTURLANDSCHAFTSMUSTER UND SIEDLUNGSSYSTEME

Mit Beiträgen von: Eike Gringmuth-Dallmer; Günter Löffler; Harm Tjalling Waterbolk; Theo Spek; Wim A. Ligtdag; Johannes A. Mol und Paul Noomen; Johannes Ey; Dirk Meier; Hans-Rudolf Egli; Carl-Hans Hauptmeyer.

Band 15, 1997, S. 9–220

MARITIME KULTURLANDSCHAFTEN AM BEISPIEL DES OSTSEERAUMES

Mit Beiträgen von: Michael Müller-Wille; Christer Westerdahl; Winfried Schich; Andreas Dix; Achim Leube; Axel Priebes; Rolf Plöger; Bruno Benthien; Susanne Schumacher-Gorny; Gerd Hoffmann, Walter Dörfler, Michael Müller-Wille und Jörn Thiede.

Band 16, 1998, S. 9–362

BERGBAU- UND INDUSTRIELANDSCHAFTEN UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG VON STEINKOHLENBERGBAU UND EISEN- UND STAHLINDUSTRIE

Mit Beiträgen von: Klaus Fehn, Wolfgang Wegener, Hans-Werner Wehling, Rolf Plöger, Johannes Biecker und Heinrich Otten, Michael Hartenstein, Horst Kranz, Jörg Wiesemann, Johannes Renes, Georg Römheld, Günther Hein, Christoph Willms.

Band 17, 1999, S. 9–318

DÖRFER IN VORINDUSTRIELLEN ALTSIEDELLANDSCHAFTEN

Mit Beiträgen von: Werner Rösener, Johann-Bernhard Haversath, Mathias Austermann, Norbert Gebauer, Udo Recker, Birgitta Vits, Ulrich Reuling, Reinhard Bauer, Jürg Tauber, Friedrich Eigler, Hans Krawarik, Armin Ratusny, Eike Gringmuth-Dallmer, Matthias Hardt, Hans-Jürgen Nitz.

Band 18, 2000, S. 9–261

ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN DER GENETISCHEN SIEDLUNGSFORSCHUNG IN MITTELEUROPA

Mit Beiträgen von: Klaus Fehn, Winfried Schenk, Peter Rückert, Klaus-Dieter Kleefeld, Hermann Parzinger, Perdita Pohle, Dirk Meier, Karl Martin Born, Matthias Koch, Günther Moosbauer, Hansjörg Küster, Renate Gerlach, Bernward Selter, Gabriele Recker, Ulrich Stanjek, Oliver Karnau, Josef Mangold, Franz Maier, Helmut Flachenecker, Jürgen Vollbrecht, Heinrich Otten. Die Beiträge von Dietrich Denecke und Rudolf Bergmann finden sich in Band 19, 2001.

Band 19, 2001, S. 9-270

WALD UND SIEDLUNG

Mit Beiträgen von: Winfried Schenk, Günter Moosbauer (mit einem Beitrag von Matthias Leopold und Jörg Völkel), Chrystina Häuber, Hansjörg Küster, Christoph Morissey, Peter Rückert, Bernd-Stefan Grewe, Aline Kottmann und Reinhold Schaal, Bernward Selzer, Anton Schuler, Richard Pott und Holger Freund, Franz Schmithüsen, Per Grau Møller.

Band 20, 2002, S. 9–237

RELIGION UND KULTURLANDSCHAFT

Winfried Schenk, Leszek Paweł Stupecki, Jerzy Strzelczyk, Izabela Skierska, Ralf Gebuhr, Winfried Schich, Rudolf Bergmann, Jerzy Piekalski, Krzysztof R. Mazurski, Peter Čede, Oliver Karnau, Zoltán Ilyés, Klaus Fehn, Dietrich Denecke.

Band 21, 2003, S. 7–215

SINGULÄRE UND PERIODISCHE GROSSVERANSTALTUNGEN IN IHRER AUSWIRKUNG AUF
DIE HISTORISCHE KULTURLANDSCHAFT

Klaus Fehn, Karl-Heinz Willroth, Hans-Wilhelm Heine, Hauke Jöns, Caspar Ehlers, Christoph Bartels, Monika Meyer-Künzel, Dieter Rödel und Franz Kümmerle, Klaus Fesche, Olaf Mußmann, Siegfried Zelnhefer.

Die bisher erschienenen Bände der Zeitschrift Siedlungsforschung sind zu beziehen bei: Verlag Siedlungsforschung, Meckenheimer Allee 166, 53115 Bonn, c/o Geographisches Institut / Historische Geographie. Tel. 02 28 – 73 58 71 und 73 76 52, Fax 02 28 – 73 76 50

